4° Y. germ. 61 ~~gy~~
(1864

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Gesetz-Sammlung

für das

Herzogthum Sachsen-Altenburg

auf das Jahr

1864.

Nummer 1 bis Nummer 53. V.

Altenburg,
gedruckt in der Hofbuchdruckerei.

Digitized by Google

Bayerische
Staatsbibliothek
München

Digitized by Google

Bayerische Staatsbibliothek München

Repertorium

der

Gesetzsammlung für das Herzogthum Sachsen-Altenburg

vom Jahre 1864.

I. In chronologischer Ordnung.

Datum des Gesetzes.	Datum der Ausgabe.	Inhalt.	Stück.	Nr.	Seite.
21. Nov. 1863.	16. Jan. 1864.	Gesetz, die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs betreffend	I.	1.	1—214.
25. —	— —	Höchste Verordnung zur Ausführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs und des Gesetzes vom 21. November 1863, die Einführung dieses Handelsgesetzbuchs betreffend	I.	2.	215-257.
29. Dezbr.	— —	Höchste Verordnung, eine Erläuterung und Ergänzung der Ausführungsverordnung zur Gewerbeordnung vom 31. März 1863 betreffend	I.	3.	258.
5. Jan. 1864.	27. Febr.	Ministerial-Bekanntmachung, die Ertheilung von Gewerb-Legitimationskarten für Handelsreisende betreffend	II.	4.	259-260.
6. —	— —	Bekanntmachung der Landesregierung, den zwischen mehreren deutschen Regierungen unterm 15. Juli 1851 wegen gegenseitiger Verpflichtung zur Uebernahme der Auszuweisenden abgeschlossenen Vertrag betreffend	II.	5.	260.
8. —	— —	Verordnung, den Ort der Trauung der Soldaten betreffend	II.	6.	261.
12. —	— —	Bekanntmachung der Landesregierung, die Arzneitaxe für das Jahr 1864 betreffend	II.	7.	261-262.

Digitized by Google

Digitized by Google

Datum des Gesetzes.	Datum der Ausgabe.	Inhalt.	Stück.	Nr.	Seite.
12. März.	22. März.	Gesetz, die Armenlast in den Landgemeinden betreffend	III.	17.	273-275.
12. —	— —	Höchste Verordnung, den Verkauf trichinenhaltiger Fleischwaaren betreffend	III.	18.	276.
17. —	9. April.	Bekanntmachung der Landesregierung, eine Abänderung der Bestimmungen des §. 22 der Arbeitsbücherverordnung vom 31. März 1863 betreffend	IV.	20.	278.
21. —	28. —	Bekanntmachung der Landesregierung, die Verpflichtung der Hausbesitzer zur Anmeldung der Hausgenossen betreffend	V.	23.	281.
28. —	9. —	Ministerial-Bekanntmachung, den Beitritt der freien Stadt Bremen zu der unter den Regierungen des deutschen Zoll- und Handelsvereins wegen Ertheilung von Gewerbe-Legitimationskarten für Handelsreisende getroffenen Vereinbarung betreffend	IV.	21.	278.
30. —	— —	Gesetz, die kaufmännischen Anweisungen betreffend	IV.	22.	279-280.
15. April.	26. Mai.	Höchste Verordnung, einen Nachtrag zum Patent vom 18. Januar 1834 über die Stiftung des Herzoglich Sachsen Ernestinischen Hausordens betreffend	VI.	25.	285-287.
18. —	— —	Bekanntmachung der Landesregierung, einen Nachtrag zu den Statuten des Kreditvereins zu Altenburg betreffend	VI.	26.	287.
21. —	28. April.	Ministerial-Bekanntmachung, die Anlegung einer Telegraphenlinie von Saalfeld über Pößneck nach Roda betreffend	V.	24.	282-284.
30. —	26. Mai.	Ministerial-Bekanntmachung, betreffend die Umgestaltung der hiesigen Kramerinnung in eine gewerbliche Genossenschaft unter dem Namen „Vereinigte Kaufmannschaft zu Altenburg"	VI.	27.	288.
9. Mai.	— —	Ministerial-Bekanntmachung, den zwischen dem Großherzogthum Sachsen-Weimar und dem Herzogthum Sachsen-Altenburg abgeschlossenen Hoheits-Ausgleichungs-Schlußvertrag betreffend	VI.	28.	288.
12. —	16. Juli.	Bekanntmachung der Landesregierung, die von Königlich Baierischen Behörden für Königlich Baierische Staatsangehörige			

Digitized by Google

Datum des Gesetzes.	Datum der Ausgabe.	Inhalt.	Stück.	Nr.	Seite.
		ausgestellten Heimaths- und Trauscheine betreffend	VII.	29.	289.
26. Mai.	16. Juli.	Bekanntmachung der Landesregierung, wegepolizeiliche Vorschriften betreffend	VII.	30.	289-290.
9. Juni.	— —	Ministerial-Bekanntmachung, die Sanctionirung einer Bestimmung in §. 16 des Regulativs für den Kranken- und Begräbnißkassen-Verein der in mehreren Fabrik-Etablissements der Stadt Ronneburg beschäftigten Arbeiter betreffend	VII.	31.	291.
9. —	— —	Bekanntmachung der Landesregierung, betreffend die Einschärfung des Regulativs vom 11. Juli 1851 über das Verfahren bei Revision der Landesgrenzen gegen das benachbarte Königlich Preußische, Großherzoglich Sachsen-Weimarische, Herzoglich Sachsen-Meiningensche, Fürstlich Reußische und Fürstlich Schwarzburg-Rudolstädtische Staatsgebiet .	VII.	32.	291-292.
7. Juli.	— —	Ministerial-Bekanntmachung, die Aufhebung einer im Königreich Sachsen rücksichtlich der Steuerbefreiung der Handelsreisenden seither bestandenen Beschränkung betreffend	VII.	33.	292.
11. —	6. Oktbr.	Bekanntmachung der Landesregierung, betreffend eine mit dem Großherzogthum Sachsen-Weimar nachträglich abgeschlossene Uebereinkunft über die Militairpflicht solcher Personen, welche ein doppeltes Unterthanenrecht haben	VIII.	34.	293.
1. Aug.	— —	Bekanntmachung der Landesregierung und des Finanzkollegiums, das Einsammeln der Preißelbeeren im Westkreise betreffend	VIII.	35.	293-294.
4. —	— —	Ministerial-Bekanntmachung, Abänderungen und Ergänzungen des Regulativs wegen zollamtlicher Behandlung der über die Grenzen des Gebiets des Gesammt-Zollvereins mit den Fahrposten eingehenden Waaren vom 20. Dezember 1833 betreffend	VIII.	36.	294.
25. —	— —	Bekanntmachung der Landesregierung, den Gebrauch der sogenannten Streichfeuerzeuge betreffend	VIII.	37.	295.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Herzogl. Sachsen-Altenburgische

Gesetzsammlung.

Stück I. 1864. Ausgeg. den 16. Januar 1864.

1. Gesetz,

die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs betreffend,

vom 21. November 1863.

Wir Ernst,

von Gottes Gnaden, Herzog zu Sachsen, Jülich, Kleve und Berg, auch Engern und Westphalen rc. rc.

verordnen unter Zustimmung Unserer getreuen Landschaft, was folgt.

§. 1.

Der nachstehend ersichtliche, zu Folge des Beschlusses der deutschen Bundesversammlung vom 18. Dezember 1856 von Kommissarien der Regierungen deutscher Bundesstaaten ausgearbeitete Entwurf eines

allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs

wird hiermit zum Gesetz für Unser Herzogthum erhoben.

Der Zeitpunkt, mit welchem dieses Gesetz in Wirksamkeit tritt, wird durch landesherrliche Verordnung bestimmt werden.

Mit demselben Zeitpunkt treten auch die nachfolgenden Bestimmungen in Kraft.

I. Von Kaufleuten.

§. 2.

Ist das Handelsgericht zweifelhaft, ob das Gewerbe einer Person, welche die Eintragung ihrer Firma in das Handelsregister verlangt, oder dazu angehalten werden soll, über den Handwerksbetrieb hinausgeht (Art. 10, Art. 272, Nr. 1 und 5 des Handelsgesetzbuchs), oder wird von dem Betheiligten dem Eintrage widersprochen, so ist zuvörderst durch die zuständige Verwaltungsbehörde festzustellen, ob das Gewerbe in größerem Umfang und in solcher Weise betrieben wird, daß der Betrieb der allgemeinen Auffassung gemäß nicht als ein handwerksmäßiger erscheint.

§. 3.

Höker, Trödler, Hausirer, ingleichen Wirthe und Fuhrleute können die Eintragung in das Handelsregister verlangen, wenn sie durch ein Zeugniß der Verwaltungsbehörde den Beweis liefern, daß

Digitized by Google

sie ihr Gewerbe in einem größeren Umfang und in einer solchen Weise betreiben, daß sie nach der allgemeinen Anschauung den übrigen Kaufleuten gleichgestellt werden.

Das Handelsgericht ist jedoch nicht befugt, diese Personen gegen ihren Willen zur Eintragung zu veranlassen.

Betreibt eine der im Eingange genannten Personen neben dem bezeichneten Geschäft noch ein anderes Gewerbe, so hat auf die dadurch etwa begründete Befugniß und Verpflichtung zur Eintragung ins Handelsregister ihr sonstiger Geschäftsbetrieb keinen Einfluß.

§. 4.

Ist das Handelsgericht in Betreff anderer als der in den §§. 2 und 3 genannten Personen im Zweifel darüber, ob das Gewerbe derselben hinsichtlich der Betriebsart, der Gegenstände, auf welche es sich bezieht, so wie des Umfangs der allgemeinen Anschauung nach den sonstigen unzweifelhaft kaufmännischen Gewerben gleichzustellen ist, so ist für die Befugniß und Verpflichtung, die Firma eintragen zu lassen, die Entscheidung der Verwaltungsbehörde maßgebend.

§. 5.

Auf alle diejenigen Personen, in Betreff welcher ein Zweifel darüber entstehen kann, ob deren Firmen zur Eintragung ins Handelsregister angemeldet werden können und müssen (§§. 2—4 dieses Gesetzes), sowie auf diejenigen, deren Firmen nur unter besonderen Voraussetzungen zur Eintragung ins Handelsregister zugelassen werden (§. 4 dieses Gesetzes), finden die Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs über Firmen, Handelsbücher und Prokura nur dann Anwendung, wenn deren Firmen thatsächlich in das Handelsregister eingetragen sind.

II. Vom Handelsregister.

§. 6.

Die näheren Bestimmungen über die Form und die Führung des Handelsregisters, sowie die Veröffentlichung der Eintragungen werden in einer besonderen Verordnung getroffen.

§. 7.

Jede zur Eintragung in das Handelsregister bestimmte Anmeldung muß auch in denjenigen Fällen, für welche das Handelsgesetzbuch dies nicht besonders vorschreibt, bei dem Gericht, welchem die Führung des Handelsregisters obliegt, entweder persönlich bewirkt oder in der Form einer gerichtlichen oder notariellen Urkunde eingereicht werden.

Auch müssen alle Unterlagen, welche erforderlich sind, um den Eintrag zu bewirken, insoweit das Handels-Gesetzbuch nicht etwas Anderes anordnet, die Eigenschaft öffentlicher Urkunden haben.

Als öffentliche Urkunden sind im Bereiche dieses Gesetzes auch ohne Zuziehung von Zeugen notariell beglaubigte Abschriften von Urkunden anzusehen.

Zur notariellen Beurkundung der Rekognition von Privaturkunden bedarf es für den Zweck der Eintragung in das Handelsregister der Zuziehung von Zeugen nicht.

§. 8.

Wer in den Fällen, in welchen nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs die Betheiligten zur Befolgung der die Anmeldung zum Behuf der Eintragung in das Handelsregister betreffenden Vorschriften von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten sind, diesen Vorschriften, sowie den Bestimmungen des §. 7 dieses Gesetzes innerhalb vier Wochen nach Eintritt des Falls nachzukommen unterläßt und nicht darzuthun vermag, daß ihn hierbei kein Verschulden trifft, verfällt, ohne daß es einer vorhergehenden Androhung bedarf, in eine Individualstrafe von 1—10 Thalern. In

Digitized by Google

den Fällen der §§. 2—4 dieses Gesetzes beginnt der Lauf der vierwöchigen Frist mit der endgültigen Entscheidung der Verwaltungsbehörde.

Als endgültig ist eine solche Entscheidung anzusehen, wenn gegen sie rechtzeitig (§. 10) kein Rechtsmittel eingelegt, oder wenn in der Sache letztinstanzlich entschieden worden ist.

Das Handelsgericht hat bei Erkennung dieser Strafe dem Betheiligten für den Fall, daß er binnen einer bestimmten Frist die Anmeldung nicht ordnungsmäßig nachholt, eine höhere Geldstrafe anzudrohen und damit so lange fortzufahren, bis die gesetzliche Anordnung befolgt, oder deren Voraussetzung weggefallen ist.

Die Geldstrafen können bis zur Höhe von je zwei Hundert Thalern angedroht und verhängt werden, so daß, wenn bei den vorhergegangenen Strafandrohungen dieses höchste Maß bereits erreicht ist, die weiteren Strafandrohungen nicht über dasselbe hinausgehen dürfen.

§. 9.

An das in §. 8 dieses Gesetzes bestimmte höchste Maß der Ordnungsstrafen ist das Handelsgericht auch in dem Falle des Art. 26, Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs gebunden.

§. 10.

Gegen Beschlüsse des Handelsgerichts, wodurch die in §§. 8 und 9 erwähnten Ordnungsstrafen zuerkannt oder angedroht werden, ist das Rechtsmittel der Berufung an Unser Appellationsgericht zuläßig.

Dieses Rechtsmittel ist, bei Verlust desselben, binnen einer zehntägigen unerstreckbaren Frist schriftlich oder mündlich zu Protokoll beim Handelsgericht anzumelden und auszuführen.

Die zehntägige Frist endet am zehnten Tage nach dem Tage, an welchem der betreffende Beschluß dem Betheiligten zugestellt bezüglich eröffnet worden ist, mit Ablauf der siebenten Abendstunde.

Gegen die durch die Berufung veranlaßte Entscheidung des Appellationsgerichts findet ein weiteres Rechtsmittel nicht Statt.

III. Von den Handelsbüchern.

§. 11.

Ordnungsmäßig geführte Handelsbücher eines Kaufmanns liefern bei Streitigkeiten über Handelssachen einem Nichtkaufmann gegenüber weniger als halben Beweis.

Das bisherige über die Beweiskraft der Handelsbücher und deren Voraussetzungen geltende Recht ist aufgehoben.

IV. Von den Handelsmäklern.

§. 12.

Wir behalten Uns vor, wenn sich das Bedürfniß hierzu herausstellen sollte, durch Verordnung zu bestimmen, daß an einzelnen Orten Handelsmäkler amtlich zu bestellen und zu vereidigen sind (Art. 66 des Handelsgesetzbuchs).

Auf diese Handelsmäkler finden die Bestimmungen des 7. Titels des ersten Buchs des Handelsgesetzbuchs Anwendung.

Eben so bleibt vorbehalten, diese Bestimmungen erforderlichen Falls nach Maßgabe des Art. 84 des Handelsgesetzbuchs zu ergänzen und abzuändern.

V. Von den Handelsgesellschaften.

§. 13.

Eigenthum an Grundstücken, Pfandrechte, sowie überhaupt alle der Eintragung in öffentliche Bücher, namentlich in die Grund- und Hypothekenbücher, fähigen Rechte, welche zu dem Vermögen

Digitized by Google

einer Handelsgesellschaft gehören, sei diese eine offene Gesellschaft, eine Kommanditgesellschaft (mit Einschluß der Kommanditgesellschaft auf Aktien), eine Aktiengesellschaft, werden auf den Namen der Gesellschaft in die zur Eintragung dieser Rechte bestimmten Bücher eingetragen.

Der Eintrag darf erst geschehen, wenn die Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister nachgewiesen ist. In dem Eintrage ist die Firma der Gesellschaft und der Ort, wo sie ihren Sitz hat, und, falls die Sache zu einer Zweigniederlassung der Gesellschaft gehört, auch der Ort, wo diese Zweigniederlassung ihren Sitz hat, anzugeben.

Die Namen der einzelnen Gesellschafter werden nicht eingetragen (s. jedoch §. 15 dieses Gesetzes).

Spätere Aenderungen in Bezug auf die Firma oder den Sitz der Gesellschaft oder der Zweigniederlassung werden, wenn sie in das Handelsregister eingetragen sind, auf Antrag der Gesellschaft auch in dem betreffenden Buche vermerkt.

Geht die von einer offenen Gesellschaft geführte Firma, auf deren Namen Grundstücke oder dingliche Rechte im Grund- und Hypothekenbuche eingetragen sind, auf eine einzelne Person über, so ist nur letztere in das Grund- und Hypothekenbuch einzutragen.

§. 14.

Soll eine Verfügung, welche im Namen der Gesellschaft über eines der im Eingange des §. 13 dieses Gesetzes bezeichneten Rechte erfolgt ist, in das betreffende öffentliche Buch eingetragen werden, so genügt zur Feststellung der Befugniß Desjenigen, welcher im Namen der Gesellschaft verfügt hat, der Nachweis aus dem Handelsregister, daß derselbe zur Zeit jener Verfügung zu der Gesellschaft in einem Verhältniß gestanden hat, wodurch er nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs befugt war, in der geschehenen Art im Namen der Gesellschaft mit rechtlicher Wirkung gegen Dritte zu verfügen.

Die Nachweisungen aus dem Handelsregister werden durch Beurkundungen des Handelsgerichts geliefert, welches das Handelsregister führt.

§. 15.

Es ist der Gesellschaft, auf deren Firma eines der im Eingange des §. 13 dieses Gesetzes erwähnten Rechte eingetragen ist, jederzeit gestattet, auf Grund einer Nachweisung aus dem Handelsregister die Namen derjenigen Personen, welche als von der Geschäftsführung nicht ausgeschlossene offene oder persönlich haftende Gesellschafter, als Liquidatoren oder als Mitglieder des Vorstands zur Disposition über das Gesellschaftsvermögen befugt sind, eintragen zu lassen.

Ist diese Eintragung erfolgt, so sind die Eingetragenen so lange als geschäftsführende Gesellschafter, als Liquidatoren oder als Mitglieder des Vorstands zur Disposition über das betreffende Recht ausschließlich legitimirt, bis auf Grund einer neuen Nachweisung aus dem Handelsregister ihre Namen gelöscht, oder andere Personen als Vertreter der Gesellschaft eingetragen sind.

§. 16.

Wenn und soweit die im Eingang des §. 13 dieses Gesetzes erwähnten Rechte in besondere, dafür bestimmte Bücher wegen deren Mangel nicht eingetragen werden können, so sind unter den Voraussetzungen der vorstehenden §§. 13—15 und unter Befolgung der daselbst enthaltenen näheren Bestimmungen die Erwerbs- und sonstigen Urkunden auf den Namen der Gesellschaft auszustellen und ist Alles, was später nach §§. 13—15 in die öffentlichen Bücher einzutragen sein würde, auf diesen Urkunden zu vermerken.

Digitized by Google

§. 17.

Ueber das Vermögen einer Handelsgesellschaft kann der Konkurs auch nach Auflösung der Gesellschaft eröffnet werden, sofern die Vertheilung des Gesellschaftsvermögens in Folge Liquidation noch nicht erfolgt ist.

§. 18.

Wird der Konkurs über das Vermögen einer offenen Handelsgesellschaft, oder einer Kommanditgesellschaft (einschließlich der Kommanditgesellschaft auf Aktien) eröffnet, so ist zugleich über das nicht in die Gesellschaft eingebrachte Vermögen eines jeden persönlich haftenden Gesellschafters von dem kompetenten Gericht der Konkurs zu eröffnen.

Der Konkurs über das Vermögen eines, mehrerer oder sämmtlicher Gesellschafter hat an sich die Eröffnung des Konkurses über die Gesellschaft nicht zur Folge.

§. 19.

An dem Konkurs über das Gesellschaftsvermögen sind nur die Gläubiger der Gesellschaft Theil zu nehmen berechtigt. Dieselben können wegen des Ausfalls in diesem Konkurs gleichzeitig in den Konkursen über das nicht in die Gesellschaft eingebrachte Vermögen der persönlich haftenden Gesellschafter als Gläubiger auftreten.

§. 20.

Mit Gefängniß bis zu drei Monaten werden bestraft:

1) die persönlich haftenden Mitglieder einer Kommanditgesellschaft auf Aktien:
   a) wenn sie Behufs der Eintragung des Gesellschaftsvertrags in das Handelsregister falsche Angaben über die Zeichnung oder Einzahlung des Kapitals der Kommanditisten gemacht haben, ingleichen
   b) wenn die Gesellschaft länger als drei Monate ohne Aufsichtsrath geblieben ist.
2) Die Mitglieder des Vorstands einer Aktiengesellschaft, wenn sie der Vorschrift des Art. 240 des Handelsgesetzbuchs zuwider dem Gericht die Anzeige zu machen unterlassen haben, daß das Aktivvermögen der Gesellschaft nicht mehr die Schulden derselben deckt.

Die in diesem Paragraphen gedrohten Ordnungsstrafen treten nicht ein, wenn von den Betheiligten nachgewiesen wird, daß ein Verschulden sie nicht trifft.

Wenn in den vorstehenden Fällen die Gefängnißstrafe nicht höher als sechs Wochen ansteigt, so kann statt derselben auf Geldstrafe bis zu 100 Thlrn. erkannt werden.

Unter dieser Voraussetzung ist das Handelsgericht ebenfalls ermächtigt, die eine Strafe, auch wenn sie bereits erkannt ist, in die andere umzuwandeln.

Die Strafe wird von dem Handelsgericht erkannt.

Die in Gemäßheit dieses Paragraphen erkannten Ordnungsstrafen werden durch die etwa daneben verwirkten Kriminalstrafen nicht ausgeschlossen.

§. 21.

Für die Aktiengesellschaften und bezüglich die Kommanditgesellschaften auf Aktien, bei welchen der Gegenstand des Unternehmens in Handelsgeschäften besteht, gelten folgende Bestimmungen:

1) Unter der in den Art. 174, 208, 214, 242, 247 und 248 des Handelsgesetzbuchs für erforderlich erklärten staatlichen Genehmigung ist die landesherrliche Genehmigung zu verstehen.

2) Unter der in Art. 240 des Handelsgesetzbuchs erwähnten Verwaltungsbehörde ist Unsere Landesregierung zu verstehen.

3) Nach erfolgter landesherrlicher Genehmigung ist der Gesellschaftsvertrag seinem vollen In-

Digitized by Google

halt nach nebst der Genehmigungsurkunde in die Gesetzsammlung aufzunehmen. Dasselbe gilt von jeder Abänderung oder Verlängerung des Gesellschaftsvertrags. Die in dem Handelsgesetzbuch über die Veröffentlichung der Einträge im Handelsregister enthaltenen Bestimmungen werden hierdurch nicht berührt.

4) Insoweit nicht bei Ertheilung der landesherrlichen Genehmigung die Zurückziehung derselben vorbehalten worden ist, kann diese Zurückziehung nur gegen Entschädigung aller Betheiligten für den ihnen durch die Zurückziehung entstehenden Nachtheil geschehen. Ueber die Höhe der Entschädigung entscheidet der Richter.

5) Die nach den Artikeln 227 und 230 des Handelsgesetzbuchs dem Vorstand einer Aktiengesellschaft zustehende Befugniß zur Vertretung derselben erstreckt sich auch auf diejenigen Geschäfte und Rechtshandlungen, für welche nach dem sonstigen Recht eine Spezialvollmacht erforderlich ist.

VI. Von den Handelsgeschäften.

§. 22.

Durch Art. 295 des Handelsgesetzbuchs werden die Bestimmungen über den gegen einen Schuldschein oder eine Quittung zu erbringenden Beweis nicht berührt.

Die Einrede des nicht empfangenen Geldes bleibt hypothekarischen Dokumenten gegenüber in dem Umfang, in welchem sie in dem bisherigen Recht anerkannt ist, auch dann bestehen, wenn die Pfandschuld aus einem Handelsgeschäft entstanden ist.

§. 23.

Werthpapiere auf den Inhaber, welche den Schuldner zu einer Geldsumme verpflichten, dürfen in Unserem Herzogthum ohne landesherrliche Genehmigung von Privatpersonen, selbst aus dem Handelsstande, ingleichen von Gesellschaften, Korporationen und Anstalten nicht ausgestellt werden.

Auf die dieser Vorschrift zuwider ausgestellten Werthpapiere finden die Bestimmungen in Art. 307 des Handelsgesetzbuchs keine Anwendung.

Für Inhaberpapiere aller Art, welche außerhalb Unseres Herzogthums ausgestellt werden, gelten die Vorschriften des gedachten Art. 307 nur dann, wenn sie nach dem am Ort der Ausstellung geltenden Recht gültig ausgestellt sind.

Die Vorschriften der Gesetze vom 16. März 1858, die Ausschließung der auf jeden Inhaber lautenden öffentlichen Werthpapiere von der Vindikation und anderen dinglichen Klagen, und die Außer- und Wiederinkurssetzung solcher Werthpapiere betreffend (Ges.-Samml. v. 1858, S. 20—23), sind auch auf alle Inhaberpapiere anzuwenden, zu deren gültiger Ausstellung nach dem Recht des Ausstellungsorts die staatliche Genehmigung nicht erforderlich ist.

§. 24.

Im Sinne des Art. 329 des Handelsgesetzbuchs sind als allgemeine Feiertage zu betrachten:

der Neujahrstag,
der Charfreitag,
der Ostermontag,
der Himmelfahrtstag,
der Pfingstmontag,
der Reformations-Festtag,
der Bußtag,
der erste und zweite Weihnachtsfeiertag.

Digitized by Google

§. 25.

Das Handelsgericht ist befugt, im Voraus Sachverständige für die in den Fällen der Art. 348 und 407 des Handelsgesetzbuchs vorzunehmende Feststellung des Zustands der Güter zu verpflichten.

§. 26.

Unter dem in Art. 348 und 407 des Handelsgesetzbuchs erwähnten Richter des Orts ist diejenige untere gerichtliche Behörde zu verstehen, welche an dem betreffenden Ort zur Entscheidung in Civilsachen überhaupt kompetent ist.

Dieselbe hat auf Antrag der Betheiligten oder eines derselben die Sachverständigen dann zu ernennen, wenn das Handelsgericht sich nicht an demselben Orte befindet.

VII. Von den Handelsgerichten.

§. 27.

An Orten, an welchen sich ein Bedürfniß herausstellt, werden besondere Handelsgerichte errichtet.

Die Bestimmungen über Errichtung, Organisation und Kompetenz dieser Gerichte, sowie über das Gerichtsverfahren bleiben vorbehalten.

§. 28.

Der Erlaß von Bestimmungen über die in Handelssachen zu berechnenden Gebühren bleibt gleichfalls vorbehalten.

VIII. Allgemeine Bestimmung.

§. 29.

Unter der im Handelsgesetzbuch gebrauchten Bezeichnung „Landesgesetze" ist das neben dem Handelsgesetzbuch in Unserem Lande geltende Recht zu verstehen.

IX. Transitorische Bestimmungen.

§. 30.

Die in dem Handelsgesetzbuch festgesetzten Verjährungsfristen (Art. 146—149, 172, 349 Abs. 2, 386 Abs. 1 und 2, 408 Abs. 3) beginnen für solche Klagen, welche schon vor dem Tage, an welchem das Handelsgesetzbuch in Wirksamkeit tritt, begründet waren, mit diesem Tage.

Wird vor Ablauf dieser Verjährungszeit eine vor jenem Tage nach dem bisherigen Recht bereits begonnene Verjährung vollendet, so ist diese Verjährung entscheidend.

§. 31.

Die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs, welche die Rechte der Gläubiger für den Fall des Konkurses ordnen, finden auf diejenigen Fälle keine Anwendung, in welchen der Konkurs bereits vor dem Tage, an welchem das Handelsgesetzbuch in Wirksamkeit tritt, eröffnet worden ist.

§. 32.

Die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs und des gegenwärtigen Gesetzes, welche sich auf die Eintragung in das Handelsregister und die diesfallsigen Anmeldungen beim Handelsgericht und deren Unterlagen, so wie auf die Firmenzeichnung beziehen, finden, vorbehältlich der nachstehenden

Digitized by Google

Ausnahmebestimmungen, auch auf diejenigen Geschäfte von Kaufleuten oder Handelsgesellschaften Anwendung, welche bereits vor dem Tage, mit welchem das Handelsgesetzbuch in Wirksamkeit tritt, in Betrieb gesetzt worden sind. Dies gilt auch für den Fall, daß eine Gesellschaft in Liquidation begriffen ist.

Obige Bestimmung gilt auch für diejenigen Thatsachen, welche schon in andern Registern eingetragen oder amtlich veröffentlicht sind.

§. 33.

Mit dem Tage, an welchem das Handelsgesetzbuch in Wirksamkeit tritt, treten auch in Betreff der schon vorher vorhandenen Thatsachen alle Rechtswirkungen in Kraft, welche das Handelsgesetzbuch an die erfolgte oder unterlassene Eintragung in das Handelsregister und die erfolgte oder unterlassene Bekanntmachung dieser Eintragung knüpft.

§. 34.

Auch die übrigen Vorschriften des Handelsgesetzbuchs über die Firmen haben für die Kaufleute und Handelsgesellschaften, welche bereits vor dem Tage, an welchem das Handelsgesetzbuch in Wirksamkeit tritt, ihren Geschäftsbetrieb begonnen hatten, Geltung.

Jedoch kann eine vor jenem Tage nach dem bisherigen Recht nicht widerrechtlich geführte Firma auch dann fortgeführt werden, wenn sie den Anforderungen der Art. 16, 17, 20, 21 (Abs. 2) und 251 des Handelsgesetzbuchs nicht entspricht, sofern dieselbe vor jenem Tage zur Eintragung in das Handelsregister angemeldet ist.

War eine, vor dem Tage, an welchem das Handelsgesetzbuch in Wirksamkeit tritt, geführte Firma nach dem bisherigen Recht widerrechtlich geführt worden, so ist die Eintragung derselben zu verweigern und es finden in Betreff derselben die Bestimmungen der Art. 26 (Abs. 2) und 27 des Handelsgesetzbuchs Anwendung.

§. 35.

Eine nach dem bisherigen Recht gültig errichtete Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien, welche bereits vor dem Tage, an welchem das Handelsgesetzbuch in Wirksamkeit tritt, ihren Geschäftsbetrieb begonnen hat, wird in das Handelsregister eingetragen, sollten auch die Erfordernisse nicht erfüllt sein, welche das Handelsgesetzbuch für die Errichtung einer solchen Gesellschaft vorschreibt, und welchen nach den Vorschriften desselben genügt sein muß, bevor die Eintragung der Gesellschaft geschehen kann.

Ist der Gesellschaftsvertrag und die landesherrliche Genehmigung bereits in der Gesetzsammlung oder in anderer Weise amtlich publizirt, so genügt statt der Vorlage des Originals beider Urkunden die Bezugnahme auf die bereits erfolgte Publikation, und die nochmalige Publikation in der Gesetzsammlung unterbleibt.

§. 36.

Sind die zur Geschäftsführung befugten Mitglieder einer offenen Handelsgesellschaft, oder einer Kommanditgesellschaft (einschließlich der Kommanditgesellschaft auf Aktien), welche schon vor dem Tage, an welchem das Handelsgesetzbuch in Wirksamkeit tritt, ihren Geschäftsbetrieb begonnen hatte, durch den Gesellschaftsvertrag oder einen andern vor jenem Tage errichteten Vertrag in der Befugniß, die Gesellschaft zu vertreten, beschränkt, so kann diese Beschränkung bis zu jenem Tage zur Eintragung in das Handelsregister angemeldet werden.

Digitized by Google

Ist die Eintragung und Bekanntmachung geschehen, so muß ein Dritter die Beschränkung gegen sich gelten lassen, sofern nicht durch Umstände die Annahme begründet wird, daß er die Beschränkung beim Abschluß des Geschäfts weder gekannt habe, noch habe kennen müssen.

Wenn die Anmeldung nicht innerhalb der im ersten Absatz angegebenen Frist erfolgt, so hat die Beschränkung für die Zeit nach Ablauf dieser Frist dritten Personen gegenüber keine rechtliche Wirkung und kann später nicht mehr angemeldet werden.

§. 37.

Dasselbe gilt von der Beschränkung der Befugnisse des Vorstands einer Aktiengesellschaft, welche am Tage, an welchem das Handelsgesetzbuch in Wirksamkeit tritt, bereits zu Recht bestand.

§. 38.

Wer vor dem Tage, an welchem das Handelsgesetzbuch in Wirksamkeit tritt, eine Prokura erhalten hatte und an diesem Tage oder nach demselben nicht von Neuem von dem Prinzipal zum Prokuristen bestellt wird (Art. 41 Abs. 2 des Handelsgesetzbuchs) ist nicht mehr befugt, per procura die Firma zu zeichnen, oder sich sonst als Prokurist auszugeben. Er gilt vielmehr nur als Handlungsbevollmächtigter im Sinne der Art. 47 fg. des Handelsgesetzbuchs.

§. 39.

Die Bestimmungen der Art. 96 und 97 des Handelsgesetzbuchs, wonach ein offener Gesellschafter an einer andern gleichartigen Handelsgesellschaft als offener Gesellschafter nicht Theil nehmen darf, findet auf die Fälle keine Anwendung, in welchen diese Theilnahme bereits am Tage, an welchem das Handelsgesetzbuch in Wirksamkeit tritt, bestand.

Urkundlich mittelst Unserer eigenhändigen Unterschrift und Unseres beigedrückten Herzoglichen Insiegels.

Gegeben Altenburg, den 21. November 1863.

(L. S.) **Ernst,** Herzog von Sachsen-Altenburg.

v. Larisch. K. Pierer.

Digitized by Google

Das
allgemeine deutsche Handels-Gesetzbuch.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1.

In Handelssachen kommen, insoweit dieses Gesetzbuch keine Bestimmungen enthält, die Handelsgebräuche und in deren Ermangelung das allgemeine bürgerliche Recht zur Anwendung.

Art. 2.

An den Bestimmungen der deutschen Wechselordnung wird durch dieses Gesetzbuch nichts geändert.

Art. 3.

Wo dieses Gesetzbuch von dem Handelsgerichte spricht, tritt in Ermangelung eines besonderen Handelsgerichts das gewöhnliche Gericht an dessen Stelle.

Erstes Buch.

Vom Handelsstande.

Erster Titel.

Von Kaufleuten.

Art. 4.

Als Kaufmann im Sinne dieses Gesetzbuchs ist anzusehen, wer gewerbemäßig Handelsgeschäfte betreibt.

Art. 5.

Die in Betreff der Kaufleute gegebenen Bestimmungen gelten in gleicher Weise in Betreff der Handelsgesellschaften, insbesondere auch der Aktien-Gesellschaften, bei welchen der Gegenstand des Unternehmens in Handelsgeschäften besteht.

Dieselben gelten auch in Betreff der öffentlichen Banken in den Gränzen ihres Handelsbetriebs, unbeschadet der für sie bestehenden Verordnungen.

Art. 6.

Eine Frau, welche gewerbemäßig Handelsgeschäfte betreibt (Handelsfrau), hat in dem Handelsbetriebe alle Rechte und Pflichten eines Kaufmannes.

Dieselbe kann sich in Betreff ihrer Handelsgeschäfte auf die in den einzelnen Staaten geltenden Rechtswohlthaten der Frauen nicht berufen.

Digitized by Google

Es macht hierbei keinen Unterschied, ob sie das Handelsgewerbe allein oder in Gemeinschaft mit Anderen, ob sie dasselbe in eigener Person oder durch einen Prokuristen betreibt.

Art. 7.

Eine Ehefrau kann ohne Einwilligung ihres Ehemannes nicht Handelsfrau sein.

Es gilt als Einwilligung des Mannes, wenn die Frau mit Wissen und ohne Einspruch desselben Handel treibt.

Die Ehefrau eines Kaufmanns, welche ihrem Ehemanne nur Behülfe in dem Handelsgewerbe leistet, ist keine Handelsfrau.

Art. 8.

Eine Ehefrau, welche Handelsfrau ist, kann sich durch Handelsgeschäfte gültig verpflichten, ohne daß es zu den einzelnen Geschäften einer besonderen Einwilligung ihres Ehemannes bedarf.

Sie haftet für die Handelsschulden mit ihrem ganzen Vermögen, ohne Rücksicht auf die Verwaltungsrechte und den Nießbrauch oder die sonstigen, an diesem Vermögen durch die Ehe begründeten, Rechte des Ehemannes. Es haftet auch das gemeinschaftliche Vermögen, soweit Gütergemeinschaft besteht; ob zugleich der Ehemann mit seinem persönlichen Vermögen haftet, ist nach den Landesgesetzen zu beurtheilen.

Art. 9.

Eine Handelsfrau kann in Handelssachen selbstständig vor Gericht auftreten; es macht keinen Unterschied, ob sie unverheirathet oder verheirathet ist.

Art. 10.

Die Bestimmungen, welche dieses Gesetzbuch über die Firmen, die Handelsbücher und die Prokura enthält, finden auf Höker, Trödler, Hausirer und dergleichen Handelsleute von geringem Gewerbebetriebe, ferner auf Wirthe, gewöhnliche Fuhrleute, gewöhnliche Schiffer, und Personen, deren Gewerbe nicht über den Umfang des Handwerksbetriebes hinausgeht, keine Anwendung. Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, im Falle es erforderlich erscheint, diese Klassen genauer festzustellen.

Vereinigungen zum Betriebe eines Handelsgewerbes, auf welches die bezeichneten Bestimmungen keine Anwendung finden, gelten nicht als Handelsgesellschaften.

Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, zu verordnen, daß die bezeichneten Bestimmungen auch noch für andere Klassen von Kaufleuten ihres Staatsgebiets keine Anwendung finden sollen. Ebenso können sie aber auch verordnen, daß diese Bestimmungen auf einzelne der genannten Klassen, oder daß sie auf alle Kaufleute ihres Staatsgebiets Anwendung finden sollen.

Art. 11.

Durch die Landesgesetze, welche in gewerbepolizeilicher oder gewerbesteuerlicher Beziehung Erfordernisse zur Begründung der Eigenschaft eines Kaufmanns oder besonderer Klassen von Kaufleuten aufstellen, wird die Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzbuchs nicht ausgeschlossen; ebenso werden jene Gesetze durch dieses Gesetzbuch nicht berührt.

Zweiter Titel.

Von dem Handels-Register.

Art. 12.

Bei jedem Handelsgerichte ist ein Handels-Register zu führen, in welches die in diesem Gesetzbuche angeordneten Eintragungen aufzunehmen sind.

Digitized by Google

Das Handels-Register ist öffentlich. Die Einsicht desselben ist während der gewöhnlichen Dienststunden einem Jeden gestattet. Auch kann von den Eintragungen gegen Erlegung der Kosten eine Abschrift gefordert werden, die auf Verlangen zu beglaubigen ist.

Art. 13.

Die Eintragungen in das Handels-Register sind von dem Handelsgerichte, sofern nicht in diesem Gesetzbuche in einzelnen Fällen ausdrücklich ein Anderes bestimmt ist, nach ihrem ganzen Inhalte durch eine oder mehrere Anzeigen in öffentlichen Blättern ohne Verzug bekannt zu machen.

Art. 14.

Jedes Handelsgericht hat für seinen Bezirk alljährlich im Monat Dezember die öffentlichen Blätter zu bestimmen, in welchen im Laufe des nächstfolgenden Jahres die im Art. 13 vorgeschriebenen Bekanntmachungen erfolgen sollen. Der Beschluß ist in einem oder mehreren öffentlichen Blättern bekannt zu machen.

Wenn eines der bestimmten Blätter im Laufe des Jahres zu erscheinen aufhört, so hat das Gericht ein anderes Blatt an dessen Stelle zu bestimmen und öffentlich bekannt zu machen.

Inwiefern die Gerichte bei der Wahl der zu bestimmenden Blätter an Weisungen höherer Behörden gebunden sind, ist nach den Landesgesetzen zu beurtheilen.

Dritter Titel.

Von Handels-Firmen.

Art. 15.

Die Firma eines Kaufmanns ist der Name, unter welchem er im Handel seine Geschäfte betreibt und die Unterschrift abgiebt.

Art. 16.

Ein Kaufmann, welcher sein Geschäft ohne Gesellschafter oder nur mit einem stillen Gesellschafter betreibt, darf nur seinen Familiennamen (bürgerlichen Namen) mit oder ohne Vornamen als Firma führen.

Er darf der Firma keinen Zusatz beifügen, welcher ein Gesellschaftsverhältniß andeutet. Dagegen sind andere Zusätze gestattet, welche zur näheren Bezeichnung der Person oder des Geschäftes dienen.

Art. 17.

Die Firma einer offenen Handelsgesellschaft muß, wenn in dieselbe nicht die Namen sämmtlicher Gesellschafter aufgenommen sind, den Namen wenigstens eines der Gesellschafter mit einem das Vorhandensein einer Gesellschaft andeutenden Zusatze enthalten.

Die Firma einer Kommandit-Gesellschaft muß den Namen wenigstens eines persönlich haftenden Gesellschafters mit einem das Vorhandensein einer Gesellschaft andeutenden Zusatze enthalten.

Die Namen anderer Personen, als der persönlich haftenden Gesellschafter, dürfen in die Firma einer Handelsgesellschaft nicht aufgenommen werden; auch darf sich keine offene Handelsgesellschaft oder Kommandit-Gesellschaft als Aktien-Gesellschaft bezeichnen, selbst wenn das Kapital der Kommanditisten in Aktien zerlegt ist.

Art. 18.

Die Firma einer Aktien-Gesellschaft muß in der Regel von dem Gegenstande ihrer Unternehmung entlehnt sein.

Digitized by Google

Der Name von Gesellschaftern oder anderen Personen darf in die Firma nicht aufgenommen werden.

Art. 19.

Jeder Kaufmann ist verpflichtet, seine Firma bei dem Handelsgerichte, in dessen Bezirk seine Handelsniederlassung sich befindet, behufs der Eintragung in das Handels-Register anzumelden; er hat dieselbe nebst seiner persönlichen Unterschrift vor dem Handelsgerichte zu zeichnen oder die Zeichnung derselben in beglaubigter Form einzureichen.

Art. 20.

Jede neue Firma muß sich von allen an demselben Orte oder in derselben Gemeinde bereits bestehenden und in das Handels-Register eingetragenen Firmen deutlich unterscheiden.

Hat ein Kaufmann mit einem in das Handels-Register bereits eingetragenen Kaufmann gleiche Vor- und Familien-Namen, und will auch er sich derselben als seiner Firma bedienen, so muß er dieser einen Zusatz beifügen, durch welchen sich dieselbe von der bereits eingetragenen Firma deutlich unterscheidet.

Art. 21.

Die Firma muß auch für die an einem anderen Orte oder in einer anderen Gemeinde errichtete Zweigniederlassung bei dem für die letztere zuständigen Handelsgerichte angemeldet werden.

Besteht an dem Orte oder in der Gemeinde, wo die Zweigniederlassung errichtet wird, bereits eine gleiche Firma, so muß der Firma ein Zusatz beigefügt werden, durch welchen sie sich von jener bereits vorhandenen Firma deutlich unterscheidet.

Die Eintragung bei dem Handelsgerichte der Zweigniederlassung findet nicht Statt, bevor nachgewiesen ist, daß die Eintragung bei dem Handelsgerichte der Hauptniederlassung geschehen ist.

Art. 22.

Wer ein bestehendes Handelsgeschäft durch Vertrag oder Erbgang erwirbt, kann dasselbe unter der bisherigen Firma mit oder ohne einen das Nachfolgeverhältniß andeutenden Zusatz fortführen, wenn der bisherige Geschäftsinhaber oder dessen Erben oder die etwaigen Miterben in die Fortführung der Firma ausdrücklich willigen.

Art. 23.

Die Veräußerung einer Firma als solcher, abgesondert von dem Handelsgeschäft, für welches sie bisher geführt wurde, ist nicht zulässig.

Art. 24.

Wenn in ein bestehendes Handelsgeschäft Jemand als Gesellschafter eintritt, oder wenn ein Gesellschafter zu einer Handelsgesellschaft neu hinzutritt oder aus einer solchen austritt, so kann, ungeachtet dieser Veränderung, die ursprüngliche Firma fortgeführt werden.

Jedoch ist beim Austreten eines Gesellschafters dessen ausdrückliche Einwilligung in die Fortführung der Firma erforderlich, wenn sein Name in der Firma enthalten ist

Art. 25.

Wenn die Firma geändert wird oder erlischt, oder wenn die Inhaber der Firma sich ändern, so ist dies nach den Bestimmungen des Art. 19 bei dem Handelsgerichte anzumelden.

Ist die Aenderung oder das Erlöschen nicht in das Handels-Register eingetragen und öffentlich bekannt gemacht, so kann Derjenige, bei welchem jene Thatsachen eingetreten sind, dieselben einem Dritten nur insofern entgegensetzen, als er beweist, daß sie dem Letzteren bekannt waren.

Digitized by Google

Ist die Eintragung und Bekanntmachung geschehen, so muß ein Dritter die Aenderung oder das Erlöschen gegen sich gelten lassen, sofern nicht die Umstände die Annahme begründen, daß er diese Thatsachen weder gekannt habe, noch habe kennen müssen.

Art. 26.

Das Handelsgericht hat die Betheiligten zur Befolgung der Vorschriften der Art. 19. 21. und 25. von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten.

In gleicher Weise hat es gegen Diejenigen einzuschreiten, welche sich einer nach den Vorschriften dieses Titels ihnen nicht zustehenden Firma bedienen.

Art. 27.

Wer durch den unbefugten Gebrauch einer Firma in seinen Rechten verletzt ist, kann den Unberechtigten auf Unterlassung der weiteren Führung der Firma und auf Schadenersatz belangen.

Ueber das Vorhandensein und die Höhe des Schadens entscheidet das Handelsgericht nach seinem freien Ermessen.

Das Handelsgericht kann die Veröffentlichung des Erkenntnisses auf Kosten des Verurtheilten verordnen.

Vierter Titel.

Von den Handelsbüchern.

Art. 28.

Jeder Kaufmann ist verpflichtet, Bücher zu führen, aus welchen seine Handelsgeschäfte und die Lage seines Vermögens vollständig zu ersehen sind.

Er ist verpflichtet, die empfangenen Handelsbriefe aufzubewahren und eine Abschrift (Kopie oder Abdruck) der abgesandten Handelsbriefe zurückzubehalten und nach der Zeitfolge in ein Kopierbuch einzutragen.

Art. 29.

Jeder Kaufmann hat bei dem Beginne seines Gewerbes seine Grundstücke, seine Forderungen und Schulden, den Betrag seines baaren Geldes und seine anderen Vermögensstücke genau zu verzeichnen, dabei den Werth der Vermögensstücke anzugeben und einen das Verhältniß des Vermögens und der Schulden darstellenden Abschluß zu machen; er hat demnächst in jedem Jahre ein solches Inventar und eine solche Bilanz seines Vermögens anzufertigen.

Hat der Kaufmann ein Waarenlager, dessen Inventur nach der Beschaffenheit des Geschäfts nicht füglich in jedem Jahre geschehen kann, so genügt es, wenn das Inventar des Waarenlagers alle zwei Jahre aufgenommen wird.

Für Handelsgesellschaften kommen dieselben Bestimmungen in Bezug auf das Gesellschaftsvermögen zur Anwendung.

Art. 30.

Das Inventar und die Bilanz sind von dem Kaufmann zu unterzeichnen. Sind mehrere persönlich haftende Gesellschafter vorhanden, so haben sie alle zu unterzeichnen.

Das Inventar und die Bilanz können in ein dazu bestimmtes Buch eingeschrieben oder jedesmal besonders aufgestellt werden. Im letzteren Falle sind dieselben zu sammeln und in zusammenhängender Reihenfolge geordnet aufzubewahren.

Digitized by Google

Art. 31.

Bei der Aufnahme des Inventars und der Bilanz sind sämmtliche Vermögensstücke und Forderungen nach dem Werthe anzusetzen, welcher ihnen zur Zeit der Aufnahme beizulegen ist.

Zweifelhafte Forderungen sind nach ihrem wahrscheinlichen Werthe anzusetzen, uneinbringliche Forderungen aber abzuschreiben.

Art. 32.

Bei der Führung der Handelsbücher und bei den übrigen erforderlichen Aufzeichnungen muß sich der Kaufmann einer lebenden Sprache und der Schriftzeichen einer solchen bedienen.

Die Bücher müssen gebunden und jedes von ihnen muß Blatt für Blatt mit fortlaufenden Zahlen versehen sein.

An Stellen, welche der Regel nach zu beschreiben sind, dürfen keine leeren Zwischenräume gelassen werden. Der ursprüngliche Inhalt einer Eintragung darf nicht durch Durchstreichen oder auf andere Weise unleserlich gemacht, es darf nichts radirt, noch dürfen solche Veränderungen vorgenommen werden, bei deren Beschaffenheit es ungewiß ist, ob sie bei der ursprünglichen Eintragung oder erst später gemacht worden sind.

Art. 33.

Die Kaufleute sind verpflichtet, ihre Handelsbücher während zehn Jahren, von dem Tage der in dieselben geschehenen letzten Eintragung an gerechnet, aufzubewahren.

Dasselbe gilt in Ansehung der empfangenen Handelsbriefe, sowie in Ansehung der Inventare und Bilanzen.

Art. 34.

Ordnungsmäßig geführte Handelsbücher liefern bei Streitigkeiten über Handelssachen unter Kaufleuten in der Regel einen unvollständigen Beweis, welcher durch den Eid oder durch andere Beweismittel ergänzt werden kann.

Jedoch hat der Richter nach seinem durch die Erwägung aller Umstände geleiteten Ermessen zu entscheiden, ob dem Inhalte der Bücher ein größeres oder geringeres Maß der Beweiskraft beizulegen, ob in dem Falle, wo die Handelsbücher der streitenden Theile nicht übereinstimmen, von diesem Beweismittel ganz abzusehen, oder ob den Büchern des einen Theils eine überwiegende Glaubwürdigkeit beizumessen sei.

Ob und inwiefern die Handelsbücher gegen Nichtkaufleute Beweiskraft haben, ist nach den Landesgesetzen zu beurtheilen.

Art. 35.

Handelsbücher, bei deren Führung Unregelmäßigkeiten vorgefallen sind, können als Beweismittel nur insoweit berücksichtiget werden, als dieses nach der Art und Bedeutung der Unregelmäßigkeiten, sowie nach der Lage der Sache geeignet erscheint.

Art. 36.

Die Eintragungen in die Handelsbücher können, unbeschadet ihrer Beweiskraft, durch Handlungsgehülfen bewirkt werden.

Art. 37.

Im Laufe eines Rechtsstreits kann der Richter auf den Antrag einer Partei die Vorlegung der Handelsbücher der Gegenpartei verordnen. Geschieht die Vorlegung nicht, so wird zum Nachtheil des Weigernden der behauptete Inhalt der Bücher für erwiesen angenommen.

Digitized by Google

Art. 38.

Wenn in einem Rechtsstreite Handelsbücher vorgelegt werden, so ist von dem Inhalte derselben, soweit er den Streitpunkt betrifft, unter Zuziehung der Parteien Einsicht zu nehmen und im geeigneten Falle ein Auszug zu fertigen. Der übrige Inhalt der Bücher ist dem Richter insoweit offen zu legen, als dies zur Prüfung ihrer ordnungsmäßigen Führung nothwendig ist.

Art. 39.

Befinden sich die Handelsbücher, welche vorzulegen sind, an einem Orte, welcher nicht zum Bezirk des Prozeß-Richters gehört, so muß der Letztere das Gericht des Ortes, wo sich die Handelsbücher befinden, ersuchen, die Vorlegung der Bücher vor sich bewirken zu lassen, dabei nach den Bestimmungen des vorhergehenden Artikels zu verfahren und einen beglaubigten Auszug mit dem über die Verhandlungen aufgenommenen Protokolle zu übersenden.

Art. 40.

Die Mittheilung der Handelsbücher zur vollständigen Kenntnißnahme von ihrem ganzen Inhalte kann in Erbschafts- oder Gütergemeinschafts-Angelegenheiten, sowie in Gesellschafts-Theilungssachen und im Konkurse, soweit es die Bücher des Gemeinschuldners betrifft, gerichtlich verordnet werden.

Fünfter Titel.

Von den Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten.

Art. 41.

Wer von dem Eigenthümer einer Handelsniederlassung (Prinzipal) beauftragt ist, in dessen Namen und für dessen Rechnung das Handelsgeschäft zu betreiben und per procura die Firma zu zeichnen, ist Prokurist.

Die Bestellung des Prokuristen kann durch Ertheilung einer ausdrücklich als Prokura bezeichneten Vollmacht, oder durch ausdrückliche Bezeichnung des Bevollmächtigten als Prokuristen, oder durch die Ermächtigung, per procura die Firma des Prinzipals zu zeichnen, geschehen.

Die Prokura kann mehreren Personen gemeinschaftlich ertheilt werden (Kollektiv-Prokura).

Art. 42.

Die Prokura ermächtigt zu allen Arten von gerichtlichen und außergerichtlichen Geschäften und Rechtshandlungen, welche der Betrieb eines Handelsgewerbes mit sich bringt; sie ersetzt jede nach den Landesgesetzen erforderliche Spezial-Vollmacht; sie berechtigt zur Anstellung und Entlassung von Handlungsgehülfen und Bevollmächtigten.

Zur Veräußerung und Belastung von Grundstücken ist der Prokurist nur ermächtigt, wenn ihm diese Befugniß besonders ertheilt ist.

Art. 43.

Eine Beschränkung des Umfangs der Prokura (Art. 42) hat dritten Personen gegenüber keine rechtliche Wirkung.

Dies gilt insbesondere von der Beschränkung, daß die Prokura nur für gewisse Geschäfte oder gewisse Arten von Geschäften gelte, oder daß sie nur unter gewissen Umständen oder für eine gewisse Zeit oder an einzelnen Orten ausgeübt werden solle.

Digitized by Google

Art. 44.

Der Prokurist hat in der Weise zu zeichnen, daß er der Firma einen die Prokura andeutenden Zusatz und seinen Namen beifügt.

Bei einer Kollektiv-Prokura hat jeder Prokurist der mit diesem Zusatze versehenen Firmazeichnung seinen Namen beizufügen.

Art. 45.

Die Ertheilung der Prokura ist vom Prinzipal persönlich oder in beglaubigter Form beim Handelsgerichte zur Eintragung in das Handels-Register anzumelden.

Der Prokurist hat die Firma nebst seiner Namensunterschrift persönlich vor dem Handelsgerichte zu zeichnen (Art. 44.), oder die Zeichnung in beglaubigter Form einzureichen.

Das Erlöschen der Prokura ist von dem Prinzipal in gleicher Weise zur Eintragung in das Handels-Register anzumelden.

Die Betheiligten sind zur Befolgung dieser Vorschriften von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten.

Art. 46.

Wenn das Erlöschen der Prokura nicht in das Handels-Register eingetragen und öffentlich bekannt gemacht ist, so kann der Prinzipal dasselbe einem Dritten nur dann entgegensetzen, wenn er beweist, daß es Letzterem beim Abschlusse des Geschäfts bekannt war.

Ist die Eintragung und Bekanntmachung geschehen, so muß ein Dritter das Erlöschen der Prokura gegen sich gelten lassen, sofern nicht durch die Umstände die Annahme begründet wird, daß er das Erlöschen beim Abschlusse des Geschäfts weder gekannt habe, noch habe kennen müssen.

Art. 47.

Wenn ein Prinzipal Jemanden ohne Ertheilung der Prokura, sei es zum Betriebe seines ganzen Handelsgewerbes oder zu einer bestimmten Art von Geschäften oder zu einzelnen Geschäften, in seinem Handelsgewerbe bestellt (Handlungsbevollmächtigter), so erstreckt sich die Vollmacht auf alle Geschäfte und Rechtshandlungen, welche der Betrieb eines derartigen Handelsgewerbes oder die Ausführung derartiger Geschäfte gewöhnlich mit sich bringt.

Jedoch ist der Handlungsbevollmächtigte zum Eingehen von Wechselverbindlichkeiten, zur Aufnahme von Darlehen und zur Prozeßführung nur ermächtigt, wenn ihm eine solche Befugniß besonders ertheilt ist.

Im Uebrigen bedarf er zu den Geschäften, auf welche sich seine Vollmacht erstreckt, der in den Landesgesetzen vorgeschriebenen Spezialvollmacht nicht.

Art. 48.

Der Handlungsbevollmächtigte hat sich bei der Zeichnung jedes eine Prokura andeutenden Zusatzes zu enthalten; er hat mit einem das Vollmachtsverhältniß ausdrückenden Zusatze zu zeichnen.

Art. 49.

Die Bestimmungen der beiden vorhergehenden Artikel finden auch Anwendung auf Handlungsbevollmächtigte, welche ihr Prinzipal als Handlungsreisende zu Geschäften an auswärtigen Orten verwendet. Dieselben gelten insbesondere für ermächtigt, den Kaufpreis aus den von ihnen abgeschlossenen Verkäufen einzuziehen, oder dafür Zahlungsfristen zu bewilligen.

Art. 50.

Wer in einem Laden oder in einem offenen Magazin oder Waarenlager angestellt ist, gilt für ermächtigt, daselbst Verkäufe und Empfangnahmen vorzunehmen, welche in einem derartigen Laden, Magazin oder Waarenlager gewöhnlich geschehen.

Digitized by Google

Art. 51.

Wer die Waare und eine unquittirte Rechnung überbringt, gilt deshalb noch nicht für ermächtigt, die Zahlung zu empfangen.

Art. 52.

Durch das Rechtsgeschäft, welches ein Prokurist oder ein Handlungsbevollmächtigter gemäß der Prokura oder der Vollmacht im Namen des Prinzipals schließt, wird der Letztere dem Dritten gegenüber berechtigt und verpflichtet.

Es ist gleichgültig, ob das Geschäft ausdrücklich im Namen des Prinzipals geschlossen worden ist, oder ob die Umstände ergeben, daß es nach dem Willen der Kontrahenten für den Prinzipal geschlossen werden sollte.

Zwischen dem Prokuristen oder Bevollmächtigten und dem Dritten erzeugt das Geschäft weder Rechte noch Verbindlichkeiten.

Art. 53.

Der Prokurist oder der Handlungsbevollmächtigte kann ohne Einwilligung des Prinzipals seine Prokura oder Handlungsvollmacht auf einen Anderen nicht übertragen.

Art. 54.

Die Prokura oder Handlungsvollmacht ist zu jeder Zeit widerruflich, unbeschadet der Rechte aus dem bestehenden Dienstverhältnisse.

Der Tod des Prinzipals hat das Erlöschen der Prokura oder Handlungsvollmacht nicht zur Folge.

Art. 55.

Wer ein Handelsgeschäft als Prokurist oder als Handlungsbevollmächtigter schließt, ohne Prokura oder Handlungsvollmacht erhalten zu haben, ingleichen ein Handlungsbevollmächtigter, welcher bei Abschluß eines Geschäfts seine Vollmacht überschreitet, ist dem Dritten persönlich nach Handelsrecht verhaftet; der Dritte kann nach seiner Wahl ihn auf Schadensersatz oder Erfüllung belangen.

Diese Haftungspflicht tritt nicht ein, wenn der Dritte, ungeachtet er den Mangel der Prokura oder der Vollmacht oder die Ueberschreitung der letzteren kannte, sich mit ihm eingelassen hat.

Art. 56.

Ein Prokurist oder ein zum Betriebe eines ganzen Handelsgewerbes bestellter Handlungsbevollmächtigter darf ohne Einwilligung des Prinzipals weder für eigene Rechnung, noch für Rechnung eines Dritten Handelsgeschäfte machen.

Eine Einwilligung des Prinzipals ist schon dann anzunehmen, wenn ihm bei Ertheilung der Prokura oder der Vollmacht bekannt war, daß der Prokurist oder Handlungsbevollmächtigte für eigene oder fremde Rechnung Handelsgeschäfte betreibe, und er die Aufgebung dieses Betriebes nicht bedungen hat.

Uebertritt der Prokurist oder Handlungsbevollmächtigte diese Vorschrift, so kann der Prinzipal Ersatz des verursachten Schadens fordern. Auch muß sich der Prokurist oder Handlungsbevollmächtigte auf Verlangen des Prinzipals gefallen lassen, daß die für seine Rechnung gemachten Geschäfte als für Rechnung des Prinzipals geschlossen angesehen werden.

Digitized by Google

Sechster Titel.

Von den Handlungsgehülfen.

Art. 57.

Die Natur der Dienste und die Ansprüche der Handlungsgehülfen (Handlungsdiener, Handlungslehrlinge) auf Gehalt und Unterhalt werden, in Ermangelung einer Uebereinkunft, durch den Ortsgebrauch oder durch das Ermessen des Gerichts, nöthigenfalls nach Einholung eines Gutachtens von Sachverständigen, bestimmt.

Art. 58.

Ein Handlungsgehülfe ist nicht ermächtigt, Rechtsgeschäfte im Namen und für Rechnung des Prinzipals vorzunehmen.

Wird er jedoch von dem Prinzipal zu Rechtsgeschäften in dessen Handelsgewerbe beauftragt, so finden die Bestimmungen über Handlungsbevollmächtigte Anwendung.

Art. 59.

Ein Handlungsgehülfe darf ohne Einwilligung des Prinzipals weder für eigene Rechnung noch für Rechnung eines Dritten Handelsgeschäfte machen.

In dieser Beziehung kommen die für den Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten geltenden Bestimmungen (Art. 56.) zur Anwendung.

Art. 60.

Ein Handlungsgehülfe, welcher durch unverschuldetes Unglück an Leistung seines Dienstes zeitweise verhindert wird, geht dadurch seiner Ansprüche auf Gehalt und Unterhalt nicht verlustig. Jedoch hat er auf diese Vergünstigung nur für die Dauer von sechs Wochen Anspruch.

Art. 61.

Das Dienstverhältniß zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsdiener kann von jedem Theile mit Ablauf eines jeden Kalendervierteljahrs nach vorgängiger sechswöchentlicher Kündigung aufgehoben werden. Ist durch Vertrag eine kürzere oder längere Zeitdauer oder eine kürzere oder längere Kündigungsfrist bedungen, so hat es hierbei sein Bewenden.

In Betreff der Handlungslehrlinge ist die Dauer der Lehrzeit nach dem Lehrvertrage und in Ermangelung vertragsmäßiger Bestimmungen nach den örtlichen Verordnungen oder dem Ortsgebrauche zu beurtheilen.

Art. 62.

Die Aufhebung des Dienstverhältnisses vor der bestimmten Zeit (Art. 61.) kann aus wichtigen Gründen von jedem Theile verlangt werden.

Die Beurtheilung der Wichtigkeit der Gründe bleibt dem Ermessen des Richters überlassen.

Art. 63.

Gegen den Prinzipal kann insbesondere die Aufhebung des Dienstverhältnisses ausgesprochen werden, wenn derselbe den Gehalt oder den gebührenden Unterhalt nicht gewährt, oder wenn er sich thätlicher Mißhandlungen oder schwerer Ehrverletzungen gegen den Handlungsgehülfen schuldig macht.

Digitized by Google

Art. 64.

Gegen den Handlungsgehülfen kann insbesondere die Aufhebung des Dienstverhältnisses ausgesprochen werden:

1) wenn derselbe im Dienste untreu ist, oder das Vertrauen mißbraucht;
2) wenn derselbe ohne Einwilligung des Prinzipals für eigene Rechnung oder für Rechnung eines Dritten Handelsgeschäfte macht;
3) wenn derselbe seine Dienste zu leisten verweigert, oder ohne einen rechtmäßigen Hinderungsgrund während einer den Umständen nach erheblichen Zeit unterläßt;
4) wenn derselbe durch anhaltende Krankheit oder Kränklichkeit oder durch eine längere Freiheitsstrafe oder Abwesenheit an Verrichtung seiner Dienste verhindert wird;
5) wenn derselbe sich thätlicher Mißhandlungen oder erheblicher Ehrverletzungen gegen den Prinzipal schuldig macht;
6) wenn derselbe sich einem unsittlichen Lebenswandel ergiebt.

Art. 65.

Hinsichtlich der Personen, welche bei dem Betriebe des Handelsgewerbes Gesindedienste verrichten, hat es bei den für das Gesinde-Dienstverhältniß geltenden Bestimmungen sein Bewenden.

Siebenter Titel.

Von den Handelsmäklern oder Sensalen.

Art. 66.

Die Handelsmäkler (Sensale) sind amtlich bestellte Vermittler für Handelsgeschäfte.

Sie leisten vor Antritt ihres Amtes den Eid, daß sie die ihnen obliegenden Pflichten getreu erfüllen wollen.

Art. 67.

Die Handelsmäkler vermitteln für Auftraggeber Käufe und Verkäufe über Waaren, Schiffe, Wechsel, inländische und ausländische Staatspapiere, Aktien und andere Handelspapiere, ingleichen Verträge über Versicherungen, Bodmerei, Befrachtung und Miethe von Schiffen, sowie über Land- und Wassertransporte und andere den Handel betreffende Gegenstände.

Durch die übertragene Geschäftsvermittelung ist ein Handelsmäkler noch nicht als bevollmächtigt anzusehen, eine Zahlung oder eine andere im Vertrage bedungene Leistung in Empfang zu nehmen.

Art. 68.

Die Anstellung der Handelsmäkler geschieht entweder im Allgemeinen für alle Arten von Mäklergeschäften oder nur für einzelne Arten derselben.

Art. 69.

Die Handelsmäkler haben insbesondere folgende Pflichten:

1) sie dürfen für eigene Rechnung keine Handelsgeschäfte machen, weder unmittelbar noch mittelbar, auch nicht als Kommissionäre; sie dürfen für die Erfüllung der Geschäfte, welche sie vermitteln, sich nicht verbindlich machen oder Bürgschaft leisten, alles dies unbeschadet der Gültigkeit der Geschäfte;
2) sie dürfen zu keinem Kaufmann in dem Verhältnisse eines Prokuristen, Handlungsbevollmächtigten oder Handlungsgehülfen stehen;

Digitized by Google

3) sie dürfen sich nicht mit anderen Handelsmäklern zu einem gemeinschaftlichen Betriebe der Mäklergeschäfte oder eines Theils derselben vereinigen; zur gemeinschaftlichen Vermittelung einzelner Geschäfte sind sie unter Zustimmung der Auftraggeber befugt;
4) sie müssen die Mäklerverrichtungen persönlich betreiben und dürfen sich zur Abschließung der Geschäfte eines Gehülfen nicht bedienen;
5) sie sind zur Verschwiegenheit über die Aufträge, Verhandlungen und Abschlüsse verpflichtet, soweit nicht das Gegentheil durch die Parteien bewilligt, oder durch die Natur des Geschäfts geboten ist;
6) sie dürfen zu keinem Geschäfte die Einwilligung der Parteien oder deren Bevollmächtigten anders annehmen als durch ausdrückliche und persönliche Erklärung; es ist den Mäklern weder erlaubt, von Abwesenden Aufträge zu übernehmen, noch sich zur Vermittelung eines Unterhändlers zu bedienen.

Art. 70.

Handelsmäklern, welche Schiffsmäkelei betreiben, kann gestattet werden, den Schiffern im Einziehen und Vorschießen der Frachten und Unkosten als Abrechner oder in anderer ortsüblicher Weise Hülfsdienste zu leisten.

Art. 71.

Der Handelsmäkler muß außer seinem Handbuche ein Tagebuch führen, in welches letztere alle abgeschlossenen Geschäfte täglich einzutragen sind. Das Eingetragene hat er täglich zu unterzeichnen.

Das Tagebuch muß vor dem Gebrauche Blatt für Blatt mit fortlaufenden Zahlen bezeichnet und der vorgesetzten Behörde zur Beglaubigung der Zahl der Blätter vorgelegt werden.

Art. 72.

Die Eintragungen in das Tagebuch müssen die Namen der Kontrahenten, die Zeit des Abschlusses, die Bezeichnung des Gegenstandes und die Bedingungen des Geschäfts, insbesondere bei Verkäufen von Waaren die Gattung und Menge derselben, sowie den Preis und die Zeit der Lieferung enthalten.

Die Eintragungen müssen in deutscher Sprache oder, sofern die Geschäftssprache des Ortes eine andere ist, in dieser geschehen; sie müssen nach Ordnung des Datums und ohne leere Zwischenräume erfolgen.

Die Bestimmungen über die Einrichtung der Handelsbücher (Art. 32.) finden auch auf das Tagebuch des Mäklers Anwendung.

Art. 73.

Der Handelsmäkler muß ohne Verzug nach Abschluß des Geschäfts jeder Partei eine von ihm unterzeichnete Schlußnote, welche die in dem vorhergehenden Artikel als Gegenstand der Eintragung bezeichneten Thatsachen enthält, zustellen.

Bei Geschäften, welche nicht sofort erfüllt werden sollen, ist die Schlußnote den Parteien zu ihrer Unterschrift zuzustellen und jeder Partei das von der anderen unterschriebene Exemplar zu übersenden.

Verweigert eine Partei die Annahme oder Unterschrift der Schlußnote, so muß der Handelsmäkler davon der anderen Partei ohne Verzug Anzeige machen.

Digitized by Google

Art. 74.

Der Handelsmäkler ist verpflichtet, den Parteien zu jeder Zeit auf Verlangen beglaubigte Auszüge aus dem Tagebuche zu geben, die Alles enthalten müssen, was von dem Mäkler in Ansehung des die Parteien angehenden Geschäfts eingetragen ist.

Art. 75.

Wenn ein Handelsmäkler stirbt, oder aus dem Amte scheidet, so ist sein Tagebuch bei der Behörde niederzulegen.

Art. 76.

Der Abschluß eines durch Handelsmäkler vermittelten Vertrags ist von der Eintragung desselben in das Tagebuch oder von der Aushändigung der Schlußnoten unabhängig.

Diese Thatsachen dienen nur zum Beweise des abgeschlossenen Vertrags.

Art. 77.

Das ordnungsmäßig geführte Tagebuch, sowie die Schlußnoten eines Handelsmäklers liefern in der Regel den Beweis für den Abschluß des Geschäfts und dessen Inhalt.

Jedoch hat der Richter nach seinem durch die Erwägung aller Umstände geleiteten Ermessen zu entscheiden, ob dem Inhalte des Tagebuchs und der Schlußnoten ein geringeres Gewicht beizulegen, ob die eidliche Bestärkung durch den Mäkler oder andere Beweise zu fordern, ob insbesondere die Weigerung einer Partei, die Schlußnote anzunehmen oder zu unterzeichnen, für Beurtheilung der Sache von Erheblichkeit sei.

Art. 78.

Das Tagebuch eines Handelsmäklers, bei dessen Führung Unregelmäßigkeiten vorgefallen sind, kann als Beweismittel nur insoweit berücksichtigt werden, als dieses nach der Art und Bedeutung der Unregelmäßigkeiten, sowie nach Lage der Sache als geeignet erscheint.

Art. 79.

Im Laufe eines Rechtsstreits kann der Richter, selbst ohne Antrag einer Partei, die Vorlegung des Tagebuchs verordnen, um dasselbe einzusehen und mit der Schlußnote, den Auszügen und anderen Beweismitteln zu vergleichen.

Die Vorschrift des Art. 39. findet auch in Bezug auf die Vorlegung des Tagebuchs Anwendung.

Art. 80.

Der Handelsmäkler muß, sofern nicht die Parteien ihm dieses erlassen haben, oder der Ortsgebrauch mit Rücksicht auf die Gattung der Waare davon entbindet, von jeder durch seine Vermittelung nach Probe verkauften Waare die Probe, nachdem er dieselbe behufs der Wiedererkennung gezeichnet hat, so lange aufbewahren, bis die Waare ohne Einwendung gegen ihre Beschaffenheit angenommen, oder das Geschäft in anderer Weise erledigt ist.

Art. 81.

Jedes Verschulden des Handelsmäklers berechtigt die dadurch beschädigte Partei, Schadloshaltung von ihm zu fordern.

Art. 82.

Der Handelsmäkler hat die Mäklergebühr (Sensarie) zu fordern, sobald das Geschäft geschlossen und, wenn es ein bedingtes war, unbedingt geworden und von ihm seiner Verpflichtung

Digitized by Google

wegen Zustellung der Schlußnoten Genüge geschehen ist, unbeschadet anderweiter Bestimmung durch örtliche Verordnungen oder durch Ortsgebrauch.

Ist das Geschäft nicht zum Abschlusse gekommen, oder nicht zu einem unbedingten geworden, so kann für die Unterhandlungen keine Mäklergebühr gefordert werden.

Der Betrag der Mäklergebühr wird durch örtliche Verordnungen geregelt; in Ermangelung derselben entscheidet der Ortsgebrauch.

Art. 83.

Ist unter den Parteien nichts darüber vereinbart, wer die Mäklergebühr bezahlen soll, so ist dieselbe in Ermangelung örtlicher Verordnungen oder eines Ortsgebrauchs von jeder Partei zur Hälfte zu entrichten.

Art. 84.

Ueber die Anstellung der Handelsmäkler und über die Bestrafung der von ihnen im Berufe begangenen Pflichtverletzungen das Erforderliche zu bestimmen, bleibt den Landesgesetzen überlassen.

Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, die Vorschriften dieses Titels nach Maßgabe der örtlichen Bedürfnisse zu ergänzen; es kann insbesondere den Handelsmäklern das ausschließliche Recht zur Vermittelung von Handelsgeschäften beigelegt werden.

Auch kann in den Landesgesetzen oder in örtlichen Verordnungen der in diesem Titel den Handelsmäklern zugewiesene Kreis von Amtsverrichtungen und Befugnissen (Art. 67. 70.) oder der Umfang ihrer Pflichten (Art. 69.) erweitert oder eingeschränkt werden.

Zweites Buch.

Von den Handelsgesellschaften.

Erster Titel.

Von der offenen Handelsgesellschaft.

Erster Abschnitt.

Von der Errichtung der Gesellschaft.

Art. 85.

Eine offene Handelsgesellschaft ist vorhanden, wenn zwei oder mehrere Personen ein Handelsgewerbe unter gemeinschaftlicher Firma betreiben und bei keinem der Gesellschafter die Betheiligung auf Vermögenseinlagen beschränkt ist.

Zur Gültigkeit des Gesellschaftsvertrages bedarf es der schriftlichen Abfassung oder anderer Förmlichkeiten nicht.

Art. 86.

Die Errichtung einer offenen Handelsgesellschaft ist von den Gesellschaftern bei dem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat, und bei jedem Handelsgerichte, in dessen Bezirk sie eine Zweigniederlassung hat, behufs der Eintragung in das Handels-Register anzumelden.

Die Anmeldung muß enthalten:

1) den Namen, Vornamen, Stand und Wohnort jedes Gesellschafters;
2) die Firma der Gesellschaft und den Ort, wo sie ihren Sitz hat;
3) den Zeitpunkt, mit welchem die Gesellschaft begonnen hat;
4) im Falle vereinbart ist, daß nur einer oder einige der Gesellschafter die Gesellschaft ver-

Digitized by Google

treten sollen, die Angabe, welcher oder welche dazu bestimmt sind, ingleichen, ob das Recht nur in Gemeinschaft ausgeübt werden soll.

Art. 87.

Wenn die Firma einer bestehenden Gesellschaft geändert oder der Sitz der Gesellschaft an einen anderen Ort verlegt wird, oder wenn neue Gesellschafter in dieselbe eintreten, oder wenn einem Gesellschafter die Befugniß, die Gesellschaft zu vertreten (Art 86. Ziff. 4.), nachträglich ertheilt, oder wenn eine solche Befugniß aufgehoben wird, so sind diese Thatsachen bei dem Handelsgerichte behufs der Eintragung in das Handels-Register anzumelden.

Bei der Aenderung der Firma, bei der Verlegung des Sitzes der Gesellschaft und bei der Aufhebung der Vertretungsbefugniß richtet sich die Wirkung gegen Dritte in den Fällen der geschehenen oder der nicht geschehenen Eintragung und Bekanntmachung nach den Bestimmungen des Art. 25.

Art. 88.

Die Anmeldungen (Art. 86. 87.) müssen von allen Gesellschaftern persönlich vor dem Handelsgerichte unterzeichnet oder in beglaubigter Form eingereicht werden. Sie sind ihrem ganzen Inhalte nach in das Handels-Register einzutragen.

Die Gesellschafter, welche die Gesellschaft vertreten sollen, haben die Firma nebst ihrer Namensunterschrift persönlich vor dem Handelsgerichte zu zeichnen, oder die Zeichnung derselben in beglaubigter Form einzureichen.

Art. 89.

Das Handelsgericht hat die Betheiligten zur Befolgung der vorstehenden Anordnungen (Art. 86. bis 88.) von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten.

Zweiter Abschnitt.

Von dem Rechtsverhältniß der Gesellschafter unter einander.

Art. 90.

Das Rechtsverhältniß der Gesellschafter unter einander richtet sich zunächst nach dem Gesellschaftsvertrage.

Soweit über die in den nachfolgenden Artikeln dieses Abschnitts berührten Punkte keine Vereinbarung getroffen ist, kommen die Bestimmungen dieser Artikel zur Anwendung.

Art. 91.

Wenn Geld oder andere verbrauchbare oder vertretbare Sachen, oder wenn unverbrauchbare oder unvertretbare Sachen nach einer Schätzung, die nicht blos zum Zweck der Gewinnvertheilung geschieht, in die Gesellschaft eingebracht werden, so werden diese Gegenstände Eigenthum der Gesellschaft.

Im Zweifel wird angenommen, daß die in das Inventar der Gesellschaft mit der Unterschrift sämmtlicher Gesellschafter eingetragenen, bis dahin einem Gesellschafter gehörigen, beweglichen oder unbeweglichen Sachen Eigenthum der Gesellschaft geworden sind.

Art. 92.

Ein Gesellschafter ist nicht verpflichtet, die Einlage über den vertragsmäßigen Betrag zu erhöhen, oder die durch Verlust verminderte Einlage zu ergänzen.

Digitized by Google

Art. 93.

Für die Auslagen, welche ein Gesellschafter in Gesellschaftsangelegenheiten macht, für die Verbindlichkeiten, welche er wegen derselben übernimmt, und für die Verluste, welche er unmittelbar durch seine Geschäftsführung oder aus Gefahren, welche von derselben unzertrennlich sind, erleidet, ist ihm die Gesellschaft verhaftet.

Von den vorgeschossenen Geldern kann er Zinsen fordern, vom Tage des geleisteten Vorschusses an gerechnet.

Für die Bemühungen bei dem Betriebe der Gesellschaftsgeschäfte steht dem Gesellschafter ein Anspruch auf Vergütung nicht zu.

Art. 94.

Jeder Gesellschafter ist verpflichtet, in den Angelegenheiten der Gesellschaft den Fleiß und die Sorgfalt anzuwenden, welche er in seinen eigenen Angelegenheiten anzuwenden pflegt.

Er haftet der Gesellschaft für den Schaden, welcher ihr durch sein Verschulden entstanden ist. Er kann gegen diesen Schaden nicht die Vortheile aufrechnen, welche er der Gesellschaft in anderen Fällen durch seinen Fleiß verschafft hat.

Art. 95.

Ein Gesellschafter, welcher seine Geldeinlage nicht zur rechten Zeit einzahlt, oder eingenommene Gesellschaftsgelder nicht zur rechten Zeit an die Gesellschaftskasse abliefert, oder unbefugt Gelder aus der Gesellschaftskasse für sich entnimmt, ist von Rechtswegen zur Entrichtung von Zinsen seit dem Tage verpflichtet, an welchem die Zahlung oder die Ablieferung hätte geschehen sollen, oder die Herausnahme des Geldes erfolgt ist.

Die Verpflichtung zum Ersatz des etwa entstandenen größeren Schadens und die übrigen rechtlichen Folgen der Handlung werden hierdurch nicht ausgeschlossen.

Art. 96.

Ein Gesellschafter darf ohne Genehmigung der anderen Gesellschafter weder in dem Handelszweige der Gesellschaft für eigene Rechnung oder für Rechnung eines Dritten Geschäfte machen, noch an einer anderen gleichartigen Handelsgesellschaft als offener Gesellschafter Theil nehmen.

Eine Genehmigung der Theilnahme an einer anderen gleichartigen Handelsgesellschaft ist schon dann anzunehmen, wenn den übrigen Gesellschaftern bei Eingehung der Gesellschaft bekannt war, daß der Gesellschafter an jener Handelsgesellschaft als offener Gesellschafter Theil nehme, und gleichwohl das Aufgeben der Theilnahme nicht ausdrücklich bedungen worden ist.

Art. 97.

Ein Gesellschafter, welcher den vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandelt, muß sich auf Verlangen der Gesellschaft gefallen lassen, daß die für seine Rechnung gemachten Geschäfte als für Rechnung der Gesellschaft geschlossen angesehen werden; auch kann die Gesellschaft statt dessen den Ersatz des entstandenen Schadens fordern: alles dieses unbeschadet des Rechts, die Auflösung des Gesellschaftsvertrags in den geeigneten Fällen herbeizuführen.

Das Recht der Gesellschaft, in ein von dem Gesellschafter für eigene Rechnung gemachtes Geschäft einzutreten oder Schadensersatz zu fordern, erlischt nach drei Monaten, von dem Zeitpunkte an gerechnet, in welchem die Gesellschaft von dem Abschlusse des Geschäfts Kenntniß erhalten hat.

Art. 98.

Ein Gesellschafter kann ohne die Einwilligung der übrigen Gesellschafter keinen Dritten in die Gesellschaft aufnehmen.

Digitized by Google

Wenn ein Gesellschafter einseitig einen Dritten an seinem Antheile betheiligt oder seinen Antheil an denselben abtritt, so erlangt dieser gegen die Gesellschaft unmittelbar keine Rechte; er ist insbesondere zur Einsicht der Handelsbücher und Papiere der Gesellschaft nicht berechtigt.

Art. 99.

Wenn die Geschäftsführung in dem Gesellschaftsvertrage einem oder mehreren der Gesellschafter übertragen ist, so schließen diese die übrigen Gesellschafter von der Geschäftsführung aus; sie sind berechtigt, ungeachtet des Widerspruchs der übrigen Gesellschafter, alle Handlungen vorzunehmen, welche der gewöhnliche Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft mit sich bringt.

Art. 100.

Wenn die Geschäftsführung mehreren Gesellschaftern mit der ausdrücklichen Beschränkung übertragen ist, daß einer nicht ohne den andern handeln könne, so darf keiner allein Geschäfte vornehmen, es sei denn, daß Gefahr im Verzuge ist.

Ist hingegen mehreren Gesellschaftern die Geschäftsführung ohne diese ausdrückliche Beschränkung übertragen, so darf jeder derselben allein alle zur Geschäftsführung gehörenden Handlungen vornehmen. Jedoch muß, wenn einer unter ihnen gegen die Vornahme einer Handlung Widerspruch erhebt, dieselbe unterbleiben.

Art. 101.

Die im Gesellschaftsvertrage einem oder mehreren Gesellschaftern geschehene Uebertragung der Geschäftsführung kann, so lange die Gesellschaft dauert, nicht ohne rechtmäßige Ursache widerrufen werden.

Die Beurtheilung, ob eine rechtmäßige Ursache vorliege, bleibt dem Ermessen des Richters überlassen.

Der Widerruf kann insbesondere in den im Art. 125. Ziffer 2. bis 5. bezeichneten Fällen für begründet erklärt werden.

Art. 102.

Wenn im Gesellschaftsvertrage die Geschäftsführung nicht einem oder mehreren Gesellschaftern übertragen ist, so sind alle Gesellschafter zum Betriebe der Geschäfte der Gesellschaft gleichmäßig berechtigt und verpflichtet.

Erhebt ein Gesellschafter gegen die Vornahme einer Handlung Widerspruch, so muß dieselbe unterbleiben.

Art. 103.

Ein Beschluß der sämmtlichen Gesellschafter muß vor der Vornahme von Geschäften eingeholt werden, welche über den gewöhnlichen Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft hinausgehen, oder welche dem Zweck derselben fremd sind.

Dies ist auch dann erforderlich, wenn die Geschäftsführung einem oder mehreren Gesellschaftern übertragen ist.

Zur Fassung des Beschlusses ist Stimmeneinhelligkeit erforderlich. Ist diese nicht zu erlangen, so muß die Handlung, in Ansehung deren Beschluß gefaßt werden soll, unterbleiben.

Art. 104.

Zur Bestellung eines Prokuristen ist, sofern nicht Gefahr im Verzuge ist, die Einwilligung aller geschäftsführenden Gesellschafter und, wenn keine solchen ernannt sind, die Einwilligung aller Gesellschafter erforderlich.

Digitized by Google

Der Widerruf der Prokura kann von jedem der zur Ertheilung derselben befugten Gesellschafter geschehen.

Art. 105.

Jeder Gesellschafter, auch wenn er nicht in dem Geschäftsbetriebe der Gesellschaft thätig ist, kann sich persönlich von dem Gange der Gesellschaftsangelegenheiten unterrichten; er kann jederzeit in das Geschäftslokal kommen, die Handelsbücher und Papiere der Gesellschaft einsehen und auf ihrer Grundlage eine Bilanz zu seiner Ueberficht anfertigen.

Ist im Gesellschaftsvertrage ein Anderes bestimmt, so verliert diese Bestimmung ihre Wirkung, wenn eine Unredlichkeit in der Geschäftsführung nachgewiesen wird.

Art. 106.

Jedem Gesellschafter werden am Schlusse eines jeden Geschäftsjahres von seiner Einlage, oder wenn sich dieselbe beim Schlusse des vorigen Jahres durch Hinzurechnung seines Antheils am Gewinne vermehrt oder durch Abrechnung seines Antheils am Verluste vermindert hat, von seinem Antheile am Gesellschaftsvermögen Zinsen zu Vier vom Hundert gutgeschrieben und von den während des Geschäftsjahres auf den Antheil entnommenen Geldern Zinsen in demselben Maßstabe zur Last geschrieben.

Die dem Gesellschafter hiernach zukommenden Zinsen vermehren seinen Antheil am Gesellschaftsvermögen.

Vor Deckung dieser Zinsen ist kein Gewinn vorhanden, und der Verlust der Gesellschaft wird durch dieselben vermehrt oder gebildet.

Art. 107.

Am Schlusse eines jeden Geschäftsjahres wird, auf Grund des Inventars und der Bilanz, der Gewinn oder der Verlust dieses Jahres ermittelt und für jeden Gesellschafter sein Antheil daran berechnet.

Der Gewinn jedes Gesellschafters wird seinem Antheile am Gesellschaftsvermögen zugeschrieben, der Verlust von demselben abgeschrieben.

Art. 108.

Ein Gesellschafter darf ohne Einwilligung der übrigen Gesellschafter seine Einlage oder seinen Antheil am Gesellschaftsvermögen nicht vermindern.

Er darf jedoch, auch ohne diese Einwilligung, auf seinen Antheil am Gesellschaftsvermögen die Zinsen desselben für das letztverflossene Jahr und, soweit es nicht zum offenbaren Nachtheil der Gesellschaft gereicht, Gelder bis zu einem Betrage entnehmen, welcher seinen Antheil am Gewinne des letztverflossenen Jahres nicht übersteigt.

Art. 109.

Der Gewinn oder Verlust wird, in Ermangelung einer anderen Vereinbarung, unter die Gesellschafter nach Köpfen vertheilt.

Dritter Abschnitt.

Von dem Rechtsverhältniß der Gesellschaft zu dritten Personen.

Art. 110.

Die rechtliche Wirksamkeit einer offenen Handelsgesellschaft tritt im Verhältniß zu dritten Personen mit dem Zeitpunkte ein, in welchem die Errichtung der Gesellschaft in das Handels-Register eingetragen ist, oder die Gesellschaft auch nur ihre Geschäfte begonnen hat.

Digitized by Google

Die Beschränkung, daß die Gesellschaft erst mit einem späteren Zeitpunkte, als dem der Eintragung, ihren Anfang nehmen soll, hat gegen dritte Personen keine rechtliche Wirkung.

Art. 111.

Die Handelsgesellschaft kann unter ihrer Firma Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, Eigenthum und andere dingliche Rechte an Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden.

Ihr ordentlicher Gerichtsstand ist bei dem Gerichte, in dessen Bezirk sie ihren Sitz hat.

Art. 112.

Die Gesellschafter haften für alle Verbindlichkeiten der Gesellschaft solidarisch und mit ihrem ganzen Vermögen.

Eine entgegenstehende Verabredung hat gegen Dritte keine rechtliche Wirkung.

Art. 113.

Wer in eine bestehende Handelsgesellschaft eintritt, haftet gleich den anderen Gesellschaftern für alle von der Gesellschaft vor seinem Eintritte eingegangenen Verbindlichkeiten, es mag die Firma eine Aenderung erleiden oder nicht.

Ein entgegenstehender Vertrag ist gegen Dritte ohne rechtliche Wirkung.

Art. 114.

Jeder zur Vertretung der Gesellschaft befugte Gesellschafter ist ermächtigt, alle Arten von Geschäften und Rechtshandlungen im Namen der Gesellschaft vorzunehmen, insbesondere auch die der Gesellschaft gehörenden Grundstücke zu veräußern und zu belasten.

Die Gesellschaft wird durch die Rechtsgeschäfte, welche ein zur Vertretung der Gesellschaft befugter Gesellschafter in ihrem Namen schließt, berechtigt und verpflichtet; es ist gleichgültig, ob das Geschäft ausdrücklich im Namen der Gesellschaft geschlossen worden ist, oder ob die Umstände ergeben, daß es nach dem Willen der Kontrahenten für die Gesellschaft geschlossen werden sollte.

Art. 115.

Die Gesellschaft wird durch Rechtsgeschäfte eines Gesellschafters nicht verpflichtet, wenn derselbe von der Befugniß, die Gesellschaft zu vertreten, ausgeschlossen (Art. 86. Ziffer 4.), oder seine Befugniß, die Gesellschaft zu vertreten, aufgehoben ist (Art. 87.), sofern hinsichtlich dieser Ausschließung oder Aufhebung die Voraussetzungen vorhanden sind, unter welchen nach Art. 46. hinsichtlich des Erlöschens der Prokura die Wirkung gegen Dritte eintritt.

Art. 116.

Eine Beschränkung des Umfangs der Befugniß eines Gesellschafters, die Gesellschaft zu vertreten, hat dritten Personen gegenüber keine rechtliche Wirkung; insbesondere ist die Beschränkung nicht zulässig, daß die Vertretung sich nur auf gewisse Geschäfte oder Arten von Geschäften erstrecken, oder daß sie nur unter gewissen Umständen oder für eine gewisse Zeit oder an einzelnen Orten stattfinden solle.

Art. 117.

Die Gesellschaft wird vor Gericht von jedem Gesellschafter gültig vertreten, welcher von der Befugniß, die Gesellschaft zu vertreten, nicht ausgeschlossen ist.

Zur Behändigung von Vorladungen und anderen Zustellungen an die Gesellschaft genügt es, wenn dieselbe an einen der zur Vertretung befugten Gesellschafter geschieht.

Digitized by Google

Art. 118.

Die Ertheilung, sowie die Aufhebung einer Prokura geschieht mit rechtlicher Wirkung gegen Dritte durch einen der zur Vertretung der Gesellschaft befugten Gesellschafter.

Art. 119.

Die Privatgläubiger eines Gesellschafters sind nicht befugt, die zum Gesellschaftsvermögen gehörigen Sachen, Forderungen oder Rechte oder einen Antheil an denselben zum Behuf ihrer Befriedigung oder Sicherstellung in Anspruch zu nehmen. Gegenstand der Exekution, des Arrestes oder der Beschlagnahme kann für sie nur Dasjenige sein, was der Gesellschafter selbst an Zinsen und an Gewinnantheilen zu fordern berechtigt ist und was ihm bei der Auseinandersetzung zukommt.

Art. 120.

Die Bestimmung des vorigen Artikels gilt auch in Betreff der Privatgläubiger, zu deren Gunsten eine Hypothek oder ein Pfandrecht an dem Vermögen eines Gesellschafters kraft des Gesetzes oder aus einem andern Rechtsgrunde besteht. Ihre Hypothek oder ihr Pfandrecht erstreckt sich nicht auf die zum Gesellschaftsvermögen gehörigen Sachen, Forderungen und Rechte oder auf einen Antheil an denselben, sondern nur auf Dasjenige, was in dem letzten Satze des vorigen Artikels bezeichnet ist.

Jedoch werden die Rechte, welche an den von einem Gesellschafter in das Vermögen der Gesellschaft eingebrachten Gegenständen bereits zur Zeit des Einbringens bestanden, durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

Art. 121.

Eine Kompensation zwischen Forderungen der Gesellschaft und Privatforderungen des Gesellschaftsschuldners gegen einen einzelnen Gesellschafter findet während der Dauer der Gesellschaft weder ganz, noch theilweise statt; nach Auflösung der Gesellschaft ist sie zulässig, wenn und insoweit die Gesellschaftsforderung dem Gesellschafter bei der Auseinandersetzung überwiesen ist.

Art. 122.

Im Falle des Konkurses der Gesellschaft werden die Gläubiger derselben aus dem Gesellschaftsvermögen abgesondert befriedigt und können aus dem Privatvermögen der Gesellschafter nur wegen des Ausfalls ihre Befriedigung suchen; den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, zu bestimmen, ob und wie weit den Privatgläubigern der Gesellschafter ein Absonderungsrecht in Bezug auf das Privatvermögen derselben zusteht.

Vierter Abschnitt.

Von der Auflösung der Gesellschaft und dem Austreten einzelner Gesellschafter aus derselben.

Art. 123.

Die Gesellschaft wird aufgelöst:

1) durch die Eröffnung des Konkurses über die Gesellschaft;
2) durch den Tod eines der Gesellschafter, wenn nicht der Vertrag bestimmt, daß die Gesellschaft mit den Erben des Verstorbenen fortbestehen soll;
3) durch die Eröffnung des Konkurses über das Vermögen eines der Gesellschafter oder durch die eingetretene rechtliche Unfähigkeit eines der Gesellschafter zur selbstständigen Vermögensverwaltung;

Digitized by Google

4) durch gegenseitige Uebereinkunft;
5) durch Ablauf der Zeit, auf deren Dauer die Gesellschaft eingegangen ist, sofern nicht die Gesellschafter dieselbe stillschweigend fortsetzen; in diesem Falle gilt sie von da an als auf unbestimmte Dauer eingegangen;
6) durch die von Seiten eines Gesellschafters geschehene Aufkündigung, wenn die Gesellschaft auf unbestimmte Dauer eingegangen ist.

Eine auf Lebenszeit eingegangene Gesellschaft ist als eine Gesellschaft von unbestimmter Dauer zu betrachten.

Art. 124.

Die Aufkündigung einer Gesellschaft von unbestimmter Dauer Seitens eines Gesellschafters muß, wenn nicht ein Anderes vereinbart ist, mindestens sechs Monate vor Ablauf des Geschäftsjahres der Gesellschaft erfolgen.

Art. 125.

Ein Gesellschafter kann die Auflösung der Gesellschaft vor Ablauf der für ihre Dauer bestimmten Zeit oder bei Gesellschaften von unbestimmter Dauer ohne vorgängige Aufkündigung verlangen, sofern hiezu wichtige Gründe vorhanden sind.

Die Beurtheilung, ob solche Gründe anzunehmen sind, bleibt im Falle des Widerspruchs dem Ermessen des Richters überlassen.

Die Auflösung kann insbesondere ausgesprochen werden:
1) wenn durch äußere Umstände die Erreichung des gesellschaftlichen Zwecks unmöglich wird;
2) wenn ein Gesellschafter bei der Geschäftsführung oder bei der Rechnungslegung unredlich verfährt;
3) wenn ein Gesellschafter die Erfüllung der ihm obliegenden wesentlichen Verpflichtungen unterläßt;
4) wenn ein Gesellschafter die Firma oder das Vermögen der Gesellschaft für seine Privatzwecke mißbraucht;
5) wenn ein Gesellschafter durch anhaltende Krankheit oder aus anderen Ursachen zu den ihm obliegenden Geschäften der Gesellschaft unfähig wird.

Art. 126.

Hat ein Privatgläubiger eines Gesellschafters nach fruchtlos vollstreckter Exekution in dessen Privatvermögen die Exekution in das dem Gesellschafter bei dereinstiger Auflösung der Gesellschaft zukommende Guthaben erwirkt, so ist er berechtigt, es mag die Gesellschaft auf bestimmte oder auf unbestimmte Dauer eingegangen sein, behufs seiner Befriedigung nach vorher von ihm geschehener Aufkündigung die Auflösung der Gesellschaft zu verlangen.

Die Aufkündigung muß mindestens sechs Monate vor Ablauf des Geschäftsjahres der Gesellschaft geschehen.

Art. 127.

Wenn die Gesellschafter vor der Auflösung der Gesellschaft übereingekommen sind, daß, ungeachtet des Ausscheidens eines oder mehrerer Gesellschafter, die Gesellschaft unter den übrigen fortgesetzt werden soll, so endigt die Gesellschaft nur in Beziehung auf den Ausscheidenden; im Uebrigen besteht sie mit allen ihren bisherigen Rechten und Verbindlichkeiten fort.

Digitized by Google

Art. 128.

Wenn die Auflösung der Gesellschaft aus Gründen gefordert werden darf, welche in der Person eines Gesellschafters liegen (Art. 125.), so kann anstatt derselben auf Ausschließung dieses Gesellschafters erkannt werden, sofern die sämmtlichen übrigen Gesellschafter hierauf antragen.

Art. 129.

Die Auflösung der Gesellschaft muß, wenn sie nicht in Folge der Eröffnung des Konkurses über die Gesellschaft geschieht, in das Handels-Register eingetragen werden.

Diese Eintragung muß selbst dann geschehen, wenn die Gesellschaft durch Ablauf der Zeit, für welche sie eingegangen war, beendigt wird.

Gleich der Auflösung der Gesellschaft muß auch das Ausscheiden oder die Ausschließung eines Gesellschafters aus der Gesellschaft in das Handels-Register eingetragen werden.

Das Handelsgericht hat die Betheiligten zur Anmeldung dieser Thatsachen von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten.

Dritten Personen kann die Auflösung der Gesellschaft oder das Ausscheiden oder die Ausschließung eines Gesellschafters aus derselben nur insofern entgegengesetzt werden, als hinsichtlich einer solchen Thatsache die Voraussetzungen vorhanden sind, unter welchen nach Art. 25. hinsichtlich des Erlöschens der Firma oder der Aenderung ihrer Inhaber die Wirkung gegen Dritte eintritt.

Art. 130.

Wenn ein Gesellschafter ausscheidet oder ausgeschlossen wird, so erfolgt die Auseinandersetzung der Gesellschaft mit demselben auf Grund der Vermögenslage, in welcher sich die Gesellschaft zur Zeit des Ausscheidens oder zur Zeit der Behändigung der Klage auf Ausschließung befindet.

An den späteren Geschäften, Rechten und Verbindlichkeiten nimmt der Ausgeschiedene oder Ausgeschlossene nur insofern Antheil, als dieselben eine unmittelbare Folge dessen sind, was vor jenem Zeitpunkte bereits geschehen war.

Der Ausgeschiedene oder Ausgeschlossene muß sich die Beendigung der laufenden Geschäfte in der Weise gefallen lassen, wie sie nach dem Ermessen der verbleibenden Gesellschafter am vortheilhaftesten ist.

Jedoch ist er, wenn eine frühere vollständige Auseinandersetzung nicht möglich ist, berechtigt, am Schlusse eines jeden Geschäftsjahres Rechnungsablage über die inzwischen erledigten Geschäfte, sowie die Auszahlung der ihm hiernach gebührenden Beträge zu fordern; auch kann er am Schlusse eines jeden Geschäftsjahres den Nachweis über den Stand der noch laufenden Geschäfte fordern.

Art. 131.

Ein ausgeschiedener oder ausgeschlossener Gesellschafter muß sich die Auslieferung seines Antheils am Gesellschaftsvermögen in einer den Werth desselben darstellenden Geldsumme gefallen lassen; er hat kein Recht auf einen verhältnißmäßigen Antheil an den einzelnen Forderungen, Waaren oder anderen Vermögensstücken der Gesellschaft.

Art. 132.

Macht ein Privatgläubiger eines Gesellschafters von dem nach Art. 126. ihm zustehenden Rechte Gebrauch, so können die übrigen Gesellschafter auf Grund eines einstimmigen Beschlusses statt der Auflösung der Gesellschaft die Auseinandersetzung und die Auslieferung des Antheils des Schuldners nach den Bestimmungen der vorhergehenden Artikel vornehmen; der letztere ist dann als aus der Gesellschaft ausgeschieden zu betrachten.

Digitized by Google

Fünfter Abschnitt.
Von der Liquidation der Gesellschaft.

Art. 133.

Nach Auflösung der Gesellschaft außer dem Falle des Konkurses derselben erfolgt die Liquidation, sofern diese nicht durch einstimmigen Beschluß der Gesellschafter oder durch den Gesellschaftsvertrag einzelnen Gesellschaftern oder anderen Personen übertragen ist, durch die sämmtlichen bisherigen Gesellschafter oder deren Vertreter als Liquidatoren. Ist einer der Gesellschafter gestorben, so haben dessen Rechtsnachfolger einen gemeinschaftlichen Vertreter zu bestellen.

Auf den Antrag eines Gesellschafters kann aus wichtigen Gründen die Ernennung von Liquidatoren durch den Richter erfolgen. Der Richter kann in einem solchen Falle Personen zu Liquidatoren ernennen oder als solche beiordnen, welche nicht zu den Gesellschaftern gehören.

Art. 134.

Die Abberufung von Liquidatoren geschieht durch einstimmigen Beschluß aller Gesellschafter; sie kann auch auf den Antrag eines Gesellschafters aus wichtigen Gründen durch den Richter erfolgen.

Art. 135.

Die Liquidatoren sind von den Gesellschaftern beim Handelsgerichte zur Eintragung in das Handels-Register anzumelden; sie haben ihre Unterschrift persönlich vor dem Handelsgerichte zu zeichnen oder die Zeichnung in beglaubigter Form einzureichen.

Das Austreten eines Liquidators oder das Erlöschen der Vollmacht eines solchen ist gleichfalls zur Eintragung in das Handels-Register anzumelden.

Die Gesellschafter sind zur Befolgung dieser Vorschriften von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten.

Dritten Personen kann die Ernennung von Liquidatoren, sowie das Austreten eines Liquidators oder das Erlöschen der Vollmacht eines solchen nur insofern entgegengesetzt werden, als hinsichtlich dieser Thatsachen die Voraussetzungen vorhanden sind, unter welchen nach Art. 25. und 46. hinsichtlich einer Aenderung der Inhaber einer Firma oder des Erlöschens einer Prokura die Wirkung gegen Dritte eintritt.

Art. 136.

Sind mehrere Liquidatoren vorhanden, so können sie die zur Liquidation gehörenden Handlungen mit rechtlicher Wirkung nur in Gemeinschaft vornehmen, sofern nicht ausdrücklich bestimmt ist, daß sie einzeln handeln können.

Art. 137.

Die Liquidatoren haben die laufenden Geschäfte zu beendigen, die Verpflichtungen der aufgelösten Gesellschaft zu erfüllen, die Forderungen derselben einzuziehen und das Vermögen der Gesellschaft zu versilbern; sie haben die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich zu vertreten; sie können für dieselbe Vergleiche schließen und Kompromisse eingehen. Zur Beendigung schwebender Geschäfte können die Liquidatoren auch neue Geschäfte eingehen.

Die Veräußerung von unbeweglichen Sachen kann durch die Liquidatoren ohne Zustimmung der sämmtlichen Gesellschafter nicht anders, als durch öffentliche Versteigerung, bewirkt werden.

Art. 138.

Eine Beschränkung des Umfanges der Geschäftsbefugnisse der Liquidatoren (Art. 137.) hat gegen dritte Personen keine rechtliche Wirkung.

Digitized by Google

Art. 139.

Die Liquidatoren haben ihre Unterschrift in der Weise abzugeben, daß sie der bisherigen, nun als Liquidationsfirma zu bezeichnenden, Firma ihre Namen beifügen.

Art. 140.

Die Liquidatoren haben, selbst wenn sie vom Richter bestellt sind, den Gesellschaftern gegenüber bei der Geschäftsführung den von diesen einstimmig getroffenen Anordnungen Folge zu geben.

Art. 141.

Die während der Liquidation entbehrlichen Gelder werden vorläufig unter die Gesellschafter vertheilt.

Zur Deckung von Schulden der Gesellschaft, welche erst später fällig werden, sowie zur Deckung der Ansprüche, welche den einzelnen Gesellschaftern bei der Auseinandersetzung zustehen, sind die erforderlichen Gelder zurückzubehalten.

Art. 142.

Die Liquidatoren haben die schließliche Auseinandersetzung unter den Gesellschaftern herbeizuführen.

Streitigkeiten, welche über die Auseinandersetzung entstehen, fallen der richterlichen Entscheidung anheim.

Art. 143.

Wenn ein Gesellschafter Sachen in die Gesellschaft eingebracht hat, welche Eigenthum derselben geworden sind, so fallen dieselben bei der Auseinandersetzung nicht an ihn zurück, sondern er erhält den Werth aus dem Gesellschaftsvermögen erstattet, für welchen sie gemäß Uebereinkunft übernommen wurden.

Fehlt es an dieser Werthbestimmung, so geschieht die Erstattung nach dem Werthe, welchen die Sachen zur Zeit der Einbringung hatten.

Art. 144.

Ungeachtet der Auflösung der Gesellschaft kommen bis zur Beendigung der Liquidation in Bezug auf das Rechtsverhältniß der bisherigen Gesellschafter unter einander, sowie der Gesellschaft zu dritten Personen die Vorschriften des zweiten und dritten Abschnitts zur Anwendung, soweit sich aus den Bestimmungen des gegenwärtigen Abschnitts und aus dem Wesen der Liquidation nicht ein Anderes ergiebt.

Der Gerichtsstand, welchen die Gesellschaft zur Zeit ihrer Auflösung hatte, bleibt bis zur Beendigung der Liquidation für die aufgelöste Gesellschaft bestehen.

Zustellungen an die Gesellschaft geschehen mit rechtlicher Wirkung an einen der Liquidatoren.

Art. 145.

Nach Beendigung der Liquidation werden die Bücher und Schriften der aufgelösten Gesellschaft einem der gewesenen Gesellschafter oder einem Dritten in Verwahrung gegeben. Der Gesellschafter oder der Dritte wird in Ermangelung einer gütlichen Uebereinkunft durch das Handelsgericht bestimmt.

Die Gesellschafter und deren Rechtsnachfolger behalten das Recht auf Einsicht und Benutzung der Bücher und Papiere.

Digitized by Google

Sechster Abschnitt.

Von der Verjährung der Klagen gegen die Gesellschafter.

Art. 146.

Die Klagen gegen einen Gesellschafter aus Ansprüchen gegen die Gesellschaft verjähren in fünf Jahren nach Auflösung der Gesellschaft, oder nach seinem Ausscheiden oder seiner Ausschließung aus derselben, sofern nicht nach Beschaffenheit der Forderung eine kürzere Verjährungsfrist gesetzlich eintritt.

Die Verjährung beginnt mit dem Tage, an welchem die Auflösung der Gesellschaft, oder das Ausscheiden, oder die Ausschließung des Gesellschafters aus derselben in das Handels-Register eingetragen ist.

Wird die Forderung erst nach der Eintragung fällig, so beginnt die Verjährung mit dem Zeitpunkte der Fälligkeit.

Art. 147.

Ist noch ungetheiltes Gesellschaftsvermögen vorhanden, so kann dem Gläubiger die fünfjährige Verjährung nicht entgegengesetzt werden, sofern er seine Befriedigung nur aus dem Gesellschaftsvermögen sucht.

Art. 148.

Die Verjährung zu Gunsten eines ausgeschiedenen oder ausgeschlossenen Gesellschafters wird durch Rechtshandlungen nicht unterbrochen, welche gegen die fortbestehende Gesellschaft oder einen anderen Gesellschafter vorgenommen werden.

Die Verjährung zu Gunsten eines bei der Auflösung einer Gesellschaft zu derselben gehörigen Gesellschafters wird nicht durch Rechtshandlungen gegen einen anderen Gesellschafter, wohl aber durch Rechtshandlungen gegen die Liquidatoren unterbrochen.

Art. 149.

Die Verjährung läuft auch gegen Minderjährige und bevormundete Personen, sowie gegen juristische Personen, denen gesetzlich die Rechte der Minderjährigen zustehen, ohne Zulassung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, jedoch mit Vorbehalt des Regresses gegen die Vormünder und Verwalter.

Zweiter Titel.

Von der Kommanditgesellschaft.

Erster Abschnitt.

Von der Kommanditgesellschaft im Allgemeinen.

Art. 150.

Eine Kommanditgesellschaft ist vorhanden, wenn bei einem unter einer gemeinschaftlichen Firma betriebenen Handelsgewerbe ein oder mehrere Gesellschafter sich nur mit Vermögenseinlagen betheiligen (Kommanditisten), während bei einem oder mehreren anderen Gesellschaftern die Betheiligung nicht in dieser Weise beschränkt ist (persönlich haftende Gesellschafter).

Sind mehrere persönlich haftende Gesellschafter vorhanden, so ist in Ansehung ihrer die Gesellschaft zugleich eine offene Gesellschaft.

Zur Gültigkeit des Gesellschaftsvertrages bedarf es der schriftlichen Abfassung nicht.

Digitized by Google

Art. 151.

Die Errichtung einer Kommanditgesellschaft ist von sämmtlichen Gesellschaftern bei dem Handelsgerichte, in dessen Bezirke die Gesellschaft ihren Sitz hat, behufs der Eintragung in das Handels-Register anzumelden.

Die Anmeldung muß enthalten:

1) den Namen, Vornamen, Stand und Wohnort jedes persönlich haftenden Gesellschafters;
2) den Namen, Vornamen, Stand und Wohnort jedes Kommanditisten mit der Bezeichnung desselben als solchen;
3) die Firma der Gesellschaft und den Ort, wo sie ihren Sitz hat;
4) den Betrag der Vermögenseinlage jedes Kommanditisten.

Die Anmeldung muß von allen Gesellschaftern persönlich vor dem Handelsgerichte unterzeichnet, oder in beglaubigter Form eingereicht werden; sie ist nach ihrem ganzen Inhalt in das Handels-Register einzutragen. Bei der Bekanntmachung der Kommandit-Gesellschaft in den öffentlichen Blättern (Art. 13.) unterbleibt die Angabe der Namen, des Standes und des Wohnorts der Kommanditisten, sowie die Angabe des Betrages ihrer Vermögenseinlagen.

Art. 152.

Bei jedem Handelsgerichte, in dessen Bezirke die Kommanditgesellschaft eine Zweigniederlassung hat, muß dies behufs der Eintragung in das Handels-Register angemeldet werden.

Die Anmeldung muß die in Art. 151. Ziffer 1.—4. bezeichneten Angaben enthalten, und von sämmtlichen persönlich haftenden Gesellschaftern vor dem Handelsgerichte unterzeichnet oder in beglaubigter Form eingereicht werden.

Art. 153.

Die persönlich haftenden Gesellschafter, welche die Gesellschaft vertreten sollen, haben die Firma nebst ihrer Namensunterschrift persönlich vor dem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat, und vor jedem Handelsgerichte, in dessen Bezirk sie eine Zweigniederlassung hat, zu zeichnen, oder die Zeichnung in beglaubigter Form einzureichen.

Art. 154.

Das Handelsgericht hat die persönlich haftenden Gesellschafter zur Befolgung der in den Art. 151. 152. und 153. enthaltenen Vorschriften von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten.

Art. 155.

Wenn die Firma einer bestehenden Kommanditgesellschaft geändert, oder der Sitz der Gesellschaft an einen anderen Ort verlegt wird, so sind diese Thatsachen von sämmtlichen Gesellschaftern in der durch Art. 151. bestimmten Weise behufs der Eintragung in das Handels-Register anzumelden. Das Handelsgericht hat die persönlich haftenden Gesellschafter zur Befolgung dieser Anordnung von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten.

Bei der Bekanntmachung kommt in Betreff der Kommanditisten die Vorschrift des Art. 151 zur Anwendung.

Die Wirkung gegen Dritte richtet sich nach den Bestimmungen des Art. 25.

Art. 156.

Wenn in eine bestehende Kommanditgesellschaft ein neuer Kommanditist eintritt, so muß dieß von sämmtlichen Gesellschaftern zur Eintragung in das Handels-Register und zur Bekanntmachung nach den Bestimmungen des Art. 151. angemeldet werden.

5*

Digitized by Google

Art. 157.

Das Rechtsverhältniß der Gesellschafter unter einander richtet sich zunächst nach dem Gesellschaftsvertrage. Soweit keine Vereinbarung getroffen ist, kommen die gesetzlichen Bestimmungen über das Rechtsverhältniß der offenen Gesellschafter unter einander auch hier zur Anwendung, jedoch mit den Abweichungen, welche die nachfolgenden Artikel (158 bis 162) ergeben.

Art. 158.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird durch den oder die persönlich haftenden Gesellschafter besorgt.

Ein Kommanditist ist zur Führung der Geschäfte der Gesellschaft weder berechtigt, noch verpflichtet.

Er kann gegen die Vornahme einer Handlung der Geschäftsführung durch die persönlich haftenden Gesellschafter (Art. 99 bis 102) Widerspruch nicht erheben.

Art. 159.

Ein Kommanditist darf ohne Genehmigung der anderen Gesellschafter in dem Handelszweige der Gesellschaft für eigene oder fremde Rechnung Geschäfte machen und an einer anderen gleichartigen Handelsgesellschaft als offener Gesellschafter Theil nehmen.

Art. 160.

Jeder Kommanditist ist berechtigt, die abschriftliche Mittheilung der jährlichen Bilanz zu verlangen und die Richtigkeit derselben unter Einsicht der Bücher und Papiere zu prüfen.

Die im Art. 105 bezeichneten weiteren Rechte eines offenen Gesellschafters stehen einem Kommanditisten nicht zu.

Jedoch kann das Handelsgericht auf den Antrag eines Kommanditisten, wenn wichtige Gründe dazu vorliegen, die Mittheilung einer Bilanz oder sonstiger Aufklärungen nebst Vorlegung der Bücher und Papiere zu jeder Zeit anordnen.

Art. 161.

Die Bestimmungen der Art. 106 bis 108 über die Verzinsung der Einlage, über die jährliche Berechnung des Gewinnes oder Verlustes und über die Befugniß, Zinsen und Gewinn zu erheben, gelten auch in Betreff des Kommanditisten.

Jedoch nimmt ein Kommanditist an dem Verluste nur bis zum Betrage seiner eingezahlten oder rückständigen Einlage Antheil.

Er ist nicht verpflichtet, die Zinsen und den Gewinn, welche er bezogen hat, wegen späterer Verluste zurückzuzahlen; jedoch wird, so lange seine ursprüngliche Einlage durch Verlust vermindert ist, der jährliche Gewinn zur Deckung des Verlustes verwendet.

Art. 162.

Ist über die Höhe der Betheiligung an Gewinn und Verlust nichts vereinbart, so wird dieselbe, nach richterlichem Ermessen, nöthigenfalls unter Zuziehung von Sachverständigen festgestellt.

Art. 163.

Im Verhältniß zu dritten Personen tritt die rechtliche Wirksamkeit einer Kommanditgesellschaft mit dem Zeitpunkte ein, in welchem die Errichtung der Gesellschaft bei dem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat, in das Handels-Register eingetragen ist, oder die Gesellschaft auch nur ihre Geschäfte begonnen hat.

Digitized by Google

Die Beschränkung, daß die Gesellschaft erst mit einem späteren Zeitpunkte als dem der Eintragung ihren Anfang nehmen soll, hat gegen dritte Personen keine rechtliche Wirkung.

Hat die Gesellschaft vor der Eintragung ihre Geschäfte begonnen, so haftet jeder Kommanditist dritten Personen für die bis zur Eintragung entstandenen Verbindlichkeiten der Gesellschaft gleich einem persönlich haftenden Gesellschafter, wenn er nicht beweist, daß denselben seine beschränkte Betheiligung bei der Gesellschaft bekannt war.

Art. 164.

Die Kommanditgesellschaft kann unter ihrer Firma Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, Eigenthum und andere dingliche Rechte an Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden.

Ihr ordentlicher Gerichtsstand ist bei dem Gerichte, in dessen Bezirk sie ihren Sitz hat.

Art. 165.

Für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft haftet der Kommanditist nur mit der Einlage, und soweit diese nicht eingezahlt ist, mit dem versprochenen Betrage.

Die Einlage des Kommanditisten kann während des Bestehens der Gesellschaft weder ganz, noch theilweise zurückbezahlt oder erlassen werden.

Zinsen können ihm von der Gesellschaft nur insoweit bezahlt werden, als dadurch die ursprüngliche Einlage nicht vermindert wird.

Er kann bis zur Wiederergänzung der durch Verlust verminderten Einlage weder Zinsen, noch Gewinn beziehen.

Er haftet für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft, wenn und insoweit er diesen Bestimmungen entgegen Zahlungen von der Gesellschaft empfangen hat.

Er ist jedoch nicht verpflichtet, die Zinsen und den Gewinn zurückzuzahlen, welche er auf Grund einer in gutem Glauben errichteten Bilanz in gutem Glauben bezogen hat.

Art. 166.

Wer in eine bestehende Handelsgesellschaft als Kommanditist eintritt, haftet nach Maßgabe des vorhergehenden Artikels für alle von der Gesellschaft vor seinem Eintritte eingegangenen Verbindlichkeiten, es mag die Firma eine Aenderung erleiden oder nicht.

Ein entgegenstehender Vertrag ist gegen Dritte ohne rechtliche Wirkung.

Art. 167.

Die Kommandit-Gesellschaft wird durch die persönlich haftenden Gesellschafter berechtigt und verpflichtet; sie wird durch dieselben vor Gericht vertreten.

Zur Behändigung von Vorladungen und anderen Zustellungen an die Gesellschaft genügt es, wenn dieselbe an einen der zur Vertretung befugten Gesellschafter geschieht.

Ein Kommanditist, welcher für die Gesellschaft Geschäfte schließt, ohne ausdrücklich zu erklären, daß er nur als Prokurist oder als Bevollmächtigter handle, ist aus diesen Geschäften gleich einem persönlich haftenden Gesellschafter verpflichtet.

Art. 168.

Der Name eines Kommanditisten darf in der Firma der Gesellschaft nicht enthalten sein; im entgegengesetzten Falle haftet er den Gläubigern der Gesellschaft gleich einem offenen Gesellschafter.

Art. 169.

Die Bestimmungen der Art. 119, 120, 121 und 122 finden auch bei der Kommanditgesellschaft Anwendung.

Digitized by Google

Art. 170.

Wenn ein Kommanditist stirbt, oder zur Verwaltung seines Vermögens rechtlich unfähig wird, so hat dies die Auflösung der Gesellschaft nicht zur Folge.

Im Uebrigen gelten die in den Art. 123. bis 128. für die offene Gesellschaft gegebenen Bestimmungen auch für die Kommanditgesellschaft.

Art. 171.

Wenn eine Kommanditgesellschaft aufgelöst wird, oder wenn ein Kommanditist mit seiner ganzen Einlage oder mit einem Theile derselben ausscheidet, so müssen diese Thatsachen in das Handels-Register eingetragen werden.

Bei der Bekanntmachung unterbleibt die Bezeichnung des Kommanditisten und die Angabe des Betrages der Einlage.

Die Bestimmungen des Art. 129. kommen auch hier zur Anwendung.

Art. 172.

Was bei der offenen Gesellschaft über die Art der Auseinandersetzung (Art. 130. 131. und 132.), über die Liquidation und über die Verjährung der Klagen gegen die Gesellschafter bestimmt ist, gilt auch bei der Kommanditgesellschaft in Betreff aller Gesellschafter.

Zweiter Abschnitt.

Von der Kommanditgesellschaft auf Aktien insbesondere.

Art. 173.

Das Kapital der Kommanditisten kann in Aktien oder Aktienantheile zerlegt werden.

Die Aktien oder Aktienantheile müssen auf Namen lauten. Sie müssen auf einen Betrag von mindestens zweihundert Vereinsthalern gestellt werden, wenn nicht die Landesgesetze nach Maßder besondern örtlichen Bedürfnisse einen geringeren Betrag gestatten.

Aktien oder Aktienantheile, welche auf Inhaber lauten, oder welche auf einen geringeren als den gesetzlich bestimmten Betrag gestellt werden, sind nichtig. Die Ausgeber solcher Aktien oder Aktienantheile sind den Besitzern für allen durch die Ausgabe verursachten Schaden solidarisch verhaftet.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch von Promessen und Interimsscheinen.

Art. 174.

Kommanditgesellschaften auf Aktien können nur mit staatlicher Genehmigung errichtet werden.

Ueber die Errichtung und den Inhalt des Gesellschaftsvertrages muß eine gerichtliche oder notarielle Urkunde aufgenommen werden. Zur Aktienzeichnung genügt eine schriftliche Erklärung.

Art. 175.

Der Gesellschaftsvertrag, dessen Genehmigung erfolgen soll, muß enthalten:

1) den Namen, Vornamen, Stand und Wohnort jedes persönlich haftenden Gesellschafters;
2) die Firma der Gesellschaft und den Ort, wo sie ihren Sitz hat;
3) den Gegenstand des Unternehmens;
4) die Zeitdauer des Unternehmens, im Falle dasselbe auf eine bestimmte Zeit beschränkt sein soll;
5) die Zahl und den Betrag der Aktien oder Aktienantheile;
6) die Bestimmung, daß ein Aufsichtsrath von mindestens fünf Mitgliedern aus der Zahl der Kommanditisten durch Wahl derselben bestellt werde müsse;

Digitized by Google

7) die Form, in welcher die Zusammenberufung der Generalversammlung der Kommanditisten geschieht;
8) die Form, in welcher die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen, sowie die öffentlichen Blätter, in welche dieselben aufzunehmen sind.

Art. 176.

Der Gesellschaftsvertrag und die Genehmigungsurkunde müssen bei dem Handelsgericht, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat, in das Handels-Register eingetragen und im Auszuge veröffentlicht werden.

Der Auszug muß enthalten:

1) das Datum des Gesellschaftsvertrags und der Genehmigungsurkunde;
2) den Namen, Vornamen, Stand und Wohnort jedes persönlich haftenden Gesellschafters;
3) die Firma der Gesellschaft und den Ort, wo sie ihren Sitz hat;
4) die Zahl und den Betrag der Aktien und Aktienantheile;
5) die Form, in welcher die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen, sowie die öffentlichen Blätter, in welche dieselben aufzunehmen sind.

Art. 177.

Der Anmeldung behufs der Eintragung in das Handels-Register muß beigefügt sein:

1) die Bescheinigung, daß der gesammte Betrag des Kapitals der Kommanditisten durch Unterschriften gedeckt ist;
2) die Bescheinigung, daß mindestens ein Viertheil des von jedem Kommanditisten gezeichneten Betrages von ihm eingezahlt ist;
3) der Nachweis, daß der Aufsichtsrath nach Inhalt des Vertrags (Art. 175. Ziffer 6.) in einer Generalversammlung der Kommanditisten gewählt ist.

Die Anmeldung muß von sämmtlichen persönlich haftenden Gesellschaftern vor dem Handelsgerichte unterzeichnet oder in beglaubigter Form eingereicht werden. Die der Anmeldung beigefügten Schriftstücke werden bei dem Handelsgerichte in Urschrift oder in beglaubigter Abschrift aufbewahrt.

Art. 178.

Vor erfolgter Genehmigung und Eintragung in das Handels-Register besteht die Kommanditgesellschaft als solche nicht. Die ausgegebenen Aktien oder Aktienantheile sind nichtig. Die Ausgeber sind den Besitzern für allen durch die Ausgabe verursachten Schaden solidarisch verhaftet.

Wenn vor erfolgter Genehmigung und Eintragung im Namen der Gesellschaft gehandelt worden ist, so haften die Handelnden persönlich und solidarisch.

Art. 179.

Die Vorschriften der Art. 152. und 153. sind auch bei der Kommanditgesellschaft auf Aktien zu befolgen; die Anmeldung muß die im Art. 176. Ziffer 1.–5. bezeichneten Angaben enthalten. Das Handelsgericht hat die persönlich haftenden Gesellschafter zur Befolgung dieser Vorschriften von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten.

Art. 180.

Wenn ein Gesellschafter eine Einlage macht, welche nicht in baarem Gelde besteht, oder wenn er sich zu seinem Gunsten besondere Vortheile ausbedingt, so muß in einer Generalversammlung der Kommanditisten die Abschätzung und Prüfung der Zulässigkeit angeordnet und in einer späteren Generalversammlung die Genehmigung durch Beschluß erfolgt sein.

Digitized by Google

Der Beschluß wird nach der Mehrheit der in der Versammlung anwesenden oder durch Vollmacht vertretenen Kommanditisten gefaßt; jedoch muß diese Mehrheit mindestens ein Viertheil der sämmtlichen Kommanditisten begreifen und der Betrag ihrer Antheile zusammen mindestens ein Viertheil des Gesammtkapitals der Kommanditisten darstellen. Der Gesellschafter, welcher die Einlage macht, oder sich besondere Vortheile ausbedingt, hat bei der Beschlußfassung kein Stimmrecht.

Ein gegen den Inhalt dieser Bestimmung geschlossener Vertrag hat keine rechtliche Wirkung.

Art. 181.

Für die gesellschaftlichen Kapitalantheile, welche auf die Einlagen der persönlich haftenden Gesellschafter fallen oder welche denselben als besondere Vortheile ausbedungen sind, dürfen keine Aktien ausgegeben werden; diese Kapitalantheile dürfen von den persönlich haftenden Gesellschaftern, so lange die letzteren in diesem ihrem Rechtsverhältnisse zur Gesellschaft stehen, nicht veräußert werden.

Art. 182.

Die Aktien oder Aktienantheile sind untheilbar.

Sie müssen mit genauer Bezeichnung des Inhabers nach Namen, Wohnort und Stand in das Aktienbuch der Gesellschaft eingetragen werden.

Sie können, sofern nicht der Gesellschaftsvertrag ein Anderes bestimmt, ohne Einwilligung der übrigen Gesellschafter auf andere Personen übertragen werden.

Die Uebertragung kann durch Indossament geschehen.

In Betreff der Form des Indossaments kommen die Bestimmungen der Art. 11. — 13. der allgemeinen deutschen Wechselordnung zur Anwendung.

Art. 183.

Wenn das Eigenthum der Aktie auf einen Anderen übergeht, so ist dies, unter Vorlegung der Aktie und des Nachweises des Ueberganges, bei der Gesellschaft anzumelden und im Aktienbuche zu bemerken.

Im Verhältnisse zu der Gesellschaft werden nur diejenigen als die Eigenthümer der Aktien angesehen, welche als solche im Aktienbuche verzeichnet sind.

Zur Prüfung der Legitimation ist die Gesellschaft berechtigt, aber nicht verpflichtet.

Art. 184.

So lange der Betrag einer Aktie nicht vollständig eingezahlt ist, bleibt der ursprüngliche Zeichner zur Einzahlung des Rückstandes an die Gesellschaft verpflichtet; die Gesellschaft kann ihn dieser Verbindlichkeit nicht entlassen.

Art. 185.

Die persönlich haftenden Gesellschafter sind verpflichtet, dem Aufsichtsrathe und den Kommanditisten spätestens in den ersten sechs Monaten jedes Geschäftsjahres eine Bilanz des verflossenen Geschäftsjahres vorzulegen.

Art. 186.

Die Rechte, welche den Kommanditisten gegenüber den persönlich haftenden Gesellschaftern nach dem Gesellschaftsvertrage oder nach den Bestimmungen des vorigen Abschnitts in Beziehung auf die Führung der Geschäfte, die Einsicht und Prüfung der Bilanz, die Bestimmung der Gewinnvertheilung, die Auflösung oder Kündigung der Gesellschaft und die Befugniß, das Ausscheiden eines persönlich haftenden Gesellschafters zu verlangen, zustehen, werden von der Gesammtheit der Kommanditisten in der Generalversammlung ausgeübt.

Digitized by Google

Die Beschlüsse der Generalversammlung werden durch den Aufsichtsrath ausgeführt, wenn nicht im Gesellschaftsvertrage ein Anderes bestimmt ist.

Art. 187.

Die Generalversammlung der Kommanditisten wird durch die persönlich haftenden Gesellschafter oder durch den Aufsichtsrath berufen, sofern nicht nach dem Gesellschaftsvertrage auch andere Personen dazu befugt sind.

Art. 188.

Eine Generalversammlung der Kommanditisten ist außer den im Gesellschaftsvertrage ausdrücklich bestimmten Fällen zu berufen, wenn dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint.

Die Generalversammlung muß auch dann berufen werden, wenn dies von einem Kommanditisten oder einer Anzahl von Kommanditisten, deren Aktien zusammen den zehnten Theil des Gesammtkapitals der Kommanditisten darstellen, in einer von ihnen unterzeichneten Eingabe unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt wird. Ist im Gesellschaftsvertrage das Recht, die Berufung einer Generalversammlung zu verlangen, an den Besitz eines größeren oder eines geringeren Antheils am Gesammtkapitale geknüpft, so hat es hierbei sein Bewenden.

Art. 189.

Die Berufung der Generalversammlung hat in der durch den Gesellschaftsvertrag bestimmten Weise zu erfolgen.

Der Zweck der Generalversammlung muß jederzeit bei der Berufung bekannt gemacht werden. Ueber Gegenstände, deren Verhandlung nicht in dieser Weise angekündigt ist, können Beschlüsse nicht gefaßt werden; hiervon ist jedoch der Beschluß über den in einer Generalversammlung gestellten Antrag auf Berufung einer außerordentlichen Generalversammlung ausgenommen.

Zur Stellung von Anträgen und zu Verhandlungen ohne Beschlußfassung bedarf es der Ankündigung nicht.

Art. 190.

Soweit nicht der Gesellschaftsvertrag ein Anderes bestimmt, werden die Beschlüsse der Generalversammlung der Kommanditisten mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt, und jede Aktie gewährt dem Inhaber eine Stimme.

Art. 191.

Der Aufsichtsrath kann das erste Mal nicht auf länger als ein Jahr, später nicht auf länger als fünf Jahre gewählt werden.

Insoweit die Wahl auf einen längeren Zeitraum geschieht, ist dieselbe ohne rechtliche Wirkung.

Art. 192.

Den Mitgliedern des ersten Aufsichtsraths darf eine Vergütung für die Ausübung ihres Berufs nur durch einen nach Ablauf des ersten Geschäftsjahres einzuholenden Beschluß der Generalversammlung der Kommanditisten bewilligt werden.

Ist die Vergütung früher, oder in einer anderen als der vorstehenden Weise bewilligt, so ist diese Festsetzung ohne rechtliche Wirkung.

Art. 193.

Der Aufsichtsrath überwacht die Geschäftsführung der Gesellschaft in allen Zweigen ihrer Verwaltung; er kann sich von dem Gange der Angelegenheiten der Gesellschaft unterrichten, die Bücher und Schriften derselben jederzeit einsehen und den Bestand der Gesellschaftskasse untersuchen.

Digitized by Google

Er hat die Jahresrechnungen, die Bilanzen und die Vorschläge zur Gewinnvertheilung zu prüfen und darüber alljährlich der Generalversammlung Bericht zu erstatten.

Art. 194.

Der Aufsichtsrath ist ermächtigt, gegen die persönlich haftenden Gesellschafter die Prozesse zu führen, welche die Generalversammlung beschließt.

Jeder Kommanditist ist befugt, als Intervenient in den Prozeß auf seine Kosten einzutreten.

Handelt es sich um die eigene Verantwortlichkeit des Aufsichtsraths, so kann letzterer ohne und selbst gegen den Beschluß der Generalversammlung gegen die persönlich haftenden Gesellschafter klagen.

Art. 195.

Wenn die Kommanditisten selbst in Gesammtheit und im gemeinsamen Interesse gegen die persönlich haftenden Gesellschafter auftreten wollen, oder gegen die Mitglieder des Aufsichtsraths einen Prozeß zu führen haben, so werden sie durch Bevollmächtigte vertreten, welche in der Generalversammlung gewählt werden.

Falls aus irgend einem Grunde die Bestellung von Bevollmächtigten durch Wahl in der Generalversammlung gehindert wird, kann das Handelsgericht auf Antrag die Bevollmächtigten ernennen.

Jeder Kommanditist ist befugt, als Intervenient in den Prozeß auf seine Kosten einzutreten.

Art. 196.

Die Gesellschaft wird durch die persönlich haftenden Gesellschafter berechtigt und verpflichtet; sie wird durch dieselben vor Gericht vertreten. Zur Behändigung von Vorladungen und anderen Zustellungen an die Gesellschaft genügt es, wenn dieselbe an einen der zur Vertretung befugten Gesellschafter geschieht.

Die Bestimmung des Art. 167. in Betreff des Kommanditisten, welcher für die Gesellschaft Geschäfte schließt, findet bei der Kommanditgesellschaft auf Aktien keine Anwendung.

Art. 197.

Die Einlagen können den Kommanditisten, so lange die Gesellschaft besteht, nicht zurückgezahlt werden.

Zinsen von bestimmter Höhe können für die Kommanditisten nicht bedungen noch ausbezahlt werden; es darf nur dasjenige unter sie vertheilt werden, was sich nach der jährlichen Bilanz und, wenn im Gesellschaftsvertrage die Innehaltung eines Reservekapitals bestimmt ist, nach Abzug desselben als reiner Ueberschuß ergiebt.

Die Kommanditisten haften für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft, wenn und insoweit sie diesen Bestimmungen entgegen Zahlungen von der Gesellschaft empfangen haben; sie sind jedoch nicht verpflichtet, die in gutem Glauben bezogenen Dividenden zurückzuzahlen.

Art. 198.

Jede Abänderung des Gesellschaftsvertrages bedarf zu ihrer Gültigkeit der notariellen oder gerichtlichen Abfassung sowie der staatlichen Genehmigung.

Der abändernde Vertrag und die Genehmigungsurkunde müssen in gleicher Weise wie der ursprüngliche Vertrag in das Handels-Register eingetragen und im Auszuge veröffentlicht werden (Art. 176. 179.).

Der abändernde Vertrag hatte keine rechtliche Wirkung, bevor derselbe bei dem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat, in das Handels-Register eingetragen ist.

Digitized by Google

Art. 199.

Das Austreten eines persönlich haftenden Gesellschafters in Folge gegenseitiger Uebereinkunft (Art. 123. Ziffer 4.) ist während des Bestehens der Gesellschaft unstatthaft.

Eine solche Uebereinkunft steht der Auflösung der Gesellschaft gleich; zu derselben bedarf es der Zustimmung einer Generalversammlung der Kommanditisten.

Art. 200.

Wenn ein Kommanditist stirbt, oder in Konkurs verfällt, oder zur Verwaltung seines Vermögens rechtlich unfähig wird, so hat dies die Auflösung der Gesellschaft nicht zur Folge. Der Art. 126. findet in Bezug auf die Privatgläubiger eines Kommanditisten keine Anwendung. Im Uebrigen gelten die Art. 123. bis 128. auch für die Kommanditgesellschaft auf Aktien.

Art. 201.

Die Auflösung der Gesellschaft muß, wenn sie nicht in Folge der Eröffnung des Konkurses über die Gesellschaft geschieht, in das Handels-Register eingetragen werden.

Diese Eintragung muß selbst dann geschehen, wenn die Gesellschaft durch Ablauf der Zeit, für welche sie eingegangen war, beendigt wird.

Art. 202.

Bei der Auflösung einer Kommanditgesellschaft auf Aktien, welche außer dem Falle der Eröffnung des Konkurses erfolgt, darf die Vertheilung des Vermögens unter die Gesellschafter nicht eher vollzogen werden, als nach Verlauf eines Jahres, von dem Tage an gerechnet, an welchem die Auflösung der Gesellschaft in das Handels-Register eingetragen ist.

Die aus den Handelsbüchern der Gesellschaft ersichtlichen oder in anderer Weise bekannten Gläubiger sind durch besondere Erlasse aufzufordern, sich zu melden; unterlassen sie dies, so ist der Betrag ihrer Forderungen gerichtlich niederzulegen.

Das Letztere muß auch in Ansehung der noch schwebenden Verbindlichkeiten und streitigen Forderungen geschehen, sofern nicht die Vertheilung des Gesellschaftsvermögens bis zu deren Erledigung ausgesetzt bleibt, oder den Gläubigern eine angemessene Sicherheit bestellt wird.

Art. 203.

Eine theilweise Zurückzahlung des Kapitals der Kommanditisten kann nur vermöge einer staatlich genehmigten Abänderung des Gesellschaftsvertrages erfolgen.

Die Zurückzahlung kann nur unter Beobachtung derselben Bestimmungen geschehen, welche für die Vertheilung des Gesellschaftsvermögens im Falle der Auflösung maßgebend sind (Art. 201. 202.).

Art. 204.

Die Mitglieder des Aufsichtsraths sind gleich den persönlich haftenden Gesellschaftern solidarisch zur Erstattung geleisteter Zahlungen verpflichtet, wenn mit ihrem Wissen und ohne ihr Einschreiten:

1) Einlagen an die Kommanditisten zurückgezahlt, oder
2) Zinsen oder Dividenden gezahlt sind, welche nicht aus dem auf die Aktien fallenden Gewinne entnommen wurden, oder
3) die Vertheilung des Gesellschaftsvermögens oder eine theilweise Zurückzahlung des Kapitals der Kommanditisten ohne Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen (Art. 202. 203.) erfolgt ist.

Digitized by Google

Art. 205.

Die Liquidation erfolgt, sofern der Gesellschaftsvertrag nicht ein Anderes bestimmt, durch sämmtliche persönlich haftende Gesellschafter und eine oder mehrere von der Generalversammlung der Kommanditisten gewählte Personen.

Art. 206.

Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, zu bestimmen, daß es der staatlichen Genehmigung zur Errichtung von Kommanditgesellschaften auf Aktien im Allgemeinen oder von einzelnen Arten derselben nicht bedarf. In diesem Falle kommen die Bestimmungen dieses Abschnitts zur Anwendung, soweit sie die staatliche Genehmigung bei der Errichtung oder Abänderung des Gesellschaftsvertrages nicht zum Gegenstande haben; der Gesellschaftsvertrag muß jedoch die in dem Art. 175. verzeichneten Bestimmungen enthalten, bevor die in dem Art. 176. vorgeschriebene Eintragung in das Handels-Register erfolgen darf.

Dritter Titel.

Von der Aktiengesellschaft.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Grundsätze.

Art. 207.

Eine Handelsgesellschaft ist eine Aktiengesellschaft, wenn sich die sämmtlichen Gesellschafter nur mit Einlagen betheiligen, ohne persönlich für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu haften.

Das Gesellschaftskapital wird in Aktien oder auch in Aktienantheile zerlegt.

Die Aktien oder Aktienantheile sind untheilbar.

Dieselben können auf Inhaber oder auf Namen lauten.

Art. 208.

Aktiengesellschaften können nur mit staatlicher Genehmigung errichtet werden.

Ueber die Errichtung und den Inhalt des Gesellschaftsvertrages (Statuts) muß eine gerichtliche oder notarielle Urkunde aufgenommen werden.

Zur Aktienzeichnung genügt eine schriftliche Erklärung.

Art. 209.

Der Gesellschaftsvertrag, dessen Genehmigung erfolgen soll, muß insbesondere bestimmen:

1) die Firma und den Sitz der Gesellschaft;
2) den Gegenstand des Unternehmens;
3) die Zeitdauer des Unternehmens, im Falle dasselbe auf eine bestimmte Zeit beschränkt sein soll;
4) die Höhe des Grundkapitals und der einzelnen Aktien oder Aktienantheile;
5) die Eigenschaft der Aktien, ob sie auf Inhaber oder auf Namen gestellt werden sollen, ingleichen die etwa bestimmte Zahl der einen und der anderen Art, sowie die etwa zugelassene Umwandlung derselben;
6) die Grundsätze, nach welchen die Bilanz aufzunehmen und der Gewinn zu berechnen und auszuzahlen ist, sowie die Art und Weise, wie die Prüfung der Bilanz erfolgt;

Digitized by Google

7) die Art der Bestellung und Zusammensetzung des Vorstandes und die Formen für die Legitimation der Mitglieder desselben und der Beamten der Gesellschaft;
8) die Form, in welcher die Zusammenberufung der Aktionäre geschieht;
9) die Bedingungen des Stimmrechts der Aktionäre und die Form, in welcher dasselbe ausgeübt wird;
10) die Gegenstände, über welche nicht schon durch einfache Stimmenmehrheit der auf Zusammenberufung erschienenen Aktionäre, sondern nur durch eine größere Stimmenmehrheit oder nach anderen Erfordernissen Beschluß gefaßt werden kann;
11) die Form, in welcher die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen, sowie die öffentlichen Blätter, in welche dieselben aufzunehmen sind.

Art. 210.

Der Gesellschaftsvertrag und die Genehmigungsurkunde müssen bei dem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat, in das Handels-Register eingetragen und im Auszuge veröffentlicht werden.

Der Auszug muß enthalten:

1) das Datum des Gesellschaftsvertrages und der Genehmigungsurkunde;
2) die Firma und den Sitz der Gesellschaft;
3) den Gegenstand und die Zeitdauer des Unternehmens;
4) die Höhe des Grundkapitals und der einzelnen Aktien oder Aktienantheile;
5) die Eigenschaft derselben, ob sie auf Inhaber oder auf Namen gestellt sind;
6) die Form, in welcher die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen, sowie die öffentlichen Blätter, in welche dieselben aufzunehmen sind.

Ist im Gesellschaftsvertrage eine Form bestimmt, in welcher der Vorstand seine Willenserklärungen kundgiebt und für die Gesellschaft zeichnet, so ist auch diese Bestimmung zu veröffentlichen.

Art. 211.

Vor erfolgter Genehmigung und Eintragung in das Handels-Register besteht die Aktiengesellschaft als solche nicht.

Wenn vor erfolgter Genehmigung und Eintragung in das Handels-Register im Namen der Gesellschaft gehandelt worden ist, so haften die Handelnden persönlich und solidarisch.

Art. 212.

Bei jedem Handelsgerichte, in dessen Bezirk die Aktiengesellschaft eine Zweigniederlassung hat, muß dies behufs der Eintragung in das Handels-Register angemeldet werden.

Die Anmeldung muß die im Art. 210. Abs. 2. und 3. bezeichneten Angaben enthalten. Das Handelsgericht hat die Mitglieder des Vorstandes zur Befolgung dieser Vorschriften von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten.

Art. 213.

Die Aktiengesellschaft als solche hat selbstständig ihre Rechte und Pflichten; sie kann Eigenthum und andere dingliche Rechte an Grundstücken erwerben; sie kann vor Gericht klagen und verklagt werden.

Ihr ordentlicher Gerichtsstand ist bei dem Gericht, in dessen Bezirk sie ihren Sitz hat.

Art. 214.

Jeder Beschluß der Generalversammlung, welcher die Fortsetzung der Gesellschaft oder eine

Digitized by Google

Abänderung der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages zum Gegenstande hat, bedarf zu seiner Gültigkeit der notariellen oder gerichtlichen Beurkundung, sowie der staatlichen Genehmigung.

Ein solcher Beschluß und die Genehmigungsurkunde müssen in gleicher Weise wie der ursprüngliche Vertrag in das Handels-Register eingetragen und im Auszuge veröffentlicht werden (Art. 210. 212.).

Der Beschluß hat keine rechtliche Wirkung, bevor derselbe bei dem Handelsgericht, in dessen Bezirk die Gesellschaft ihren Sitz hat, in das Handels-Register eingetragen ist.

Art. 215.

Die Abänderung des Gegenstandes der Unternehmung der Gesellschaft kann nicht durch Stimmenmehrheit beschlossen werden, sofern dies nicht im Gesellschaftsvertrage ausdrücklich gestattet ist.

Dasselbe gilt von dem Falle, wenn die Gesellschaft durch Uebertragung ihres Vermögens und ihrer Schulden an eine andere Aktiengesellschaft gegen Gewährung von Aktien der letzteren aufgelöst werden soll.

Zweiter Abschnitt.
Rechtsverhältniß der Aktionäre.

Art. 216.

Jeder Aktionär hat einen verhältnißmäßigen Antheil an dem Vermögen der Gesellschaft.

Er kann den eingezahlten Betrag nicht zurückfordern und hat, so lange die Gesellschaft besteht, nur einen Anspruch auf den reinen Gewinn, soweit dieser nach dem Gesellschaftsvertrage zur Vertheilung unter die Aktionäre bestimmt ist.

Art. 217.

Zinsen von bestimmter Höhe dürfen für die Aktionäre nicht bedungen noch ausbezahlt werden; es darf nur dasjenige unter sie vertheilt werden, was sich nach der jährlichen Bilanz und, wenn im Gesellschaftsvertrage die Innehaltung eines Reservekapitals bestimmt ist, nach Abzug desselben als reiner Ueberschuß ergiebt.

Jedoch können für den im Gesellschaftsvertrage angegebenen Zeitraum, welchen die Vorbereitung des Unternehmens bis zum Anfange des vollen Betriebes erfordert, den Aktionären Zinsen von bestimmter Höhe bedungen werden.

Art. 218.

Der Aktionär ist in keinem Falle verpflichtet, die in gutem Glauben empfangenen Zinsen und Dividenden zurückzugeben.

Art. 219.

Der Aktionär ist nicht schuldig, zu den Zwecken der Gesellschaft und zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten mehr beizutragen, als den für die Aktie statutenmäßig zu leistenden Beitrag.

Art. 220.

Ein Aktionär, welcher den Betrag seiner Aktie nicht zur rechten Zeit einzahlt, ist zur Zahlung von Verzugszinsen von Rechtswegen verpflichtet.

Im Gesellschaftsvertrage können für den Fall der verzögerten Einzahlung des gezeichneten Aktienbetrages oder eines Theils desselben Konventionalstrafen ohne Rücksicht auf die sonst stattfindenden gesetzlichen Einschränkungen festgesetzt werden; auch kann bestimmt werden, daß die säumigen Aktionäre ihrer Anrechte aus der Zeichnung der Aktien und der geleisteten Theilzahlungen zu Gunsten der Gesellschaft verlustig gehen.

Digitized by Google

Art. 221.

Ist im Gesellschaftsvertrage keine besondere Form, wie die Aufforderung zur Einzahlung geschehen soll, bestimmt, so geschieht dieselbe in der Form, in welcher die Bekanntmachungen der Gesellschaft nach dem Gesellschaftsvertrage überhaupt erfolgen müssen (Art. 209. Ziff. 11.).

Jedoch kann in keinem Falle ein Aktionär seines Anrechts verlustig erklärt werden, wenn nicht die Aufforderung zur Zahlung mindestens dreimal in den hierzu bestimmten öffentlichen Blättern (Art. 209. Ziff. 11.), das letzte Mal wenigstens vier Wochen vor dem für die Einzahlungen gesetzten Schlußtermine, bekannt gemacht worden ist. Wenn die Aktien auf Namen lauten und ohne die Einwilligung der übrigen Aktionäre nicht übertragbar sind, so kann die Bekanntmachung dieser Aufforderungen durch besondere Erlasse an die einzelnen Aktionäre statt der Einrückungen in die öffentlichen Blätter erfolgen.

Art. 222.

Wenn die Aktien oder Aktienantheile auf Inhaber gestellt werden, so kommen folgende Grundsätze zur Anwendung:

1) Die Ausgabe der Aktien darf vor Einzahlung des ganzen Nominalbetrages derselben nicht erfolgen; ebensowenig dürfen über die geleisteten Partialzahlungen Promessen oder Interimsscheine, welche auf Inhaber lauten, ausgestellt werden.
2) Der Zeichner der Aktie ist für die Einzahlung von vierzig Prozent des Nominalbetrages der Aktie unbedingt verhaftet; von dieser Verpflichtung kann derselbe weder durch Uebertragung seines Anrechts auf einen Dritten sich befreien, noch Seitens der Gesellschaft entbunden werden; wird der Zeichner der Aktie, wegen verzögerter Einzahlung, seines Anrechts aus der Zeichnung verlustig erklärt (Art. 220.), so bleibt er demungeachtet zur Einzahlung von vierzig Prozent des Nominalbetrages der Aktie verpflichtet.
3) Im Gesellschaftsvertrage kann bestimmt werden, daß und unter welchen Maßgaben nach erfolgter Einzahlung von vierzig Prozent die Befreiung des Zeichners von der Haftung für weitere Einzahlungen zulässig sei, und daß im Falle der eingetretenen Befreiung über die geleisteten Einzahlungen Promessen oder Interimsscheine, welche auf Inhaber lauten, ausgestellt werden dürfen.

Art. 223.

Wenn die Aktien auf Namen lauten, so kommen die bei der Kommanditgesellschaft auf Aktien gegebenen Bestimmungen über die Eintragung der Aktien in das Aktienbuch der Gesellschaft und über die Uebertragung derselben auf Andere (Art. 182. 183.) auch hier zur Anwendung.

So lange der Betrag der Aktie nicht vollständig eingezahlt ist, wird der Aktionär durch Uebertragung seines Anrechts auf einen Anderen von der Verbindlichkeit zur Zahlung des Rückstandes nur dann befreit, wenn die Gesellschaft den neuen Erwerber an seiner Stelle annimmt und ihn der Verbindlichkeit entläßt.

Auch in diesem Falle bleibt der austretende Aktionär auf Höhe des Rückstandes für alle bis dahin von der Gesellschaft eingegangenen Verbindlichkeiten noch auf ein Jahr, vom Tage des Austritts an gerechnet, subsidiarisch verhaftet.

Art. 224.

Die Rechte, welche den Aktionären in den Angelegenheiten der Gesellschaft, insbesondere in Beziehung auf die Führung der Geschäfte, die Einsicht und Prüfung der Bilanz und die Bestimmung der Gewinnvertheilung zustehen, werden von der Gesammtheit der Aktionäre in der Generalversammlung ausgeübt.

Digitized by Google

Jede Aktie gewährt dem Inhaber eine Stimme, wenn nicht der Gesellschaftsvertrag ein Anderes festsetzt.

Art. 225.

Ist ein Aufsichtsrath bestellt, so überwacht derselbe die Geschäftsführung der Gesellschaft in allen Zweigen der Verwaltung; er kann sich von dem Gange der Angelegenheiten der Gesellschaft unterrichten, die Bücher und Schriften derselben jederzeit einsehen und den Bestand der Gesellschaftskasse untersuchen.

Er hat die Jahresrechnungen, die Bilanzen und die Vorschläge zur Gewinnvertheilung zu prüfen und darüber alljährlich der Generalversammlung der Aktionäre Bericht zu erstatten.

Er hat eine Generalversammlung zu berufen, wenn dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist.

Art. 226.

Handelt es sich um die Führung von Prozessen gegen die Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrathes, so kommen die für die Kommanditgesellschaft auf Aktien gegebenen Bestimmungen (Art. 194. 195.) auch hier zur Anwendung.

Dritter Abschnitt.

Rechte und Pflichten des Vorstandes.

Art. 227.

Jede Aktiengesellschaft muß einen Vorstand haben (Art. 209. Ziff. 7.). Sie wird durch denselben gerichtlich und außergerichtlich vertreten.

Der Vorstand kann aus einem oder mehreren Mitgliedern bestehen; diese können besoldet oder unbesoldet, Aktionäre oder Andere sein.

Ihre Bestellung ist zu jederzeit widerruflich, unbeschadet der Entschädigungsansprüche aus bestehenden Verträgen.

Art. 228.

Die jeweiligen Mitglieder des Vorstandes müssen alsbald nach ihrer Bestellung zur Eintragung in das Handels-Register angemeldet werden. Der Anmeldung ist ihre Legitimation beizufügen.

Sie haben ihre Unterschrift vor dem Handelsgerichte zu zeichnen, oder die Zeichnung derselben in beglaubigter Form einzureichen.

Das Handelsgericht hat die Mitglieder des Vorstandes zur Befolgung dieser Vorschriften von Amtswegen durch Ordnungsstrafen anzuhalten.

Art. 229.

Der Vorstand hat in der durch den Gesellschaftsvertrag bestimmten Form seine Willenserklärungen kund zu geben und für die Gesellschaft zu zeichnen. Ist nichts darüber bestimmt, so ist die Zeichnung durch sämmtliche Mitglieder des Vorstandes erforderlich.

Die Zeichnung geschieht in der Weise, daß die Zeichnenden zu der Firma der Gesellschaft oder zu der Benennung des Vorstandes ihre Unterschrift hinzufügen.

Art. 230.

Die Gesellschaft wird durch die von dem Vorstande in ihrem Namen geschlossenen Rechtsgeschäfte berechtigt und verpflichtet; es ist gleichgültig, ob das Geschäft ausdrücklich im Namen der

Digitized by Google

Gesellschaft geschlossen worden ist, oder ob die Umstände ergeben, daß es nach dem Willen der Kontrahenten für die Gesellschaft geschlossen werden sollte.

Art. 231.

Der Vorstand ist der Gesellschaft gegenüber verpflichtet, die Beschränkungen einzuhalten, welche in dem Gesellschaftsvertrage oder durch Beschlüsse der Generalversammlung für den Umfang seiner Befugniß, die Gesellschaft zu vertreten, festgesetzt sind.

Gegen dritte Personen hat jedoch eine Beschränkung der Befugniß des Vorstandes, die Gesellschaft zu vertreten, keine rechtliche Wirkung. Dies gilt insbesondere für den Fall, daß die Vertretung sich nur auf gewisse Geschäfte oder Arten von Geschäften erstrecken, oder nur unter gewissen Umständen oder für eine gewisse Zeit oder an einzelnen Orten Statt finden soll, oder daß die Zustimmung der Generalversammlung, eines Verwaltungsrathes, eines Aufsichtsrathes oder eines anderen Organes der Aktionäre für einzelne Geschäfte erfordert ist.

Art. 232.

Eide Namens der Gesellschaft werden durch den Vorstand geleistet.

Art. 233.

Jede Aenderung der Mitglieder des Vorstandes muß bei Ordnungsstrafe zur Eintragung in das Handels-Register angemeldet werden.

Dritten Personen kann die Aenderung nur insofern entgegengesetzt werden, als in Betreff dieser Aenderung die im Art. 46. in Betreff des Erlöschens der Prokura bezeichneten Voraussetzungen vorhanden sind.

Art. 234.

Der Betrieb von Geschäften der Gesellschaft, sowie die Vertretung der Gesellschaft in Bezug auf diese Geschäftsführung kann auch sonstigen Bevollmächtigten oder Beamten der Gesellschaft zugewiesen werden. In diesem Falle bestimmt sich die Befugniß derselben nach der ihnen ertheilten Vollmacht; sie erstreckt sich im Zweifel auf alle Rechtshandlungen, welche die Ausführung derartiger Geschäfte gewöhnlich mit sich bringt.

Art. 235.

Zur Behändigung von Vorladungen und anderen Zustellungen an die Gesellschaft genügt es, wenn dieselbe an ein Mitglied des Vorstandes, welches zu zeichnen oder mitzuzeichnen befugt ist, oder an einen Beamten der Gesellschaft, welcher dieselbe vor Gericht zu vertreten berechtigt ist, geschieht.

Art. 236.

Die Generalversammlung der Aktionäre wird durch den Vorstand berufen, soweit nicht nach dem Gesellschaftsvertrage auch andere Personen dazu befugt sind.

Art. 237.

Eine Generalversammlung der Aktionäre ist, außer den im Gesellschaftsvertrage ausdrücklich bestimmten Fällen, zu berufen, wenn dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint.

Die Generalversammlung muß auch dann berufen werden, wenn dies ein Aktionär oder eine Anzahl von Aktionären, deren Aktien zusammen den zehnten Theil des Grundkapitals darstellen, in einer von ihnen unterzeichneten Eingabe unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen. Ist in dem Gesellschaftsvertrage das Recht, die Berufung einer Generalversammlung zu verlangen, an den Besitz eines größeren oder eines geringeren Antheils am Grundkapital geknüpft, so hat es hierbei sein Bewenden.

Digitized by Google

Art. 238.

Die Berufung der Generalversammlung hat in der durch den Gesellschaftsvertrag bestimmten Weise zu erfolgen.

Der Zweck der Generalversammlung muß jederzeit bei der Berufung bekannt gemacht werden. Ueber Gegenstände, deren Verhandlung nicht in dieser Weise angekündigt ist, können Beschlüsse nicht gefaßt werden; hiervon ist jedoch der Beschluß über den in einer Generalversammlung gestellten Antrag auf Berufung einer außerordentlichen Generalversammlung ausgenommen.

Zur Stellung von Anträgen und zu Verhandlungen ohne Beschlußfassung bedarf es der Ankündigung nicht.

Art. 239.

Der Vorstand ist verpflichtet, Sorge zu tragen, daß die erforderlichen Bücher der Gesellschaft geführt werden. Er muß den Aktionären spätestens in den ersten sechs Monaten jedes Geschäftsjahres eine Bilanz des verflossenen Geschäftsjahres vorlegen.

Zur Entlastung des Vorstandes bei Legung der Rechnungen können Personen nicht bestellt werden, welche auf irgend eine Weise an der Geschäftsführung Theil nehmen.

Dieses Verbot bezieht sich nicht auf die Personen, welchen die Aufsicht über die Geschäftsführung zusteht.

Art. 240.

Ergiebt sich aus der letzten Bilanz, daß sich das Grundkapital um die Hälfte vermindert hat, so muß der Vorstand unverzüglich eine Generalversammlung berufen und dieser sowie der zuständigen Verwaltungsbehörde davon Anzeige machen.

Die Verwaltungsbehörde kann in diesem Falle von den Büchern der Gesellschaft Einsicht nehmen und nach Befinden der Umstände die Auflösung der Gesellschaft verfügen.

Ergiebt sich, daß das Vermögen der Gesellschaft nicht mehr die Schulden deckt, so muß der Vorstand hiervon dem Gericht behufs der Eröffnung des Konkurses Anzeige machen.

Art. 241.

Die Mitglieder des Vorstandes sind aus den von ihnen im Namen der Gesellschaft vorgenommenen Rechtshandlungen Dritten gegenüber für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft persönlich nicht verpflichtet.

Mitglieder des Vorstandes, welche außer den Grenzen ihres Auftrags, oder den Vorschriften dieses Titels oder des Gesellschaftsvertrages entgegen handeln, haften persönlich und solidarisch für den dadurch entstandenen Schaden. Dies gilt insbesondere, wenn sie der Bestimmung des Art. 217. entgegen an die Aktionäre Dividenden oder Zinsen zahlen, oder wenn sie zu einer Zeit noch Zahlungen leisten, in welcher ihnen die Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft hätte bekannt sein müssen.

Vierter Abschnitt.

Auflösung der Gesellschaft.

Art. 242.

Die Aktiengesellschaft wird aufgelöst:

1) durch Ablauf der im Gesellschaftsvertrage bestimmten Zeit;
2) durch einen notariell oder gerichtlich beurkundeten Beschluß der Aktionäre;
3) durch Verfügung der Verwaltungsbehörde, wenn sich das Grundkapital um die Hälfte vermindert hat (Art. 240.);
4) durch Eröffnung des Konkurses.

Digitized by Google

Wenn die Auflösung einer Aktiengesellschaft aus anderen Gründen oder die Zurücknahme der staatlichen Genehmigung nach dem in den einzelnen Staaten geltenden Recht erfolgt, so finden die Bestimmungen dieses Abschnittes ebenfalls Anwendung.

Art. 243.

Die Auflösung der Gesellschaft muß, wenn sie nicht eine Folge des eröffneten Konkurses ist, durch den Vorstand, bei Ordnungsstrafe, zur Eintragung in das Handels-Register angemeldet werden; sie muß zu drei verschiedenen Malen durch die hierzu bestimmten öffentlichen Blätter (Art. 209. Ziff. 11.) bekannt gemacht werden.

Durch diese Bekanntmachung müssen zugleich die Gläubiger aufgefordert werden, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Art. 244.

Die Liquidation geschieht durch den Vorstand, wenn nicht dieselbe durch den Gesellschaftsvertrag oder einen Beschluß der Aktionäre an andere Personen übertragen wird.

Es kommen die bei der offenen Handelsgesellschaft über die Anmeldung und das Rechtsverhältniß der Liquidatoren gegebenen Bestimmungen auch hier zur Anwendung, mit der Maßgabe, daß die Anmeldungen behufs der Eintragung in das Handels-Register durch den Vorstand zu machen sind.

Die Bestellung der Liquidatoren ist jederzeit widerruflich.

Art. 245.

Das Vermögen einer aufgelösten Aktiengesellschaft wird nach Tilgung ihrer Schulden unter die Aktionäre nach Verhältniß ihrer Aktien vertheilt.

Die Vertheilung darf nicht eher vollzogen werden, als nach Ablauf eines Jahres von dem Tage an gerechnet, an welchem die Bekanntmachung in den hierzu bestimmten öffentlichen Blättern (Art. 243.) zum dritten Male erfolgt ist.

In Ansehung der aus den Handelsbüchern ersichtlichen oder in anderer Weise bekannten Gläubiger und in Ansehung der noch schwebenden Verbindlichkeiten und streitigen Forderungen kommen die bei der Kommanditgesellschaft auf Aktien gegebenen Bestimmungen (Art. 202. Abs. 2. und 3.) zur Anwendung.

Mitglieder des Vorstandes und Liquidatoren, welche diesen Vorschriften entgegenhandeln, sind persönlich und solidarisch zur Erstattung der geleisteten Zahlungen verpflichtet.

Art. 246.

Die Handelsbücher der aufgelösten Gesellschaft sind an einem von dem Handelsgerichte zu bestimmenden sicheren Orte zur Aufbewahrung auf die Dauer von zehn Jahren niederzulegen.

Art. 247.

Die Auflösung einer Aktiengesellschaft durch Vereinigung derselben mit einer anderen Aktiengesellschaft (Art. 215.) kann nur unter staatlicher Genehmigung erfolgen.

Es kommen bei dieser Auflösung folgende Bestimmungen zur Anwendung:

1) Das Vermögen der aufzulösenden Gesellschaft ist so lange getrennt zu verwalten, bis die Befriedigung oder Sicherstellung ihrer Gläubiger erfolgt ist.
2) Der bisherige Gerichtsstand der Gesellschaft bleibt für die Dauer der getrennten Vermögensverwaltung bestehen; dagegen wird die Verwaltung von der anderen Gesellschaft geführt.

Digitized by Google

3) Der Vorstand der letzteren Gesellschaft ist den Gläubigern für die Ausführung der getrennten Verwaltung persönlich und solidarisch verantwortlich.
4) Die Auflösung der Gesellschaft ist zur Eintragung in das Handels-Register bei Ordnungsstrafe anzumelden.
5) Die öffentliche Aufforderung der Gläubiger der aufgelösten Gesellschaft (Art. 243.) kann unterlassen oder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Jedoch ist die Vereinigung der Vermögen der beiden Gesellschaften erst in dem Zeitpunkte zulässig, in welchem eine Vertheilung des Vermögens einer aufgelösten Aktiengesellschaft unter die Aktionäre erfolgen darf (Art. 245.).

Art. 248.

Eine theilweise Zurückzahlung des Grundkapitals an die Aktionäre kann nur auf Beschluß der Generalversammlung erfolgen; dieser Beschluß bedarf zu seiner Gültigkeit der staatlichen Genehmigung.

Die Zurückzahlung kann nur unter Beobachtung derselben Bestimmungen erfolgen, welche für die Vertheilung des Gesellschaftsvermögens im Falle der Auflösung maßgebend sind (Art. 243. 245.).

Die Mitglieder des Vorstandes, welche dieser Vorschrift entgegenhandeln, sind den Gläubigern der Gesellschaft persönlich und solidarisch verhaftet.

Fünfter Abschnitt.

Schlußbestimmungen.

Art. 249.

Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, zu bestimmen, daß es der staatlichen Genehmigung zur Errichtung von Aktiengesellschaften im Allgemeinen oder von einzelnen Arten derselben nicht bedarf. Auch in diesem Falle kommen jedoch die Bestimmungen dieses Titels zur Anwendung, ausgenommen insoweit dieselben:

1) zur Errichtung einer Aktiengesellschaft (Art. 208. 210. 211.),
2) zu Beschlüssen der Generalversammlung (Art. 214.),
3) zur Auflösung einer Aktiengesellschaft durch Vereinigung mit einer anderen Aktiengesellschaft (Art. 247.),
4) zur theilweisen Zurückzahlung des Grundkapitals an die Aktionäre (Art. 248.)

die staatliche Genehmigung und deren Eintragung in das Handels-Register erfordern, und

5) die Anzeige, daß sich das Grundkapital um die Hälfte vermindert hat, sowie die hierauf zu erlassende Verfügung der Verwaltungsbehörde (Art. 240. 242. Ziff. 3.)

zum Gegenstande haben; der Gesellschaftsvertrag muß jedoch die in dem Art. 209. verzeichneten Bestimmungen enthalten, bevor die in dem Art. 210. vorgeschriebene Eintragung in das Handels-Register erfolgen kann.

Außerdem bleibt den Landesgesetzen überhaupt vorbehalten, zu bestimmen, daß für besondere Arten von Aktiengesellschaften oder in besonderen Fällen durch den Gesellschaftsvertrag mit staatlicher Genehmigung:

1) die in dem Art. 222. bestimmte Höhe der Einzahlung von vierzig Prozent des Nominalbetrages der Aktien bis auf fünfundzwanzig Prozent dieses Betrages herabgesetzt, und
2) die in dem Art. 239. bestimmte Frist zur Vorlegung der Bilanz bis auf zwölf Monate seit Ablauf des Geschäftsjahres ausgedehnt werden darf.

Digitized by Google

Drittes Buch.

Von der stillen Gesellschaft und von der Vereinigung zu einzelnen Handelsgeschäften für gemeinschaftliche Rechnung.

Erster Titel.

Von der stillen Gesellschaft.

Art. 250.

Eine stille Gesellschaft ist vorhanden, wenn sich Jemand an dem Betriebe des Handelsgewerbes eines Anderen mit einer Vermögenseinlage gegen Antheil an Gewinn und Verlust betheiligt.

Zur Gültigkeit des Vertrages bedarf es der schriftlichen Abfassung oder sonstiger Förmlichkeiten nicht.

Art. 251.

Der Inhaber des Handelsgewerbes betreibt die Geschäfte unter seiner Firma.

Eine das Verhältniß einer Handelsgesellschaft andeutende Firma darf derselbe wegen der Betheiligung eines stillen Gesellschafters bei Ordnungsstrafe nicht annehmen.

Art. 252.

Der Inhaber des Handelsgewerbes wird Eigenthümer der Einlage des stillen Gesellschafters.

Der stille Gesellschafter ist nicht verpflichtet, die Einlage über den vertragsmäßigen Betrag zu erhöhen oder die durch Verlust verminderte Einlage zu ergänzen.

Art. 253.

Der stille Gesellschafter ist berechtigt, die abschriftliche Mittheilung der jährlichen Bilanz zu verlangen und die Richtigkeit derselben unter Einsicht der Bücher und Papiere zu prüfen.

Das Handelsgericht kann auf den Antrag des stillen Gesellschafters, wenn wichtige Gründe dazu vorliegen, die Mittheilung einer Bilanz oder sonstiger Aufklärungen nebst Vorlegung der Bücher und Papiere zu jeder Zeit anordnen.

Art. 254.

Ist über die Höhe der Betheiligung des stillen Gesellschafters an Gewinn und Verlust nichts vereinbart, so wird dieselbe nach richterlichem Ermessen, nöthigenfalls unter Zuziehung von Sachverständigen, festgestellt.

Art. 255.

Am Schlusse eines jeden Geschäftsjahres wird der Gewinn und Verlust berechnet und dem stillen Gesellschafter der ihm zufallende Gewinn ausbezahlt.

Der stille Gesellschafter nimmt an dem Verluste nur bis zum Betrage seiner eingezahlten oder rückständigen Einlage Antheil. Er ist nicht verpflichtet, den bezogenen Gewinn wegen späterer Verluste zurückzuzahlen; jedoch wird, so lange seine ursprüngliche Einlage durch Verlust vermindert ist, der jährliche Gewinn zur Deckung des Verlustes verwendet.

Der Gewinn, welcher von dem stillen Gesellschafter nicht erhoben wird, vermehrt dessen Einlage nicht, sofern nicht ein Anderes vereinbart ist.

Art. 256.

Aus den Geschäften des Handelsgewerbes wird der Inhaber desselben dem Dritten gegenüber allein berechtigt und verpflichtet.

Digitized by Google

Art. 257.

Der Name eines stillen Gesellschafters darf in der Firma des Inhabers des Handelsgewerbes nicht enthalten sein; im entgegengesetzten Falle haftet der stille Gesellschafter den Gläubigern der Gesellschaft persönlich und solidarisch.

Art. 258.

Wenn der Inhaber des Handelsgewerbes in Konkurs verfällt, so ist der stille Gesellschafter befugt, wegen seiner Einlage, soweit dieselbe den Betrag des auf ihn fallenden Antheils am Verluste übersteigt, eine Forderung als Konkursgläubiger geltend zu machen.

Ist die Einlage rückständig, so hat der stille Gesellschafter dieselbe bis zu dem Betrage, welcher zur Deckung seines Antheils am Verluste erforderlich ist, in die Konkursmasse zu zahlen.

Art. 259.

Wenn innerhalb eines Jahres vor Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des Inhabers des Handelsgewerbes durch Vereinbarung zwischen ihm und dem stillen Gesellschafter das Gesellschaftsverhältniß aufgelöst worden ist, so können die Konkursgläubiger verlangen, daß der stille Gesellschafter die ihm zurückbezahlte Einlage in die Konkursmasse einzahle, unbeschadet seines Rechts, die in dem Zeitpunkte der Auflösung ihm aus dem Gesellschaftsverhältnisse zustehende Forderung als Konkursgläubiger geltend zu machen.

Dasselbe gilt, wenn dem stillen Gesellschafter in dem bezeichneten Zeitraume ohne Auflösung des Gesellschaftsverhältnisses die Einlage zurückbezahlt wurde.

In gleicher Weise ist, wenn der Inhaber des Handelsgewerbes in dem bezeichneten Zeitraume dem stillen Gesellschafter dessen Antheil an dem entstandenen Verluste ganz oder theilweise erlassen hat, der Erlaß zu Gunsten der Konkursgläubiger unwirksam.

Die Bestimmungen dieses Artikels treten nicht ein, wenn der stille Gesellschafter beweist, daß der Konkurs in Umständen seinen Grund hat, welche erst nach dem Zeitpunkte der Auflösung, der Zurückzahlung oder des Erlasses eingetreten sind.

Art. 260.

Ob und inwieweit eine rechtliche Wirkung zu Gunsten dritter Personen eintritt, wenn durch einen stillen Gesellschafter oder mit dessen Willen das Vorhandensein der stillen Gesellschaft kundgemacht wird, ist nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen zu beurtheilen.

Art. 261.

Die stille Gesellschaft wird aufgelöst:

1) durch den Tod des Inhabers des Handelsgewerbes, wenn nicht der Vertrag bestimmt, daß die Gesellschaft mit den Erben des Verstorbenen fortbestehen soll;
2) durch die eingetretene rechtliche Unfähigkeit des Inhabers des Handelsgewerbes zur selbstständigen Vermögensverwaltung;
3) durch die Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des Inhabers des Handelsgewerbes oder des stillen Gesellschafters;
4) durch gegenseitige Uebereinkunft;
5) durch Ablauf der Zeit, auf deren Dauer die stille Gesellschaft eingegangen ist, wenn dieselbe nicht stillschweigend fortgesetzt wird; in diesem Falle gilt der Vertrag von da an als auf unbestimmte Dauer geschlossen;
6) durch die Aufkündigung eines der beiden Theile, wenn der Vertrag auf unbestimmte Dauer geschlossen ist.

Digitized by Google

Ein auf Lebenszeit geschlossener Vertrag ist als auf unbestimmte Dauer geschlossen zu betrachten.

Die Aufkündigung eines auf unbestimmte Dauer geschlossenen Vertrages muß, wenn nicht ein Anderes vereinbart ist, mindestens sechs Monate vor Ablauf des Geschäftsjahres erfolgen.

Art. 262.

Die Auflösung der stillen Gesellschaft kann vor Ablauf der für ihre Dauer bestimmten Zeit oder bei einem Vertrage von unbestimmter Dauer ohne vorherige Aufkündigung verlangt werden, wenn dazu wichtige Gründe vorhanden sind. Die Beurtheilung, ob solche Gründe anzunehmen sind, bleibt im Falle des Widerspruchs dem Ermessen des Richters überlassen.

Art. 263.

Die Bestimmung des Art. 126. gilt auch zu Gunsten der Privatgläubiger eines stillen Gesellschafters.

Art. 264.

Wenn der stille Gesellschafter stirbt, oder zur Verwaltung seines Vermögens rechtlich unfähig wird, so hat dies die Auflösung der stillen Gesellschaft nicht zur Folge.

Art. 265.

Nach Auflösung der stillen Gesellschaft muß der Inhaber des Handelsgewerbes sich mit dem stillen Gesellschafter auseinandersetzen und die Forderung desselben in Geld berichtigen.

Der Inhaber des Handelsgewerbes besorgt die Liquidation der bei der Auflösung noch schwebenden Geschäfte.

Zweiter Titel.

Von der Vereinigung zu einzelnen Handelsgeschäften für gemeinschaftliche Rechnung.

Art. 266.

Die Vereinigung zu einem oder mehreren einzelnen Handelsgeschäften für gemeinschaftliche Rechnung bedarf einer schriftlichen Abfassung nicht und ist sonstigen Förmlichkeiten nicht unterworfen.

Art. 267.

Wenn nicht ein Anderes verabredet ist, so sind alle Theilnehmer in gleichem Verhältnisse zu dem gemeinsamen Unternehmen beizutragen verpflichtet.

Art. 268.

Ist über den Antheil der Theilnehmer am Gewinne und Verluste nichts vereinbart, so werden die Einlagen verzinst, der Gewinn oder Verlust aber nach Köpfen vertheilt.

Art. 269.

Aus Geschäften, welche ein Theilnehmer mit einem Dritten geschlossen hat, wird Ersterer dem Dritten gegenüber allein berechtigt und verpflichtet.

Ist ein Theilnehmer zugleich im Auftrage und Namen der übrigen aufgetreten, oder haben alle Theilnehmer gemeinschaftlich oder durch einen gemeinsamen Bevollmächtigten gehandelt, so ist jeder Theilnehmer Dritten gegenüber solidarisch berechtigt und verpflichtet.

Digitized by Google

Art. 270.

Nach Beendigung des gemeinschaftlichen Geschäfts muß der Theilnehmer, welcher dasselbe führte, den übrigen Theilnehmern unter Mittheilung der Belege Rechnung ablegen.

Er besorgt die Liquidation.

Viertes Buch.

Von den Handelsgeschäften.

Erster Titel.

Von den Handelsgeschäften im Allgemeinen.

Erster Abschnitt.

Begriff der Handelsgeschäfte.

Art. 271.

Handelsgeschäfte sind:

1) der Kauf oder die anderweite Anschaffung von Waaren oder anderen beweglichen Sachen, von Staatspapieren, Aktien oder anderen für den Handelsverkehr bestimmten Werthpapieren, um dieselben weiter zu veräußern; es macht keinen Unterschied, ob die Waaren oder anderen beweglichen Sachen in Natur oder nach einer Bearbeitung oder Verarbeitung weiter veräußert werden sollen;
2) die Uebernahme einer Lieferung von Gegenständen der unter Ziff. 1. bezeichneten Art, welche der Uebernehmer zu diesem Zweck anschafft;
3) die Uebernahme einer Versicherung gegen Prämie;
4) die Uebernahme der Beförderung von Gütern oder Reisenden zur See und das Darleihen gegen Verbodmung.

Art. 272.

Handelsgeschäfte sind ferner die folgenden Geschäfte, wenn sie gewerbemäßig betrieben werden:

1) die Uebernahme der Bearbeitung oder Verarbeitung beweglicher Sachen für Andere, wenn der Gewerbebetrieb des Uebernehmers über den Umfang des Handwerks hinausgeht;
2) die Bankier- oder Geldwechslergeschäfte;
3) die Geschäfte des Kommissionärs (Art. 360.), des Spediteurs und des Frachtführers, sowie die Geschäfte der für den Transport von Personen bestimmten Anstalten;
4) die Vermittlung oder Abschließung von Handelsgeschäften für andere Personen; die amtlichen Geschäfte der Handelsmäkler sind jedoch hierin nicht einbegriffen;
5) die Verlagsgeschäfte, sowie die sonstigen Geschäfte des Buch- oder Kunsthandels; ferner die Geschäfte der Druckereien, sofern nicht ihr Betrieb nur ein handwerksmäßiger ist.

Die bezeichneten Geschäfte sind auch alsdann Handelsgeschäfte, wenn sie zwar einzeln, jedoch von einem Kaufmann im Betriebe seines gewöhnlich auf andere Geschäfte gerichteten Handelsgewerbes gemacht werden.

Art. 273.

Alle einzelnen Geschäfte eines Kaufmanns, welche zum Betriebe seines Handelsgewerbes gehören, sind als Handelsgeschäfte anzusehen.

Digitized by Google

Dieses gilt insbesondere für die gewerbliche Weiterveräußerung der zu diesem Zweck angeschafften Waaren, beweglichen Sachen und Werthpapiere, sowie für die Anschaffung von Geräthen, Material und anderen beweglichen Sachen, welche bei dem Betriebe des Gewerbes unmittelbar benutzt oder verbraucht werden sollen.

Die Weiterveräußerungen, welche von Handwerkern vorgenommen werden, sind, insoweit dieselben nur in Ausübung ihres Handwerksbetriebes geschehen, als Handelsgeschäfte nicht zu betrachten

Art. 274.

Die von einem Kaufmann geschlossenen Verträge gelten im Zweifel als zum Betriebe des Handelsgewerbes gehörig.

Die von einem Kaufmann gezeichneten Schuldscheine gelten als im Betriebe des Handelsgewerbes gezeichnet, sofern sich nicht aus denselben das Gegentheil ergiebt.

Art. 275.

Verträge über unbewegliche Sachen sind keine Handelsgeschäfte.

Art. 276.

Die Eigenschaft oder die Gültigkeit eines Handelsgeschäfts wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß einer Person wegen ihres Amtes oder Standes oder aus gewerbepolizeilichen oder anderen ähnlichen Gründen untersagt ist, Handel zu treiben oder Handelsgeschäfte zu schließen.

Art. 277.

Bei jedem Rechtsgeschäft, welches auf der Seite eines der Kontrahenten ein Handelsgeschäft ist, sind die Bestimmungen dieses vierten Buchs in Beziehung auf beide Kontrahenten gleichmäßig anzuwenden, sofern nicht aus diesen Bestimmungen selbst sich ergiebt, daß ihre besonderen Festsetzungen sich nur auf denjenigen von beiden Kontrahenten beziehen, auf dessen Seite das Geschäft ein Handelsgeschäft ist.

Zweiter Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen über Handelsgeschäfte.

Art. 278.

Bei Beurtheilung und Auslegung der Handelsgeschäfte hat der Richter den Willen der Kontrahenten zu erforschen und nicht an dem buchstäblichen Sinne des Ausdrucks zu haften.

Art. 279.

In Beziehung auf die Bedeutung und Wirkung von Handlungen und Unterlassungen ist auf die im Handelsverkehr geltenden Gewohnheiten und Gebräuche Rücksicht zu nehmen.

Art. 280.

Wenn zwei oder mehrere Personen einem Anderen gegenüber in einem Geschäft, welches auf ihrer Seite ein Handelsgeschäft ist, gemeinschaftlich eine Verpflichtung eingegangen sind, so sind sie als Solidarschuldner zu betrachten, sofern sich nicht aus der Uebereinkunft mit dem Gläubiger das Gegentheil ergiebt.

Art. 281.

Bei Handelsgeschäften, ingleichen in allen Fällen, in welchen in diesem Gesetzbuche eine solidarische Verpflichtung auferlegt wird, steht einem Solidarschuldner die Einrede der Theilung oder der Vorausklage nicht zu.

Digitized by Google

Dasselbe gilt von Bürgen, wenn die Schuld aus einem Handelsgeschäft auf Seiten des Hauptschuldners hervorgeht, oder wenn die Bürgschaft selbst ein Handelsgeschäft ist.

Art. 282.

Wer aus einem Geschäft, welches auf seiner Seite ein Handelsgeschäft ist, einem Anderen zur Sorgfalt verpflichtet ist, muß die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns anwenden.

Art. 283.

Wer Schadensersatz zu fordern hat, kann die Erstattung des wirklichen Schadens und des entgangenen Gewinnes verlangen.

Art. 284.

Die Konventionalstrafe unterliegt keiner Beschränkung in Ansehung des Betrages; sie kann das Doppelte des Interesses übersteigen.

Der Schuldner ist im Zweifel nicht berechtigt, sich durch Erlegung der Konventionalstrafe von der Erfüllung zu befreien.

Die Verabredung einer Konventionalstrafe schließt im Zweifel den Anspruch auf einen den Betrag derselben übersteigenden Schadensersatz nicht aus.

Art. 285.

Die Daraufgabe (Arrha) gilt nur dann als Reugeld, wenn dies vereinbart oder ortsgebräuchlich ist.

Sie ist, wenn nichts Anderes vereinbart oder ortsgebräuchlich ist, zurückzugeben, oder in Anrechnung zu bringen.

Art. 286.

Wegen übermäßiger Verletzung, insbesondere wegen Verletzung über die Hälfte, können Handelsgeschäfte nicht angefochten werden.

Art. 287.

Die Höhe der gesetzlichen Zinsen, insbesondere auch der Verzugszinsen, ist bei Handelsgeschäften Sechs vom Hundert jährlich.

In allen Fällen, in welchen in diesem Gesetzbuche die Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen ohne Bestimmung der Höhe ausgesprochen wird, sind darunter Zinsen zu Sechs vom Hundert jährlich zu verstehen.

Art. 288.

Wer aus einem Geschäft, welches auf seiner Seite ein Handelsgeschäft ist, eine fällige Forderung hat, kann wegen derselben vom Tage der Mahnung an Zinsen fordern, sofern er nicht nach dem bürgerlichen Recht schon von einem früheren Zeitpunkte an Zinsen zu fordern berechtigt ist.

Die Uebersendung der Rechnung gilt für sich allein nicht als Mahnung.

Art. 289.

Kaufleute unter einander sind berechtigt, in beiderseitigen Handelsgeschäften auch ohne Verabredung oder Mahnung von jeder Forderung seit dem Tage, an welchem sie fällig war, Zinsen zu fordern.

Art. 290.

Ein Kaufmann, welcher in Ausübung des Handelsgewerbes einem Kaufmann oder Nichtkaufmann Geschäfte besorgt oder Dienste leistet, kann dafür auch ohne vorherige Verabredung

Digitized by Google

Provision und, wenn es sich um Aufbewahrung handelt, zugleich auch Lagergeld nach den an dem Orte gewöhnlichen Sätzen fordern

Von seinen Darlehen, Vorschüssen, Auslagen und anderen Verwendungen kann er, vom Tage ihrer Leistung oder Beschaffung an, Zinsen in Ansatz bringen.

Dies gilt insbesondere auch von dem Kommissionär und Spediteur.

Art. 291.

Wenn ein Kaufmann mit einem anderen Kaufmann in laufender Rechnung (Kontokurrent) steht, so ist derjenige, welchem beim Rechnungsabschlusse ein Ueberschuß gebührt, von dem ganzen Betrage desselben, wenn gleich darunter Zinsen begriffen sind, seit dem Tage des Abschlusses Zinsen zu fordern berechtigt.

Der Rechnungsabschluß geschieht jährlich einmal, sofern nicht von den Parteien ein Anderes bestimmt ist.

Art. 292.

Bei Handelsgeschäften können Zinsen zu Sechs vom Hundert jährlich bedungen werden; höhere Zinsen zu bedingen, ist nur insofern zulässig, als die Landesgesetze solches gestatten.

Bei Darlehen, welche ein Kaufmann empfängt, und bei Schulden eines Kaufmanns aus seinen Handelsgeschäften können auch höhere Zinsen, als Sechs vom Hundert jährlich, bedungen werden.

Art. 293.

Die Zinsen können bei Handelsgeschäften in ihrem Gesammtbetrage das Kapital übersteigen.

Art. 294.

Die Anerkennung einer Rechnung schließt den Beweis eines Irrthums oder eines Betrugs in der Rechnung nicht aus.

Art. 295.

Die Beweiskraft eines Schuldscheins oder einer Quittung ist an den Ablauf einer Zeitfrist nicht gebunden.

Art. 296.

Der Ueberbringer einer Quittung gilt für ermächtigt, die Zahlung zu empfangen, sofern nicht die dem Zahlenden bekannten Umstände der Annahme einer solchen Ermächtigung entgegenstehen.

Art. 297.

Ein Antrag, ein Auftrag oder eine Vollmacht, welche von einem Kaufmann in dem Handelsgewerbe ausgegangen sind, werden durch seinen Tod nicht aufgehoben, sofern nicht eine entgegengesetzte Willensmeinung aus seiner Erklärung oder aus den Umständen hervorgeht.

Art. 298.

Bei einer Vollmacht zu Handelsgeschäften kommen in Betreff des Verhältnisses zwischen dem Vollmachtgeber, dem Bevollmächtigten und dem Dritten, mit welchem der Bevollmächtigte Namens des Vollmachtgebers das Geschäft schließt, dieselben Bestimmungen zur Anwendung, welche im Art. 52. in Beziehung auf die Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten gegeben sind.

Ingleichen gilt die Bestimmung des Art. 55. in Beziehung auf denjenigen, welcher ein Handelsgeschäft als Bevollmächtigter schließt, ohne Vollmacht dazu erhalten zu haben, oder welcher bei dem Abschlusse des Handelsgeschäfts seine Vollmacht überschreitet.

Digitized by Google

Art. 299.

Im Falle der Abtretung einer aus einem Handelsgeschäft hervorgegangenen Forderung kann die Bezahlung ihres vollen Betrages auch dann verlangt werden, wenn dieser Betrag die Summe des für die Abtretung vereinbarten Preises übersteigt.

Art. 300.

Ein Kaufmann, welcher eine auf ihn ausgestellte Anweisung (Assignation) gegenüber demjenigen, zu dessen Gunsten sie ausgestellt ist, angenommen hat, ist demselben zur Erfüllung verpflichtet. Die auf eine schriftliche Anweisung geschriebene und unterschriebene Annahmeerklärung gilt als ein dem Assignatar geleistetes Zahlungsversprechen.

Art. 301.

Anweisungen und Verpflichtungsscheine, welche von Kaufleuten über Leistungen von Geld oder einer Quantität vertretbarer Sachen oder Werthpapiere ausgestellt sind, ohne daß darin die Verpflichtung zur Leistung von einer Gegenleistung abhängig gemacht ist, können durch Indossament übertragen werden, wenn sie an Ordre lauten.

Zur Gültigkeit der Urkunde oder des Indossaments ist nicht erforderlich, daß sie die Angabe des Verpflichtungsgrundes oder das Empfangsbekenntniß der Valuta enthalten.

Wer eine solche Anweisung acceptirt hat, ist demjenigen, zu dessen Gunsten sie ausgestellt oder an welchen sie indossirt ist, zur Erfüllung verpflichtet.

Art. 302.

Ingleichen können Konnossemente der Seeschiffer und Ladescheine der Frachtführer, Auslieferungsscheine (Lagerscheine, Warrants) über Waaren oder andere bewegliche Sachen, welche von einer zur Aufbewahrung solcher Sachen staatlich ermächtigten Anstalt ausgestellt sind, ferner Bodmereibriefe und Seeassekuranzpolizen durch Indossament übertragen werden, wenn sie an Ordre lauten.

Art. 303.

Durch das Indossament der in den beiden vorhergehenden Artikeln bezeichneten Urkunden gehen alle Rechte aus dem indossirten Papiere auf den Indossatar über.

Der Verpflichtete kann sich nur solcher Einreden bedienen, welche ihm nach Maßgabe der Urkunde selbst oder unmittelbar gegen den jedesmaligen Kläger zustehen.

Der Schuldner ist nur gegen Aushändigung des quittirten Papiers zu erfüllen verpflichtet.

Art. 304.

Ob außer den in diesem Gesetzbuche bezeichneten noch andere an Ordre lautende Anweisungen, Verpflichtungsscheine oder sonstige Urkunden mit der in Art. 303. erwähnten Wirkung durch Indossament übertragen werden können, ist nach den Landesgesetzen zu beurtheilen.

Art. 305.

Für Papiere, welche an Ordre lauten, und welche durch Indossament übertragen werden können (Art. 301.—304.), gelten in Betreff der Form des Indossaments, in Betreff der Legitimation des Inhabers und der Prüfung dieser Legitimation, sowie in Betreff der Verpflichtung des Besitzers zur Herausgabe dieselben Bestimmungen, welche die Art. 11. bis 13., 36. und 74. der allgemeinen deutschen Wechselordnung in Betreff des Wechsels enthalten.

Sind die im Art. 301. bezeichneten Papiere abhanden gekommen, so finden in Bezug auf die Amortisation die im Art. 73. der allgemeinen deutschen Wechselordnung gegebenen Bestimmungen Anwendung. Die Amortisation der im Art. 302. bezeichneten Papiere richtet sich nach den Landesgesetzen.

Digitized by Google

Art. 306.

Wenn Waaren oder andere bewegliche Sachen von einem Kaufmann in dessen Handelsbetriebe veräußert und übergeben worden sind, so erlangt der redliche Erwerber das Eigenthum, auch wenn der Veräußerer nicht Eigenthümer war. Das früher begründete Eigenthum erlischt. Jedes früher begründete Pfandrecht oder sonstige dingliche Recht erlischt, wenn dasselbe dem Erwerber bei der Veräußerung unbekannt war.

Sind Waaren oder andere bewegliche Sachen von einem Kaufmann in dessen Handelsbetrieb verpfändet und übergeben worden, so kann ein früher begründetes Eigenthum, Pfandrecht oder sonstiges dingliches Recht an den Gegenständen zum Nachtheil des redlichen Pfandnehmers oder dessen Rechtsnachfolgers nicht geltend gemacht werden.

Das gesetzliche Pfandrecht des Kommissionärs, Spediteurs und Frachtführers steht einem durch Vertrag erworbenen Pfandrechte gleich.

Dieser Artikel findet keine Anwendung, wenn die Gegenstände gestohlen oder verloren waren.

Art. 307.

Die Bestimmungen des vorigen Artikels finden bei Papieren auf Inhaber auch dann Anwendung, wenn die Veräußerung oder Verpfändung nicht von einem Kaufmann in dessen Handelsbetriebe geschehen ist, und wenn die Papiere gestohlen oder verloren waren.

Art. 308.

Durch die beiden vorhergehenden Artikel werden die Landesgesetze nicht berührt, welche für den Besitzer noch günstigere Bestimmungen enthalten.

Art. 309.

Die zur Bestellung eines Faustpfandes in dem bürgerlichen Rechte vorgeschriebenen Förmlichkeiten sind nicht erforderlich, wenn unter Kaufleuten für eine Forderung aus beiderseitigen Handelsgeschäften ein Faustpfand an beweglichen Sachen, an Papieren auf Inhaber oder an Papieren, welche durch Indossament übertragen werden können, bestellt wird.

In diesem Falle genügt neben der einfachen Vereinbarung über die Verpfändung:

1) bei beweglichen Sachen und bei Papieren auf Inhaber die Uebertragung des Besitzes auf den Gläubiger, wie solche nach den Bestimmungen des bürgerlichen Rechts für das Faustpfand erfordert wird;
2) bei Papieren, welche durch Indossament übertragen werden können, die Uebergabe des indossirten Papiers.

Art. 310.

Ist die Bestellung eines Faustpfandes unter Kaufleuten für eine Forderung aus beiderseitigen Handelsgeschäften schriftlich erfolgt, so kann der Gläubiger, wenn der Schuldner im Verzuge ist, sich aus dem Pfande sofort bezahlt machen, ohne daß es einer Klage gegen den Schuldner bedarf.

Der Gläubiger hat die Bewilligung hierzu unter Vorlegung der erforderlichen Bescheinigungsmittel bei dem für ihn zuständigen Handelsgerichte nachzusuchen, von welchem hierauf ohne Gehör des Schuldners und auf Gefahr des Gläubigers der Verkauf der verpfändeten Gegenstände oder eines Theils derselben verordnet wird.

Von der Bewilligung, sowie von der Vollziehung des Verkaufs hat der Gläubiger den Schuldner, soweit es thunlich, sofort zu benachrichtigen; unterläßt er die Anzeige, so ist er zum Schadenersatze verpflichtet. Um den Verkauf zu bewirken, ist der Nachweis der Anzeige nicht erforderlich.

Digitized by Google

Art. 311.

Wenn die Bestellung eines Faustpfandes unter Kaufleuten für eine Forderung aus beiderseitigen Handelsgeschäften erfolgt, und schriftlich vereinbart ist, daß der Gläubiger ohne gerichtliches Verfahren sich aus dem Pfande befriedigen könne, so darf, wenn der Schuldner im Verzuge ist, der Gläubiger das Pfand öffentlich verkaufen lassen; er darf in diesem Falle, wenn die verpfändeten Gegenstände einen Börsenpreis oder Marktpreis haben, den Verkauf auch nicht öffentlich durch einen Handelsmäkler oder in Ermangelung eines solchen durch einen zu Versteigerungen befugten Beamten zum laufenden Preise bewirken. Von der Vollziehung des Verkaufs hat der Gläubiger den Schuldner, soweit es thunlich, sofort zu benachrichtigen; bei Unterlassung der Anzeige ist er zum Schadensersatze verpflichtet.

Art. 312.

Durch die vorhergehenden Artikel werden die den öffentlichen Pfandanstalten, Kreditinstituten oder Banken durch Gesetze, Verordnungen oder Statuten verliehenen besonderen Rechte in Betreff der Bestellung oder Veräußerung von Pfändern nicht berührt.

Ingleichen ist durch die vorhergehenden Artikel nicht ausgeschlossen, daß die Bestellung oder die Veräußerung von Faustpfändern unter Kaufleuten für Forderungen aus Handelsgeschäften rechtsgültig geschehen kann, wenn dabei die in den einzelnen Staaten für die Bestellung oder Veräußerung von Faustpfändern geltenden Bestimmungen beobachtet werden.

Art. 313.

Ein Kaufmann hat wegen der fälligen Forderungen, welche ihm gegen einen anderen Kaufmann aus den zwischen ihnen geschlossenen beiderseitigen Handelsgeschäften zustehen, ein Zurückbehaltungsrecht (Retentionsrecht) an allen beweglichen Sachen und Werthpapieren des Schuldners, welche mit dessen Willen auf Grund von Handelsgeschäften in seinen Besitz gekommen sind, sofern er dieselben noch in seinem Gewahrsam hat, oder sonst, insbesondere vermittelst Konnossemente, Ladescheine oder Lagerscheine, noch in der Lage ist, darüber zu verfügen.

Dies Recht tritt jedoch nicht ein, wenn die Zurückbehaltung der Gegenstände der von dem Schuldner vor oder bei der Uebergabe ertheilten Vorschrift oder der von dem Gläubiger übernommenen Verpflichtung, in einer bestimmten Weise mit den Gegenständen zu verfahren, widerstreiten würde.

Art. 314.

Das in dem vorhergehenden Artikel bezeichnete Zurückbehaltungsrecht besteht unter den dort angegebenen Voraussetzungen selbst wegen der nicht völligen Forderungen,

1) wenn über das Vermögen des Schuldners der Konkurs eröffnet worden ist, oder der Schuldner auch nur seine Zahlungen eingestellt hat;
2) wenn eine Exekution in das Vermögen des Schuldners fruchtlos vollstreckt oder wider denselben wegen Nichterfüllung einer Zahlungsverbindlichkeit die Vollstreckung des Personalarrestes erwirkt worden ist.

In diesen Fällen steht auch die Vorschrift des Schuldners oder die Uebernahme der Verpflichtung, in einer bestimmten Weise mit den Gegenständen zu verfahren, dem Zurückbehaltungsrecht nicht entgegen, sofern die vorstehend unter 1. und 2. bezeichneten Umstände erst nach Uebergabe der Gegenstände oder nach Uebernahme der Verpflichtung eingetreten oder dem Gläubiger bekannt geworden sind.

Digitized by Google

Art. 315.

Der Gläubiger, welchem das Zurückbehaltungsrecht nach dem Art. 313. oder 314. zusteht, ist verpflichtet, von der Ausübung desselben den Schuldner ohne Verzug zu benachrichtigen. Er ist befugt, wenn ihn dieser nicht rechtzeitig in anderer Weise sichert, im Wege der Klage bei dem für ihn selbst zuständigen Gerichte gegen den Schuldner den Verkauf der Gegenstände zu beantragen; er kann sich aus dem Erlöse vor den anderen Gläubigern des Schuldners befriedigen. Der Gläubiger hat diese Rechte auch gegenüber der Konkursmasse des Schuldners.

Art. 316.

Die in den Art. 313. bis 315. dem Gläubiger gegebenen Rechte treten nicht ein, soweit die Parteien dies besonders vereinbart haben.

Dritter Abschnitt.

Abschließung der Handelsgeschäfte.

Art. 317.

Bei Handelsgeschäften ist die Gültigkeit der Verträge durch schriftliche Abfassung oder andere Förmlichkeiten nicht bedingt.

Ausnahmen von dieser Regel finden nur insoweit Statt, als sie in diesem Gesetzbuche enthalten sind.

Art. 318.

Ueber einen Antrag unter Gegenwärtigen zur Abschließung eines Handelsgeschäfts muß die Erklärung sogleich abgegeben werden, widrigenfalls der Antragende an seinen Antrag nicht länger gebunden ist.

Art. 319.

Bei einem unter Abwesenden gestellten Antrage bleibt der Antragende bis zu dem Zeitpunkte gebunden, in welchem er bei ordnungsmäßiger, rechtzeitiger Absendung der Antwort den Eingang der letzteren erwarten darf. Bei der Berechnung dieses Zeitpunktes darf der Antragende von der Voraussetzung ausgehen, daß sein Antrag rechtzeitig angekommen sei.

Trifft die rechtzeitig abgesandte Annahme erst nach diesem Zeitpunkte ein, so besteht der Vertrag nicht, wenn der Antragende in der Zwischenzeit oder ohne Verzug nach dem Eintreffen der Annahme von seinem Rücktritt Nachricht gegeben hat.

Art. 320.

Geht der Widerruf eines Antrages dem anderen Theile früher als der Antrag, oder zu gleicher Zeit mit demselben zu, so ist der Antrag für nicht geschehen zu erachten.

Ebenso ist die Annahme für nicht geschehen zu erachten, wenn der Widerruf noch vor der Erklärung der Annahme oder zu gleicher Zeit mit derselben bei dem Antragsteller eingegangen ist.

Art. 321.

Ist ein unter Abwesenden verhandelter Vertrag zu Stande gekommen, so gilt der Zeitpunkt, in welchem die Erklärung der Annahme behufs der Absendung abgegeben ist, als der Zeitpunkt des Abschlusses des Vertrages.

Digitized by Google

Art. 322.

Eine Annahme unter Bedingungen oder Einschränkungen gilt als Ablehnung des Antrags, verbunden mit einem neuen Antrage.

Art. 323.

Wenn zwischen dem Kaufmann, welchem ein Auftrag gegeben wird, und dem Auftraggeber eine Geschäftsverbindung besteht, oder sich derselbe gegen letzteren zur Ausrichtung solcher Aufträge erboten hat, so ist er zu einer Antwort ohne Zögern verpflichtet, widrigenfalls sein Schweigen als Uebernahme des Auftrags gilt.

Auch wenn derselbe den Auftrag ablehnt, ist er schuldig, die mit dem Auftrage etwa übersandten Waaren oder anderen Gegenstände auf Kosten des Auftraggebers, soweit er für diese Kosten gedeckt ist und soweit es ohne seinen Nachtheil geschehen kann, einstweilen vor Schaden zu bewahren.

Das Handelsgericht kann auf seinen Antrag verordnen, daß das Gut in einem öffentlichen Lagerhause oder bei einem Dritten so lange niedergelegt wird, bis der Eigenthümer anderweitige Vorkehrung trifft.

Vierter Abschnitt.

Erfüllung der Handelsgeschäfte.

Art. 324.

Die Erfüllung des Handelsgeschäfts muß an dem Orte geschehen, welcher im Vertrage bestimmt oder nach der Natur des Geschäfts oder der Absicht der Kontrahenten als Ort der Erfüllung anzusehen ist.

Fehlt es an diesen Voraussetzungen, so hat der Verpflichtete an dem Orte zu erfüllen, an welchem er zur Zeit des Vertragsabschlusses seine Handelsniederlassung oder in deren Ermangelung seinen Wohnort hatte. Wenn jedoch eine bestimmte Sache übergeben werden soll, welche sich zur Zeit des Vertragsabschlusses mit Wissen der Kontrahenten an einem anderen Orte befand, so geschieht die Uebergabe an diesem Orte.

Art. 325.

Bei Geldzahlungen, mit Ausnahme der Auszahlung von indossablen oder auf Inhaber lautenden Papieren, ist der Schuldner verpflichtet, wenn nicht ein Anderes aus dem Vertrage oder aus der Natur des Geschäfts oder der Absicht der Kontrahenten hervorgeht, auf seine Gefahr und Kosten die Zahlung dem Gläubiger an den Ort zu übermachen, an welchem der letztere zur Zeit der Entstehung der Forderung seine Handelsniederlassung oder in deren Ermangelung seinen Wohnort hatte.

Durch diese Bestimmung wird jedoch der gesetzliche Erfüllungsort des Schuldners (Art. 324.) in Betreff des Gerichtsstandes oder in sonstiger Beziehung nicht geändert.

Art. 326.

Wenn die Zeit der Erfüllung einer Verbindlichkeit in dem Vertrage nicht bestimmt ist, so kann die Erfüllung zu jeder Zeit gefordert und geleistet werden, sofern nicht nach den Umständen oder nach dem Handelsgebrauche etwas Anderes anzunehmen ist.

Art. 327.

Lautet die Erfüllungszeit auf das Frühjahr oder den Herbst oder auf ähnliche Zeitbestimmungen, so entscheidet der Handelsgebrauch des Orts der Erfüllung.

Digitized by Google

Ist die Erfüllung auf die Mitte eines Monats gestellt worden, so gilt der fünfzehnte dieses Monats als der Tag der Erfüllung.

Art. 328.

Wenn die Erfüllung einer Verbindlichkeit mit dem Ablaufe einer bestimmten Frist nach Abschluß des Vertrages erfolgen soll, so fällt der Zeitpunkt der Erfüllung:

1) wenn die Frist nach Tagen bestimmt ist, auf den letzten Tag der Frist; bei Berechnung der Frist wird der Tag, an welchem der Vertrag geschlossen ist, nicht mit gerechnet; ist die Frist auf acht oder vierzehn Tage bestimmt, so werden darunter volle acht oder vierzehn Tage verstanden;
2) wenn die Frist nach Wochen, Monaten, oder einem mehrere Monate umfassenden Zeitraume (Jahr, halbes Jahr, viertel Jahr) bestimmt ist, auf denjenigen Tag der letzten Woche oder des letzten Monats, welcher durch seine Benennung oder Zahl dem Tage des Vertragsschlusses entspricht; fehlt dieser Tag in dem letzten Monate, so fällt die Erfüllung auf den letzten Tag dieses Monats.

Der Ausdruck „halber Monat" wird einem Zeitraume von fünfzehn Tagen gleich geachtet. Ist die Frist zur Erfüllung auf einen oder mehrere ganze Monate und einen halben Monat gestellt, so sind die fünfzehn Tage zuletzt zu zählen.

Nach den vorstehenden Grundsätzen ist die Frist auch dann zu berechnen, wenn der Anfang derselben nicht nach dem Tage des Vertragsschlusses, sondern nach einem anderen Zeitpunkte oder Ereignisse bestimmt worden ist.

Art. 329.

Fällt der Zeitpunkt der Erfüllung auf einen Sonntag oder allgemeinen Feiertag, so gilt der nächste Werktag als der Tag der Erfüllung.

Art. 330.

Soll die Erfüllung innerhalb eines gewissen Zeitraumes geschehen, so muß sie vor Ablauf desselben erfolgen.

Fällt der letzte Tag des Zeitraumes auf einen Sonntag oder allgemeinen Feiertag, so muß spätestens am nächstvorhergehenden Werktage erfüllt werden.

Art. 331.

Abänderungen in diesen Zeitberechnungen (Art. 328. bis 330.), soweit sie die Liquidationstermine der Börsengeschäfte betreffen, bleiben den Börsenordnungen vorbehalten.

Art. 332.

Die Erfüllung muß an dem Erfüllungstage während der gewöhnlichen Geschäftszeit geleistet und angenommen werden.

Art. 333.

Ist die vertragsmäßige Frist zur Erfüllung einer Verbindlichkeit verlängert worden, so beginnt die neue Frist im Zweifel am ersten Tage nach Ablauf der alten Frist.

Art. 334.

In allen Fällen, in welchen ein Verfalltag bestimmt worden ist, ist nach der Natur des Geschäfts und der Absicht der Kontrahenten zu beurtheilen, ob derselbe nur zu Gunsten eines der beiden Kontrahenten hinzugefügt worden ist.

Auch wenn der Schuldner hiernach vor dem Verfalltage zu zahlen befugt ist, ist er doch nicht berechtigt, ohne Einwilligung des Gläubigers den Diskonto abzuziehen, insofern nicht Uebereinkunft oder Handelsgebrauch ihn dazu ermächtigen.

Digitized by Google

Art. 335.

Ist im Vertrage über die Beschaffenheit und Güte der Waare nichts Näheres bestimmt, so hat der Verpflichtete Handelsgut mittlerer Art und Güte zu gewähren.

Art. 336.

Maß, Gewicht, Münzfuß, Münzsorten, Zeitrechnung und Entfernungen, welche an dem Orte gelten, wo der Vertrag erfüllt werden soll, sind im Zweifel als die vertragsmäßigen zu betrachten.

Ist die im Vertrage bestimmte Münzsorte am Zahlungsorte nicht im Umlauf oder nur eine Rechnungswährung, so kann der Betrag nach dem Werthe zur Verfallzeit in der Landesmünze gezahlt werden, sofern nicht durch den Gebrauch des Wortes „effektiv" oder eines ähnlichen Zusatzes die Zahlung in der im Vertrage benannten Münzsorte ausdrücklich bedungen ist.

Zweiter Titel.

Vom Kauf.

Art. 337.

Das Anerbieten zum Verkauf, welches erkennbar für mehrere Personen, insbesondere durch Mittheilung von Preislisten, Lagerverzeichnissen, Proben oder Mustern geschieht, oder bei welchem die Waare, der Preis oder die Menge nicht bestimmt bezeichnet ist, ist kein verbindlicher Antrag zum Kauf.

Art. 338.

Nach den Bestimmungen über den Kauf ist auch ein Handelsgeschäft zu beurtheilen, dessen Gegenstand in der Lieferung einer Quantität vertretbarer Sachen gegen einen bestimmten Preis besteht.

Art. 339.

Ein Kauf auf Besicht oder auf Probe ist unter der in dem Willen des Käufers stehenden Bedingung geschlossen, daß der Käufer die Waare besehen oder prüfen und genehmigen werde. Diese Bedingung ist im Zweifel eine aufschiebende.

Der Käufer ist vor seiner Genehmigung an den Kauf nicht gebunden. Der Verkäufer hört auf, gebunden zu sein, wenn der Käufer bis zum Ablauf der verabredeten oder ortsgebräuchlichen Frist nicht genehmigt.

In Ermangelung einer verabredeten oder ortsgebräuchlichen Frist kann der Verkäufer nach Ablauf einer den Umständen angemessenen Zeit den Käufer zur Erklärung auffordern; er hört auf, gebunden zu sein, wenn sich der Käufer auf die Aufforderung nicht sofort erklärt.

Ist die auf Besicht oder Probe verkaufte Waare zum Zwecke der Besichtigung oder Probe bereits übergeben, so gilt das Stillschweigen des Käufers bis nach Ablauf der Frist oder auf die Aufforderung als Genehmigung.

Art. 340.

Ein Kauf nach Probe oder Muster ist unbedingt, jedoch unter der Verpflichtung des Verkäufers geschlossen, daß die Waare der Probe oder dem Muster gemäß sei.

Art. 341.

Ein Kauf zur Probe ist unbedingter Kauf unter Hinzufügung des Beweggrundes.

Digitized by Google

Art. 342.

Hinsichtlich des Orts der Erfüllung der Verbindlichkeiten des Verkäufers und des Käufers kommen die Bestimmungen des Art. 324. Abs. 1. zur Anwendung.

Die Uebergabe der Waare geschieht, wenn aus diesen Bestimmungen sich nicht ein Anderes ergiebt, an dem Orte, wo der Verkäufer zur Zeit des Vertragsabschlusses seine Handelsniederlassung oder in deren Ermangelung seinen Wohnort hatte. Wenn jedoch eine bestimmte Sache verkauft ist, welche sich zur Zeit des Vertragsabschlusses mit Wissen der Kontrahenten an einem anderen Orte befand, so geschieht die Uebergabe an diesem Orte.

Der Kaufpreis ist bei der Uebergabe zu entrichten, sofern nicht ein Anderes durch die Natur des Geschäfts bedingt oder durch Vertrag oder Handelsgebrauch bestimmt ist. Im Uebrigen kommt die Bestimmung des Art. 325. auch in Bezug auf diese Zahlung zur Anwendung.

Art. 343.

Der Verkäufer ist verpflichtet, die Waare, so lange der Käufer mit der Empfangnahme nicht im Verzuge ist, mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes aufzubewahren.

Ist der Käufer mit der Empfangnahme der Waare im Verzuge, so kann der Verkäufer die Waare auf Gefahr und Kosten des Käufers in einem öffentlichen Lagerhause oder bei einem Dritten niederlegen. Er ist auch befugt, nach vorgängiger Androhung die Waare öffentlich verkaufen zu lassen; er darf, wenn die Waare einen Börsenpreis oder einen Marktpreis hat, nach vorgängiger Androhung den Verkauf auch nicht öffentlich durch einen Handelsmäkler oder in Ermangelung eines solchen durch einen zu Versteigerungen befugten Beamten zum laufenden Preise bewirken. Ist die Waare dem Verderben ausgesetzt und Gefahr im Verzuge, so bedarf es der vorgängigen Androhung nicht.

Von der Vollziehung des Verkaufs hat der Verkäufer den Käufer, soweit es thunlich, sofort zu benachrichtigen; bei Unterlassung ist er zum Schadensersatze verpflichtet.

Art. 344.

Soll die Waare dem Käufer von einem anderen Orte übersendet werden und hat der Käufer über die Art der Uebersendung nichts bestimmt, so gilt der Verkäufer für beauftragt, mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes die Bestimmung statt des Käufers zu treffen, insbesondere auch die Person zu bestimmen, durch welche der Transport der Waare besorgt oder ausgeführt werden soll.

Art. 345.

Nach Uebergabe der Waare an den Spediteur oder Frachtführer oder die sonst zum Transport der Waare bestimmte Person trägt der Käufer die Gefahr, von welcher die Waare betroffen wird. Hat jedoch der Käufer eine besondere Anweisung über die Art der Uebersendung ertheilt und ist der Verkäufer ohne dringende Veranlassung davon abgewichen, so ist dieser für den daraus entstandenen Schaden verantwortlich.

Der Verkäufer hat die Gefahr, von welcher die Waare auf dem Transporte betroffen wird, in dem Falle zu tragen, wenn er gemäß dem Vertrage die Waare an dem Orte, wohin der Transport geschieht, zu liefern hat, so daß dieser Ort für ihn als der Ort der Erfüllung gilt. Daraus, daß der Verkäufer die Zahlung von Kosten oder Auslagen der Versendung übernommen hat, folgt für sich allein noch nicht, daß der Ort, wohin der Transport geschieht, für den Verkäufer als der Ort der Erfüllung gilt.

Durch die Bestimmungen dieses Artikels ist nicht ausgeschlossen, daß die Gefahr schon seit einem früheren Zeitpunkte von dem Käufer getragen wird, sofern dies nach dem bürgerlichen Rechte der Fall sein würde.

Digitized by Google

Art. 346.

Der Käufer ist verpflichtet, die Waare zu empfangen, sofern sie vertragsmäßig beschaffen ist, oder in Ermangelung besonderer Verabredung den gesetzlichen Erfordernissen entspricht (Art. 335.).

Die Empfangnahme muß sofort geschehen, wenn nicht ein Anderes bedungen oder ortsgebräuchlich oder durch die Umstände geboten ist.

Art. 347.

Ist die Waare von einem anderen Orte übersendet, so hat der Käufer ohne Verzug nach der Ablieferung, soweit dies nach dem ordnungsmäßigen Geschäftsgange thunlich ist, die Waare zu untersuchen und, wenn sich dieselbe nicht als vertragsmäßig oder gesetzmäßig (Art. 335.) ergiebt, dem Verkäufer sofort davon Anzeige zu machen.

Versäumt er dies, so gilt die Waare als genehmigt, soweit es sich nicht um Mängel handelt, welche bei der sofortigen Untersuchung nach ordnungsmäßigem Geschäftsgange nicht erkennbar waren.

Ergeben sich später solche Mängel, so muß die Anzeige ohne Verzug nach der Entdeckung gemacht werden, widrigenfalls die Waare auch rücksichtlich dieser Mängel als genehmigt gilt.

Die vorstehende Bestimmung findet auch auf den Verkauf auf Besicht oder Probe oder nach Probe Anwendung, insoweit es sich um Mängel der übersendeten Waare handelt, welche bei ordnungsmäßigem Besicht oder ordnungsmäßiger Prüfung nicht erkennbar waren.

Art. 348.

Wenn der Käufer die von einem anderen Orte übersendete Waare beanstandet, so ist er verpflichtet, für die einstweilige Aufbewahrung derselben zu sorgen.

Er kann, wenn sich bei der Ablieferung oder später Mängel ergeben, den Zustand der Waare durch Sachverständige feststellen lassen. Der Verkäufer ist in gleicher Weise berechtigt, diese Feststellung zu verlangen, wenn ihm der Käufer die Anzeige gemacht hat, daß er die Waare wegen Mängel beanstande.

Die Sachverständigen ernennt auf Antrag des Betheiligten das Handelsgericht oder in dessen Ermangelung der Richter des Orts.

Die Sachverständigen haben das Gutachten schriftlich oder zu Protokoll zu erstatten.

Ist die Waare dem Verderben ausgesetzt und Gefahr im Verzuge, so kann der Käufer die Waare unter Beobachtung der Bestimmungen des Art. 343. verkaufen lassen.

Art. 349.

Der Mangel der vertragsmäßigen oder gesetzmäßigen Beschaffenheit der Waare kann von dem Käufer nicht geltend gemacht werden, wenn derselbe erst nach Ablauf von sechs Monaten seit der Ablieferung an den Käufer entdeckt worden ist.

Die Klagen gegen den Verkäufer wegen Mängel verjähren in sechs Monaten nach der Ablieferung an den Käufer.

Die Einreden sind erloschen, wenn die im Art. 347. vorgeschriebene sofortige Absendung der Anzeige des Mangels nicht innerhalb sechs Monaten nach der Ablieferung an den Käufer geschehen ist. Ist die Anzeige in dieser Weise erfolgt, so bleiben die Einreden bestehen.

An den besonderen Gesetzen oder Handelsgebräuchen, durch welche für einzelne Arten von Gegenständen eine kürzere Frist bestimmt ist, wird hierdurch nichts geändert.

Ist die Haftbarkeit des Verkäufers auf eine kürzere oder längere Frist vertragsmäßig festgesetzt, so hat es hierbei sein Bewenden.

Digitized by Google

Art. 350.

Die Bestimmungen der Art. 347. und 349. können von dem Verkäufer im Falle eines Betruges nicht geltend gemacht werden.

Art. 351.

Sofern nicht durch Ortsgebrauch oder besondere Abrede ein Anderes bestimmt ist, trägt der Verkäufer die Kosten der Uebergabe, insbesondere des Messens und Wägens; der Käufer die Kosten der Abnahme.

Art. 352.

Ist der Kaufpreis nach dem Gewichte der Waare zu berechnen, so kommt das Gewicht der Verpackung (Taragewicht) in Abzug, wenn nicht durch besondere Abrede oder durch den Handelsgebrauch am Orte der Uebergabe ein Anderes bestimmt ist. Ob und in welcher Höhe das Taragewicht nach einem bestimmten Ansatze oder Verhältnisse statt nach genauer Ausmittelung abzuziehen ist, ingleichen ob und wieviel als Gutgewicht zu Gunsten des Käufers zu berechnen ist, oder als Vergütung für schadhafte oder unbrauchbare Theile (Refactie) gefordert werden kann, ist nach dem Vertrage oder dem Handelsgebrauche am Orte der Uebergabe zu beurtheilen.

Art. 353.

Ist im Vertrage der Marktpreis oder der Börsenpreis als Kaufpreis bestimmt, so ist im Zweifel hierunter der laufende Preis, welcher zur Zeit und an dem Orte der Erfüllung oder an dem für letzteren maßgebenden Handelsplatze nach den dafür bestehenden örtlichen Einrichtungen festgestellt ist, in Ermangelung einer solchen Feststellung oder bei nachgewiesener Unrichtigkeit derselben, der mittlere Preis zu verstehen, welcher sich aus der Vergleichung der zur Zeit und am Orte der Erfüllung geschlossenen Kaufverträge ergiebt.

Art. 354.

Wenn der Käufer mit der Zahlung des Kaufpreises im Verzuge und die Waare noch nicht übergeben ist, so hat der Verkäufer die Wahl, ob er die Erfüllung des Vertrages und Schadensersatz wegen verspäteter Erfüllung verlangen, oder ob er statt der Erfüllung die Waare unter Beobachtung der Bestimmungen des Art. 343. für Rechnung des Käufers verkaufen und Schadensersatz fordern, oder ob er von dem Vertrage abgehen will, gleich als ob derselbe nicht geschlossen wäre.

Art. 355.

Wenn der Verkäufer mit der Uebergabe der Waare im Verzuge ist, so hat der Käufer die Wahl, ob er die Erfüllung nebst Schadensersatz wegen verspäteter Erfüllung verlangen, oder ob er statt der Erfüllung Schadensersatz wegen Nichterfüllung fordern, oder von dem Vertrage abgehen will, gleich als ob derselbe nicht geschlossen wäre.

Art. 356.

Will ein Kontrahent auf Grund der Bestimmungen der vorigen Artikel statt der Erfüllung Schadensersatz wegen Nichterfüllung fordern oder von dem Vertrage abgehen, so muß er dies dem anderen Kontrahenten anzeigen und ihm dabei, wenn die Natur des Geschäfts dieses zuläßt, noch eine den Umständen angemessene Frist zur Nachholung des Versäumten gewähren.

Art. 357.

Ist bedungen, daß die Waare genau zu einer fest bestimmten Zeit oder binnen einer fest bestimmten Frist geliefert werden soll, so kommt der Art. 356. nicht zur Anwendung. Der Käufer,

Digitized by Google

sowie der Verkäufer kann die Rechte, welche ihm gemäß Art. 354. oder 355. zustehen, nach seiner Wahl ausüben. Es muß jedoch derjenige, welcher auf der Erfüllung bestehen will, dies unverzüglich nach Ablauf der Zeit oder der Frist dem anderen Kontrahenten anzeigen; unterläßt er dies, so kann er später nicht auf der Erfüllung bestehen.

Will der Verkäufer statt der Erfüllung für Rechnung des säumigen Käufers verkaufen, so muß er, im Falle die Waare einen Markt- oder Börsenpreis hat, den Verkauf unverzüglich nach Ablauf der Zeit oder der Frist vornehmen. Ein späterer Verkauf gilt nicht als für Rechnung des Käufers geschehen. Eine vorgängige Androhung ist nicht erforderlich; dagegen hat der Verkäufer auch in diesem Falle den bewirkten Verkauf dem Käufer ungesäumt anzuzeigen.

Wenn der Käufer statt der Erfüllung Schadensersatz wegen Nichterfüllung fordert, so besteht, im Falle die Waare einen Markt- oder Börsenpreis hat, der Betrag des von dem Verkäufer zu leistenden Schadensersatzes in der Differenz zwischen dem Kaufpreise und dem Markt- und Börsenpreise zur Zeit und am Orte der geschuldeten Lieferung, unbeschadet des Rechts des Käufers, einen erweislich höheren Schaden geltend zu machen.

Art. 358.

In den Fällen des Art. 357. ist jeder Kontrahent berechtigt, den Verzug des anderen Kontrahenten auf dessen Kosten durch eine öffentliche Urkunde (Protest) feststellen zu lassen.

Art. 359.

Wenn in den Fällen der Art. 354. 355. und 357. sich aus den Umständen, insbesondere aus der Natur des Vertrages, aus der Absicht der Kontrahenten oder aus der Beschaffenheit des zu leistenden Gegenstandes ergiebt, daß die Erfüllung des Vertrages auf beiden Seiten theilbar ist, so kann das Abgehen des einen Kontrahenten von dem Vertrage nur in Betreff des von dem anderen Kontrahenten nicht erfüllten Theiles des Vertrages erfolgen.

Dritter Titel.

Von dem Kommissionsgeschäft.

Art. 360.

Kommissionär ist derjenige, welcher gewerbemäßig in eigenem Namen für Rechnung eines Auftraggebers (Kommittenten) Handelsgeschäfte schließt.

Durch die Geschäfte, welche der Kommissionär mit Dritten schließt, wird er allein berechtigt und verpflichtet. Zwischen dem Kommittenten und den Dritten entstehen daraus keine Rechte und Pflichten.

Ist von dem Auftraggeber ausdrücklich bestimmt, daß das Geschäft auf seinen Namen abgeschlossen werden soll, so ist dies keine kaufmännische Kommission, sondern ein gewöhnlicher Auftrag zu einem Handelsgeschäfte.

Art. 361.

Der Kommissionär hat das Geschäft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns im Interesse des Kommittenten gemäß dem Auftrage auszuführen; er hat dem Kommittenten die erforderlichen Nachrichten zu geben, insbesondere sofort nach der Ausführung des Auftrags davon Anzeige zu machen; er ist verpflichtet, dem Kommittenten über das Geschäft Rechenschaft zu geben und ihm dasjenige zu leisten, was er aus dem Geschäfte zu fordern hat.

Digitized by Google

Art. 362.

Handelt der Kommissionär nicht gemäß dem übernommenen Auftrage, so ist er dem Kommittenten zum Ersatze des Schadens verpflichtet; der Kommittent ist nicht gehalten, das Geschäft für seine Rechnung gelten zu lassen.

Art. 363.

Hat der Kommissionär unter dem ihm gesetzten Preise verkauft, so muß er dem Kommittenten den Unterschied im Preise vergüten, sofern er nicht beweist, daß ein Verkauf zu dem gesetzten Preise nicht ausgeführt werden konnte und die Vornahme des Verkaufs von dem Kommittenten Schaden abgewendet hat.

Art. 364.

Hat der Kommissionär den für den Einkauf gesetzten Preis überschritten, so kann der Kommittent den Einkauf als nicht für seine Rechnung geschehen zurückweisen, sofern sich der Kommissionär nicht zugleich mit der Einkaufsanzeige zur Deckung des Unterschiedes erbietet.

Der Kommittent, welcher den Einkauf als nicht für seine Rechnung geschehen zurückweisen will, muß dies ohne Verzug auf die Einkaufsanzeige erklären, widrigenfalls die Ueberschreitung des Auftrags als genehmigt gilt.

Art. 365.

Wenn das Gut, welches dem Kommissionär zugesandt wird, bei der Ablieferung sich in einem äußerlich erkennbar beschädigten oder mangelhaften Zustande befindet, so muß der Kommissionär die Rechte gegen den Frachtführer oder Schiffer wahren, für den Beweis jenes Zustandes sorgen und dem Kommittenten ohne Verzug Nachricht geben.

Im Unterlassungsfalle ist er für den daraus entstandenen Schaden verantwortlich.

Er kann den Zustand durch Sachverständige feststellen lassen und, wenn das Gut dem Verderben ausgesetzt und Gefahr im Verzuge ist, unter Beobachtung der Bestimmungen des Art. 343. den Verkauf des Guts bewirken.

Art. 366.

Treten Veränderungen an dem Gute ein, welche dessen Entwerthung befürchten lassen, und ist keine Zeit vorhanden, die Verfügung des Kommittenten einzuholen, oder der Kommittent in der Ertheilung der Verfügung säumig, so kann der Kommissionär unter Beobachtung der Bestimmungen des Art. 343. den Verkauf des Guts veranlassen.

Ein gleiches Recht hat der Kommissionär in allen anderen Fällen, in welchen der Kommittent, obwohl hierzu nach Lage der Sache verpflichtet, über das Gut zu verfügen unterläßt.

Art. 367.

Für Verlust oder Beschädigung des Guts ist der Kommissionär, während er Aufbewahrer desselben ist, verantwortlich, wenn er nicht beweist, daß der Verlust oder die Beschädigung durch Umstände herbeigeführt ist, welche durch die Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns nicht abgewendet werden konnten.

Der Kommissionär ist wegen Unterlassung der Versicherung des Guts nur dann verantwortlich, wenn er von dem Kommittenten den Auftrag zur Versicherung erhalten hat.

Art. 368.

Forderungen aus einem Geschäfte, welches der Kommissionär abgeschlossen hat, kann der Kommittent dem Schuldner gegenüber erst nach der Abtretung geltend machen.

Digitized by Google

Jedoch gelten solche Forderungen, auch wenn sie nicht abgetreten sind, im Verhältniß zwischen dem Kommittenten und dem Kommissionär oder dessen Gläubigern als Forderungen des Kommittenten.

Art. 369.

Der Kommissionär, welcher ohne Einwilligung des Kommittenten einem Dritten Vorschüsse macht oder Kredit giebt, thut dies auf eigene Gefahr.

Insoweit jedoch der Handelsgebrauch am Orte des Geschäfts das Kreditiren des Kaufpreises mit sich bringt, ist in Ermangelung einer anderen Bestimmung des Kommittenten auch der Kommissionär dazu berechtigt.

Hat der Kommissionär unbefugt auf Kredit verkauft, so hat er dem Kommittenten, welcher dies nicht genehmigt, sofort als Schuldner des Kaufpreises die Zahlung zu leisten. Beweist der Kommissionär, daß bei dem Verkaufe gegen baar der Preis ein geringerer gewesen sein würde, so hat er nur diesen Preis und, wenn derselbe geringer ist als der auftraggemäße Preis, auch den Unterschied gemäß Art. 363. zu vergüten.

Art. 370.

Der Kommissionär steht für die Zahlung oder für die anderweitige Erfüllung der Verbindlichkeit seines Kontrahenten ein, wenn dies von ihm übernommen oder am Orte seiner Niederlassung Handelsgebrauch ist.

Der Kommissionär, welcher für seinen Kontrahenten einsteht, ist dem Kommittenten für die gehörige Erfüllung im Zeitpunkte des Verfalls unmittelbar und persönlich insoweit verhaftet, als solche aus dem Vertragsverhältnisse überhaupt rechtlich gefordert werden kann.

Der Kommissionär, welcher für seinen Kontrahenten einsteht, ist dafür zu einer Vergütung (del credere-Provision) berechtigt.

Art. 371.

Der Kommittent ist schuldig, dem Kommissionär zu ersetzen, was dieser an baaren Auslagen oder überhaupt zum Vollzuge des Geschäfts nothwendig oder nützlich aufgewendet hat. Hierzu gehört auch die Vergütung für die Benutzung der Lagerräume und der Transportmittel des Kommissionärs und der Arbeit seiner Leute.

Der Kommissionär hat die Provision zu fordern, wenn das Geschäft zur Ausführung gekommen ist. Für Geschäfte, welche nicht zur Ausführung gekommen sind, kann eine Provision nicht gefordert werden; jedoch hat der Kommissionär das Recht auf die Auslieferungs-Provision, sofern eine solche ortsgebräuchlich ist.

Art. 372.

Wenn der Kommissionär zu vortheilhafteren Bedingungen abschließt, als sie ihm vom Kommittenten gestellt worden, so kommt der Vortheil dem Letzteren allein zu Statten.

Dies gilt insbesondere, wenn der Preis, für welchen der Kommissionär verkauft, den vom Kommittenten bestimmten niedrigsten Preis übersteigt, oder wenn der Preis, für welchen er einkauft, den vom Kommittenten bestimmten höchsten Preis nicht erreicht.

Art. 373.

Ein Kommissionär, welcher den Ankauf eines Wechsels übernommen hat, ist, wenn er den Wechsel indossirt, verpflichtet, denselben regelmäßig und ohne Vorbehalt zu indossiren.

Art. 374.

Der Kommissionär hat an dem Kommissionsgute, sofern er dasselbe noch in seinem Gewahrsam hat oder sonst, insbesondere mittelst der Konnossemente, Ladescheine oder Lagerscheine, noch in der

Digitized by Google

Lage ist, darüber zu verfügen, ein Pfandrecht wegen der auf das Gut verwendeten Kosten, wegen der Provision, wegen der rücksichtlich des Guts gegebenen Vorschüsse und Darlehen, wegen der rücksichtlich desselben gezeichneten Wechsel oder in anderer Weise eingegangenen Verbindlichkeiten, sowie wegen aller Forderungen aus laufender Rechnung in Kommissionsgeschäften.

Der Kommissionär kann sich für die vorstehend erwähnten Ansprüche aus den durch das Kommissionsgeschäft begründeten und noch ausstehenden Forderungen vorzugsweise vor dem Kommittenten und dessen Gläubigern befriedigen.

Art. 375.

Ist der Kommittent in Erfüllung der in dem vorigen Artikel bezeichneten Verpflichtungen gegen den Kommissionär im Verzuge, so ist der Letztere berechtigt, sich unter Beobachtung der Vorschriften des Art. 310. aus dem Kommissionsgute bezahlt zu machen; er hat dieses Recht auch gegenüber den übrigen Gläubigern und der Konkursmasse des Kommittenten.

Art. 376.

Bei der Kommission zum Einkaufe oder zum Verkaufe von Waaren, Wechseln und Werthpapieren, welche einen Börsenpreis oder Marktpreis haben, ist der Kommissionär, wenn der Kommittent nicht ein Anderes bestimmt hat, befugt, das Gut, welches er einkaufen soll, selbst als Verkäufer zu liefern, oder das Gut, welches er zu verkaufen beauftragt ist, als Käufer für sich zu behalten.

In diesem Falle ist die Pflicht des Kommissionärs, Rechenschaft über die Abschließung des Kaufs oder Verkaufs zu geben, auf den Nachweis beschränkt, daß bei dem berechneten Preise der Börsenpreis oder Marktpreis zur Zeit der Ausführung des Auftrags eingehalten ist. Er ist zu der gewöhnlichen Provision berechtigt und kann die bei Kommissionsgeschäften sonst regelmäßig vorkommenden Unkosten berechnen.

Macht der Kommissionär nicht zugleich mit der Anzeige über die Ausführung des Auftrages eine andere Person als Käufer oder Verkäufer namhaft, so ist der Kommittent befugt, den Kommissionär selbst als Käufer oder Verkäufer in Anspruch zu nehmen.

Art. 377.

Wenn der Kommittent den Auftrag widerruft und der Widerruf bei dem Kommissionär eintrifft, bevor die Anzeige von der Ausführung des Auftrags behufs ihrer Absendung abgegeben ist, so kann sich der Kommissionär der Befugniß, selbst als Käufer oder Verkäufer einzutreten, nicht mehr bedienen.

Art. 378.

Die Bestimmungen dieses Titels kommen auch zur Anwendung, wenn ein Kaufmann, dessen gewöhnlicher Handelsbetrieb nicht in Kommissionsgeschäften besteht, ein einzelnes Handelsgeschäft in eigenem Namen für Rechnung eines Auftraggebers schließt.

Vierter Titel.

Von dem Speditionsgeschäfte.

Art. 379.

Spediteur ist derjenige, welcher gewerbemäßig in eigenem Namen für fremde Rechnung Güterversendungen durch Frachtführer oder Schiffer zu besorgen übernimmt.

Digitized by Google

Art. 380.

Der Spediteur haftet für jeden Schaden, welcher aus der Vernachlässigung der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns bei der Empfangnahme und Aufbewahrung des Guts, bei der Wahl der Frachtführer, Schiffer oder Zwischenspediteure und überhaupt bei der Ausführung der von ihm übernommenen Versendung der Güter entsteht.

Der Spediteur hat die Anwendung dieser Sorgfalt zu beweisen.

Art. 381.

Der Spediteur hat die Provision und die Erstattung dessen zu fordern, was er an Auslagen und Kosten oder überhaupt zum Zweck der Versendung nothwendig oder nützlich aufgewendet hat (Art. 371.).

Er ist nicht befugt, eine höhere als die mit dem Frachtführer oder Schiffer bedungene Fracht zu berechnen.

Art. 382.

Der Spediteur hat wegen der Fracht, der Provision, der Auslagen, Kosten und Verwendungen und wegen der dem Versender auf das Gut geleisteten Vorschüsse ein Pfandrecht an dem Gute, sofern er dasselbe noch in seinem Gewahrsam hat oder in der Lage ist, darüber zu verfügen.

Er kann dieses Recht auch gegenüber den übrigen Gläubigern und der Konkursmasse des Eigenthümers geltend machen.

Bedient sich der Spediteur eines Zwischenspediteurs, so hat der letztere zugleich die seinem Vormann zustehenden Rechte, insbesondere dessen Pfandrecht, auszuüben.

Soweit der Vormann wegen seiner Forderung durch Nachnahme von dem Nachmann befriedigt ist, geht die Forderung und das Pfandrecht des Vormanns von Rechtswegen auf den Nachmann über. Dasselbe gilt in Bezug auf die Forderung und das Pfandrecht des Frachtführers, wenn und insoweit der letztere von dem Zwischenspediteur befriedigt ist.

Art. 383.

Ein Spediteur, welcher die Versendung durch Frachtführer oder Schiffer, jedoch mittelst von ihm für eigene Rechnung gemietheter Transportmittel besorgt, kann die gewöhnliche Fracht nebst der Provision und den sonstigen Kosten berechnen.

Art. 384.

Wenn ein Spediteur mit dem Absender oder Empfänger über bestimmte Sätze der Transportkosten sich geeinigt hat, so haftet er, in Ermangelung einer entgegenstehenden Vereinbarung, für die von ihm angenommenen Zwischenspediteure und Frachtführer. Er ist in diesem Falle zur Provision nur dann berechtigt, wenn vereinbart ist, daß eine solche neben den bestimmten Sätzen der Transportkosten gefordert werden könne.

Art. 385.

Der Spediteur ist, wenn nicht ein Anderes bestimmt ist, befugt, den Transport der Güter selbst auszuführen.

Wenn er sich dieser Befugniß bedient, so hat er zugleich die Rechte und Pflichten eines Frachtführers und kann die gewöhnliche Fracht, die Provision und die bei Speditionsgeschäften sonst regelmäßig vorkommenden Unkosten berechnen.

Art. 386.

Die Klagen gegen den Spediteur wegen gänzlichen Verlustes oder wegen Verminderung, Beschädigung oder verspäteter Ablieferung des Guts verjähren nach einem Jahre.

Digitized by Google

Die Frist beginnt in Ansehung der Klagen wegen gänzlichen Verlustes mit dem Ablaufe des Tages, an welchem die Ablieferung hätte bewirkt sein müssen; in Ansehung der Klagen wegen Verminderung, Beschädigung oder verspäteter Ablieferung mit dem Ablaufe des Tages, an welchem die Ablieferung geschehen ist.

In gleicher Art sind die Einreden wegen Verlustes, Verminderung, Beschädigung oder verspäteter Ablieferung des Guts erloschen, wenn nicht die Anzeige von diesen Thatsachen an den Spediteur binnen der einjährigen Frist abgesandt worden ist.

Die Bestimmungen dieses Artikels finden in Fällen des Betrugs oder der Veruntreuung des Spediteurs keine Anwendung.

Art. 387.

Im Uebrigen sind die Rechte und Pflichten des Spediteurs, soweit dieser Titel keine Bestimmungen darüber enthält, nach den Grundsätzen des vorigen Titels zu beurtheilen; insbesondere kommen die Bestimmungen, welche in den Art. 365. bis 367. für den Kommissionär gegeben sind, auch für den Spediteur zur Anwendung.

Art. 388.

Wenn ein Kaufmann, dessen gewöhnlicher Handelsbetrieb nicht in Speditionsgeschäften besteht, eine Güterversendung durch Frachtführer oder Schiffer für fremde Rechnung in eigenem Namen zu besorgen übernimmt, so gelten in Ansehung eines solchen Geschäfts die Vorschriften dieses Titels.

Art. 389.

Die Bestimmungen dieses Titels finden keine Anwendung auf Personen, welche nur die Vermittelung von Frachtverträgen zwischen dem Absender und dem Frachtführer oder Schiffer bewirken (Frachtmäkler, Güterbestätter, Schiffsprokurenre).

Fünfter Titel.

Von dem Frachtgeschäfte.

Erster Abschnitt.

Von dem Frachtgeschäfte überhaupt.

Art. 390.

Frachtführer ist derjenige, welcher gewerbemäßig den Transport von Gütern zu Lande oder auf Flüssen und Binnengewässern ausführt.

Art. 391.

Der Frachtbrief dient als Beweis über den Vertrag zwischen dem Frachtführer und dem Absender.

Der Frachtführer kann die Ausstellung eines Frachtbriefs verlangen.

Art. 392.

Der Frachtbrief enthält:

1) die Bezeichnung des Guts nach Beschaffenheit, Menge und Merkzeichen;
2) den Namen und Wohnort des Frachtführers;
3) den Namen des Absenders;

Digitized by Google

4) den Namen dessen, an welchen das Gut abgeliefert werden soll;
5) den Ort der Ablieferung;
6) die Bestimmung in Ansehung der Fracht;
7) den Ort und Tag der Ausstellung;
8) die besonderen Vereinbarungen, welche die Parteien etwa noch über andere Punkte, namentlich über die Zeit, innerhalb welcher der Transport bewirkt werden soll, und über die Entschädigung wegen verspäteter Ablieferung getroffen haben.

Art. 393.

Der Absender ist verpflichtet, bei Gütern, welche vor der Ablieferung an den Empfänger einer zoll- oder steueramtlichen Behandlung unterliegen, den Frachtführer in den Besitz der deshalb erforderlichen Begleitpapiere zu setzen. Er haftet dem Frachtführer, sofern nicht diesem selbst ein Verschulden zur Last fällt, für alle Strafen und Schäden, welche denselben wegen Unrichtigkeit oder Unzulänglichkeit der Begleitpapiere treffen.

Art. 394.

Ist über die Zeit, binnen welcher der Frachtführer den Transport bewirken soll, im Frachtvertrage nichts bedungen, so wird die Frist, innerhalb deren er die Reise antreten muß, durch den Ortsgebrauch bestimmt; besteht ein Ortsgebrauch nicht, so ist die Reise binnen einer den Umständen des Falls angemessenen Frist anzutreten.

Wird der Antritt oder die Fortsetzung der Reise durch Naturereignisse oder sonstige Zufälle zeitweilig verhindert, so braucht der Absender die Aufhebung des Hindernisses nicht abzuwarten, er kann vielmehr von dem Vertrage zurücktreten, muß aber den Frachtführer, sofern demselben kein Verschulden zur Last fällt, wegen der Kosten zur Vorbereitung der Reise, der Kosten der Wiederausladung und der Ansprüche in Beziehung auf die bereits zurückgelegte Reise entschädigen. Ueber die Höhe der Entschädigung entscheidet der Ortsgebrauch und in dessen Ermangelung das richterliche Ermessen.

Art. 395.

Der Frachtführer haftet für den Schaden, welcher durch Verlust oder Beschädigung des Frachtguts seit der Empfangnahme bis zur Ablieferung entstanden ist, sofern er nicht beweist, daß der Verlust oder die Beschädigung durch höhere Gewalt (vis major) oder durch die natürliche Beschaffenheit des Guts, namentlich durch inneren Verderb, Schwinden, gewöhnliche Leckage und dergleichen oder durch äußerlich nicht erkennbare Mängel der Verpackung entstanden ist.

Für Kostbarkeiten, Gelder und Werthpapiere haftet der Frachtführer nur dann, wenn ihm diese Beschaffenheit oder der Werth des Guts angegeben ist.

Art. 396.

Wenn auf Grund des vorhergehenden Artikels von dem Frachtführer für Verlust oder Beschädigung des Guts Ersatz geleistet werden muß, so ist der Berechnung des Schadens nur der gemeine Handelswerth des Guts zu Grunde zu legen.

Im Falle des Verlustes ist der gemeine Handelswerth zu ersetzen, welchen Gut derselben Art und Beschaffenheit am Ort der Ablieferung zu der Zeit hatte, in welcher das Gut abzuliefern war; davon kommt in Abzug, was in Folge des Verlustes an Zöllen und Unkosten erspart ist.

Im Falle der Beschädigung ist der Unterschied zwischen dem Verkaufswerthe des Guts im beschädigten Zustande und dem gemeinen Handelswerthe zu ersetzen, welchen das Gut ohne diese

Digitized by Google

Beschädigung am Orte und zur Zeit der Ablieferung gehabt haben würde, nach Abzug der Zölle und Unkosten, soweit sie in Folge der Beschädigung erspart sind.

Hat das Gut keinen Handelswerth, so ist der Berechnung des Schadens der gemeine Werth des Guts zu Grunde zu legen.

Wenn dem Frachtführer eine bösliche Handlungsweise nachgewiesen wird, so hat er den vollen Schaden zu ersetzen.

Art. 397.

Der Frachtführer haftet für den Schaden, welcher durch Versäumung der bedungenen oder üblichen Lieferungszeit entstanden ist, sofern er nicht beweist, daß er die Verspätung durch Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen Frachtführers nicht habe abwenden können.

Art. 398.

Ist für den Fall verspäteter Ablieferung ein Abzug an der Fracht oder der Verlust der Fracht oder sonst eine Konventionalstrafe bedungen, so kann im Zweifel außerdem auch der Ersatz des diesen Betrag übersteigenden Schadens gefordert werden, welcher durch die verspätete Ablieferung entstanden ist.

Art. 399.

Beweist der Frachtführer, daß er die Verspätung durch die Sorgfalt eines ordentlichen Frachtführers nicht habe abwenden können, so kann die bedungene gänzliche oder theilweise Einbehaltung der Fracht oder die Konventionalstrafe wegen verspäteter Ablieferung nicht in Anspruch genommen werden, es sei denn, daß sich aus dem Vertrage eine entgegenstehende Absicht ergiebt.

Art. 400.

Der Frachtführer haftet für seine Leute und für andere Personen, deren er sich bei Ausführung des von ihm übernommenen Transportes bedient.

Art. 401.

Wenn der Frachtführer zur gänzlichen oder theilweisen Ausführung des von ihm übernommenen Transports das Gut einem anderen Frachtführer übergiebt, so haftet er für diesen und die etwa folgenden Frachtführer bis zur Ablieferung.

Jeder Frachtführer, welcher auf einen anderen Frachtführer folgt, tritt dadurch, daß er das Gut mit dem ursprünglichen Frachtbriefe annimmt, in den Frachtvertrag gemäß dem Frachtbriefe ein, übernimmt eine selbstständige Verpflichtung, den Transport nach Inhalt des Frachtbriefes auszuführen, und hat auch in Bezug auf den von den früheren Frachtführern bereits ausgeführten Transport für die Verbindlichkeiten derselben einzustehen.

Art. 402.

Der Frachtführer hat den späteren Anweisungen des Absenders wegen Zurückgabe des Guts oder wegen Auslieferung desselben an einen anderen als den im Frachtbriefe bezeichneten Empfänger so lange Folge zu leisten, als er nicht Letzterem nach Ankunft des Guts am Orte der Ablieferung den Frachtbrief übergeben hat.

Ist dies bereits geschehen, so hat er nur die Anweisungen des bezeichneten Empfängers zu beachten, widrigenfalls er demselben für das Gut verhaftet ist.

Art. 403.

Der Frachtführer ist verpflichtet, am Orte der Ablieferung dem durch den Frachtbrief bezeichneten Empfänger das Frachtgut auszuhändigen.

Digitized by Google

Art. 404.

Der im Frachtbriefe bezeichnete Empfänger ist vor Ankunft des Guts am Orte der Ablieferung dem Frachtführer gegenüber berechtigt, alle zur Sicherstellung des Guts' erforderlichen Maßregeln zu ergreifen und dem Frachtführer die zu diesem Zwecke nothwendigen Anweisungen zu ertheilen; die Auslieferung des Gutes kann er vor dessen Ankunft am Orte der Ablieferung nur dann fordern, wenn der Absender den Frachtführer zu derselben ermächtigt hat.

Art. 405.

Nach Ankunft des Frachtführers am Orte der Ablieferung ist der im Frachtbriefe bezeichnete Empfänger berechtigt, die durch den Frachtvertrag begründeten Rechte gegen Erfüllung der Verpflichtungen, wie sie der Frachtbrief ergiebt, in eigenem Namen gegen den Frachtführer geltend zu machen, sei es, daß er hierbei in eigenem oder fremdem Interesse handle; er ist insbesondere berechtigt, den Frachtführer auf Uebergabe des Frachtbriefes und Auslieferung des Guts zu belangen, sofern nicht der Absender demselben vor Anstellung der Klage eine nach Maßgabe des Art. 402. noch zulässige entgegenstehende Anweisung gegeben hat.

Art. 406.

Durch Annahme des Guts und des Frachtbriefes wird der Empfänger verpflichtet, dem Frachtführer nach Maßgabe des Frachtbriefs Zahlung zu leisten.

Art. 407.

Wenn der bezeichnete Empfänger des Guts nicht auszumitteln ist oder die Annahme verweigert, oder wenn Streit über die Annahme oder den Zustand des Guts entsteht, so kann der Betheiligte den letzteren durch Sachverständige feststellen lassen.

Die Sachverständigen ernennt auf das Ansuchen des Betheiligten das Handelsgericht oder in dessen Ermangelung der Richter des Orts.

Die Sachverständigen haben ihr Gutachten schriftlich oder zu Protokoll zu erstatten.

Das Gericht kann auf Ansuchen des Betheiligten verordnen, daß das Gut in einem öffentlichen Lagerhause oder bei einem Dritten niedergelegt und daß es ganz oder zu einem entsprechenden Theile behufs Bezahlung der Fracht und der übrigen Forderungen des Frachtführers öffentlich verkauft wird.

Ueber das Ansuchen um Ernennung von Sachverständigen oder um Verfügung des Gerichts wegen Niederlegung und wegen Verkaufs des Guts wird die Gegenpartei, wenn sie am Orte anwesend ist, gehört.

Art. 408.

Durch Annahme des Guts und Bezahlung der Fracht erlischt jeder Anspruch gegen den Frachtführer.

Nur wegen Verlustes oder Beschädigung, welche bei der Ablieferung äußerlich nicht erkennbar waren, kann der Frachtführer selbst nach der Annahme und nach Bezahlung der Fracht in Anspruch genommen werden, wenn die Feststellung des Verlustes oder der Beschädigung ohne Verzug nach der Entdeckung nachgesucht worden ist, und bewiesen wird, daß der Verlust oder die Beschädigung während der Zeit seit der Empfangnahme bis zur Ablieferung entstanden ist.

Die Bestimmungen über die Verjährung der Klagen und Einreden gegen den Spediteur wegen Verlustes, Beschädigung oder verspäteter Ablieferung des Guts (Art. 386.) finden auch auf den Frachtführer Anwendung.

Digitized by Google

Art. 409.

Der Frachtführer hat wegen aller durch den Frachtvertrag begründeten Forderungen, insbesondere der Fracht- und Liegegelder, sowie wegen der Zollgelder und anderer Auslagen ein Pfandrecht an dem Frachtgute. Dieses Pfandrecht besteht, so lange das Gut zurückbehalten oder niedergelegt ist; es dauert auch nach der Ablieferung noch fort, insofern der Frachtführer es binnen drei Tagen nach der Ablieferung gerichtlich geltend macht und das Gut noch bei dem Empfänger oder bei einem Dritten sich befindet, welcher es für den Empfänger besitzt.

Er kann zu seiner Befriedigung den Verkauf des Guts oder eines Theils desselben veranlassen (Art. 407.).

Er hat dieses Recht auch gegenüber den übrigen Gläubigern und der Konkursmasse des Eigenthümers.

Art. 410.

Geht das Gut durch die Hände mehrerer Frachtführer, so hat der letzte bei der Ablieferung, sofern nicht der Frachtbrief das Gegentheil bestimmt, auch die aus dem Frachtbriefe sich ergebenden Forderungen der vorhergehenden einzuziehen und deren Rechte, insbesondere auch das Pfandrecht, auszuüben.

Der vorhergehende Frachtführer, welcher von dem nachfolgenden befriedigt ist, überträgt auf diesen von Rechtswegen seine Forderung und sein Pfandrecht.

In gleicher Art wird die Forderung und das Pfandrecht des Spediteurs auf den nachfolgenden Spediteur und den Frachtführer übertragen.

Das Pfandrecht der Vormänner besteht so lange, als das Pfandrecht des letzten Frachtführers.

Art. 411.

Wenn auf demselben Gute zwei oder mehrere gemäß den Art. 374. 382. und 409. begründete Pfandrechte bestehen, so geht unter denjenigen Pfandrechten, welche durch die Versendung oder durch den Transport des Guts entstanden sind, das später entstandene dem früher entstandenen vor; diese Pfandrechte haben sämmtlich den Vorrang vor dem Pfandrechte des Kommissionärs und vor dem Pfandrechte des Spediteurs für Vorschüsse; unter den letzteren Pfandrechten geht das früher entstandene dem später entstandenen vor.

Art. 412.

Wenn der Frachtführer das Gut ohne Bezahlung abliefert und das Pfandrecht nicht binnen drei Tagen nach der Ablieferung gerichtlich geltend macht, so wird er, sowie die vorhergehenden Frachtführer und die Spediteure, des Rückgriffs gegen die Vormänner verlustig. Der Anspruch gegen den Empfänger bleibt in Kraft.

Art. 413.

Der Absender und der Frachtführer können übereinkommen, daß der letztere dem ersteren einen Ladeschein ausstellt.

Der Ladeschein ist eine Urkunde, durch welche der Frachtführer sich zur Aushändigung des Guts verpflichtet.

Art. 414.

Der Ladeschein enthält:

1) die Bezeichnung der geladenen Güter nach Beschaffenheit, Menge und Merkzeichen;
2) den Namen und Wohnort des Frachtführers;
3) den Namen des Absenders;

Digitized by Google

4) den Namen desjenigen, an den oder an dessen Ordre das Gut abgeliefert werden soll. Als solcher ist der Absender zu verstehen, wenn der Ladeschein lediglich an Ordre gestellt ist;
5) den Ort der Ablieferung;
6) die Bestimmung in Ansehung der Fracht;
7) den Ort und Tag der Ausstellung.

Der Ladeschein muß von dem Frachtführer unterzeichnet sein.

Der Absender hat dem Frachtführer auf dessen Verlangen eine von ihm unterzeichnete gleichlautende Kopie des Ladescheins auszuhändigen.

Art. 415.

Der Ladeschein entscheidet für die Rechtsverhältnisse zwischen dem Frachtführer und dem Empfänger des Guts; die nicht in demselben aufgenommenen Bestimmungen des Frachtvertrages haben gegenüber dem Empfänger keine rechtliche Wirkung, sofern nicht auf dieselben ausdrücklich Bezug genommen ist.

Für die Rechtsverhältnisse zwischen Frachtführer und Absender bleiben die Bestimmungen des Frachtvertrages maßgebend.

Art. 416.

Wenn der Frachtführer einen Ladeschein ausgestellt hat, darf er späteren Anweisungen des Absenders wegen Zurückgabe oder Auslieferung des Guts an einen anderen als den durch den Ladeschein legitimirten Empfänger nur dann Folge leisten, wenn ihm der Ladeschein zurückgegeben wird. Handelt er dieser Bestimmung entgegen, so ist er dem rechtmäßigen Inhaber des Ladescheines für das Gut verpflichtet.

Art. 417.

Zu dem Empfange des Guts legitimirt ist derjenige, an welchen das Gut nach dem Ladescheine abgeliefert werden soll, oder auf welchen der Ladeschein, wenn er an Ordre lautet, durch Indossament übertragen ist.

Art. 418.

Der Frachtführer ist zur Ablieferung des Gutes nur gegen Rückgabe des Ladescheins, auf welchem die Ablieferung des Guts zu bescheinigen ist, verpflichtet.

Art. 419.

Im Uebrigen kommen die Bestimmungen über die Rechte und Pflichten des Frachtführers auch in dem Falle zur Anwendung, wenn ein Ladeschein ausgestellt ist.

Art. 420.

Wenn ein Kaufmann, dessen gewöhnlicher Handelsbetrieb sich nicht auf die Ausführung von Frachtgeschäften erstreckt, in einem einzelnen Falle einen Transport von Gütern zu Land oder auf Flüssen und Binnengewässern auszuführen übernimmt, so kommen die Bestimmungen dieses Titels auch in Bezug auf ein solches Geschäft zur Anwendung.

Art. 421.

Die Bestimmungen dieses Abschnittes finden auch Anwendung auf Frachtgeschäfte von Eisenbahnen und anderen öffentlichen Transportanstalten.

Sie gelten jedoch für die Postanstalten nur insoweit, als nicht durch besondere Gesetze oder Verordnungen für dieselben ein Anderes bestimmt ist.

Für die Eisenbahnen kommen ferner die Bestimmungen des folgenden Abschnitts zur Anwendung.

Digitized by Google

Zweiter Abschnitt.

Von dem Frachtgeschäft der Eisenbahnen insbesondere.

Art. 422.

Eine Eisenbahn, welche dem Publikum zur Benutzung für den Gütertransport eröffnet ist, kann die bei ihr nachgesuchte Eingehung eines Frachtgeschäfts für ihre Bahnstrecke nicht verweigern, insofern:

1) die Güter, an sich oder vermöge ihrer Verpackung, nach den Reglements und, im Falle die letzteren fehlen oder keinen Anhalt gewähren, nach den Einrichtungen und der Benutzungsweise der Bahn zum Transport sich eignen;
2) der Absender in Bezug auf die Fracht, die Auflieferung der Güter und die sonstigen den Eisenbahnen freigestellten Transportbedingungen sich den allgemein geltenden Anordnungen der Bahnverwaltung unterwirft;
3) die regelmäßigen Transportmittel der Bahn zur Ausführung des Transports genügen.

Die Eisenbahnen sind nicht verpflichtet, die Güter zu dem Transport eher anzunehmen, als bis die Beförderung derselben geschehen kann.

In Ansehung der Zeit der Beförderung darf kein Absender vor dem Andern ohne einen in den Einrichtungen der Bahn, in den Transportverhältnissen, oder im öffentlichen Interesse liegenden Grund begünstigt werden.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Artikels begründen den Anspruch auf Ersatz des dadurch entstandenen Schadens.

Art. 423.

Die in Art. 422. bezeichneten Eisenbahnen sind nicht befugt, die Anwendung der in den Art. 395. 396. 397. 400. 401. 408. enthaltenen Bestimmungen über die Verpflichtung des Frachtführers zum Schadensersatz, sei es in Bezug auf den Eintritt, den Umfang oder die Dauer der Verpflichtung, oder in Bezug auf die Beweislast, zu ihrem Vortheil durch Verträge (mittelst Reglements oder durch besondere Uebereinkunft) im Voraus auszuschließen oder zu beschränken, außer, soweit solches durch die nachfolgenden Artikel zugelassen ist.

Vertragsbestimmungen, welche dieser Vorschrift entgegenstehen, haben keine rechtliche Wirkung.

Art. 424.

Es kann bedungen werden:

1) in Ansehung der Güter, welche nach Vereinbarung mit dem Absender in unbedeckten Wagen transportirt werden:

   daß für den Schaden nicht gehaftet werde, welcher aus der mit dieser Transportart verbundenen Gefahr entstanden ist;

2) in Ansehung der Güter, welche, ungeachtet ihre Natur eine Verpackung zum Schutz gegen Verlust oder Beschädigung auf dem Transport erfordert, nach Erklärung des Absenders auf dem Frachtbriefe unverpackt oder mit mangelhafter Verpackung aufgegeben sind:

   daß für den Schaden nicht gehaftet werde, welcher aus der mit dem Mangel der Verpackung oder mit der mangelhaften Beschaffenheit der Verpackung verbundenen Gefahr entstanden ist;

3) in Ansehung der Güter, deren Auf- und Abladen nach Vereinbarung mit dem Absender von diesem besorgt wird:

Digitized by Google

daß für den Schaden nicht gehaftet werde, der aus der mit dem Auf- und Abladen oder mit mangelhafter Verladung verbundenen Gefahr entstanden ist;

4) in Ansehung der Güter, welche vermöge ihrer eigenthümlichen natürlichen Beschaffenheit der besonderen Gefahr ausgesetzt sind, gänzlichen oder theilweisen Verlust oder Beschädigung, namentlich Bruch, Rost, inneren Verderb, außergewöhnliche Leckage u. s. w. zu erleiden:

daß für den Schaden nicht gehaftet werde, welcher aus dieser Gefahr entstanden ist;

5) in Ansehung lebender Thiere:

daß für den Schaden nicht gehaftet werde, welcher aus der mit dem Transport dieser Thiere für dieselben verbundenen besonderen Gefahr entstanden ist;

6) in Ansehung begleiteter Güter:

daß für den Schaden nicht gehaftet werde, welcher aus der Gefahr entstanden ist, deren Abwendung durch die Begleitung bezweckt wird.

Ist eine der in diesem Artikel zugelassenen Bestimmungen bedungen, so gilt zugleich als bedungen: daß bis zum Nachweis des Gegentheils vermuthet werden soll, daß ein eingetretener Schaden, wenn er aus der nicht übernommenen Gefahr entstehen konnte, aus derselben wirklich entstanden ist.

Eine nach diesem Artikel bedungene Befreiung von der Haftpflicht kann nicht geltend gemacht werden, wenn nachgewiesen wird, daß der Schaden durch Verschulden der Bahnverwaltung oder ihrer Leute entstanden ist.

Art. 425.

In Ansehung des Reisegepäcks kann bedungen werden:

1) daß für Verlust oder Beschädigung von Reisegepäck, welches nicht zum Transport aufgegeben ist, nur gehaftet werde, wenn ein Verschulden der Bahnverwaltung oder ihrer Leute nachgewiesen wird. Dasselbe kann in Ansehung von Gegenständen bedungen werden, welche sich in Reiseequipagen befinden;

2) daß für Verlust von Reisegepäck, welches zum Transport aufgegeben ist, nur gehaftet werde, wenn das Gepäck binnen einer bestimmten Frist nach der Ablieferungszeit abgefordert wird.

Die Frist darf nicht kürzer als drei Tage sein.

Art. 426.

In Ansehung der Güter, welche nach ihrer natürlichen Beschaffenheit bei dem Transport regelmäßig einen Verlust an Gewicht oder an Maß erleiden, kann bedungen werden, daß bis zu einem im Voraus bestimmten Normalsatze für Verlust an Gewicht oder Maß nicht gehaftet werde. Der Normalsatz muß, im Falle mehrere Stücke zusammen transportirt worden sind, für jedes einzelne Stück besonders berechnet werden, wenn das Gewicht oder Maß der einzelnen Stücke in dem Frachtbrief verzeichnet oder sonst erweislich ist.

Die hier bezeichnete Bestimmung kann nicht geltend gemacht werden, wenn nachgewiesen wird, daß der Verlust nach den Umständen des Falls nicht in Folge der natürlichen Beschaffenheit des Guts entstanden ist, oder daß der bestimmte Normalsatz dieser Beschaffenheit oder den sonstigen Umständen des Falls nicht entspricht.

Art. 427.

Es kann bedungen werden:

1) daß der nach Art. 396. der Schadensberechnung zu Grunde zu legende Werth den im Frachtbrief, im Ladeschein oder im Gepäckschein als Werth des Guts angegebenen Betrag und in Ermangelung einer solchen Angabe einen im Voraus bestimmten Normalsatz nicht übersteigen soll;

Digitized by Google

2) daß die Höhe des nach Art. 397. wegen verspäteter Lieferung zu leistenden Schadensersatzes den im Frachtbrief, im Ladeschein oder im Gepäckschein als die Höhe des Interesses an der rechtzeitigen Lieferung angegebenen Betrag und in Ermangelung einer solchen Angabe einen im Voraus bestimmten Normalsatz, welcher auch in dem Verlust der Fracht oder eines Theils derselben bestehen kann, nicht übersteigen soll.

Im Falle einer böslichen Handlungsweise der Eisenbahnverwaltung oder ihrer Leute kann die Beschränkung der Haftpflicht auf den Normalsatz oder den angegebenen Werth des Guts nicht geltend gemacht werden.

Art. 428.

Es kann bedungen werden, daß nach erfolgter Empfangnahme des Guts und Bezahlung der Fracht jeder Anspruch wegen Verlustes an dem Gut oder wegen Beschädigung desselben auch dann, wenn dieselben bei der Ablieferung nicht erkennbar waren und erst später entdeckt worden sind (Art. 408. Abs. 2.), erlischt, wenn der Anspruch nicht binnen einer bestimmten Frist nach der Ablieferung bei der Eisenbahnverwaltung angemeldet worden ist.

Die Frist darf nicht kürzer als vier Wochen sein.

Art. 429.

Wenn eine Eisenbahn das Gut mit einem Frachtbrief übernimmt, nach welchem der Transport durch mehrere sich an einander anschließende Eisenbahnen zu bewirken ist, so kann bedungen werden, daß nicht sämmtliche Eisenbahnen, welche das Gut mit dem Frachtbrief übernommen haben, nach Maßgabe des Art. 401. als Frachtführer für den ganzen Transport haften, sondern daß nur die erste Bahn und diejenige Bahn, welche das Gut mit dem Frachtbrief zuletzt übernommen hat, dieser Haftpflicht für den ganzen Transport unterliegt, vorbehaltlich des Rückgriffs der Eisenbahnen gegeneinander, daß dagegen eine der übrigen, in der Mitte liegenden, Eisenbahnen nur dann als Frachtführer in Anspruch genommen werden kann, wenn ihr nachgewiesen wird, daß der Schaden auf ihrer Bahn sich ereignet hat.

Art. 430.

Wenn eine Eisenbahn das Gut mit einem Frachtbrief zum Transport übernimmt, in welchem als Ort der Ablieferung ein weder an ihrer Bahn noch an einer der sich an sie anschließenden Bahnen liegender Ort bezeichnet ist, so kann bedungen werden, daß die Haftpflicht der Eisenbahn oder der Eisenbahnen als Frachtführer nicht für den ganzen Transport bis zum Ort der Ablieferung, sondern nur für den Transport bis zu dem Orte bestehe, wo der Transport mittelst Eisenbahn enden soll; ist dies bedungen, so treten in Bezug auf die Weiterbeförderung nur die Verpflichtungen des Spediteurs ein.

Art. 431.

Ist von dem Absender auf dem Frachtbrief bestimmt, daß das Gut an einem an der Eisenbahn liegenden Ort abgegeben werden oder liegen bleiben soll, so gilt, ungeachtet im Frachtbrief ein anderweitiger Bestimmungsort angegeben ist, der Transport als nur bis zu jenem an der Bahn liegenden Ort übernommen, und die Bahn ist nur bis zur Ablieferung an diesem Ort verantwortlich.

Digitized by Google

Fünftes Buch.
Vom Seehandel.
Erster Titel.
Allgemeine Bestimmungen.

Art. 432.

Für die zum Erwerb durch die Seefahrt bestimmten Schiffe, welchen das Recht, die Landesflagge zu führen, zusteht, ist ein Schiffs-Register zu führen.

Das Schiffs-Register ist öffentlich; die Einsicht desselben ist während der gewöhnlichen Dienststunden einem Jeden gestattet.

Art. 433.

Die Eintragung in das Schiffs-Register darf erst geschehen, nachdem das Recht, die Landesflagge zu führen, nachgewiesen ist.

Vor der Eintragung in das Schiffs-Register darf das Recht, die Landesflagge zu führen, nicht ausgeübt werden.

Art. 434.

Die Landesgesetze bestimmen die Erfordernisse, von welchen das Recht eines Schiffs, die Landesflagge zu führen, abhängig ist.

Sie bestimmen die Behörden, welche das Schiffs-Register zu führen haben.

Sie bestimmen, ob und unter welchen Voraussetzungen die Eintragung in das Schiffs-Register für ein aus einem anderen Lande erworbenes Schiff vorläufig durch eine Konsulatsurkunde ersetzt werden kann.

Art. 435.

Die Eintragung in das Schiffs-Register muß enthalten:

1) die Thatsachen, welche das Recht des Schiffs, die Landesflagge zu führen, begründen;
2) die Thatsachen, welche zur Feststellung der Identität des Schiffs und seiner Eigenthumsverhältnisse erforderlich sind;
3) den Hafen, von welchem aus mit dem Schiff die Seefahrt betrieben werden soll (Heimathshafen, Registerhafen).

Ueber die Eintragung wird eine, mit dem Inhalte derselben übereinstimmende Urkunde (Certifikat) ausgefertigt.

Art. 436.

Treten in den Thatsachen, welche in dem vorhergehenden Artikel bezeichnet sind, nach der Eintragung Veränderungen ein, so müssen dieselben in das Schiffs-Register eingetragen und auf dem Certifikat vermerkt werden.

Im Falle das Schiff untergeht oder das Recht, die Landesflagge zu führen, verliert, ist das Schiff in dem Schiffs-Register zu löschen und das ertheilte Certifikat zurückzuliefern, sofern nicht glaubhaft bescheinigt wird, daß es nicht zurückgeliefert werden könne.

Art. 437.

Die Landesgesetze bestimmen die Fristen, binnen welchen die Thatsachen anzuzeigen und nachzuweisen sind, welche eine Eintragung oder Löschung erforderlich machen, sowie die Strafen, welche

Digitized by Google

für den Fall der Versäumung dieser Fristen oder der Nichtbefolgung der vorhergehenden Vorschriften verwirkt sind.

Art. 438.

Die Landesgesetze können bestimmen, daß die Vorschriften der Art. 432. — 437. auf kleinere Fahrzeuge (Küstenfahrer u. s. w.) keine Anwendung finden.

Art. 439.

Bei der Veräußerung eines Schiffs oder eines Antheils am Schiffe (Schiffspart) kann zum Eigenthumserwerb die nach den Grundsätzen des bürgerlichen Rechts etwa erforderliche Uebergabe durch die unter den Kontrahenten getroffene Vereinbarung ersetzt werden, daß das Eigenthum sofort auf den Erwerber übergehen soll.

Art. 440.

In allen Fällen der Veräußerung eines Schiffs oder einer Schiffspart kann jeder Theil verlangen, daß ihm auf seine Kosten eine beglaubigte Urkunde über die Veräußerung ertheilt werde.

Art. 441.

Wird ein Schiff oder eine Schiffspart veräußert, während das Schiff auf der Reise sich befindet, so ist im Verhältniß zwischen dem Veräußerer und Erwerber in Ermangelung einer anderen Vereinbarung anzunehmen, daß dem Erwerber der Gewinn der laufenden Reise gebühre, oder der Verlust derselben zur Last falle.

Art. 442.

Durch die Veräußerung eines Schiffs oder einer Schiffspart wird in den persönlichen Verpflichtungen des Veräußerers gegen Dritte nichts geändert.

Art. 443.

Unter dem Zubehör eines Schiffs sind alle Sachen begriffen, welche zu dem bleibenden Gebrauche des Schiffs bei der Seefahrt bestimmt sind.

Dahin gehören insbesondere auch die Schiffsboote.

Im Zweifel werden Gegenstände, welche in das Schiffsinventar eingetragen sind, als Zubehör des Schiffs angesehen.

Art. 444.

Im Sinne dieses fünften Buchs gilt ein seeuntüchtig gewordenes Schiff:

1) als reparaturunfähig, wenn die Reparatur des Schiffs überhaupt nicht möglich ist, oder an dem Orte, wo das Schiff sich befindet, nicht bewerkstelligt, dasselbe auch nicht nach dem Hafen, wo die Reparatur auszuführen wäre, gebracht werden kann;
2) als reparaturunwürdig, wenn die Kosten der Reparatur ohne Abzug für den Unterschied zwischen alt und neu mehr betragen würden, als drei Viertel seines früheren Werthes.

Ist die Seeuntüchtigkeit während einer Reise eingetreten, so gilt als der frühere Werth derjenige, welchen das Schiff bei dem Antritt der Reise gehabt hat, in den übrigen Fällen derjenige, welchen das Schiff, bevor es seeuntüchtig geworden ist, gehabt hat oder bei gehöriger Ausrüstung gehabt haben würde.

Art. 445.

Zur Schiffsbesatzung werden gerechnet der Schiffer, die Schiffsmannschaft, sowie alle übrigen auf den Schiffen angestellte Personen.

Digitized by Google

Art. 446.

Ein zum Abgehen fertiges (segelfertiges) Schiff kann wegen Schulden nicht mit Beschlag belegt werden. Diese Bestimmung tritt jedoch nicht ein, wenn die Schulden zum Behuf der anzutretenden Reise gemacht worden sind.

Durch eine Beschlagnahme von bereits an Bord des Schiffs befindlichen Gütern wegen Schulden kann deren Wiederausladung nur in denjenigen Fällen erwirkt werden, in welchen der Ablader selbst die Wiederausladung noch zu fordern befugt wäre, und nur gegen Leistung desjenigen, was dieser alsdann zu leisten haben würde.

Eine zur Schiffsbesatzung gehörende Person kann wegen Schulden von dem Zeitpunkte an nicht mehr verhaftet werden, in welchem das Schiff segelfertig ist.

Art. 447.

Wenn in diesem fünften Buche die europäischen Häfen den nichteuropäischen Häfen entgegengesetzt werden, so sind unter den ersteren zugleich die nichteuropäischen Häfen des mittelländischen, schwarzen und azow'schen Meeres als mitbegriffen anzusehen.

Art. 448.

Die Bestimmungen des fünften Buches, welche sich auf den Aufenthalt des Schiffs im Heimathshafen beziehen, können von den Landesgesetzen auf alle oder einige Häfen des Reviers des Heimathshafens ausgedehnt werden.

Art. 449.

Für die Postanstalten gelten die Bestimmungen des fünften Buches nur insoweit, als nicht durch besondere Gesetze oder Verordnungen für dieselben ein Anderes vorgeschrieben ist.

Zweiter Titel.

Von dem Rheder und von der Rhederei.

Art. 450.

Rheder ist der Eigenthümer eines ihm zum Erwerb durch die Seefahrt dienenden Schiffs.

Art. 451.

Der Rheder ist für den Schaden verantwortlich, welchen eine Person der Schiffsbesatzung einem Dritten durch ihr Verschulden in Ausführung ihrer Dienstverrichtungen zufügt.

Art. 452.

Der Rheder haftet für den Anspruch eines Dritten nicht persönlich, sondern er haftet nur mit Schiff und Fracht:

1) wenn der Anspruch auf ein Rechtsgeschäft gegründet wird, welches der Schiffer als solcher kraft seiner gesetzlichen Befugnisse, und nicht mit Bezug auf eine besondere Vollmacht, geschlossen hat;
2) wenn der Anspruch auf die Nichterfüllung oder auf die unvollständige oder mangelhafte Erfüllung eines von dem Rheder abgeschlossenen Vertrags gegründet wird, insofern die Ausführung des Vertrags zu den Dienstobliegenheiten des Schiffers gehört hat, ohne Unterschied, ob die Nichterfüllung oder die unvollständige oder die mangelhafte Erfüllung von einer Person der Schiffsbesatzung verschuldet ist oder nicht;

Digitized by Google

3) wenn der Anspruch auf das Verschulden einer Person der Schiffsbesatzung gegründet wird.

In den unter Ziffer 1. und 2. bezeichneten Fällen kommt jedoch dieser Artikel nicht zur Anwendung, wenn den Rheder selbst in Ansehung der Vertragserfüllung ein Verschulden trifft, oder wenn derselbe die Vertragserfüllung besonders gewährleistet hat.

Art. 453.

Der Rheder haftet für die Forderungen der zur Schiffsbesatzung gehörenden Personen aus den Dienst- und Heuerverträgen nicht nur mit Schiff und Fracht, sondern zugleich persönlich.

Wenn jedoch das Schiff dem Rheder ohne sein Verschulden vor Vollendung der Reise verloren geht, insbesondere

wenn es verunglückt,

wenn es als reparaturunfähig oder reparaturunwürdig kondemnirt (Art. 444.) und in dem letzteren Falle ohne Verzug öffentlich verkauft wird,

wenn es geraubt wird,

wenn es aufgebracht oder angehalten und für gute Prise erklärt wird,

so haftet der Rheder für die Forderungen aus der nicht vollendeten Reise oder, sofern dieselbe aus mehreren Abschnitten besteht, für die Forderungen aus dem letzten Reiseabschnitt nicht persönlich.

Der letzte Reiseabschnitt beginnt in dem Hafen, in welchem das Schiff zuletzt Ladung eingenommen oder gelöscht hat, und mit dem Zeitpunkte, in welchem mit dem Laden der Anfang gemacht oder die Löschung vollendet ist. Ein Nothhafen wird als Ladungs- oder Löschungshafen im Sinne dieser Vorschrift nicht angesehen.

Der Rheder ist in keinem der vorgenannten Fälle befugt, die etwa gezahlten Handgelder und Vorschüsse zurück zu fordern.

Art. 454.

Die übrigen Fälle, in welchen der Rheder nicht persönlich, sondern nur mit Schiff und Fracht haftet, sind in den folgenden Titeln bestimmt.

Art. 455.

Der Rheder als solcher kann wegen eines jeden Anspruchs, ohne Unterschied, ob er persönlich oder nur mit Schiff und Fracht haftet, vor dem Gerichte des Heimathshafens (Art. 435.) belangt werden.

Art. 456.

Wird von mehreren Personen ein ihnen gemeinschaftlich zustehendes Schiff zum Erwerb durch die Seefahrt für gemeinschaftliche Rechnung verwendet, so besteht eine Rhederei.

Der Fall, wenn das Schiff einer Handelsgesellschaft gehört, wird durch die Bestimmungen über die Rhederei nicht berührt.

Art. 457.

Das Rechtsverhältniß der Mitrheder unter einander bestimmt sich zunächst nach dem zwischen ihnen geschlossenen Vertrag. Soweit eine Vereinbarung nicht getroffen ist, kommen die Bestimmungen der nachfolgenden Artikel zur Anwendung.

Art. 458.

Für die Angelegenheiten der Rhederei sind die Beschlüsse der Mitrheder maßgebend. Bei der Beschlußfassung entscheidet die Mehrheit der Stimmen. Die Stimmen werden nach der Größe der

Digitized by Google

Schiffsparten gezählt. Die Stimmenmehrheit für einen Beschluß ist vorhanden, wenn der Person oder den Personen, welche für den Beschluß gestimmt haben, zusammen mehr als die Hälfte des ganzen Schiffs gehört.

Einstimmigkeit sämmtlicher Mitrheder ist erforderlich zu Beschlüssen, welche eine Abänderung des Rhedereivertrags bezwecken, oder welche den Bestimmungen des Rhedereivertrags entgegen oder dem Zweck der Rhederei fremd sind.

Art. 459.

Durch Beschluß der Mehrheit kann für den Rhedereibetrieb ein Korrespondentrheder (Schiffsdirektor, Schiffsdisponent) bestellt werden. Zur Bestellung eines Korrespondentrheders, welcher nicht zu den Mitrhedern gehört, ist ein einstimmiger Beschluß erforderlich.

Die Bestellung des Korrespondentrheders kann zu jeder Zeit durch Stimmenmehrheit widerrufen werden, unbeschadet der Rechte auf Entschädigung aus bestehenden Verträgen.

Art. 460.

Im Verhältniß zu Dritten ist der Korrespondentrheder kraft seiner Bestellung befugt, alle Geschäfte und Rechtshandlungen vorzunehmen, welche der Geschäftsbetrieb einer Rhederei gewöhnlich mit sich bringt.

Diese Befugniß erstreckt sich insbesondere auf die Ausrüstung, Erhaltung und Verfrachtung des Schiffs, auf die Versicherung der Fracht, der Ausrüstungskosten und der Havereigelder, sowie auf die mit dem gewöhnlichen Geschäftsbetriebe verbundene Empfangnahme von Geldern.

Der Korrespondentrheder ist in demselben Umfange befugt, die Rhederei vor Gericht zu vertreten.

Er ist befugt, den Schiffer anzustellen und zu entlassen; der Schiffer hat sich nur an dessen Anweisungen und nicht auch an die etwaigen Anweisungen der einzelnen Mitrheder zu halten.

Im Namen der Rhederei oder einzelner Mitrheder Wechselverbindlichkeiten einzugehen, oder Darlehen aufzunehmen, das Schiff oder Schiffsparten zu verkaufen oder zu verpfänden, oder für dieselben Versicherung zu nehmen, ist der Korrespondentrheder nicht befugt, es sei denn, daß ihm eine Vollmacht hierzu besonders ertheilt ist.

Im Uebrigen bedarf es zu den Geschäften und Rechtshandlungen, welche er kraft seiner Bestellung vorzunehmen befugt ist, der in den Landesgesetzen etwa vorgeschriebenen Spezialvollmacht nicht.

Art. 461.

Durch ein Rechtsgeschäft, welches der Korrespondentrheder als solcher innerhalb der Grenzen seiner Befugnisse geschlossen hat, wird die Rhederei dem Dritten gegenüber auch dann berechtigt und verpflichtet, wenn das Geschäft ohne Nennung der einzelnen Mitrheder geschlossen ist.

Ist die Rhederei durch ein von dem Korrespondentrheder abgeschlossenes Geschäft verpflichtet, so haften die Mitrheder in gleichem Umfange (Art. 452.), als wenn das Geschäft von ihnen selbst geschlossen wäre.

Art. 462.

Eine Beschränkung der im Art. 460. bezeichneten Befugnisse des Korrespondentrheders kann die Rhederei einem Dritten nur insofern entgegensetzen, als sie beweist, daß die Beschränkung dem Dritten zur Zeit des Abschlusses des Geschäfts bekannt war.

Art. 463.

Der Rhederei gegenüber ist der Korrespondentrheder verpflichtet, die Beschränkungen einzuhal-

Digitized by Google

ten, welche von derselben für den Umfang seiner Befugnisse festgesetzt sind; er hat sich ferner nach den gefaßten Beschlüssen zu richten und dieselben zur Ausführung zu bringen.

Im Uebrigen ist der Umfang seiner Befugnisse auch der Rhederei gegenüber nach den Bestimmungen des Art. 460. mit der Maßgabe zu beurtheilen, daß er zu neuen Reisen und Unternehmungen, zu außergewöhnlichen Reparaturen, sowie zur Anstellung oder Entlassung des Schiffers vorher die Beschlüsse der Rhederei einholen muß.

Art. 464.

Der Korrespondentrheder ist verpflichtet, in den Angelegenheiten der Rhederei die Sorgfalt eines ordentlichen Rheders anzuwenden.

Art. 465.

Der Korrespondentrheder hat über seine die Rhederei betreffende Geschäftsführung abgesondert Buch zu führen und die dazu gehörigen Belege aufzubewahren. Er hat auch jedem Mitrheder auf dessen Verlangen Kenntniß von allen Verhältnissen zu geben, die sich auf die Rhederei, insbesondere auf das Schiff, die Reise und die Ausrüstung beziehen; er muß ihm jederzeit die Einsicht der die Rhederei betreffenden Bücher, Briefe und Papiere gestatten.

Art. 466.

Der Korrespondentrheder ist verpflichtet, jederzeit auf Beschluß der Rhederei derselben Rechnung zu legen. Die Genehmigung der Rechnung und die Billigung der Verwaltung des Korrespondentrheders durch die Mehrheit hindert die Minderheit nicht, ihr Recht geltend zu machen.

Art. 467.

Jeder Mitrheder hat nach Verhältniß seiner Schiffspart zu den Ausgaben der Rhederei, insbesondere zu den Kosten der Ausrüstung und der Reparatur des Schiffs, beizutragen.

Ist ein Mitrheder mit Leistung seines Beitrags in Verzug und wird das Geld von Mitrhedern für ihn vorgeschossen, so ist er denselben von Rechtswegen zur Entrichtung von Zinsen von dem Zeitpunkt der Vorschüsse an verpflichtet. Ob durch einen solchen Vorschuß ein Pfandrecht an der Schiffspart des säumigen Mitrheders erworben wird, ist nach den Landesgesetzen zu beurtheilen. Auch wenn ein Pfandrecht nicht erworben ist, wird durch den Vorschuß ein versicherbares Interesse hinsichtlich der Schiffspart für die Mitrheder begründet. Im Fall der Versicherung dieses Interesse hat der säumige Mitrheder die Kosten derselben zu ersetzen.

Art. 468.

Wenn eine neue Reise oder wenn nach Beendigung einer Reise die Reparatur des Schiffs, oder wenn die Befriedigung eines Gläubigers beschlossen worden ist, welchem die Rhederei nur mit Schiff und Fracht haftet, so kann jeder Mitrheder, welcher dem Beschlusse nicht zugestimmt hat, sich von der Leistung der zur Ausführung desselben erforderlichen Einzahlungen dadurch befreien, daß er seine Schiffspart ohne Anspruch auf Entgeld aufgiebt.

Der Mitrheder, welcher von dieser Befugniß Gebrauch machen will, muß dieses den Mitrhedern oder dem Korrespondentrheder innerhalb dreier Tage nach dem Tage des Beschlusses oder, wenn er bei der Beschlußfassung nicht anwesend und nicht vertreten war, innerhalb dreier Tage nach der Mittheilung des Beschlusses gerichtlich oder notariell kundgeben.

Die aufgegebene Schiffspart fällt den übrigen Mitrhedern nach Verhältniß der Größe ihrer Schiffsparten zu.

Digitized by Google

Art. 469.

Die Vertheilung des Gewinnes und Verlustes geschieht nach der Größe der Schiffsparten.

Die Berechnung des Gewinnes und Verlustes und die Auszahlung des etwaigen Gewinnes erfolgt jedesmal, nachdem das Schiff in den Heimathshafen zurückgekehrt ist, oder nachdem es in einem anderen Hafen seine Reise beendigt hat und die Schiffsmannschaft entlassen ist.

Außerdem müssen auch vor dem erwähnten Zeitpunkte die eingehenden Gelder, insoweit sie nicht zu späteren Ausgaben oder zur Deckung von Ansprüchen einzelner Mitrheder an die Rhederei erforderlich sind, unter die einzelnen Mitrheder nach Verhältniß der Größe ihrer Schiffsparten vorläufig vertheilt und ausgezahlt werden.

Art. 470.

Jeder Mitrheder kann seine Schiffspart jederzeit und ohne Einwilligung der übrigen Mitrheder ganz oder theilweise veräußern.

Ein gesetzliches Vorkaufsrecht steht den Mitrhedern nicht zu. Es kann jedoch die Veräußerung einer Schiffspart, in Folge welcher das Schiff das Recht, die Landesflagge zu führen, verlieren würde, rechtsgültig nur mit Zustimmung aller Mitrheder erfolgen. Die Landesgesetze, welche eine solche Veräußerung überhaupt für unzulässig erklären, werden durch diese Bestimmung nicht berührt.

Art. 471.

Der Mitrheder, welcher seine Schiffspart veräußert hat, wird, so lange die Veräußerung von ihm und dem Erwerber den Mitrhedern oder dem Korrespondentrheder nicht angezeigt worden ist, im Verhältniß zu den Mitrhedern noch als Mitrheder betrachtet und bleibt wegen aller vor dieser Anzeige begründeten Verbindlichkeiten als Mitrheder den übrigen Mitrhedern verhaftet.

Der Erwerber der Schiffspart ist jedoch im Verhältniß zu den übrigen Mitrhedern schon seit dem Zeitpunkte der Erwerbung als Mitrheder verpflichtet.

Er muß die Bestimmungen des Rhedereivertrags, die gefaßten Beschlüsse und eingegangenen Geschäfte gleichwie der Veräußerer gegen sich gelten lassen; die übrigen Mitrheder können außerdem alle gegen den Veräußerer als Mitrheder begründeten Verbindlichkeiten in Bezug auf die veräußerte Schiffspart gegen den Erwerber zur Aufrechnung bringen, unbeschadet des Rechts des Letzteren auf Gewährleistung gegen den Veräußerer.

Art. 472.

Eine Aenderung in den Personen der Mitrheder ist ohne Einfluß auf den Fortbestand der Rhederei.

Wenn ein Mitrheder stirbt, oder in Konkurs geräth, oder zur Verwaltung seines Vermögens rechtlich unfähig wird, so hat dies die Auflösung der Rhederei nicht zur Folge.

Eine Aufkündigung von Seiten eines Mitrheders oder eine Ausschließung eines Mitrheders findet nicht Statt.

Art. 473.

Die Auflösung der Rhederei kann durch Stimmenmehrheit beschlossen werden. Der Beschluß, das Schiff zu veräußern, steht dem Beschlusse der Auflösung gleich.

Ist die Auflösung der Rhederei oder die Veräußerung des Schiffs beschlossen, so muß das Schiff öffentlich verkauft werden. Der Verkauf kann nur geschehen, wenn das Schiff zu einer Reise nicht verfrachtet ist und in dem Heimathshafen oder in einem inländischen Hafen sich befindet. Ist jedoch das Schiff als reparaturunfähig oder reparaturunwürdig (Art. 444.) kondemnirt, so kann

Digitized by Google

der Verkauf desselben, auch wenn es verfrachtet ist, und selbst im Auslande erfolgen. Soll von den vorstehenden Bestimmungen abgewichen werden, so ist die Zustimmung aller Mitrheder erforderlich.

Art. 474.

Die Mitrheder als solche haften Dritten, wenn ihre persönliche Haftung eintritt, nur nach Verhältniß der Größe ihrer Schiffsparten.

Ist eine Schiffspart veräußert, so haften für die in der Zeit zwischen der Veräußerung und der im Art. 471. erwähnten Anzeige etwa begründeten persönlichen Verbindlichkeiten rücksichtlich dieser Schiffspart sowohl der Veräußerer, als der Erwerber.

Art. 475.

Die Mitrheder als solche können wegen eines jeden Anspruchs ohne Unterschied, ob dieser von einem Mitrheder oder von einem Dritten erhoben ist, vor dem Gerichte des Heimathshafens (Art. 435.) belangt werden.

Diese Vorschrift kommt auch dann zur Anwendung, wenn die Klage nur gegen einen Mitrheder oder gegen einige Mitrheder gerichtet ist.

Art. 476.

Auf die Vereinigung zweier oder mehrerer Personen, ein Schiff für gemeinschaftliche Rechnung zu erbauen und zur Seefahrt zu verwenden, finden die Art. 457. 458. 467., der letztere mit der Maßgabe Anwendung, daß er zugleich auf die Baukosten zu beziehen ist, desgleichen die Art. 472. und 474. und, sobald das Schiff vollendet und von dem Erbauer abgeliefert ist, außerdem die Art. 470. 471. und 473.

Der Korrespondentrheder (Art. 459.) kann auch schon vor Vollendung des Schiffs bestellt werden; er hat in diesem Falle sogleich nach seiner Bestellung in Bezug auf den künftigen Rhedereibetrieb die Rechte und Pflichten eines Korrespondentrheders.

Art. 477.

Wer ein ihm nicht gehöriges Schiff zum Erwerb durch die Seefahrt für seine Rechnung verwendet und es entweder selbst führt, oder die Führung einem Schiffer anvertraut, wird im Verhältniß zu Dritten als Rheder angesehen.

Der Eigenthümer kann denjenigen, welcher aus der Verwendung einen Anspruch als Schiffsgläubiger herleitet, an der Durchführung des Anspruchs nicht hindern, sofern er nicht beweist, daß die Verwendung ihm gegenüber eine widerrechtliche und der Gläubiger nicht in gutem Glauben war.

Dritter Titel.

Von dem Schiffer.

Art. 478.

Der Führer des Schiffs (Schiffskapitain, Schiffer) ist verpflichtet, bei allen Dienstverrichtungen, namentlich bei der Erfüllung der von ihm auszuführenden Verträge, die Sorgfalt eines ordentlichen Schiffers anzuwenden. Er haftet für jeden durch sein Verschulden entstandenen Schaden, insbesondere für den Schaden, welcher aus der Verletzung der in diesem und den folgenden Titeln ihm auferlegten Pflichten entsteht.

Art. 479.

Diese Haftung des Schiffers besteht nicht nur gegenüber dem Rheder, sondern auch gegenüber dem Befrachter, Ablader und Ladungsempfänger, dem Reisenden, der Schiffsbesatzung und dem-

12*

Digitized by Google

jenigen Schiffsgläubiger, dessen Forderung aus einem Kreditgeschäft (Art. 497.) entstanden ist, insbesondere dem Bodmereigläubiger.

Der Schiffer wird dadurch, daß er auf Anweisung des Rheders gehandelt hat, den übrigen vorgenannten Personen gegenüber von der Haftung nicht befreit.

Durch eine solche Anweisung wird auch der Rheder persönlich verpflichtet, wenn er bei Ertheilung derselben von dem Sachverhältniß unterrichtet war.

Art. 480.

Der Schiffer hat vor Antritt der Reise dafür zu sorgen, daß das Schiff in seetüchtigem Stande, gehörig eingerichtet und ausgerüstet, gehörig bemannt und verproviantirt ist, und daß die zum Ausweise für Schiff, Besatzung und Ladung erforderlichen Papiere an Bord sind.

Art. 481.

Der Schiffer hat zu sorgen für die Tüchtigkeit der Geräthschaften zum Laden und Löschen, sowie für die gehörige Stauung nach Seemannsbrauch, auch wenn die Stauung durch besondere Stauer bewirkt wird.

Er hat dafür zu sorgen, daß das Schiff nicht überladen und daß es mit dem nöthigen Ballast und der erforderlichen Garnirung versehen wird.

Art. 482.

Wenn der Schiffer im Auslande die dort geltenden gesetzlichen Vorschriften, insbesondere die Polizei-Steuer- und Zollgesetze nicht beobachtet, so hat er den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

Desgleichen hat er den Schaden zu ersetzen, welcher daraus entsteht, daß er Güter ladet, von welchen er wußte oder wissen mußte, daß sie Kriegskontrebande seien.

Art. 483.

Sobald das Schiff zum Abgehen fertig ist, hat der Schiffer die Reise bei der ersten günstigen Gelegenheit anzutreten.

Auch wenn er durch Krankheit oder andere Ursachen verhindert ist, das Schiff zu führen, darf er den Abgang oder die Weiterfahrt desselben nicht ungebührlich aufhalten; er muß vielmehr, wenn Zeit und Umstände gestatten, die Anordnung des Rheders einzuholen, diesem ungesäumt die Verhinderung anzeigen und für die Zwischenzeit die geeigneten Vorkehrungen treffen, im entgegengesetzten Falle einen anderen Schiffer einsetzen. Für diesen Stellvertreter ist er nur insofern verantwortlich, als ihm bei der Wahl desselben ein Verschulden zur Last fällt.

Art. 484.

Vom Beginn des Ladens an bis zur Beendigung der Löschung darf der Schiffer das Schiff gleichzeitig mit dem Steuermann nur in dringenden Fällen verlassen; er hat in solchen Fällen zuvor aus den Schiffsoffizieren oder der übrigen Mannschaft einen geeigneten Vertreter zu bestellen.

Dasselbe gilt auch vor Beginn des Ladens und nach Beendigung der Löschung, wenn das Schiff in einem nicht sicheren Hafen oder auf einer nicht sicheren Rhede liegt.

Bei drohender Gefahr, oder wenn das Schiff in See sich befindet, muß der Schiffer an Bord sein, sofern nicht eine dringende Nothwendigkeit seine Abwesenheit rechtfertigt.

Art. 485.

Wenn der Schiffer in Fällen der Gefahr mit den Schiffsoffizieren einen Schiffsrath zu halten

Digitized by Google

für angemessen findet, so ist er gleichwohl an die gefaßten Beschlüsse nicht gebunden; er bleibt stets für die von ihm getroffenen Maßregeln verantwortlich.

Art. 486.

Auf jedem Schiffe muß ein Journal geführt werden, in welches für jede Reise alle erheblichen Begebenheiten, seit mit dem Einnehmen der Ladung oder des Ballastes begonnen ist, einzutragen sind.

Das Journal wird unter Aufsicht des Schiffers von dem Steuermann und im Falle der Verhinderung des Letzteren von dem Schiffer selbst oder unter seiner Aufsicht von einem durch ihn zu bestimmenden geeigneten Schiffsmann geführt.

Art. 487.

Von Tag zu Tag sind in das Journal einzutragen:
die Beschaffenheit von Wind und Wetter;
die von dem Schiffe gehaltenen Kurse und zurückgelegten Distanzen;
die ermittelte Breite und Länge;
der Wasserstand bei den Pumpen.

Ferner sind in das Journal einzutragen:
die durch das Loth ermittelte Wassertiefe;
jedes Annehmen eines Lootsen und die Zeit seiner Ankunft und seines Abgangs;
die Veränderungen im Personal der Schiffsbesatzung;
die im Schiffsrathe gefaßten Beschlüsse;
alle Unfälle, welche dem Schiff oder der Ladung zustoßen, und die Beschreibung derselben.

Auch die auf dem Schiff begangenen strafbaren Handlungen und die verhängten Disziplinarstrafen, sowie die vorgekommenen Geburts- und Sterbefälle sind in das Journal einzutragen.

Die Eintragungen müssen, soweit die Umstände nicht hindern, täglich geschehen.

Das Journal ist von dem Schiffer und dem Steuermann zu unterschreiben.

Art. 488.

Das Journal, wenn es ordnungsmäßig geführt und in der Form unverdächtig ist, liefert für die Begebenheiten der Reise, soweit darüber weder eine Verklarung erforderlich (Art. 490.), noch die Beibringung anderer Belege gebräuchlich ist, in der Regel einen unvollständigen Beweis, welcher durch den Eid oder andere Beweismittel ergänzt werden kann. Jedoch hat der Richter nach seinem durch die Erwägung aller Umstände geleiteten Ermessen zu entscheiden, ob dem Inhalte des Journals ein größeres oder geringeres Maß der Beweiskraft beizulegen sei.

Art. 489.

Die Landesgesetze können bestimmen, daß auf kleineren Fahrzeugen (Küstenfahrer und dergleichen) die Führung eines Journals nicht erforderlich sei.

Art. 490.

Der Schiffer hat über alle Unfälle, welche sich während der Reise ereignen, sie mögen den Verlust oder die Beschädigung des Schiffs oder der Ladung, das Einlaufen in einen Nothhafen oder einen sonstigen Nachtheil zur Folge haben, mit Zuziehung aller Personen der Schiffsbesatzung oder einer genügenden Anzahl derselben eine Verklarung abzulegen.

Die Verklarung ist ohne Verzug zu bewirken und zwar:
im Bestimmungshafen oder bei mehreren Bestimmungshäfen, in demjenigen, welchen das Schiff nach dem Unfalle zuerst erreicht;

Digitized by Google

im Nothhafen, sofern in diesem reparirt oder gelöscht wird;
am ersten geeigneten Orte, wenn die Reise endet, ohne daß der Bestimmungshafen erreicht wird.

Ist der Schiffer gestorben oder außer Stande, die Aufnahme der Verklarung zu bewirken, so ist hierzu der im Range nächste Schiffsoffizier berechtigt und verpflichtet.

Art. 491.

Die Verklarung muß einen Bericht über die erheblichen Begebenheiten der Reise, namentlich eine vollständige und deutliche Erzählung der erlittenen Unfälle, unter Angabe der zur Abwendung oder Verringerung der Nachtheile angewendeten Mittel enthalten.

Art. 492.

Im Gebiete dieses Gesetzbuchs muß die Verklarung, unter Vorlegung des Journals und eines Verzeichnisses aller Personen der Schiffsbesatzung, bei dem zuständigen Gericht angemeldet werden.

Das Gericht hat nach Eingang der Anmeldung, sobald als thunlich, die Verklarung aufzunehmen.

Der dazu anberaumte Termin wird in geeigneter Weise öffentlich bekannt gemacht, insofern die Umstände einen solchen Aufenthalt gestatten.

Die Interessenten von Schiff und Ladung, sowie die etwa sonst bei dem Unfall Betheiligten sind berechtigt, selbst oder durch Vertreter der Ablegung der Verklarung beizuwohnen.

Die Verklarung geschieht auf Grundlage des Journals. Kann das geführte Journal nicht beigebracht werden, oder ist ein Journal nicht geführt (Art. 489.), so ist der Grund hiervon anzugeben.

Art. 493.

Der Richter ist befugt, außer den gestellten noch andere Personen der Schiffsbesatzung, deren Abhörung er angemessen findet, zu vernehmen. Er kann zum Zwecke besserer Aufklärung dem Schiffer sowohl als jeder anderen Person der Schiffsbesatzung geeignete Fragen zur Beantwortung vorlegen.

Der Schiffer und die zugezogenen übrigen Personen der Schiffsbesatzung haben ihre Aussagen zu beschwören.

Die über die Verklarung aufgenommene Verhandlung ist in Urschrift aufzubewahren und jedem Betheiligten auf Verlangen beglaubigte Abschrift zu ertheilen.

Art. 494.

Die in Gemäßheit der Art. 492. und 493. aufgenommene Verklarung liefert vollen Beweis der dadurch beurkundeten Begebenheiten der Reise.

Jedem Betheiligten bleibt im Prozesse der Gegenbeweis vorbehalten.

Art. 495.

Rechtsgeschäfte, welche der Schiffer eingeht, während das Schiff im Heimathshafen sich befindet, sind für den Rheder nur dann verbindlich, wenn der Schiffer auf Grund einer Vollmacht gehandelt hat, oder wenn ein anderer besonderer Verpflichtungsgrund vorhanden ist.

Zur Annahme der Schiffsmannschaft ist der Schiffer auch im Heimathshafen befugt.

Art. 496.

Befindet sich das Schiff außerhalb des Heimathshafens, so ist der Schiffer Dritten gegenüber kraft seiner Anstellung befugt, für den Rheder alle Geschäfte und Rechtshandlungen vorzunehmen,

Digitized by Google

welche die Ausrüstung, Bemannung, Verproviantirung und Erhaltung des Schiffs, sowie überhaupt die Ausführung der Reise mit sich bringen.

Diese Befugniß erstreckt sich auch auf die Eingehung von Frachtverträgen; sie erstreckt sich ferner auf die Anstellung von Klagen, welche sich auf den Wirkungskreis des Schiffers beziehen.

Art. 497.

Zur Aufnahme von Darlehen, zur Eingehung von Käufen auf Borg, sowie zum Abschlusse ähnlicher Kreditgeschäfte ist jedoch der Schiffer nur dann befugt, wenn es zur Erhaltung des Schiffs oder zur Ausführung der Reise nothwendig, und nur insoweit, als es zur Befriedigung des Bedürfnisses erforderlich ist. Ein Bodmereigeschäft ist er einzugehen nur dann befugt, wenn es zur Ausführung der Reise nothwendig, und nur insoweit, als es zur Befriedigung des Bedürfnisses erforderlich ist.

Die Gültigkeit des Geschäfts ist weder von der wirklichen Verwendung, noch von der Zweckmäßigkeit der unter mehreren Kreditgeschäften getroffenen Wahl, noch von dem Umstande abhängig, ob dem Schiffer das erforderliche Geld zur Verfügung gestanden habe, es sei denn, daß dem Dritten der böse Glaube bewiesen würde.

Art. 498.

Auf den persönlichen Kredit des Rheders Geschäfte abzuschließen, insbesondere Wechselverbindlichkeiten für denselben einzugehen, ist der Schiffer nur auf Grund einer ihn hierzu ermächtigenden Vollmacht (Art. 452. Ziff. 1.) befugt. Verhaltungsmaßregeln und dienstliche Anweisungen, welche der Schiffer vom Rheder erhält, genügen nicht, die persönliche Haftung des Rheders dem Dritten gegenüber zu begründen.

Art. 499.

Die Befugniß zum Verkaufe des Schiffs hat der Schiffer nur im Falle dringender Nothwendigkeit, und nachdem dieselbe durch das Ortsgericht nach Anhörung von Sachverständigen und mit Zuziehung des Landeskonsuls, wo ein solcher vorhanden, festgestellt ist.

Ist keine Gerichtsbehörde und auch keine andere Behörde, welche die Untersuchung übernimmt, am Orte vorhanden, so hat der Schiffer zur Rechtfertigung seines Verfahrens das Gutachten von Sachverständigen einzuholen und, wenn dies nicht möglich ist, mit anderen Beweisen sich zu versehen.

Der Verkauf muß öffentlich geschehen.

Art. 500.

Der Rheder, welcher die gesetzlichen Befugnisse des Schiffers beschränkt hat, kann dem Dritten die Nichteinhaltung dieser Beschränkungen nur dann entgegensetzen, wenn er beweist, daß dieselben dem Dritten bekannt waren.

Art. 501.

Hat der Schiffer ohne besonderen Auftrag für Rechnung des Rheders aus eigenen Mitteln Vorschüsse geleistet oder sich persönlich verpflichtet, so stehen ihm gegen den Rheder wegen des Ersatzes keine größeren Rechte als einem Dritten zu.

Art. 502.

Durch ein Rechtsgeschäft, welches der Schiffer in seiner Eigenschaft als Führer des Schiffs, sei es mit, sei es ohne Bezeichnung des Rheders, innerhalb seiner gesetzlichen Befugnisse geschlossen hat, wird der Rheder dem Dritten gegenüber berechtigt und die Haftung des Rheders mit Schiff und Fracht begründet.

Digitized by Google

Der Schiffer selbst wird dem Dritten durch das Rechtsgeschäft nicht verpflichtet, es sei denn, daß er eine Gewährleistung für die Erfüllung übernommen oder seine Befugnisse überschritten hätte. Die Haftung des Schiffers nach Maßgabe der Art. 478 und 479. wird hierdurch nicht ausgeschlossen.

Art. 503.

Auch dem Rheder gegenüber sind für den Umfang der Befugnisse des Schiffers die vorstehenden Artikel maßgebend, soweit der Rheder diese Befugnisse nicht beschränkt hat.

Außerdem ist der Schiffer verpflichtet, von dem Zustande des Schiffs, den Begebnissen der Reisen, den von ihm geschlossenen Verträgen und den anhängig gewordenen Prozessen den Rheder in fortlaufender Kenntniß zu erhalten und in allen erheblichen Fällen, namentlich in den Fällen der Art. 497. und 499., oder wenn er eine Reise zu ändern oder einzustellen sich genöthigt findet, oder bei außergewöhnlichen Reparaturen und Anschaffungen die Ertheilung von Verhaltungsmaßregeln nachzusuchen, sofern die Umstände es gestatten.

Zu außergewöhnlichen Reparaturen und Anschaffungen, selbst wenn er sie mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln des Rheders bestreiten kann, darf er nur im Falle der Nothwendigkeit schreiten.

Wenn er das zur Bestreitung eines Bedürfnisses nöthige Geld nicht anders sich verschaffen kann, als entweder durch Bodmerei oder durch den Verkauf von entbehrlichem Schiffszubehör oder durch den Verkauf von entbehrlichen Schiffsvorräthen, so hat er diejenige Maßregel zu ergreifen, welche für den Rheder mit dem geringsten Nachtheil verbunden ist.

Er muß dem Rheder nach der Rückkehr in den Heimathshafen und außerdem, so oft es verlangt wird, Rechnung legen.

Art. 504.

Im Interesse der Ladungsbetheiligten hat der Schiffer während der Reise zugleich für das Beste der Ladung nach Möglichkeit Sorge zu tragen.

Werden zur Abwendung oder Verringerung eines Verlustes besondere Maßregeln erforderlich, so liegt ihm ob, das Interesse der Ladungsbetheiligten als Vertreter derselben wahrzunehmen, wenn thunlich deren Anweisungen einzuholen und, insoweit es den Verhältnissen entspricht, zu befolgen, sonst aber nach eigenem Ermessen zu verfahren und überhaupt thunlichst dafür zu sorgen, daß die Ladungsbetheiligten von solchen Vorfällen und den dadurch veranlaßten Maßregeln schleunigst in Kenntniß gesetzt werden.

Er ist in solchen Fällen namentlich auch berechtigt, die Ladung ganz oder zum Theil zu löschen, äußerstenfalls, wenn ein erheblicher Verlust wegen drohenden Verderbs oder aus sonstigen Gründen anders nicht abzuwenden ist, zu verkaufen oder behufs Beschaffung der Mittel zu ihrer Erhaltung und Weiterbeförderung zu verbodmen, sowie im Falle der Anhaltung oder Aufbringung zu reklamiren oder, wenn sie auf andere Weise seiner Verfügung entzogen ist, ihre Wiedererlangung außergerichtlich und gerichtlich zu betreiben.

Art. 505.

Wird die Fortsetzung der Reise in der ursprünglichen Richtung durch einen Zufall verhindert, so ist der Schiffer befugt, die Reise entweder in einer anderen Richtung fortzusetzen oder dieselbe auf kürzere oder längere Zeit einzustellen, oder nach dem Abgangshafen zurückzukehren, je nachdem es den Verhältnissen und den möglichst zu berücksichtigenden Anweisungen entspricht.

Im Falle der Auflösung des Frachtvertrags hat er nach den Vorschriften des Art. 634. zu verfahren.

Digitized by Google

Art. 506.

Auf den persönlichen Kredit der Ladungsbetheiligten Geschäfte abzuschließen, ist der Schiffer auch in den Fällen des Art. 504. nur auf Grund einer ihn hierzu ermächtigenden Vollmacht befugt.

Art. 507.

Außer den Fällen des Art. 504. ist der Schiffer zur Verbodmung der Ladung oder zur Verfügung über Ladungstheile durch Verkauf oder Verwendung nur dann befugt, wenn und insoweit es zum Zweck der Fortsetzung der Reise nothwendig ist.

Art. 508.

Gründet sich das Bedürfniß in einer großen Haverei und kann der Schiffer demselben durch verschiedene Maßregeln abhelfen, so hat er diejenige Maßregel zu ergreifen, welche für die Betheiligten mit dem geringsten Nachtheil verbunden ist.

Art. 509.

Liegt der Fall einer großen Haverei nicht vor, so ist der Schiffer zur Verbodmung der Ladung oder zur Verfügung über Ladungstheile durch Verkauf oder Verwendung nur dann befugt, wenn er dem Bedürfniß auf anderem Wege nicht abhelfen kann, oder wenn die Wahl eines anderen Mittels einen unverhältnißmäßigen Schaden für den Rheder zur Folge haben würde.

Auch in diesen Fällen kann er die Ladung nur zusammen mit dem Schiff und der Fracht verbodmen (Art. 681. Abs. 2.).

Er hat die Verbodmung vor dem Verkauf zu wählen, es sei denn, daß die Verbodmung einen unverhältnißmäßigen Schaden für den Rheder zur Folge haben würde.

Art. 510.

Die Verbodmung der Ladung oder die Verfügung über Ladungstheile durch Verkauf oder Verwendung wird in den Fällen des vorstehenden Artikels als ein für Rechnung des Rheders abgeschlossenes Kreditgeschäft (Art. 497. und 757. Ziffer 7.) angesehen.

Art. 511.

In Bezug auf die Gültigkeit der in den Fällen der Art. 504. und 507.—509. von dem Schiffer abgeschlossenen Rechtsgeschäfte kommen die Vorschriften des Art. 497. zur Anwendung.

Art. 512.

Zu den Geschäften und Rechtshandlungen, welche der Schiffer nach den Art. 495. 496. 497. 499. 504. 507.—509. vorzunehmen befugt ist, bedarf er der in den Landesgesetzen etwa vorgeschriebenen Spezialvollmacht nicht.

Art. 513.

Was der Schiffer vom Befrachter, Ablader oder Ladungsempfänger außer der Fracht als Kaplaken, Primage oder sonst als Belohnung oder Entschädigung gleichviel unter welchem Namen erhält, muß er dem Rheder als Einnahme in Rechnung bringen.

Art. 514.

Der Schiffer darf ohne Einwilligung des Rheders für eigene Rechnung keine Güter verladen. Handelt er dieser Bestimmung zuwider, so muß er dem Rheder die höchste am Abladungsorte zur Abladungszeit für solche Reisen und Güter bedungene Fracht erstatten, unbeschadet des Rechts des Rheders, einen erweislich höheren Schaden geltend zu machen.

Bayerische Staatsbibliothek München

Digitized by Google

Art. 515.

Der Schiffer kann, selbst wenn das Gegentheil vereinbart ist, jederzeit von dem Rheder entlassen werden, jedoch unbeschadet seiner Entschädigungsansprüche.

Art. 516.

Erfolgt die Entlassung, weil der Schiffer untüchtig befunden ist, oder weil er seiner Pflicht nicht genügt, so erhält er nur dasjenige, was er von der Heuer einschließlich aller sonst bedungenen Vortheile bis dahin verdient hat.

Art. 517.

Wenn ein Schiffer, welcher für eine bestimmte Reise angestellt ist, entlassen wird, weil die Reise wegen Krieg, Embargo oder Blokade, oder wegen eines Einfuhr- oder Ausfuhrverbots, oder wegen eines anderen Schiff oder Ladung betreffenden Zufalls nicht angetreten oder fortgesetzt werden kann, so erhält er gleichfalls nur dasjenige, was er von der Heuer einschließlich aller sonst bedungenen Vortheile bis dahin verdient hat. Dasselbe gilt, wenn ein auf unbestimmte Zeit angestellter Schiffer entlassen wird, nachdem er die Ausführung einer bestimmten Reise übernommen hat.

Erfolgt in diesen Fällen die Entlassung während der Reise, so hat der Schiffer außerdem nach seiner Wahl entweder auf freie Zurückbeförderung nach dem Hafen, wo er geheuert worden ist, oder auf eine entsprechende Vergütung Anspruch.

Wenn nach den Bestimmungen dieses Gesetzbuchs ein Anspruch auf freie Zurückbeförderung begründet ist, so umfaßt derselbe auch den Unterhalt während der Reise.

Art. 518.

Wird ein Schiffer, welcher auf unbestimmte Zeit angestellt ist, aus anderen als den in den Art. 516. und 517. angeführten Gründen entlassen, nachdem er die Ausführung einer bestimmten Reise übernommen hat, so erhält er außer demjenigen, was ihm nach den Bestimmungen des vorigen Artikels gebührt, als Entschädigung noch die Heuer für zwei oder vier Monate, je nachdem die Entlassung in einem europäischen oder in einem nichteuropäischen Hafen erfolgt ist. Jedoch erhält er in keinem Falle mehr, als er erhalten haben würde, wenn er die Reise zu Ende geführt hätte.

Art. 519.

War die Heuer nicht zeitweise, sondern in Bausch und Bogen für die ganze Reise bedungen, so wird in den Fällen der Art. 516.—518. die verdiente Heuer mit Rücksicht auf den vollen Heuerbetrag nach Verhältniß der geleisteten Dienste, sowie des etwa zurückgelegten Theils der Reise bestimmt. Zur Ermittlung der im Art. 518. erwähnten Heuer für zwei oder vier Monate wird die durchschnittliche Dauer der Reise einschließlich der Ladungs- und Löschungszeit unter Berücksichtigung der Beschaffenheit des Schiffs in Ansatz gebracht und danach die Heuer für die zwei oder vier Monate berechnet.

Art. 520.

Endet die Rückreise des Schiffs nicht in dem Heimathshafen und war der Schiffer für die Aus- und Rückreise oder auf unbestimmte Zeit angestellt, so hat der Schiffer Anspruch auf freie Zurückbeförderung nach dem Hafen, wo er geheuert worden ist, und auf Fortbezug der Heuer während der Reise oder nach seiner Wahl auf eine entsprechende Vergütung.

Digitized by Google

Art. 521.

Der Schiffer, welcher auf unbestimmte Zeit angestellt ist, muß, sobald er eine Reise angetreten hat, in dem Dienst verbleiben, bis das Schiff in den Heimathshafen oder in einen inländischen Hafen zurückgekehrt und die Entlöschung erfolgt ist.

Er kann jedoch seine Entlassung fordern, wenn seit der ersten Abreise zwei oder drei Jahre verflossen sind, je nachdem das Schiff zur Zeit der Aufkündigung in einem europäischen oder in einem nichteuropäischen Hafen sich befindet. Er hat in einem solchen Falle dem Rheder die zu seiner Ersetzung erforderliche Zeit zu gewähren und den Dienst inzwischen fortzusetzen, jedenfalls die laufende Reise zu beendigen.

Hat der Rheder sofort nach der Kündigung die Rückreise angeordnet, so muß der Schiffer das Schiff zurückführen.

Art. 522.

Die Schiffspart, mit welcher der Schiffer auf Grund einer mit den übrigen Rhedern getroffenen Vereinbarung als Mitrheder an dem Schiff betheiligt ist, muß im Fall seiner unfreiwilligen Entlassung auf sein Verlangen von den Mitrhedern gegen Auszahlung des durch Sachverständige zu bestimmenden Schätzungswerths übernommen werden. Dieses Recht des Schiffers erlischt, wenn er die Erklärung, davon Gebrauch zu machen, ohne Grund verzögert.

Art. 523.

Falls der Schiffer nach Antritt der Reise erkrankt oder verwundet wird, so trägt der Rheder die Kosten der Verpflegung und Heilung:

1) wenn der Schiffer mit dem Schiffe zurückkehrt und die Rückreise in dem Heimathshafen oder in dem Hafen endet, wo er geheuert worden ist, bis zur Beendigung der Rückreise;
2) wenn er mit dem Schiffe zurückkehrt und die Reise nicht in einem der genannten Häfen endet, bis zum Ablauf von sechs Monaten seit Beendigung der Rückreise;
3) wenn er während der Reise am Lande zurückgelassen werden mußte, bis zum Ablauf von sechs Monaten seit der Weiterreise des Schiffs.

Auch gebührt ihm in den beiden letzteren Fällen freie Zurückbeförderung (Art. 517.) oder nach seiner Wahl eine entsprechende Vergütung.

Die Heuer einschließlich aller sonst bedungenen Vortheile bezieht der nach Antritt der Reise erkrankte oder verwundete Schiffer, wenn er mit dem Schiffe zurückkehrt, bis zur Beendigung der Rückreise, wenn er am Lande zurückgelassen werden mußte, bis zu dem Tage, an welchem er das Schiff verläßt.

Ist der Schiffer bei der Vertheidigung des Schiffs beschädigt, so hat er überdies auf eine angemessene, erforderlichenfalls von dem Richter zu bestimmende Belohnung Anspruch.

Art. 524.

Stirbt der Schiffer nach Antritt des Dienstes, so hat der Rheder die bis zum Todestage verdiente Heuer einschließlich aller sonst bedungenen Vortheile zu entrichten; ist der Tod nach Antritt der Reise erfolgt, so hat der Rheder auch die Beerdigungskosten zu tragen.

Wird der Schiffer bei Vertheidigung des Schiffs getödtet, so hat der Rheder überdies eine angemessene, erforderlichenfalls von dem Richter zu bestimmende Belohnung zu zahlen.

Digitized by Google

Art. 525.

Auf die in den Art. 523. und 524. bezeichneten Forderungen findet die Vorschrift des Art. 453. gleichfalls Anwendung.

Art. 526.

Auch nach dem Verlust des Schiffs ist der Schiffer verpflichtet, noch für die Verklarung zu sorgen und überhaupt das Interesse des Rheders so lange wahrzunehmen, als es erforderlich ist. Er hat aber auch für diese Zeit Anspruch auf Fortbezug der Heuer und auf Erstattung der Kosten des Unterhalts. Für diese Heuer und Unterhaltskosten haftet der Rheder persönlich. Außerdem behält der Schiffer, jedoch nur nach Maßgabe des Art. 453., Anspruch auf freie Zurückbeförderung (Art. 517.) oder nach seiner Wahl auf eine entsprechende Vergütung.

Art. 527.

Die Bestimmungen der Landesgesetze über die von dem Schiffer nachzuweisende Qualifikation werden durch dieses Gesetzbuch nicht berührt.

Vierter Titel.

Von der Schiffsmannschaft.

Art. 528.

Zur „Schiffsmannschaft" werden auch die Schiffsoffiziere mit Ausschluß des Schiffers gerechnet; desgleichen ist unter „Schiffsmann" auch jeder Schiffsoffizier mit Ausnahme des Schiffers zu verstehen.

Art. 529.

Die Bestimmungen des mit der Schiffsmannschaft abgeschlossenen Heuervertrags sind in die Musterrolle aufzunehmen.

Art. 530.

Wird ein Schiffsmann erst nach Anfertigung der Musterrolle geheuert, so gelten für ihn in Ermangelung anderer Vertragsbestimmungen die nach Inhalt der Musterrolle mit der übrigen Schiffsmannschaft getroffenen Abreden, insbesondere kann er nur dieselbe Heuer fordern, welche nach der Musterrolle den übrigen Schiffsleuten seines Ranges gebührt.

Art. 531.

Die Verpflichtung der Schiffsmannschaft, an Bord zu kommen und Schiffsdienste zu leisten, beginnt, wenn nicht ein Anderes bedungen ist, mit der Anmusterung.

Von demselben Zeitpunkt an ist, in Ermangelung einer anderweitigen Abrede, die Heuer zu zahlen.

Art. 532.

Den Schiffsmann, welcher nach der Anmusterung dem Antritt oder der Fortsetzung des Dienstes sich entzieht, kann der Schiffer zur Erfüllung seiner Pflicht zwangsweise anhalten lassen.

Art. 533.

Der Schiffsmann ist verpflichtet, in Ansehung des Schiffsdienstes den Anordnungen des Schiffers unweigerlich Gehorsam zu leisten und zu jeder Zeit alle für Schiff und Ladung ihm übertragenen Arbeiten zu verrichten.

Digitized by Google

Er ist der Disziplinargewalt des Schiffers unterworfen. Die näheren Bestimmungen über die Disziplinargewalt des Schiffers bleiben den Landesgesetzen vorbehalten.

Art. 534.

Der Schiffsmann darf ohne Erlaubniß des Schiffers keine Güter an Bord bringen. Für die gegen dieses Verbot beförderten eigenen oder fremden Güter muß er die höchste am Abladungsorte zur Abladungszeit für solche Reisen und Güter bedungene Fracht erstatten, unbeschadet der Verpflichtung zum Ersatz eines erweislich höheren Schadens.

Der Schiffer ist auch befugt, die Güter über Bord zu werfen, wenn dieselben Schiff oder Ladung gefährden.

Die Landesgesetze, welche die Uebertretung des Verbots mit noch anderen Nachtheilen bedrohen, werden hierdurch nicht berührt.

Art. 535.

Der Schiffsmann ist verpflichtet, auf Verlangen bei der Verklarung mitzuwirken und seine Aussage eidlich zu bestärken.

Art. 536.

Die Heuer ist dem Schiffsmann, sofern keine andere Vereinbarung getroffen ist, erst nach Beendigung der Reise oder bei der Abdankung zu zahlen, wenn diese früher erfolgt.

Ob und inwieweit vor dem Antritte und während der Reise Vorschußzahlungen und Abschlagszahlungen zu leisten sind, bestimmen die Landesgesetze und in deren Ermangelung der Ortsgebrauch des Heimathshafens.

Art. 537.

Der Schiffsmann darf den Schiffer vor einem fremden Gericht nicht belangen. Handelt er dieser Bestimmung zuwider, so ist er nicht allein für den daraus entstehenden Schaden verantwortlich, sondern er wird außerdem der bis dahin verdienten Heuer verlustig.

Er kann in Fällen, die keinen Aufschub leiden, die vorläufige Entscheidung des Landeskonsuls oder desjenigen Konsuls, welcher dessen Geschäfte zu versehen berufen ist, und in Ermangelung eines solchen die des Konsuls eines anderen deutschen Staates nachsuchen.

Jeder Theil hat die Entscheidung des Konsuls einstweilen zu befolgen, vorbehaltlich der Befugniß, nach Beendigung der Reise seine Rechte vor der zuständigen Behörde geltend zu machen.

Art. 538.

Der Schiffsmann ist verpflichtet, während der ganzen Reise einschließlich etwaiger Zwischenreisen bis zur Beendigung der Rückreise im Dienste zu verbleiben, wenn in dem Heuervertrage nicht ein Anderes bestimmt ist.

Endet die Rückreise nicht in dem Heimathshafen, so hat er Anspruch auf freie Zurückbeförderung (Art. 517.) nach dem Hafen, wo er geheuert worden ist, und auf Fortbezug der Heuer während der Reise oder nach seiner Wahl auf eine entsprechende Vergütung.

Art. 539.

Ist nach Beendigung der Ausreise eine Zwischenreise beschlossen, oder ist eine Zwischenreise beendigt, so kann der Schiffsmann seine Entlassung fordern, wenn seit dem Dienstantritt zwei oder drei Jahre verflossen sind, je nachdem das Schiff in einem europäischen oder in einem nichteuropäischen Hafen sich befindet. Bei der Entlassung ist dem Schiffsmann die bis dahin verdiente Heuer, nicht aber eine weitere Vergütung zu zahlen.

Die Entlassung kann nicht gefordert werden, sobald die Rückreise angeordnet ist.

Digitized by Google

Art. 540.

Der vorstehende Artikel findet keine Anwendung, wenn der Schiffsmann für eine längere Zeit sich verheuert hat.

Die Verheuerung auf unbestimmte Zeit oder mit der allgemeinen Bestimmung, daß nach Beendigung der Ausreise der Dienst für alle Reisen, welche noch beschlossen werden möchten, fortzusetzen sei, wird als eine Verheuerung auf längere Zeit nicht angesehen.

Art. 541.

In allen Fällen, in welchen ein Schiff länger als zwei Jahre auswärts verweilt, tritt in Ermangelung einer anderweitigen Abrede für den seit der Ausreise im Dienste befindlichen Schiffsmann eine Erhöhung der Heuer ein, wenn diese nach Zeit bedungen ist.

Das Maß der Erhöhung bestimmen die Landesgesetze.

Art. 542.

Der Heuervertrag endet, wenn das Schiff durch einen Zufall dem Rheder verloren geht, insbesondere

wenn es verunglückt,

wenn es als reparaturunfähig oder reparaturunwürdig kondemnirt (Art. 444.) und in dem letzteren Falle ohne Verzug öffentlich verkauft wird,

wenn es geraubt wird,

wenn es aufgebracht oder angehalten und für gute Prise erklärt wird.

Dem Schiffsmann gebührt alsdann nicht allein die verdiente Heuer, sondern auch freie Zurückbeförderung nach dem Hafen, wo er geheuert worden ist, oder nach Wahl des Schiffers eine entsprechende Vergütung.

Er bleibt verbunden, bei der Bergung gegen Fortbezug der Heuer Hülfe zu leisten und bei der Verklarung gegen Zahlung der etwa erwachsenden Reise- und Versäumnißkosten mitzuwirken. Für diese Kosten haftet der Rheder persönlich, im Uebrigen haftet er nur nach Maßgabe des Art. 453.

Art. 543.

Der Schiffer kann den Schiffsmann, abgesehen von den in dem Heuervertrag bestimmten Fällen, vor Ablauf der Dienstzeit entlassen:

1) so lange die Reise noch nicht angetreten ist, wenn der Schiffsmann zu dem Dienst, zu welchem er sich verheuert hat, untauglich ist; wird die Untauglichkeit erst später entdeckt, so ist der Schiffer befugt, den Schiffsmann, mit Ausschluß des Steuermanns, im Rang herabzusetzen und seine Heuer verhältnißmäßig zu verringern;
2) wenn der Schiffsmann eines groben Dienstvergehens, insbesondere des wiederholten Ungehorsams oder der fortgesetzten Widerspenstigkeit, der Schmuggelei oder einer mit schwerer Strafe bedrohten Handlung sich schuldig macht;
3) wenn der Schiffsmann mit einer syphilitischen Krankheit behaftet ist, oder wenn er durch eine unerlaubte Handlung eine Krankheit oder Verwundung sich zuzieht, welche ihn arbeitsunfähig macht;
4) wenn die Reise, für welche der Schiffsmann geheuert war, wegen Krieg, Embargo oder Blokade oder wegen eines Ausfuhr- oder Einfuhrverbots oder wegen eines anderen Schiff oder Ladung betreffenden Zufalls nicht angetreten oder fortgesetzt werden kann.

Art. 544.

Dem Schiffsmann gebührt in den Fällen der Ziffern 1.—3. des Art. 543. nicht mehr als die

Digitized by Google

verdiente Heuer; in den Fällen der Ziffer 4. hat er, wenn er nach Antritt der Reise entlassen wird, nicht allein auf die verdiente Heuer, sondern auch auf freie Zurückbeförderung (Art. 517.) nach dem Hafen, wo er geheuert worden ist, oder nach Wahl des Schiffers auf eine entsprechende Vergütung Anspruch.

Die Landesgesetze, welche den Schiffsmann in Fällen der Pflichtverletzung (Ziffer 2.) mit Verlust der verdienten Heuer bedrohen, werden durch die vorstehende Bestimmung nicht berührt.

Den Landesgesetzen bleibt auch vorbehalten, noch aus anderen als den im Art. 543. angeführten Gründen die unfreiwillige Entlassung des Schiffsmanns ohne Entschädigung oder gegen theilweise Entschädigung zu gestatten.

Art. 545.

Der für eine Reise geheuerte Siffsmann, welcher aus anderen als den in den Art. 543. und 544. erwähnten Gründen vor Ablauf des Heuervertrags entlassen wird, behält, wenn die Entlassung vor Antritt der Reise erfolgt, als Entschädigung die etwa empfangenen Hand- und Vorschußgelder, soweit dieselben den üblichen Betrag nicht übersteigen.

Sind Hand- und Vorschußgelder nicht gezahlt, so hat er als Entschädigung die Heuer für einen Monat zu fordern.

Ist die Entlassung erst nach Antritt der Reise erfolgt, so erhält er außer der verdienten Heuer noch die Heuer für zwei oder vier Monate, je nachdem er in einem europäischen oder in einem nichteuropäischen Hafen entlassen ist, jedoch nicht mehr, als er erhalten haben würde, wenn er erst nach Beendigung der Reise entlassen worden wäre.

Außerdem hat er Anspruch auf freie Zurückbeförderung (Art. 517.) nach dem Hafen, wo er geheuert worden ist, oder nach Wahl des Schiffers auf eine entsprechende Vergütung.

Art. 546.

Ist die Heuer in Bausch und Bogen bedungen, so wird die verdiente Heuer (Art. 537. 539. 542. 544. 545.) und die ein-, zwei- oder viermonatliche Heuer (Art. 545.) nach Anleitung des Art. 519. berechnet.

Art. 547.

Der Schiffsmann kann seine Entlassung fordern, wenn sich der Schiffer einer groben Verletzung seiner ihm gegen denselben obliegenden Pflichten, insbesondere durch schwere Mißhandlung oder durch grundlose Vorenthaltung von Speise und Trank schuldig macht.

Der Schiffsmann, welcher aus einem solchen Grunde seine Entlassung nimmt, hat dieselben Ansprüche, welche für den Fall des Art. 545. bestimmt sind.

Die Landesgesetze können bestimmen, ob und aus welchen anderen Gründen dem Schiffsmann das Recht, die Entlassung zu fordern, außerdem noch zustehe.

In einem anderen Lande darf der Schiffsmann, welcher seine Entlassung fordert, nicht ohne Genehmigung des zuständigen Konsuls (Art. 537.) den Dienst verlassen.

Art. 548.

Falls der Schiffsmann nach Antritt des Dienstes erkrankt, oder verwundet wird, so trägt der Rheder die Kosten der Verpflegung und Heilung:

1) wenn der Schiffsmann wegen der Krankheit oder Verwundung die Reise nicht antritt, bis zum Ablauf von drei Monaten seit der Erkrankung oder Verwundung;
2) wenn er die Reise antritt und mit dem Schiffe nach dem Heimathshafen oder dem Hafen, wo er geheuert worden ist, zurückkehrt, bis zum Ablauf von drei Monaten seit der Rückkehr des Schiffs;

Digitized by Google

3) wenn er die Reise antritt und mit dem Schiffe zurückkehrt, die Rückreise des Schiffs jedoch nicht in einem der genannten Häfen endet, bis zum Ablauf von sechs Monaten seit der Rückkehr des Schiffs;
4) wenn er während der Reise am Lande zurückgelassen werden mußte, bis zum Ablauf von sechs Monaten seit der Weiterreise des Schiffs.

Auch gebührt dem Schiffsmann in den beiden letzteren Fällen freie Zurückbeförderung (Art. 517.) nach dem Hafen, wo er geheuert worden ist, oder nach Wahl des Rheders eine entsprechende Vergütung.

Art. 549.

Die Heuer bezieht der erkrankte oder verwundete Schiffsmann:

wenn er die Reise nicht antritt, bis zur Einstellung des Dienstes;

wenn er die Reise antritt und mit dem Schiffe zurückkehrt, bis zur Beendigung der Rückreise;

wenn er während der Reise am Lande zurückgelassen werden mußte, bis zu dem Tage, an welchem er das Schiff verläßt.

Ist der Schiffsmann bei Vertheidigung des Schiffs beschädigt, so hat er überdies auf eine angemessene, erforderlichenfalls von dem Richter zu bestimmende Belohnung Anspruch.

Art. 550.

Auf den Schiffsmann, welcher die Krankheit oder Verwundung durch eine unerlaubte Handlung sich zugezogen hat, oder mit einer syphilitischen Krankheit behaftet ist, finden die Art. 548. und 549. keine Anwendung.

Art. 551.

Stirbt der Schiffsmann nach Antritt des Dienstes, so hat der Rheder die bis zum Todestage verdiente Heuer (Art. 546.) zu zahlen und die Beerdigungskosten zu tragen. Wird der Schiffsmann bei Vertheidigung des Schiffs getödtet, so hat der Rheder überdies eine angemessene, erforderlichenfalls von dem Richter zu bestimmende Belohnung zu entrichten.

Soweit der Nachlaß des während der Reise verstorbenen Schiffsmanns an Bord sich befindet, hat der Schiffer für die Aufzeichnung und die Aufbewahrung, sowie erforderlichenfalls für den Verkauf des Nachlasses Sorge zu tragen.

Art. 552.

Auf die in den Art. 548. 549. und 551. bezeichneten Forderungen findet die Vorschrift des Art. 453. gleichfalls Anwendung.

Art. 553.

Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, die Voraussetzungen zu bestimmen, ohne welche kein Schiffsmann wider seinen Willen in einem anderen Lande zurückgelassen werden darf, sowie das Verfahren zu regeln, welches der Schiffer im Falle einer solchen Zurücklassung einhalten muß.

Art. 554.

Personen, welche, ohne zur Schiffsmannschaft zu gehören, auf einem Schiffe als Maschinisten, Aufwärter oder in anderer Eigenschaft angestellt sind, haben, sofern nicht durch Vertrag ein Anderes bestimmt ist, dieselben Rechte und Pflichten, welche in diesem Titel in Ansehung der Schiffsmannschaft festgesetzt sind.

Es macht hierbei keinen Unterschied, ob sie von dem Schiffer oder Rheder angenommen worden sind.

Digitized by Google

Art. 555.

Der dem Schiffsmann als Lohn zugestandene Antheil an der Fracht oder an dem Gewinn wird als Heuer im Sinne dieses Titels nicht angesehen.

Art. 556.

Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, sowohl in Ansehung des im vorhergehenden Artikel erwähnten Lohnverhältnisses als in anderen Beziehungen die Vorschriften dieses Titels zu ergänzen.

Fünfter Titel.

Von dem Frachtgeschäft zur Beförderung von Gütern.

Art. 557.

Der Frachtvertrag zur Beförderung von Gütern bezieht sich entweder

1) auf das Schiff im Ganzen oder einen verhältnißmäßigen Theil oder einen bestimmt bezeichneten Raum des Schiffs oder
2) auf einzelne Güter (Stückgüter).

Art. 558.

Wird das Schiff im Ganzen oder zu einem verhältnißmäßigen Theil, oder wird ein bestimmt bezeichneter Raum des Schiffs verfrachtet, so kann jede Partei verlangen, daß über den Vertrag eine schriftliche Urkunde (Chartepartie) errichtet werde.

Art. 559.

In der Verfrachtung eines ganzen Schiffs ist die Kajüte nicht einbegriffen; es dürfen jedoch in dieselbe ohne Einwilligung des Befrachters keine Güter verladen werden.

Art. 560.

Bei jeder Art von Frachtvertrag (Art. 557.) hat der Verfrachter das Schiff in seetüchtigem Stande zu liefern.

Er haftet dem Befrachter für jeden Schaden, welcher aus dem mangelhaften Zustand des Schiffs entsteht, es sei denn, daß die Mängel aller Sorgfalt ungeachtet nicht zu entdecken waren.

Art. 561.

Der Schiffer hat zur Einnahme der Ladung das Schiff an den vom Befrachter oder, wenn das Schiff an Mehrere verfrachtet ist, von sämmtlichen Befrachtern ihm angewiesenen Platz hinzulegen.

Wenn die Anweisung nicht rechtzeitig erfolgt, oder wenn von sämmtlichen Befrachtern nicht derselbe Platz angewiesen wird, oder wenn die Wassertiefe, die Sicherheit des Schiffs oder die örtlichen Verordnungen oder Einrichtungen die Befolgung der Anweisung nicht gestatten, so muß der Schiffer an dem ortsüblichen Ladungsplatz anlegen.

Art. 562.

Sofern nicht durch Vertrag oder durch die örtlichen Verordnungen des Abladungshafens und in deren Ermangelung durch einen daselbst bestehenden Ortsgebrauch ein Anderes bestimmt ist, müssen die Güter von dem Befrachter kostenfrei bis an das Schiff geliefert, dagegen die Kosten der Einladung derselben in das Schiff von dem Verfrachter getragen werden.

Digitized by Google

Art. 563.

Der Verfrachter muß statt der vertragsmäßigen Güter andere, von dem Befrachter zur Verschiffung nach demselben Bestimmungshafen ihm angebotene Güter annehmen, wenn dadurch seine Lage nicht erschwert wird.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn die Güter im Vertrag nicht blos nach Art oder Gattung, sondern speziell bezeichnet sind.

Art. 564.

Der Befrachter oder Ablader, welcher die verladenen Güter unrichtig bezeichnet, oder Kriegskontrebande oder Güter verladet, deren Ausfuhr oder deren Einfuhr in den Bestimmungshafen verboten ist, oder welcher bei der Abladung die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere die Polizei-, Steuer- und Zollgesetze übertritt, wird, insofern ihm dabei ein Verschulden zur Last fällt, nicht blos dem Verfrachter, sondern auch allen übrigen im ersten Absatz des Art. 479. bezeichneten Personen für den durch sein Verfahren veranlaßten Aufenthalt und jeden anderen Schaden verantwortlich.

Dadurch, daß er mit Genehmigung des Schiffers gehandelt hat, wird seine Verantwortlichkeit den übrigen Personen gegenüber nicht ausgeschlossen.

Er kann aus der Konfiskation der Güter keinen Grund herleiten, die Zahlung der Fracht zu verweigern.

Gefährden die Güter das Schiff oder die übrige Ladung, so ist der Schiffer befugt, dieselben ans Land zu setzen oder in dringenden Fällen über Bord zu werfen.

Art. 565.

Auch derjenige, welcher ohne Wissen des Schiffers Güter an Bord bringt, ist nach Maßgabe des vorigen Artikels zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet. Der Schiffer ist befugt, solche Güter wieder ans Land zu setzen oder, wenn sie das Schiff oder die übrige Ladung gefährden, nöthigenfalls über Bord zu werfen. Hat der Schiffer die Güter an Bord behalten, so muß dafür die höchste am Abladungsort zur Abladungszeit für solche Reisen und Güter bedungene Fracht bezahlt werden.

Art. 566.

Der Verfrachter ist nicht befugt, ohne Erlaubniß des Befrachters die Güter in ein anderes Schiff zu verladen. Handelt er dieser Bestimmung zuwider, so ist er für jeden Schaden verantwortlich, in Ansehung dessen er nicht beweist, daß derselbe auch dann entstanden und dem Befrachter zur Last gefallen sein würde, wenn die Güter nicht in ein anderes Schiff verladen worden wären.

Auf Umladungen in ein anderes Schiff, welche in Fällen der Noth nach Antritt der Reise erfolgen, findet dieser Artikel keine Anwendung.

Art. 567.

Ohne Genehmigung des Abladers dürfen dessen Güter weder auf das Verdeck verladen, noch an die Seiten des Schiffs gehängt werden.

Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, zu bestimmen, daß in Ansehung der Küstenschifffahrt die vorstehende Vorschrift, soweit sie auf die Beladung des Verdecks sich bezieht, keine Anwendung finde.

Art. 568.

Bei der Verfrachtung eines Schiffs im Ganzen hat der Schiffer, sobald er zur Einnahme der Ladung fertig und bereit ist, dieses dem Befrachter anzuzeigen.

Digitized by Google

Mit dem auf die Anzeige folgenden Tag beginnt die Ladezeit.

Ueber die Ladezeit hinaus hat der Verfrachter auf die Abladnng noch länger zu warten, wenn es vereinbart ist (Ueberliegezeit).

Für die Ladezeit kann, sofern nicht das Gegentheil bedungen ist, keine besondere Vergütung verlangt werden. Dagegen muß der Befrachter dem Verfrachter für die Ueberliegezeit eine Vergütung (Liegegeld) gewähren.

Art. 569.

Ist die Dauer der Ladezeit durch Vertrag nicht festgesetzt, so wird sie durch die örtlichen Verordnungen des Abladungshafens und in deren Ermangelung durch den daselbst bestehenden Ortsgebrauch bestimmt. Besteht auch ein solcher Ortsgebrauch nicht, so gilt als Ladezeit eine den Umständen des Falls angemessene Frist.

Ist eine Ueberliegezeit, nicht aber deren Dauer durch Vertrag bestimmt, so beträgt die Ueberliegezeit vierzehn Tage.

Enthält der Vertrag nur die Festsetzung eines Liegegeldes, so ist anzunehmen, daß eine Ueberliegezeit ohne Bestimmung der Dauer vereinbart sei.

Art. 570.

Ist die Dauer der Ladezeit oder der Tag, mit welchem dieselbe enden soll, durch Vertrag bestimmt, so beginnt die Ueberliegezeit ohne Weiteres mit dem Ablauf der Ladezeit.

In Ermangelung einer solchen vertragsmäßigen Bestimmung beginnt die Ueberliegezeit erst, nachdem der Verfrachter dem Befrachter erklärt hat, daß die Ladezeit abgelaufen sei. Der Verfrachter kann schon innerhalb der Ladezeit dem Befrachter erklären, an welchem Tage er die Ladezeit für abgelaufen halte. In diesem Falle ist zum Ablauf der Ladezeit und zum Beginn der Ueberliegezeit eine neue Erklärung des Verfrachters nicht erforderlich.

Art. 571.

Nach Ablauf der Ladezeit oder, wenn eine Ueberliegezeit vereinbart ist, nach Ablauf der Ueberliegezeit ist der Verfrachter nicht verpflichtet, auf die Abladung noch länger zu warten. Er muß jedoch seinen Willen, nicht länger zu warten, spätestens drei Tage vor Ablauf der Ladezeit oder der Ueberliegezeit dem Befrachter erklären.

Ist dies nicht geschehen, so läuft die Ladezeit oder Ueberliegezeit nicht eher ab, als bis die Erklärung nachgeholt ist und seit dem Tage der Abgabe derselben drei Tage verstrichen sind.

Die in diesem Artikel erwähnten drei Tage werden in allen Fällen als ununterbrochen fortlaufende Tage nach dem Kalender gezählt.

Art. 572.

Die in den Art. 570. und 571. erwähnten Erklärungen des Verfrachters sind an keine besondere Form gebunden. Weigert sich der Befrachter, den Empfang einer solchen Erklärung in genügender Weise zu bescheinigen, so ist der Verfrachter befugt, eine öffentliche Urkunde darüber auf Kosten des Befrachters errichten zu lassen.

Art. 573.

Das Liegegeld wird, wenn es nicht durch Vertrag bestimmt ist, von dem Richter nach billigem Ermessen, nöthigenfalls nach Anhörung von Sachverständigen, festgesetzt.

Der Richter hat hierbei auf die näheren Umstände des Falls, insbesondere auf die Heuerbeträge und Unterhaltskosten der Schiffsbesatzung, sowie auf den dem Verfrachter entgehenden Frachtverdienst Rücksicht zu nehmen.

Digitized by Google

Art. 574.

Bei Berechnung der Lade- und Ueberliegezeit werden die Tage in ununterbrochen fortlaufender Reihenfolge gezählt; insbesondere kommen in Ansatz die Sonn- und Feiertage, sowie diejenigen Tage, an welchen der Befrachter durch Zufall die Ladung zu liefern verhindert ist.

Nicht in Ansatz kommen jedoch die Tage, an welchen durch Wind und Wetter oder durch irgend einen anderen Zufall entweder

1) die Lieferung nicht nur der bedungenen, sondern jeder Art von Ladung an das Schiff oder
2) die Uebernahme der Ladung

verhindert ist.

Art. 575.

Für die Tage, während welcher der Verfrachter wegen Verhinderung der Lieferung jeder Art von Ladung hat länger warten müssen, gebührt ihm Liegegeld, selbst wenn die Verhinderung während der Ladezeit eingetreten ist. Dagegen ist für die Tage, während welcher er wegen Verhinderung der Uebernahme der Ladung hat länger warten müssen, Liegegeld nicht zu entrichten, selbst wenn die Verhinderung während der Ueberliegezeit eingetreten ist.

Art. 576.

Sind für die Dauer der Ladezeit nach Art. 569. die örtlichen Verordnungen oder der Ortsgebrauch maßgebend, so kommen bei Berechnung der Ladezeit die beiden vorstehenden Artikel nur insoweit zur Anwendung, als die örtlichen Verordnungen oder der Ortsgebrauch nichts Abweichendes bestimmen.

Art. 577.

Hat der Verfrachter sich ausbedungen, daß die Abladung bis zu einem bestimmten Tage beendigt sein müsse, so wird er durch die Verhinderung der Lieferung jeder Art von Ladung (Art. 574. Ziff. 1.) zum längeren Warten nicht verpflichtet.

Art. 578.

Soll der Verfrachter die Ladung von einem Dritten erhalten, und ist dieser Dritte ungeachtet der von dem Verfrachter in ortsüblicher Weise kundgemachten Bereitschaft zum Laden nicht zu ermitteln, oder verweigert er die Lieferung der Ladung, so hat der Verfrachter den Befrachter schleunigst hiervon zu benachrichtigen und nur bis zum Ablauf der Ladezeit, nicht auch während der etwa vereinbarten Ueberliegezeit, auf die Abladung zu warten, es sei denn, daß er von dem Befrachter oder einem Bevollmächtigten desselben noch innerhalb der Ladezeit eine entgegengesetzte Anweisung erhält.

Ist für die Ladezeit und die Löschzeit zusammen eine ungetheilte Frist bestimmt, so wird für den oben erwähnten Fall die Hälfte dieser Frist als Ladezeit angesehen.

Art. 579.

Der Verfrachter muß auf Verlangen des Befrachters die Reise auch ohne die volle bedungene Ladung antreten. Es gebührt ihm aber alsdann nicht allein die volle Fracht und das etwaige Liegegeld, sondern er ist auch berechtigt, insoweit ihm durch die Unvollständigkeit der Ladung die Sicherheit für die volle Fracht entgeht, die Bestellung einer anderweitigen Sicherheit zu fordern. Außerdem sind ihm die Mehrkosten, welche in Folge der Unvollständigkeit der Ladung ihm etwa erwachsen, durch den Befrachter zu erstatten.

Digitized by Google

Art. 580.

Hat der Befrachter bis zum Ablauf der Zeit, während welcher der Verfrachter auf die Abladung zu warten verpflichtet ist (Wartezeit), die Abladung nicht vollständig bewirkt, so ist der Verfrachter befugt, sofern der Befrachter nicht von dem Vertrage zurücktritt, die Reise anzutreten und die im vorstehenden Artikel bezeichneten Forderungen geltend zu machen.

Art. 581.

Der Befrachter kann vor Antritt der Reise, sei diese eine einfache oder zusammengesetzte, von dem Vertrage unter der Verpflichtung zurücktreten, die Hälfte der bedungenen Fracht als Fautfracht zu zahlen.

Bei Anwendung dieser Bestimmung wird die Reise schon dann als angetreten erachtet,

1) wenn der Befrachter den Schiffer bereits abgefertigt hat;
2) wenn er die Ladung bereits ganz oder zum Theil geliefert hat und die Wartezeit verstrichen ist.

Art. 582.

Macht der Befrachter von dem im vorstehenden Artikel bezeichneten Rechte Gebrauch, nachdem Ladung geliefert ist, so muß er auch die Kosten der Einladung und Wiederausladung tragen und für die Zeit der mit möglichster Bescheunigung zu bewirkenden Wiederausladung, soweit sie nicht in die Ladezeit fällt, Liegegeld (Art. 573.) zahlen.

Der Verfrachter ist verpflichtet, den Aufenthalt, welchen die Wiederausladung verursacht, selbst dann sich gefallen zu lassen, wenn dadurch die Wartezeit überschritten wird, wogegen ihm für die Zeit nach Ablauf der Wartezeit Liegegeld und der Ersatz des durch Ueberschreitung der Wartezeit entstandenen Schadens gebührt, soweit der letztere den Betrag dieses Liegegeldes erweislich übersteigt.

Art. 583.

Nachdem die Reise im Sinne des Art. 581. angetreten ist, kann der Befrachter nur gegen Berichtigung der vollen Fracht, sowie aller sonstigen Forderungen des Verfrachters (Art. 615.) und gegen Berichtigung oder Sicherstellung der im Art. 616. bezeichneten Forderungen von dem Vertrage zurücktreten und die Wiederausladung der Güter fordern.

Im Fall der Wiederausladung hat der Befrachter nicht nur die hierdurch entstandenen Mehrkosten, sondern auch den Schaden zu ersetzen, welcher aus dem durch die Wiederausladung verursachten Aufenthalt dem Verfrachter entsteht.

Zum Zweck der Wiederausladung der Güter die Reise zu ändern oder einen Hafen anzulaufen, ist der Verfrachter nicht verpflichtet.

Art. 584.

Der Befrachter ist statt der vollen Fracht nur zwei Drittel derselben als Fautfracht zu zahlen verpflichtet, wenn das Schiff zugleich auf Rückladung verfrachtet ist, oder in Ausführung des Vertrags zur Einnahme der Ladung eine Fahrt aus einem anderen Hafen zu machen hat, und wenn in diesen beiden Fällen der Rücktritt früher erklärt wird, als die Rückreise oder die Reise aus dem Abladungshafen im Sinne des Art. 581. angetreten ist.

Art. 585.

Bei anderen zusammengesetzten Reisen erhält der Verfrachter, wenn der Befrachter den Rücktritt erklärt, bevor in Bezug auf den letzten Reiseabschnitt die Reise im Sinne des Art. 581. angetreten ist, als Fautfracht zwar die volle Fracht, es kommt von dieser jedoch eine angemessene Quote in Abzug, sofern die Umstände die Annahme begründen, daß der Verfrachter in Folge der

Digitized by Google

Aufhebung des Vertrags Kosten erspart und Gelegenheit zu anderweitigem Frachtverdienst gehabt habe.

Können sich die Parteien über die Zulässigkeit des Abzugs oder die Höhe desselben nicht inigen, so entscheidet darüber der Richter nach billigem Ermessen.

Der Abzug darf in keinem Falle die Hälfte der Fracht übersteigen.

Art. 586.

Hat der Befrachter bis zum Ablauf der Wartezeit keine Ladung geliefert, so ist der Verfrachter an seine Verflichtungen aus dem Vertrage nicht länger gebunden und befugt, gegen den Befrachter dieselben Ansprüche geltend zu machen, welche ihm zugestanden haben würden, wenn der Befrachter von dem Vertrage zurückgetreten wäre (Art. 581. 584. 585.).

Art. 587.

Auf die Fautfracht wird die Fracht, welche der Verfrachter für andere Ladungsgüter erhält, nicht angerechnet.

Durch diese Bestimmung wird jedoch die Vorschrift im ersten Absatz des Art. 585. nicht berührt.

Der Anspruch des Verfrachters auf Fautfracht ist nicht davon abhängig, daß er die im Vertrage bezeichnete Reise ausführt.

Durch die Fautfracht werden die Ansprüche des Verfrachters auf Liegegeld und die übrigen ihm etwa zustehenden Forderungen (Art. 615.) nicht ausgeschlossen.

Art. 588

Ist ein verhältnißmäßiger Theil oder ein bestimmt bezeichneter Raum des Schiffs verfrachtet, so gelten die Art. 568.—587. mit folgenden Abweichungen:

1) Der Verfrachter erhält in den Fällen, in welchen er nach diesen Artikeln mit einem Theile der Fracht sich begnügen müßte, als Fautfracht die volle Fracht, es sey denn, daß sämmtliche Befrachter zurücktreten oder keine Ladung liefern.

   Von der vollen Fracht kommt jedoch die Fracht für diejenigen Güter in Abzug, welche der Verfrachter an Stelle der nicht gelieferten angenommen hat.

2) In den Fällen der Art. 582. und 583. kann der Befrachter die Wiederausladung nicht verlangen, wenn dieselbe eine Verzögerung der Reise zur Folge haben oder eine Umladung nöthig machen würde, es sei denn, daß alle übrigen Befrachter ihre Genehmigung ertheilten. Außerdem ist der Befrachter verpflichtet, sowohl die Kosten als auch den Schaden zu ersetzen, welche durch die Wiederausladung entstehen.

   Machen sämmtliche Befrachter von dem Rechte des Rücktritts Gebrauch, so hat es bei den Vorschriften der Art. 582. und 583. sein Bewenden.

Art. 589.

Hat der Frachtvertrag Stückgüter zum Gegenstand, so muß der Befrachter auf die Aufforderung des Schiffers ohne Verzug die Abladung bewirken.

Ist der Befrachter säumig, so ist der Verfrachter nicht verpflichtet, auf die Lieferung der Güter zu warten; der Befrachter muß, wenn ohne dieselben die Reise angetreten wird, gleichwohl die volle Fracht entrichten. Es kommt von der letzteren jedoch die Fracht für diejenigen Güter in Abzug, welche der Verfrachter an Stelle der nicht gelieferten angenommen hat.

Digitized by Google

Der Verfrachter, welcher den Anspruch auf die Fracht gegen den säumigen Befrachter geltend machen will, ist bei Verlust des Anspruchs verpflichtet, dies dem Befrachter vor der Abreise kundzugeben. Auf diese Erklärung finden die Vorschriften des Art. 572. Anwendung.

Art. 590.

Nach der Abladung kann der Befrachter auch gegen Berichtigung der vollen Fracht, sowie aller sonstigen Forderungen des Verfrachters (Art. 615.) und gegen Berichtigung oder Sicherstellung der im Art. 616. bezeichneten Forderungen nur nach Maßgabe des ersten Absatzes der Vorschrift unter Ziffer 2. des Art. 588. von dem Vertrage zurücktreten und die Wiederausladung der Güter fordern.

Außerdem findet auch für diese Fälle die Vorschrift im letzten Absatz des Art. 583. Anwendung.

Art. 591.

Ist ein Schiff auf Stückgüter angelegt und die Zeit der Abreise nicht festgesetzt, so hat auf Antrag des Befrachters der Richter nach den Umständen des Falls den Zeitpunkt zu bestimmen, über welchen hinaus der Antritt der Reise nicht verschoben werden kann.

Art. 592.

Bei jeder Art von Frachtvertrag hat der Befrachter innerhalb der Zeit, binnen welcher die Güter zu liefern sind, dem Schiffer zugleich alle zur Verschiffung derselben erforderlichen Papiere zuzustellen.

Art. 593.

Der Schiffer hat zur Löschung der Ladung das Schiff an den Platz hinzulegen, welcher ihm von demjenigen, an den die Ladung abzuliefern ist (Empfänger), oder, wenn die Ladung an mehrere Empfänger abzuliefern ist, von sämmtlichen Empfängern angewiesen wird.

Wenn die Anweisung nicht rechtzeitig erfolgt, oder wenn von sämmtlichen Empfängern nicht derselbe Platz angewiesen wird, oder wenn die Wassertiefe, die Sicherheit des Schiffs oder die örtlichen Verordnungen oder Einrichtungen die Befolgung der Anweisung nicht gestatten, so muß der Schiffer an dem ortsüblichen Löschungsplatze anlegen.

Art. 594.

Sofern nicht durch Vertrag oder durch die örtlichen Verordnungen des Löschungshafens und in deren Ermangelung durch einen daselbst bestehenden Ortsgebrauch ein Anderes bestimmt ist, werden die Kosten der Ausladung aus dem Schiff von dem Verfrachter, alle übrigen Kosten der Löschung von dem Ladungsempfänger getragen.

Art. 595.

Bei der Verfrachtung eines Schiffs im Ganzen hat der Schiffer, sobald er zum Löschen fertig und bereit ist, dies dem Empfänger anzuzeigen.

Die Anzeige muß durch öffentliche Bekanntmachung in ortsüblicher Weise geschehen, wenn der Empfänger dem Schiffer unbekannt ist.

Mit dem auf die Anzeige folgenden Tage beginnt die Löschzeit.

Ueber die Löschzeit hinaus hat der Verfrachter nur dann auf die Abnahme der Ladung noch länger zu warten, wenn es vereinbart ist (Ueberliegezeit).

Für die Löschzeit kann, sofern nicht das Gegentheil bedungen ist, keine besondere Vergütung verlangt werden. Dagegen muß dem Verfrachter für die Ueberliegezeit eine Vergütung (Liegegeld) gewährt werden.

Digitized by Google

Das Liegegeld wird von dem Richter nach Anleitung des Art. 573. festgesetzt, wenn es nicht durch Vertrag bestimmt ist.

Art. 596.

Ist die Dauer der Löschzeit durch Vertrag nicht festgesetzt, so wird sie durch die örtlichen Verordnungen des Löschungshafens und in deren Ermangelung durch den daselbst bestehenden Ortsgebrauch bestimmt. Besteht auch ein solcher Ortsgebrauch nicht, so gilt als Löschzeit eine den Umständen des Falls angemessene Frist.

Ist eine Ueberliegezeit, nicht aber deren Dauer durch Vertrag bestimmt, so beträgt die Ueberliegezeit vierzehn Tage.

Enthält der Vertrag nur die Festsetzung eines Liegegeldes, so ist anzunehmen, daß eine Ueberliegezeit ohne Bestimmung der Dauer vereinbart sei.

Art. 597.

Ist die Dauer der Löschzeit oder der Tag, mit welchem dieselbe enden soll, durch Vertrag bestimmt, so beginnt die Ueberliegezeit ohne Weiteres mit dem Ablauf der Löschzeit.

In Ermangelung einer solchen vertragsmäßigen Bestimmung beginnt die Ueberliegezeit erst, nachdem der Verfrachter dem Empfänger erklärt hat, daß die Löschzeit abgelaufen sei. Der Verfrachter kann schon innerhalb der Löschzeit dem Empfänger erklären, an welchem Tage er die Löschzeit für abgelaufen halte. In diesem Falle ist zum Ablauf der Löschzeit und zum Beginn der Ueberliegezeit eine neue Erklärung des Verfrachters nicht erforderlich.

Auf die in diesem Artikel erwähnten Erklärungen des Verfrachters finden die Vorschriften des Art. 572. Anwendung.

Art. 598.

Bei Berechnung der Lösch- und Ueberliegezeit werden die Tage in ununterbrochen fortlaufender Reihenfolge gezählt; insbesondere kommen in Ansatz die Sonn- und Feiertage, sowie diejenigen Tage, an welchen der Empfänger durch Zufall die Ladung abzunehmen verhindert ist.

Nicht in Ansatz kommen jedoch die Tage, an welchen durch Wind und Wetter oder durch irgend einen anderen Zufall entweder

1) der Transport nicht nur der im Schiffe befindlichen, sondern jeder Art von Ladung von dem Schiffe an das Land

oder

2) die Ausladung aus dem Schiff

verhindert ist.

Art. 599.

Für die Tage, während welcher der Verfrachter wegen der Verhinderung des Transports jeder Art von Ladung von dem Schiff an das Land hat länger warten müssen, gebührt ihm Liegegeld, selbst wenn die Verhinderung während der Löschzeit eingetreten ist. Dagegen ist für die Tage, während welcher er wegen Verhinderung der Ausladung aus dem Schiff hat länger warten müssen, Liegegeld nicht zu entrichten, selbst wenn die Verhinderung während der Ueberliegezeit eingetreten ist.

Art. 600.

Sind für die Dauer der Löschzeit nach Art. 596. die örtlichen Verordnungen oder der Ortsgebrauch maßgebend, so kommen bei Berechnung der Löschzeit die beiden vorstehenden Artikel nur insoweit zur Anwendung, als die örtlichen Verordnungen oder der Ortsgebrauch nichts Abweichendes bestimmen.

Digitized by Google

Art. 601.

Hat der Verfrachter sich ausbedungen, daß die Löschung bis zu einem bestimmten Tage beendigt sein müsse, so wird er durch die Verhinderung des Transports jeder Art von Ladung von dem Schiff an das Land (Art. 598. Ziff. 1.) zum längeren Warten nicht verpflichtet.

Art. 602.

Wenn der Empfänger zur Abnahme der Güter sich bereit erklärt, dieselbe aber über die von ihm einzuhaltenden Fristen verzögert, so ist der Schiffer befugt, die Güter, unter Benachrichtigung des Empfängers, gerichtlich oder in anderer sicherer Weise niederzulegen.

Der Schiffer ist verpflichtet, in dieser Weise zu verfahren und zugleich den Befrachter davon in Kenntniß zu setzen, wenn der Empfänger die Annahme der Güter verweigert, oder über dieselbe auf die im Art. 595. vorgeschriebene Anzeige sich nicht erklärt, oder wenn der Empfänger nicht zu ermitteln ist.

Art. 603.

Insoweit durch die Säumniß des Empfängers oder durch das Niederlegungsverfahren die Löschzeit ohne Verschulden des Schiffers überschritten wird, hat der Verfrachter Anspruch auf Liegegeld (Art. 595.), unbeschadet des Rechts, für diese Zeit, soweit sie keine vertragsmäßige Ueberliegezeit ist, einen erweislich höheren Schaden geltend zu machen.

Art. 604.

Die Art. 595.—603. kommen auch dann zur Anwendung, wenn ein verhältnißmäßiger Theil oder ein bestimmt bezeichneter Raum des Schiffs verfrachtet ist.

Art. 605.

Der Empfänger von Stückgütern hat dieselben auf die Aufforderung des Schiffers ohne Verzug abzunehmen. Ist der Empfänger dem Schiffer nicht bekannt, so muß die Aufforderung durch öffentliche Bekanntmachung in ortsüblicher Weise geschehen.

In Ansehung des Rechts und der Verpflichtung des Schiffers, die Güter niederzulegen, gelten die Vorschriften des Art. 602. Die im Art. 602. vorgeschriebene Benachrichtigung des Befrachters kann durch öffentliche, in ortsüblicher Weise zu bewirkende Bekanntmachung erfolgen.

Für die Tage, um welche durch die Säumniß des Empfängers oder durch das Niederlegungsverfahren die Frist, binnen welcher das Schiff würde entlöscht worden sein, überschritten ist, hat der Verfrachter Anspruch auf Liegegeld (Art. 595.), unbeschadet des Rechts, einen erweislich höheren Schaden geltend zu machen.

Art. 606.

Wenn bei der Verfrachtung des Schiffs im Ganzen oder eines verhältnißmäßigen Theils oder eines bestimmt bezeichneten Raums des Schiffs der Befrachter Unterfrachtverträge über Stückgüter geschlossen hat, so bleiben für die Rechte und Pflichten des ursprünglichen Verfrachters die Art. 595.—603. maßgebend.

Art. 607.

Der Verfrachter haftet für den Schaden, welcher durch Verlust oder Beschädigung der Güter seit der Empfangnahme bis zur Ablieferung entstanden ist, sofern er nicht beweist, daß der Verlust oder die Beschädigung durch höhere Gewalt (vis major) oder durch die natürliche Beschaffenheit der Güter, namentlich durch inneren Verderb, Schwinden, gewöhnliche Leckage und dergl., oder durch äußerlich nicht erkennbare Mängel der Verpackung entstanden ist.

Digitized by Google

Verlust und Beschädigung, welche aus einem mangelhaften Zustand des Schiffs entstehen, der aller Sorgfalt ungeachtet nicht zu entdecken war (Art. 560. Abs. 2.), werden dem Verlust oder der Beschädigung durch höhere Gewalt gleichgeachtet.

Art. 608.

Für Kostbarkeiten, Gelder und Werthpapiere haftet der Verfrachter nur in dem Falle, wenn diese Beschaffenheit oder der Werth der Güter bei der Abladung dem Schiffer angegeben ist.

Art. 609.

Bevor der Empfänger die Güter übernommen hat, kann sowohl der Empfänger als der Schiffer, um den Zustand oder die Menge der Güter festzustellen, die Besichtigung derselben durch die zuständige Behörde oder durch die zu dem Zweck amtlich bestellten Sachverständigen bewirken lassen.

Bei diesem Verfahren ist die am Orte anwesende Gegenpartei zuzuziehen, sofern die Umstände es gestatten.

Art. 610.

Ist die Besichtigung vor der Uebernahme nicht geschehen, so muß der Empfänger binnen acht und vierzig Stunden nach dem Tage der Uebernahme die nachträgliche Besichtigung der Güter nach Maßgabe des Art. 609. erwirken, widrigenfalls alle Ansprüche wegen Beschädigung oder theilweisen Verlustes erlöschen. Es macht keinen Unterschied, ob Verlust und Beschädigung äußerlich erkennbar waren oder nicht.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung auf solche Verluste und Beschädigungen, welche durch eine bösliche Handlungsweise einer Person der Schiffsbesatzung entstanden sind.

Art. 611.

Die Kosten der Besichtigung hat derjenige zu tragen, welcher dieselbe beantragt hat.

Ist jedoch die Besichtigung von dem Empfänger beantragt, und wird ein Verlust oder eine Beschädigung ermittelt, wofür der Verfrachter Ersatz leisten muß, so fallen die Kosten dem Letzteren zur Last.

Art. 612.

Wenn auf Grund des Art. 607. für den Verlust von Gütern Ersatz geleistet werden muß, so ist nur der Werth der verlorenen Güter zu vergüten. Dieser Werth wird durch den Marktpreis bestimmt, welchen Güter derselben Art und Beschaffenheit am Bestimmungsort der verlorenen Güter bei Beginn der Löschung des Schiffs oder, wenn eine Entlöschung des Schiffs an diesem Ort nicht erfolgt, bei seiner Ankunft daselbst haben.

In Ermangelung eines Marktpreises oder, falls über denselben oder über dessen Anwendung, insbesondere mit Rücksicht auf die Qualität der Güter Zweifel bestehen, wird der Preis durch Sachverständige ermittelt.

Von dem Preise kommt in Abzug, was an Fracht, Zöllen und Unkosten in Folge des Verlusts der Güter erspart wird.

Wird der Bestimmungsort der Güter nicht erreicht, so tritt an Stelle des Bestimmungsorts der Ort, wo die Reise endet, oder wenn die Reise durch Verlust des Schiffs endet, der Ort, wohin die Ladung in Sicherheit gebracht ist.

Art. 613.

Die Bestimmungen des Art. 612. finden auch auf diejenigen Güter Anwendung, für welche der Rheder nach Art. 510. Ersatz leisten muß.

Digitized by Google

Uebersteigt im Falle der Verfügung über die Güter durch Verkauf der Reinerlös derselben den im Art. 612. bezeichneten Preis, so tritt an Stelle des letzteren der Reinerlös.

Art. 614.

Muß für Beschädigung der Güter auf Grund des Art. 607. Ersatz geleistet werden, so ist nur die durch die Beschädigung verursachte Werthsverminderung der Güter zu vergüten. Diese Werthsverminderung wird bestimmt durch den Unterschied zwischen dem durch Sachverständige zu ermittelnden Verkaufswerth, welchen die Güter im beschädigten Zustand haben, und dem im Art. 612. bezeichneten Preise nach Abzug der Zölle und Unkosten, soweit sie in Folge der Beschädigung erspart sind.

Art. 615.

Durch Annahme der Güter wird der Empfänger verpflichtet, nach Maßgabe des Frachtvertrags oder des Konnossements, auf deren Grund die Empfangnahme geschieht, die Fracht nebst allen Nebengebühren, sowie das etwaige Liegegeld zu bezahlen, die ausgelegten Zölle und übrigen Auslagen zu erstatten und die ihm sonst obliegenden Verpflichtungen zu erfüllen.

Der Verfrachter hat die Güter gegen Zahlung der Fracht und gegen Erfüllung der übrigen Verpflichtungen des Empfängers auszuliefern.

Art. 616.

Der Verfrachter ist nicht verpflichtet, die Güter früher auszuliefern, als bis die auf denselben haftenden Beiträge zur großen Haverei, Bergungs- und Hülfskosten und Bodmereigelder bezahlt oder sicher gestellt sind.

Ist die Verbodmung für Rechnung des Rheders geschehen, so gilt die vorstehende Bestimmung unbeschadet der Verpflichtung des Verfrachters, für die Befreiung der Güter von der Bodmereischuld noch vor der Auslieferung zu sorgen.

Art. 617.

Der Verfrachter ist nicht verpflichtet, die Güter, mögen sie verdorben oder beschädigt sein oder nicht, für die Fracht an Zahlungsstatt anzunehmen.

Sind jedoch Behältnisse, welche mit flüssigen Waaren angefüllt waren, während der Reise ganz oder zum größeren Theil ausgelaufen, so können dieselben dem Verfrachter für die Fracht und seine übrigen Forderungen (Art. 615.) an Zahlungsstatt überlassen werden.

Durch die Vereinbarung, daß der Verfrachter nicht für Leckage hafte, oder durch die Klausel: „frei von Leckage", wird dieses Recht nicht ausgeschlossen. Dieses Recht erlischt, sobald die Behältnisse in den Gewahrsam des Abnehmers gelangt sind.

Ist die Fracht in Bausch und Bogen bedungen und sind nur einige Behältnisse ganz oder zum größeren Theile ausgelaufen, so können dieselben für einen verhältnißmäßigen Theil der Fracht und der übrigen Forderungen des Verfrachters an Zahlungsstatt überlassen werden.

Art. 618.

Für Güter, welche durch irgend einen Unfall verloren gegangen sind, ist keine Fracht zu bezahlen und die etwa vorausbezahlte zu erstatten, sofern nicht das Gegentheil bedungen ist.

Diese Bestimmung kommt auch dann zur Anwendung, wenn das Schiff im Ganzen oder ein verhältnißmäßiger oder ein bestimmt bezeichneter Raum des Schiffs verfrachtet ist. Sofern in einem solchen Falle das Frachtgeld in Bausch und Bogen bedungen ist, berechtigt der Verlust eines Theils der Güter zu einem verhältnißmäßigen Abzuge von der Fracht.

Digitized by Google

Art. 619.

Ungeachtet der Nichtablieferung ist die Fracht zu zahlen für Güter, deren Verlust in Folge ihrer natürlichen Beschaffenheit (Art. 607.) eingetreten ist, sowie für Thiere, welche unterwegs gestorben sind.

Inwiefern die Fracht für Güter zu ersetzen ist, welche in Fällen der großen Haverei aufgeopfert worden sind, wird durch die Vorschriften über die große Haverei bestimmt.

Art. 620.

Für Güter, welche ohne Abrede über die Höhe der Fracht zur Beförderung übernommen sind, ist die am Abladungsorte zur Abladungszeit übliche Fracht zu zahlen.

Für Güter, welche über das mit dem Befrachter vereinbarte Maß hinaus zur Beförderung übernommen sind, ist die Fracht nach Verhältniß der bedungenen Fracht zu zahlen.

Art. 621.

Wenn die Fracht nach Maß, Gewicht oder Menge der Güter bedungen ist, so ist im Zweifel anzunehmen, daß Maß, Gewicht oder Menge der abgelieferten und nicht der eingelieferten Güter für die Höhe der Fracht entscheiden soll.

Art. 622.

Außer der Fracht können Kaplaken, Prämien und dergleichen nicht gefordert werden, sofern sie nicht ausbedungen sind.

Die gewöhnlichen und ungewöhnlichen Unkosten der Schifffahrt, als Lootsengeld, Hafengeld, Leuchtfeuergeld, Schlepplohn, Quarantainegelder, Auseisungskosten und dergleichen, fallen in Ermangelung einer entgegenstehenden Abrede dem Verfrachter allein zur Last, selbst wenn derselbe zu den Maßregeln, welche die Auslagen verursacht haben, auf Grund des Frachtvertrags nicht verpflichtet war.

Die Fälle der großen Haverei, sowie die Fälle der Aufwendung von Kosten zur Erhaltung, Bergung und Rettung der Ladung werden durch diesen Artikel nicht berührt.

Art. 623.

Wenn die Fracht nach Zeit bedungen ist, so beginnt sie in Ermangelung einer anderen Abrede mit dem Tage zu laufen, der auf denjenigen folgt, an welchem der Schiffer angezeigt hat, daß er zur Einnahme der Ladung, oder bei einer Reise in Ballast, daß er zum Antritt der Reise fertig und bereit sei, sofern aber bei einer Reise in Ballast diese Anzeige am Tage vor dem Antritt der Reise noch nicht erfolgt ist, mit dem Tage, an welchem die Reise angetreten wird.

Ist Liegegeld oder Ueberliegezeit bedungen, so beginnt in allen Fällen die Zeitfracht erst mit dem Tage zu laufen, an welchem der Antritt der Reise erfolgt.

Die Zeitfracht endet mit dem Tage, an welchem die Löschung vollendet ist.

Wird die Reise ohne Verschulden des Verfrachters verzögert oder unterbrochen, so muß für die Zwischenzeit die Zeitfracht fortentrichtet werden, jedoch unbeschadet der Bestimmungen der Art. 639. und 640.

Art. 624.

Der Verfrachter hat wegen der im Art. 615. erwähnten Forderungen ein Pfandrecht an den Gütern.

Das Pfandrecht besteht, so lange die Güter zurückbehalten oder deponirt sind; es dauert auch nach der Ablieferung noch fort, sofern es binnen dreißig Tagen nach Beendigung derselben gerichtlich

Digitized by Google

geltend gemacht wird; es erlischt jedoch, sobald vor der gerichtlichen Geltendmachung die Güter in den Gewahrsam eines Dritten gelangen, welcher sie nicht für den Empfänger besitzt.

Art. 625.

Im Falle des Streits über die Forderungen des Verfrachters ist dieser die Güter auszuliefern verpflichtet, sobald die streitige Summe bei Gericht oder bei einer anderen zur Annahme von Depositen ermächtigten Behörde oder Anstalt deponirt ist.

Nach Ablieferung der Güter ist der Verfrachter zur Erhebung der deponirten Summe gegen angemessene Sicherheitsleistung berechtigt.

Art. 626.

So lange das Pfandrecht des Verfrachters besteht, kann das Gericht auf dessen Ansuchen verordnen, daß die Güter ganz oder zu einem entsprechenden Theil behufs Befriedigung des Verfrachters öffentlich verkauft werden.

Dieses Recht gebührt dem Verfrachter auch gegenüber den übrigen Gläubigern und der Konkursmasse des Eigenthümers.

Das Gericht hat die Betheiligten, wenn sie am Orte anwesend sind, über das Gesuch, bevor der Verkauf verfügt wird, zu hören.

Art. 627.

Hat der Verfrachter die Güter ausgeliefert, so kann er wegen der gegen den Empfänger ihm zustehenden Forderungen (Art. 615.) an dem Befrachter sich nicht erholen. Nur insoweit der Befrachter mit dem Schaden des Verfrachters sich etwa bereichern würde, findet ein Rückgriff statt.

Art. 628.

Hat der Verfrachter die Güter nicht ausgeliefert und von dem im ersten Absatz des Art. 626. bezeichneten Rechte Gebrauch gemacht, jedoch durch den Verkauf der Güter seine vollständige Befriedigung nicht erhalten, so kann er an dem Befrachter sich erholen, soweit er wegen seiner Forderungen aus dem zwischen ihm und dem Befrachter abgeschlossenen Frachtvertrage nicht befriedigt ist.

Art. 629.

Werden die Güter von dem Empfänger nicht abgenommen, so ist der Befrachter verpflichtet, den Verfrachter wegen der Fracht und der übrigen Forderungen dem Frachtvertrage gemäß zu befriedigen.

Bei der Abnahme der Güter durch den Befrachter kommen die Art. 593.—626. in der Weise zur Anwendung, daß an Stelle des in diesen Artikeln bezeichneten Empfängers der Befrachter tritt. Insbesondere steht in einem solchen Falle dem Verfrachter wegen seiner Forderungen das Zurückbehaltungs- und Pfandrecht an den Gütern nach Maßgabe der Art. 624. 625. 626., sowie das im Art. 616. bezeichnete Recht zu.

Art. 630.

Der Frachtvertrag tritt außer Kraft, ohne daß ein Theil zur Entschädigung des anderen verpflichtet ist, wenn vor Antritt der Reise durch einen Zufall

1) das Schiff verloren geht, insbesondere
   - wenn es verunglückt,
   - wenn es als reparaturunfähig oder reparaturunwürdig kondemnirt (Art. 444.) und in dem letzteren Falle ohne Verzug öffentlich verkauft wird,
   - wenn es geraubt wird,

Digitized by Google

wenn es aufgebracht oder angehalten und für gute Prise erklärt wird;

oder

2) die im Frachtvertrag nicht blos nach Art oder Gattung, sondern speziell bezeichneten Güter verloren gehen;

oder

3) die, wenn auch nicht im Frachtvertrag speziell bezeichneten Güter verloren gehen, nachdem dieselben bereits an Bord gebracht oder behufs Einladung in das Schiff an der Ladungsstelle von dem Schiffer übernommen worden sind.

Hat aber in dem unter Ziffer 3. bezeichneten Falle der Verlust der Güter noch innerhalb der Wartezeit (Art. 580.) sich zugetragen, so tritt der Vertrag nicht außer Kraft, sofern der Befrachter ohne Verzug sich bereit erklärt, statt der verloren gegangenen andere Güter (Art. 563.) zu liefern, und mit der Lieferung noch innerhalb der Wartezeit beginnt. Er hat die Abladung der anderen Güter binnen kürzester Frist zu vollenden, die etwaigen Mehrkosten dieser Abladung zu tragen und, insoweit durch dieselbe die Wartezeit überschritten wird, den dem Verfrachter daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

Art. 631.

Jeder Theil ist befugt, von dem Vertrage zurückzutreten, ohne zur Entschädigung verpflichtet zu sein:

1) wenn vor Antritt der Reise

das Schiff mit Embargo belegt oder zum landesherrlichen Dienst oder zum Dienst einer fremden Macht in Beschlag genommen,

der Handel mit dem Bestimmungsort untersagt,

der Abladungs- oder Bestimmungshafen blokirt,

die Ausfuhr der nach dem Frachtvertrag zu verschiffenden Güter aus dem Abladungshafen oder die Einfuhr derselben in den Bestimmungshafen verboten,

durch eine andere Verfügung von hoher Hand das Schiff am Auslaufen oder die Reise oder die Versendung der nach dem Frachtvertrag zu liefernden Güter verhindert wird.

In allen vorstehenden Fällen berechtigt jedoch die Verfügung von hoher Hand nur dann zum Rücktritt, wenn das eingetretene Hinderniß nicht voraussichtlich von nur unerheblicher Dauer ist.

2) wenn vor Antritt der Reise ein Krieg ausbricht, in Folge dessen das Schiff oder die nach dem Frachtvertrag zu verschiffenden Güter oder beide nicht mehr als frei betrachtet werden können und der Gefahr der Aufbringung ausgesetzt würden.

Die Ausübung der im Art. 563. dem Befrachter beigelegten Befugniß ist in den Fällen der vorstehenden Bestimmungen nicht ausgeschlossen.

Art. 632.

Wenn nach Antritt der Reise das Schiff durch einen Zufall verloren geht (Art. 630. Ziff. 1.), so endet der Frachtvertrag. Jedoch hat der Befrachter, soweit Güter geborgen oder gerettet sind, die Fracht im Verhältniß der zurückgelegten zur ganzen Reise zu zahlen (Distanzfracht).

Die Distanzfracht ist nur soweit zu zahlen, als der gerettete Werth der Güter reicht.

Art. 633.

Bei Berechnung der Distanzfracht kommt in Anschlag nicht allein das Verhältniß der bereits zurückgelegten zu der noch zurückzulegenden Entfernung, sondern auch das Verhältniß des Aufwan-

Digitized by Google

des an Kosten und Zeit, der Gefahren und Mühen, welche durchschnittlich mit dem vollendeten Theil der Reise verbunden sind, zu denen des nicht vollendeten Theils.

Können sich die Parteien über den Betrag der Distanzfracht nicht einigen, so entscheidet darüber der Richter nach billigem Ermessen.

Art. 634.

Die Auflösung des Frachtvertrags ändert nichts in den Verpflichtungen des Schiffers, bei Abwesenheit der Betheiligten auch nach dem Verlust des Schiffs für das Beste der Ladung zu sorgen (Art. 504. — 506.). Der Schiffer ist demzufolge berechtigt und verpflichtet, und zwar im Falle der Dringlichkeit auch ohne vorherige Anfrage, je nachdem es den Umständen entspricht, entweder die Ladung für Rechnung der Betheiligten mittelst eines anderen Schiffs nach dem Bestimmungshafen befördern zu lassen, oder die Auflagerung oder den Verkauf derselben zu bewirken und im Falle der Weiterbeförderung oder Auflagerung, behufs Beschaffung der hierzu, sowie zur Erhaltung der Ladung nöthigen Mittel, einen Theil davon zu verkaufen, oder im Falle der Weiterbeförderung die Ladung ganz oder zum Theil zu verbodmen.

Der Schiffer ist jedoch nicht verpflichtet, die Ladung auszuantworten oder zur Weiterbeförderung einem anderen Schiffer zu übergeben, bevor die Distanzfracht nebst den sonstigen Forderungen des Verfrachters (Art. 615.) und die auf der Ladung haftenden Beiträge zur großen Haverei, Bergungs- und Hülfskosten und Bodmereigelder bezahlt oder sichergestellt sind.

Auch für die Erfüllung der nach dem ersten Absatz dieses Artikels dem Schiffer obliegenden Pflichten haftet der Rheder mit dem Schiff, soweit etwas davon gerettet ist, und mit der Fracht.

Art. 635.

Gehen nach Antritt der Reise die Güter durch einen Zufall verloren, so endet der Frachtvertrag, ohne daß ein Theil zur Entschädigung des anderen verpflichtet ist; insbesondere ist die Fracht weder ganz noch theilweise zu zahlen, insofern nicht im Gesetz das Gegentheil bestimmt ist (Art. 619.).

Art. 636.

Ereignet sich nach dem Antritt der Reise einer der im Art. 631. erwähnten Zufälle, so ist jeder Theil befugt, von dem Vertrage zurückzutreten, ohne zur Entschädigung verpflichtet zu sein.

Ist jedoch einer der im Art. 631. unter Ziffer 1. bezeichneten Zufälle eingetreten, so muß, bevor der Rücktritt stattfindet, auf die Beseitigung des Hindernisses drei oder fünf Monate gewartet werden, je nachdem das Schiff in einem europäischen oder in einem nichteuropäischen Hafen sich befindet.

Die Frist wird, wenn der Schiffer das Hinderniß während des Aufenthalts in einem Hafen erfährt, von dem Tage der erhaltenen Kunde, anderenfalls von dem Tage an berechnet, an welchem der Schiffer, nachdem er davon in Kenntniß gesetzt worden ist, mit dem Schiffe zuerst einen Hafen erreicht.

Die Ausladung des Schiffs erfolgt, in Ermangelung einer anderweitigen Vereinbarung, in dem Hafen, in welchem es zur Zeit der Erklärung des Rücktritts sich befindet.

Für den zurückgelegten Theil der Reise ist der Befrachter Distanzfracht (Art. 632. 633.) zu zahlen verpflichtet.

Ist das Schiff in Folge des Hindernisses in den Abgangshafen oder in einen anderen Hafen zurückgekehrt, so wird bei Berechnung der Distanzfracht der dem Bestimmungshafen nächste Punkt, welchen das Schiff erreicht hat, behufs Feststellung der zurückgelegten Entfernung zum Anhalt genommen.

Digitized by Google

Der Schiffer ist auch in den Fällen dieses Artikels verpflichtet, vor und nach der Auflösung des Frachtvertrags für das Beste der Ladung nach Maßgabe der Art. 504. — 506. und 634. zu sorgen.

Art. 637.

Muß das Schiff, nachdem es die Ladung eingenommen hat, vor Antritt der Reise in dem Abladungshafen oder nach Antritt derselben in einem Zwischen- oder Nothhafen in Folge eines der im Art. 631. erwähnten Ereignisse liegen bleiben, so werden die Kosten des Aufenthalts, auch wenn die Erfordernisse der großen Haverei nicht vorliegen, über Schiff, Fracht und Ladung nach den Grundsätzen der großen Haverei vertheilt, gleichviel ob demnächst der Vertrag aufgehoben oder vollständig erfüllt wird. Zu den Kosten des Aufenthalts werden alle in dem zweiten Absatz des Art. 708. Ziffer 4. aufgeführten Kosten gezählt, diejenigen des Ein- und Auslaufens jedoch nur dann, wenn wegen des Hindernisses ein Nothhafen angelaufen ist.

Art. 638.

Wird nur ein Theil der Ladung vor Antritt der Reise durch einen Zufall betroffen, welcher, hätte er die ganze Ladung betroffen, nach den Art. 630. und 631. den Vertrag aufgelöst oder die Parteien zum Rücktritt berechtigt haben würde, so ist der Befrachter nur befugt, entweder statt der vertragsmäßigen andere Güter abzuladen, sofern durch deren Beförderung die Lage des Verfrachters nicht erschwert wird (Art. 563.), oder von dem Vertrage unter der Verpflichtung zurückzutreten, die Hälfte der bedungenen Fracht und die sonstigen Forderungen des Verfrachters zu berichtigen (Art. 581. und 582.). Bei Ausübung dieser Rechte ist der Befrachter jedoch nicht an die sonst einzuhaltende Zeit gebunden. Er hat sich aber ohne Verzug zu erklären, von welchem der beiden Rechte er Gebrauch machen wolle und, wenn er die Abladung anderer Güter wählt, dieselbe binnen kürzester Frist zu bewirken, auch die etwaigen Mehrkosten dieser Abladung zu tragen, und insoweit durch sie die Wartezeit überschritten wird, den dem Verfrachter daraus entstehenden Schaden zu ersetzen.

Macht er von keinem der beiden Rechte Gebrauch, so muß er auch für den durch den Zufall betroffenen Theil der Ladung die volle Fracht entrichten. Den durch Krieg, Ein- und Ausfuhrverbot oder eine andere Verfügung von hoher Hand unfrei gewordenen Theil der Ladung ist er jedenfalls aus dem Schiff herauszunehmen verbunden.

Tritt der Zufall nach Antritt der Reise ein, so muß der Befrachter für den dadurch betroffenen Theil der Ladung die volle Fracht auch dann entrichten, wenn der Schiffer diesen Theil in einem anderen als dem Bestimmungshafen zu löschen sich genöthigt gefunden und hierauf mit oder ohne Aufenthalt die Reise fortgesetzt hat.

Durch diesen Artikel werden die Bestimmungen der Art. 618. und 619. nicht berührt.

Art. 639.

Abgesehen von den Fällen der Art. 631. — 638. hat ein Aufenthalt, welchen die Reise vor oder nach ihrem Antritt durch Naturereignisse oder andere Zufälle erleidet, auf die Rechte und Pflichten der Parteien keinen Einfluß, es sei denn, daß der erkennbare Zweck des Vertrags durch einen solchen Aufenthalt vereitelt würde. Der Befrachter ist jedoch befugt, während jedes durch einen Zufall entstandenen, voraussichtlich längeren Aufenthalts die bereits in das Schiff geladenen Güter auf seine Gefahr und Kosten gegen Sicherheitsleistung für die rechtzeitige Wiedereinladung auszuladen. Unterläßt er die Wiedereinladung, so hat er die volle Fracht zu zahlen. In jedem Falle muß er den Schaden ersetzen, welcher aus der von ihm veranlaßten Wiederausladung entsteht.

Digitized by Google

Gründet sich der Aufenthalt in einer Verfügung von hoher Hand, so ist für die Dauer derselben keine Fracht zu bezahlen, wenn diese zeitweise bedungen war (Art. 623.).

Art. 640.

Muß das Schiff während der Reise ausgebessert werden, so hat der Befrachter die Wahl, ob er die ganze Ladung an dem Orte, wo das Schiff sich befindet, gegen Berichtigung der vollen Fracht und der übrigen Forderungen des Verfrachters (Art. 615.) und gegen Berichtigung oder Sicherstellung der im Art. 616. bezeichneten Forderungen zurücknehmen oder die Wiederherstellung abwarten will. Im letzteren Falle ist für die Dauer der Ausbesserung keine Fracht zu bezahlen, wenn diese zeitweise bedungen war.

Art. 641.

Wird der Frachtvertrag in Gemäßheit der Art. 630. — 636. aufgelöst, so werden die Kosten der Ausladung aus dem Schiff von dem Verfrachter, die übrigen Löschungskosten von dem Befrachter getragen. Hat der Zufall jedoch nur die Ladung betroffen, so fallen die sämmtlichen Kosten der Löschung dem Befrachter zur Last. Dasselbe gilt, wenn im Falle des Art. 638. ein Theil der Ladung gelöscht wird. Mußte in einem solchen Falle behufs der Löschung ein Hafen angelaufen werden, so hat der Befrachter auch die Hafenkosten zu tragen.

Art. 642.

Die Art. 630. — 641. kommen auch zur Anwendung, wenn das Schiff zur Einnahme der Ladung eine Zureise in Ballast nach dem Abladungshafen zu machen hat. Die Reise gilt aber in einem solchen Falle erst dann als angetreten, wenn sie aus dem Abladungshafen angetreten ist. Wird der Vertrag, nachdem das Schiff den Abladungshafen erreicht hat, aber vor Antritt der Reise aus dem letzteren aufgelöst, so erhält der Verfrachter für die Zureise eine nach den Grundsätzen der Distanzfracht (Art. 633.) zu bemessende Entschädigung.

In anderen Fällen einer zusammengesetzten Reise sind die obigen Artikel insoweit anwendbar, als Natur und Inhalt des Vertrags nicht entgegenstehen.

Art. 643.

Wenn der Vertrag nicht auf das Schiff im Ganzen, sondern nur auf einen verhältnißmäßigen Theil oder einen bestimmt bezeichneten Raum des Schiffs oder auf Stückgüter sich bezieht, so gelten die Art. 630. — 642. mit folgenden Abweichungen:

1) In den Fällen der Art. 631. und 636. ist jeder Theil sogleich nach Eintritt des Hindernisses und ohne Rücksicht auf die Dauer desselben von dem Vertrage zurückzutreten befugt.
2) Im Falle des Art. 638. kann von dem Befrachter das Recht, von dem Vertrage zurückzutreten, nicht ausgeübt werden.
3) Im Falle des Art. 639. steht dem Befrachter das Recht der einstweiligen Löschung nur dann zu, wenn die übrigen Befrachter ihre Genehmigung ertheilen.
4) Im Falle des Art. 640. kann der Befrachter die Güter gegen Entrichtung der vollen Fracht und der übrigen Forderungen nur dann zurücknehmen, wenn während der Ausbesserung die Löschung dieser Güter ohnehin erfolgt ist.

Die Vorschriften der Art. 588. und 590. werden hierdurch nicht berührt.

Art. 644.

Nach Beendigung jeder einzelnen Abladung hat der Schiffer dem Ablader ohne Verzug gegen

Digitized by Google

Rückgabe des etwa bei der Annahme der Güter ertheilten vorläufigen Empfangsscheins ein Konnossement in so vielen Exemplaren auszustellen, als der Ablader verlangt.

Alle Exemplare des Konnossements müssen von gleichem Inhalt sein, dasselbe Datum haben und ausdrücken, wie viele Exemplare ausgestellt sind.

Dem Schiffer ist auf sein Verlangen von dem Ablader eine mit der Unterschrift des Letzteren versehene Abschrift des Konnossements zu ertheilen.

Art. 645.

Das Konnossement enthält:

1) den Namen des Schiffers;
2) den Namen und die Nationalität des Schiffs;
3) den Namen des Abladers;
4) den Namen des Empfängers;
5) den Abladungshafen;
6) den Löschungshafen, oder den Ort, an welchem Ordre über denselben einzuholen ist;
7) die Bezeichnung der abgeladenen Güter, deren Menge und Merkzeichen;
8) die Bestimmung in Ansehung der Fracht;
9) den Ort und den Tag der Ausstellung;
10) die Zahl der ausgestellten Exemplare.

Art. 646.

Auf Verlangen des Abladers ist das Konnossement, sofern nicht das Gegentheil vereinbart ist, an die Ordre des Empfängers oder lediglich an Ordre zu stellen. Im letzteren Falle ist unter der Ordre die Ordre des Abladers zu verstehen.

Das Konnossement kann auch auf den Namen des Schiffers als Empfängers lauten.

Art. 647.

Der Schiffer ist verpflichtet, im Löschungshafen den legitimirten Inhaber auch nur eines Exemplars des Konnossements die Güter auszuliefern.

Zur Empfangnahme der Güter legitimirt ist derjenige, an welchen die Güter nach dem Konnossement abgeliefert werden sollen, oder auf welchen das Konnossement, wenn es an Ordre lautet, durch Indossament übertragen ist.

Art. 648.

Melden sich mehrere legitimirte Konnossementsinhaber, so ist der Schiffer verpflichtet, sie sämmtlich zurückzuweisen, die Güter gerichtlich oder in einer anderen sicheren Weise niederzulegen und die Konnossementsinhaber, welche sich gemeldet haben, unter Angabe der Gründe seines Verfahrens hiervon zu benachrichtigen.

Wenn die Niederlegung nicht gerichtlich geschieht, so ist er befugt, über sein Verfahren und dessen Gründe eine öffentliche Urkunde errichten zu lassen und wegen der daraus entstehenden Kosten in gleicher Art wie wegen der Fracht sich an die Güter zu halten (Art. 626.).

Art. 649.

Die Uebergabe des an Ordre lautenden Konnossements an denjenigen, welcher durch dasselbe zur Empfangnahme legitimirt wird, hat, sobald die Güter wirklich abgeladen sind, für den Erwerb der von der Uebergabe der Güter abhängigen Rechte dieselben rechtlichen Wirkungen wie die Uebergabe der Güter.

Digitized by Google

Art. 650.

Sind mehrere Exemplare eines an Ordre lautenden Konnossements ausgestellt, so können von dem Inhaber des einen Exemplars die in dem vorstehenden Artikel bezeichneten rechtlichen Wirkungen der Uebergabe des Konnossements zum Nachtheil desjenigen nicht geltend gemacht werden, welcher auf Grund eines anderen Exemplars in Gemäßheit des Art. 647. die Auslieferung der Güter von dem Schiffer erlangt hat, bevor der Anspruch auf Auslieferung von dem Inhaber des ersteren Exemplars erhoben worden ist.

Art. 651.

Hat der Schiffer die Güter noch nicht ausgeliefert, so geht unter mehreren sich meldenden Konnossementsinhabern, wenn und soweit die von denselben auf Grund der Konnossementsübergabe an den Gütern geltend gemachten Rechte kollidiren, derjenige vor, dessen Exemplar von dem gemeinschaftlichen Vormann, welcher mehrere Konnossementsexemplare an verschiedene Personen übertragen hat, zuerst der einen dieser Personen dergestalt übergeben ist, daß dieselbe zur Empfangnahme der Güter legitimirt wurde.

Bei dem nach einem anderen Orte übersandten Exemplare wird die Zeit der Uebergabe durch den Zeitpunkt der Absendung bestimmt.

Art. 652.

Der Schiffer ist zur Ablieferung der Güter nur gegen Rückgabe eines Exemplars des Konnossements, auf welchem die Ablieferung der Güter zu bescheinigen ist, verpflichtet.

Art. 653.

Das Konnossement ist entscheidend für die Rechtsverhältnisse zwischen dem Verfrachter und dem Empfänger der Güter; insbesondere muß die Ablieferung der Güter an den Empfänger nach Inhalt des Konnossements erfolgen.

Die in das Konnossement nicht aufgenommenen Bestimmungen des Frachtvertrags haben gegenüber dem Empfänger keine rechtliche Wirkung, sofern nicht auf dieselben ausdrücklich Bezug genommen ist. Wird in Ansehung der Fracht auf den Frachtvertrag verwiesen (z. B. durch die Worte: „Fracht laut Chartepartie"), so sind hierin die Bestimmungen über Löschzeit, Ueberliegezeit und Liegezeit nicht als einbegriffen anzusehen.

Für die Rechtsverhältnisse zwischen Verfrachter und Befrachter bleiben die Bestimmungen des Frachtvertrages maßgebend.

Art. 654.

Der Verfrachter ist für die Richtigkeit der im Konnossement enthaltenen Bezeichnung der abgeladenen Güter dem Empfänger verantwortlich. Seine Haftung beschränkt sich jedoch auf den Ersatz des Minderwerths, welcher aus der Nichtübereinstimmung der Güter mit der im Konnossement enthaltenen Bezeichnung sich ergiebt.

Art. 655.

Die im vorstehenden Artikel erwähnte Haftung des Verfrachters tritt auch dann ein, wenn die Güter dem Schiffer in Verpackung oder in geschlossenen Gefäßen übergeben sind.

Ist dieses zugleich aus dem Konnossement ersichtlich, so ist der Verfrachter für die Richtigkeit der Bezeichnung der Güter dem Empfänger nicht verantwortlich, sofern er beweist, daß ungeachtet der Sorgfalt eines ordentlichen Schiffers die Unrichtigkeit der in dem Konnossement enthaltenen Bezeichnung nicht wahrgenommen werden konnte.

Digitized by Google

Die Haftung des Verfrachters wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß die Identität der abgelieferten und der übernommenen Güter nicht bestritten, oder daß dieselbe von dem Verfrachter nachgewiesen ist.

Art. 656.

Werden dem Schiffer Güter in Verpackung oder in geschlossenen Gefäßen übergeben, so kann er das Konnossement mit dem Zusatz: „Inhalt unbekannt" versehen. Enthält das Konnossement diesen oder einen gleichbedeutenden Zusatz, so ist der Verfrachter im Falle der Nichtübereinstimmung des abgelieferten Inhalts mit dem im Konnossement angegebenen nur insoweit verantwortlich, als ihm bewiesen wird, daß er einen anderen als den abgelieferten Inhalt empfangen habe.

Art. 657.

Sind die im Konnossement nach Zahl, Maß oder Gewicht bezeichneten Güter dem Schiffer nicht zugezählt, zugemessen oder zugewogen, so kann er das Konnossement mit dem Zusatz: „Zahl, Maß, Gewicht unbekannt" versehen. Enthält das Konnossement diesen oder einen gleichbedeutenden Zusatz, so hat der Verfrachter die Richtigkeit der Angaben des Konnossements über Zahl, Maß oder Gewicht der übernommenen Güter nicht zu vertreten.

Art. 658.

Ist die Fracht nach Zahl, Maß oder Gewicht der Güter bedungen und im Konnossement Zahl, Maß oder Gewicht angegeben, so ist diese Angabe für die Berechnung der Fracht entscheidend, wenn nicht das Konnossement eine abweichende Bestimmung enthält. Als eine solche ist der Zusatz: „Zahl, Maß, Gewicht unbekannt" oder ein gleichbedeutender Zusatz nicht anzusehen.

Art. 659.

Ist das Konnossement mit dem Zusatz: „frei von Bruch," oder: „frei von Leckage," oder: „frei von Beschädigung," oder mit einem gleichbedeutenden Zusatz versehen, so haftet der Verfrachter bis zum Beweise des Verschuldens des Schiffers oder einer Person, für welche der Verfrachter verantwortlich ist, nicht für Bruch oder Leckage oder Beschädigung.

Art. 660.

Sind dem Schiffer Güter übergeben, deren Beschädignng, schlechte Beschaffenheit oder schlechte Verpackung sichtbar ist, so hat er diese Mängel im Konnossement zu bemerken, widrigenfalls er dem Empfänger dafür verantwortlich ist, auch wenn das Konnossement mit einem der im vorhergehenden Artikel erwähnten Zusätze versehen ist.

Art. 661.

Nachdem der Schiffer ein an Ordre lautendes Konnossement ausgestellt hat, darf er den Anweisungen des Abladers wegen Zurückgabe oder Auslieferung der Güter nur dann Folge leisten, wenn ihm die sämmtlichen Exemplare des Konnossements zurückgegeben werden.

Dasselbe gilt in Ansehung der Anforderungen eines Konnossementsinhabers auf Auslieferung der Güter, solange der Schiffer den Bestimmungshafen nicht erreicht hat.

Handelt er diesen Bestimmungen entgegen, so bleibt er dem rechtmäßigen Inhaber des Konnossements verpflichtet.

Lautet das Konnossement nicht an Ordre, so ist der Schiffer zur Zurückgabe oder Auslieferung der Güter, auch ohne Beibringung eines Exemplars des Konnossements, verpflichtet, sofern der Ablader und der im Konnossement bezeichnete Empfänger in die Zurückgabe oder Auslieferung der Güter

Digitized by Google

willigen. Werden jedoch nicht sämmtliche Exemplare des Konnossements zurückgestellt, so kann der Schiffer wegen der deshalb zu besorgenden Nachtheile zuvor Sicherheitsleistung fordern.

Art. 662.

Die Bestimmungen des Art. 661. kommen auch dann zur Anwendung, wenn der Frachtvertrag vor Erreichung des Bestimmungshafens in Folge eines Zufalls nach den Art. 630. — 643. aufgelöst wird.

Art. 663.

In Ansehung der Verpflichtungen des Schiffers aus den von ihm geschlossenen Frachtverträgen und ausgestellten Konnossementen hat es bei den Vorschriften der Art. 478. 479. und 502. sein Bewenden.

Art. 664.

Im Falle der Unterverfrachtung haftet für die Erfüllung des Unterfrachtvertrags, insoweit dessen Ausführung zu den Dienstobliegenheiten des Schiffers gehört und von diesem übernommen ist, insbesondere durch Annahme der Güter und Ausstellung des Konnossements, nicht der Unterverfrachter, sondern der Rheder mit Schiff und Fracht (Art. 452.).

Ob und inwieweit im Uebrigen der Rheder oder der Unterverfrachter von dem Unterbefrachter in Anspruch genommen werden könne, und ob im letzteren Falle der Unterverfrachter für die Erfüllung unbeschränkt zu haften, oder nur die auf Schiff und Fracht beschränkte Haftung des Rheders zu vertreten habe, wird durch vorstehende Bestimmung nicht berührt.

Sechster Titel.

Von dem Frachtgeschäft zur Beförderung von Reisenden.

Art. 665.

Ist der Reisende in dem Ueberfahrtsvertrage genannt, so ist derselbe nicht befugt, das Recht auf die Ueberfahrt an einen Anderen abzutreten.

Art. 666.

Der Reisende ist verpflichtet, alle die Schiffsordnung betreffenden Anweisungen des Schiffers zu befolgen.

Art. 667.

Der Reisende, welcher vor oder nach dem Antritt der Reise sich nicht rechtzeitig an Bord begiebt, muß das volle Ueberfahrtsgeld bezahlen, wenn der Schiffer die Reise antritt oder fortsetzt, ohne auf ihn zu warten.

Art. 668.

Wenn der Reisende vor dem Antritt der Reise den Rücktritt von dem Ueberfahrtsvertrage erklärt, oder stirbt oder durch Krankheit oder einen anderen in seiner Person sich ereignenden Zufall zurückzubleiben genöthigt wird, so ist nur die Hälfte des Ueberfahrtsgeldes zu zahlen.

Wenn nach Antritt der Reise der Rücktritt erklärt wird, oder einer der erwähnten Zufälle sich ereignet, so ist das volle Ueberfahrtsgeld zu zahlen.

Art. 669.

Der Ueberfahrtsvertrag tritt außer Kraft, wenn durch einen Zufall das Schiff verloren geht (Art. 630. Ziffer 1.).

Digitized by Google

Art. 670.

Der Reisende ist befugt, von dem Vertrage zurückzutreten, wenn ein Krieg ausbricht, in Folge dessen das Schiff nicht mehr als frei betrachtet werden kann und der Gefahr der Aufbringung ausgesetzt wäre, oder wenn die Reise durch eine das Schiff betreffende Verfügung von hoher Hand aufgehalten wird.

Das Recht des Rücktritts steht auch dem Verfrachter zu, wenn er in einem der vorstehenden Fälle die Reise aufgiebt, oder wenn das Schiff hauptsächlich zur Beförderung von Gütern bestimmt ist, und die Unternehmung unterbleiben muß, weil die Güter ohne sein Verschulden nicht befördert werden können.

Art. 671.

In allen Fällen, in welchen zufolge der Art. 669. und 670. der Ueberfahrtsvertrag aufgelöst wird, ist kein Theil zur Entschädigung des anderen verpflichtet.

Ist jedoch die Auflösung erst nach Antritt der Reise erfolgt, so hat der Reisende das Ueberfahrtsgeld nach Verhältniß der zurückgelegten zur ganzen Reise zu zahlen.

Bei der Berechnung des zu zahlenden Betrags sind die Vorschriften des Art. 633. maßgebend.

Art. 672.

Muß das Schiff während der Reise ausgebessert werden, so hat der Reisende, auch wenn er die Ausbesserung nicht abwartet, das volle Ueberfahrtsgeld zu zahlen. Wartet er die Ausbesserung ab, so hat ihm der Verfrachter bis zum Wiederantritt der Reise ohne besondere Vergütung Wohnung zu gewähren, auch die nach dem Ueberfahrtsvertrage in Ansehung der Beköstigung ihm obliegenden Pflichten weiter zu erfüllen.

Erbietet sich jedoch der Verfrachter, den Reisenden mit einer anderen gleich guten Schiffsgelegenheit ohne Beeinträchtigung der übrigen vertragsmäßigen Rechte desselben nach dem Bestimmungshafen zu befördern und weigert sich der Reisende, von dem Anerbieten Gebrauch zu machen, so hat er auf Gewährung von Wohnung und Kost bis zum Wiederantritt der Reise nicht weiter Anspruch.

Art. 673.

Für den Transport der Reiseeffekten, welche der Reisende nach dem Ueberfahrtsvertrag an Bord zu bringen befugt ist, hat derselbe, wenn nicht ein Anderes bedungen ist, neben dem Ueberfahrtsgelde keine besondere Vergütung zu zahlen.

Art. 674.

Auf die an Bord gebrachten Reiseeffekten finden die Vorschriften der Art. 562. 594. 618. Anwendung.

Sind dieselben von dem Schiffer oder einem dazu bestellten Dritten übernommen, so gelten für den Fall ihres Verlustes oder ihrer Beschädigung die Vorschriften der Art. 607. 608. 609. 610. 611.

Auf sämmtliche von dem Reisenden an Bord gebrachte Sachen finden außerdem die Art. 564. 565. 566. und 620. Anwendung.

Art. 675.

Der Verfrachter hat wegen des Ueberfahrtsgeldes an den von dem Reisenden an Bord gebrachten Sachen ein Pfandrecht.

Das Pfandrecht besteht jedoch nur so lange die Sachen zurückbehalten oder deponirt sind.

Digitized by Google

Art. 676.

Stirbt ein Reisender, so ist der Schiffer verpflichtet, in Ansehung der an Bord sich befindenden Effekten desselben das Interesse der Erben nach den Umständen des Falls in geeigneter Weise wahrzunehmen.

Art. 677.

Wird ein Schiff zur Beförderung von Reisenden einem Dritten verfrachtet, sei es im Ganzen oder zu einem Theil oder dergestalt, daß eine bestimmte Zahl von Reisenden befördert werden soll, so gelten für das Rechtsverhältniß zwischen dem Verfrachter und dem Dritten die Vorschriften des fünften Titels, soweit die Natur der Sache die Anwendung derselben zuläßt.

Art. 678.

Wenn in den folgenden Titeln dieses Buchs die Fracht erwähnt wird, so sind unter dieser, sofern nicht das Gegentheil bestimmt ist, auch die Ueberfahrtsgelder zu verstehen.

Art. 679.

Die auf das Auswanderungswesen sich beziehenden Landesgesetze, auch insoweit sie privatrechtliche Bestimmungen enthalten, werden durch die Vorschriften dieses Titels nicht berührt.

Siebenter Titel.

Von der Bodmerei.

Art. 680.

Bodmerei im Sinne dieses Gesetzbuches ist ein Darlehnsgeschäft, welches von dem Schiffer als solchem kraft der in diesem Gesetzbuch ihm ertheilten Befugnisse unter Zusicherung einer Prämie und unter Verpfändung von Schiff, Fracht und Ladung oder von einem oder mehreren dieser Gegenstände in der Art eingegangen wird, daß der Gläubiger wegen seiner Ansprüche nur an die verpfändeten (verbodmeten) Gegenstände nach Ankunft des Schiffs an dem Orte sich halten könne, wo die Reise enden soll, für welche das Geschäft eingegangen ist (Bodmereireise).

Art. 681.

Bodmerei kann von dem Schiffer nur in folgenden Fällen eingegangen werden:

1) während das Schiff außerhalb des Heimathshafens sich befindet, zum Zweck der Ausführung der Reise, nach Maßgabe der Art. 497. 507.—509. und 511.;
2) während der Reise im alleinigen Interesse der Ladungsbetheiligten zum Zweck der Erhaltung und Weiterbeförderung der Ladung nach Maßgabe der Art. 504. 511. und 634.

In dem Falle der Ziffer 2. kann der Schiffer die Ladung allein verbodmen, in allen übrigen Fällen kann er zwar das Schiff oder die Fracht allein, die Ladung aber nur zusammen mit dem Schiff und der Fracht verbodmen.

In der Verbodmung des Schiffs ohne Erwähnung der Fracht ist die Verbodmung der letzteren nicht enthalten. Werden aber Schiff und Ladung verbodmet, so gilt die Fracht als mitverbodmet.

Die Verbodmung der Fracht ist zulässig, so lange diese der Seegefahr noch nicht entzogen ist.

Auch die Fracht desjenigen Theils der Reise, welcher noch nicht angetreten ist, kann verbodmet werden.

Art. 682.

Die Höhe der Bodmereiprämie ist ohne Beschränkung dem Uebereinkommen der Parteien überlassen.

Die Prämie umfaßt in Ermangelung einer entgegenstehenden Vereinbarung auch die Zinsen.

Digitized by Google

Art. 683.

Ueber die Verbodmung muß von dem Schiffer ein Bodmereibrief ausgestellt werden. Ist dieses nicht geschehen, so hat der Gläubiger diejenigen Rechte, welche ihm zustehen würden, wenn der Schiffer zur Befriedigung des Bedürfnisses ein einfaches Kreditgeschäft eingegangen wäre.

Art. 684.

Der Bodmereigeber kann verlangen, daß der Bodmereibrief enthalte:

1) den Namen des Bodmereigläubigers;
2) den Kapitalbetrag der Bodmereischuld;
3) den Betrag der Bodmereiprämie oder den Gesammtbetrag der dem Gläubiger zu zahlenden Summe;
4) die Bezeichnung der verbodmeten Gegenstände;
5) die Bezeichnung des Schiffs und des Schiffers;
6) die Bodmereireise;
7) die Zeit, zu welcher die Bodmereischuld gezahlt werden soll;
8) den Ort, wo die Zahlung erfolgen soll;
9) die Bezeichnung der Urkunde im Kontext als Bodmereibrief, oder die Erklärung, daß die Schuld als Bodmereischuld eingegangen sei, oder eine andere das Wesen der Bodmerei genügend bezeichnende Erklärung;
10) die Umstände, welche die Eingehung der Bodmerei nothwendig gemacht haben;
11) den Tag und den Ort der Ausstellung;
12) die Unterschrift des Schiffers.

Die Unterschrift des Schiffers muß auf Verlangen in beglaubigter Form ertheilt werden.

Art. 685.

Auf Verlangen des Bodmereigebers ist der Bodmereibrief, sofern nicht das Gegentheil vereinbart ist, an die Ordre des Gläubigers oder lediglich an Ordre zu stellen. Im letzteren Falle ist unter der Ordre die Ordre des Bodmereigebers zu verstehen.

Art. 686.

Ist vor Ausstellung des Bodmereibriefs die Nothwendigkeit der Eingehung des Geschäfts von dem Landeskonsul oder demjenigen Konsul, welcher dessen Geschäfte zu versehen berufen ist, und in dessen Ermangelung von dem Gericht oder der sonst zuständigen Behörde des Orts der Ausstellung, sofern es aber auch an einer solchen fehlt, von den Schiffsoffizieren urkundlich bezeugt, so wird angenommen, daß der Schiffer zur Eingehung des Geschäfts in dem vorliegenden Umfange befugt gewesen sei.

Es findet jedoch der Gegenbeweis statt.

Art. 687.

Der Bodmereigeber kann die Ausstellung des Bodmereibriefs in mehreren Exemplaren verlangen.

Werden mehrere Exemplare ausgestellt, so ist in jedem Exemplar anzugeben, wie viele ertheilt sind.

Der Bodmereibrief kann durch Indossament übertragen werden, wenn er an Ordre lautet.

Der Einwand, daß der Schiffer zur Eingehung des Geschäfts überhaupt oder in dem vorliegenden Umfange nicht befugt gewesen sei, ist auch gegen den Indossatar zulässig.

Digitized by Google

Art. 688.

Die Bodmereischuld ist, sofern nicht in dem Bodmereibrief selbst eine andere Bestimmung getroffen ist, in dem Bestimmungshafen der Bodmereireise und am achten Tage nach der Ankunft des Schiffs in diesem Hafen zu zahlen.

Von dem Zahlungstage an laufen kaufmännische Zinsen von der ganzen Bodmereischuld einschließlich der Prämie.

Die vorstehende Bestimmung kommt nicht zur Anwendung, wenn die Prämie nach Zeit bedungen ist; die Zeitprämie läuft aber bis zur Zahlung des Bodmereikapitals.

Art. 689.

Zur Zahlungszeit kann die Zahlung der Bodmereischuld dem legitimirten Inhaber auch nur eines Exemplars des Bodmereibriefs nicht verweigert werden.

Die Zahlung kann nur gegen Rückgabe dieses Exemplars verlangt werden, auf welchem über die Zahlung zu quittiren ist.

Art. 690.

Melden sich mehrere gehörig legitimirte Bodmereibriefsinhaber, so sind sie sämmtlich zurückzuweisen, die Gelder, wenn die verbodmeten Gegenstände befreit werden sollen, gerichtlich oder in anderer sicherer Weise niederzulegen und die Bodmereibriefsinhaber, welche sich gemeldet haben, unter Angabe der Gründe des Verfahrens hiervon zu benachrichtigen.

Wenn die Niederlegung nicht gerichtlich geschieht, so ist der Deponent befugt, über sein Verfahren und dessen Gründe eine öffentliche Urkunde errichten zu lassen und die daraus entstehenden Kosten von der Bodmereischuld abzuziehen.

Art. 691.

Dem Bodmereigläubiger fällt weder die große noch die besondere Haverei zur Last.

Insoweit jedoch die verbodmeten Gegenstände durch große oder besondere Haverei zur Befriedigung des Bodmereigläubigers unzureichend werden, hat derselbe den hieraus entstehenden Nachtheil zu tragen.

Art. 692.

Die sämmtlichen verbodmeten Gegenstände haften dem Bodmereigläubiger solidarisch.

Auch schon vor Eintritt der Zahlungszeit kann der Gläubiger nach Ankunft des Schiffs im Bestimmungshafen der Bodmereireise die Beschlagnahme der sämmtlichen verbodmeten Gegenstände nachsuchen.

Art. 693.

Der Schiffer hat für die Bewahrung und Erhaltung der verbodmeten Gegenstände zu sorgen; er darf ohne dringende Gründe keine Handlung vornehmen, wodurch die Gefahr für den Bodmereigeber eine größere oder eine andere wird, als derselbe bei dem Abschluß des Vertrags voraussetzen mußte.

Handelt er diesen Bestimmungen zuwider, so ist er dem Bodmereigläubiger für den daraus entstehenden Schaden verantwortlich (Art 479.).

Art. 694.

Hat der Schiffer die Bodmereireise willkührlich verändert, oder ist er von dem derselben entsprechenden Wege willkührlich abgewichen, oder hat er nach ihrer Beendigung die verbodmeten Gegenstände von neuem einer Seegefahr ausgesetzt, ohne daß das Interesse des Gläubigers es geboten hat, so

Digitized by Google

haftet der Schiffer dem Gläubiger für die Bodmereischuld insoweit persönlich, als derselbe aus den verbodmeten Gegenständen seine Befriedigung nicht erhält, es sei denn, daß er beweist, daß die unterbliebene Befriedigung durch die Veränderung der Reise oder die Abweichung oder die neue Seegefahr nicht verursacht ist.

Art. 695.

Der Schiffer darf die verbodmete Ladung vor Befriedigung oder Sicherstellung des Gläubigers weder ganz noch theilweise ausliefern, widrigenfalls er dem Gläubiger für die Bodmereischuld insoweit persönlich verpflichtet wird, als derselbe aus den ausgelieferten Gütern zur Zeit der Auslieferung hätte befriedigt werden können.

Es wird bis zum Beweise des Gegentheils angenommen, daß der Gläubiger seine vollständige Befriedigung hätte erlangen können.

Art. 696.

Hat der Rheder in den Fällen der Art. 693. 694. 695. die Handlungsweise des Schiffers angeordnet, so kommen die Vorschriften des zweiten und dritten Absatzes des Art. 479 zur Anwendung.

Art. 697.

Wird zur Zahlungszeit die Bodmereischuld nicht bezahlt, so kann der Gläubiger den öffentlichen Verkauf des verbodmeten Schiffs und der verbodmeten Ladung, sowie die Ueberweisung der verbodmeten Fracht bei dem zuständigen Gericht beantragen.

Die Klage ist zu richten in Ansehung des Schiffs und der Fracht gegen den Schiffer oder Rheder, in Ansehung der Ladung vor der Auslieferung gegen den Schiffer, nach der Auslieferung gegen den Empfänger, sofern dieselbe sich noch bei ihm oder einem Anderen befindet, welcher sie für ihn besitzt.

Zum Nachtheil eines dritten Erwerbers, welcher den Besitz der verbodmeten Ladung in gutem Glauben erlangt hat, kann der Gläubiger von seinen Rechten keinen Gebrauch machen.

Art. 698.

Der Empfänger, welchem bei Annahme der verbodmeten Güter bekannt ist, daß auf ihnen eine Bodmereischuld haftet, wird dem Gläubiger für die Schuld bis zum Werthe, welchen die Güter zur Zeit ihrer Auslieferung hatten, insoweit persönlich verpflichtet, als der Gläubiger, falls die Auslieferung nicht erfolgt wäre, aus den Gütern hätte befriedigt werden können.

Art. 699.

Wird vor dem Antritt der Bodmereireise die Unternehmung aufgegeben, so ist der Gläubiger befugt, die sofortige Bezahlung der Bodmereischuld an dem Orte zu verlangen, an welchem die Bodmerei eingegangen ist; er muß sich jedoch eine verhältnißmäßige Herabsetzung der Prämie gefallen lassen; bei der Herabsetzung ist vorzugsweise das Verhältniß der bestandenen zu der übernommenen Gefahr maßgebend.

Wird die Bodmereireise in einem anderen als dem Bestimmungshafen derselben beendet, so ist die Bodmereischuld ohne einen Abzug von der Prämie in diesem anderen Hafen nach Ablauf der vertragsmäßigen und in deren Ermangelung der achttägigen (Art. 688.) Zahlungsfrist zu zahlen. Die Zahlungsfrist wird vom Tage der definitiven Einstellung der Reise berechnet.

Soweit in diesem Artikel nicht ein Anderes bestimmt ist, kommen die Art. 689.—698. auch in den vorstehenden Fällen zu Anwendung.

Digitized by Google

Art. 700.

Die Anwendung der Vorschriften dieses Titels wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß der Schiffer zugleich Miteigenthümer oder Alleineigenthümer des Schiffs oder der Ladung oder beider ist, oder daß er auf Grund besonderer Anweisung der Betheiligten die Bodmerei eingegangen ist.

Art. 701.

Die Bestimmungen über die uneigentliche Bodmerei, d. h. diejenige, welche nicht von dem Schiffer als solchem in den im Art. 681. bezeichneten Fällen eingegangen ist, bleiben den Landesgesetzen vorbehalten.

Achter Titel.

Von der Haverei.

Erster Abschnitt.

Große (gemeinschaftliche) Haverei und besondere Haverei.

Art. 702.

Alle Schäden, welche dem Schiff oder der Ladung oder beiden zum Zweck der Errettung beider aus einer gemeinsamen Gefahr von dem Schiffer oder auf dessen Geheiß vorsätzlich zugefügt werden, sowie auch die durch solche Maßregeln ferner verursachten Schäden, ingleichen die Kosten, welche zu demselben Zweck aufgewendet werden, sind große Haverei.

Die große Haverei wird von Schiff, Fracht und Ladung gemeinschaftlich getragen.

Art. 703.

Alle nicht zur großen Haverei gehörigen, durch einen Unfall verursachten Schäden und Kosten, soweit letztere nicht unter den Art. 622. fallen, sind besondere Haverei.

Die besondere Haverei wird von den Eigenthümern des Schiffs und der Ladung, von jedem für sich allein getragen.

Art. 704.

Die Anwendung der Bestimmungen über große Haverei wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß die Gefahr in Folge des Verschuldens eines Dritten oder auch eines Betheiligten herbeigeführt ist.

Der Betheiligte, welchem ein solches Verschulden zur Last fällt, kann jedoch nicht allein wegen der ihm etwa entstandenen Schäden keine Vergütung fordern, sondern er ist auch den Beitragspflichtigen für den Verlust verantwortlich, welchen sie dadurch erleiden, daß der Schaden als große Haverei zur Vertheilung kommt.

Ist die Gefahr durch eine Person der Schiffsbesatzung verschuldet, so trägt die Folgen dieses Verschuldens auch der Rheder nach Maßgabe der Art. 451. 452.

Art. 705.

Die Havereivertheilung tritt nur ein, wenn sowohl das Schiff, als auch die Ladung, und zwar jeder dieser Gegenstände entweder ganz oder theilweise wirklich gerettet worden ist.

Art. 706.

Die Verpflichtung, von einem geretteten Gegenstande beizutragen, wird dadurch, daß derselbe später von besonderer Haverei betroffen wird, nur dann vollständig aufgehoben, wenn der Gegenstand ganz verloren geht.

Digitized by Google

Art. 707.

Der Anspruch auf Vergütung einer zur großen Haverei gehörenden Beschädigung wird durch eine besondere Haverei, welche den beschädigten Gegenstand später trifft, sei es, daß er von neuem beschädigt wird oder ganz verloren geht, nur insoweit aufgehoben, als bewiesen wird, daß der spätere Unfall nicht allein mit dem früheren in keinem Zusammenhange steht, sondern daß er auch den früheren Schaden nach sich gezogen haben würde, wenn dieser nicht bereits entstanden gewesen wäre.

Sind jedoch vor Eintritt des späteren Unfalls zur Wiederherstellung des beschädigten Gegenstandes bereits Aufwendungen gemacht, so bleibt rücksichtlich dieser der Anspruch auf Vergütung bestehen.

Art. 708.

Große Haverei liegt namentlich in folgenden Fällen vor, vorausgesetzt, daß in denselben zugleich die Erfordernisse der Art. 702. 704. und 705. insoweit vorhanden sind, als in diesem Artikel nichts Besonderes bestimmt ist:

1) Wenn Waaren, Schiffstheile oder Schiffsgeräthschaften über Bord geworfen, Masten gekappt, Taue oder Segel weggeschnitten, Anker, Ankertaue oder Ankerketten geschlippt oder gekappt worden sind.

   Sowohl diese Schäden selbst, als die durch solche Maßregeln an Schiff oder Ladung ferner verursachten Schäden gehören zur großen Haverei.

2) Wenn zur Erleichterung des Schiffs die Ladung ganz oder theilweise in Leichterfahrzeuge übergeladen worden ist.

   Es gehört zur großen Haverei sowohl der Leichterlohn, als der Schaden, welcher bei dem Ueberladen in das Leichterfahrzeug oder bei dem Rückladen in das Schiff der Ladung oder dem Schiff zugefügt worden ist, sowie der Schaden, welcher die Ladung auf dem Leichterfahrzeug betroffen hat.

   Muß die Erleichterung im regelmäßigen Verlauf der Reise erfolgen, so liegt große Haverei nicht vor.

3) Wenn das Schiff absichtlich auf den Strand gesetzt worden ist, jedoch nur wenn die Abwendung des Untergangs oder der Nehmung damit bezweckt war.

   Sowohl die durch die Strandung einschließlich der Abbringung entstandenen Schäden, als auch die Kosten der Abbringung gehören zur großen Haverei.

   Wird das behufs Abwendung des Unterganges auf den Strand gesetzte Schiff nicht abgebracht, oder nach der Abbringung reparaturunfähig (Art. 444.) befunden, so findet eine Havereivertheilung nicht Statt.

   Ist das Schiff gestrandet, ohne daß die Strandung zur Rettung von Schiff und Ladung vorsätzlich herbeigeführt war, so gehören zwar nicht die durch die Strandung veranlaßten Schäden, wohl aber die auf die Abbringung verwendeten Kosten und die zu diesem Zweck dem Schiff oder der Ladung absichtlich zugefügten Schäden zur großen Haverei.

4) Wenn das Schiff zur Vermeidung einer dem Schiff und der Ladung im Falle der Fortsetzung der Reise drohenden gemeinsamen Gefahr in einen Nothhafen eingelaufen ist, wohin insbesondere gehört, wenn das Einlaufen zur nothwendigen Ausbesserung eines Schadens erfolgt, welchen das Schiff während der Reise erlitten hat.

   Es gehören in diesem Falle zur großen Haverei: die Kosten des Einlaufens und des Auslaufens, die das Schiff selbst treffenden Aufenthaltskosten, die der Schiffs-

Digitized by Google

besatzung während des Aufenthalts gebührende Heuer und Kost, sowie die Auslagen für die Unterbringung der Schiffsbesatzung am Lande, wenn und so lange dieselbe an Bord nicht hat verbleiben können, ferner, falls die Ladung wegen des Grundes, welcher das Einlaufen in den Nothhafen herbeigeführt hat, gelöscht werden muß, die Kosten des Von- und Anbordbringens und die Kosten der Aufbewahrung der Ladung am Lande bis zu dem Zeitpunkt, in welchem dieselbe wieder an Bord hat gebracht werden können.

Die sämmtlichen Aufenthaltskosten kommen nur für die Zeit der Fortdauer des Grundes in Rechnung, welcher das Einlaufen in den Nothhafen herbeigeführt hat. Liegt der Grund in einer nothwendigen Ausbesserung des Schiffs, so kommen außerdem die Aufenthaltskosten nur bis zu dem Zeitpunkt in Rechnung, in welchem die Ausbesserung hätte vollendet sein können.

Die Kosten der Ausbesserung des Schiffs gehören nur insoweit zur großen Haverei, als der auszubessernde Schaden selbst große Haverei ist.

5) Wenn das Schiff gegen Feinde oder Seeräuber vertheidigt worden ist.

Die bei der Vertheidigung dem Schiff oder der Ladung zugefügten Beschädigungen, die dabei verbrauchte Munition und, im Falle eine Person der Schiffsbesatzung bei der Vertheidigung verwundet oder getödtet worden ist, die Heilungs- und Begräbnißkosten, sowie die zu zahlenden Belohnungen (Art. 523. 524. 549. 551.) bilden die große Haverei.

6) Wenn im Falle der Anhaltung des Schiffs durch Feinde oder Seeräuber Schiff und Ladung losgekauft worden sind.

Was zum Loskauf gegeben ist, bildet nebst den durch den Unterhalt und die Auslösung der Geißeln entstandenen Kosten die große Haverei.

7) Wenn die Beschaffung der zur Deckung der großen Haverei während der Reise erforderlichen Gelder Verluste und Kosten verursacht hat, oder wenn durch die Auseinandersetzung unter den Betheiligten Kosten entstanden sind.

Diese Verluste und Kosten gehören gleichfalls zur großen Haverei.

Dahin werden insbesondere gezählt der Verlust an den während der Reise verkauften Gütern, die Bodmereiprämie, wenn die erforderlichen Gelder durch Bodmerei aufgenommen worden sind, und wenn dies nicht der Fall ist, die Prämie für Versicherung der aufgewendeten Gelder, die Kosten für die Ermittelung der Schäden und für die Aufmachung der Rechnung über die große Haverei (Dispache).

Art. 709.

Nicht als große Haverei, sondern als besondere Haverei werden angesehen:

1) die Verluste und Kosten, welche, wenn auch während der Reise, aus der in Folge einer besonderen Haverei nöthig gewordenen Beschaffung von Geldern entstehen;
2) die Reklamekosten, auch wenn Schiff und Ladung zusammen und beide mit Erfolg reklamirt werden;
3) die durch Prangen verursachte Beschädigung des Schiffs, seines Zubehörs und der Ladung, selbst wenn, um der Strandung oder Nehmung zu entgehen, geprangt worden ist.

Art. 710.

In den Fällen der großen Haverei bleiben bei der Schadensberechnung die Beschädigungen und Verluste außer Ansatz, welche die nachstehenden Gegenstände betreffen:

Digitized by Google

1) die nicht unter Deck geladenen Güter; diese Vorschrift findet jedoch bei der Küstenschifffahrt insofern keine Anwendung, als in Ansehung derselben Deckladungen durch die Landesgesetze für zulässig erklärt sind (Art. 567.);

2) diejenigen Güter, worüber weder ein Konnossement ausgestellt ist, noch das Manifest oder Ladebuch Auskunft giebt;

3) die Kostbarkeiten, Gelder und Werthpapiere, welche dem Schiffer nicht gehörig bezeichnet sind (Art. 608.).

Art. 711.

Der an dem Schiff und dem Zubehör desselben entstandene, zur großen Haverei gehörige Schaden ist, wenn die Reparatur während der Reise erfolgt, am Ort der Ausbesserung und vor derselben, sonst an dem Ort, wo die Reise endet, durch Sachverständige zu ermitteln und zu schätzen. Die Taxe muß die Veranschlagung der erforderlichen Reparaturkosten enthalten. Sie ist, wenn während der Reise ausgebessert wird, für die Schadensberechnung insoweit maßgebend, als nicht die Ausführungskosten unter den Anschlagssummen bleiben. War die Aufnahme einer Taxe nicht ausführbar, so entscheidet der Betrag der auf die erforderlichen Reparaturen wirklich verwendeten Kosten.

Insoweit die Ausbesserung während der Reise nicht geschieht, ist die Abschätzung für die Schadensberechnung ausschließlich maßgebend.

Art. 712.

Der nach Maßgabe des vorstehenden Artikels ermittelte volle Betrag der Reparaturkosten bestimmt die zu leistende Vergütung, wenn das Schiff zur Zeit der Beschädigung noch nicht ein volles Jahr zu Wasser war.

Dasselbe gilt von der Vergütung für einzelne Theile des Schiffs, namentlich für die Metallhaut, sowie für einzelne Theile des Zubehörs, wenn solche Theile noch nicht ein volles Jahr in Gebrauch waren.

In den übrigen Fällen wird von dem vollen Betrage wegen des Unterschieds zwischen alt und neu ein Drittel, bei den Ankerketten ein Sechstel, bei den Ankern jedoch nichts abgezogen.

Von dem vollen Betrage kommen ferner in Abzug der volle Erlös oder Werth der etwa noch vorhandenen alten Stücke, welche durch neue ersetzt sind, oder zu ersetzen sind.

Findet ein solcher Abzug und zugleich der Abzug wegen des Unterschieds zwischen alt und neu Statt, so ist zuerst dieser letztere und sodann erst von dem verbleibenden Betrage der andere Abzug zu machen.

Art. 713.

Die Vergütung für aufgeopferte Güter wird durch den Marktpreis bestimmt, welchen Güter derselben Art und Beschaffenheit am Bestimmungsort bei Beginn der Löschung des Schiffs haben.

In Ermangelung eines Marktpreises, oder insofern über denselben oder über dessen Anwendung, insbesondere mit Rücksicht auf die Qualität der Güter Zweifel bestehen, wird der Preis durch Sachverständige ermittelt.

Von dem Preise kommt in Abzug, was an Fracht, Zöllen und Unkosten in Folge des Verlustes der Güter erspart wird.

Zu den aufgeopferten Gütern gehören auch diejenigen, welche zur Deckung der großen Haverei verkauft worden sind (Art. 708. Ziffer 7.).

Digitized by Google

Art. 714.

Die Vergütung für Güter, welche eine zur großen Haverei gehörige Beschädigung erlitten haben, wird bestimmt durch den Unterschied zwischen dem durch Sachverständige zu ermittelnden Verkaufswerth, welchen die Güter in beschädigtem Zustande am Bestimmungsort bei Beginn der Löschung des Schiffs haben, und dem im vorstehenden Artikel bezeichneten Preise nach Abzug der Zölle und Unkosten, soweit sie in Folge der Beschädigung erspart sind.

Art. 715.

Die vor, bei oder nach dem Havereifall entstandenen, zur großen Haverei nicht gehörenden Werthsverringerungen und Verluste sind bei Berechnung der Vergütung (Art. 713. 714.) in Abzug zu bringen.

Art. 716.

Endet die Reise für Schiff und Ladung nicht im Bestimmungshafen, sondern an einem anderen Ort, so tritt dieser letztere, endet sie durch Verlust des Schiffs, so tritt der Ort, wohin die Ladung in Sicherheit gebracht ist, für die Ermittelung der Vergütung an die Stelle des Bestimmungsorts.

Art. 717.

Die Vergütung für entgangene Fracht wird bestimmt durch den Frachtbetrag, welcher für die aufgeopferten Güter zu entrichten gewesen sein würde, wenn dieselben mit dem Schiff an dem Ort ihrer Bestimmung, oder wenn dieser von dem Schiff nicht erreicht wird, an dem Ort angelangt wären, wo die Reise endet.

Art. 718.

Der gesammte Schaden, welcher die große Haverei bildet, wird über das Schiff, die Ladung und die Fracht nach Verhältniß des Werths und des Betrags derselben vertheilt.

Art. 719.

Das Schiff nebst Zubehör trägt bei:

1) mit dem Werthe, welchen es in dem Zustand am Ende der Reise bei Beginn der Löschung hat;
2) mit dem als große Haverei in Rechnung kommenden Schaden an Schiff und Zubehör.

Von dem unter Ziffer 1. bezeichneten Werth ist der noch vorhandene Werth derjenigen Reparaturen und Anschaffungen abzuziehen, welche erst nach dem Havereifall erfolgt sind.

Art. 720.

Die Ladung trägt bei:

1) mit den am Ende der Reise bei Beginn der Löschung noch vorhandenen Gütern, oder, wenn die Reise durch den Verlust des Schiffs endet (Art. 716.), mit den in Sicherheit gebrachten Gütern, soweit in beiden Fällen diese Güter sich zur Zeit des Havereifalls am Bord des Schiffs oder eines Leichterfahrzeugs (Art. 708. Ziffer 2.) befunden haben;
2) mit den aufgeopferten Gütern (Art. 713.).

Art. 721.

Bei Ermittelung des Beitrags kommt in Ansatz:

1) für die Güter, welche unversehrt sind, der Marktpreis oder der durch Sachverständige zu ermittelnde Preis (Art. 713.), welchen dieselben am Ende der Reise bei Beginn und am Orte der Löschung des Schiffs, oder, wenn die Reise durch Verlust des Schiffs endet (Art. 716.), zur Zeit und am Orte der Bergung haben, nach Abzug der Fracht, Zölle und sonstigen Unkosten;

Digitized by Google

2) für die Güter, welche während der Reise verdorben sind oder eine zur großen Haverei nicht gehörige Beschädigung erlitten haben, der durch Sachverständige zu ermittelnde Verkaufswerth (Art. 714.), welchen die Güter im beschädigten Zustand zu der unter Ziffer 1. erwähnten Zeit und an dem dort bezeichneten Ort haben, nach Abzug der Fracht, Zölle und sonstigen Unkosten;

3) für die Güter, welche aufgeopfert worden sind, der Betrag, welcher nach Art. 713. für dieselben als große Haverei in Rechnung kommt;

4) für die Güter, welche eine zur großen Haverei gehörige Beschädigung erlitten haben, der nach der Bestimmung unter Ziffer 2. zu ermittelnde Werth, welchen die Güter im beschädigten Zustand haben, und der Werthsunterschied, welcher nach Art. 714. für die Beschädigung als große Haverei in Rechnung kommt.

Art. 722.

Sind Güter geworfen, so haben dieselben zu der gleichzeitigen oder einer späteren großen Haverei im Falle ihrer Bergung nur dann beizutragen, wenn der Eigenthümer eine Vergütung verlangt.

Art. 723.

Die Frachtgelder tragen bei mit zwei Drittel:

1) des Bruttobetrags, welcher verdient ist;

2) des Betrags, welcher nach Art. 717. als große Haverei in Rechnung kommt.

Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, die auf zwei Drittel bestimmte Quote bis auf die Hälfte zu ermäßigen.

Ueberfahrtsgelder tragen bei mit dem Betrage, welcher im Falle des Verlustes des Schiffs eingebüßt wäre (Art. 671.), nach Abzug der Unkosten, welche alsdann erspart sein würden.

Art. 724.

Haftet auf einem beitragspflichtigen Gegenstand eine, in einem späteren Nothfalle sich gründende Forderung, so trägt der Gegenstand nur mit seinem Werthe nach Abzug dieser Forderung bei.

Art. 725.

Zur großen Haverei tragen nicht bei:

1) die Kriegs- und Mundvorräthe des Schiffs;

2) die Heuer und Effekten der Schiffsbesatzung;

3) die Reiseeffekten der Reisenden.

Sind Vorräthe oder Effekten dieser Art aufgeopfert, oder haben sie eine zur großen Haverei gehörige Beschädigung erlitten, so wird für dieselben nach Maßgabe der Art. 713.—717. Vergütung gewährt; für Effekten, welche in Kostbarkeiten, Geldern und Werthpapieren bestehen, wird jedoch nur dann Vergütung gewährt, wenn dieselben dem Schiffer gehörig bezeichnet sind (Art. 608.). Vorräthe und Effekten, für welche eine Vergütung gewährt wird, tragen mit dem Werthe oder dem Werthsunterschied bei, welcher als große Haverei in Rechnung kommt.

Die im Art. 710. erwähnten Gegenstände sind beitragspflichtig, soweit sie gerettet sind.

Die Bodmereigelder sind nicht beitragspflichtig.

Art. 726.

Wenn nach dem Havereifall und bis zum Beginn der Löschung am Ende der Reise ein beitragspflichtiger Gegenstand ganz verloren geht (Art. 706.), oder zum Theil verloren geht, oder im

Digitized by Google

Werthe verringert wird, wohin insbesondere der Fall des Art. 724. gehört, so tritt eine verhältnißmäßige Erhöhung der von den übrigen Gegenständen zu entrichtenden Beiträge ein.

Ist erst nach Beginn der Löschung der Verlust oder die Werthsverringerung erfolgt, so geht der Beitrag, welcher auf den Gegenstand fällt, soweit dieser zur Berichtigung desselben unzureichend geworden ist, den Vergütungsberechtigten verloren.

Art. 727.

Die Vergütungsberechtigten haben wegen der von dem Schiff und der Fracht zu entrichtenden Beiträge die Rechte von Schiffsgläubigern (Tit. 10.). Auch in Ansehung der beitragspflichtigen Güter steht ihnen an den einzelnen Gütern wegen des von diesen zu entrichtenden Beitrags ein Pfandrecht zu. Das Pfandrecht kann jedoch nach der Auslieferung der Güter nicht zum Nachtheil des dritten Erwerbers, welcher den Besitz in gutem Glauben erlangt hat, geltend gemacht werden.

Art. 728.

Eine persönliche Verpflichtung zur Entrichtung des Beitrags wird durch den Havereifall an sich nicht begründet.

Der Empfänger beitragspflichtiger Güter wird jedoch, wenn ihm bei der Annahme der Güter bekannt ist, daß davon ein Beitrag zu entrichten sei, für den letzteren bis zum Werthe, welchen die Güter zur Zeit ihrer Auslieferung hatten, insoweit persönlich verpflichtet, als der Beitrag, falls die Auslieferung nicht erfolgt wäre, aus den Gütern hätte geleistet werden können.

Art. 729.

Die Feststellung und Vertheilung der Schäden erfolgt an dem Bestimmungsort und, wenn dieser nicht erreicht wird, in dem Hafen, wo die Reise endet.

Art. 730.

Der Schiffer ist verpflichtet, die Aufmachung der Dispache ohne Verzug zu veranlassen. Handelt er dieser Verpflichtung zuwider, so macht er sich jedem Betheiligten verantwortlich.

Wird die Aufmachung der Dispache nicht rechtzeitig veranlaßt, so kann jeder Betheiligte die Aufmachung in Antrag bringen und betreiben.

Art. 731.

Im Gebiete dieses Gesetzbuchs wird die Dispache durch die ein für allemal bestellten oder in deren Ermangelung durch die vom Gericht besonders ernannten Personen (Dispacheure) aufgemacht.

Jeder Betheiligte ist verpflichtet, die zur Aufmachung der Dispache erforderlichen Urkunden, soweit er sie zu seiner Verfügung hat, namentlich Chartepartieen, Konnossemente und Fakturen, dem Dispacheur mitzutheilen.

Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, über das Verfahren bei Aufmachung der Dispache und die Ausführung derselben nähere Bestimmungen zu erlassen.

Art. 732.

Für die von dem Schiff zu leistenden Beiträge ist den Ladungsbetheiligten Sicherheit zu bestellen, bevor das Schiff den Hafen verlassen darf, in welchem nach Art. 729. die Feststellung und Vertheilung der Schäden erfolgen muß.

Art. 733.

Der Schiffer darf Güter, auf welchen Havereibeiträge haften, vor Berichtigung oder Sicherstellung der letzteren (Art. 616.) nicht ausliefern, widrigenfalls er, unbeschadet der Haftung der Güter, für die Beiträge persönlich verantwortlich wird.

Digitized by Google

Hat der Rheder die Handlungsweise des Schiffers angeordnet, so kommen die Vorschriften des zweiten und dritten Absatzes des Art. 479. zur Anwendung.

Das an den beitragspflichtigen Gütern den Vergütungsberechtigten zustehende Pfandrecht wird für diese durch den Verfrachter ausgeübt.

Art. 734.

Hat der Schiffer zur Fortsetzung der Reise, jedoch zum Zwecke einer nicht zur großen Haverei gehörenden Aufwendung, die Ladung verbodmet, oder über einen Theil derselben durch Verkauf oder durch Verwendung verfügt, so ist der Verlust, welchen ein Ladungsbetheiligter dadurch erleidet, daß er wegen seiner Ersatzansprüche aus Schiff und Fracht gar nicht oder nicht vollständig befriedigt werden kann (Art. 509. 510. 613.), von sämmtlichen Ladungsbetheiligten nach den Grundsätzen der großen Haverei zu tragen.

Bei der Ermittelung des Verlustes ist in dem Verhältniß zu den Ladungsbetheiligten in allen Fällen, namentlich auch im Falle des zweiten Absatzes des Art. 613., die im Art. 713. bezeichnete Vergütung maßgebend. Mit dem Werthe, durch welchen diese Vergütung bestimmt wird, tragen die verkauften Güter auch zu einer etwa eintretenden großen Haverei bei (Art. 720.).

Art. 735.

Ueber die außerdem nach den Grundsätzen der großen Haverei zu vertheilenden Schäden und Kosten bestimmt der Art. 637.

Die in den Fällen des Art. 637. und des Art. 734. zu entrichtenden Beiträge und eintretenden Vergütungen stehen in allen rechtlichen Beziehungen den Beiträgen und Vergütungen in Fällen der großen Haverei gleich.

Zweiter Abschnitt.

Schaden durch Zusammenstoß von Schiffen.

Art. 736.

Wenn zwei Schiffe zusammenstoßen und entweder auf einer oder auf beiden Seiten durch den Stoß Schiff oder Ladung allein, oder Schiff und Ladung beschädigt werden oder ganz verloren gehen, so ist, falls eine Person der Besatzung des einen Schiffs durch ihr Verschulden den Zusammenstoß herbeigeführt hat, der Rheder dieses Schiffs nach Maßgabe der Art. 451. und 452. verpflichtet, den durch den Zusammenstoß dem anderen Schiff und dessen Ladung zugefügten Schaden zu ersetzen.

Die Eigenthümer der Ladung beider Schiffe sind zum Ersatz des Schadens beizutragen nicht verpflichtet.

Die persönliche Verpflichtung der zur Schiffsbesatzung gehörigen Personen, für die Folgen ihres Verschuldens aufzukommen, wird durch diesen Artikel nicht berührt.

Art. 737.

Fällt keiner Person der Besatzung des einen oder des anderen Schiffs ein Verschulden zur Last, oder ist der Zusammenstoß durch beiderseitiges Verschulden herbeigeführt, so findet ein Anspruch auf Ersatz des dem einen oder anderen oder beiden Schiffen zugefügten Schadens nicht Statt.

Art. 738.

Die beiden vorstehenden Artikel kommen zur Anwendung ohne Unterschied, ob beide Schiffe oder das eine oder das andere sich in der Fahrt oder im Treiben befinden, oder vor Anker oder am Lande befestigt liegen.

Digitized by Google

Art. 739.

Ist ein durch den Zusammenstoß beschädigtes Schiff gesunken, bevor es einen Hafen erreichen konnte, so wird vermuthet, daß der Untergang des Schiffs eine Folge des Zusammenstoßes war.

Art. 740.

Wenn sich das Schiff unter der Führung eines Zwangslootsen befunden hat und die zur Schiffsbesatzung gehörigen Personen die ihnen obliegenden Pflichten erfüllt haben, so ist der Rheder des Schiffs von der Verantwortung für den Schaden frei, welcher durch den von dem Lootsen verschuldeten Zusammenstoß entstanden ist.

Art. 741.

Die Vorschriften dieses Abschnittes kommen auch dann zur Anwendung, wenn mehr als zwei Schiffe zusammenstoßen.

Ist in einem solchen Falle der Zusammenstoß durch eine Person der Besatzung des einen Schiffs verschuldet, so haftet der Rheder des letzteren auch für den Schaden, welcher daraus entsteht, daß durch den Zusammenstoß dieses Schiffs mit einem anderen der Zusammenstoß dieses anderen Schiffs mit einem dritten verursacht ist.

Neunter Titel.

Von der Bergung und Hülfsleistung in Seenoth.

Art. 742.

Wird in einer Seenoth ein Schiff oder dessen Ladung ganz oder theilweise, nachdem sie der Verfügung der Schiffsbesatzung entzogen oder von derselben verlassen waren, von dritten Personen an sich genommen und in Sicherheit gebracht, so haben diese Personen Anspruch auf Bergelohn.

Wird außer dem vorstehenden Fall ein Schiff oder dessen Ladung durch Hülfe dritter Personen aus einer Seenoth gerettet, so haben dieselben nur Anspruch auf Hülfslohn.

Der Schiffsbesatzung des verunglückten oder gefährdeten Schiffs steht ein Anspruch auf Berge- oder Hülfslohn nicht zu.

Art. 743.

Wenn noch während der Gefahr ein Vertrag über die Höhe des Berge- oder Hülfslohns geschlossen ist, so kann derselbe wegen erheblichen Uebermaßes der zugesicherten Vergütung angefochten und die Herabsetzung der letzteren auf das den Umständen entsprechende Maß verlangt werden.

Art. 744.

In Ermangelung einer Vereinbarung wird die Höhe des Berge- oder Hülfslohns von dem Richter unter Berücksichtigung aller Umstände des Falls nach billigem Ermessen in Geld festgesetzt.

Art. 745.

Der Berge- oder Hülfslohn umfaßt zugleich die Vergütung für die Aufwendungen, welche zum Zweck des Bergens und Rettens geschehen sind.

Nicht darin enthalten sind die Kosten und Gebühren der Behörden, die von den geborgenen oder geretteten Gegenständen zu entrichtenden Zölle und sonstigen Abgaben und die Kosten zum Zweck der Aufbewahrung, Erhaltung, Abschätzung und Veräußerung derselben.

Digitized by Google

Art. 746.

Bei der Bestimmung des Betrags des Berge- oder Hülfslohns kommen insbesondere in Anschlag: der bewiesene Eifer, die verwendete Zeit, die geleisteten Dienste, die geschehenen Aufwendungen, die Zahl der thätig gewesenen Personen, die Gefahr, welcher dieselben ihre Person und ihre Fahrzeuge unterzogen haben, sowie die Gefahr, welche den geborgenen oder geretteten Gegenständen gedroht hat, und der nach Abzug der Kosten (Art. 745. Abs. 2.) verbliebene Werth derselben.

Art. 747.

Der Berge- oder Hülfslohn darf ohne den übereinstimmenden Antrag der Parteien nicht auf eine Quote des Werthes der geborgenen oder geretteten Gegenstände festgesetzt werden.

Art. 748.

Der Betrag des Bergelohns soll den dritten Theil des Werthes der geborgenen Gegenstände (Art. 746.) nicht übersteigen.

Nur ausnahmsweise, wenn die Bergung mit ungewöhnlichen Anstrengungen und Gefahren verbunden war und jener Werth zugleich ein geringer ist, kann der Betrag bis zur Hälfte des Werthes erhöht werden.

Art. 749.

Der Hülfslohn ist stets unter dem Betrage festzusetzen, welchen der Bergelohn unter sonst gleichen Umständen erreicht haben würde. Auf den Werth der geretteten Gegenstände ist bei Bestimmung des Hülfslohns nur eine untergeordnete Rücksicht zu nehmen.

Art. 750.

Haben mehrere Personen an der Bergung oder Hülfsleistung sich betheiligt, so wird der Berge- oder Hülfslohn unter dieselben nach Maßgabe der persönlichen und sachlichen Leistungen der Einzelnen und im Zweifel nach der Kopfzahl vertheilt.

Zur gleichmäßigen Theilnahme sind auch diejenigen berechtigt, welche in derselben Gefahr der Rettung von Menschen sich unterzogen haben.

Art. 751.

Wird ein Schiff oder dessen Ladung ganz oder theilweise von einem anderen Schiff geborgen oder gerettet, so wird der Berge- oder Hülfslohn zwischen dem Rheder, dem Schiffer und der übrigen Besatzung des anderen Schiffs, sofern nicht durch Vertrag unter ihnen ein Anderes bestimmt ist, in der Art vertheilt, daß der Rheder die Hälfte, der Schiffer ein Viertel und die übrige Besatzung zusammen gleichfalls ein Viertel erhalten. Die Vertheilung unter die letztere erfolgt nach Verhältniß der Heuer, welche dem Einzelnen gebührt oder seinem Range nach gebühren würde.

Art. 752.

Auf Berge- und Hülfslohn hat keinen Anspruch:

1) wer seine Dienste aufgedrungen, insbesondere ohne Erlaubniß des anwesenden Schiffers das Schiff betreten hat;
2) wer von den geborgenen Gegenständen dem Schiffer, dem Eigenthümer oder der zuständigen Behörde nicht sofort Anzeige gemacht hat.

Art. 753.

Wegen der Bergungs- und Hülfskosten, wozu auch der Berge- und Hülfslohn gezählt wird,

Digitized by Google

steht dem Gläubiger ein Pfandrecht an den geborgenen oder geretteten Gegenständen, an den geborgenen Gegenständen bis zur Sicherheitsleistung zugleich das Zurückbehaltungsrecht zu.

In Ansehung der Geltendmachung des Pfandrechts finden die Vorschriften des zweiten und dritten Absatzes des Art. 697. Anwendung.

Art. 754.

Der Schiffer darf die Güter vor Befriedigung oder Sicherstellung des Gläubigers weder ganz noch theilweise ausliefern, widrigenfalls er dem Gläubiger insoweit persönlich verpflichtet wird, als derselbe aus den ausgelieferten Gütern zur Zeit der Auslieferung hätte befriedigt werden können.

Hat der Rheder die Handlungsweise des Schiffers angeordnet, so kommen die Vorschriften des zweiten und dritten Absatzes des Art. 479. zur Anwendung.

Art. 755.

Eine persönliche Verpflichtung zur Entrichtung der Bergungs- und Hülfskosten wird durch die Bergung oder Rettung an sich nicht begründet.

Der Empfänger von Gütern wird jedoch, wenn ihm bei Annahme derselben bekannt ist, daß davon Bergungs- oder Hülfskosten zu berichtigen seien, für diese Kosten insoweit persönlich verpflichtet, als dieselben, falls die Auslieferung nicht erfolgt wäre, aus den Gütern hätten berichtigt werden können.

Sind noch andere Gegenstände gemeinschaftlich mit den ausgelieferten Gütern geborgen oder gerettet, so geht die persönliche Haftung des Empfängers über den Betrag nicht hinaus, welcher bei Vertheilung der Kosten über sämmtliche Gegenstände auf die ausgelieferten Güter fällt.

Art. 756.

Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, die Vorschriften dieses Titels zu ergänzen.

Dieselben können bestimmen, daß über die Verpflichtung zur Zahlung eines Berge- oder Hülfslohns oder über den Betrag desselben von einer anderen als einer richterlichen Behörde unter Vorbehalt des Rechtswegs (Art. 744.) zu entscheiden sei.

Die Bestimmungen der Landesgesetze über die Wiedernehmung eines von dem Feinde genommenen Schiffs werden durch die Vorschriften dieses Titels nicht berührt.

Zehnter Titel.

Von den Schiffsgläubigern.

Art. 757.

Die nachbenannten Forderungen gewähren die Rechte eines Schiffsgläubigers:

1) die Kosten des Zwangsverkaufs des Schiffs; zu diesen gehören auch die Kosten der Vertheilung des Kaufgelds, sowie die etwaigen Kosten der Bewachung, Verwahrung und Erhaltung des Schiffs und seines Zubehörs seit der Einleitung des Zwangsverkaufs oder seit der derselben vorausgegangenen Beschlagnahme;
2) die in der Ziffer 1. nicht begriffenen Kosten der Bewachung und Verwahrung des Schiffs und seines Zubehörs seit der Einbringung des Schiffs in den letzten Hafen, falls das Schiff im Wege der Zwangsvollstreckung verkauft ist;
3) die öffentlichen Schiffs-, Schifffahrts- und Hafenabgaben, insbesondere die Tonnen-, Leuchtfeuer-, Quarantäne- und Hafengelder;
4) die aus den Dienst- und Heuerverträgen herrührenden Forderungen der Schiffsbesatzung;

Digitized by Google

5) die Lootsengelder, sowie die Bergungs-, Hülfs-, Loskaufs- und Reklamekosten;
6) die Beiträge des Schiffs zur großen Haverei;
7) die Forderungen der Bodmereigläubiger, welchen das Schiff verbodmet ist, sowie die Forderungen aus sonstigen Kreditgeschäften, welche der Schiffer als solcher während des Aufenthalts des Schiffs außerhalb des Heimathshafens in Nothfällen abgeschlossen hat (Art. 497. 510.), auch wenn er Miteigenthümer oder Alleineigenthümer des Schiffs ist; den Forderungen aus solchen Kreditgeschäften stehen die Forderungen wegen Lieferungen oder Leistungen gleich, welche ohne Gewährung eines Kredits dem Schiffer als solchem während des Aufenthalts des Schiffs außerhalb des Heimathshafens in Nothfällen zur Erhaltung des Schiffs oder zur Ausführung der Reise gemacht sind, soweit diese Lieferungen oder Leistungen zur Befriedigung des Bedürfnisses erforderlich waren;
8) die Forderungen wegen Nichtablieferung oder Beschädigung der Ladungsgüter und der im zweiten Absatz des Art. 674 erwähnten Reiseeffekten;
9) die nicht unter eine der vorigen Ziffern fallenden Forderungen aus Rechtsgeschäften, welche der Schiffer als solcher kraft seiner gesetzlichen Befugnisse und nicht mit Bezug auf eine besondere Vollmacht geschlossen hat (Art. 452. Ziffer 1.), sowie die nicht unter eine der vorigen Ziffern fallenden Forderungen wegen Nichterfüllung oder wegen unvollständiger oder mangelhafter Erfüllung eines von dem Rheder abgeschlossenen Vertrags, insofern die Ausführung des letzteren zu den Dienstobliegenheiten des Schiffers gehört hat (Art. 452. Ziffer 2.);
10) die Forderungen aus dem Verschulden einer Person der Schiffsbesatzung (Art. 451. und 452. Ziffer 3.), auch wenn dieselbe zugleich Miteigenthümer oder Alleineigenthümer des Schiffs ist.

Art. 758.

Den Schiffsgläubigern, welchen das Schiff nicht schon durch Verbodmung verpfändet ist, steht ein gesetzliches Pfandrecht an dem Schiff und dem Zubehör desselben zu.

Das Pfandrecht ist gegen dritte Besitzer des Schiffs verfolgbar.

Art. 759.

Das gesetzliche Pfandrecht eines jeden dieser Schiffsgläubiger erstreckt sich außerdem auf die Bruttofracht derjenigen Reise, aus welcher seine Forderung entstanden ist.

Art. 760.

Als eine Reise im Sinne dieses Titels wird diejenige angesehen, zu welcher das Schiff von neuem ausgerüstet, oder welche entweder auf Grund eines neuen Frachtvertrags oder nach vollständiger Löschung der Ladung angetreten wird.

Art. 761.

Den im Art. 757. unter Ziffer 4 aufgeführten Schiffsgläubigern steht wegen der aus einer späteren Reise entstandenen Forderungen zugleich ein gesetzliches Pfandrecht an der Fracht der früheren Reisen zu, sofern die verschiedenen Reisen unter denselben Dienst- und Heuervertrag fallen (Art 521. 536. 538. 554.).

Art. 762.

Auf das dem Bodmereigläubiger in Gemäßheit des Art. 680. zustehende Pfandrecht finden die-

Digitized by Google

selben Vorschriften Anwendung, welche für das gesetzliche Pfandrecht der übrigen Schiffsgläubiger gelten.

Der Umfang des Pfandrechts des Bodmereigläubigers bestimmt sich jedoch nach dem Inhalt des Bodmereivertrages (Art. 681.).

Art. 763.

Das einem Schiffsgläubiger zustehende Pfandrecht gilt in gleichem Maße für Kapital, Zinsen, Bodmereiprämie und Kosten.

Art. 764.

Der Schiffsgläubiger, welcher sein Pfandrecht verfolgt, kann sowohl den Rheder als auch den Schiffer belangen, den Letzteren auch dann, wenn das Schiff in dem Heimathshafen liegt (Art. 495.).

Das gegen den Schiffer ergangene Erkenntniß ist in Ansehung des Pfandrechts gegen den Rheder wirksam.

Art. 765.

Auf die Rechte eines Schiffsgläubigers hat es keinen Einfluß, daß der Rheder für die Forderung bei deren Entstehung oder später zugleich persönlich verpflichtet wird.

Diese Vorschrift findet insbesondere auf die Forderungen der Schiffsbesatzung aus den Dienst- und Heuerverträgen Anwendung (Art. 453.).

Art. 766.

Gehört das Schiff einer Rhederei, so haftet das Schiff und die Fracht den Schiffsgläubigern in gleicher Weise, als wenn das Schiff nur einem Rheder gehörte.

Art. 767.

Das Pfandrecht der Schiffsgläubiger am Schiff erlischt:

1) durch den im Inland im Wege der Zwangsvollstreckung erfolgten Verkauf des Schiffs; an Stelle des letzteren tritt für die Schiffsgläubiger das Kaufgeld.

   Es müssen die Schiffsgläubiger zur Wahrnehmung ihrer Rechte öffentlich aufgefordert werden; im Uebrigen bleiben die Vorschriften über das den Verkauf betreffende Verfahren den Landesgesetzen vorbehalten;

2) durch den von dem Schiffer im Falle der zwingenden Nothwendigkeit auf Grund seiner gesetzlichen Befugnisse bewirkten Verkauf des Schiffs (Art. 499.); an Stelle des letzteren tritt für die Schiffsgläubiger das Kaufgeld, so lange es bei dem Käufer aussteht, oder noch in den Händen des Schiffers ist.

Art. 768.

Den Landesgesetzen bleibt vorbehalten, zu bestimmen, daß auch in anderen Veräußerungsfällen die Pfandrechte erlöschen, wenn die Schiffsgläubiger zur Anmeldung der Pfandrechte ohne Erfolg öffentlich aufgefordert sind, oder wenn die Schiffsgläubiger ihre Pfandrechte innerhalb einer bestimmten Frist, seitdem das Schiff in dem Heimathshafen oder in einem inländischen Hafen sich befunden hat, bei der zuständigen Behörde nicht angemeldet haben.

Art. 769.

Der Art. 767. findet keine Anwendung, wenn nicht das ganze Schiff, sondern nur eine oder mehrere Schiffsparten veräußert werden.

Digitized by Google

Art. 770.

In Ansehung des Schiffs haben die Kosten des Zwangsverkaufs (Art. 757. Ziffer 1.) und die Bewachungs- und Verwahrungskosten seit der Einbringung in den letzten Hafen (Art. 757. Ziffer 2.) vor allen anderen Forderungen der Schiffsgläubiger den Vorzug.

Die Kosten des Zwangsverkaufs gehen den Bewachungs- und Verwahrungskosten seit der Einbringung in den letzten Hafen vor.

Art. 771.

Von den übrigen Forderungen gehen die, die letzte Reise (Art. 760.) betreffenden Forderungen, zu welchen auch die nach der Beendigung der letzten Reise entstandenen Forderungen gerechnet werden, den Forderungen vor, welche die früheren Reisen betreffen.

Von den Forderungen, welche nicht die letzte Reise betreffen, gehen die eine spätere Reise betreffenden denjenigen vor, welche eine frühere Reise betreffen.

Den im Art. 757. unter Ziffer 4. aufgeführten Schiffsgläubigern gebührt jedoch wegen der eine frühere Reise betreffenden Forderungen dasselbe Vorzugsrecht, welches ihnen wegen der eine spätere Reise betreffenden Forderungen zusteht, sofern die verschiedenen Reisen unter denselben Dienst- oder Heuervertrag fallen.

Wenn die Bodmereireise mehrere Reisen im Sinne des Art. 760. umfaßt, so steht der Bodmereigläubiger denjenigen Schiffsgläubigern nach, deren Forderungen die nach Vollendung der ersten dieser Reisen angetretenen späteren Reisen betreffen.

Art. 772.

Die Forderungen, welche dieselbe Reise betreffen, sowie diejenigen, welche als dieselbe Reise betreffend anzusehen sind (Art. 771.), werden in nachstehender Ordnung berichtigt:

1) die öffentlichen Schiffs-, Schifffahrts- und Hafenabgaben (Art. 757. Ziffer 3.);
2) die aus den Dienst- und Heuerverträgen herrührenden Forderungen der Schiffsbesatzung (Art. 757. Ziffer 4.);
3) die Lootsengelder, sowie die Bergungs-, Hülfs-, Loskaufs- und Reklamekosten (Art. 757. Ziffer 5.), die Beiträge des Schiffs zur großen Haverei (Art. 757. Ziffer 6.), die Forderungen aus den von dem Schiffer in Nothfällen abgeschlossenen Bodmerei- und sonstigen Kreditgeschäften, sowie die diesen Forderungen gleichzuachtenden Forderungen (Art. 757. Ziffer 7.);
4) die Forderung wegen Nichtablieferung oder Beschädigung von Gütern und Reiseeffekten (Art. 757. Ziffer 8.);
5) die im Art. 757. unter Ziffer 9. und 10. aufgeführten Forderungen.

Art. 773.

Von den unter Ziffer 1. 2. 4. und 5. des Art. 772. aufgeführten Forderungen sind die unter derselben Ziffer dieses Artikels aufgeführten gleichberechtigt.

Von den unter Ziffer 3. des Art. 772. aufgeführten Forderungen geht dagegen die später entstandene der früher entstandenen vor; die gleichzeitig entstandenen sind gleichberechtigt.

Hat der Schiffer aus Anlaß desselben Nothfalls verschiedene Geschäfte abgeschlossen (Art. 757 Ziffer 7.), so gelten die daraus herrührenden Forderungen als gleichzeitig entstanden.

Forderungen aus Kreditgeschäften, namentlich aus Bodmereiverträgen, welche der Schiffer zur Berichtigung früherer, unter die Ziffer 3. des Art. 772. fallender Forderungen eingegangen ist, sowie Forderungen aus Verträgen, welche derselbe behufs Verlängerung der Zahlungszeit, Anerkennung oder Erneuerung solcher früherer Forderungen abgeschlossen hat, haben auch dann, wenn das Kredit-

Digitized by Google

geschäft oder der Vertrag zur Fortsetzung der Reise nothwendig war, nur dasjenige Vorzugsrecht, welches der früheren Forderung zustand.

Art. 774.

Das Pfandrecht der Schiffsgläubiger an der Fracht (Art. 759.) ist nur so lange wirksam, als die Fracht noch aussteht, oder die Frachtgelder in den Händen des Schiffers sind.

Auch auf dieses Pfandrecht finden die in den vorstehenden Artikeln über die Rangordnung enthaltenen Bestimmungen Anwendung.

Im Falle der Cession der Fracht kann das Pfandrecht der Schiffsgläubiger, so lange die Fracht noch aussteht, oder die Frachtgelder in den Händen des Schiffers sind, auch dem Cessionar gegenüber geltend gemacht werden.

Insoweit der Rheder die Fracht eingezogen hat, haftet er den Schiffsgläubigern, welchen das Pfandrecht dadurch ganz oder zum Theil entgeht, persönlich und zwar einem jeden in Höhe desjenigen Betrags, welcher für denselben bei Vertheilung des eingezogenen Betrags nach der gesetzlichen Rangordnung sich ergiebt.

Dieselbe persönliche Haftung des Rheders tritt ein in Ansehung der am Abladungsort zur Abladungszeit üblichen Fracht für die Güter, welche für seine Rechnung abgeladen sind.

Art. 775.

Hat der Rheder die Fracht zur Befriedigung eines oder mehrerer Gläubiger, welchen ein Pfandrecht an derselben zustand, verwendet, so ist er den Gläubigern, welchen der Vorzug gebührt hätte, nur insoweit verantwortlich, als erwiesen wird, daß er dieselben wissentlich verkürzt hat.

Art. 776.

Insoweit der Rheder in den im Art. 767. unter Ziffer 1. und 2. erwähnten Fällen das Kaufgeld eingezogen hat, haftet er in Höhe des eingezogenen Betrags sämmtlichen Schiffsgläubigern in gleicher Weise persönlich, wie den Gläubigern einer Reise im Falle der Einziehung der Fracht (Art. 774. 775.).

Art. 777.

Wenn der Rheder, nachdem er von der Forderung eines Schiffsgläubigers, für welche er nur mit Schiff und Fracht haftet, Kenntniß erhalten hat, das Schiff zu einer neuen Reise (Art. 760.) in See sendet, ohne daß das Interesse des Schiffsgläubigers es geboten hat, so wird er für die Forderung in Höhe desjenigen Betrags zugleich persönlich verpflichtet, welcher für den Gläubiger sich ergeben haben würde, falls der Werth, welchen das Schiff bei Antritt der Reise hatte, unter die Schiffsgläubiger nach der gesetzlichen Rangordnung vertheilt worden wäre.

Es wird bis zum Beweise des Gegentheils angenommen, daß der Gläubiger bei dieser Vertheilung seine vollständige Befriedigung erlangt haben würde.

Die persönliche Verpflichtung des Rheders, welche aus der Einziehung der dem Gläubiger haftenden Fracht entsteht (Art. 774.), wird durch diesen Artikel nicht berührt.

Art. 778.

Die Vergütung für Aufopferung oder Beschädigung in Fällen der großen Haverei tritt für die Schiffsgläubiger an Stelle desjenigen, wofür die Vergütung bestimmt ist.

Dasselbe gilt von der Entschädigung, welche im Falle des Verlustes oder der Beschädigung des Schiffs oder wegen entzogener Fracht im Falle des Verlustes oder der Beschädigung von Gütern dem Rheder von demjenigen gezahlt werden muß, welcher den Schaden durch eine rechtswidrige Handlung verursacht hat.

Digitized by Google

Ist die Vergütung oder Entschädigung von dem Rheder eingezogen, so haftet er in Höhe des eingezogenen Betrags den Schiffsgläubigern in gleicher Art persönlich, wie den Gläubigern einer Reise im Falle der Einziehung der Fracht (Art. 774. 775.).

Art. 779.

Im Falle der Konkurrenz der Schiffsgläubiger, welche ihr Pfandrecht verfolgen, mit anderen Pfandgläubigern oder sonstigen Gläubigern, haben die Schiffsgläubiger den Vorzug.

Art. 780.

Die Bestimmungen der Art. 767. und 769. über das Erlöschen der Pfandrechte der Schiffsgläubiger finden auch Anwendung auf die sonstigen Pfandrechte, welche nach den Landesgesetzen an dem Schiff oder einer Schiffspart durch Willenserklärung oder Gesetz erworben und gegen den dritten Besitzer verfolgbar sind.

Die Vorschrift des Art. 767. Ziffer 1. tritt auch rücksichtlich der auf einer Schiffspart haftenden Pfandrechte im Falle des Zwangsverkaufs dieser Schiffspart ein.

Im Uebrigen werden die Rechte der im ersten Absatz erwähnten Pfandgläubiger nicht nach den Bestimmungen dieses Titels, sondern nach den Landesgesetzen beurtheilt.

Art. 781.

Von den auf den Gütern wegen der Fracht, der Bodmereigelder, der Beiträge zur großen Haverei und der Bergungs- und Hülfskosten (Art. 624. 626. 680. 727. 753.) haftenden Pfandrechten steht das wegen der Fracht allen übrigen nach; unter diesen übrigen hat das später entstandene vor dem früher entstandenen den Vorzug; die gleichzeitig entstandenen sind gleichberechtigt.

Die Forderungen aus den von dem Schiffer aus Anlaß desselben Nothfalls abgeschlossenen Geschäften gelten als gleichzeitig entstanden.

In den Fällen der großen Haverei und des Verlustes oder der Beschädigung durch rechtswidrige Handlungen kommen die Vorschriften des Art. 778. und in dem Falle des von dem Schiffer zur Abwendung oder Verringerung eines Verlustes nach Maßgabe des dritten Absatzes des Art. 504. bewirkten Verkaufs die Vorschriften des Art. 767. Ziffer 2. und wenn derjenige, für dessen Rechnung der Verkauf geschehen ist, das Kaufgeld einzieht, der Art. 776. zur Anwendung.

Elfter Titel.

Von der Versicherung gegen die Gefahren der Seeschifffahrt.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Grundsätze.

Art. 782.

Jedes in Geld schätzbare Interesse, welches Jemand daran hat, daß Schiff oder Ladung die Gefahren der Seeschifffahrt bestehe, kann Gegenstand der Seeversicherung sein.

Art. 783.

Es können insbesondere versichert werden:

das Schiff;
die Fracht;
die Ueberfahrtsgelder;
die Güter;

Digitized by Google

die Bodmereigelder;
die Havereigelder;
andere Forderungen, zu deren Deckung Schiff, Fracht, Ueberfahrtsgelder oder Güter dienen;
der von der Ankunft der Güter am Bestimmungsorte erwartete Gewinn (imaginäre Gewinn);
die zu verdienende Provision;
die von dem Versicherer übernommene Gefahr (Rückversicherung).

In der einen dieser Versicherungen ist die andere nicht enthalten.

Art. 784.

Die Heuerforderung des Schiffers und der Schiffsmannschaft kann nicht versichert werden.

Art. 785.

Der Versicherungsnehmer kann entweder sein eigenes Interesse (Versicherung für eigene Rechnung) oder das Interesse eines Dritten (Versicherung für fremde Rechnung) und in dem letzteren Falle mit oder ohne Bezeichnung der Person des Versicherten unter Versicherung bringen.

Es kann im Vertrag auch unbestimmt gelassen werden, ob die Versicherung für eigene oder für fremde Rechnung genommen wird (für Rechnung „wen es angeht"). Ergiebt sich bei einer Versicherung für Rechnung „wen es angeht", daß dieselbe für fremde Rechnung genommen ist, so kommen die Vorschriften über die Versicherung für fremde Rechnung zur Anwendung.

Die Versicherung gilt als für eigene Rechnung des Versicherungsnehmers geschlossen, wenn der Vertrag nicht ergiebt, daß sie für fremde Rechnung oder für Rechnung „wen es angeht" genommen ist.

Art. 786.

Die Versicherung für fremde Rechnung ist für den Versicherer nur dann verbindlich, wenn entweder der Versicherungsnehmer zur Eingehung derselben von dem Versicherten beauftragt war, oder wenn der Mangel eines solchen Auftrags von dem Versicherungsnehmer bei dem Abschluß des Vertrags dem Versicherer angezeigt wird.

Ist die Anzeige unterlassen, so kann der Mangel des Auftrags dadurch nicht ersetzt werden, daß der Versicherte die Versicherung nachträglich genehmigt.

Ist die Anzeige erfolgt, so ist die Verbindlichkeit der Versicherung für den Versicherer von der nachträglichen Genehmigung des Versicherten nicht abhängig.

Der Versicherer, für welchen nach den Bestimmungen dieses Artikels der Versicherungsvertrag unverbindlich ist, hat, selbst wenn er die Unverbindlichkeit des Vertrags geltend macht, gleichwohl auf die volle Prämie Anspruch.

Art. 787.

Ist die Versicherung von einem Bevollmächtigten, von einem Geschäftsführer ohne Auftrag oder von einem sonstigen Vertreter des Versicherten in dessen Namen geschlossen, so ist im Sinne dieses Gesetzbuchs weder der Vertreter Versicherungsnehmer, noch die Versicherung selbst eine Versicherung für fremde Rechnung.

Im Zweifel wird angenommen, daß selbst die auf das Interesse eines benannten Dritten sich beziehende Versicherung eine Versicherung für fremde Rechnung ist.

Art. 788.

Der Versicherer ist verpflichtet, eine von ihm unterzeichnete schriftliche Urkunde (Polize) über den Versicherungsvertrag dem Versicherungsnehmer auf dessen Verlangen auszuhändigen.

Digitized by Google

Art. 789.

Auf die Gültigkeit des Versicherungsvertrags hat es keinen Einfluß, daß zur Zeit des Abschlusses desselben die Möglichkeit des Eintritts eines zu ersetzenden Schadens schon ausgeschlossen, oder daß der zu ersetzende Schaden bereits eingetreten ist.

Waren jedoch beide Theile von dem Sachverhältniß unterrichtet, so ist der Vertrag als Versicherungsvertrag ungültig.

Wußte nur der Versicherer, daß die Möglichkeit des Eintritts eines zu ersetzenden Schadens schon ausgeschlossen sei, oder wußte nur der Versicherungsnehmer, daß der zu ersetzende Schaden schon eingetreten sei, so ist der Vertrag für den anderen, von dem Sachverhältniß nicht unterrichteten Theile unverbindlich. Im zweiten Falle hat der Versicherer, selbst wenn er die Unverbindlichkeit des Vertrags geltend macht, gleichwohl auf die volle Prämie Anspruch.

Im Falle der Vertrag für den Versicherungsnehmer durch einen Vertreter abgeschlossen wird, kommt die Vorschrift des zweiten Absatzes des Art. 810., im Falle der Versicherung für fremde Rechnung die Vorschrift des Art. 811. und im Falle der Versicherung mehrerer Gegenstände oder einer Gesammtheit von Gegenständen die Vorschrift des Art. 814. zur Anwendung.

Art. 790.

Der volle Werth des versicherten Gegenstandes ist der Versicherungswerth.

Die Versicherungssumme kann den Versicherungswerth nicht übersteigen.

Soweit die Versicherungssumme den Versicherungswerth übersteigt (Ueberversicherung), hat die Versicherung keine rechtliche Geltung.

Art. 791.

Uebersteigt im Falle einer gleichzeitigen Abschließung verschiedener Versicherungsverträge der Gesammtbetrag der Versicherungssummen den Versicherungswerth, so haften alle Versicherer zusammen nur in Höhe des Versicherungswerths, und zwar jeder einzelne für so viele Prozente des Versicherungswerths, als seine Versicherungssumme Prozente des Gesammtbetrags der Versicherungssummen bildet. Hierbei wird im Zweifel vermuthet, daß die Verträge gleichzeitig abgeschlossen sind.

Mehrere Versicherungsverträge, worüber eine gemeinschaftliche Police ertheilt ist, ingleichen mehrere Versicherungsverträge, welche an demselben Tage abgeschlossen sind, gelten als gleichzeitig abgeschlossen.

Art. 792.

Wird ein Gegenstand, welcher bereits zum vollen Werthe versichert ist, nochmals versichert, so hat die spätere Versicherung insoweit keine rechtliche Geltung, als der Gegenstand auf dieselbe Zeit und gegen dieselbe Gefahr bereits versichert ist (Doppelversicherung).

Ist durch die frühere Versicherung nicht der volle Werth versichert, so gilt die spätere Versicherung, insoweit sie auf dieselbe Zeit und gegen dieselbe Gefahr genommen ist, nur für den noch nicht versicherten Theil des Werths.

Art. 793.

Die spätere Versicherung hat jedoch ungeachtet der Eingehung der früheren Versicherung rechtliche Geltung:

1) wenn bei dem Abschluß des späteren Vertrags mit dem Versicherer vereinbart wird, daß demselben die Rechte aus der früheren Versicherung abzutreten seien;
2) wenn die spätere Versicherung unter der Bedingung geschlossen wird, daß der Versicherer nur insoweit hafte, als der Versicherte sich an dem früheren Versicherer wegen

Digitized by Google

Zahlungsunfähigkeit desselben nicht zu erholen vermöge, oder die frühere Versicherung nicht zu Recht bestehe;

3) wenn der frühere Versicherer mittelst Verzichtanzeige seiner Verpflichtung insoweit entlassen wird, als zur Vermeidung einer Doppelversicherung nöthig ist, und der spätere Versicherer bei Eingehung der späteren Versicherung hiervon benachrichtigt wird. Dem früheren Versicherer gebührt in diesem Falle, obschon er von seiner Verpflichtung befreit wird, gleichwohl die volle Prämie.

Art. 794.

Im Falle der Doppelversicherung hat nicht die zuerst genommene, sondern die später genommene Versicherung rechtliche Geltung, wenn die frühere Versicherung für fremde Rechnung ohne Auftrag genommen ist, die spätere dagegen von dem Versicherten selbst genommen wird, sofern in einem solchen Falle der Versicherte entweder bei Eingehung der späteren Versicherung von der früheren noch nicht unterrichtet war, oder bei Eingehung der späteren Versicherung dem Versicherer anzeigt, daß er die frühere Versicherung zurückweise.

Die Rechte des früheren Versicherers in Ansehung der Prämie bestimmen sich in diesen Fällen nach den Vorschriften der Art. 900. und 901.

Art. 795.

Sind mehrere Versicherungen gleichzeitig oder nach einander geschlossen worden, so hat ein späterer Verzicht auf die gegen den einen Versicherer begründeten Rechte keinen Einfluß auf die Rechte und Verpflichtungen der übrigen Versicherer.

Art. 796.

Wenn die Versicherungssumme den Versicherungswerth nicht erreicht, so haftet der Versicherer im Falle eines theilweisen Schadens für den Betrag desselben nur nach Verhältniß der Versicherungssumme zum Versicherungswerth.

Art. 797.

Wird durch Vereinbarung der Parteien der Versicherungswerth auf eine bestimmte Summe (Taxe) festgestellt (taxirte Polize), so ist die Taxe unter den Parteien für den Versicherungswerth maßgebend.

Der Versicherer ist jedoch befugt, eine Herabsetzung der Taxe zu fordern, wenn er beweist, daß dieselbe wesentlich übersetzt sei; ist imaginärer Gewinn taxirt, so hat er im Falle der Anfechtung der Taxe zu beweisen, daß dieselbe den zur Zeit des Abschlusses des Vertrags nach kaufmännischer Berechnung möglicher Weise zu erwartenden Gewinn überstiegen habe.

Eine Polize mit der Bestimmung: „vorläufig taxirt" wird, so lange die Taxe nicht in eine feste verwandelt ist, einer nicht taxirten Polize (offenen Polize) gleichgeachtet.

Bei der Versicherung von Fracht ist die Taxe in Bezug auf einen von dem Versicherer zu ersetzenden Schaden nur dann maßgebend, wenn dieses besonders bedungen ist.

Art. 798.

Wenn in einem Vertrage mehrere Gegenstände oder eine Gesammtheit von Gegenständen unter einer Versicherungssumme begriffen, aber für einzelne derselben besondere Taxen vereinbart sind, so gelten die Gegenstände, welche besonders taxirt sind, auch als abgesondert versichert.

Art. 799.

Als Versicherungswerth des Schiffs gilt, wenn die Parteien nicht eine andere Grundlage für die Schätzung vereinbart haben, der Werth, welchen das Schiff in dem Zeitpunkt hat, in welchem die Gefahr für den Versicherer zu laufen beginnt.

Digitized by Google

Diese Bestimmung kommt auch dann zur Anwendung, wenn der Versicherungswerth des Schiffs taxirt ist.

Art. 800.

Die Ausrüstungskosten, die Heuer- und die Versicherungskosten können zugleich mit dem Schiff oder besonders versichert werden, insoweit sie nicht bereits durch die Versicherung der Bruttofracht versichert sind. Dieselben gelten nur dann als mit dem Schiff versichert, wenn es vereinbart ist.

Art. 801.

Die Fracht kann bis zu ihrem Bruttobetrage versichert werden, insoweit sie nicht bereits durch die Versicherung der Ausrüstungskosten, der Heuer- und der Versicherungskosten versichert ist.

Als Versicherungswerth der Fracht gilt der Betrag der in den Frachtverträgen bedungenen Fracht, und wenn eine bestimmte Fracht nicht bedungen ist, oder insoweit Güter für Rechnung des Rheders verschifft sind, der Betrag der üblichen Fracht (Art. 620.).

Art. 802.

Ist bei der Versicherung der Fracht nicht bestimmt, ob dieselbe ganz oder ob nur ein Theil derselben versichert sei, so gilt die ganze Fracht als versichert.

Ist nicht bestimmt, ob die Brutto- oder Nettofracht versichert sei, so gilt die Bruttofracht als versichert.

Wenn die Fracht der Hinreise und die Fracht der Zurückreise unter einer Versicherungssumme versichert sind und nicht bestimmt ist, welcher Theil der Versicherungssumme auf die Fracht der Hinreise und welcher Theil auf die Fracht der Zurückreise falle, so wird die Hälfte derselben auf die Fracht der Hinreise, die Hälfte auf die Fracht der Zurückreise gerechnet.

Art. 803.

Als Versicherungswerth der Güter gilt, wenn die Parteien nicht eine andere Grundlage für die Schätzung vereinbart haben, derjenige Werth, welchen die Güter am Ort und zur Zeit der Abladung haben, unter Hinzurechnung aller Kosten bis an Bord einschließlich der Versicherungskosten.

Die Fracht, sowie die Kosten während der Reise und am Bestimmungsorte werden nur hinzugerechnet, sofern es vereinbart ist.

Die Bestimmungen dieses Artikels kommen auch dann zur Anwendung, wenn der Versicherungswerth der Güter taxirt ist.

Art. 804.

Sind die Ausrüstungskosten oder die Heuer, sei es selbstständig, sei es durch Versicherung der Bruttofracht, versichert, oder sind bei der Versicherung von Gütern die Fracht oder die Kosten während der Reise und am Bestimmungsort versichert, so leistet der Versicherer für denjenigen Theil derselben keinen Ersatz, welcher in Folge eines Unfalls erspart wird.

Art. 805.

Bei der Versicherung von Gütern ist der imaginäre Gewinn oder die Provision, selbst wenn der Versicherungswerth der Güter taxirt ist, als mitversichert nur anzusehen, sofern es im Vertrage bestimmt ist.

Ist im Falle der Mitversicherung des imaginären Gewinns der Versicherungswerth taxirt, aber nicht bestimmt, welcher Theil der Taxe auf den imaginären Gewinn sich beziehe, so wird angenommen, daß zehn Prozent der Taxe auf den imaginären Gewinn fallen. Wenn im Falle der Mitversicherung des imaginären Gewinns der Versicherungswerth nicht taxirt ist, so werden als imaginärer Gewinn zehn Prozent des Versicherungswerths der Güter (Art. 803.) als versichert betrachtet.

Digitized by Google

Die Bestimmungen des zweiten Absatzes kommen auch im Falle der Mitversicherung der Provision mit der Maßgabe zur Anwendung, daß an Stelle der zehn Prozent zwei Prozent treten.

Art. 806.

Ist der imaginäre Gewinn oder die Provision selbstständig versichert, der Versicherungswerth jedoch nicht taxirt, so wird im Zweifel angenommen, daß die Versicherungssumme zugleich als Taxe des Versicherungswerths gelten soll.

Art. 807.

Die Bodmereigelder können einschließlich der Bodmereiprämie für den Bodmereigläubiger versichert werden.

Ist bei der Versicherung von Bodmereigeldern nicht angegeben, welche Gegenstände verbodmet sind, so wird angenommen, daß Bodmereigelder auf Schiff, Fracht und Ladung versichert seien. Wenn in Wirklichkeit nicht alle diese Gegenstände verbodmet sind, so kann nur der Versicherer auf die vorstehende Bestimmung sich berufen.

Art. 808.

Hat der Versicherer seine Verpflichtungen erfüllt, so tritt er, insoweit er einen Schaden vergütet hat, dessen Erstattung der Versicherte von einem Dritten zu fordern befugt ist, jedoch unbeschadet der Bestimmungen im zweiten Absatz des Art. 778 und im zweiten Absatz des Art. 781., in die Rechte des Versicherten gegen den Dritten.

Der Versicherte ist verpflichtet, dem Versicherer, wenn er es verlangt, auf dessen Kosten eine beglaubigte Anerkennungsurkunde über den Eintritt in die Rechte gegen den Dritten zu ertheilen.

Der Versicherte ist verantwortlich für jede Handlung, durch welche er jene Rechte beeinträchtigt.

Art. 809

Ist eine Forderung versichert, zu deren Deckung eine den Gefahren der See ausgesetzte Sache dient, so ist der Versicherte im Falle eines Schadens verpflichtet, dem Versicherer, nachdem dieser seine Verpflichtungen erfüllt hat, seine Rechte gegen den Schuldner insoweit abzutreten, als der Versicherer Ersatz geleistet hat.

Der Versicherte ist nicht verpflichtet, die ihm gegen den Schuldner zustehenden Rechte geltend zu machen, bevor er den Versicherer in Anspruch nimmt.

Zweiter Abschnitt.

Anzeigen bei dem Abschluß des Vertrags.

Art. 810.

Der Versicherungsnehmer ist sowohl im Falle der Versicherung für eigene Rechnung, als im Falle der Versicherung für fremde Rechnung verpflichtet, bei dem Abschluß des Vertrags dem Versicherer alle ihm bekannten Umstände anzuzeigen, welche wegen ihrer Erheblichkeit für die Beurtheilung der von dem Versicherer zu tragenden Gefahr geeignet sind, auf den Entschluß des Letzteren, sich auf den Vertrag überhaupt oder unter denselben Bestimmungen einzulassen, Einfluß zu üben.

Wenn der Vertrag für den Versicherungsnehmer durch einen Vertreter desselben abgeschlossen wird, so sind auch die dem Vertreter bekannten Umstände anzuzeigen.

Art. 811.

Im Falle der Versicherung für fremde Rechnung müssen dem Versicherer bei dem Abschluß des Vertrags auch diejenigen Umstände angezeigt werden, welche dem Versicherten selbst oder einem Zwischenbeauftragten bekannt sind.

Digitized by Google

Die Kenntniß des Versicherten oder eines Zwischenbeauftragten kommt jedoch nicht in Betracht, wenn der Umstand denselben so spät bekannt wird, daß sie den Versicherungsnehmer ohne Anwendung außergewöhnlicher Maßregeln vor Abschluß des Vertrags nicht mehr davon benachrichtigen können.

Die Kenntniß des Versicherten kommt auch dann nicht in Betracht, wenn die Versicherung ohne Auftrag und ohne Wissen desselben genommen ist.

Art. 812.

Wenn die in den beiden vorstehenden Artikeln bezeichnete Verpflichtung nicht erfüllt wird, so ist der Vertrag für den Versicherer unverbindlich.

Diese Vorschrift findet jedoch keine Anwendung, wenn der nicht angezeigte Umstand dem Versicherer bekannt war, oder als ihm bekannt vorausgesetzt werden durfte.

Art. 813.

Wird von dem Versicherungsnehmer bei dem Abschluß des Vertrags in Bezug auf einen erheblichen Umstand (Art. 810.) eine unrichtige Anzeige gemacht, so ist der Vertrag für den Versicherer unverbindlich, es sei denn, daß diesem die Unrichtigkeit der Anzeige bekannt war.

Diese Bestimmung kommt zur Anwendung ohne Unterschied, ob die Anzeige wissentlich oder aus Irrthum, ob sie mit oder ohne Verschulden unrichtig gemacht ist.

Art. 814.

Wird bei einer Versicherung mehrerer Gegenstände oder einer Gesammtheit von Gegenständen den Vorschriften der Art. 810.—813. in Ansehung eines Umstandes zuwidergehandelt, welcher nur einen Theil der versicherten Gegenstände betrifft, so bleibt der Vertrag für den Versicherer in Ansehung des übrigen Theils verbindlich. Der Vertrag ist jedoch auch in Ansehung dieses Theils für den Versicherer unverbindlich, wenn erhellt, daß der Letztere denselben allein unter denselben Bestimmungen nicht versichert haben würde.

Art. 815.

Dem Versicherer gebührt in den Fällen der Art. 810.—814., selbst wenn er die gänzliche oder theilweise Unverbindlichkeit des Vertrags geltend macht, gleichwohl die volle Prämie.

Dritter Abschnitt.

Verpflichtungen des Versicherten aus dem Versicherungsvertrag.

Art. 816.

Die Prämie ist, sofern nicht ein Anderes vereinbart ist, sofort nach dem Abschluß des Vertrags und, wenn eine Polize verlangt wird, gegen Auslieferung der Polize zu zahlen.

Zur Zahlung der Prämie ist der Versicherungsnehmer verpflichtet.

Wenn bei der Versicherung für fremde Rechnung der Versicherungsnehmer zahlungsunfähig geworden ist und die Prämie von dem Versicherten noch nicht erhalten hat, so kann der Versicherer auch den Versicherten auf Zahlung der Prämie in Anspruch nehmen.

Art. 817.

Wird statt der versicherten Reise, bevor die Gefahr für den Versicherer zu laufen begonnen hat, eine andere Reise angetreten, so ist der Versicherer bei der Versicherung von Schiff und Fracht von jeder Haftung frei; bei anderen Versicherungen trägt der Versicherer die Gefahr für die andere Reise nur dann, wenn die Veränderung der Reise weder von dem Versicherten, noch im Auftrage oder mit Genehmigung desselben bewirkt ist.

Digitized by Google

Wird die versicherte Reise verändert, nachdem die Gefahr für den Versicherer zu laufen begonnen hat, so haftet der Versicherer nicht für die nach der Veränderung der Reise eintretenden Unfälle. Er haftet jedoch für diese Unfälle, wenn die Veränderung weder von dem Versicherten, noch im Auftrage oder mit Genehmigung desselben bewirkt, oder wenn sie durch einen Nothfall verursacht ist; es sei denn, daß der Letztere in einer Gefahr sich gründet, welche der Versicherer nicht zu tragen hat.

Die Reise ist verändert, sobald der Entschluß, dieselbe nach einem anderen Bestimmungshafen zu richten, zur Ausführung gebracht wird, sollten auch die Wege nach beiden Bestimmungshäfen sich noch nicht geschieden haben. Diese Vorschrift gilt sowohl für die Fälle des ersten, als für die Fälle des zweiten Absatzes dieses Artikels.

Art. 818.

Wenn von dem Versicherten oder im Auftrag oder mit Genehmigung desselben der Antritt oder die Vollendung der Reise ungebührlich verzögert, von dem der versicherten Reise entsprechenden Wege abgewichen oder ein Hafen angelaufen wird, dessen Angehung als in der versicherten Reise begriffen nicht erachtet werden kann, oder wenn der Versicherte in anderer Weise eine Vergrößerung oder Veränderung der Gefahr veranlaßt, namentlich eine in dieser Beziehung ertheilte besondere Zusage nicht erfüllt, so haftet der Versicherer nicht für die später sich ereignenden Unfälle.

Diese Wirkung tritt jedoch nicht ein:

1) wenn erhellt, daß die Vergrößerung oder Veränderung der Gefahr keinen Einfluß auf den späteren Unfall hat üben können;
2) wenn die Vergrößerung oder Veränderung der Gefahr, nachdem die Gefahr für den Versicherer bereits zu laufen begonnen hat, durch einen Nothfall verursacht ist, es sei denn, daß der letztere in einer Gefahr sich gründet, welche der Versicherer nicht zu tragen hat;
3) wenn der Schiffer zu der Abweichung von dem Wege durch das Gebot der Menschlichkeit genöthigt ist.

Art. 819.

Wird bei dem Abschluß des Vertrags der Schiffer bezeichnet, so ist in dieser Bezeichnung allein noch nicht die Zusage enthalten, daß der benannte Schiffer auch die Führung des Schiffs behalten werde.

Art. 820.

Bei der Versicherung von Gütern haftet der Versicherer für keinen Unfall, wenn und insoweit die Beförderung derselben nicht mit dem zum Transport bestimmten Schiff geschieht. Er haftet jedoch nach Maßgabe des Vertrags, wenn die Güter, nachdem die Gefahr für ihn bereits zu laufen begonnen hat, ohne Auftrag und ohne Genehmigung des Versicherten in anderer Art, als mit dem zum Transport bestimmten Schiff weiter befördert werden, oder wenn dies in Folge eines Unfalls geschieht, es sei denn, daß der letztere in einer Gefahr sich gründet, welche der Versicherer nicht zu tragen hat.

Art. 821.

Bei der Versicherung von Gütern ohne Bezeichnung des Schiffs oder der Schiffe (in unbestimmten oder unbenannten Schiffen) muß der Versicherte, sobald er Nachricht erhält, in welches Schiff versicherte Güter abgeladen sind, diese Nachricht dem Versicherer mittheilen.

Im Falle der Nichterfüllung dieser Verpflichtung haftet der Versicherer für keinen Unfall, welcher den abgeladenen Gütern zustößt.

Digitized by Google

Art. 822.

Jeder Unfall muß, sobald der Versicherungsnehmer oder der Versicherte, wenn dieser von der Versicherung Kenntniß hat, Nachricht von dem Unfall erhält, dem Versicherer angezeigt werden, widrigenfalls der Versicherer befugt ist, von der Entschädigungssumme den Betrag abzuziehen, um welchen dieselbe bei rechtzeitiger Anzeige sich gemindert hätte.

Art. 823.

Der Versicherte ist verpflichtet, wenn ein Unfall sich zuträgt, sowohl für die Rettung der versicherten Sachen als für die Abwendung größerer Nachtheile thunlichst zu sorgen.

Er hat jedoch, wenn thunlich, über die erforderlichen Maßregeln vorher mit dem Versicherer Rücksprache zu nehmen.

Vierter Abschnitt.

Umfang der Gefahr.

Art. 824.

Der Versicherer trägt alle Gefahren, welchen Schiff oder Ladung während der Dauer der Versicherung ausgesetzt sind, soweit nicht durch die nachfolgenden Bestimmungen oder durch Vertrag ein Anderes bestimmt ist.

Er trägt insbesondere

1) die Gefahr der Elementarereignisse und der sonstigen Seeunfälle, selbst wenn diese durch das Verschulden eines Dritten veranlaßt sind, als: Eindringen des Seewassers, Strandung, Schiffbruch, Sinken, Feuer, Explosion, Blitz, Erdbeben, Beschädigung durch Eis u. s. w.;
2) die Gefahr des Kriegs und der Verfügungen von hoher Hand;
3) die Gefahr des auf Antrag eines Dritten verhängten, von dem Versicherten nicht verschuldeten Arrestes;
4) die Gefahr des Diebstahls, sowie die Gefahr des Seeraubs, der Plünderung und sonstiger Gewaltthätigkeiten;
5) die Gefahr der Verbodmung der versicherten Güter zur Fortsetzung der Reise oder der Verfügung über dieselben durch Verkauf oder durch Verwendung zu gleichen Zwecken (Art. 507. — 510. 734.);
6) die Gefahr der Unredlichkeit oder des Verschuldens einer Person der Schiffsbesatzung, sofern daraus für den versicherten Gegenstand ein Schaden entsteht;
7) die Gefahr des Zusammenstoßes von Schiffen, und zwar ohne Unterschied, ob der Versicherte in Folge des Zusammenstoßes unmittelbar, oder ob er mittelbar dadurch einen Schaden erleidet, daß er den einem Dritten zugefügten Schaden zu ersetzen hat.

Art. 825.

Dem Versicherer fallen die nachstehend bezeichneten Schäden nicht zur Last:

1) bei der Versicherung von Schiff oder Fracht:

   der Schaden, welcher daraus entsteht, daß das Schiff in einem nicht seetüchtigen Zustande oder nicht gehörig ausgerüstet oder bemannt oder ohne die erforderlichen Papiere (Art. 480.) in See gesandt ist;

Digitized by Google

der Schaden, welcher außer dem Falle des Zusammenstoßes von Schiffen daraus entsteht, daß der Rheder für den durch eine Person der Schiffsbesatzung einem Dritten zugefügten Schaden haften muß (Art. 451. und 452.);

2) bei einer auf das Schiff sich beziehenden Versicherung:

der Schaden an Schiff und Zubehör, welcher nur eine Folge der Abnutzung des Schiffs im gewöhnlichen Gebrauch ist;

der Schaden an Schiff und Zubehör, welcher nur durch Alter, Fäulniß oder Wurmfraß verursacht wird;

3) bei einer auf Güter oder Fracht sich beziehenden Versicherung der Schaden, welcher durch die natürliche Beschaffenheit der Güter, namentlich durch inneren Verderb, Schwinden, gewöhnliche Leckage und dergleichen, oder durch mangelhafte Verpackung der Güter entsteht, oder an diesen durch Ratten oder Mäuse verursacht wird; wenn jedoch die Reise durch einen Unfall, für welchen der Versicherer haftet, ungewöhnlich verzögert wird, so hat der Versicherer den unter dieser Ziffer bezeichneten Schaden in dem Maße zu ersetzen, in welchem die Verzögerung dessen Ursache ist;

4) der Schaden, welcher in einem Verschulden des Versicherten sich gründet, und bei der Versicherung von Gütern oder imaginärem Gewinn auch der Schaden, welcher durch ein dem Ablader, Empfänger oder Kargadeur in dieser ihrer Eigenschaft zur Last fallendes Verschulden entsteht.

Art. 826.

Die Verpflichtung des Versicherers zum Ersatz eines Schadens tritt auch dann ein, wenn dem Versicherten ein Anspruch auf dessen Vergütung gegen den Schiffer oder eine andere Person zusteht. Der Versicherte kann sich wegen Ersatzes des Schadens zunächst an den Versicherer halten. Er hat jedoch dem Versicherer die zur wirksamen Verfolgung eines solchen Anspruchs etwa erforderliche Hülfe zu gewähren, auch für die Sicherstellung des Anspruchs durch Einbehaltung der Fracht, Auswirkung der Beschlagnahme des Schiffs oder in sonst geeigneter Weise auf Kosten des Versicherers die nach den Umständen angemessene Sorge zu tragen (Art. 823.).

Art. 827.

Bei der Versicherung des Schiffs für eine Reise beginnt die Gefahr für den Versicherer mit dem Zeitpunkt, in welchem mit der Einnahme der Ladung oder des Ballastes angefangen wird, oder, wenn weder Ladung noch Ballast einzunehmen ist, mit dem Zeitpunkt der Abfahrt des Schiffs. Sie endet mit dem Zeitpunkt, in welchem die Löschung der Ladung oder des Ballastes im Bestimmungshafen beendigt ist.

Wird die Löschung von dem Versicherten ungebührlich verzögert, so endet die Gefahr mit dem Zeitpunkt, in welchem die Löschung beendigt sein würde, falls ein solcher Verzug nicht stattgefunden hätte.

Wird vor Beendigung der Löschung für eine neue Reise Ladung oder Ballast eingenommen, so endet die Gefahr mit dem Zeitpunkt, in welchem mit der Einnahme der Ladung oder des Ballastes begonnen wird.

Art. 828.

Sind Güter, imaginärer Gewinn oder die von verschifften Gütern zu verdienende Provision versichert, so beginnt die Gefahr mit dem Zeitpunkt, in welchem die Güter zum Zweck der Ein-

Digitized by Google

ladung in das Schiff oder in die Leichterfahrzeuge vom Lande scheiden; sie endet mit dem Zeitpunkt, in welchem die Güter im Bestimmungshafen wieder an das Land gelangen.

Wird die Löschung von dem Versicherten oder bei der Versicherung von Gütern oder imaginärem Gewinn von dem Versicherten oder von einer der im Art. 825. unter Ziffer 4. bezeichneten Personen ungebührlich verzögert, so endet die Gefahr mit dem Zeitpunkt, in welchem die Löschung beendigt sein würde, falls ein solcher Verzug nicht stattgefunden hätte.

Bei der Einladung und Ausladung trägt der Versicherer die Gefahr der ortsgebräuchlichen Benutzung von Leichterfahrzeugen.

Art. 829.

Bei der Versicherung der Fracht beginnt und endet die Gefahr in Ansehung der Unfälle, welchen das Schiff und dadurch die Fracht ausgesetzt ist, mit demselben Zeitpunkt, in dem die Gefahr bei der Versicherung des Schiffs für dieselbe Reise beginnen und enden würde, in Ansehung der Unfälle, welchen die Güter ausgesetzt sind und dadurch die Fracht ausgesetzt ist, mit demselben Zeitpunkt, in welchem die Gefahr bei der Versicherung der Güter für dieselbe Reise beginnen und enden würde.

Bei der Versicherung von Ueberfahrtsgeldern beginnt und endet die Gefahr mit demselben Zeitpunkt, in welchem die Gefahr bei der Versicherung des Schiffs beginnen und enden würde.

Der Versicherer von Fracht- und Ueberfahrtsgeldern haftet für einen Unfall, von welchem das Schiff betroffen wird, nur insoweit, als Fracht- oder Ueberfahrtsverträge bereits abgeschlossen sind, und wenn der Rheder Güter für seine Rechnung verschifft, nur insoweit, als dieselben zum Zweck der Einladung in das Schiff oder in die Leichterfahrzeuge bereits vom Lande geschieden sind.

Art. 830.

Bei der Versicherung von Bodmerei- und Havereigeldern beginnt die Gefahr mit dem Zeitpunkt, in welchem die Gelder vorgeschossen sind, oder, wenn der Versicherte selbst die Havereigelder verausgabt hat, mit dem Zeitpunkt, in welchem dieselben verwendet sind; sie endet mit dem Zeitpunkt, in welchem sie bei einer Versicherung der Gegenstände, welche verbodmet oder worauf die Havereigelder verwendet sind, enden würde.

Art. 831.

Die begonnene Gefahr läuft für den Versicherer während der bedungenen Zeit oder der versicherten Reise ununterbrochen fort. Der Versicherer trägt insbesondere die Gefahr auch während des Aufenthalts in einem Noth- oder Zwischenhafen und im Falle der Versicherung für die Hin- und Rückreise, während des Aufenthalts des Schiffs in dem Bestimmungshafen der Hinreise.

Müssen die Güter einstweilen gelöscht werden, oder wird das Schiff zur Reparatur an das Land gebracht, so trägt der Versicherer die Gefahr auch während die Güter oder das Schiff sich am Lande befinden.

Art. 832.

Wenn nach dem Beginn der Gefahr die versicherte Reise freiwillig oder gezwungen aufgegeben wird, so tritt in Ansehung der Beendigung der Gefahr der Hafen, in welchem die Reise beendigt wird, an die Stelle des Bestimmungshafens.

Werden die Güter, nachdem die Reise des Schiffs aufgegeben ist, in anderer Art als mit dem zum Transport bestimmten Schiff nach dem Bestimmungshafen weiter befördert, so läuft in Betreff derselben die begonnene Gefahr fort, auch wenn die Weiterbeförderung ganz oder zum Theil zu

Digitized by Google

Lande geschieht. Der Versicherer trägt in solchen Fällen zugleich die Kosten der früheren Löschung, die Kosten der einstweiligen Lagerung und die Mehrkosten der Weiterbeförderung, auch wenn diese zu Lande erfolgt.

Art. 833.

Die Art. 831. und 832. gelten nur unbeschadet der in den Art. 818. und 820. enthaltenen Vorschriften.

Art. 834.

Ist die Dauer der Versicherung nach Tagen, Wochen, Monaten oder Jahren bestimmt, so wird die Zeit nach dem Kalender und der Tag von Mitternacht zu Mitternacht berechnet. Der Versicherer trägt die Gefahr während des Anfangstags und Schlußtags.

Bei der Berechnung der Zeit ist der Ort, wo das Schiff sich befindet, maßgebend.

Art. 835.

Wenn im Falle der Versicherung des Schiffs auf Zeit dasselbe bei dem Ablaufe der im Vertrage festgesetzten Versicherungszeit unterwegs ist, so gilt die Versicherung in Ermangelung einer entgegenstehenden Vereinbarung als verlängert bis zur Ankunft des Schiffs im nächsten Bestimmungshafen und, falls in diesem gelöscht wird, bis zur Beendigung der Löschung (Art. 827.). Der Versicherte ist jedoch befugt, die Verlängerung durch eine dem Versicherer, so lange das Schiff noch nicht unterwegs ist, kundzugebende Erklärung auszuschließen.

Im Falle der Verlängerung hat der Versicherte für die Dauer derselben und, wenn die Verschollenheit des Schiffs eintritt, bis zum Ablauf der Verschollenheitsfrist die vereinbarte Zeitprämie fortzuentrichten.

Ist die Verlängerung ausgeschlossen, so kann der Versicherer, wenn die Verschollenheitsfrist über die Versicherungszeit hinausläuft, auf Grund der Verschollenheit nicht in Anspruch genommen werden.

Art. 836.

Bei einer Versicherung nach einem oder dem anderen unter mehreren Häfen ist dem Versicherten gestattet, einen dieser Häfen zu wählen; bei einer Versicherung nach einem und einem anderen oder nach einem und mehreren anderen Häfen ist der Versicherte zum Besuch eines jeden der bezeichneten Häfen befugt.

Art. 837.

Wenn die Versicherung nach mehreren Häfen geschlossen oder dem Versicherten das Recht vorbehalten ist, mehrere Häfen anzulaufen, so ist dem Versicherten nur gestattet, die Häfen nach der vereinbarten oder in Ermangelung einer Vereinbarung nach der den Schifffahrtsverhältnissen entsprechenden Reihenfolge zu besuchen; er ist jedoch zum Besuch aller einzelnen Häfen nicht verpflichtet.

Die in der Polize enthaltene Reihenfolge wird, insoweit nicht ein Anderes erhellt, als die vereinbarte angesehen.

Art. 838.

Dem Versicherer fallen zur Last:

1) die Beiträge zur großen Haverei mit Einschluß derjenigen, welche der Versicherte selbst wegen eines von ihm erlittenen Schadens zu tragen hat; die in Gemäßheit der Art.

Digitized by Google

637. und 734. nach den Grundsätzen der großen Haverei zu beurtheilenden Beiträge werden den Beiträgen zur großen Haverei gleich geachtet;

2) die Aufopferungen, welche zur großen Haverei gehören würden, wenn das Schiff Güter, und zwar andere als Güter des Rheders, an Bord gehabt hätte;

3) die sonstigen zur Rettung, sowie zur Abwendung größerer Nachtheile nothwendig oder zweckmäßig aufgewendeten Kosten (Art. 823.), selbst wenn die ergriffenen Maßregeln erfolglos geblieben sind;

4) die zur Ermittelung und Feststellung des dem Versicherer zur Last fallenden Schadens erforderlichen Kosten, insbesondere die Kosten der Besichtigung, der Abschätzung, des Verkaufs und der Anfertigung der Dispache.

Art. 839.

In Ansehung der Beiträge zur großen Haverei und der nach den Grundsätzen der großen Haverei zu beurtheilenden Beiträge bestimmen sich die Verpflichtungen des Versicherers nach der, am gehörigen Orte im Inland oder im Ausland, im Einklang mit dem am Ort der Aufmachung geltenden Rechte aufgemachten Dispache. Insbesondere ist der Versicherte, welcher einen zur großen Haverei gehörenden Schaden erlitten hat, nicht berechtigt, von dem Versicherer mehr als den Betrag zu fordern, zu welchem der Schaden in der Dispache berechnet ist; andererseits haftet der Versicherer für diesen ganzen Betrag, ohne daß namentlich der Versicherungswerth maßgebend ist.

Auch kann der Versicherte, wenn der Schaden nach dem am Orte der Aufmachung geltenden Rechte als große Haverei nicht anzusehen ist, den Ersatz des Schadens von dem Versicherer nicht aus dem Grunde fordern, weil der Schaden nach einem anderen Rechte, insbesondere nach dem Rechte des Versicherungsorts, große Haverei sei.

Art. 840.

Der Versicherer haftet jedoch nicht für die im vorstehenden Artikel erwähnten Beiträge, insoweit dieselben in einem Unfall sich gründen, für welchen der Versicherer nach dem Versicherungsvertrage nicht haftet.

Art. 841.

Ist die Dispache von einer durch Gesetz oder Gebrauch dazu berufenen Person aufgemacht, so kann der Versicherer dieselbe wegen Nichtübereinstimmung mit dem am Orte der Aufmachung geltenden Rechte und der dadurch bewirkten Benachtheiligung des Versicherten nicht anfechten, es sei denn, daß der Versicherte durch mangelhafte Wahrnehmung seiner Rechte die Benachtheiligung verschuldet hat.

Dem Versicherten liegt jedoch ob, die Ansprüche gegen die zu seinem Nachtheile Begünstigten dem Versicherer abzutreten.

Dagegen ist der Versicherer befugt, in allen Fällen die Dispache dem Versicherten gegenüber insoweit anzufechten, als ein von dem Versicherten selbst erlittener Schaden, für welchen ihm nach dem am Orte der Aufmachung der Dispache geltenden Rechte eine Vergütung nicht gebührt hätte, gleichwohl als große Haverei behandelt worden ist.

Art. 842.

Wegen eines von dem Versicherten erlittenen, zur großen Haverei gehörenden oder nach den Grundsätzen der letzteren zu beurtheilenden Schadens haftet der Versicherer, wenn die Einleitung

Digitized by Google

des, die Feststellung und Vertheilung des Schadens bezweckenden ordnungsmäßigen Verfahrens stattgefunden hat, in Ansehung der Beiträge, welche dem Versicherten zu entrichten sind, nur insoweit, als der Versicherte die ihm gebührende Vergütung auch im Rechtswege, sofern er diesen füglich betreten konnte, nicht erhalten hat.

Art. 843.

Ist die Einleitung des Verfahrens ohne Verschulden des Versicherten unterblieben, so kann derselbe den Versicherer wegen des ganzen Schadens nach Maßgabe des Versicherungsvertrags unmittelbar in Anspruch nehmen.

Art. 844.

Der Versicherer haftet für den Schaden nur bis auf Höhe der Versicherungssumme.

Er hat jedoch die im Art. 838. unter Ziffer 3. und 4. erwähnten Kosten vollständig zu erstatten, wenngleich die hiernach im Ganzen zu zahlende Vergütung die Versicherungssumme übersteigt.

Sind in Folge eines Unfalls solche Kosten bereits aufgewendet, z. B. Loskaufs- oder Reklamekosten verausgabt, oder sind zur Wiederherstellung oder Ausbesserung der durch den Unfall beschädigten Sache bereits Verwendungen geschehen, z. B. zu einem solchen Zwecke Havereigelder verausgabt, oder sind von dem Versicherten Beiträge zur großen Haverei bereits entrichtet, oder ist eine persönliche Verpflichtung des Versicherten zur Entrichtung solcher Beiträge bereits entstanden, und ereignet sich später ein neuer Unfall, so haftet der Versicherer für den durch den späteren Unfall entstehenden Schaden bis auf Höhe der ganzen Versicherungssumme ohne Rücksicht auf die ihm zur Last fallenden früheren Aufwendungen und Beiträge.

Art. 845.

Der Versicherer ist nach Eintritt eines Unfalls berechtigt, durch Zahlung der vollen Versicherungssumme, von allen weiteren Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsvertrage sich zu befreien, insbesondere von der Verpflichtung, die Kosten zu erstatten, welche zur Rettung, Erhaltung und Wiederherstellung der versicherten Sachen erforderlich sind.

War zur Zeit des Eintrittes des Unfalles ein Theil der versicherten Sachen der von dem Versicherer zu tragenden Gefahr bereits entzogen, so hat der Versicherer, welcher von dem Rechte dieses Artikels Gebrauch macht, den auf jenen Theil fallenden Theil der Versicherungssumme nicht zu entrichten.

Der Versicherer erlangt durch Zahlung der Versicherungssumme keinen Anspruch auf die versicherten Sachen.

Ungeachtet der Zahlung der Versicherungssumme bleibt der Versicherer zum Ersatz derjenigen Kosten verpflichtet, welche auf die Rettung, Erhaltung oder Wiederherstellung der versicherten Sachen verwendet sind, bevor seine Erklärung, von dem Rechte Gebrauch zu machen, dem Versicherten zugegangen ist.

Art. 846.

Der Versicherer muß seinen Entschluß, daß er von dem im Art. 845. bezeichneten Recht Gebrauch machen wolle, bei Verlust dieses Rechts dem Versicherten spätestens am dritten Tage nach Ablauf desjenigen Tages erklären, an welchem ihm der Versicherte nicht allein den Unfall unter Bezeichnung der Beschaffenheit und unmittelbaren Folgen desselben angezeigt, sondern auch alle sonstigen auf den Unfall sich beziehenden Umstände mitgetheilt hat, soweit die letzteren dem Versicherten bekannt sind.

Digitized by Google

Art. 847.

Im Falle nicht zum vollen Werthe versichert ist, haftet der Versicherer für die im Art. 838. unter Ziffer 1.—4. erwähnten Beiträge, Aufopferungen und Kosten nur nach Verhältniß der Versicherungssumme zum Versicherungswerth.

Art. 848.

Die Verpflichtung des Versicherers, einen Schaden zu ersetzen, wird dadurch nicht wieder aufgehoben oder geändert, daß später in Folge einer Gefahr, welche der Versicherer nicht zu tragen hat, ein neuer Schaden und selbst ein Totalverlust eintritt.

Art. 849.

Besondere Havereien, wenn sie ohne die Kosten der Ermittelung und Feststellung des Schadens (Art. 838. Ziffer 4.) drei Prozent des Versicherungswerths nicht übersteigen, hat der Versicherer nicht zu ersetzen, wenn sie aber mehr als drei Prozent betragen, ohne Abzug der drei Prozent zu vergüten.

Ist das Schiff auf Zeit oder auf mehrere Reisen versichert, so sind die drei Prozent für jede einzelne Reise zu berechnen. Der Begriff der Reise bestimmt sich nach der Vorschrift des Art. 760.

Art. 850.

Die im Art. 838. unter Ziffer 1.—3. erwähnten Beiträge, Aufopferungen und Kosten muß der Versicherer ersetzen, auch wenn sie drei Prozent des Versicherungswerths nicht erreichen. Dieselben kommen jedoch bei der Ermittelung der im Art. 849. bezeichneten drei Prozent nicht in Berechnung.

Art. 851.

Ist vereinbart, daß der Versicherer von bestimmten Prozenten frei sein soll, so kommen die in den Art. 849. und 850. enthaltenen Vorschriften mit der Maßgabe zur Anwendung, daß an Stelle der dort erwähnten drei Prozent die im Vertrag angegebene Anzahl von Prozenten tritt.

Art. 852.

Ist vereinbart, daß der Versicherer die Kriegsgefahr nicht übernehme, auch die Versicherung rücksichtlich der übrigen Gefahren nur bis zum Eintritt einer Kriegsbelästigung dauern solle, — welche Vereinbarung namentlich angenommen wird, wenn der Vertrag mit der Klausel: „frei von Kriegsmolest" abgeschlossen ist, — so endet die Gefahr für den Versicherer mit dem Zeitpunkt, in welchem die Kriegsgefahr auf die Reise Einfluß zu üben beginnt, insbesondere also, wenn der Antritt oder die Fortsetzung der Reise durch Kriegsschiffe, Kaper oder Blokade behindert oder zur Vermeidung der Kriegsgefahr aufgeschoben wird, wenn das Schiff aus einem solchen Grunde von seinem Wege abweicht, oder wenn der Schiffer durch Kriegsbelästigung die freie Führung des Schiffs verliert.

Art. 853.

Ist vereinbart, daß der Versicherer zwar nicht die Kriegsgefahr übernehme, alle übrigen Gefahren aber auch nach Eintritt einer Kriegsbelästigung tragen solle, — welche Vereinbarung namentlich angenommen wird, wenn der Vertrag mit der Klausel: „nur für Seegefahr" abgeschlossen ist, — so endet die Gefahr für den Versicherer erst mit der Kondemnation der versicherten Sache, oder sobald sie geendet hätte, wenn die Kriegsgefahr nicht ausgenommen worden wäre, der Versicherer haftet aber nicht für die zunächst durch Kriegsgefahr verursachten Schäden, also insbesondere nicht:

Digitized by Google

für Konfiscation durch kriegführende Mächte,

für Nehmung, Beschädigung, Vernichtung und Plünderung durch Kriegsschiffe und Kaper,

für die Kosten, welche entstehen aus der Anhaltung und Reklamirung, aus der Blokade des Aufenthaltshafens, oder der Zurückweisung von einem blokirten Hafen, oder aus dem freiwilligen Aufenthalt wegen Kriegsgefahr,

für die nachstehenden Folgen eines solchen Aufenthalts: Verderb und Verminderung der Güter, Kosten und Gefahr ihrer Entlöschung und Lagerung, Kosten ihrer Weiterbeförderung.

Im Zweifel wird angenommen, daß ein eingetretener Schaden durch Kriegsgefahr nicht verursacht sei.

Art. 854.

Wenn der Vertrag mit der Klausel: „für behaltene Ankunft" abgeschlossen ist, so endet die Gefahr für den Versicherer schon mit dem Zeitpunkt, in welchem das Schiff im Bestimmungshafen am gebräuchlichen oder gehörigen Platze den Anker hat fallen lassen oder befestigt ist.

Auch haftet der Versicherer nur:

1) bei der auf das Schiff sich beziehenden Versicherung, wenn entweder ein Totalverlust eintritt, oder wenn das Schiff abandonnirt (Art. 865.) oder in Folge eines Unfalls vor Erreichung des Bestimmungshafens wegen Reparaturunfähigkeit oder wegen Reparaturunwürdigkeit verkauft wird (Art. 877.);
2) bei der auf Güter sich beziehenden Versicherung, wenn die Güter oder ein Theil derselben in Folge eines Unfalls den Bestimmungshafen nicht erreichen, insbesondere wenn sie vor Erreichung desselben in Folge eines Unfalls verkauft werden. Erreichen die Güter den Bestimmungshafen, so haftet der Versicherer weder für eine Beschädigung, noch für einen Verlust, welcher Folge einer Beschädigung ist.

Ueberdies hat der Versicherer in keinem Falle die in dem Art. 838. unter Ziffer 1.—4. erwähnten Beiträge, Aufopferungen und Kosten zu tragen.

Art. 855.

Wenn der Vertrag mit der Klausel: „frei von Beschädigung außer im Strandungsfall" abgeschlossen ist, so haftet der Versicherer nicht für einen Schaden, welcher aus einer Beschädigung entstanden ist, ohne Unterschied, ob derselbe in einer Werthsverringerung oder in einem gänzlichen oder theilweisen Verlust und insbesondere darin besteht, daß die versicherten Güter gänzlich verdorben und in ihrer ursprünglichen Beschaffenheit zerstört den Bestimmungshafen erreichen, oder während der Reise wegen Beschädigung und drohenden Verderbs verkauft worden sind, es sei denn, daß das Schiff oder das Leichterfahrzeug, worin die versicherten Güter sich befinden, gestrandet ist. Der Strandung werden folgende Seeunfälle gleichgeachtet: Kentern, Sinken, Zerbrechen des Rumpfs, Scheitern und jeder Seeunfall, wodurch das Schiff oder Leichterfahrzeug reparaturunfähig geworden ist.

Hat eine Strandung oder ein dieser gleichzuachtender anderer Seeunfall sich ereignet, so haftet der Versicherer für jede drei Prozent übersteigende (Art. 849.) Beschädigung, welche in Folge eines solchen Seeunfalls entstanden ist, nicht aber für eine sonstige Beschädigung. Es wird bis zum Nachweis des Gegentheils vermuthet, daß eine Beschädigung, welche möglicherweise Folge des eingetretenen Seeunfalls sein kann, in Folge desselben entstanden ist.

Für jeden Schaden, welcher nicht aus einer Beschädigung entstanden ist, haftet der Versicherer, ohne Unterschied, ob eine Strandung oder ein anderer der erwähnten Unfälle sich zugetragen hat

Digitized by Google

oder nicht, in derselben Weise, als wenn der Vertrag ohne die Klausel abgeschlossen wäre. Jedenfalls haftet er für die im Art. 838. unter Ziffer 1. 2. und 4. erwähnten Beiträge, Aufopferungen und Kosten, für die darin unter Ziffer 3. erwähnten Kosten aber nur dann, wenn sie zur Abwendung eines ihm zur Last fallenden Verlustes verausgabt sind.

Eine Beschädigung, welche erweislich ohne Selbstentzündung durch Feuer oder durch Löschung eines solchen Feuers oder durch Beschießen entstanden ist, wird als eine solche Beschädigung, von welcher der Versicherer durch die Klausel befreit wird, nicht angesehen.

Art. 856.

Wenn der Vertrag mit der Klausel: „frei von Bruch außer im Strandungsfall" abgeschlossen ist, so finden die Bestimmungen des vorstehenden Artikels mit der Maaßgabe Anwendung, daß der Versicherer für Bruch insoweit haftet, als er nach dem vorstehenden Artikel für Beschädigung aufkommt.

Art. 857.

Eine Strandung im Sinne der Art. 855. und 856. ist vorhanden, wenn das Schiff unter nicht gewöhnlichen Verhältnissen der Schifffahrt auf den Grund festgeräth und entweder:

nicht wieder flott wird, oder

zwar wieder flott wird, jedoch entweder:

1) nur unter Anwendung ungewöhnlicher Maaßregeln, als: Kappen der Masten, Werfen oder Löschung eines Theils der Ladung und dergleichen, oder durch den Eintritt einer ungewöhnlich hohen Fluth, nicht aber ausschließlich durch Anwendung gewöhnlicher Maßregeln, als: Winden auf den Anker, Backstellen der Segel und dergleichen, oder:
2) erst nachdem das Schiff durch das Festgerathen einen erheblichen Schaden am Schiffskörper erlitten hat.

Fünfter Abschnitt.

Umfang des Schadens.

Art. 858.

Ein Totalverlust des Schiffs oder der Güter liegt vor, wenn das Schiff oder die Güter zu Grunde gegangen oder dem Versicherten ohne Aussicht auf Wiedererlangung entzogen sind, namentlich wenn sie unrettbar gesunken oder in ihrer ursprünglichen Beschaffenheit zerstört oder für gute Prise erklärt sind. Ein Totalverlust des Schiffs wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß einzelne Theile des Wracks oder des Inventars gerettet sind.

Art. 859.

Ein Totalverlust in Ansehung der Fracht liegt vor, wenn die ganze Fracht verloren gegangen ist.

Art. 860.

Ein Totalverlust in Ansehung des imaginären Gewinns oder in Ansehung der Provision, welche von der Ankunft der Güter am Bestimmungsort erwartet werden, liegt vor, wenn die Güter den Bestimmungsort nicht erreicht haben.

Digitized by Google

Art. 861.

Ein Totalverlust in Ansehung der Bodmerei- oder Havereigelder liegt vor, wenn die Gegenstände, welche verbodmet oder für welche die Havereigelder vorgeschossen oder verausgabt sind, entweder von einem Totalverlust oder dergestalt von anderen Unfällen betroffen sind, daß in Folge der dadurch herbeigeführten Beschädigungen, Verbodmungen oder sonstigen Belastungen zur Deckung jener Gelder nichts übrig geblieben ist.

Art. 862.

Im Falle des Totalverlusts hat der Versicherer die Versicherungssumme zum vollen Betrage zu zahlen, jedoch unbeschadet der nach Vorschrift des Art. 804. etwa zu machenden Abzüge.

Art. 863.

Ist im Falle des Totalverlusts vor der Zahlung der Versicherungssumme etwas gerettet, so kommt der Erlös des Geretteten von der Versicherungssumme in Abzug. War nicht zum vollen Werth versichert, so wird nur ein verhältnißmäßiger Theil des Geretteten von der Versicherungssumme abgezogen.

Mit der Zahlung der Versicherungssumme gehen die Rechte des Versicherten an der versicherten Sache auf den Versicherer über.

Erfolgt erst nach der Zahlung der Versicherungssumme eine vollständige oder theilweise Rettung, so hat auf das nachträglich Gerettete nur der Versicherer Anspruch. War nicht zum vollen Werth versichert, so gebührt dem Versicherer nur ein verhältnißmäßiger Theil des Geretteten.

Art. 864.

Sind bei einem Totalverlust in Ansehung des imaginären Gewinns (Art. 860.) die Güter während der Reise so günstig verkauft, daß der Reinerlös mehr beträgt, als der Versicherungswerth der Güter, oder ist für dieselben, wenn sie in Fällen der großen Haverei aufgeopfert sind, oder wenn dafür nach Maßgabe der Art. 612. und 613. Ersatz geleistet werden muß, mehr als jener Werth vergütet, so kommt von der Versicherungssumme des imaginären Gewinns der Ueberschuß in Abzug.

Art. 865.

Der Versicherte ist befugt, die Zahlung der Versicherungssumme zum vollen Betrage gegen Abtretung der in Betreff des versicherten Gegenstands ihm zustehenden Rechte in folgenden Fällen zu verlangen (Abandon):

1) wenn das Schiff verschollen ist;
2) wenn der Gegenstand der Versicherung dadurch bedroht ist, daß das Schiff oder die Güter unter Embargo gelegt, von einer kriegführenden Macht aufgebracht, auf andere Weise durch Verfügung von hoher Hand angehalten oder durch Seeräuber genommen und während einer Frist von sechs, neun oder zwölf Monaten nicht freigegeben sind, je nachdem die Aufbringung, Anhaltung oder Nehmung geschehen ist:
   a) in einem europäischen Hafen oder in einem europäischen Meere oder in einem, wenn auch nicht zu Europa gehörenden Theile des mittelländischen, schwarzen oder azow'schen Meeres, oder
   b) in einem anderen Gewässer, jedoch diesseits des Vorgebirgs der guten Hoffnung und des Kap Horn, oder
   c) in einem Gewässer jenseits des einen jener Vorgebirge.

Digitized by Google

Die Fristen werden von dem Tag an berechnet, an welchem dem Versicherer der Unfall durch den Versicherten angezeigt ist (Art. 822.).

Art. 866.

Ein Schiff, welches eine Reise angetreten hat, ist als verschollen anzusehen, wenn es innerhalb der Verschollenheitsfrist den Bestimmungshafen nicht erreicht hat, auch innerhalb dieser Frist den Betheiligten keine Nachrichten über dasselbe zugegangen sind.

Die Verschollenheitsfrist beträgt:

1) wenn sowohl der Abgangshafen als der Bestimmungshafen ein europäischer Hafen ist, bei Segelschiffen sechs, bei Dampfschiffen vier Monate;
2) wenn entweder nur der Abgangshafen oder nur der Bestimmungshafen ein nichteuropäischer Hafen ist, falls derselbe diesseits des Vorgebirgs der guten Hoffnung und des Kap Horn belegen ist, bei Segel- und Dampfschiffen neun Monate, falls derselbe jenseits des einen jener Vorgebirge belegen ist, bei Segel- und Dampfschiffen zwölf Monate;
3) wenn sowohl der Abgangs- als der Bestimmungshafen ein nichteuropäischer Hafen ist, bei Segel- und Dampfschiffen sechs, neun oder zwölf Monate, je nachdem die Durchschnittsdauer der Reise nicht über zwei oder nicht über drei oder mehr als drei Monate beträgt.

Im Zweifel ist die längere Frist abzuwarten.

Art. 867.

Die Verschollenheitsfrist wird von dem Tag an berechnet, an welchem das Schiff die Reise angetreten hat. Sind jedoch seit dessen Abgange Nachrichten von demselben angelangt, so wird von dem Tag an, bis zu welchem die letzte Nachricht reicht, diejenige Frist berechnet, welche maßgebend sein würde, wenn das Schiff von dem Punkt, an welchem es nach sicherer Nachricht zuletzt sich befunden hat, abgegangen wäre.

Art. 868.

Die Abandonerklärung muß dem Versicherer innerhalb der Abandonfrist zugegangen sein.

Die Abandonfrist beträgt sechs Monate, wenn im Falle der Verschollenheit (Art. 865. Ziffer 1.) der Bestimmungshafen ein europäischer Hafen ist und wenn im Falle der Aufbringung, Anhaltung oder Nehmung (Art. 865. Ziffer 2.) der Unfall in einem europäischen Hafen oder in einem europäischen Meer oder in einem, wenn auch nicht zu Europa gehörenden, Theile des mittelländischen, schwarzen oder azow'schen Meeres sich zugetragen hat. In den übrigen Fällen beträgt die Abandonfrist neun Monate.

Die Abandonfrist beginnt mit dem Ablauf der in den Art. 865. und 866. bezeichneten Fristen.

Bei der Rückversicherung beginnt die Abandonfrist mit dem Ablaufe des Tags, an welchem dem Rückversicherten von dem Versicherten der Abandon erklärt worden ist.

Art. 869.

Nach Ablauf der Abandonfrist ist der Abandon unstatthaft, unbeschadet des Rechts des Versicherten, nach Maßgabe der sonstigen Grundsätze Vergütung eines Schadens in Anspruch zu nehmen.

Ist im Falle der Verschollenheit des Schiffs die Abandonfrist versäumt, so kann der Versicherte zwar den Ersatz eines Totalschadens fordern; er muß jedoch, wenn die versicherte Sache wieder zum Vorschein kommt, und sich dabei ergiebt, daß ein Totalverlust nicht vorliegt, auf Verlangen des Versicherers gegen Verzicht des Letzteren auf die in Folge Zahlung der Versicherungssumme nach

Digitized by Google

Art. 869. ihm zustehenden Rechte die Versicherungssumme erstatten und mit dem Ersatz eines etwa erlittenen Partialschadens sich begnügen.

Art. 870.

Die Abandonerklärung muß, um gültig zu sein, ohne Vorbehalt oder Bedingung erfolgen und auf den ganzen versicherten Gegenstand sich erstrecken, soweit dieser zur Zeit des Unfalls den Gefahren der See ausgesetzt war.

Wenn jedoch nicht zum vollen Werth versichert war, so ist der Versicherte nur den verhältnißmäßigen Theil des versicherten Gegenstandes zu abandonniren verpflichtet.

Die Abandonerklärung ist unwiderruflich.

Art. 871.

Die Abandonerklärung ist ohne rechtliche Wirkung, wenn die Thatsachen, auf welche sie gestützt wird, sich nicht bestätigen oder zur Zeit der Mittheilung der Erklärung nicht mehr bestehen. Dagegen bleibt sie für beide Theile verbindlich, wenn auch später Umstände sich ereignen, deren früherer Eintritt das Recht zum Abandon ausgeschlossen haben würde.

Art. 872.

Durch die Abandonerklärung gehen auf den Versicherer alle Rechte über, welche dem Versicherten in Ansehung des abandonnirten Gegenstandes zustanden.

Der Versicherte hat dem Versicherer Gewähr zu leisten wegen der auf dem abandonnirten Gegenstande zur Zeit der Abandonerklärung haftenden dinglichen Rechte, es sei denn, daß diese in Gefahren sich gründen, wofür der Versicherer nach dem Versicherungsvertrag aufzukommen hatte.

Wird das Schiff abandonnirt, so gebührt dem Versicherer desselben die Nettofracht der Reise, auf welcher der Unfall sich zugetragen hat, soweit die Fracht erst nach der Abandonerklärung verdient ist. Dieser Theil der Fracht wird nach den für die Ermittelung der Distanzfracht geltenden Grundsätzen berechnet.

Den hiernach für den Versicherten entstehenden Verlust hat, wenn die Fracht selbstständig versichert ist, der Versicherer der letzteren zu tragen.

Art. 873.

Die Zahlung der Versicherungssumme kann erst verlangt werden, nachdem die zur Rechtfertigung des Abandons dienenden Urkunden dem Versicherer mitgetheilt sind und eine angemessene Frist zur Prüfung derselben abgelaufen ist. Wird wegen Verschollenheit des Schiffs abandonnirt, so gehören zu den mitzutheilenden Urkunden glaubhafte Bescheinigungen über die Zeit, in welcher das Schiff den Abgangshafen verlassen hat, und über die Nichtankunft desselben im Bestimmungshafen während der Verschollenheitsfrist.

Der Versicherte ist verpflichtet, bei der Abandonerklärung, soweit er dazu im Stande ist, dem Versicherer anzuzeigen, ob und welche andere, den abandonnirten Gegenstand betreffende Versicherungen genommen sind, und ob und welche Bodmereischulden oder sonstige Belastungen darauf haften. Ist die Anzeige unterblieben, so kann der Versicherer die Zahlung der Versicherungssumme so lange verweigern, bis die Anzeige nachträglich geschehen ist; wenn eine Zahlungsfrist bedungen ist, so beginnt dieselbe erst mit dem Zeitpunkt, in welchem die Anzeige nachgeholt ist.

Art. 874.

Der Versicherte ist verpflichtet, auch nach der Abandonerklärung für die Rettung der versicherten Sachen und für die Abwendung größerer Nachtheile nach Vorschrift des Art. 823. und zwar so lange zu sorgen, bis der Versicherer selbst dazu im Stande ist.

Digitized by Google

Erfährt der Versicherte, daß ein für verloren erachteter Gegenstand wieder zum Vorschein gekommen ist, so muß er dies dem Versicherer sofort anzeigen und ihm auf Verlangen die zur Erlangung oder Verwerthung des Gegenstandes erforderliche Hülfe leisten.

Die Kosten hat der Versicherer zu ersetzen; auch hat derselbe den Versicherten auf Verlangen mit einem angemessenen Vorschusse zu versehen.

Art. 875.

Der Versicherte muß dem Versicherer, wenn dieser die Rechtmäßigkeit des Abandons anerkennt, auf Verlangen und auf Kosten desselben über den nach Art. 872. durch die Abandonerklärung eingetretenen Uebergang der Rechte eine beglaubigte Anerkennungsurkunde (Abandonrevers) ertheilen und die auf die abandonnirten Gegenstände sich beziehenden Urkunden ausliefern.

Art. 876.

Bei einem partiellen Schaden am Schiff besteht der Schaden in dem nach Vorschrift der Art. 711. und 712. zu ermittelnden Betrag der Reparaturkosten, soweit diese die Beschädigungen betreffen, welche dem Versicherer zur Last fallen.

Art. 877.

Ist die Reparaturunfähigkeit oder Reparaturunwürdigkeit des Schiffs (Art. 444.) auf dem im Art. 499. vorgeschriebenen Wege festgestellt, so ist der Versicherte dem Versicherer gegenüber befugt, das Schiff oder das Wrack zum öffentlichen Verkauf zu bringen und besteht im Falle des Verkaufs der Schaden in dem Unterschiede zwischen dem Reinerlös und dem Versicherungswerth.

Die übernommene Gefahr endet für den Versicherer erst mit dem Verkaufe des Schiffs oder des Wracks; auch haftet der Versicherer für den Eingang des Kaufpreises.

Bei der zur Ermittelung der Reparaturunwürdigkeit des Schiffs erforderlichen Feststellung des Werths desselben im unbeschädigten Zustande bleibt dessen Versicherungswerth, gleichviel, ob dieser taxirt ist oder nicht, außer Betracht.

Art. 878.

Der Beginn der Reparatur schließt die Ausübung des in dem vorhergehenden Artikel dem Versicherten eingeräumten Rechts nicht aus, wenn erst später erhebliche Schäden entdeckt werden, welche dem Versicherten ohne sein Verschulden unbekannt geblieben waren.

Macht der Versicherte von dem Rechte nachträglich Gebrauch, so muß der Versicherer die bereits aufgewendeten Reparaturkosten insoweit besonders vergüten, als durch die Reparatur bei dem Verkauf des Schiffs ein höherer Erlös erzielt worden ist.

Art. 879.

Bei Gütern, welche beschädigt in dem Bestimmungshafen ankommen, ist durch Vergleichung des Bruttowerths, den sie daselbst im beschädigten Zustand wirklich haben, mit dem Bruttowerth, welchen sie dort im unbeschädigten Zustand haben würden, zu ermitteln, wie viele Prozente des Werths der Güter verloren sind. Eben so viele Prozente des Versicherungswerths sind als der Betrag des Schadens anzusehen.

Die Ermittelung des Werths, welchen die Güter im beschädigten Zustand haben, erfolgt durch öffentlichen Verkauf oder, wenn der Versicherer einwilligt, durch Abschätzung. Die Ermittelung des Werths, welchen die Güter im unbeschädigten Zustand haben würden, geschieht nach Maßgabe der Bestimmungen des ersten und zweiten Absatzes des Art. 612.

Der Versicherer hat außerdem die Besichtigungs-, Abschätzungs- und Verkaufskosten zu tragen.

Digitized by Google

Art. 880.

Ist ein Theil der Güter auf der Reise verloren gegangen, so besteht der Schaden in eben so vielen Prozenten des Versicherungswerths, als Prozente des Werths der Güter verloren gegangen sind.

Art. 881.

Wenn Güter auf der Reise in Folge eines Unfalls verkauft worden sind, so besteht der Schaden in dem Unterschied zwischen dem nach Abzug der Fracht, Zölle und Verkaufskosten sich ergebenden Reinerlös der Güter und deren Versicherungswerth.

Die übernommene Gefahr endet für den Versicherer erst mit dem Verkauf der Güter; auch haftet der Versicherer für den Eingang des Kaufpreises.

Die Bestimmungen der Art. 838.—842. werden durch die Vorschriften dieses Artikels nicht berührt.

Art. 882.

Bei partiellem Verlust der Fracht besteht der Schaden in demjenigen Theil der bedungenen oder in deren Ermangelung der üblichen Fracht, welcher verloren gegangen ist.

Ist die Fracht taxirt und die Taxe nach Vorschrift des vierten Absatzes des Art. 797. in Bezug auf einen von dem Versicherer zu ersetzenden Schaden maßgebend, so besteht der Schaden in eben so vielen Prozenten der Taxe, als Prozente der bedungenen oder üblichen Fracht verloren sind.

Art. 883.

Bei imaginärem Gewinn oder Provision, welche von der Ankunft der Güter erwartet werden, besteht der Schaden, wenn die Güter im beschädigten Zustande ankommen, in eben so vielen Prozenten des als Gewinn oder Provision versicherten Betrags, als der nach Art. 879. zu ermittelnde Schaden an den Gütern Prozente des Versicherungswerths der letzteren beträgt.

Hat ein Theil der Güter den Bestimmungshafen nicht erreicht, so besteht der Schaden in eben so vielen Prozenten des als Gewinn oder Provision versicherten Betrags, als der Werth des in dem Bestimmungshafen nicht angelangten Theils der Güter Prozente des Werths aller Güter beträgt.

Wenn bei der Versicherung des imaginären Gewinns in Ansehung des nicht angelangten Theils der Güter die Voraussetzungen des Art. 864. vorhanden sind, so kommt von dem Schaden der im Art. 864. bezeichnete Ueberschuß in Abzug.

Art. 884.

Bei Bodmerei- oder Havereigeldern besteht im Falle eines partiellen Verlustes der Schaden in dem Ausfall, welcher darin sich gründet, daß der Gegenstand, welcher verbodmet oder für welchen die Havereigelder vorgeschossen oder verausgabt sind, zur Deckung der Bodmerei- oder Havereigelder in Folge späterer Unfälle nicht mehr genügt.

Art. 885.

Der Versicherer hat den nach den Art. 876.—884. zu berechnenden Schaden vollständig zu vergüten, wenn zum vollen Werthe versichert war, jedoch unbeschadet der Vorschrift des Art. 804.; war nicht zum vollen Werthe versichert, so hat er nach Maßgabe des Art. 796. nur einen verhältnißmäßigen Theil dieses Schadens zu vergüten.

Digitized by Google

Sechster Abschnitt.

Bezahlung des Schadens.

Art. 886.

Der Versicherte hat, um den Ersatz eines Schadens fordern zu können, eine Schadensberechnung dem Versicherer mitzutheilen.

Er muß zugleich durch genügende Belege dem Versicherer darthun:

1) sein Interesse;
2) daß der versicherte Gegenstand den Gefahren der See ausgesetzt worden ist;
3) den Unfall, worauf der Anspruch gestützt wird;
4) den Schaden und dessen Umfang.

Art. 887.

Bei der Versicherung für fremde Rechnung hat außerdem der Versicherte sich darüber auszuweisen, daß er dem Versicherungsnehmer zum Abschluß des Vertrags Auftrag ertheilt hat. Ist die Versicherung ohne Auftrag geschlossen (Art. 786.), so muß der Versicherte die Umstände darthun, aus welchen hervorgeht, daß die Versicherung in seinem Interesse genommen ist.

Art. 888.

Als genügende Belege sind anzusehen im Allgemeinen solche Belege, welche im Handelsverkehr namentlich wegen der Schwierigkeit der Beschaffung anderer Beweise nicht beanstandet zu werden pflegen, insbesondere

1) zum Nachweis des Interesse:

   bei der Versicherung des Schiffs die üblichen Eigenthumsurkunden;

   bei der Versicherung von Gütern die Fakturen und Konnossemente, insofern nach Inhalt derselben der Versicherte zur Verfügung über die Güter befugt erscheint;

   bei der Versicherung der Fracht die Chartepartien und Konnossemente;

2) zum Nachweis der Verladung der Güter die Konnossemente;
3) zum Nachweis des Unfalls die Verklarung und das Schiffsjournal (Art. 488. und 494.), in Condemnationsfällen das Erkenntniß des Prisengerichts, in Verschollenheitsfällen glaubhafte Bescheinigungen über die Zeit, in welcher das Schiff den Abgangshafen verlassen hat, und über die Nichtankunft desselben im Bestimmungshafen während der Verschollenheitsfrist;
4) zum Nachweis des Schadens und dessen Umfangs die den Gesetzen oder Gebräuchen des Orts der Schadensermittelung entsprechenden Besichtigungs-, Abschätzungs- und Versteigerungsurkunden, sowie die Kostenanschläge der Sachverständigen, ferner die quittirten Rechnungen über die ausgeführten Reparaturen und andere Quittungen über geleistete Zahlungen; in Ansehung eines partiellen Schadens am Schiff (Art. 876. 877.) genügen jedoch die Besichtigungs- und Abschätzungsurkunden, sowie die Kostenanschläge nur dann, wenn die etwaigen Schäden, welche in Abnutzung, Alter, Fäulniß oder Wurmfraß sich gründen, gehörig ausgeschieden sind, und wenn zugleich, soweit es ausführbar war, solche Sachverständige zugezogen worden sind, welche entweder ein für

Digitized by Google

allemal obrigkeitlich bestellt oder von dem Ortsgericht oder dem Landeskonsul und in deren Ermangelung, oder, sofern deren Mitwirkung sich nicht erlangen ließ, von einer anderen Behörde besonders ernannt waren.

Art. 889.

Auch im Falle eines Rechtsstreits ist den im Art. 888. bezeichneten Urkunden in der Regel und, insofern nicht besondere Umstände Bedenken erregen, Beweiskraft beizulegen.

Art. 890.

Eine Vereinbarung, wodurch der Versicherte von dem Nachweise der im Art. 886. erwähnten Umstände oder eines Theils derselben befreit wird, ist gültig, jedoch unbeschadet des Rechts des Versicherers, das Gegentheil zu beweisen.

Die bei der Versicherung von Gütern getroffene Vereinbarung, daß das Konnossement nicht zu produziren sei, befreit nur von dem Nachweise der Verladung.

Art. 891.

Bei der Versicherung für fremde Rechnung ist der Versicherungsnehmer ohne Beibringung einer Vollmacht des Versicherten legitimirt, über die Rechte, welche in dem Versicherungsvertrage für den Versicherten ausbedungen sind, zu verfügen, sowie die Versicherungsgelder zu erheben und einzuklagen. Diese Bestimmung gilt jedoch im Falle der Ertheilung einer Polize nur dann, wenn der Versicherungsnehmer die Polize beibringt.

Ist die Versicherung ohne Auftrag genommen, so bedarf der Versicherungsnehmer zur Erhebung oder Einklagung der Versicherungsgelder der Zustimmung des Versicherten.

Art. 892.

Im Falle der Ertheilung einer Polize hat der Versicherer die Versicherungsgelder dem Versicherten zu zahlen, wenn dieser die Polize beibringt.

Art. 893.

Der Versicherungsnehmer ist nicht verpflichtet, die Polize dem Versicherten oder den Gläubigern oder der Konkursmasse desselben auszuliefern, bevor er wegen der gegen den Versicherten in Bezug auf den versicherten Gegenstand ihm zustehenden Ansprüche befriedigt ist. Im Falle eines Schadens kann der Versicherungsnehmer wegen dieser Ansprüche aus der Forderung, welche gegen den Versicherer begründet ist, und nach Einziehung der Versicherungsgelder aus den letzteren vorzugsweise vor dem Versicherten und vor dessen Gläubigern sich befriedigen.

Art. 894.

Der Versicherer macht sich dem Versicherungsnehmer verantwortlich, wenn er, während dieser noch im Besitze der Polize sich befindet, durch Zahlungen, welche er dem Versicherten oder den Gläubigern oder der Konkursmasse desselben leistet, oder durch Verträge, welche er mit denselben schließt, das in dem Art. 893. bezeichnete Recht des Versicherungsnehmers beeinträchtigt.

Inwiefern der Versicherer einem Dritten, welchem Rechte aus der Polize eingeräumt sind, sich dadurch verantwortlich macht, daß er über diese Rechte Verträge schließt oder Versicherungsgelder zahlt, ohne die Polize sich zurückgeben zu lassen oder dieselbe mit der erforderlichen Bemerkung zu versehen, bestimmt sich nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechts.

Digitized by Google

Art. 895.

Wird der Versicherer auf Zahlung der Versicherungsgelder in Anspruch genommen, so kann er bei der Versicherung für fremde Rechnung Forderungen, welche ihm gegen den Versicherungsnehmer zustehen, nicht zur Kompensation bringen.

Art. 896.

Der Versicherte ist befugt, nicht allein die aus einem bereits eingetretenen Unfalle ihm zustehenden, sondern auch die künftigen Entschädigungsansprüche einem Dritten abzutreten. Ist eine Polize ertheilt, welche an Ordre lautet, so kann dieselbe durch Indossament übertragen werden; in Ansehung eines solchen Indossaments kommen die Vorschriften der Art. 301. 303. 305. zur Anwendung. Bei der Versicherung für fremde Rechnung ist zur Gültigkeit der ersten Uebertragung das Indossament des Versicherungsnehmers genügend.

Art. 897.

Wenn nach Ablauf zweier Monate seit der Anzeige des Unfalls die Schadensberechnung (Art. 886.) ohne Verschulden des Versicherten noch nicht vorgelegt, wohl aber durch ungefähre Ermittelung die Summe festgestellt ist, welche dem Versicherer mindestens zur Last fällt, so hat der Letztere diese Summe in Anrechnung auf seine Schuld vorläufig zu zahlen, jedoch nicht vor Ablauf der etwa für die Zahlung der Versicherungsgelder bedungenen Frist. Soll die Zahlungsfrist mit dem Zeitpunkt beginnen, in welchem dem Versicherer die Schadensberechnung mitgetheilt ist, so wird dieselbe im Falle dieses Artikels von der Zeit an berechnet, in welcher dem Versicherer die vorläufige Ermittelung mitgetheilt ist.

Art. 898.

Der Versicherer hat:

1) in Havereifällen zu den für die Rettung, Erhaltung oder Wiederherstellung der versicherten Sache nöthigen Ausgaben in Anrechnung auf seine später festzustellende Schuld zwei Drittel des ihm zur Last fallenden Betrags,
2) bei Aufbringung des Schiffs oder der Güter den vollen Betrag der ihm zur Last fallenden Kosten des Reklameprozesses, sowie sie erforderlich werden, vorzuschießen.

Siebenter Abschnitt.

Aufhebung der Versicherung und Rückzahlung der Prämie.

Art. 899.

Wird die Unternehmung, auf welche die Versicherung sich bezieht, ganz oder zum Theil von dem Versicherten aufgegeben, oder wird ohne sein Zuthun die versicherte Sache ganz oder ein Theil derselben der von dem Versicherer übernommenen Gefahr nicht ausgesetzt, so kann die Prämie ganz oder zu dem verhältnißmäßigen Theil bis auf eine dem Versicherer gebührende Vergütung zurückgefordert oder einbehalten werden (Ristorno).

Die Vergütung (Ristornogebühr) besteht, sofern nicht ein anderer Betrag vereinbart oder am Ort der Versicherung üblich ist, in einem halben Prozent der ganzen oder des entsprechenden Theils

Digitized by Google

der Versicherungssumme, wenn aber die Prämie nicht ein Prozent der Versicherungssumme erreicht, in der Hälfte der ganzen oder des verhältnißmäßigen Theils der Prämie.

Art. 900.

Ist die Versicherung wegen Mangels des versicherten Interesse (Art. 782.) oder wegen Ueberversicherung (Art. 790.) oder wegen Doppelversicherung (Art. 792.) unwirksam und hat sich der Versicherungsnehmer bei dem Abschluß des Vertrags und im Falle der Versicherung für fremde Rechnung auch der Versicherte bei der Ertheilung des Auftrags in gutem Glauben befunden, so kann die Prämie gleichfalls bis auf die im Art. 899. bezeichnete Ristornogebühr zurückgefordert oder einbehalten werden.

Art. 901.

Die Anwendung der Art. 899. und 900. ist dadurch nicht ausgeschlossen, daß der Versicherungsvertrag für den Versicherer wegen Verletzung der Anzeigepflicht oder aus anderen Gründen unverbindlich ist, selbst wenn der Versicherer ungeachtet dieser Unverbindlichkeit auf die volle Prämie Anspruch hätte.

Art. 902.

Ein Ristorno findet nicht statt, wenn die Gefahr für den Versicherer bereits zu laufen begonnen hat.

Art. 903.

Wenn der Versicherer zahlungsunfähig geworden ist, so ist der Versicherte befugt, nach seiner Wahl entweder von dem Vertrage zurückzutreten und die ganze Prämie zurückzufordern oder einzubehalten, oder auf Kosten des Versicherers nach Maßgabe des Art. 793. eine neue Versicherung zu nehmen. Dieses Recht steht ihm jedoch nicht zu, wenn ihm wegen Erfüllung der Verpflichtungen des Versicherers genügende Sicherheit bestellt wird, bevor er von dem Vertrage zurückgetreten ist, oder die neue Versicherung genommen hat.

Art. 904.

Wird der versicherte Gegenstand veräußert, so können dem Erwerber die, dem Versicherten nach dem Versicherungsvertrage auch in Bezug auf künftige Unfälle zustehenden Rechte mit der Wirkung übertragen werden, daß der Erwerber den Versicherer ebenso in Anspruch zu nehmen befugt ist, als wenn die Veräußerung nicht stattgefunden hätte und der Versicherte selbst den Anspruch erhöbe.

Der Versicherer bleibt von der Haftung für die Gefahren befreit, welche nicht eingetreten sein würden, wenn die Veräußerung unterblieben wäre.

Er kann sich nicht nur der Einreden und Gegenforderungen bedienen, welche ihm unmittelbar gegen den Erwerber zustehen, sondern auch derjenigen, welche er dem Versicherten hätte entgegenstellen können, der aus dem Versicherungsvertrage nicht hergeleiteten jedoch nur insofern, als sie bereits vor der Anzeige der Uebertragung entstanden sind.

Durch die vorstehende Bestimmung werden die rechtlichen Wirkungen der mittelst Indossaments erfolgten Uebertragung einer Polize, welche an Ordre lautet, nicht berührt.

Art. 905.

Die Vorschriften des Art. 904. gelten auch im Falle der Versicherung einer Schiffspart.

Digitized by Google

Ist das Schiff selbst versichert, so kommen dieselben nur dann zur Anwendung, wenn das Schiff während einer Reise veräußert wird. Anfang und Ende der Reise bestimmen sich nach Art. 827. Ist das Schiff auf Zeit oder für mehrere Reisen (Art. 760.) versichert, so dauert die Versicherung im Falle der Veräußerung während einer Reise nur bis zur Entlöschung des Schiffs im nächsten Bestimmungshafen (Art. 827.)

Zwölfter Titel.

Von der Verjährung.

Art. 906.

Die im Art. 757. aufgeführten Forderungen verjähren in einem Jahre. Es beträgt jedoch die Verjährungsfrist zwei Jahre:

1) für die aus den Dienst- und Heuerverträgen herrührenden Forderungen der Schiffsbesatzung, wenn die Entlassung jenseits des Vorgebirges der guten Hoffnung oder des Kap Horn erfolgt ist;
2) für die aus dem Zusammenstoß von Schiffen hergeleiteten Entschädigungsforderungen.

Art. 907.

Die nach dem vorstehenden Artikel eintretende Verjährung bezieht sich zugleich auf die persönlichen Ansprüche, welche dem Gläubiger etwa gegen den Rheder oder eine Person der Schiffsbesatzung zustehen.

Art. 908.

Die Verjährung beginnt:

1) in Ansehung der Forderungen der Schiffsbesatzung (Art. 757. Ziffer 4.) mit dem Ablauf des Tags, an welchem das Dienst- oder Heuerverhältniß endet, und, falls die Anstellung der Klage früher möglich und zulässig ist, mit dem Ablauf des Tags, an welchem diese Voraussetzung zutrifft; jedoch kommt das Recht, Vorschuß- und Abschlagszahlungen zu verlangen, für den Beginn der Verjährung nicht in Betracht;
2) in Ansehung der Forderungen wegen Beschädigung oder verspäteter Ablieferung von Gütern und Reiseeffekten (Art. 757. Ziffer 8. und 10.) und wegen der Beiträge zur großen Haverei (Art. 757. Ziffer 6.) mit dem Ablauf des Tags, an welchem die Ablieferung erfolgt ist in Ansehung der Forderungen wegen Nichtablieferung von Gütern, mit dem Ablauf des Tags, an welchem das Schiff den Hafen erreicht, wo die Ablieferung erfolgen sollte, und wenn dieser Hafen nicht erreicht wird, mit dem Ablauf des Tags, an welchem der Betheiligte sowohl hiervon als auch von dem Schaden zuerst Kenntniß gehabt hat;
3) in Ansehung der nicht unter die Ziffer 2. fallenden Forderungen aus dem Verschulden einer Person der Schiffsbesatzung (Art. 757. Ziffer 10.) mit dem Ablauf des Tags, an welchem der Betheiligte von dem Schaden Kenntniß erlangt hat, in Ansehung der Entschädigungsforderungen wegen des Zusammenstoßes von Schiffen jedoch mit dem Ablauf des Tags, an welchem der Zusammenstoß stattgefunden hat;

Digitized by Google

4) in Ansehung aller anderen Forderungen mit dem Ablauf des Tags, an welchem die Forderung fällig geworden ist.

Art. 909.

Ferner verjähren in einem Jahre die auf den Gütern wegen der Fracht nebst allen Nebengebühren, wegen des Liegegeldes, der ausgelegten Zölle und sonstigen Auslagen, wegen der Bodmereigelder, der Beiträge zur großen Haverei und der Bergungs- und Hülfskosten haftenden Forderungen, sowie alle persönlichen Ansprüche gegen die Ladungsbetheiligten und die Forderungen wegen der Ueberfahrtsgelder.

Die Verjährung beginnt in Ansehung der Beiträge zur großen Haverei mit dem Ablauf des Tags, an welchem die beitragspflichtigen Güter abgeliefert sind, in Ansehung der übrigen Forderungen mit dem Ablauf des Tags, an welchem die Fälligkeit eingetreten ist.

Art. 910.

Es verjähren in fünf Jahren die Forderungen des Versicherers und des Versicherten aus dem Versicherungsvertrag.

Die Verjährung beginnt mit dem Ablauf des letzten Tags des Jahrs, in welchem die versicherte Reise beendigt ist, und bei der Versicherung auf Zeit mit dem Ablauf des Tags, an welchem die Versicherungszeit endet. Sie beginnt, wenn das Schiff verschollen ist, mit dem Ablauf des Tags, an welchem die Verschollenheitsfrist endet.

Art. 911.

Eine Forderung, welche nach den Art. 906. — 910. verjährt ist, kann auch im Wege der Kompensation oder sonst als Gegenforderung nicht geltend gemacht werden, wenn sie zur Zeit der Entstehung der anderen Forderung bereits verjährt war.

Digitized by Google

Inhaltsverzeichniß.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Sachregister

zum

Handels-Gesetzbuche.

(Die Zahlen bedeuten die Artikel des Handels-Gesetzbuches.)

A.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

B.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

E.

Digitized by Google

F.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

H.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

J.

K.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

L.

Digitized by Google

Digitized by Google

M.

Digitized by Google

N.

O.

Digitized by Google

Digitized by Google

P.

Digitized by Google

Q.

R.

Digitized by Google

Digitized by Google

S.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

T.

Digitized by Google

U.

Digitized by Google

V.

Digitized by Google

Digitized by Google

zeigen 812. 814. Folgen unrichtiger Anzeigen 813. 814. Anspruch des Versicherers auf die Prämie bei unterlassener oder falscher Anzeige 815.

Verpflichtungen des Versicherten aus dem Versicherungsvertrag, Zahlung der Prämie, insbesondere ob der Versicherungsnehmer dazu verpflichtet ist 816. Aenderung der Reise vor und nach Beginn der Gefahr 817. Verzögerung der Reise, Deviation, Anlaufen nicht erlaubter Häfen 818. 833. Wechsel in der Person des Schiffers 819. 833. Güterverladung auf andere als die im Vertrag bezeichneten Schiffe 820. 833. Versicherung von Gütern auf unbestimmten oder unbenannten Schiffen 821. Benachrichtigung des Versicherers von jedem Unfall 822. Rettungspflicht des Versicherten 823.

Umfang der Gefahr des Versicherers, Aufzählung der Gefahren, für welche der Versicherer zu haften hat 824. Schäden, die dem Assekurateur nicht zur Last fallen, insbesondere Mängel der Seetüchtigkeit, Ausrüstung und Bemannung des Schiffs; gewisse Verschulden der Besatzung, Abnutzung, Alter, Fäulniß, Wurmfraß, natürliche Beschaffenheit der Güter, Ratten- und Mäusefraß, Verschulden des Versicherten &c. 825. Beginn und Ende der Gefahr bei der Versicherung des Schiffs 827. 835. 877. bei der Versicherung von Gütern, imaginärem Gewinn und Provision 828. 881. bei der Versicherung der Fracht und Ueberfahrtsgelder 829. bei Versicherung der Bodmerei- und Havereigelder 830. Fortdauer der Gefahr des Versicherers, insbesondere im Nothhafen 831. 833. Aufgebung der Reise 832. 833. Zeitberechnung bei Feststellung der Dauer der Gefahr 834. Versicherung nach einem oder mehreren Häfen und nach einem und mehreren Häfen &c. 836. Reihenfolge der Häfen 837. Verpflichtung des Versicherers zur Tragung der eigentlichen und uneigentlichen Havereibeiträge des Rettungsaufwands und der Kosten der Schadensermittelung 838—843. Entscheidende Kraft der Dispache hierbei und des Rechts am Orte der Dispachirung 839. 841. Recht des Versicherers auf Abtretung der Ansprüche des Versicherten gegen die anderen Havereibetheiligten 841. Abgrenzung der Haftung des Versicherers durch die Höhe der Versicherungssumme und Ausnahme hiervon in Ansehung des Rettungsaufwands, der Schadensermittelungskosten und der Havereigelder 844. 847. Recht des Versicherers, sich durch Zahlung der ganzen Versicherungssumme von weiteren Obliegenheiten zu befreien 845. 846. Versicherung nicht zum vollen Werth 847. 885. Einfluß eines neuen Schadens, für den der Versicherer nicht haftet 848. Haftung des Versicherers für die besondere Haverei 849. 850. Vertragsmäßige Befreiung von gewissen Prozenten 851. Klausel: „frei von Kriegsmolest" 852. Klausel: „nur für Seegefahr" 853. Klausel: „für behaltene Ankunft" 854. Klausel: „frei von Beschädigung außer im Strandungsfall" 855. 857. Klausel: „frei von Bruch außer im Strandungsfall" 856. 857. Haftung des Versicherers im Fall der Veräußerung des versicherten Gegenstands, Uebergang der Rechte aus der Versicherung 904. 905.

Umfang des Schadens. Totalverlust 858—864. Abandon, Fälle seiner Zulässigkeit 865. Verschollenheit des Schiffs 866. 867. Abandonerklärung und Abandonfrist 868. 869. 870. Einfluß des Umstandes, daß die Thatsachen, auf welche die Abandonerklärung gestützt ist, sich nicht bestätigen oder daß neue Thatsachen eintreten 871. Uebergang der Rechte des Abandonnirenden auf den Versicherer 872. Zahlung der Versicherungssumme im Falle des Abandon 873. Rettungspflicht des Versicherten nach stattgehabter Abandonnirung, Verpflichtungen desselben wegen wieder zum Vorschein kommender, verloren geglaubter Versicherungsobjekte 874. Abandonrevers 875.

Digitized by Google

Digitized by Google

W.

Digitized by Google

Z.

Digitized by Google

2. Höchste Verordnung

zur Ausführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs und des Gesetzes vom 21. November 1863, die Einführung dieses Handelsgesetzbuchs betreffend,

vom 25. November 1863.

Wir Ernst

von Gottes Gnaden Herzog zu Sachsen, Jülich, Kleve und Berg, auch Engern und Westphalen ꝛc. ꝛc.

verordnen auf Grund der Bestimmungen in §§. 1. und 6. des Gesetzes vom 21. November 1863, die Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs betreffend, was folgt:

§. 1.

Der durch das Gesetz vom 21. November 1863 zum Gesetz für Unser Herzogthum erhobene Entwurf eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs tritt nebst jenem Gesetz mit dem

1. Mai 1864

in Wirksamkeit.

I.

Allgemeine Vorschriften, die Führung des Handels-Registers betreffend.

1) Die zur Führung des Handels-Registers bestimmten Gerichtsbehörden.

§. 2.

Das Handels-Register ist von jeder unteren Civilgerichtsbehörde für die in ihrem Gerichtsbezirk befindlichen Handelsniederlassungen von Einzel-Kaufleuten, für alle daselbst befindlichen Zweigniederlassungen, sowie für diejenigen Handelsgesellschaften, welche in diesem Bezirk ihren Sitz haben (vergl. Art. 19. 21. 86. 151. 152. 176. 179. 210. u. 212. des H.-G.-B.).

2) Bestimmung des Handels-Registers.

§. 3.

Das Handels-Register ist nur zu den Eintragungen bestimmt, welche durch das Handelsgesetzbuch und das Einführungsgesetz vom 21. November 1863 (§. 32 ff.) vorgeschrieben sind, insbesondere:

1) zur Eintragung der Handelsfirmen, der Inhaber derselben und der hinsichtlich beider eintretenden Aenderungen (Art. 19. 20. 21. 25. 26. des H.-G.-B.).
2) zur Eintragung der Prokuren (Art. 45. 46. des H.-G.-B.);
3) zur Eintragung bestimmter Rechtsverhältnisse aller Handelsgesellschaften, nämlich:
   a) der offenen Handelsgesellschaften (Art. 86.—89. 110. 115. 129. u. 135. des H.-G.-B.).

Digitized by Google

b) der Kommanditgesellschaften, mit Einschluß der Kommanditgesellschaften auf Aktien (Art. 151.—156. 163. 171.—179. 198. 201.—203. 205 des H.-G.-B.);

c) der Aktiengesellschaften (Art. 207.—212. 214. 228. 233. 243. 244. 247. des H.-G.-B.).

Außer dem, was nach gesetzlicher Vorschrift in das Handels-Register eingetragen werden muß, darf in dasselbe nichts eingetragen werden.

Hinsichtlich der im Art. 10. des Handelsgesetzbuchs bezeichneten Personen findet Eintragung in das Handels-Register nur dann Statt, wenn die Voraussetzungen vorliegen, unter welchen nach §§. 2.–4. des Einführungsgesetzes vom 21. November 1863 dieselbe geschehen darf oder soll.

3) Unterstützungspflicht der Verwaltungsbehörden.

§. 4.

Die Verwaltungsbehörden sind verpflichtet, die Handelsgerichte in Erfüllung ihrer Obliegenheit, von Amtswegen die Betheiligten zur Anmeldung aller nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs und des Einführungsgesetzes in das Handels-Register einzutragenden Thatsachen anzuhalten, auf deren Anlangen in geeigneter Weise zu unterstützen, insbesondere denselben über derartige Thatsachen, z. B. über bestehende Handelsfirmen und deren Inhaber, über Aenderungen der Firmen u. s. w. auf Ersuchen die erforderliche Auskunft zu ertheilen.

§. 5.

Auf die in den §§. 2. und 4. des Einführungsgesetzes gedachte Entscheidung der Verwaltungsbehörde kann der Betheiligte nicht unmittelbar bei dieser antragen; sie wird nur durch einen Antrag des Handelsgerichts, wenn dieses selbst im Zweifel ist, veranlaßt. Von einem solchen Antrage hat das Handelsgericht dem Betheiligten unverzüglich Nachricht zu ertheilen.

Die fragliche Entscheidung ist von der Verwaltungsbehörde zunächst dem Betheiligten zu eröffnen, um demselben die Möglichkeit der Einwendung der zulässigen Rechtsmittel an die höheren Verwaltungsbehörden zu gewähren.

Sobald eine endgültige Entscheidung (§. 8. Abs. 2. des Einführungsgesetzes) vorliegt, ist solche im Original oder in beglaubigter Abschrift dem Handelsgericht mit einer Notiz darüber, daß und wann sie dem Betheiligten eröffnet worden und daß sie endgültig sei, von der Verwaltungsbehörde mitzutheilen.

4) Anlegung und Einrichtung und Führung des Handels-Registers.

§. 6.

Jedes zur Führung des Handels-Registers verpflichtete Gericht (§. 2.) hat Ein Handels-Register für seinen Bezirk zu führen, welches jedoch aus mehreren Bänden bestehen kann. Ein einzelner Band soll in der Regel nicht über dreihundert Blätter enthalten.

Jeder Band ist mit einem dauerhaften Einbande zu versehen, und alsbald bei seiner Anlegung auf allen Seiten mit fortlaufenden arabischen Ziffern zu paginiren. Die Zahl der Blätter eines jeden Bandes des Handels-Registers ist auf der ersten Seite (Titelseite) desselben vorzumerken und von dem Dirigenten des Gerichts durch seine Unterschrift zu bestätigen.

Ueber das Handels-Register eines jeden Gerichtsbezirks ist ein besonderes alphabetisches Namensverzeichniß zu führen, in welches die Firmen, die Namen ihrer Inhaber, die Mitglieder der offenen Handelsgesellschaften, die persönlich haftenden Gesellschafter und die Kommanditisten der Kommanditgesellschaften, die Vorstände der Aktiengesellschaften, die persönlich haftenden Gesellschafter der Kommanditgesellschaften auf Aktien, endlich alle Liquidatoren und Prokuristen mit Verweisung

Digitized by Google

auf die Stelle (bezüglich auch den Band) des Handels-Registers, wo der betreffende Eintrag sich befindet, einzutragen sind.

Dieses alphabetische Namensverzeichniß ist nach dem in Beilage C. enthaltenen Formular einzurichten und zerfällt in zwei unter sich und vom Handels-Register getrennt zu haltende Abtheilungen. Die erste Abtheilung bezieht sich blos auf die Firmen, die andere blos auf die Inhaber und Vertreter der Firmen. In der letzteren werden die Vertreter von den Inhabern blos dadurch unterschieden, daß bei ersteren die in die letzte Spalte zu bringenden Verweisungen mit rother Tinte geschrieben werden.

§. 7.

Das Handels-Register ist nach dem unter A. beigefügten Muster anzulegen.

Es enthält drei Rubriken:

I. die Firmen,
II. die Inhaber der Firmen,
III. die Vertreter der Firmen.

Jede dieser drei Rubriken ist durch senkrechte Linien in drei Spalten von ungleicher Breite abzutheilen, von denen die erste und schmalste, zur linken Seite, für die fortlaufenden Eintragsziffern (§. 8.), die mittlere und breiteste für die Einträge selbst, und die dritte, zur rechten Seite, für Bemerkungen bestimmt ist.

Jeder für sich bestehende Eintrag ist durch eine Querlinie über die ganze Breite der betreffenden Rubrik von den folgenden Einträgen abzusondern.

§. 8.

Jeder Firma wird ein besonderer Raum (Folium) zugewiesen, der mindestens aus zwei Blattseiten bestehen muß, aber auch, wenn mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse mehrfache Einträge zu erwarten sind, und zu vermuthen ist, daß jene zwei Blattseiten dazu für längere Zeit nicht ausreichen werden, noch mehrere der nächstfolgenden Blattseiten umfassen kann, und in entsprechender Weise auf die einzelnen Rubriken zu vertheilen ist.

Jeder solcher Raum erhält als Ueberschrift eine Hauptnummer, welche für alle diese Firma betreffenden Seiten unverändert bleibt.

In den einer Firma zugewiesenen Raum sind alle diese Firma betreffende Einträge unter fortlaufenden Ziffern (Eintragsziffern) zu bringen. Ist in diesem Raum kein Platz mehr für weitere Einträge, so ist der Firma zur Fortsetzung der Einträge ein neuer Raum anzuweisen.

Am Ende des bisherigen, sowie am Anfang des neuen Raums ist der Zusammenhang beider in geeigneter Weise (z. B. „Fortsetzung siehe Seite ... Band ...", „Fortsetzung von Seite ... Band ...") über den Linien hinter der Hauptnummer anzudeuten.

§. 9.

Die erste der in §. 7. gedachten drei Rubriken erhält die Ueberschrift „Firma."

Bei Kommanditgesellschaften auf Aktien und bei Aktiengesellschaften erfolgt die Eintragung des Gesellschaftsvertrags und der Genehmigungsurkunde (Art. 176. und 210. des H.-G.-B.) in der Weise, daß diese Urkunden, welche zu den Firmenakten (§. 30.) zu nehmen sind, in der ersten Rubrik bei dem Eintrag der Firma, unter Verweisung auf die betreffenden Stellen der Firmenakten, angeführt werden.

Wird der Gesellschaftsvertrag abgeändert, so ist dieses gleichfalls unter Angabe des Datum des Abänderungsvertrags und der Genehmigungsurkunde, welche ebenfalls zu den Firmenakten zu nehmen sind, unter Verweisung auf die betreffenden Stellen der letzteren, einzutragen.

Digitized by Google

§. 10.

Die zweite Rubrik erhält die Ueberschrift:

„Inhaber."

Mehrere gleichzeitig einzutragende Inhaber der Firma werden unter fortlaufenden Buchstaben (a. b. c. u. s. w.) eingetragen, mögen dieselben offene Gesellschafter oder Kommanditisten sein.

Sind bei einer offenen Handelsgesellschaft einzelne Gesellschafter von der Vertretung ausgeschlossen, oder darf das Recht der Vertretung nur in Gemeinschaft ausgeübt werden (Art. 86. Nr. 4. Art. 115. des H.-G.-B.), so ist dies in besonderen Einträgen zu bemerken.

Ebenso ist bei der Kommanditgesellschaft — nicht aber bei der stillen Gesellschaft, welche überhaupt nicht in das Handels-Register eingetragen wird (Art. 250. fg. des H.-G.-B.) — die Qualität jedes Kommanditisten, als solchen, und der Betrag seiner Einlage (Art. 151. Nr. 4. des H.-G.-B.) in einem besonderen Eintrage zu bemerken.

Bei Kommanditgesellschaften auf Aktien und bei Aktiengesellschaften sind die Inhaber der Aktien im Allgemeinen (z. B. „die Inhaber der Aktien der Kommanditgesellschaft in H." oder „die Inhaber der Aktien der Aktiengesellschaft N. zu ....") aufzuführen. Die Zahl und der Betrag der Aktien oder Aktienantheile ist in einem besonderen Eintrage zu bemerken.

§. 11.

Die dritte Rubrik erhält die Ueberschrift:

„Vertreter."

In diese Rubrik sind die Prokuristen, die Mitglieder des Vorstands einer Aktiengesellschaft und die Liquidatoren einer Gesellschaft — nicht aber Mitinhaber der Firma (Art. 86. Nr. 4. Art. 102. 114. fg. 150. des H.-G.-B.), welche als solche nach dem Gesetz zur Vertretung befugt sind, oder andere nicht mit Prokura versehene Vertreter — einzutragen.

Werden mehrere Personen einer dieser hiernach einzutragenden Kategorien gleichzeitig eingetragen, oder ist eine Prokura mehreren Personen gemeinschaftlich ertheilt worden (Art. 41. Abs. 3. des H.-G.-B.), so kommen die Vorschriften des §. 10. Abs. 2. und 3. gleichfalls in Anwendung.

§. 12.

Hat ein Kaufmann oder eine Handelsgesellschaft außer der Hauptniederlassung auch noch eine Zweigniederlassung an einem anderen Orte desselben Gerichtsbezirks, so ist neben dem Sitz der Hauptniederlassung auch der Ort der Zweigniederlassung in der ersten Rubrik anzugeben. Besteht an dem Orte der Zweigniederlassung bereits eine gleiche Firma, so daß nach Art. 21. Abs. 2. des H.-G.-B. ein Zusatz zur Firma angenommen werden muß, so ist die Zweigniederlassung unter einer besonderen Hauptnummer (§. 8. Abs. 1. und 2.) des Handels-Registers einzutragen, und bei dem Eintrag der Hauptniederlassung in der ersten Rubrik auf den Eintrag der Zweigniederlassung, bei dem Eintrag der letzteren dagegen auf den Eintrag der Hauptniederlassung hinzuweisen.

§. 13.

Befinden sich die Hauptniederlassung und die Zweigniederlassung in verschiedenen Gerichtsbezirken, so ist sowohl in dem Handels-Register des Gerichts der Hauptniederlassung diese mit ihrer Zweigniederlassung, als auch im Register des Gerichts der Zweigniederlassung diese als solche, unter Angabe des Orts, wo sich die Hauptniederlassung befindet, in die erste Rubrik einzutragen.

Digitized by Google

§. 14.

Wird eine Zweigniederlassung von ihrer bisherigen Hauptniederlassung abgetrennt, und zu einem selbstständigen Geschäft erhoben, so ist bei dem Eintrag dieser Thatsache in der ersten Rubrik zugleich die Stelle des Handels-Registers anzugeben, wo das nunmehr selbstständig gewordene Geschäft eingetragen ist; bei dem neuen Eintrag des letzteren wird auf die frühere Eintragung hingewiesen.

Wird eine in das Handels-Register eingetragene Zweigniederlassung später aufgehoben, so ist dies ebenfalls in die erste Rubrik des Registers einzutragen.

§. 15.

Die Eintragungen in das Handels-Register dürfen nur auf Grund solche anordnenden gerichtlichen Beschlusses, welcher zu den Firmenakten zu bringen ist, geschehen.

Sie sind zwar vollständig und deutlich, aber möglichst kurz zu fassen und mit guter Schrift auszuführen.

Jeder Eintrag beginnt mit der Angabe des Tags, Monats und Jahres, in welchem er erfolgt.

Am Schlusse jedes Eintrags ist das Datum des gerichtlichen Beschlusses anzugeben, auf den der Eintrag sich gründet, und die Stelle der Firmenakten anzuführen, wo jener Beschluß und dessen Unterlagen zu finden sind.

§. 16.

Die Firmen, ferner die Namen der Inhaber derselben, der Prokuristen, der Mitglieder des Vorstands einer Aktiengesellschaft und der Liquidatoren sind in dem Eintrage der Firma, bezüglich in dem Eintrage der bezeichneten Namen, mit lateinischen Buchstaben zu schreiben.

§. 17.

Jeder in das Handels-Register zu bringende Eintrag ist, mit Bemerkung der ihm im Handels-Register zu gebenden Stelle und unter einstweiliger Offenlassung des Datums des Eintrags, in den Firmenakten vom Gericht zu konzipiren und mit der Signatur des Richters zu versehen. Das dem Eintrage vorauszusetzende Datum (§. 15.) ist im Konzepte nachzutragen, und letzterem die Bemerkung der geschehenen Einschreibung beizufügen.

§. 18.

Die Eintragungen in das Handels-Register werden durch den Richter selbst, oder durch eine hierzu geeignete, bei dem Gericht angestellte und bleibend hiermit zu beauftragende Person, welcher auch die Führung des alphabetischen Namensverzeichnisses (§. 6. Abs. 4.) und die Vorlegung des Handels-Registers und der Firmenakten zur Einsicht (Art. 12. Abs. 2. des H.-G.-B.) obliegt, vollzogen.

§. 19.

Die Eintragungen in das Handels-Register sind, sofern denselben ein Bedenken nicht entgegensteht, mit möglichster Beschleunigung zu beschließen und ohne allen Verzug auszuführen.

Etwaige Zurückweisungsbeschlüsse sind dem Antragsteller, unter Angabe der Gründe, ebenfalls mit thunlichster Beschleunigung zu eröffnen.

§. 20.

Im Handels-Register darf nichts ohne rechtfertigende, vom Führer des Handels-Register zu unterzeichnende, Seitenbemerkung, welcher ihre Stelle in der Spalte für Bemerkungen (§. 7. Abs. 3.)

Digitized by Google

zu geben ist, ausgestrichen, nichts radirt oder korrigirt werden, auch sind Zwischenschriften zu vermeiden.

§. 21.

Veränderungen, welche mit dem Gegenstande eines Eintrags vorgehen, dürfen im Handels-Register stets nur in Form besonderer, für sich bestehender Einträge, unter einer neuen Ziffer, bemerkt werden.

§. 22.

Jeder Eintrag, der sich auf den Gegenstand eines früheren, in derselben Rubrik befindlichen Eintrags bezieht, ist unter der Eintragsziffer, welche er erhält (§. 8. Abs. 3.), mit einer Verweisung rückwärts auf die Ziffer jenes früheren Eintrags (z. B. „zu 2.") zu versehen. Ebenso ist neben dem früheren Eintrage in der Spalte der Bemerkungen auf den späteren Eintrag, mittels dessen eine mit dem Gegenstande des früheren Eintrags vorgegangene Veränderung im Handels-Register bemerkt wird, durch ein passendes Wort (z. B. „verändert," „weggefallen," „beschränkt," „Beschränkung weggefallen") mit Beifügung der Ziffer dieses späteren Eintrags zu verweisen.

§. 23.

Wenn ein Eintrag oder eine in der Spalte für Bemerkungen befindliche Bemerkung durch einen späteren Eintrag ganz wegfällig wird, so ist sowohl der erledigte Eintrag, bezüglich die erledigte Bemerkung, als auch die den Wegfall bezeichnende Bemerkung (z. B. „Beschränkung weggefallen") mit rother Tinte zu unterstreichen.

Ist das Erlöschen einer Firma in das Handels-Register eingetragen, so werden alle auf die erloschene Firma sich beziehenden Einträge, mittels einer Diagonallinie, mit rother Tinte durchstrichen.

§. 24.

Wird eine Prokura, die Bestellung eines Liquidators, welcher nicht zu den bisherigen Gesellschaftern gehört (Art. 133. des H.-G.-B.), oder die Bestellung von Mitgliedern des Vorstands einer Aktiengesellschaft von Personen, welche hierzu berechtigt sind, widerrufen, oder ein Liquidator, welcher nicht zu den bisherigen Gesellschaftern gehört, durch den Richter abberufen (Art. 134. des H.-G.-B.), so ist gegen Eintragung dieses Widerrufs oder dieser Abberufung in das Handels-Register erhobener Widerspruch auch dann nicht zu beachten, wenn derselbe mit einem Rechtsmittel verbunden wird. Es ist jedoch auf das etwa eingewendete Rechtsmittel längstens binnen acht Tagen Bericht zu erstatten.

Durch die Bestimmungen dieses Paragraphen werden etwaige Entschädigungsansprüche aus bestehenden Verträgen nicht berührt.

§. 25.

Von jeder Eintragung in das Handels-Register ist denjenigen, welche die Eintragung beantragt haben, unverzüglich, und jedenfalls noch vor der im Art. 13. des H.-G.-B. vorgeschriebenen öffentlichen Bekanntmachung, durch Mittheilung einer von dem Führer des Handels-Registers signirten Abschrift des Eintrags Nachricht zu geben, sofern nicht ausdrücklich hierauf verzichtet worden ist.

5. Zeugnißausstellung auf Grund des Handels-Registers.

§. 26.

Das Gericht hat, auf Verlangen und gegen Erlegung der Kosten, nicht blos einfache oder beglaubigte Abschriften von den Eintragungen in das Handels-Register zu ertheilen (Art. 12. Abs. 2.

Digitized by Google

des H.-G.-B.), sondern außerdem auch Zeugnisse über den Inhalt der einzelnen Eintragungen auszustellen. Diese Zeugnisse sind zugleich darauf zu erstrecken, ob und inwiefern eine die Wirksamkeit der Eintragung berührende Thatsache oder Veränderung eingetragen sei. Findet sich eine solche Thatsache oder Veränderung eingetragen, so ist auch der vollständige Inhalt des betreffenden Eintrags in das Zeugniß aufzunehmen.

Auch hat das Gericht, auf Erfordern, ein Zeugniß darüber auszustellen, daß eine bestimmte Eintragung in das Handels-Register nicht geschehen, oder daß seit Ertheilung eines Zeugnisses eine auf dessen Inhalt sich beziehende Thatsache oder Aenderung nicht eingetragen sei.

6. Oeffentliche Bekanntmachung der Einträge.

§. 27.

Die Eintragungen in das Handels-Register sind von dem Gericht, welches das Register zu führen hat, sofern nicht in dem Handelsgesetzbuche in einzelnen Fällen ein Anderes bestimmt ist, nach ihrem ganzen Inhalte öffentlich bekannt zu machen.

Dabei ist zu bemerken:

1) Nach Art. 151. des H.-G.-B. unterbleibt nach dem Eintrag einer Kommanditgesellschaft die Bekanntmachung der Namen, des Standes und Wohnortes der Kommanditisten, sowie der Angaben des Betrags ihrer Vermögenseinlagen.
2) Nach Art. 156. a. a. O. gilt dasselbe, wenn der Eintritt eines neuen Kommanditisten in eine bestehende Kommanditgesellschaft eingetragen ist.
3) Nach Art. 171. a. a. O. unterbleibt nach der Eintragung des Ausscheidens eines Kommanditisten aus einer Kommanditgesellschaft, ohne Unterschied, ob derselbe mit der ganzen Einlage, oder nur mit einem Theile derselben ausgeschieden ist, bei der Bekanntmachung die Bezeichnung des Kommanditisten und die Angabe des Betrags der Einlage.
4) Nach Art. 176. a. a. O. wird nach der Eintragung einer Kommanditgesellschaft auf Aktien nicht der ganze Gesellschaftsvertrag, sondern nur ein dort näher bezeichneter Auszug desselben bekannt gemacht, und nach Art. 198. a. a. O. tritt dasselbe ein, wenn später ein den Gesellschaftsvertrag abändernder Vertrag eingetragen ist.
5) Nach Art. 210. und 214. a. a. O. ist in der unter 4. vorstehend angegebenen Weise auch bei Aktiengesellschaften zu verfahren.

§. 28.

Die öffentliche Bekanntmachung einer Eintragung muß ohne Verzug, sobald dieselbe geschehen ist, und ohne daß eine andere Eintragung abgewartet werden darf, veranlaßt werden. (S. jed. §. 80.)

§. 29.

Auf Grund der Vorschrift in Art. 14. Abs. 3. des H.-G.-B. werden die Gerichte, welche die Handels-Register zu führen haben, angewiesen, als eins derjenigen Blätter, in welchen im Laufe des nächstfolgenden Jahres die in Art. 13. des H.-G.-B. vorgeschriebenen Bekanntmachungen erfolgen sollen, das Altenburgische Amts- und Nachrichtsblatt zu bestimmen. Der Beschluß über die Bestimmung jener Blätter ist jedesmal nur in dem gedachten Altenburgischen Amts- und Nachrichtsblatt im Monat Dezember bekannt zu machen (vergl. §. 81.).

Digitized by Google

7. Firmenakten.

§. 30.

Die Grundlage des Handels-Registers bilden die Firmenakten.

Zu diesen Akten gelangen nach der Zeitfolge alle zur Eintragung bestimmte Anmeldungen, nebst den dazu gehörigen Urkunden, die darauf ergangenen Beschlüsse und Verfügungen, die Entwürfe zu den Einträgen, die Zeichnungen der Firmen und Unterschriften und die erlassenen Bekanntmachungen.

Für einzelne Gesellschaften, bei welchen umfangreiche und wiederholte Eintragungen u. s. w. in Aussicht stehen, namentlich für Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, können besondere Akten angelegt werden.

Die Verfügungen und Verhandlungen, welche sich auf das Einschreiten der Gerichte zum Zweck von Anmeldungen oder Zeichnungen von Firmen und Unterschriften, oder wegen Führung einer unzulässigen Firma beziehen (§. 8.—10. 32. 34. des Einführungsgesetzes) sind zu besonderen Akten zu nehmen.

Sind dieselben in einzelnen Fällen umfangreich, oder erscheint es sonst zweckmäßig, so sind darüber Spezialakten anzulegen.

8. Vorbedingungen für die Einträge.

a. Ueberhaupt.

§. 31.

Die Eintragungen in das Handels-Register erfolgen nur auf Anmeldung (Antrag) der Betheiligten.

Es haben jedoch die Gerichte, welchen die Führung des Handels-Registers obliegt, die zur Anmeldung Verpflichteten (vergl. §. 2.—4. des Einführungsgesetzes), von Amtswegen durch Ordnungsstrafen dazu anzuhalten, daß die erforderlichen Anmeldungen, sowie die vorgeschriebenen Zeichnungen der Firmen und Unterschriften geschehen (§. 8. 32. des Einführungsgesetzes).

§. 32.

In der §. 31. bezeichneten Weise ist insbesondere einzuschreiten:

1) gegen den Kaufmann, welcher im Bezirk des Gerichts seine Handelsniederlassung oder eine Zweigniederlassung hat, sofern er unterläßt, seine Firma, oder die Aenderung, oder das Erlöschen derselben, oder die Aenderung der Inhaber anzumelden, oder die Firma nebst seiner persönlichen Unterschrift vor dem Gericht zu zeichnen, oder die Zeichnung derselben in beglaubigter Form einzureichen (Art. 19. 21. 25. 26. des H.-G.-B.).

2) gegen den Prinzipal, welcher für seine im Bezirk des Gerichts befindliche Handelsniederlassung einen Prokuristen bestellt hat, sofern er unterläßt, die Ertheilung der Prokura oder das Erlöschen derselben anzumelden, sowie gegen den Prokuristen, welcher unterläßt, die Firma nebst seiner Unterschrift persönlich vor dem Gericht zu zeichnen, oder die Zeichnung derselben in beglaubigter Form einzureichen. (Art. 45. des H.-G.-B.)

   Ist der Prinzipal eine Handelsgesellschaft, so findet das Einschreiten statt:

   a) bei einer offenen Handelsgesellschaft gegen sämmtliche Gesellschafter, welche von der Geschäftsführung nicht ausgeschlossen sind;

   b) bei einer Kommanditgesellschaft, mit Einschluß der Kommanditgesellschaft auf Aktien, gegen sämmtliche persönlich haftende Gesellschafter, welche von der Geschäftsführung nicht ausgeschlossen sind;

Digitized by Google

c) bei einer Aktiengesellschaft gegen die Mitglieder des Vorstands;

3) gegen sämmtliche Mitglieder einer offenen Handelsgesellschaft, welche im Bezirke des Gerichts ihren Sitz oder eine Zweigniederlassung hat, sofern sie unterlassen, die Errichtung der Gesellschaft, die Aenderung der Firma oder die Verlegung des Sitzes derselben, den Eintritt eines neuen Gesellschafters, die einem Gesellschafter nachträglich ertheilte oder entzogene Befugniß, die Gesellschaft zu vertreten, das Ausscheiden oder die Ausschließung eines Gesellschafters, die Auflösung der Gesellschaft, sofern sie nicht Folge der Konkurseröffnung ist, die nach der Auflösung eingetretenen Liquidatoren und das Austreten eines Liquidators, oder das Erlöschen der Vollmacht eines solchen anzumelden, ferner gegen die zur Vertretung der Gesellschaft berufenen Gesellschafter, sofern sie unterlassen, die Firma nebst ihrer Namensunterschrift persönlich vor dem Gericht zu zeichnen oder die Zeichnung derselben in beglaubigter Form einzureichen (Art. 86.—89. 129. 135. des H.-G.-B.);

4) gegen sämmtliche persönlich haftende Mitglieder einer Kommanditgesellschaft, welche im Bezirk des Gerichts ihren Sitz oder eine Zweigniederlassung hat, sofern sie unterlassen, eine der unter Ziffer 3. bezeichneten Anmeldungen, einschließlich der des Eintritts oder Austritts eines Kommanditisten, und der des Ausscheidens eines Kommanditisten nur mit einem Theile seiner Einlage, zu bewirken; ferner gegen die zur Vertretung der Gesellschaft berufenen persönlich haftenden Gesellschafter, sofern sie unterlassen, die Firma nebst ihrer Namensunterschrift persönlich vor Gericht zu zeichnen, oder die Zeichnung derselben in beglaubigter Form einzureichen (Art. 151.—156. 171. 172. des H.-G.-B.);

5) gegen sämmtliche persönlich haftende Mitglieder einer der Bestimmung in §. 35. Abs. 1. des Einführungsgesetzes unterfallenden Kommanditgesellschaft auf Aktien, welche im Bezirk des Gerichts ihren Sitz hat, oder überhaupt einer Kommanditgesellschaft auf Aktien, welche im Bezirk eine Zweigniederlassung hat, insofern sie unterlassen, die Errichtung der Gesellschaft oder die Abänderung des Gesellschaftsvertrags anzumelden, und außerdem gegen die persönlich haftenden Gesellschafter, welche die Gesellschaft zu vertreten berufen sind, insofern sie unterlassen, die Firma nebst ihrer Namensunterschrift persönlich vor dem Gericht zu zeichnen, oder die Zeichnung derselben in beglaubigter Form einzureichen; ferner gegen die persönlich haftenden Mitglieder einer Kommanditgesellschaft auf Aktien, die in dem Bezirk des Gerichts ihren Sitz oder eine Zweigniederlassung hat, insofern sie unterlassen, die Auflösung der Gesellschaft, die nicht Folge der Konkurseröffnung ist, und die nach der Auflösung eintretenden Liquidatoren, den Austritt eines Liquidators und das Erlöschen der Vollmacht eines solchen anzumelden (Art. 179. 198. 203. 205. des H.-G.-B.);

6) gegen die Mitglieder des Vorstands einer Aktiengesellschaft, welche im Bezirk des Gerichts ihren Sitz oder eine Zweigniederlassung hat, insofern sie unterlassen, ihre Bestellung, eine bei ihnen eingetretene Aenderung, die Auflösung der Gesellschaft, die nicht Folge der Konkurseröffnung ist, und die nach der Auflösung eingetretenen Liquidatoren, sowie das Austreten eines Liquidators oder das Erlöschen der Vollmacht eines solchen anzumelden und ihre Unterschrift vor Gericht zu zeichnen oder die Zeichnung derselben in beglaubigter Form einzureichen; ferner gegen die Mitglieder des Vorstands einer, der Bestimmung in §. 35. Abs. 1. des Einführungsgesetzes unterfallenden Aktiengesellschaft, welche in dem Bezirk des Gerichts ihren Sitz hat, oder überhaupt einer Aktiengesellschaft, welche im Bezirk des Gerichts eine Zweigniederlassung

Digitized by Google

hat, insofern sie unterlassen, die Errichtung der Gesellschaft oder der Abänderung des Gesellschaftsvertrags anzumelden (Art. 211. 212. 214. 228. 233. 243. 244. 247. des H.-G.-B.).

§. 33.

Wird für Personen, welche durch Handelsgeschäfte sich nicht verpflichten können, der Handel durch Vertreter betrieben, so findet das Einschreiten gegen die letzteren Statt.

Wenn es sich um die Anmeldung des Erlöschens einer Prokura oder einer Firma, oder um die Anmeldung der Auflösung einer offenen oder einer Kommanditgesellschaft (mit Einschluß der Kommanditgesellschaft auf Aktien) handelt, und die betreffende Person mit Tode abgegangen oder zur selbstständigen Vermögensverwaltung rechtlich unfähig geworden ist, so wird gegen die Erben oder die Vertreter derselben eingeschritten.

§. 34.

Einer Anmeldung zum Behuf der Eintragung darf nur dann Statt gegeben werden, wenn feststeht, daß der Anmeldende zu der Anmeldung befugt ist, und diese wirklich von der Person ausgeht, von welcher sie angeblich herrührt, und wenn die Anmeldung in der vorgeschriebenen Weise erfolgt ist.

Auch darf die Eintragung nicht eher geschehen, als bis hinsichtlich des Gewerbebetriebs, welcher in der angemeldeten Niederlassung erfolgen soll, den Vorschriften der Gewerbegesetze genügt, insbesondere die etwa erforderliche Erlaubniß zu dem Betrieb des betreffenden Gewerbes erlangt ist.

§. 35.

Jede zur Eintragung in das Handels-Register bestimmte Anmeldung muß auch in denjenigen Fällen, für welche das Handelsgesetzbuch dies nicht besonders vorschreibt, bei dem Gericht, welchem die Führung des Handels-Registers obliegt, entweder persönlich bewirkt, oder in Form einer gerichtlichen oder notariellen Urkunde eingereicht werden.

Auch alle zur Bewirkung des Eintrags erforderlichen Unterlagen müssen, insoweit das Handelsgesetzbuch nicht etwas Anderes anordnet, die Eigenschaft öffentlicher Urkunden haben (§. 7. des Einführungsgesetzes).

Wenn sich obige Unterlagen in der Gesetzsammlung vorfinden (vergl. z. B. §. 21. sub 3. des Einführungsgesetzes), so genügt eine Bezugnahme auf dieselbe unter Bezeichnung des Jahrgangs und der Seitenzahl.

Wird eine Eintragung in das Handels-Register durch persönliche Anmeldung des Betheiligten veranlaßt, so ist über dieselbe ein Protokoll aufzunehmen.

§. 36.

Bei der Anmeldung der Firma ist zu prüfen, ob dieselbe den Vorschriften des Handelsgesetzbuches entspricht. Ergiebt sich, daß die Führung derselben unzulässig ist, so ist die Anmeldung zurückzuweisen, und wenn die Firma demnächst gleichwohl geführt oder fortgeführt wird, nach Maaßgabe des Artikel 26. des Handelsgesetzbuches und §. 8.—10. des Einführungsgesetzes einzuschreiten. Vergl. jedoch §. 34. des Einführungsgesetzes.

Bezieht sich die Anmeldung auf eine Zweigniederlassung, welche zu einer den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs nicht unterfallenden ausländischen Hauptniederlassung gehört, so ist die Firma der letzteren einzutragen, auch wenn sie den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs nicht entspricht, sofern sie nur für die Hauptniederlassung zulässig ist (vergl. jedoch §. 37.).

Digitized by Google

§. 37.

Die vorgeschriebenen Zeichnungen der Firma müssen der Anmeldung und dem Eintrag in das Handels-Register genau entsprechen. Im Fall einer, selbst der geringsten Abweichung der Zeichnung von der angemeldeten und eingetragenen Firma sind die Betheiligten zu anderweiter entsprechender Zeichnung anzuhalten (§. 8. des Einführungsgesetzes).

b. Bei der Eintragung eines Einzelkaufmanns.

§. 38.

Die Eintragung eines Einzelkaufmanns in das Handels-Register erfolgt auf Grund einer Anmeldung desselben, welche eine genaue Bezeichnung seines Namens, Vornamens, Standes und Wohnorts, des Orts der Niederlassung resp. Zweigniederlassung, sowie der Firma, welcher er sich bedient (Art. 15. des H.-G.-B.), enthalten muß. Die Eintragung der Aenderung der Firma erfolgt auf Grund einer Anmeldung des Firmeninhabers, auf welche die vorstehenden Bestimmungen ebenfalls Anwendung finden.

§. 39.

Wenn ein bestehendes Handelsgeschäft durch Vertrag oder Erbgang auf einen Anderen übergeht, welcher dasselbe unter der bisherigen Firma mit oder ohne einen das Nachfolgerverhältniß andeutenden Zusatz fortführen will (Art. 22. 23. des H.-G.-B.), so hat der neue Inhaber die Anmeldung zu bewirken und damit den Nachweis der Erwerbung des Geschäfts und der Einwilligung des bisherigen Geschäftsinhabers, oder der Erben oder Miterben desselben in die Fortführung der Firma zu verbinden.

Geht die Firma einer aufgelösten Handelsgesellschaft auf einen Einzelkaufmann über, so geschieht der diesfallsige Eintrag auf Grund der Anmeldung des Kaufmanns, womit derselbe den Nachweis des Uebergangs der Firma zu verbinden hat.

§. 40.

Die Eintragung des Erlöschens einer Firma erfolgt auf Grund einer Anmeldung des bisherigen Firmeninhabers, oder, wenn derselbe gestorben ist, seiner Erben, und wenn er zur selbstständigen Vermögensverwaltung rechtlich unfähig geworden ist, seiner Vertreter.

Die Erben und Vertreter haben ihre Legitimation, insofern diese einem Bedenken unterliegt, nachzuweisen.

§. 41.

Wenn eine Ehefrau als Handelsfrau zur Eintragung in das Handels-Register sich anmeldet, so muß sie vor der Eintragung die nach Art. 7. des Handelsgesetzbuchs erforderliche Einwilligung ihres Ehemannes in der §. 35. gedachten Form beibringen.

§. 42.

Wenn ein Kaufmann in dem Bezirk eines anderen Gerichts eine Zweigniederlassung hat, so ist zu seiner Eintragung in das Handels-Register der Zweigniederlassung (§. 13.) der durch ein Zeugniß des Gerichts der Hauptniederlassung zu liefernde Nachweis nöthig, daß die Eintragung in das Handels-Register des letzteren Gerichts bereits erfolgt ist (Art. 21. Abs. 3 des H.-G.-B.).

Befindet sich die Hauptniederlassung in einem anderen Staatsgebiete, wo die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs nicht gelten, so ist vor der Eintragung der Zweigniederlassung das rechtliche Bestehen der Hauptniederlassung auf andere geeignete Art nachzuweisen.

Digitized by Google

c. Bei der Eintragung einer offenen Handelsgesellschaft.

§. 43.

Eine offene Handelsgesellschaft (Art. 85. des H.=G.=B.) wird in das Handels=Register auf Grund einer Anmeldung sämmtlicher Gesellschafter eingetragen. Stille Gesellschaften (Art. 250. des H.=G.=B.) und Vereinigungen zu einzelnen Handelsgeschäften für gemeinschaftliche Rechnung (Art. 266. das.) sind als Handelsgesellschaften im Sinne des Handelsgesetzbuchs und dieser Verordnung nicht anzusehen und nicht einzutragen.

Die Anmeldung muß enthalten:

1) den Namen, Vornamen, Stand und Wohnort jedes Gesellschafters;
2) die Firma der Gellschaft und den Ort, wo sie ihren Sitz hat;
3) den Zeitpunkt, mit welchem die Gesellschaft begonnen hat;
4) im Fall vereinbart ist, daß nur einer oder einige der Gesellschafter die Gesellschaft vertreten sollen, die Angabe, welcher oder welche dazu bestimmt sind, ingleichen, ob das Recht der Vertretung nur in Gemeinschaft ausgeübt werden soll.

Die Beibringung des Gesellschaftsvertrags oder einer anderen Urkunde, oder eine nähere Darlegung des Sach= und Rechtsverhältnisses ist nicht erforderlich (Art. 86. des H.=G.=B.).

§. 44.

Eine Beschränkung des Umfangs der Befugniß eines Gesellschafters, die Gesellschaft zu vertreten, ist weder von Amtswegen, noch auf Antrag, in das Handels=Register einzutragen (Art. 116. des H.=G.=G.), sofern nicht die Bestimmungen in §. 36. des Einführungsgesetzes anwendbar sind.

§. 45.

Die Aenderung der Firma der Gesellschaft oder des Sitzes derselben, der Eintritt eines neuen Gesellschafters, die einem Gesellschafter nachträglich ertheilte Befugniß, die Gesellschaft zu vertreten, und die Aufhebung einer solchen Befugniß, ferner das Ausscheiden oder die Ausschließung eines Gesellschafters und die Auflösung der Gesellschaft werden auf Grund von Anmeldungen sämmtlicher Gesellschafter eingetragen (Art. 87. 88. 129. des H.=G.=B.). Auf die Anmeldungen findet die Schlußbestimmung in §. 43. Anwendung.

Die Eintragungen können auch auf Grund von Anmeldungen einzelner Gesellschafter geschehen, insofern der Nachweis der betreffenden Thatsachen durch öffentliche Urkunden dergestalt geführt wird, daß ein rechtlich begründeter Widerspruch der übrigen Gesellschafter ausgeschlossen erscheint.

§. 46.

Die Liquidatoren sind von den eingetragenen Gesellschaftern zur Eintragung in das Handels=Register anzumelden (Art. 135. des H.=G.=B.). Eine Beschränkung des Umfangs der Geschäftsbefugnisse eines Liquidators ist weder von Amtswegen, noch auf Antrag einzutragen (Art. 138. das.).

Wenn über die Ernennung von Liquidatoren keine Bestimmung getroffen ist[1], so sind nach Auflösung der Gesellschaft die bisherigen Gesellschafter als nunmehrige Liquidatoren in das Handels=Register einzutragen (Art. 133. 135. das.).

§. 47.

Ist ein Gesellschafter gestorben, oder zur selbstständigen Vermögensverwaltung rechtlich unfähig geworden und dadurch in Gemäßheit der besonderen Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags die Auflösung der Gesellschaft nicht erfolgt (Art. 123. des H.=G.=B.), so tritt in den Fällen des §. 45 an Stelle seiner Anmeldung die seiner Erben oder Vertreter, welche ihre Legitimation beizubringen haben, wenn diese einem Bedenken unterliegt.

Digitized by Google

§. 48.

Wird nach der Eintragung eine Zweigniederlassung an einem anderen Orte desselben Gerichtsbezirks errichtet oder aufgehoben, so ist diese Thatsache auf Grund einer Anmeldung sämmtlicher Gesellschafter einzutragen.

Hat die Gesellschaft in einem anderen Gerichtsbezirk eine Zweigniederlassung, so kommt §. 42. analog in Anwendung.

d) Bei der Eintragung einer Kommanditgesellschaft.

§. 49.

Für die Kommanditgesellschaften (Art. 150. des H.-G.-B.) gelten die Bestimmungen in den §§. 43.—48. mit folgenden Modifikationen (Art. 151.—156. 163. 171. 172. des H.-G.-B.):

1) die in §. 43. bezeichnete Anmeldung muß enthalten (Art. 151. und 86. des H.-G.-B.):
   a) den Namen, Vornamen, Stand und Wohnort jedes persönlich haftenden Gesellschafters;
   b) den Namen, Vornamen, Stand und Wohnort jedes Kommanditisten mit der Bezeichnung desselben als solchen;
   c) die Firma der Gesellschaft und den Ort, wo sie ihren Sitz hat;
   d) den Betrag der Vermögenseinlage jedes Kommanditisten;
   e) die Bezeichnung der Gesellschaft als einer Kommanditgesellschaft;
   f) im Falle vereinbart ist, daß nur einer oder einige der persönlich haftenden Gesellschafter die Gesellschaft vertreten sollen, die Angabe, welcher oder welche dazu bestimmt sind, ingleichen ob das Vertretungsrecht nur in Gemeinschaft ausgeübt werden soll.
2) Wenn ein neuer Kommanditist in die Gesellschaft eintritt, so ist derselbe bei der Eintragung als Kommanditist, unter Angabe des Betrags seiner Vermögenseinlage, ausdrücklich zu bezeichnen (Art. 156. des H.-G.-B.).
3) Wenn ein Kommanditist auch nur mit einem Theil seiner Einlage ausscheidet, so ist dies, gleich dem vollständigen Ausscheiden, im Handels-Register zu vermerken (Art. 171. des H.-G.-B.).
4) Insoweit in den §§. 43. und 45. von sämmtlichen Gesellschaftern oder von einem einzelnen Gesellschafter die Rede ist, sind darunter bei einer Kommanditgesellschaft auch die Kommanditisten zu verstehen; es genügt jedoch an Stelle der Anmeldung sämmtlicher Gesellschafter die Anmeldung der persönlich haftenden Gesellschafter, wenn dieselbe zum Zweck der Eintragung in das Handels-Register des Gerichts einer Zweigniederlassung geschieht (Art. 152. des H.-G.-B.).

e) Insbesondere bei der Eintragung einer Kommanditgesellschaft auf Aktien.

§. 50.

Eine Kommanditgesellschaft auf Aktien (Art. 173. des H.-G.-B.) wird in das Handels-Register des Gerichts, in dessen Bezirk sie ihren Sitz hat, auf Grund einer Anmeldung sämmtlicher persönlich haftender Gesellschafter eingetragen (Art. 177. des H.-G.-B.).

Zur Vollständigkeit der Anmeldung gehört:

1) die Beibringung des gerichtlich oder notariell abgeschlossenen Gesellschaftsvertrags;
2) der Nachweis der landesherrlichen Genehmigung desselben (Art. 174. des H.-G.-B., §. 21. des Einführungsgesetzes);

Digitized by Google

3) die Bescheinigung, daß der gesammte Betrag des Kapitals der Kommanditisten durch Unterschriften gedeckt ist;

4) die Bescheinigung, daß mindestens ein Viertheil des von jedem Kommanditisten gezeichneten Betrags von ihm eingezahlt ist;

5) der Nachweis, daß der Aufsichtsrath nach Inhalt des Vertrags in einer Generalversammlung der Kommanditisten gewählt ist (Art. 177. des H.-G.-B.);

sofern nicht die Bestimmungen in §. 35. Abs. 1. des Einführungsgesetzes auf die Gesellschaft Anwendung finden, welchen Falls in der zweiten Spalte der ersten Rubrik unter dem Eintrage zu bemerken ist, daß die Gesellschaft dem §. 35. Abs. 1. des Einführungsgesetzes unterfalle.

§. 51.

Die Anmeldung ist zurückzuweisen, wenn die vorzunehmende Prüfung ergiebt:

1) daß der Gesellschaftsvertrag nicht die im Art. 175. des Handelsgesetzbuchs verzeichneten Bestimmungen vollständig enthält;

2) daß die Aktien oder Aktienantheile nicht sämmtlich auf Namen lauten, oder nicht auf einen Betrag von mindestens 200 Thlrn. gestellt werden sollen (Art. 173. des H.-G.-B.);

jedoch vorbehältlich der Ausnahmebestimmungen in §. 35. des Einführungsgesetzes.

§. 52.

Die Eintragung einer Abänderung des Gesellschaftsvertrags geschieht auf Grund einer Anmeldung sämmtlicher persönlich haftender Gesellschafter.

Zur Vollständigkeit der Anmeldung gehört die Beibringung des gerichtlich oder notariell abgeschlossenen abändernden Vertrags und der Nachweis der landesherrlichen Genehmigung desselben.

Als eine Aenderung des Gesellschaftsvertrags ist es insbesondere anzusehen, wenn eine theilweise Zurückzahlung des Kapitals der Kommanditisten erfolgen soll (Art. 203. des H.-G.-B.).

§. 53.

Die Auflösung der Kommanditgesellschaft (Art. 201. des H.-G.-B.), die nach Auflösung der Gesellschaft kraft des Gesetzes eintretenden und die von der Generalversammlung der Kommanditisten gewählten Liquidatoren (Art. 205. das.) und das Austreten eines Liquidators oder das Erlöschen der Vollmacht eines solchen, sind einzutragen auf Grund von Anmeldungen der persönlich haftenden Gesellschafter, oder der Erben oder Vertreter derselben. Die Anmeldung kann jedoch nur für genügend erachtet werden, wenn zugleich der Nachweis der betreffenden Thatsachen durch öffentliche Urkunden dergestalt geführt wird, daß ein rechtlich begründeter Widerspruch der Kommanditisten ausgeschlossen erscheint.

Statt der Anmeldung der persönlich haftenden Gesellschafter genügt die Anmeldung des Aufsichtsraths der Gesellschaft oder eines einzelnen persönlich haftenden Gesellschafters oder dessen Erben oder Vertreter, wenn der vorerwähnte Nachweis durch öffentliche Urkunden dergestalt geführt wird, daß ein rechtlich begründeter Widerspruch nicht blos der Kommanditisten, sondern auch aller oder der übrigen persönlich haftenden Gesellschafter ausgeschlossen wird.

Eine Beschränkung des Umfangs der Geschäftsbefugnisse eines Liquidators wird weder von Amtswegen, noch auf Antrag eingetragen.

§. 54.

Wird nach Eintrag der Kommanditgesellschaft eine Zweigniederlassung an einem anderen Orte desselben Gerichtsbezirks errichtet, oder aufgehoben, so ist dies auf Grund einer Anmeldung der persönlich haftenden Gesellschafter einzutragen.

Digitized by Google

§. 55.

Für die Eintragung einer Kommanditgesellschaft auf Aktien in das Handels-Register des Gerichts, in dessen Bezirk dieselbe nicht ihren Sitz, sondern nur eine Zweigniederlassung hat, gelten folgende Bestimmungen:

1) Die Eintragung in das Handels-Register des Gerichts der Zweigniederlassung findet erst Statt, nachdem durch ein Attest des Gerichts des Sitzes der Gesellschaft nachgewiesen ist, daß die Eintragung in das Handels-Register des letzteren Gerichts geschehen ist (Art. 21. des H.-G.-B.). Befindet sich der Sitz der Gesellschaft im Auslande, wo die Eintragung in das Handels-Register nicht erforderlich ist, so findet die Bestimmung in §. 42. Abs. 2. Anwendung. Rücksichtlich der Nothwendigkeit, der Firma einen Zusatz beizufügen, entscheiden die Bestimmungen in Art. 20. Abs. 2. und Art. 21. Abs. 2. des Handelsgesetzbuchs;
2) die Eintragung der Gesellschaft in das Handels-Register des Gerichts der Zweigniederlassung erfolgt auf Grund einer Anmeldung sämmtlicher persönlich haftender Gesellschafter. Die Anmeldung muß enthalten:
    a) das Datum des Gesellschaftsvertrags;
    b) den Namen, Vornamen, Stand und Wohnort jedes persönlich haftenden Gesellschafters;
    c) die Firma der Gesellschaft und den Ort, wo sie ihren Sitz hat, so wie den Ort, wo die Zweigniederlassung sich befindet;
    d) die Bezeichnung der Gesellschaft als Kommanditgesellschaft auf Aktien;
    e) die Zahl und den Betrag der Aktien und Aktienantheile;
    f) die Form, in welcher die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen, sowie die öffentlichen Blätter, in welche dieselben aufzunehmen sind;
    g) im Fall vereinbart ist, daß nur einer oder einige der persönlich haftenden Gesellschafter die Gesellschaft vertreten sollen, die Angabe, welcher oder welche dazu bestimmt sind, ingleichen ob das Vertretungsrecht gemeinschaftlich ausgeübt werden soll.
3) Eine Abänderung des Gesellschaftsvertrags wird in derselben Weise auf Grund einer den abändernden Vertrag nur im Auszuge enthaltenden Anmeldung der persönlich haftenden Gesellschafter vermerkt (Art. 198. des H.-G.-B.).
4) Die übrigen Eintragungen erfolgen nach Maßgabe des §. 53.
5) Befindet sich der Sitz der Gesellschaft im Auslande, wo die Errichtung derselben der staatlichen Genehmigung nicht bedarf, oder wo überhaupt der Gesellschaftsvertrag anderen gesetzlichen Vorschriften unterfällt, so ist mit der Anmeldung der Zweigniederlassung oder einer Abänderung der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags, die Vorlegung des Gesellschaftsvertrags bezüglich des abändernden Beschlusses und der Nachweis des rechtlichen Bestehens der Gesellschaft oder des abändernden Beschlusses nach dem betreffenden ausländischen Recht zu verbinden.

f. Bei der Eintragung einer Aktiengesellschaft.

§. 56.

Eine Aktiengesellschaft (Art. 207. des H.-G.-B.) wird in das Handels-Register des Orts, in dessen Bezirk sie ihren Sitz hat, auf Grund einer Anmeldung des Vorstandes der Gesellschaft eingetragen.

Digitized by Google

§. 57.

Zur Vollständigkeit der Anmeldung gehört:

1) die Beibringung des gerichtlich oder notariell abgeschlossenen Gesellschaftsvertrags;
2) die Beibringung der Urkunde über die landesherrliche Genehmigung (Art. 208. des H.-G.-B. §. 21. des Einführungsgesetzes und §. 35. Abs. 3 oben);

sofern nicht die Bestimmungen in §. 35. Abs. 1. des Einführungsgesetzes auf die Gesellschaft Anwendung finden, welchen Falls in der zweiten Spalte der ersten Rubrik unter dem Eintrage zu bemerken ist, daß die Gesellschaft dem §. 35. Abs. 1. des Einführungsgesetzes unterfalle.

§. 58.

Die Eintragung eines Beschlusses der Generalversammlung der Aktionäre, welcher die Fortsetzung der Gesellschaft oder eine Abänderung der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags zum Gegenstande hat, erfolgt auf Grund einer Anmeldung des Vorstands der Gesellschaft und nach Beibringung der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung des Beschlusses, sowie der Urkunde über die landesherrliche Genehmigung (§. 35. Abs. 3.).

Als ein Beschluß, welcher die Abänderung des Gesellschaftsvertrags zum Gegenstand hat, gilt auch derjenige, wonach eine theilweise Zurückzahlung des Grundkapitals an die Aktionäre eintreten soll (Art. 248. des H.-G.-B.).

§. 59.

Die jeweiligen Mitglieder des Gesellschaftsvorstands, die Auflösung der Gesellschaft, die nach der Auflösung eintretenden Liquidatoren und das Austreten eines Liquidators oder das Erlöschen der Vollmacht eines solchen sind einzutragen auf Grund von Anmeldungen des Vorstandes (Art. 228. 243. 244. des H.-G.-B.).

Der Anmeldung eines einzutragenden Vorstandsmitglieds ist dessen Legitimation beizufügen.

Ist die Auflösung der Gesellschaft eine Folge der Vereinigung der Gesellschaft mit einer anderen Aktiengesellschaft, so ist die landesherrliche Genehmigungsurkunde beizubringen (Art. 247. des H.-G.-B. §. 21. des Einführungsgesetzes).

§. 60.

Die Errichtung einer Zweigniederlassung an einem anderen Orte desselben Gerichtsbezirks, oder ihre Wiederaufhebung ist auf Grund der Anmeldung des Gesellschaftsvorstands einzutragen.

§. 61.

Für die Eintragung einer Aktiengesellschaft in das Handels-Register des Gerichts, in dessen Bezirk dieselbe nicht ihren Sitz, sondern nur eine Zweigniederlassung hat, gelten folgende Bestimmungen:

1) Die Eintragung in das Handels-Register des Gerichts der Zweigniederlassung findet nicht Statt, bevor durch ein Attest des Gerichts des Sitzes der Gesellschaft nachgewiesen ist, daß die Eintragung in das Handels-Register des letzteren Gerichts geschehen ist (Art. 21. des H.-G.-B.).

   Befindet sich der Sitz der Gesellschaft in einem andern Staate, wo die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs nicht gelten, so findet die Bestimmung in §. 42. Abs. 2. Anwendung.

2) Die Eintragung der Gesellschaft in das Handels-Register der Zweigniederlassung erfolgt auf Grund einer Anmeldung des Vorstands der Gesellschaft. Die Anmeldung muß enthalten:

Digitized by Google

a) das Datum des Gesellschaftsvertrags und der Genehmigungsurkunde;
b) die Firma und den Sitz der Gesellschaft;
c) den Gegenstand und die Zeitdauer des Unternehmens;
d) die Höhe des Grundkapitals und der einzelnen Aktien oder Aktienantheile;
e) die Eigenschaft derselben, ob sie auf Inhaber, oder auf Namen gestellt sind;
f) die Form, in welcher die von der Gesellschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen, sowie die öffentlichen Blätter, in welche dieselben aufzunehmen sind.

Ist im Gesellschaftsvertrage eine Form bestimmt, in welcher der Vorstand seine Willenserklärungen kund giebt, und für die Gesellschaft zeichnet, so ist auch diese Bestimmung aufzunehmen.

3) Der Beschluß, welcher die Fortsetzung der Gesellschaft, oder eine Abänderung der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags zum Gegenstand hat (§. 58.), wird ebenfalls auf Grund einer den Beschluß und die Genehmigungsurkunde enthaltenden Anmeldung des Vorstandes eingetragen (Art. 214. des H.-G.-B.).
4) Die übrigen Eintragungen erfolgen nach Maßgabe des §. 58.
5) Befindet sich der Sitz der Gesellschaft in einem anderen Staate, wo die Errichtung derselben der staatlichen Genehmigung nicht bedarf, oder wo überhaupt der Gesellschaftsvertrag anderen gesetzlichen Vorschriften unterfällt, so findet die Bestimmung in §. 55. Nr. 5. Anwendung.

g) Bei der Eintragung von Prokura.

§. 62.

Die Eintragung einer Prokura erfolgt auf Grund einer Anmeldung des Prinzipals, welche enthalten muß:

1) den Namen, Vornamen und Wohnort des Prinzipals, sowie die Firma, welche der Prokurist zu zeichnen bestellt ist, nebst dem Ort der Niederlassung;
2) den Namen, Vornamen und Wohnort des Prokuristen.

§. 63.

Zur Eintragung genügt:

1) wenn der Prinzipal eine offene Handelsgesellschaft ist, die Anmeldung eines Gesellschafters, welcher von der Geschäftsführung nicht ausgeschlossen ist (Art. 118. 104. des H.-G.-B.);
2) wenn der Prinzipal eine Kommanditgesellschaft (mit Einschluß der Kommanditgesellschaft auf Aktien) ist, die Anmeldung eines persönlich haftenden Gesellschafters, welcher von der Geschäftsführung nicht ausgeschlossen ist (Art. 157. 158. 196. des H.-G.-B.);
3) wenn der Prinzipal eine Aktiengesellschaft ist, die Anmeldung des Vorstands derselben (Art. 230. 231. des H.-G.-B.);
4) wenn der Prinzipal eine Person ist, welche durch Handelsgeschäfte sich nicht verpflichten kann, die Anmeldung des legitimirten Vertreters desselben, verbunden mit dem Nachweis, daß den Erfordernissen genügt ist, von welchen nach den Gesetzen die gültige Ertheilung der Prokura abhängt.

Die Eintragung der Prokura darf erst geschehen, nachdem der Prinzipal in das Handels-Register eingetragen ist.

Digitized by Google

§. 64.

Wenn der Prinzipal im Bezirk des Gerichts mehrere Niederlassungen hat, für welche er verschiedene Firmen führt, so ist bei der Anmeldung einer von ihm ertheilten Prokura ausdrücklich anzugeben, welche Firma oder welche Firmen der Prokurist zu zeichnen befugt sein soll.

§. 65.

Eine Beschränkung des gesetzlichen Umfangs der Prokura kann weder von Amtswegen, noch auf Antrag des Prinzipals in das Handels-Register eingetragen werden (Art. 43. des H.-G.-B.).

§. 66.

Ist eine Kollektivprokura ertheilt (Art. 41. des H.-G.-B.), so erfolgt die Eintragung des Prokuristen unter derselben Ziffer, mit der Erwähnung, daß eine Kollektivprokura ertheilt ist.

§. 67.

Die Eintragung des Erlöschens einer Prokura erfolgt auf Grund einer Anmeldung des Prinzipals; zu der Anmeldung genügt die Anzeige, daß die Prokura erloschen sei (Art. 45. und 54. des H.-G.-B.). Wenn der Prinzipal eine Handelsgesellschaft oder eine Person ist, welche durch Handelsgeschäfte sich nicht verpflichten kann, so ist die Anmeldung derjenigen genügend, welche nach §. 63. für den Prinzipal eine Prokura anzumelden befugt sind (Art. 118. 104. 157. 158. 196. 230. 231. des H.-G.-B.).

Ist der Prinzipal gestorben oder zur selbstständigen Vermögensverwaltung rechtlich unfähig, so tritt an Stelle seiner Anmeldung die seiner Erben oder Vertreter, welche sich als solche zu legitimiren haben.

§. 68.

Generalvollmachten zum Betriebe eines Handelsgewerbes, welche ohne Ertheilung der Prokura oder der Ermächtigung, per procura die Firma zu zeichnen, verliehen worden (Art. 47. des H.-G.-B.), sind zur Eintragung in das Handels-Register nicht geeignet.

II.

Eintragung in die Grund- und Hypothekenbücher.

§. 69.

Wenn eine offene Handelsgesellschaft außer ihrer Firma auch noch die Namen der sämmtlichen Inhaber derselben in das Grund- und Hypothekenbuch eintragen lassen will (§. 13.—15. des Einführungsgesetzes), so hat sie den Nachweis darüber, welche Personen Inhaber der Firma sind, durch ein auf Grund des Handels-Registers auszustellendes gerichtliches Zeugniß (§. 26.) zu führen.

Ergiebt sich aus diesem Zeugniß, daß ein Handelsgesellschafter oder mehrere derselben von der Befugniß, die Gesellschaft zu vertreten, oder allein zu vertreten, ausgeschlossen sind (Art. 86. Nr. 4. Art. 87. und 115. des H.-G.-B.), so ist diese Beschränkung in der Verfügung zugleich mit einzutragen.

Läßt eine Kommanditgesellschaft außer der Firma die Namen der sämmtlichen Inhaber derselben in das Grund- und Hypothekenbuch eintragen, so ist bei den Namen derjenigen, welche Kommanditisten sind, diese von der Führung der Geschäfte der Gesellschaft ausschließende Eigenschaft (Art. 158. des H.-G.-B.) mit zu bemerken.

Wenn das Gericht, welches die Eintragung in das Grund- und Hypothekenbuch zu bewirken hat, zugleich das Handels-Register über die Firma führt, so genügt statt des gerichtlichen Zeugnisses eine beglaubigte Abschrift des Foliums im Handels-Register.

Digitized by Google

Durch die Vorschriften in §. 13. und 14. des Einführungsgesetzes werden die Bestimmungen des Hypothekengesetzes vom 14. Oktober 1852, insbesondere über die Erfordernisse des Eintrags in die Grund- und Hypothekenbücher nicht berührt, und es hat daher der Hypothekenrichter sich hinsichtlich der Frage, ob ein Eintrag auf den Namen der Gesellschaft zulässig sei, lediglich an die Vorschriften des letztgedachten Gesetzes zu halten.

Bei den betreffenden Einträgen in das Grund- und Hypothekenbuch sind die dieser Verordnung unter B. beigefügten Formulare zu beachten.

III.

Konkurseröffnung über das Vermögen einer offenen Handelsgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft.

§. 70.

Wird über das Vermögen einer offenen Handelsgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft (mit Einschluß der Kommanditgesellschaft auf Aktien) der Konkurs eröffnet, und der Konkursrichter ist zur Eröffnung und bezüglich Leitung des Konkurses über das Privatvermögen des einen oder andern persönlich haftenden Gesellschafters nicht zugleich kompetent, so hat er von der erfolgten Konkurseröffnung über das Gesellschaftsvermögen dem zuständigen Gericht behufs Wahrnehmung des nach §. 18. des Einführungsgesetzes weiter Erforderlichen ohne Verzug Nachricht zu geben, und demselben zugleich eine beglaubigte Abschrift des Foliums der betreffenden Handelsgesellschaft im Handels-Register mitzutheilen.

IV.

Bestimmungen über Sportelerhebung und den Papierbedarf zum Handels-Register.

§. 71.

Im Allgemeinen finden hinsichtlich der Geschäfte, welche auf die Führung des Handels-Registers sich beziehen, oder sonst in Folge der Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs vorkommen, die Vorschriften und Gebührensätze des Sportelgesetzes vom 22. Mai 1841 und die sonst geltenden einschlagenden Sportelvorschriften Anwendung, insoweit nicht nachstehend besondere Bestimmungen getroffen sind.

§. 72.

An Gerichtsgebühren sind zu erheben:

1) für die Eintragung einer Anmeldung in das Handels-Register (mit Einschluß des dieselbe vorbereitenden gerichtlichen Beschlusses und des zu den Firmenakten zu bringenden Konzepts, sowie der öffentlichen Bekanntmachung und der §. 25. vorgeschriebenen Benachrichtigung, und der hierbei vorkommenden Reinschriften und Relationsregistraturen) ohne Rücksicht darauf, ob die Eintragung unter einer oder mehreren Eintragsziffern erfolgt, je nach dem Umfang der hierbei eintretenden Mühewaltung

   1 bis 5 Thaler;

2) für die Zurückweisung einer unvollständigen oder unzulässigen Anmeldung, mit Einschluß der Eröffnung des Zurückweisungsbeschlusses, der Reinschrift desselben und der hierbei vorkommenden Relationsregistraturen, ein Viertheil des Ansatzes, welcher für die Eintragung zu erheben gewesen wäre.

Digitized by Google

§. 73.

In den in §. 72. bestimmten Gebührenansätzen sind nicht begriffen die wegen der öffentlichen Bekanntmachung der Einträge und sonst vorkommenden Verläge, und die Gebühren für zu den Firmenakten zu nehmende Abschriften.

§. 74.

Befindet sich eine einzutragende Zweigniederlassung mit der Hauptniederlassung in demselben Gerichtsbezirk, so ist für die Eintragung der ersteren der in §. 72. unter 1. bestimmte Gebührensatz nicht besonders zu erheben.

§. 75.

Für die Gestattung der Einsicht des Handels-Registers und der Firmenakten, insbesondere der eingereichten Zeichnungen der Firmen und Unterschriften (Art. 12. des H.-G.-B.) ist eine Gebühr von je 3 Ngr. zu erheben.

§. 76.

Für die Eintragung der Inhaber einer Firma in das Grund- und Hypothekenbuch (§. 15. des Einführungsgesetzes und §. 69. dieser Verordnung) sind 15 Ngr. bis 2 Thlr. in Ansatz zu bringen.

Ebensoviel ist zu erheben, wenn ein oder mehrere Gesellschafter eintreten und hierüber ein Eintrag in das Grund- und Hypothekenbuch gemacht wird.

Für Löschung der Namen der Inhaber einer Firma, oder eines oder einiger derselben im Grund- und Hypothekenbuch sind 15 Ngr. bis 1 Thlr. zu erheben.

In vorstehenden Gebührensätzen sind die die Eintragungen vorbereitenden Mühewaltungen des Gerichts, die Benachrichtigung der Betheiligten über den Eintrag mit inbegriffen, nicht aber die Gebühren für etwa dabei vorkommende Rein- oder Abschriften, Dienergebühren, Verläge ꝛc.

§. 77.

Das zur Anlegung und Fortführung der Handels-Register und der vorgeschriebenen alphabetischen Namensverzeichnisse (§. 6. Abs. 4.) erforderliche Papier ist von Unserem Finanzkollegium zu beziehen.

V.

Transitorische Bestimmungen.

§. 78.

Die nach §. 2. zur Führung des Handels-Registers verpflichteten Gerichtsbehörden haben sich unverweilt der Anlegung derselben zu unterziehen.

Zu diesem Zweck sind sämmtliche nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs, des Einführungsgesetzes und dieser Verordnung erforderlichen, die Firmen und deren Inhaber, bezüglich Vertreter — nicht aber auch die Prokuristen (§. 80.) — betreffenden Anmeldungen in Bezug auf alle bestehenden kaufmännischen Geschäfte, deren Geschäftsbetrieb vor dem 1. Mai 1864 begonnen hat, von den dazu Verpflichteten bis zum 1. Mai 1864 bei demjenigen zur Führung des Handels-Registers verpflichteten Gericht, in dessen Bezirke sich die betreffende Handelsniederlassung oder Zweigniederlassung, bezüglich der Sitz der Handelsgesellschaft oder deren Zweigniederlassung befindet, in der durch das Handelsgesetzbuch, das Einführungsgesetz und die gegenwärtige Verordnung überhaupt vorgeschriebenen Weise zu bewirken.

Digitized by Google

§. 79.

Hinsichtlich der Eintragung der angemeldeten Thatsachen in das Handels-Register sind auch vor dem 1. Mai 1864 die in der gegenwärtigen Verordnung gegebenen Vorschriften zu befolgen. Es sollen jedoch diese Eintragungen bis zum 1. Mai 1864 nur einen provisorischen Charakter haben; sie gelten sämmtlich erst als an diesem Tage bewirkt, und das Datum derselben ist daher bis dahin offen zu lassen, unter diesem Tage aber und an demselben durchgängig nachzutragen.

§. 80.

Sind bis zum 1. Mai 1864 vorschriftsmäßig (§. 78.) erforderliche Anmeldungen unterblieben, und werden dieselben auch nicht innerhalb vier Wochen von dem bezeichneten Tage an, diesen eingerechnet, nachträglich noch bewirkt, so ist gegen die Säumigen in Gemäßheit des §. 8. des Einführungsgesetzes zu verfahren.

Die Anmeldung einer Prokura behufs Eintragung in das Handels-Register findet vor dem 1. Mai 1864 nicht Statt.

Ueberhaupt kann nur ein nach Eintritt dieses Zeitpunkts, bezüglich von Neuem, bestellter Prokurist als solcher in das Handels-Register eingetragen werden (§. 38. des Einführungsgesetzes.).

§. 81.

Alsbald nach dem 1. Mai 1864 haben die zur Führung der Handels-Register verpflichteten Gerichte die gesetzlich vorschriebenen Bekanntmachungen der bis zu diesem Tage bewirkten Einträge zu erlassen.

Bei dieser ersten Bekanntmachung des Inhalts des angelegten Handels-Registers ist die Form einer Kollektivanzeige der einzelnen der Reihe nach zu spezifizirenden Einträge mit einmaliger Unterzeichnung des Gerichts nachgelassen.

§. 82.

Die vorschriftsmäßige Bekanntmachung der öffentlichen Blätter, durch welche in der Zeit vom 1. Mai bis 31. Dezember 1864 die Veröffentlichung der Eintragungen in das Handels-Register erfolgen soll, haben die Gerichte im Monat März 1864 in dem Altenburgischen Amts- und Nachrichtsblatt zu erlassen.

§. 83.

Wegen der vor dem 1. Mai 1864 in genügender Weise erfolgenden Anmeldungen behufs Eintragung in das Handels-Register, sowie wegen der darauf bezüglichen gerichtlichen Geschäfte, insonderheit der darauf erfolgenden Eintragungen in das Handels-Register, und deren Veröffentlichung sind Gebühren nicht in Ansatz zu bringen.

Digitized by Google

Doch haben die Betheiligten die durch die nach §. 81. erfolgenden öffentlichen Bekanntmachungen und sonst entstehenden Verläge mit Einschluß der durch die Anmeldungen veranlaßten Rein- oder Abschriften zu vergüten.

Urkundlich haben Wir diese Verordnung eigenhändig unterschrieben und derselben Unser Herzogliches Insiegel beidrucken lassen.

Altenburg, den 25. November 1863.

(L. S.) **Ernst,** Herzog von Sachsen-Altenburg.

v. Larisch. K. Pierer.

Digitized by Google

Beilage

A.

Handels-Register

des

Herzoglich Sächsischen N. N.

zu

N. N.

Anmerkung. Nach §. 23 oben sind die erforderlichen Unter- und Durchstreichungen mit rother Tinte zu bewirken.

Digitized by Google

Fol. 3.

Ziffer.	Firma.	Bemerkungen.
1.	1. Mai 1864. Friedrich Müller, in Altenburg. Beschluß vom 26. April 1864. Firmenakten Bd. I. Bl. 64.	Verändert s. Z. 2.
2. Zu 1.	3. August 1864. Die Firma Friedrich Müller, in Altenburg, firmirt künftig Friedrich Müller jun. Beschluß vom 2. August 1864. Firmenakten 2c.	Erloschen s. Z. 3.
3. Zu 2.	8. Januar 1865. Die Firma Friedrich Müller jun., in Altenburg, ist erloschen. Beschluß vom heutigen Tage. Firmenakten 2c.	
	Inhaber.	
1.	1. Mai 1864. Friedrich Müller, in Altenburg. Beschluß vom 26. April 1864. Firmenakten 2c.	Weggefallen s. Z. 2.
2. Zu 1.	1. September 1864. Christiane Wilhelmine verw. Müller geb. Kunze, in Altenburg. Beschluß vom heutigen Tage. Firmenakten 2c.	Weggefallen s. Z. 3.
3.	1. November 1864. Ernst Wilhelm Kunze, in Altenburg. Beschluß vom 31. Oktober 1864. Firmenakten 2c.	

Digitized by Google

Fol. 3.

Ziffer.	Inhaber.	Bemerkungen.
	Vertreter.	
1.	6. Mai 1864. Heinrich Schmidt, ist Prokurist. Beschluß vom heutigen Tage. Firmenakten rc.	Prokura zurückgenommen s. Z. 2.
2. Zu 1.	1. Juni 1864. Die dem Heinrich Schmidt ertheilte Prokura ist zurückgenommen. Beschluß vom heutigen Tage. Firmenakten rc.	
3.	1. September 1864. a. Karl Gärtner, b. Ludwig Theodor Grimm, sind Prokuristen. Beschluß vom 1. September 1864. Firmenakten rc.	Zu a. und b. beschränkt s. Z. 4. Prokura zurückgenommen s. Z. 6.
4. Zu 3. a. b.	1. September 1864. Die Prokuristen Karl Gärtner und Ludwig Theodor Grimm dürfen nur gemeinschaftlich zeichnen. Beschluß vom heutigen Tage.	Beschränkung weggefallen s. Z. 5.
5. Zu 4.	2. Oktober 1864. Die unter Z. 4. eingetragene Beschränkung des Karl Gärtner und Ludwig Theodor Grimm kommt in Wegfall. Beschluß vom 1. Oktober 1864. Firmenakten rc.	
6. Zu 3.	6. Dezember 1864. Die dem Karl Gärtner und Ludwig Theodor Grimm ertheilte Prokura ist zurückgenommen. Beschluß vom 6. Dezember 1864. Firmenakten rc.	

Digitized by Google

Fol. 8.

Ziffer.	Firma.	Bemerkungen.
1.	1. Mai 1864 **Ludwig Schulze & Comp.**, in Altenburg. Beschl. vom 24. April 1864. Firmenakten rc	Weggefallen s. Z. 2.
2. Zu 1.	1. Juli 1864. Die Firma Ludwig Schulze & Comp. in Altenburg hat ihren Sitz nach Ronneburg verlegt, und kommt daher in diesem Handels-Register in Wegfall. — Beschluß vom 1. Juli 1864. Firmenakten rc.	

	Inhaber.	
1.	1. Mai 1864. a. **Ludwig Schulze**, in Altenburg, b. **Gustav Schulze**, in Altenburg, c. **Friedrich Karl Vogel**, in Ronneburg, sind Inhaber der Firma. — Beschl. vom 24. April 1864. Firmenakten rc.	Zu a und b. beschränkt s. Z. 3. Zu c. von der Vertretung ausgeschlossen s. Z. 2,
2. Zu 1. c.	1. Mai 1864. Der unter Z. 1. c. genannte Friedrich Karl Vogel ist von der Vertretung ausgeschlossen. Beschl. vom 24. April 1864. Firmenakten rc.	Weggefallen s. Z. 5.
3. Zu 1. a. b.	1. Mai 1864. Die unter Z. 1. a. und b. genannten Ludwig Schulze und Gustav Schulze dürfen die Firma nur gemeinschaftlich vertreten. Beschl. vom 24. April 1864. Firmenakten rc.	Weggefallen s. Z. 4.
4. Zu 3.	6. Juni 1864. Die unter Z. 3. bemerkte Beschränkung Ludwig Schulze's und Gustav Schulze's kommt in Wegfall. Beschl. vom 5. Juni 1864. Firmenakten rc.	

Digitized by Google

Fol. 8.

Ziffer.	Inhaber.	Bemerkungen.
[illegible] / Zu 2.	16. Juni 1864. Die unter Z. 2. bemerkte Ausschließung Friedrich Karl Vogels von der Vertretungsbefugniß kommt in Wegfall. Beschl vom heutigen Tage. Firmenakten ꝛc.	

	Vertreter.	

Digitized by Google

Fol. 13.

Ziffer.	Firma.	Bemerkungen.
1.	1. Mai 1864. **Heinrich Müller & Comp.** in Altenburg, errichtet den 1. Juli 1863, mit einer Zweigniederlassung in Ronneburg. Beschluß vom 28. April 1864. Firmenakten rc.	Aufgelöst s. Z. 2.
2. Zu 1.	3. Februar 1866. Die Firma Heinrich Müller & Comp. in Altenburg ist aufgelöst. Beschluß vom heutigen Tage. Firmenakten rc.	
	Inhaber.	
1.	1. Mai 1864. a. **Heinrich Müller**, Kommerzienrath in Altenburg, b. **Friedrich Müller**, Kaufmann daselbst, c. **Robert Wilhelm Frank**, Kaufmann daselbst, sind Inhaber der Firma. — Beschluß vom 26. April 1864. Firmenakten rc.	Zu a. gestorben, für ihn seine Erben s. Z. 2. Zu b. ausgeschieden s. Z. 3. Neuer Mitinhaber s. Z. 4.
2. Zu 1. a.	3. Juni 1864. Der unter Z. 1. a. genannte Heinrich Müller ist gestorben; seine Erben: a. **Georg Müller** in Altenburg, b. **Wilhelm Müller** in Meuselwitz, setzen die Gesellschaft fort. Beschl. vom 2. Juni 1864. Firmenakten rc.	
3. Zu 1. b.	3. Juni 1864. Der unter Z. 1. b. genannte Friedrich Müller ist ausgeschieden. Beschl. vom 2. Juni 1864. Firmenakten rc.	
4.	3. Juni 1864. **Karl Lehmann**, Kaufmann in Altenburg, ist Mitinhaber der Firma. Beschl. vom 2. Juni 1864. Firmenakten rc.	Ausgeschlossen s. Z. 5.
5. Zu 4.	6. April 1865. Der unter Z 4. genannte Karl Lehmann ist rechtskräftig ausgeschlossen, laut Zeugniß vom 26. März 1865. Beschluß vom 5. April 1865. Firmenakten rc.	

Digitized by Google

Fol. 13.

Ziffer.	Inhaber.	Bemerkungen.
	Vertreter.	
1.	3. Februar 1866. a. **Georg Müller,** b. **Robert Wilhelm Frank,** c. **Ferdinand Freitag,** sind Liquidatoren. Beschluß vom 3. Februar 1866. Firmenakten ꝛc.	Zu c. ausgetreten s. Z. 2.
2. Zu 1. c.	4. April 1866. Der unter Z. 1 c. genannte Ferdinand Freitag ist nicht mehr Liquidator. Beschluß vom 4. April 1866. Firmenakten ꝛc.	

Digitized by Google

Fol. 18.

Ziffer.	Firma.	Bemerkungen.
1.	6. Mai 1864. **Friedrich Schwarze & Comp.** in Altenburg. Beschluß vom 5. Mai 1864. Firmenakten ꝛc.	
2.	4. Mai 1865. In Eisenberg ist eine Zweigniederlassung errichtet. — Beschluß vom 4. Mai 1865. Firmenakten ꝛc.	

	Inhaber.	
1.	6. Mai 1864. a. **Friedrich Schwarze**, Kaufmann in Altenburg, b. **Franz Beyer**, Handlungslehrling in Altenburg, c. **Heinrich Findeisen**, Gutsbesitzer in Romschütz bei Altenburg, d. **Albert Leipnitz**, Gutsbesitzer in Zürchau bei Altenburg, sind Inhaber der Firma. Beschluß vom 5. Mai 1864. Firmenakten ꝛc.	Zu c. und d. sind Kommanditisten s. Z 2. u. 3.
2 Zu 1. c.	6. Mai 1864. Der unter Z 1. c. genannte Heinrich Findeisen ist Kommanditist, mit einer Einlage von Zehn Tausend Thalern. — Beschluß vom 5. Mai 1864. Firmenakten ꝛc.	Einlage vermindert s. Z. 4.
3. Zu 1. d.	6. Mai 1864. Der unter Z. 1. d. genannte Albert Leipnitz ist Kommanditist mit einer Einlage von Sechs Tausend Thalern. Beschluß vom 5. Mai 1864. Firmenakten ꝛc.	
4. Zu 2.	6. August 1866. Heinrich Findeisen ist mit der unter Z. 2. bemerkten Einlage nach Höhe von Fünf Tausend Thalern ausgeschieden. Beschluß vom 6. August 1866. Firmenakten ꝛc.	

Digitized by Google

Fol. 18.

Ziffer.	Inhaber.	Bemerkungen.
	Vertreter.	

Digitized by Google

Fol. 50.

Ziffer.	Firma.	Bemerkungen.
1.	28. August 1864. Die **Bank** in N. laut Gesellschaftsvertrags vom 15. Mai 1864 und Genehmigungs-Urkunde vom 31. Juli 1864. Beschluß vom 28. August 1864. Firmenakten ꝛc.	Gesellschaftsvertrag abgeändert s. Z. 2.
2. Zu 1.	6. Juni 1868. Der unter Z. 1. bezeichnete Gesellschaftsvertrag ist abgeändert, laut Nachtrags zu diesem Vertrage vom 4. Mai 1868 und Genehmigungsurkunde vom 31. Mai 1868. Beschluß vom 6. Juni 1868. Firmenakten ꝛc.	

	Inhaber.	
1.	28. August 1864. a. **Julius Friedberg**, Kaufmann in N., b. **Wilhelm Fischer**, Kaufmann in N., c. **die Inhaber der Kommandit-Aktien der Bank** in N. sind Inhaber der Firma, laut Gesellschaftsvertrags vom 15. Mai 1864 und Genehmigungs-Urkunde vom 31. Juli 1864. Beschluß vom 28. August 1864. Firmenakten ꝛc	Zu 1. c. wegen der Einlagen s. Z. 2.
2. Zu 1. c.	28. August 1864. Die Einlage der unter Z. 1. c. bezeichneten Kommanditisten beträgt Sechszig Tausend Thaler, welche in Drei Hundert Aktien zu Zwei Hundert Thaler getheilt sind, laut Gesellschaftsvertrags vom 15. Mai 1864 und Genehmigungs-Urkunde vom 31. Juli 1864. Beschluß vom 28. August 1864. Firmenakten ꝛc.	
	ꝛc. ꝛc.	

Digitized by Google

Fol. 56.

Ziffer.	Firma.	Bemerkungen.
1.	1. Mai 1864. Die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft zu N. lt. Gesellschaftsvertrags vom 1. April 1854 und Genehmigungs-Urkunde vom 14. August 1854. Beschluß vom 28. April 1864. Firmenakten ꝛc.	Aufgelöst s. 3. 2.
2. Zu 1.	5. Juni 1868. Die Gasbeleuchtungs-Gesellschaft in N. ist aufgelöst, laut Beschlusses der Aktionäre vom 1. Juni 1868. Beschluß vom 4. Juni 1868. Firmenakten ꝛc.	

Digitized by Google

Fol. 56.

Ziffer.	Inhaber.	Bemerkungen.
1.	1. Mai 1864. **Die Inhaber der Aktien der Gasbeleuchtungsgesellschaft** in N. sind Inhaber der Firma, lt. Gesellschaftsvertrags vom 1. April 1854 und Genehmigungs-Urkunde vom 14. August 1854. Beschluß vom 28. April 1864. Firmenakten 2c.	Wegen der Einlagen s. Z. 2.
2. Zu 1.	1. Mai 1864. Die Einlage der unter Z. 1. bezeichneten Aktionäre beträgt Fünfmalhundert-Tausend Thaler, welche in Fünf Tausend auf den Inhaber lautende Aktien zu Ein Hundert Thalern zerlegt sind, lt. Gesellschaftsvertrags vom 1. April 1854 und Genehmigungs-Urkunde vom 14. August 1854. Beschluß vom 28. April 1864. Firmenakten 2c.	Aktien-Kapital vermindert s. Z. 3.
3. Zu 2.	5 Juni 1867. Zufolge landesherrlich genehmigten Beschlusses der Generalversammlung sind Zwei Tausend Aktien von der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft in N. zurückgekauft und vernichtet und ist dadurch das Aktienkapital auf Dreimalhundert Tausend Thaler vermindert worden, lt. Protokolls vom 7. Mai 1867 und Genehmigungs-Urkunde vom 21. Mai 1867. Beschluß vom 4. Juni 1867. Firmenakten 2c.	

Digitized by Google

Fol. 56.

Ziffer.	Vertreter.	Bemerkungen.
1.	1. Mai 1864. a. Heinrich Wagner, b. Karl Keller, c. Franz Wilhelm Kistner sind Mitglieder des Vorstands, laut Gesellschaftsvertrags vom 1. April 1854, Genehmigungs-Urkunde vom 14. August 1854 und Protokolls vom 28. Dezember 1859. Beschluß vom 28. April 1864. Firmenakten &c.	Zu b. ausgeschieden s. Z. 2. Neues Vorstandsmitglied s. Z. 3. Zu a. und c. ausgetreten s. Z. 4.
2 Zu 1. b.	3. Mai 1865. Der unter Z. 1. b. genannte Karl Keller ist nicht mehr Mitglied des Vorstands, lt. Protokolls vom 1. Mai 1865. Beschluß vom 3. Mai 1865. Firmenakten &c	
3. Zu 1.	3. Mai 1865. Albert Heinze ist Mitglied des Vorstands, lt. Protokolls vom 1. Mai 1865. Beschluß vom 3. Mai 1865. Firmenakten &c.	Ausgetreten s. Z. 4.
4. Zu 1. a. c. u. 3.	5. Juni 1868. Die unter Z. 1. a. c. und Z. 3. genannten Heinrich Wagner, Franz Wilhelm Kistner und Albert Heinze sind in Folge der Auflösung der Gesellschaft nicht mehr Vorstandsmitglieder, laut Beschlusses der General-Versammlung vom 1. Juni 1868. Beschluß vom 4. Juni 1868. Firmenakten &c.	
5.	5. Juni 1868. a. Heinrich Wagner, b. Franz Wilhelm Kistner, c. Albert Heinze, sind Liquidatoren, laut Beschlusses der General-Versammlung vom 1. Juni 1868. Beschluß vom 4. Juni 1868. Firmenakten &c.	

Digitized by Google

Beilage

B.

Digitized by Google

Nr.	Besitzer.	Anmerkungen.
1.	2. Oktober 1864. Der Kaufmann **Ludwig Fischer** erkaufte das Haus von Heinrich Kunze für 10,000 Thlr. lt. Kaufs vom 29. September 1864. Acta Rep. etc.	
2.	4. März 1865. Die Handelsgesellschaft **Caspar Schmidt & Comp.** zu N. erkaufte das Haus von Ludwig Fischer für 11,000 Thlr., lt. Kaufs vom 3. März 1865. Acta etc.	Wegen der Inhaber s. Nr. 3. 6. 7. 8. 10.
3. Zu Nr. 2.	26. Januar 1866. Friedrich Schmidt, Eduard Schmidt, Wilhelm Müller und Heinrich Kunze sind alleinige Inhaber der Handelsgesellschaft Caspar Schmidt & Comp. zu N., lt. Verhandlung vom 25. Januar und Zeugnisses vom 24. Januar 1866. Acta etc.	Beschränkt s. Nr 4. 5 Gelöscht s. Nr. 6. 8. Mitinhaber s. Nr. 7.
4. Zu Nr 3.	26. Januar 1866. Der unter Nr. 3. genannte Wilhelm Müller darf über dieses Grundstück nicht verfügen, lt. Zeugnisses vom 24. Januar 1866. Acta etc.	
5. Zu Nr. 3.	26. Januar 1866. Der unter Nr. 3. genannte Heinrich Kunze ist Kommanditist, lt. Zeugnisses vom 24. Januar 1866. Acta etc.	
6. Zu Nr. 3.	4. Mai 1866. Der unter Nr. 3. genannte Friedrich Schmidt ist nicht mehr Mitinhaber der Handelsgesellschaft Kaspar Schmidt & Comp. in N. und wird dessen Name gelöscht, lt. Verhandlung vom 3. Mai und Zeugnisses vom 2. Mai 1866. Acta etc.	
7. Zu Nr. 2 u. 3.	3. Juni 1866. Gustav Jaspis ist Mitinhaber der Handelsgesellschaft Kaspar Schmidt & Comp. zu N., lt. Verhandlung vom 1. Juni und Zeugnisses vom 31. Mai 1866. Acta etc.	Gelöscht s. Nr. 8.

Digitized by Google

Nr.	Besitzer.	Anmerkungen.
8. Zu Nr. 2. 3. 7.	8. Oktober 1866. Friedrich Albin und Karl Wigand sind alleinige Inhaber der Handelsgesellschaft Kaspar Schmidt & Comp. in N. und werden die Namen Eduard Schmidt, Wilhelm Müller, Heinrich Kunze und Gustav Jaspis gelöscht, lt. Verhandlung vom 7. Oktober und Zeugnisses vom 6. Oktober 1866.	Beschränkt s. Nr. 9. Gelöscht s. Nr. 10.
9. Zu Nr. 8.	8. Oktober 1866. Die unter Nr. 8. genannten Friedrich Albin und Karl Wiegand dürfen über dieses Grundstück nur gemeinschaftlich verfügen, lt. Verhandlung vom 7. Oktober und Zeugnisses vom 6. Oktober 1866. Acta etc.	
10. Zu Nr. 8.	28. Dezember 1866. Die unter Nr. 8. eingetragenen Namen kommen in Wegfall und werden gelöscht, lt. Verhandlung vom 26. Dezember 1866. Acta etc.	

Digitized by Google

Nr.	Schulden.	Geldbetrag.			Anmerkungen.
		ℛ︀	ngr.	₰	
1. / I.	4. März 1865. Sechs Tausend Thaler sammt Zinsen zu 5 vom Hundert und den Kosten der Wiedereinhebung, Darlehn der Handelsgesellschaft Ludwig Müller & Comp. in N. lt. Verschreibung vom 1. März 1865 . . Hypothekenprotokoll ꝛc.	6000	—	—	Wegen der Inhaber s. Nr. 2.
2. / Zu Nr. 1.	4. März 1865. Heinrich Schwabe und Ferdinand Schmidt sind alleinige Inhaber der Handelsgesellschaft Ludwig Müller & Comp. in N. lt. Verhandlung vom 2. März und Zeugnisses vom 1. Februar 1865 . . . . . Hypothekenprotokoll ꝛc.	—	—	—	

Digitized by Google

Beilage

C.

Alphabetisches Namensverzeichniß

zum

Handels-Register

des Herzoglich Sächsischen N. N.

zu

N. N.

---

1) Abtheilung 1. (Firmen.)
2) Abtheilung 2. (Inhaber und Vertreter.)

Digitized by Google

Laufende Nummer.	Firmen.	Folium, Band, Seite.
	M.	
1)	Müller, Friedrich	3. I. 10.
	2c.	
	N.	
	O.	
	P.	
	Q.	
	R.	
	S.	
1)	Schwarze, Friedrich u. Komp.	18. I. 56. —
2)	Schulze, Heinrich	60. II. 80.
	2c.	

Digitized by Google

Laufende Nummer.	Inhaber und Vertreter der Firma.	Folium, Band, Seite.
	A.	
1.	Alberti, Friedrich August . . . . ꝛc.	26. I. 63. — 30. II. 55.
	B.	
1.	Beyer, August	24. I. 56. — 3. II. 16.
2.	Bernhardi, Wilhelm	6. I 30. — 17. II 48.

Digitized by Google

3. Höchste Verordnung,

eine Erläuterung und Ergänzung der Ausführungsverordnung zur Gewerbeordnung vom 31. März 1863 betreffend,

vom 29. Dezember 1863.

Ernst,

von Gottes Gnaden Herzog zu Sachsen, Jülich, Kleve und Berg, auch Engern und Westphalen 2c. 2c.

Zur Erläuterung und Ergänzung der §§. 5. und 26. Unserer Verordnung zur Ausführung der Gewerbeordnung vom 31. März 1863 verordnen Wir hiermit wie folgt:

Die in der Gewerbeordnung enthaltenen Vorschriften über die Freiheit des Gewerbebetriebs und über den Gewerbebetrieb von Ausländern leiden nicht blos auf physische Personen und mit den vollen Rechten der juristischen Persönlichkeit ausgestattete Rechtssubjekte, sondern auch auf Aktiengesellschaften und sonstige korporative Vereine und Genossenschaften, welchen durch Gesetz oder besondere Verleihung nur beschränktere Rechte der Gesammtpersönlichkeit, darunter aber das Recht, sich durch Vorsteher oder sonstige einzelne Mitglieder vor Gericht vertreten zu lassen, zustehen, Anwendung.

Unser Ministerium wird diejenigen Länder, in welchen in dieser Beziehung Gegenseitigkeit besteht, öffentlich bekannt machen. Juristischen Personen und mit dem vorgedachten Recht einer beschränkten Gesammtpersönlichkeit versehenen Vereinen 2c. solcher Länder, welche als die volle Gegenseitigkeit gewährend von Unserem Ministerium nicht bekannt gemacht worden sind, ist der Geschäftsbetrieb in Unseren Landen nicht ohne vorherige Anfrage bei Unserem Ministerium und nicht ohne dessen Genehmigung zu gestatten.

An den Bestimmungen Unserer Verordnung über den Geschäftsbetrieb ausländischer Versicherungsanstalten im hiesigen Herzogthum vom 14. Februar 1863 soll hierdurch nichts geändert werden.

Urkundlich mittelst Unserer eigenhändigen Unterschrift und Unseres beigedrückten Herzoglichen Insiegels.

Gegeben Altenburg, den 29. Dezember 1863.

(L. S.) **Ernst, Herzog von Sachsen-Altenburg.**

v. Larisch. K. Pierer.

Digitized by Google

Herzogl. Sachsen-Altenburgische
Gesetzsammlung.

Stück II. 1864. Ausgeg. den 27. Februar 1864.

4. Ministerial-Bekanntmachung,

die Ertheilung von Gewerb-Legitimationskarten für Handelsreisende betreffend,

vom 5. Januar 1864.

(Publizirt in Nr. 4 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 9. Januar 1864.)

Auf Grund einer unter den Regierungen des deutschen Zoll- und Handelsvereins wegen Ertheilung von Gewerbe-Legitimationskarten für Handelsreisende getroffenen Vereinbarung wird Nachstehendes zur Nachachtung öffentlich bekannt gemacht:

1) Vom 1. Januar 1864 ab sollen diejenigen Gewerbtreibenden, welche auf Grund der Verabredungen im Artikel 18 des Vertrags vom 4. April 1853 (Seite 64 der Gesetzsammlung 1853) in anderen Zollvereinsstaaten ohne Abgabenentrichtung Waaren-Ankäufe machen oder Waaren-Bestellungen suchen wollen, dazu in diesen Zollvereinsstaaten auf Grund von Gewerbe-Legitimations-Karten zugelassen werden, welche von den Behörden des Heimathslandes ausgefertigt sind.

   Diese Karten sollen von denjenigen Behörden ausgefertigt werden, welchen konventionsmäßig die Ertheilung von Paßkarten zusteht.

   Zur Vermeidung von Verwechselungen und Verfälschungen sollen die — für alle Vereinsstaaten gleichmäßig herzustellenden — Karten nach Format und Farbe von den Paßkarten sich unterscheiden, in jedem Jahre eine verschiedene Farbe tragen und in der Ueberschrift in gleicher Weise, wie die Paßkarten, mit einem Stempel versehen werden, welcher das Wappen und den Namen des Staates, in welchem die Ausfertigung erfolgt, ersichtlich macht.

2) In Preußen und Sachsen können nach der bestehenden Gesetzgebung zur Zeit nur solche Handelsreisende auf Grund des Artikels 18 der Zollvereins-Verträge abgabenfrei zugelassen werden, welche entweder für ihre eigene Rechnung oder für

Digitized by Google

Rechnung eines Hauses, in dessen Diensten sie als Handlungskommis stehen, Geschäfte machen wollen. Die übrigen Vereinsregierungen dagegen haben sich die Zusicherung ertheilt, vom 1. Januar 1864 ab gegenseitig auch solche Handlungsreisende abgabenfrei zuzulassen, welche für mehr als ein Handlungs- (Fabrik-) Haus Aufträge besorgen.

Altenburg, den 5. Januar 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.
v. Larisch.

5. Bekanntmachung der Landesregierung,

den zwischen mehreren deutschen Regierungen unterm 15. Juli 1851 wegen gegenseitiger Verpflichtung zur Uebernahme der Auszuweisenden abgeschlossenen Vertrag betreffend,

vom 6. Januar 1864.

(Publizirt in Nr. 6 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 14. Januar 1864.)

Höchster Willensmeinung gemäß wird hiermit zur Nachachtung Seiten der betreffenden Unterbehörden bekannt gemacht, daß die zwischen den bei dem Vertrage wegen Uebernahme von Ausgewiesenen d. d. Gotha den 15. Juli 1851 betheiligten Regierungen laut Bekanntmachung der unterzeichneten Landesregierung vom 21. Dezember 1858 (Seite 137 der Gesetzsammlung desselben Jahres) getroffene Vereinbarung,

> wonach diejenige Hälfte der Kosten des Durchtransportes eines Ausgewiesenen durch einen dritten Staat, deren Erstattung an den Staat, durch dessen Gebiet der Durchtransport bewirkt wird, dem ausweisenden Staate nach §. 11 des gedachten Vertrages obliegt, nicht in Ansatz gebracht werden sollen,

bis auf Weiteres fortbestehen bleibt.

Altenburg, den 6. Januar 1864.

Herzoglich Sächsische Landesregierung.
Schönherr.

Digitized by Google

6. Verordnung,

den Ort der Trauung der Soldaten betreffend,

vom 8. Januar 1864.

Wir Ernst,

von Gottes Gnaden Herzog zu Sachsen, Jülich, Kleve und Berg, auch Engern und Westphalen ꝛc. ꝛc.

finden Uns bewogen, an Stelle des §. 122 der Ehe-Ordnung vom 12. Mai 1837, wonach die Trauung aller Soldaten, so lange sie noch nicht ihren Abschied haben, in die Garnisonkirche verwiesen ist, folgende Bestimmung treten zu lassen:

Die Trauung der Soldaten gehört, so lange der Soldat bei der Fahne steht oder in bloßem Diensturlaub sich befindet, in die Garnisonkirche.

Hinsichtlich der in Landurlaub entlassenen Soldaten und der Reservisten greifen, so lange dieselben nicht zum Dienst eingezogen sind, in Ansehung des Orts der Trauung die für Civilpersonen gültigen Bestimmungen Platz.

An der bestehenden gesetzlichen Vorschrift, wonach die noch nicht zur Reserve übergetretenen Soldaten zur Eingehung einer Ehe der besonderen militärdienstlichen Erlaubniß bedürfen, wird hierdurch nichts geändert.

Gegeben Altenburg, am 8. Januar 1864.

(L. S.) **Ernst, Herzog von Sachsen-Altenburg.**

v. Larisch. K. Pierer.

---

7. Bekanntmachung der Landesregierung,

die Arzneitaxe für das Jahr 1864 betreffend,

vom 12. Januar 1864.

(Publizirt in Nr. 9 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 21. Januar 1864.)

Unterm 19. Dezember vorigen Jahres ist vom Königlich Preußischen Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten eine neue, vom 1. laufenden Monats in Kraft tretende Arzneitaxe veröffentlicht worden, welche auch im Buchhandel (Berlin, Verlag von Rudolph Gärtner) erschienen ist. Solches wird mit dem Bemerken andurch bekannt gemacht, daß auch in allen Apotheken des Herzogthums nach jenen resp. veränderten Königlich Preußischen Bestimmungen, wiewohl mit genauer Beachtung der wegen Reduktion der Pfennigsätze in die Währung des Dezimalfußes unterm

Digitized by Google

14. Januar 1841 ergangenen Verordnung, die betreffenden Droguen und Arzneien von nun an zu taxiren und zu verkaufen sind, von den der gedachten Arzneitaxe vorgedruckten „Allgemeinen Bestimmungen" aber diejenigen unter 3. und 4. hier zu Lande nicht mit in Kraft treten, vielmehr was den den Armenkassen, ingleichen den Kassen der Straf- und Korrektions-, Kranken- und Irrenhäuser bei der Lieferung von dispensirten Arzneien zu bewilligenden Rabatt anlangt, es bei den hierunter landesgesetzlich und herkömmlich bestehenden Bestimmungen und Einrichtungen zu bewenden hat.

Altenburg, den 12. Januar 1864.

Herzoglich Sächsische Landesregierung.
Schönherr.

---

8. Ministerial-Bekanntmachung,

die Verleihung der Rechte der Gesammtpersönlichkeit und die einer milden Stiftung an den Ranniger'schen Krankenunterstützungs-Verein hier u. w. d. a. betreffend,

vom 13. Januar 1864.

Seine Hoheit der Herzog haben dem seit dem Jahre 1836 in hiesiger Residenzstadt zum Zweck gegenseitiger Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen bestehenden sogenannten Ranniger'schen Vereine, welcher nach Maaßgabe seiner Statuten durch einen nach alljährlicher freier Wahl der stimmberechtigten Mitglieder aus drei der hiesigen Bürgerschaft angehörigen Männern gebildeten Vorstand vertreten wird, durch Verleihungs-Dekret vom 12. Dezember vorigen Jahres die Rechte der Gesammtpersönlichkeit und die einer milden Stiftung zu verleihen, auch zu verfügen gnädigst geruht, daß die aus der Kasse des Vereins zu gewährenden Unterstützungen, mögen dieselben in Kranken- oder Begräbnißgeldern bestehen, mit gerichtlichem Beschlag nicht belegt werden können.

Altenburg, den 13. Januar 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.
v. Larisch.

Digitized by Google

9. Bekanntmachung der Landesregierung,

eine Abänderung der Höchsten Verordnung vom 24. Juni 1831, den Besuch der philosophischen Kollegien betreffend,

vom 25. Januar 1864.

(Publizirt in Nr. 17 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 9. Februar 1864.)

Betreffs der in den §§. 1 und 2 der höchsten Verordnung vom 24. Juni 1831 enthaltenen Vorschrift, wornach u. A. auch die Studirenden der Medizin vor der Zulassung zum Staatsexamen neben dem Nachweis über den Besuch der Fachkollegien auch den Nachweis über den Besuch der philosophischen Kollegien über Logik, Metaphysik, Psychologie und Geschichte der Philosophie bisher beizubringen gehalten waren, wird höchster Anordnung gemäß in Erläuterung resp. Abänderung der nurgedachten Bestimmung der höchsten Verordnung vom 24. Juni 1831 andurch bekannt gemacht, daß, obschon auch für die Zukunft den Medizin Studirenden der Besuch der allgemeinen philosophischen Kollegien hiermit angerathen und darüber bei der Anmeldung zum Staatsexamen Nachfrage gehalten werden wird, doch künftig das Erforderniß des Nachweises des Besuches dieser Kollegien auf den Besuch des Kollegiums über Logik beschränkt bleiben soll, dergestalt, daß Studirende der Medizin ohne diesen Nachweis — falls sie nicht aus besonderen Rücksichten landesherrliche Dispensation auszuwirken vermocht haben — die Zulassung zum Staatsexamen überhaupt nicht in Aussicht steht.

Altenburg, den 25. Januar 1864.

Herzoglich Sächsische Landesregierung.
Schönherr.

---

10. Bekanntmachung der Landesregierung,

die Einführung von Gewerbslegitimationskarten für Handelsreisende betreffend,

vom 4. Februar 1864.

(Publizirt in Nr. 19 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 13. Februar 1864.)

Unter Bezugnahme auf die Ministerial-Bekanntmachung vom 5. vorigen Monats, die Einführung von Gewerbslegitimationskarten für Handelsreisende betreffend, wird andurch bekannt gemacht, daß weiterer höchster Entschließung zufolge für Ausfertigung einer solchen Gewerbslegitimationskarte — gleichwie früher für Ausfertigung der nunmehr wegfällig gewordenen, nach der Bekanntmachung vom 6. November 1834 auszustellen gewesenen Gewerbzeugnisse — eine Gebühr von 10 Ngr., unter keinem Titel aber ein Mehreres, erhoben werden darf.

Zugleich werden sämmtliche Polizeibehörden mit dem Bemerken, daß sie ihren Bedarf an Formularen solcher Gewerbslegitimationskarten für den Preis von ½ Neugroschen pr. Stück nebst der entsprechenden Anzahl von Exemplaren der zugehörigen Zusammenstellung der von den Handelsreisenden in den betreffenden einzelnen Vereinsstaaten zu beobachtenden Vorschriften von der Herzoglichen Regierungs-Kanzlei zu beziehen haben, angewiesen, über die von ihnen auszustellenden

Digitized by Google

Gewerbslegitimationskarten ein besonderes fortlaufendes Verzeichniß zu führen, in welches Namen, Stand und Wohnort des Empfängers, der Ort seiner Herkunft, wenn dieser vom Wohnort verschieden, sowie das vollständige Signalement und der Tag der Ausstellung einzutragen ist. Die Nummer dieses Verzeichnisses ist auf der Vorderseite der Karte oben zur linken Hand zu bemerken.

Im Uebrigen ist jedem Empfänger einer Gewerbslegitimationskarte mit dieser zugleich ein Exemplar der zugehörigen Zusammenstellung der von den betreffenden Gewerbetreibenden zu beobachtenden Vorschriften auszuhändigen.

Altenburg, den 4. Februar 1864.

Herzoglich Sächsische Landesregierung.
Schönherr.

---

11. Verordnung,

die Abänderung einer Bestimmung des Zollstrafgesetzes vom 1. Mai 1838 betreffend,
vom 6. Februar 1864.

(Publizirt in Nr. 18 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 11. Februar 1864.)

Wir Ernst,

von Gottes Gnaden Herzog zu Sachsen, Jülich, Kleve und Berg, auch Engern und Westphalen ꝛc. ꝛc.

In Folge der durch Unser Patent vom 6. Februar 1861 (Seite 5 der Gesetzsammlung 1861) verkündeten Aufhebung der Durchgangsabgaben und einer unter den Zollvereinsregierungen diesfalls getroffenen Vereinbarung macht sich die Abänderung einer Bestimmung des Zollstrafgesetzes vom 1. Mai 1838 (Beilage III. zum Patent vom gleichen Tage, die vom 1. Juni 1838 in Kraft tretende Zollgesetzgebung betreffend — Seite 58 ff. der Gesetzsammlung 1838 —) erforderlich.

Mit im Voraus ertheilter landschaftlicher Zustimmung verordnen Wir daher, wie folgt:

Die Vorschrift in §. 7 des Zollstrafgesetzes vom 1. Mai 1838 wird hierdurch aufgehoben, und tritt an deren Stelle folgende Bestimmung:

> „Auf die Behauptung, daß die Gegenstände, woran die Defraudation verübt worden ist, zum Durchgang bestimmt gewesen, soll nur in dem Falle Rücksicht genommen werden, wenn die Defraudation erst beim Ausgangsamte und unter solchen Umständen entdeckt wird, daß dabei eine Verkürzung des Eingangs- oder Ausgangszolls nicht beabsichtigt sein konnte."
>
> In diesen Fällen sind entsprechende Ordnungsstrafen zu verhängen (vergl. §. 17).
>
> In allen anderen Fällen sind, ohne Rücksicht auf die gedachte Behauptung, die Eingangs- beziehungsweise Ausgangszölle zu entrichten und es ist nach diesen die verwirkte Strafe abzumessen.

Urkundlich mittelst Unserer eigenhändigen Unterschrift und Unseres beigedruckten Herzoglichen Insiegels.

Altenburg, den 6. Februar 1864.

(L. S.) **Ernst, Herzog von Sachsen-Altenburg.**

v. Larisch. K. Pierer.

Digitized by Google

12. Ministerial-Erklärung,

die zwischen der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen und der Fürstlich Schwarzburg-Rudolstädtischen Regierung wegen der in Kriminal- und Polizeiuntersuchungen erwachsenen Kosten abgeschlossene Konvention betreffend,

vom 3. September 1863.

Die Herzoglich Sachsen-Altenburgische und die Fürstlich Schwarzburg-Rudolstädtische Regierung sind dahin übereingekommen, in Betreff der in Kriminal- und Polizeiuntersuchungen erwachsenden Kosten, zugleich zur Abänderung der in den Artikeln 8 und 9 der unterm 14./28. März 1832 abgeschlossenen Konvention zur Beförderung der Kriminalrechtspflege getroffenen bezüglichen Bestimmungen Folgendes unter einander festzusetzen:

Artikel 1.

Wenn in strafrechtlichen Untersuchungen durch die Requisition einer Gerichtsbehörde des einen Staats an eine solche des andern bei letzterer baare Auslagen nothwendig werden, oder sonst Gebühren und Kosten entstehen, so soll der requirirenden Behörde eine Vergütung dieser Auslagen und Kosten niemals angesonnen werden, und zwar ohne Unterschied, ob das endliche Erkenntniß die Tragung der Kosten einer Untersuchung der Staatskasse oder dem Angeschuldigten oder sonst einem Verpflichteten zuweisen wird. (Vergleiche jedoch Artikel 2.)

Zu solchen baaren Auslagen und sonstigen Kosten werden insbesondere gerechnet: Alle Auslagen für Verpflegung, Transport und Bewachung der Gefangenen, Botenlöhnungen, dann Protokollirungs-, Schreib- und Abschriftgebühren, Stempeltaxen, sowie alle an Gerichtspersonen, Zeugen und Sachverständige oder an Gerichtskassen sonst zu entrichtende Gebühren und andere Kosten dieser Art.

Artikel 2.

Die in dieser Weise erwachsenen Kosten sind von der requirirten Behörde nach den im Inlande geltenden Normen in gehöriger Weise anzusetzen und gleich den anderen durch die öffentlichen Kassen zu berichtigenden Kosten in Verrechnung zu bringen und in Ausgabe dekretiren zu lassen.

Da übrigens durch diese Uebereinkunft die Verbindlichkeit derjenigen angeschuldigten Privaten, welche die Kosten zu tragen verurtheilt werden, nicht aufgehoben sein soll, so wird die requirirte Gerichtsbehörde ein Verzeichniß der durch Erfüllung der Requisition erwachsenen Kosten der requirirenden Behörde mittheilen, welche ihrerseits die Kosten in die allgemeine Kostenliquidation der betreffenden Sache aufnehmen und geeigneten Falls zur Vereinnahmung dekretiren, auch, dafern sie von dem hierzu Verpflichteten erlangt werden, der requirirten Behörde kostenfrei übermitteln wird.

Artikel 3.

Die dergleichen Requisitionen betreffenden Korrespondenzen der Behörden sollen, wenn sie mit entsprechender Aufschrift versehen und mit dem vorschriftsmäßigen Dienstsiegel verschlossen sind, als Offizialsachen im Sinne des Artikels 28 des Postvereinsvertrages vom 18. August 1860 behandelt werden.

Digitized by Google

Artikel 4.

Dieselben Grundsätze sollen bezüglich der Requisitionen in polizeilichen Untersuchungsfällen zur Anwendung kommen.

Artikel 5.

Vorstehende Bestimmungen sollen vom Tage ihrer Bekanntmachung an in Vollzug gesetzt werden und so lange Gültigkeit behalten, als nicht von der einen oder andern Regierung eine Kündigung erfolgt, in welchem Falle die Uebereinkunft mit dem Ablaufe des nächsten Kalenderjahres, von der Kündigung an gerechnet, erlischt.

Altenburg, den 3. September 1863.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.
v. Larisch.

(L. S.)

Vorstehende Ministerial-Erklärung wird, nachdem solche gegen eine im Wesentlichen gleichlautende Erklärung des Fürstlich Schwarzburgischen Ministeriums zu Rudolstadt d. d. 29. Januar 1864 ausgetauscht worden ist, mit höchster Genehmigung zur Nachachtung der betreffenden Behörden andurch öffentlich bekannt gemacht.

Altenburg, den 20. Februar 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.
v. Larisch.

Digitized by Google

Herzogl. Sachsen-Altenburgische Gesetzsammlung.

Stück III. 1864. Ausgeg. den 22. März 1864.

13. Bekanntmachung der Landesregierung,

die Einschärfung der Regierungsverordnung vom 10. April 1845, den Vertrieb und die Feilbietung von Heilmitteln betreffend,

vom 25. Februar 1864.

(Publizirt in Nr. 29 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 8. März 1864.)

Das neuerdings in hohem Grade bemerkbar gewordene Ueberhandnehmen der öffentlichen Feilbietung und Anpreisung zum äußerlichen oder innerlichen Gebrauche dienender Heilmittel giebt der Herzoglichen Landesregierung Anlaß, den Polizeibehörden des Landes die Bestimmungen der Regierungsverordnung vom 10. April 1845 (Ges. S. p. 19), wornach der Vertrieb und das Feilbieten von Heilmitteln, welche in die Kategorie der im §. 2 der gedachten Verordnung bezeichneten ärztlichen Geheimmittel fallen, ohne Regierungserlaubniß nicht gestattet ist, Zuwiderhandlungen aber nach §. 5 ebend. mit Beschlagnahme des Vorraths an solchen verbotswidrig feilgebotenen oder vertriebenen Mitteln und mit Geldstrafe bis zu fünf Thalern oder ebenmäßiger Gefängnißstrafe bedroht sind, zur sorgfältigsten Ueberwachung und stracklichen Handhabung hiermit einzuschärfen.

Altenburg, den 25. Februar 1864.

Herzoglich Sächsische Landesregierung.

Schönherr.

Digitized by Google

14. Bekanntmachung der Landesregierung,

das Hausiren mit Pfefferkuchenwaaren betreffend,

vom 7. März 1864.

(Publizirt in Nr. 32 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 15. März 1864.)

Auf Grund diesfallsiger Höchster Ermächtigung wird andurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß hinkünftig grobe Pfefferkuchenwaaren denjenigen Gegenständen, für welche nach Maßgabe des §. 19 der Ausführungsverordnung zur Gewerbeordnung von 31. März 1863 Hausirerlaubniß ertheilt werden darf, beizuzählen und hiernach begebenden Falls die gesetzlichen Bestimmungen über den Hausirhandel auf sie anzuwenden sind.

Altenburg, den 7. März 1864.

Herzoglich Sächsische Landesregierung.
Schönherr.

---

15. Ministerial-Bekanntmachung,

die seit dem Jahre 1840 bis zum Jahre 1863 incl. für das Herzogthum Sachsen-Altenburg erfolgten Ausprägungen von Landesmünzen betreffend,

vom 10. März 1864.

(Publizirt in Nr. 32 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 15. März 1864.)

In Gemäßheit der im Artikel 24 des Wiener Münzvertrags vom 24. Januar 1857 getroffenen Vereinbarung wird die Gesammtwerthsumme der für das Herzogthum Sachsen-Altenburg, und zwar durchgängig auf der Königlich Sächsischen Münzstätte in Dresden, seit Annahme des bestehenden Landesmünzfußes bis zum Schluß des Jahres 1863 ausgeprägten und resp. in Umlauf gesetzten Münzsorten hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Altenburg, den 10. März 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.
v. Larisch.

Digitized by Google

Zusammenstellung

der seit dem Jahre 1840 bis zum Jahre 1863 incl. für das Herzogthum Sachsen-Altenburg erfolgten Ausprägungen von Landesmünzen.

Zeitangabe der Prägungen.	Silberkourantmünzen.			Silberscheidemünzen.			Kupfermünzen.		Bemerkungen.
	Zweithalerstücke (2/1)	Einthalerstücke (1/1)	Fünfneugroschenstücke (1/6)	Dopp.-Neugroschenstücke à 20 Pf.	Neugroschenstücke à 10 Pf.	Halbe Neugroschenstücke à 5 Pf.	Zwei- Pfennigstücke	Ein- Pfennigstücke	
				(Im 16 Thalerfuße)					
I. In den Jahren 1841 bis mit 1856 nach dem 14. resp. 16 Thalerfuße für	75,200 Thlr.	20,000 Thlr.	20,000 Thlr.	15,400 Thlr.	7,020 Thlr.	3,780 Thlr.	1,895 Thlr.	1,563¾ Thlr.	Zu I. Unter den Einpfennigstücken sind für 200 Thlr. Königl. Sächs. aus früheren Prägungen von der Herzoglichen Staatsregierung übernommene Kupferpfennige nicht mitbegriffen.
II. In der Münzperiode von 1857 bis mit 1862 nach dem 30 Thalerfuße für	—	31,872 Thlr.	—	—	—	—	—	973½ Thlr.	Zu II. Ausgeprägt in den Jahren 1858 und 1861. In den Jahren 1857, 1859, 1860 und 1862 haben Ausmünzungen überhaupt nicht stattgefunden.
III. Im Jahre 1863, als erstem Jahre der Münzperiode von 1863 bis mit 1866 nach dem 30 Thalerfuße für	—	—	—	—	—	—	—	1,005 Thlr.	
	75,200 Thlr.	51,872 Thlr.	20,000 Thlr.	15,400 Thlr.	7,020 Thlr.	3,780 Thlr.	1,895 Thlr.	3,542¼ Thlr.	
	147,072 Thlr.			26,200 Thlr.			5,437¼ Thlr.		

Zusammen 178,709¼ Thlr.

16. Gesetz,

die Vertheilung der Wegebaulast in den Landgemeinden betreffend,

vom 12. März 1864.

Ernst,

von Gottes Gnaden Herzog zu Sachsen, Jülich, Kleve und Berg, auch Engern und Westphalen 2c. 2c.

Zu Beseitigung der Unzuträglichkeiten, welche sich aus den Bestimmungen des Wegebaugesetzes vom 16. Mai 1837 in Bezug auf die Vertheilung der Wegebaulast in den Landgemeinden ergeben haben, verordnen Wir nach angehörtem Beirath und mit Zustimmung getreuer Landschaft gesetzlich wie folgt:

§. 1.

In Bezug auf die Beitragspflicht zu der einer Landgemeinde obliegenden Wegebaulast werden die zu einem ländlichen Gemeindebezirke gehörigen, mit Ritterguts- oder Freigutsqualität behafteten, sowie die dem Staats- oder Domanialfiskus gehörigen oder sonst in todter Hand befindlichen Grundstücke und dinglichen Gewerbsberechtigungen den übrigen Grundstücken der Ortsbürger, bezüglich der Forenser gleich behandelt (vergl. Dorfordnung §§. 4, 5, 7 und 8).

§. 2.

Von der Herbeiziehung zur Wegebaulast ganz befreit sind:

a) die Kirchgebäude und deren Areal, sowie die Pfarr- und Schulhäuser, insoweit sie zu Kirchen- und Schulzwecken benutzt werden;

b) die in dem Grundsteuergesetz vom 21. Februar 1855, §. 2 sub Nr. 2, 5 und 6 für grundsteuerfrei erklärten Grundstücke und Baulichkeiten.

§. 3.

Der gesammte Aufwand einer Gemeinde für den Bau, die Besserung und die Unterhaltung ihrer Vizinal- und Kommunikationswege ist nach Verhältniß der innerhalb des Gemeindebezirks zu bezahlenden ordinären direkten Staatssteuern an Grund-, Gewerb- und Personalsteuern aufzubringen.

Die Forenser haben nach dem Verhältniß der Grundsteuer beizutragen, welche sie von ihrem in dem Gemeindebezirke gelegenen Grundbesitz zu entrichten haben.

Ein die Benutzung eines andern Beitragsfußes begründender Gemeindebeschluß wird, sofern er einstimmig von sämmtlichen Betheiligten gefaßt werden sollte, hierdurch nicht ausgeschlossen.

§. 4.

In den Fällen, in welchen eine Abschätzung der betreffenden staats- und domanialfiskalischen oder sonst in todter Hand befindlichen Güter, Grundstücke und dinglichen Gewerbsberechtigungen

Digitized by Google

nach Grundsteuereinheiten nicht vorliegt, ist, sofern sich nicht die Betheiligten über eine andere Art der Einschätzung vereinigen, eine solche auf Kosten der Gemeinde nach denselben Grundsätzen zu bewirken, nach welchen die Ab- und Einschätzung der Staatsgrundstücke Behufs der Ermittelung der Reinertragseinheiten Statt gefunden hat.

§. 5.

Unbeschadet dieser Vorschriften gelten die zwischen den Ritter- und sonstigen Kammergütern, oder zwischen den Forensern oder einzelnen Gemeindegliedern einer- und den Gemeinden andererseits bestehenden Vereinigungen über die Vertheilung der Wegebaulast (§§. 58, 59, 63 des Wegebaugesetzes), falls sie nicht von einem der kontrahirenden Theile bis zum ersten Oktober des Jahres 1864 gekündigt worden sein werden, noch bis zum Schlusse des Jahres 1874 und, wenn deren Kündigung nicht ein halbes Jahr vor Ablauf dieses Zeitraums erfolgt, noch anderweite zehn Jahre und so weiter jedes Mal zehn Jahre lang stillschweigend fort.

Wenn die Kündigung der dermalen bestehenden Verträge oder Vereinigungen bis zum 1. Oktober des Jahres 1864 erfolgt, so gelten dieselben vom 1. Januar 1865 ab für aufgelöst und treten dann die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes an deren Stelle in Kraft.

§. 6.

Auch ist es zulässig, daß neue Vereinigungen dieser Art, sowie Verträge, welche einen fixen Geldbeitrag zum Wegebauaufwand feststellen, zwischen den Gemeinden einer- und den Rittergütern oder dem Domanial- und Staatsfiskus rücksichtlich ihrer nach §. 1 beitragspflichtigen Güter und Grundstücke, oder den sonstigen Besitzern von Gütern in todter Hand, oder einzelnen Forensern, oder Gemeindegliedern andererseits auf die Dauer von zehn Jahren mit der Bestimmung abgeschlossen werden, daß dieselben ein halbes Jahr vor Ablauf dieses Zeitraums von jedem der kontrahirenden Theile gekündigt werden können, und daß, wenn keine Kündigung erfolgt, sie jedesmal wieder auf zehn Jahre stillschweigend fortbestehen.

Solche neue Verträge bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung der Kreishauptmannschaft.

§. 7.

Die Beschlußfassung über Abschließung solcher Verträge und über Kündigung derselben, sowie über Ausübung der den Gemeinden im §. 5 eingeräumten Kündigungsbefugniß gehört zu den Zuständigkeiten der Gemeinderäthe.

§. 8.

Diejenigen Beiträge zur Wegebaulast, welche auf Gebäude, Grundstücke und dingliche Gewerbsberechtigungen vertheilt werden, die sich im Nießbrauche von Geistlichen, Schullehrern oder Staatsbeamten befinden, sind zwar von den Stelleninhabern zu tragen, es bleibt aber derjenige Theil der von ihnen zu entrichtenden Personalsteuer außer Ansatz, welcher auf ihr Einkommen aus dem betreffenden Grundbesitz zu berechnen sein würde.

In dem Falle, daß der Inhaber einer Kirchen- oder Schul- oder Staatsdienststelle durch seinen Anstellungsvertrag ein Recht auf fortdauernde Freiheit von den in Rede stehenden Kommunalbeiträgen besitzt, sind letztere aus dem betreffenden Kirchenärar, bezüglich vom Staatsfiskus, zu entrichten.

Digitized by Google

§. 9.

Die in den §§. 58—63 des Wegebaugesetzes enthaltenen Bestimmungen, sowie die Bekanntmachung Unserer Landesregierung und Unseres Konsistoriums vom 26. Februar 1839, die Beiziehung der Geistlichen zum Kommunikationswegebau betreffend, und alle sonst mit diesem Gesetze in Widerspruch stehenden gesetzlichen Bestimmungen werden hiermit aufgehoben, es wird aber durch gegenwärtiges Gesetz an den Vorschriften des Gesetzes, das Verhältniß der unmittelbaren Hof-, Staats-, Kirchen- und Schuldiener zu den Gemeinden, in welchen sie durch ihre Anstellung das Heimathsrecht erworben haben, betreffend, vom 14. Dezember 1855 nichts geändert.

§. 10.

Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem 1. Juni d. J. in Kraft.

Urkundlich mittelst Unserer eigenhändigen Namensunterschrift und Unsers beigedrückten Herzoglichen Insiegels.

Altenburg, den 12. März 1864.

(L. S.) **Ernst, Herzog von Sachsen-Altenburg.**

v. Larisch. K. Pierer.

Digitized by Google

17. Gesetz,

die Armenlast in den Landgemeinden betreffend,

vom 12. März 1864.

Wir Ernst,

von Gottes Gnaden, Herzog zu Sachsen, Jülich, Kleve und Berg, auch Engern und Westphalen rc. rc.

Nachdem sich das Bedürfniß herausgestellt hat, eine Abänderung der über die Vertheilung der Armenlast in den Landgemeinden und insbesondere der über das Beitragsverhältniß der Ritter- und vormaligen Kammergüter zum Armenaufwand bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eintreten zu lassen, und um den bezüglich einer solchen Abänderung sub IV. des Publikationspatents zur Dorfordnung vom 16. September 1851 ausgesprochenen Vorbehalt zur Erledigung zu bringen, verordnen Wir nach vernommenem Beirath und unter Zustimmung getreuer Landschaft hiermit Folgendes:

§. 1.

In Bezug auf die Beitragspflicht zu der einer Landgemeinde zufallenden Armenversorgungslast werden die zu einem ländlichen Gemeindebezirke gehörigen, mit Ritterguts- oder Freigutsqualität behafteten, sowie die dem Staats- oder Domanialfiskus gehörigen oder sonst in todter Hand befindlichen Grundstücke und dinglichen Gewerbsberechtigungen den übrigen Grundstücken der Ortsbürger bezüglich der Forenser gleich behandelt. (Vergl. Dorfordnung §§. 4, 5, 7 und 8.)

§. 2.

Von der Herbeiziehung zur Armenversorgungslast ganz befreit sind:

a) die Kirchgebäude und deren Areal, sowie die Pfarr- und Schulhäuser, insoweit sie zu Kirchen- und Schulzwecken benutzt werden;

b) die in dem Grundsteuergesetz vom 21. Februar 1855 §. 2. sub Nr. 2, 5 und 6 für grundsteuerfrei erklärten Grundstücke und Baulichkeiten.*)

---

*) Das Grundsteuergesetz lautet in §. 2 sub Nr. 2, 5 und 6:
Befreit von der Grundsteuer sind

2) die zu öffentlichem und allgemeinem Gebrauch bestimmten Oberflächen, als Plätze, Gassen, Wege (chaussirte oder nicht chaussirte Landstraßen, Kommunikationswege, ingleichen solche Privatwege, welche fortwährend liegen gelassen werden müssen), Kirchhöfe, Begräbnißplätze u. s. w.;

5) die zum Betriebe des landwirthschaftlichen Gewerbes benutzten Scheunen, Ställe und Schuppen, nicht aber deren Baustellen;

6) die keiner Benutzung fähigen Grundflächen, insbesondere auch solche fließende Gewässer, welche nicht gewerblichen oder sonstigen Privatzwecken dienen.

Digitized by Google

§. 3.

Ueber die Aufbringung des Armenversorgungsaufwandes, soweit zu Bedeckung desselben die landesgesetzlich dafür angewiesenen Einnahmen (Abgaben von öffentlichen Vergnügungen und der Ertrag der Hundesteuer), sowie die gewöhnlichen Einkünfte der Gemeinde nicht hinreichen, hat die Gemeinde Beschluß zu fassen (§. 40. Nr. 1. der Dorfordnung), es steht ihr aber, sofern nicht unter Zustimmung aller Betheiligten etwas Anderes beschlossen wird (s. alinea 2 des §. 48 der Dorfordnung), nur frei,

a) entweder für diesen Zweck eine Klassensteuer nach Maßgabe der Bestimmungen im §. 99 des Gesetzes über das Heimathsrecht und das Armenwesen vom 9. August 1833 einzuführen, wobei die Forenser nach dem Verhältniß der Grundsteuer, welche sie von ihrem in dem Gemeindebezirke gelegenen Grundbesitz zu entrichten haben, herbeigezogen werden können;

b) oder zu beschließen, daß der erforderliche Aufwand nach Verhältniß der direkten ordinären Staatssteuern an Grund-, Gewerbe- und Personalsteuern aufgebracht werde.

Bei Wahl der unter a. bezeichneten Modalität ist das Einkommen aus Grundbesitz in fremder Flur, dafern dort davon Beiträge zur Armenversorgung entrichtet werden, außer Berechnung zu lassen.

§. 4.

Die in Gemäßheit von §. 100 alinea 3. des Gesetzes über das Heimathsrecht und das Armenwesen zwischen den Kammer- und Rittergütern einerseits und den betreffenden Gemeinden andererseits über die Beiträge der ersteren zu der Armenversorgungslast geschlossenen, bezüglich stillschweigend erneuerten Vereinigungen unterfallen dem beiden Theilen hiermit eingeräumten Recht der Kündigung; ebenso können die durch schiedsrichterliche Entscheidungen der Landesregierung über die von den Ritter- und Kammergütern zu der Armenversorgungslast der betreffenden Gemeinden zu leistenden Beiträge begründeten Rechtsverhältnisse durch Kündigung von Seiten des einen oder des andern Theils gelöst werden.

Erfolgt in Bezug auf diese durch Vertrag oder durch schiedsrichterliche Entscheidung begründeten Rechtsverhältnisse weder von der einen, noch von der andern Seite bis zum ersten Oktober des Jahres 1864 eine Kündigung, so dauert das gedachte Rechtsverhältniß bis zum Schluß des Jahres 1869 und dann immer von 5 zu 5 Jahren fort, sofern nicht spätestens ein halbes Jahr vor Ablauf des jedesmal instehenden 5jährigen Zeitraums von der einen oder der andern Seite eine Kündigung erfolgt.

Findet vor dem 1. Oktober 1864 eine solche Kündigung Statt, so tritt das neue Rechtsverhältniß mit dem 1. Januar 1865 in Kraft.

§. 5.

Es bleibt den Besitzern der Rittergüter, sowie dem Staats- und Domanialfiskus rücksichtlich der in einem ländlichen Gemeindebezirk gelegenen Staats- und Domanialgüter und der sonst in denselben einbezirkten fiskalischen Güter, ingleichen den Inhabern von Pfarr- und Schulstellen einerseits und den Gemeinden andererseits freigestellt, über Feststellung einer von ersteren zu dem Armenversorgungsaufwand zu leistenden Quote, oder über eine Fixirung der zu leistenden Beiträge eine Vereinigung zu treffen. Eine solche Vereinigung ist immer nur auf die Dauer von 5 Jahren abzuschließen, sie gilt aber, wenn nicht spätestens ein halbes Jahr vor dem Ablauf dieser 5 Jahre von dem einen oder andern Theile eine Kündigung erfolgt, als auf weitere 5 Jahre stillschweigend verlängert, und dies setzt sich von 5 zu 5 Jahren, sofern nicht eine zeitige Kündigung erfolgt, fort.

Digitized by Google

§. 6.

Die Beschlußfassung über Abschließung solcher Verträge und über Kündigung derselben, sowie über Ausübung der den Gemeinden in §. 5 eingeräumten Kündigungsbefugniß gehört zu den Zuständigkeiten der Gemeinderäthe, eben so die nach §. 2 a. etwa erforderlich werdende Einschätzung zur Klassensteuer.

§. 7.

In den Fällen, in welchen eine Gemeinde die Aufbringung des Armenversorgungsaufwands nach dem Verhältniß der direkten ordinären Staatssteuern beschließt, eine Abschätzung der betreffenden staats- und domanialfiskalischen oder sonst in todter Hand befindlichen Güter und Grundstücke aber nach Grundsteuereinheiten nicht vorliegt, ist, sofern sich nicht die Betheiligten über eine andere Art der Einschätzung vereinigen, eine solche auf Kosten der Gemeinde nach denselben Grundsätzen zu bewirken, nach welchen die Ab- und Einschätzung der Staatsgrundstücke Behufs der Ermittelung der Reinertragseinheiten Statt gefunden hat.

§. 8.

Diejenigen Beiträge zur Armenversorgungslast, welche auf Gebäude, Grundstücke und dingliche Gewerbsberechtigungen vertheilt werden, die sich im Nießbrauche von Geistlichen, Schullehrern oder Staatsbeamten befinden, sind zwar von den Stelleninhabern zu tragen, es bleibt aber derjenige Theil der von ihnen zu entrichtenden Personalsteuer außer Ansatz, welcher auf ihr Einkommen aus dem betreffenden Grundbesitz zu berechnen sein würde.

In dem Falle, daß der Inhaber einer Kirchen- oder Schul- oder Staatsdienststelle durch seinen Anstellungsvertrag ein Recht auf fortdauernde Freiheit von den in Rede stehenden Kommunalbeiträgen besitzt, sind letztere aus dem betreffenden Kirchenärar, bezüglich vom Staatsfiskus, zu entrichten.

§. 9.

Alle mit diesem Gesetze nicht in Einklang zu bringenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die des Gesetzes über das Heimathsrecht und das Armenwesen vom 9. August 1833 treten außer Kraft, doch wird durch dasselbe an den Vorschriften des Gesetzes, das Verhältniß der unmittelbaren Hof-, Staats-, Kirchen- und Schuldiener zu den Gemeinden, in welchen sie durch ihre Anstellung das Heimathsrecht erworben haben, betreffend, vom 14. Dezember 1855 nichts geändert.

§. 10.

Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem 1. Juni d. J. in Kraft.

Urkundlich haben Wir dieses Gesetz eigenhändig vollzogen und demselben Unser Herzogliches Insiegel beidrücken lassen.

So geschehen Altenburg, den 12. März 1864.

(L. S.) **Ernst, Herzog von Sachsen-Altenburg.**

v. Larisch. K. Pierer.

Digitized by Google

18. Höchste Verordnung,

den Verkauf trichinenhaltiger Fleischwaaren betreffend,

vom 12. März 1864.

(Publizirt in Nr. 33 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 17. März 1864.)

Wir Ernst,

von Gottes Gnaden Herzog zu Sachsen, Jülich, Kleve und Berg, auch Engern und Westphalen ꝛc.

Um dem Auftreten der Trichinenkrankheit in Unserem Herzogthume thunlichst vorzubeugen und zum möglichsten Schutze des Publikums vor der Ansteckung durch Trichinen verordnen Wir hiermit wie folgt:

Derjenige, welcher wissentlich und ohne daß von ihm der Käufer davon in Kenntniß gesetzt wird, trichinenhaltiges Fleisch oder daraus bereitete Fleischwaaren verkauft, ist mit einer Polizeistrafe bis zu Funfzig Thalern — unbeschadet des etwaigen Eintritts einer Kriminalstrafe — zu belegen.

Urkundlich mittelst Unserer eigenhändigen Unterschrift und Unseres beigedrückten Siegels.

Altenburg, den 12. März 1864.

(LS.) **Ernst, Herzog von Sachsen-Altenburg.**

v. Larisch. K. Pierer.

Digitized by Google

Herzogl. Sachsen-Altenburgische

Gesetzsammlung.

Stück IV. 1864. Ausgeg. den 9. April 1864.

19. Bekanntmachung der Landesregierung,

die Erläuterung des §. 7 des Gesetzes, die Erfüllung der Militärpflicht durch Stellvertretung betreffend, vom 22. Januar 1857, des §. 52 des Gesetzes über die Militärpflicht vom 9. Februar 1855 und der Novelle zu letzterem Gesetze vom 22. Januar 1857 betreffend,

vom 7. März 1864.

(Publizirt in Nr. 42 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 7. April 1864.)

Da die Fristbestimmungen in §. 7 des Gesetzes, die Erfüllung der Militärpflicht durch Stellvertretung betreffend, vom 22. Januar 1857, §. 52 des Gesetzes über die Militärpflicht vom 9. Februar 1855 und §. 8 des Gesetzes, einige Abänderungen resp. Erläuterungen des Gesetzes vom 9. Februar 1855 betreffend, vom 22. Januar 1857 Zweifel über den Endpunkt der betreffenden Fristen hervorgerufen haben, so wird hiermit auf Grund hierzu erhaltener höchster Ermächtigung zur Kenntnißnahme und Nachachtung bekannt gemacht, daß die in

den angezogenen Gesetzesstellen vorgeschriebenen Fristen — sechs Wochen zur Anmeldung als Einsteller, acht Tage zu Reklamationen und Befreiungsgesuchen, die nicht in Familienverhältnissen ihren Grund haben, und vier Wochen für Militärbefreiungsgesuche aus Familienrücksichten — an dem ersten Tage ihr Ende finden, mit dem der alljährlich ausgeschriebene erste Aushebungs- oder Verloosungstermin, sei es im Ost- oder Westkreise, seinen Anfang nimmt, somit eine Fristversäumniß dann statt hat, wenn der Ablauf der Frist auf einen der darauf folgenden Verloosungstage fällt.

Altenburg, den 7. März 1864.

Herzoglich Sächsische Landesregierung.
Schönherr.

Digitized by Google

20. Bekanntmachung der Landesregierung,

eine Abänderung der Bestimmungen des §. 22 der Arbeitsbücherverordnung vom 31. März 1863 betreffend,

vom 17. März 1864.

(Publizirt in Nr. 36 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 24. März 1864.)

Nachdem höchsten Orts angeordnet worden ist, daß die nach §. 22 Absatz 2 der höchsten Verordnung über die Arbeitsbücher des gewerblichen Hülfspersonals vom 31. März 1863 geordneten Gebühren für die Visirung einer Arbeits- oder Austrittsbescheinigung, für Eintragung einer Aufenthaltsbescheinigung und für Ertheilung eines Reisevisa — unter Beibehaltung der bereits mittelst höchsten Reskripts vom 20. August v. J. getroffenen Bestimmung, daß diese Gebühren, wenn davon mehrere Sätze gleichzeitig fällig werden, nur einfach zu erheben sind — von nun an von je zwei und ein halb Neugroschen auf je ein und ein halb Neugroschen herabgesetzt werden sollen, so wird dies hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, und haben sich insbesondere die Polizeibehörden des Landes hiernach zu achten.

Altenburg, den 17. März 1864.

Herzoglich Sächsische Landesregierung.
Schönherr.

---

21. Ministerial-Bekanntmachung,

den Beitritt der freien Stadt Bremen zu der unter den Regierungen des deutschen Zoll- und Handelsvereins wegen Ertheilung von Gewerbe-Legitimationskarten für Handelsreisende getroffenen Vereinbarung betreffend,

vom 23. März 1864.

(Publizirt in Nr. 37 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 26. März 1864.)

Nachdem amtlicher Benachrichtigung zufolge der Senat der freien Stadt Bremen sich damit einverstanden erklärt hat, daß die laut Ministerial-Bekanntmachung vom 5. Januar laufenden Jahres unter den Regierungen des deutschen Zoll- und Handelsvereins hinsichtlich des Gewerbebetriebs der Handelsreisenden vereinbarten Erleichterungen auch für den Verkehr zwischen dem Zollverein und Bremen gegenseitig zur Anwendung gebracht, und daß insbesondere im Bremischen Staate die Gewerbe-Legitimationskarten auch derjenigen zollvereinsländischen Handelsreisenden, welche für mehr als ein Handlungshaus Bestellungen suchen, oder Ankäufe machen, als gültiger Ausweis anerkannt werden sollen; so wird Solches hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Altenburg, den 23. März 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.
v. Larisch.

Digitized by Google

22. Gesetz,

die kaufmännischen Anweisungen betreffend,

vom 30. März 1864.

Wir Ernst,

von Gottes Gnaden, Herzog zu Sachsen, Jülich, Kleve und Berg, auch Engern und Westphalen ꝛc. ꝛc.

verordnen hierdurch, unter Zustimmung Unserer getreuen Landschaft, Folgendes:

§. 1.

Kaufmännische Anweisungen, d. i. solche Papiere, welche in ihrer Fassung (nicht blos in einer Aufschrift) als Anweisung bezeichnet und sonst in der in Art. 4 der allgemeinen deutschen Wechselordnung Nr. 2 bis 8 (Ges.-Samml. vom J. 1848, S. 112) und §. 3 der Novelle zur allgemeinen deutschen Wechselordnung (Ges.-Samml. vom Jahr 1863, S. 4) für Wechsel vorgeschriebenen Form ausgestellt sind, stehen, soweit nicht in den folgenden Bestimmungen etwas Abweichendes festgesetzt ist, den gezogenen Wechseln allenthalben gleich.

§. 2.

Auf Uso (all' uso) zahlbar gestellte kaufmännische Anweisungen verfallen am vierzehnten Tage nach ihrer Präsentation zur Sicht.

§. 3.

Kaufmännische Anweisungen werden nicht zur Annahme präsentirt. Geschieht dies, so ist der Bezogene nicht verpflichtet, sich darauf zu erklären, und der Inhaber ist nicht befugt, wegen Verweigerung der Annahme oder einer Erklärung darüber Protest zu erheben oder Regreß zu nehmen.

§. 4.

Wird jedoch eine kaufmännische Anweisung acceptirt, so entsteht daraus dieselbe Verbindlichkeit, wie aus der Acceptation einer Tratte.

§. 5.

Kaufmännische Anweisungen mit den vorstehend bezeichneten rechtlichen Wirkungen müssen mindestens auf eine Summe von 50 Thalern lauten und dürfen als das weiteste Ziel der Zahlbarkeit drei Monate nicht übersteigen. Sollten Anweisungen auf eine niedrigere Summe oder auf eine längere Zahlungsfrist gestellt sein, so sind dieselben in dem einen, wie in dem andern Falle als gezogene Wechsel zu betrachten, können daher sofort zum Accept präsentirt und wegen Mangels Annahme, wie auch Mangels Zahlung, protestirt werden.

§. 6.

Im Wechselhandel werden unter Wechseln ohne besondere Vereinbarung kaufmännische Anweisungen nicht verstanden.

§. 7.

Sind kaufmännische Anweisungen mittelst Blanko-Indossaments weiter begeben, oder im Auslande, wo dessen Gesetze es gestatten, auf den Inhaber gestellt, so ist die Verbindlichkeit zur Herausgabe derselben nicht nach den Vorschriften der allgemeinen deutschen Wechselordnung (Art. 12,

Digitized by Google

36, 74 und 85), sondern nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (Art. 306 u. 307) zu beurtheilen.

§. 8.

Die bereits mit Einführung der allgemeinen deutschen Wechselordnung stillschweigend aufgehobene Bestimmung des Mandats vom 1. Juli 1841 unter d. (Ges.-Samml. vom J. 1841, S. 239 f.) wird hiermit nochmals als außer Kraft getreten erklärt.

Urkundlich haben Wir dieses Gesetz eigenhändig vollzogen und mit Unserem Herzoglichen Insiegel versehen lassen.

Altenburg, den 30. März 1864.

(L. S.) **Ernst, Herzog von Sachsen-Altenburg.**

v. Larisch. K. Pierer.

Digitized by Google

Herzogl. Sachsen-Altenburgische Gesetzsammlung.

Stück V. **1864.** Ausgeg. den 28. April 1864.

23. Bekanntmachung der Landesregierung,

die Verpflichtung der Hausbesitzer zur Anmeldung der Hausgenossen betreffend,

vom 21. März 1864.

(Publizirt in Nr. 47 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 19. April 1864.)

Da gemachter Wahrnehmung zufolge in neuerer Zeit die Vorschrift im §. 163 des Gesetzes über das Heimathsrecht und Armenwesen vom 9. August 1833, wornach jeder Hausbesitzer, welcher einen Hausgenossen aufnimmt, ohne hierzu vorher die Erlaubniß der Polizeibehörde durch Lösung eines Hausgenossenscheins resp. einer Aufenthaltskarte eingeholt zu haben, mit fünf und im Wiederholungsfalle mit zehn Thalern Geld- oder verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe belegt werden soll, vielfach außer Acht gelassen worden ist, so werden, zur ferneren Vermeidung von Zuwiderhandlungen, die Besitzer von Wohnhäusern hierdurch auf diese gesetzliche Bestimmung wiederholt hingewiesen.

Altenburg, den 21. März 1864.

Herzoglich Sächsische Landesregierung.
Schönherr.

Digitized by Google

24. Ministerial-Bekanntmachung,

die Anlegung einer Telegraphenlinie von Saalfeld über Pößneck nach Roda betreffend,

vom 21. April 1864.

Die Herzoglich Sachsen-Meiningen'sche Staatsregierung beabsichtigt, eine Telegraphenleitung von Saalfeld über Pößneck nach Roda zum Anschluß an die am letzteren Orte befindliche Königlich Sächsische Telegraphenstation herzustellen. In Betreff dieses Unternehmens ist zwischen der diesseitigen und der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Staatsregierung im gleichzeitigen Einvernehmen mit dem Königlich Sächsischen Gouvernement eine Uebereinkunft abgeschlossen worden, aus welcher, nachdem dieselbe die höchste Genehmigung Seiner Hoheit des Herzogs und Seiner Hoheit des Herzogs von Sachsen-Meiningen erhalten hat, die nachfolgenden Bestimmungen zur allgemeinen Kenntniß und Nachachtung veröffentlicht werden.

Altenburg, den 21. April 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.
v. Larisch.

Artikel 1.

Die Herzoglich Sachsen-Altenburgische Regierung gestattet, daß, unbeschadet ihrer Landeshoheit, eine oberirdische Telegraphenlinie mit beliebiger Anzahl von Leitungsdrähten von Pößneck aus über Langenorla, Freienorla, Hummelshain, Trockenborn nach Roda zum Anschluß an die im letztgenannten Orte befindliche Königlich Sächsische Telegraphenstation in dem Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Staatsgebiete von der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung für ihre Rechnung in Ausführung gebracht und zur Staats- und Privat-Korrespondenz benutzt werde. Sie sichert dem Unternehmen den in den Landesgesetzen begründeten Schutz zu, behält sich aber einjährige Kündigung vor, die eintretenden Falls an den Schluß des Jahres gebunden sein soll.

Artikel 2.

Insoweit bei Herstellung der Telegraphenlinie, d. h. bei Aufstellung der Telegraphen-Stangen oder bei der sonstigen Befestigung der Leitungsdrähte, Staatsstraßen oder andere zur Verfügung der Staatsverwaltung stehende Grundstücke und Gebäude berührt werden, wird die Herzoglich Altenburgische Regierung der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung die unentgeldliche Benutzung derselben für diesen Zweck einräumen, auch die nöthigen Anordnungen ertheilen, damit die hierzu erforderlichen Arbeiten unbehindert ausgeführt werden können. Werden hingegen Kommunal- oder Privat-Grundstücke und Gebäude berührt, so bleibt zwar die diesfallsige Vereinigung mit den Betheiligten der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Regierung in der Hauptsache überlassen, die Herzoglich Altenburgische Regierung wird jedoch auf desfallsigen Antrag ihre Vermittelung dafür eintreten lassen, daß in solchen Fällen die Herstellung der Telegraphenlinie unbeanstandet erfolgen könne.

Gleichzeitig erklärt die Herzoglich Sachsen-Altenburgische Staatsregierung, daß bei Herstellung und Unterhaltung der Telegraphenleitungen die Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Wegebau- resp.

Digitized by Google

Forstoffizianten verpflichtet sein sollen, an den Staatsstraßen oder auf Staats- oder Domanialgrundstücken für die Beseitigung derjenigen Baumzweige zu sorgen, welche nach dem Urtheile der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Telegraphen-Verwaltung die Isolation der Leitungen beeinträchtigen.

Artikel 3.

Sollte später die Herzoglich Altenburgische Regierung Bauwerke ausführen oder Einrichtungen treffen, welche die Verlegung der Telegraphenlinie stellenweise nöthig machen, so wird die Herzoglich Meiningensche Regierung solche auf ihre Kosten bewirken lassen, sobald ihr von der Herzoglich Altenburgischen Regierung ein anderweitiges geeignetes Terrain überwiesen worden ist.

Artikel 4.

Unbeschadet dessen, was die Königlich Sächsische Staatsregierung Betreffs der Erstreckung der im Artikel 11 des von ihr mit der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Regierung unterm 3. Mai 1856 abgeschlossenen Vertrags für gewisse Depeschen vereinbarten Gebührenfreiheit auf solche gleichartige Depeschen des Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Hofs oder der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Regierung, die von der Königlich Sächsischen nach Roda führenden Telegraphenleitung auf die herzustellende Roda-Pößneck-Saalfelder Linie und eventuell auf die Roda-Hummelshainer Linie (vergleiche Artikel 7 und 8 unten) oder umgekehrt von diesen Linien auf die Königlich Sächsische Leitung übergehen, im Korrespondenzwege erklärt und zugesagt hat, übernimmt die Herzoglich Sachsen-Meiningensche Regierung und gewährleistet, soweit bei der Station Roda ein Gebührenbezug für die Königlich Sächsische Telegraphenverwaltung in Frage kommt, die unentgeldliche Beförderung der im Nachstehenden näher bezeichneten internen Herzoglich Altenburgischen Hof- und Staatsdepeschen auf der Telegraphenlinie von Roda nach Pößneck oder Saalfeld, sowie in umgekehrter Richtung, doch sollen in einem Monat nicht mehr als **6000** telegraphische Zeichen unentgeldlich befördert werden.

Wird von der Herzoglich Altenburgischen Regierung die Beförderung einer größeren Zahl von telegraphischen Zeichen verlangt, so ist für den Mehrbetrag die tarifmäßige Gebühr zu entrichten.

Als Hof- und Staatsdepeschen, für welche die in alinea 1 dieses Artikels vereinbarte Gebührenfreiheit bestimmt ist, sollen blos angesehen werden:

1) die Depeschen der Mitglieder des Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Regentenhauses;
2) die Staatsdepeschen der stimmführenden Mitglieder des Herzoglichen Ministeriums zu Altenburg;
3) alle diejenigen Staatsdepeschen, welche eine Sicherheitspolizei- oder Kriminaluntersuchungssache zum Gegenstande haben.

Artikel 5.

Für den Dienst auf der neuanzulegenden Telegraphenlinie kommen die Bestimmungen des deutsch-österreichischen Telegraphenvereins und das Königlich Sächsische Betriebsreglement mit den darin enthaltenen Tarifbestimmungen in Anwendung.

Artikel 6.

Die Unterhaltung der Telegraphenlinie geschieht durch das Personal der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Telegraphen-Verwaltung, jedoch wird das mit der Straßenaufsicht beauftragte Personal der Herzoglich Altenburgischen Regierung von dieser angewiesen werden, auch für die Ueberwachung der längs der Herzoglichen Staatsstraßen hinführenden Theile der Linie Sorge zu tragen und eintretende Beschädigungen oder vorkommende Unregelmäßigkeiten selbst sogleich abzustellen, beziehentlich zur Kenntniß der nächsten Station (Roda beziehentlich Pößneck) zu bringen, ohne daß

Digitized by Google

jedoch von der Herzoglich Altenburgischen Regierung für den Zustand der Telegraphenlinie irgend eine Gewähr, noch auch eine Verbindlichkeit zu diesfallsiger Vermehrung der betreffenden Aufsichtsorgane übernommen wird.

Das genannte Aufsichtspersonal wird zu diesem Zwecke mit der erforderlichen Unterweisung, sowie mit den Seitens der Herzoglich Sachsen-Meiningenschen Telegraphen-Verwaltung zu liefernden Materialien versehen werden. — Falls die Thätigkeit der Herzoglich Altenburgischen Chausseewärter durch die nach Vorstehendem ihnen zu übertragende neue Verpflichtung über die für sie außerdem bestimmte Arbeitszeit hinaus in Anspruch genommen werden sollte, wird denselben hierfür Seitens der Herzoglich Meiningenschen Telegraphenverwaltung eine entsprechende, mäßige Vergütung gewährt werden.

Die Herzoglich Meiningensche Telegraphenverwaltung hat bezüglich der Ueberwachung und wegen Beseitigung von Beschädigungen, welche an denjenigen Strecken der Telegraphenlinie vorkommen, die nicht Herzogliche Staatsstraßen sind, sich zunächst mit den betheiligten Kommunen resp. Privaten zu verständigen; jedoch tritt auch hier nach Maßgabe des Artikels 2 die Herzoglich Altenburgische Regierung vermittelnd ein, sobald die gedachte Verwaltung auf Schwierigkeiten stoßen sollte.

Artikel 7.

Die Herzoglich Sachsen-Meiningensche Regierung kann selbstverständlich die von ihr angelegte Telegraphenlinie jeder Zeit zurückziehen; diese Befugniß erleidet jedoch dadurch eine Beschränkung, daß der Herzoglich Altenburgischen Regierung das Recht vorbehalten wird, unter den nachstehend erwähnten Modalitäten zu jeder Zeit eine eigene Telegraphenleitung von Hummelshain nach Roda in der Weise herzustellen, daß mit Benutzung der Stangen auf dem erwähnten Trakte ein besonderer Telegraphendraht für die Herzoglich Altenburgische Regierung und auf deren Rechnung von Hummelshain nach Roda geleitet und in die am letzteren Orte bestehende Königlich Sächsische Telegraphenstation eingeführt wird.

rc. rc. rc.

Urkundlich ausgefertigt

Meiningen, den 8. April 1864.	Altenburg, den 26. März 1864.
(L. S.)	(L. S.)
Herzoglich Sächsisches Staatsministerium.	Herzoglich Sächsisches Ministerium.
v. Krosigk.	v. Larisch.

Digitized by Google

Herzogl. Sachsen-Altenburgische Gesetzsammlung.

Stück VI. 1864. Ausgeg. den 26. Mai 1864.

25. Höchste Verordnung,

einen Nachtrag zum Patent vom 18. Januar 1834 über die Stiftung des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens betreffend,

vom 15. April 1864.

Wir Ernst,

von Gottes Gnaden Herzog zu Sachsen, Jülich, Kleve und Berg, auch Engern und Westphalen rc. rc.

haben Uns mit Unseren Herren Vettern, den Herzogen von Sachsen-Meiningen und Sachsen-Koburg-Gotha Liebden Liebden über folgenden Nachtrag zu den von Uns und den regierenden Herzogen von Sachsen-Meiningen und Sachsen-Koburg-Gotha unter dem 25. Dezember 1833 vollzogenen Statuten Unseres Hausordens geeinigt:

§. 1.

Zu Art. 1.

Der Orden besteht künftig aus 5 Klassen, indem die Klasse der Ritter für die Zukunft in 2 Abtheilungen zerfällt:

a) die Ritter I. Klasse, zu welcher die zeitherigen Ritter gehören,

b) die Ritter II. Klasse.

§. 2.

Zu Art. 2.

Außer diesen Ordensklassen bestehen fernerhin als dem Orden affiliirte Ehrenzeichen neben dem Verdienstkreuz noch:

die Verdienstmedaille in Gold
und
die Verdienstmedaille in Silber.

§. 3.

Zu Art. 3.

Für die Aufnahme von Prinzen auswärtiger Regentenhäuser in den Orden ist das vollendete 18. Lebensjahr des zu Beleihenden Erforderniß.

Digitized by Google

§. 4.

Zu Art. 4.

Die Zahl der Großkreuze, welche Jeder der drei Herzoglichen Höfe für Seine Hof- und Staatsdiener in Anspruch nehmen kann, wird von drei auf vier erhöht.

§. 5.

Zu Art. 5.

Die Zahl der übrigen an Inländer zu vergebenden Grade des Ordens wird
von 12 Komthurkreuzen I. Klasse auf 15,
von 18 Komthurkreuzen II. Klasse auf 24,
von 36 Ritterkreuzen I. Klasse auf 48
erhöht.

Die Zahl der zu verleihenden Ritterkreuze II. Klasse ist gleichermaßen, wie diejenige der Ehrenzeichen an Verdienstkreuzen und Medaillen, unbeschränkt.

§. 6.

Zu Art. 7.

Die Verleihung des Ritterkreuzes II. Klasse setzt eine bestimmte Dienstzeit nicht voraus.

§. 7.

Zu Art. 9.

Von keinem der höchsten Höfe soll den Unterthanen eines der beiden anderen Häuser eine Auszeichnung durch Ordensverleihung zu Theil werden.

§. 8.

Zu Art. 10.

Die oberste Aufsicht über den Orden führen die regierenden Herzoge der drei Herzoglichen Häuser gemeinschaftlich.

Im übrigen fällt Art. 10 weg.

§. 9.

Zu Art. 13.

Die dort vorgesehenen Bestimmungen werden sämmtlich aufgehoben.

§. 10.

Zu Art. 14.

Eine Verschiedenheit zwischen den an Inländer und den an Ausländer zu vergebenden Ordensdekorationen findet fernerhin nicht mehr Statt.

Zu Lit. A.

Den Inhabern des Großkreuzes kann ausdrücklich gestattet werden, anstatt des Bandes eine Ordenskette zu tragen; es besteht letztere aus 7 sächsischen, von Löwen gehaltenen Kronen, mit 7 umgekehrten E, von Schwertern durchkreuzt (zur Erinnerung an die 7 Söhne Ernsts des Frommen), den Mittelpunkt der Kette bildet das sächsische Wappen in einem emaillirten Rautenkranz, gleichfalls von Löwen gehalten. Die Ordenskette erhält eine solche Länge, daß sie den Hals auf der Außenseite der Uniform umschließt und vorn auf der Brust, über andere Halsdekorationen herabhängend, anliegt.

Anstatt Lit. B.

Die Komthurkreuze I. Klasse tragen dasselbe Kreuz, wie die Großkreuze, an einem dreifingerbreiten Bande von gleicher Farbe um den Hals, und auf der linken Brust einen vierspitzigen silbernen Stern, auf dessen Mitte ein rundes goldenes Schild mit einer grünen Rautenkrone sich be-

Digitized by Google

findet. Dieses Schild ist von einem blauen Ring mit der goldenen Devise: Fideliter et constanter, und dieser Ring hinwiederum von einem grünen mit goldenen Bändern umwundenen Eichenkranz umgeben.

Als Lit. E.

Die Ritter II. Klasse tragen dieselbe Dekoration, wie die nach der Beschreibung Lit. D. für die nunmehrigen Ritter I. Klasse bestimmte, jedoch mit dem Unterschied, daß diejenigen Theile des Kreuzes, welche beim Ritterkreuz I. Klasse aus Gold gefertigt werden, beim Ritterkreuz II. Klasse aus Silber bestehen.

§. 11.

Zu Art. 18.

Auch bei Erlangung eines höheren Ordensgrades sind die bis dahin getragenen Insignien an das betreffende Ministerium zurückzugeben.

Urkundlich unter Unserer eigenhändigen Unterschrift und dem vorgedruckten Herzoglichen Insiegel.

Altenburg, den 15. April 1864.

(L. S.) **Ernst, Herzog von Sachsen-Altenburg.**

v. Larisch. K. Pierer.

---

26. Bekanntmachung der Landesregierung,

einen Nachtrag zu den Statuten des Kreditvereins zu Altenburg betreffend,

vom 18. April 1864.

Nachstehender nach erhaltener höchster Ermächtigung unterm heutigen Tage von Herzoglicher Landesregierung bestätigter Nachtrag zu den Statuten des hiesigen Kreditvereins wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Altenburg, den 18. April 1864.

Herzoglich Sächsische Landesregierung.
Schönherr.

Nachtrag
zu den Statuten des Kreditvereines zu Altenburg.

§. 1.

Jede in den Bezirken des Stadtgerichtes und der Gerichtsämter I. und II. zu Altenburg, des Gerichtsamtes Lucka und des Gerichts Meuselwitz wohnende großjährige, selbstständige und unbescholtene Person kann als Mitglied in den Verein aufgenommen werden.

§. 2.

Nicht in der Stadt Altenburg wohnende Mitglieder können nur gegen besondere Sicherstellung durch Bürgschaft oder Pfand Vorschüsse aus der Vereinskasse erhalten und haben auf Verlangen des Direktoriums einen in der Stadt Altenburg wohnhaften Bevollmächtigten zu bestellen.

Digitized by Google

27. Ministerial-Bekanntmachung,

betreffend die Umgestaltung der hiesigen Kramerinnung in eine gewerbliche Genossenschaft unter dem Namen „Vereinigte Kaufmannschaft zu Altenburg",

vom 30. April 1864.

Nachdem die hiesige Kramer-Innung sich in eine gewerbliche Genossenschaft unter der Bezeichnung „Vereinigte Kaufmannschaft zu Altenburg" umgebildet hat, auch höchsten Orts unter Genehmigung des zu obigem Behufe verabfaßten neuen Genossenschaftsstatuts die der Kramer-Innung verliehenen Rechte der Gesammtpersönlichkeit als auf die „Vereinigte Kaufmannschaft" übergehend bezeichnet worden sind, so wird Solches andurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die gedachte gewerbliche Genossenschaft, welche in Altenburg ihren Sitz hat, in ihrer Gesammtheit durch einen von sechs Mitgliedern aus ihrer Mitte gebildeten Vorstand statutenmäßig vertreten wird.

Altenburg, den 30. April 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.
v. Larisch.

---

28. Ministerial-Bekanntmachung,

den zwischen dem Großherzogthum Sachsen-Weimar und dem Herzogthum Sachsen-Altenburg abgeschlossenen Hoheits-Ausgleichungs-Schlußvertrag betreffend,

vom 9. Mai 1864.

Nachdem der 1. Juli des laufenden Jahres als Termin zur Ausführung des zwischen dem Großherzogthum Sachsen-Weimar und dem Herzogthum Sachsen-Altenburg abgeschlossenen Hoheits-Ausgleichungs-Schlußvertrags zu Folge weiterer Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Staatsregierungen bestimmt worden ist, so wird Solches unter Bezugnahme auf die Ministerialbekanntmachung vom 21. November vorigen Jahres (Gesetzsammlung vom Jahre 1863 pag. 274) zur Nachricht und Nachachtung öffentlich bekannt gemacht.

Altenburg, den 9. Mai 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.
v. Larisch.

Digitized by Google

Herzogl. Sachsen-Altenburgische Gesetzsammlung.

Stück VII. 1864. Ausgeg. den 16. Juli 1864.

29. Bekanntmachung der Landesregierung,

die von Königlich Baierischen Behörden für Königlich Baierische Staatsangehörige ausgestellten Heimaths- und Trauscheine betreffend,

vom 12. Mai 1864.

(Publizirt in Nr. 72 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 11. Juni 1864.)

Es wird hiermit zur Nachachtung bekannt gemacht, daß

1) Heimathsscheine für Königl. Baierische Unterthanen zum Zwecke des Aufenthaltes in einem der dem Gothaer Vertrage vom 15. Juni 1851 beigetretenen Länder von den Königl. Baierischen Distriktspolizei-Behörden, d. i. Bezirksämtern und unmittelbaren Magistraten nach dem durch Vereinbarung jener Länder bestimmten Formulare unter Hinzufügung des Namens der Heimathsgemeinde ausgestellt und mit der Beglaubigung der vorgesetzten Königl. Baierischen Kreisregierung versehen und

2) Trauscheine behufs der Verehelichung von Königl. Baierischen Unterthanen im Auslande von der zur Verehelichungsbewilligung zuständigen Polizeibehörde — Königl. Bezirksamt, unmittelbarer und mittelbarer Magistrat — ausgestellt und von der vorgesetzten Königl. Baierischen Kreisregierung beglaubigt sein müssen.

Altenburg, den 12. Mai 1864.

Herzoglich Sächsische Landesregierung.
Schönherr.

---

30. Bekanntmachung der Landesregierung,

wegepolizeiliche Vorschriften betreffend,

vom 26. Mai 1864.

(Publizirt in Nr. 74 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 16. Juni 1864.)

Da wahrzunehmen gewesen ist, daß insbesondere die in der Bekanntmachung der unterzeichneten Landesregierung, wegepolizeiliche Vorschriften enthaltend, vom 26. April 1841 (pag. 96 und 97 der Gesetz-Sammlung 1841) unter Nr. 2 bis mit 10 aufgeführten Vorschriften hinsichtlich der Kom-

Digitized by Google

munikations- und Vicinalwege nicht gehörig befolgt werden, so sehen wir uns veranlaßt, jene Bekanntmachung überhaupt, und namentlich die Bestimmungen unter den vorgedachten Nummern, die nachstehend wörtlich wiederholt werden, hiermit wieder einzuschärfen.

2) Bauholz, Pflüge, Eggen und andere die Oberfläche der Fahrbahn beschädigende Gegenstände dürfen nicht geschleppt, ingleichen die Wagenräder, ohne sich hierzu eines Hemmschuhs mit glatter Unterfläche zu bedienen, nicht völlig am Umdrehen gehindert werden.

3) Durch die Gräben zu fahren und in selbigen zu reiten, so wie auf den Fußsteigen zu fahren und zu reiten, insoweit nicht das Befahren der letzteren beim Ausweichen wegen der Breite der Ladung unvermeidlich, ist verboten. Auch darf von den Schubkärnern nicht auf den getrennt von den Kommunikationswegen jenseits der Gräben angelegten Fußsteigen gefahren werden, und es sind dieselben jedenfalls den Fußgängern auszuweichen verbunden.

Alles bei Vermeidung einer Strafe von 15 Neugroschen.

4) Die Fahrbahn darf nicht durch Anhalten der Geschirre oder auf irgend eine Weise versperrt werden. Die Gast- und Schenkwirthe, ingleichen die Schmiede und überhaupt Alle, vor deren Behausung solches geschieht, haften für die Entgegenhandelnden. Auch ist es untersagt, die Jauche aus den Gehöften so abfließen zu lassen, daß sie den Kommunikationswegen Nachtheil bringt.

5) Außer dem Straßenbaumaterial dürfen keine anderen Gegenstände weder auf dem Wege, noch in den Gräben abgeladen werden und daselbst liegen bleiben. Wer dagegen handelt, hat außer der gesetzlichen Strafe unter Nr. 12 noch die Kosten der Wegräumung zu tragen. Dasselbe gilt von den Brücken, über welche nur im Schritt gefahren werden darf.

6) Derjenige Fuhrmann, welcher seine Zugthiere nicht fortwährend beaufsichtigt, sich, ohne sie abgesträngt und festgebunden zu haben, von seinem Fuhrwerke entfernt, oder während des Fahrens auf dem Wagen schläft, fällt in die unter Nr. 12 geordnete Strafe. Ist Unglück aus seiner Nachlässigkeit entstanden, so wird nach Befinden mit Untersuchung gegen denselben verfahren.

7) Wer näher als 1 Fuß an den äußeren Rand der Wegegräben ackert, ist ebenfalls in der unter Nr. 12 angegebenen Maße zu bestrafen.

8) Wer Wegweiser, Barrieren, Warnungstafeln, Prellsteine und Bäume oder sonst zu Kommunalwegen gehörige Anlagen beschädigt, oder entwendet, verfällt in die für Befrevelung oder Entwendung öffentlich ausgesetzter Gegenstände überhaupt festgesetzte Strafe.

9) Wer Pfähle, die zur Absteckung eines Wegs eingerammt sind, unbefugt herausreißt, hat eine Strafe von 1 Thlr. zu gewärtigen.

10) Wer auf einem bereits ordnungsmäßig hergestellten Kommunalwege in einem schon eingefahrenen Gleise fährt und, gewarnt, nicht sogleich ein neues annimmt, verfällt in eine Strafe von 5 Ngr.

Altenburg, den 26. Mai 1864.

Herzoglich Sächsische Landesregierung.
Schönherr.

Digitized by Google

31. Ministerial-Bekanntmachung,

die Sanctionirung einer Bestimmung in §. 16 des Regulativs für den Kranken- und Begräbnißkassen-Verein der in mehreren Fabrik-Etablissements der Stadt Ronneburg beschäftigten Arbeiter betreffend,

vom 9. Juni 1864.

Nachdem Seine Hoheit der Herzog die in §. 16 des Regulativs für den neu begründeten Krankenunterstützungs- und Begräbnißkassen-Verein der in den Etablissements der Inhaber der Fabrikfirmen Friedrich Wagner, Karl Heinrich Münzer & Sohn, Friedrich Wilhelm Münzer & Co. und Walter Hennig & Co. zu Ronneburg beschäftigten Arbeiter enthaltene Bestimmung, welche also lautet:

> die Unterstützungsgelder können weder mit Beschlag belegt, noch an dritte Personen abgetreten werden,

in Hinblick auf die wohlthätigen Zwecke des Vereins gnädigst bestätigt haben, so wird Solches zur Nachricht und Nachachtung hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Altenburg, den 9. Juni 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.
K. Pierer.

---

32. Bekanntmachung der Landesregierung,

betreffend die Einschärfung des Regulativs vom 11. Juli 1851 über das Verfahren bei Revision der Landesgrenzen gegen das benachbarte Königlich Preußische, Großherzoglich Sachsen-Weimarische, Herzoglich Sachsen-Meining'sche, Fürstlich Reußische und Fürstlich Schwarzburg-Rudolstädtische Staatsgebiet,

vom 9. Juni 1861.

(Publizirt in Nr. 83 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 7. Juli 1864.)

Bei der neuerdings stattgehabten Revision der Landesgrenze mit dem Fürstenthum Reuß j. L. ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß auf den bereits versteinten Strecken derselben, soweit sie den Ostkreis des Herzogthums berührt, die gesetzten Landesgrenzsteine zum Theil abhanden gekommen, herausgerissen, beschädigt, nicht oder falsch numerirt gewesen sind. Hiernach scheinen die Vorschriften des Regulatives vom 11. Juli 1851, Seite 71 der Gesetzsammlung vom Jahre 1851, insbesondere diejenigen sub Nr. 4 desselben nicht allerwärts gehörig beobachtet zu werden.

Auf Grund eines deshalb anher ergangenen höchsten Reskripts wird daher das vorgedachte Regulativ hiermit wieder eingeschärft und die genaue Befolgung der Bestimmungen desselben überall da, wo das diesseitige Staatsgebiet an das Königl. Preußische, Großherzogl. Sachsen-Weimarische, Herzogl. Sachsen-Meiningensche, Fürstl. Reußische und Fürstl. Schwarzburg-Rudolstädtische Staatsgebiet grenzt, den betreffenden Grenzbehörden, Ortsvorständen ꝛc. zur Pflicht gemacht. Insbesondere finden wir uns veranlaßt, die Bestimmungen unter Nr. 4 des angezogenen Regulativs durch die nachstehende wörtliche Wiederholung derselben in Erinnerung zu bringen.

Digitized by Google

Damit Mängeln der Grenzbezeichnung zeitig und so wie in den §§ 1 bis 3 angeordnet ist, abgeholfen werden könne, haben — gemäß der mit den jenseitigen Landesbehörden getroffenen Vereinbarung — die beiderseitigen betreffenden Ortsvorstände bezüglich Revier-Forstbeamten die Landesgrenze wenigstens einmal in jedem Jahre, und zwar am 1. Mai zu begehen und jede hierbei oder sonst bemerkte Verletzung eines Grenzzeichens so schleunig als möglich zur Kenntniß des Bezirksamts zu bringen, welches nach den Umständen örtliche Untersuchung vorzunehmen und gemäß den vorstehenden Vorschriften entweder die sofortige Wiederherstellung des Grenzzeichens, oder dessen Sicherstellung einzuleiten, oder Bericht an Herzogliche Landesregierung zu erstatten hat.

Finden sich übrigens bei den alljährlich regelmäßig am 1. Mai oder aus besonderen Gründen außergewöhnlich vorzunehmenden Grenzbegehungen Grenzsteine, welche sich noch ganz an ihrer Stelle befinden, über deren Standpunkt also in keiner Weise Zweifel obwaltet, und die nur einer Hebung oder Geraderichtung bedürfen, so kann diesem Bedürfnisse sogleich abgeholfen werden, nur ist dem Bezirksamte bei der Anzeige über das Resultat der Grenzbegehung auch über die bereits vorgenommene Hebung oder Geraderichtung von Grenzsteinen genaue Meldung zu machen. In Betreff schadhaft gewordener, umgefallener und überhaupt aus ihrer Stelle gewichener Grenzsteine haben die Ortsvorstände bezüglich Forstbeamten sich lediglich auf die Anzeige über den Befund zu beschränken, und dürfen dieselben ohne Autorisation des Bezirksamts keinerlei Herstellung vornehmen.

Bei gehöriger Beobachtung vorstehender Vorschriften werden die beiden betreffenden Nachbarbehörden selbst eine Erweiterung der für die Generalrevision der Landesgrenze festgestellten Perioden eintreten lassen können.

Altenburg, den 9. Juni 1864.

Herzoglich Sächsische Landesregierung.
Schönherr.

---

33. Ministerial-Bekanntmachung,

die Aufhebung einer im Königreich Sachsen rücksichtlich der Steuerbefreiung der Handelsreisenden seither bestandenen Beschränkung betreffend,

vom 7. Juli 1864.

(Publizirt in Nr. 85 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 12. Juli 1864.)

Unter Bezugnahme auf Nr. 2 der Ministerial-Bekanntmachung, die Ertheilung von Gewerbslegitimationskarten für Handelsreisende betreffend, vom 5. Januar 1864 (Seite 259 der Gesetzsammlung vom Jahre 1864) wird hiermit öffentlich bekannt gemacht, daß ergangener Mittheilung des Königlich Sächsischen Finanzministeriums zu Folge die seither im Königreich Sachsen bestandene Beschränkung, wonach Handelsreisende, welche für mehr als ein Handels- oder Fabrikhaus Aufträge ausführen, der vereinbarten Steuerbefreiung nicht theilhaftig waren, aufgehoben worden ist.

Altenburg, den 7. Juli 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.
v. Larisch.

Digitized by Google

Herzogl. Sachsen-Altenburgische Gesetzsammlung.

Stück VIII. 1864. Ausgeg. den 6. Oktober 1864.

34. Bekanntmachung der Landesregierung,

betreffend eine mit dem Großherzogthum Sachsen-Weimar nachträglich abgeschlossene Uebereinkunft über die Militärpflicht solcher Personen, welche ein doppeltes Unterthanenrecht haben,

vom 11. Juli 1864.

(Publizirt in Nr. 96 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 6. August 1864.)

Nachdem von der hiesigen Staatsregierung mit der Regierung des Großherzogthums Sachsen-Weimar hinsichtlich der Militärpflicht solcher Personen, welche ein doppeltes Unterthanenrecht haben, eine nachträgliche Vereinbarung dahin abgeschlossen worden ist,

> daß die Militärpflicht eines gleichzeitig im Unterthanenverbande des Großherzogthums Sachsen-Weimar-Eisenach und des Herzogthums Sachsen-Altenburg Stehenden dem ursprünglichen Heimathsstaate desselben, d. h. demjenigen der beiden Staaten, welchem er früher angehört hat, geleistet werden soll,

so wird Solches mit höchster Ermächtigung unter Bezugnahme auf die Ministerialbekanntmachung vom 19. Mai 1862 hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Altenburg, den 11. Juli 1864

Herzoglich Sächsische Landesregierung.
Schönherr.

---

35. Bekanntmachung der Landesregierung und des Finanzkollegiums,

das Einsammeln der Preißelbeeren im Westkreise betreffend,

vom 1. August 1864.

(Publizirt in Nr. 100 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 16. August 1864.)

Nachdem von Herzogl. Landesregierung und dem Herzogl. Finanzkollegium beschlossen worden ist, auf Grund der in dem letzten Jahrzehnt über die eingetretene Reife der Preißelbeeren gemachten Erfahrungen das Einsammeln dieser Waldfrucht in den Walddistrikten, insonderheit auch in den Herzogl. Domanialwaldungen des Westkreises, künftighin und vom gegenwärtigen Jahre ab bis auf Weiteres schon

vom 1. September eines jeden Jahres an

Digitized by Google

zu gestatten, so wird Solches in dem entsprechender Abänderung der Verordnung vom 25. August 1854, Seite 182 der Gesetz-Sammlung, das zu frühzeitige Einsammeln der Preißelbeeren in den Waldungen des Westkreises betreffend, und zur Nachachtung für Jedermann andurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß es bei dem sonstigen Inhalte der unerwähnten Verordnung auch fernerhin durchgängig das Bewenden behält.

Altenburg, den 1. August 1864.

Herzogl. Sächs. Landesregierung das. Schönherr.

Herzogl. Sächs. Finanzkollegium das. Frhr. v. Ziegesar.

---

36. Ministerial-Bekanntmachung,

Abänderungen und Ergänzungen des Regulativs wegen zollamtlicher Behandlung der über die Grenzen des Gebiets des Gesammt-Zollvereins mit den Fahrposten eingehenden Waaren vom 20. Dezember 1833 betreffend,

vom 4. August 1864.

(Publizirt in Nr. 108 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 3. September 1864.)

In Gemäßheit getroffener Vereinbarungen unter den Regierungen des deutschen Zoll- und Handels-Vereins werden nachstehende fernerweite Aenderungen und Ergänzungen des Regulativs wegen zollamtlicher Behandlung der über die Grenzen des Gebiets des Gesammt-Zollvereins mit den Fahrposten eingehenden Waaren vom 20. Dezember 1833 (Gesetzsammlung vom Jahre 1833, Seite 475 ff.) auf höchsten Befehl hierdurch zur Nachachtung bekannt gemacht.

Zu §. 1.

Waarenproben und Muster, welche unter Kreuzband oder in solcher Weise verpackt, daß über den Inhalt kein Zweifel stattfinden kann, von einem ausländischen Aufgabeort mit der Briefpost versendet werden und mittelst der Staatsposten vom Auslande eingehen, sind, wenn ihr Gewicht 3 Loth oder mehr, jedoch nicht über 15 Loth Zollgewicht beträgt, von der Vorschrift, nach welcher dergleichen Sendungen mit einer Inhaltserklärung begleitet sein müssen, auszunehmen, der zollamtlichen Vorabfertigung an der Grenze nicht zu unterwerfen und erst der Zollabfertigungsstelle für den Bestimmungsort von der Postbehörde zur Revision und Abfertigung vorzuführen, während Sendungen von weniger als 3 Loth nach wie vor von der Zollabfertigung befreit bleiben. (Ministerial-Bekanntmachung vom 15. Januar 1856, Seite 21 der Gesetzsammlung 1856.)

Zu §§. 2 und 3.

Die nach Ziffer VI. im zweiten Absatze und nach Ziffer VII. der fünften Abtheilung des Vereins-Zolltarifs (Gesetzsammlung vom Jahre 1856, Seite 141) zu Gunsten von Glas, Glaswaaren, Instrumenten, Porzellan, Steingut und kurzen Waaren, sowie aller sprachgebräuchlich zu den kurzen Waaren zu rechnenden Gegenstände getroffenen Ausnahmebestimmungen finden auch auf den Postverkehr Anwendung, und zwar die Ausnahmebestimmung unter Ziffer VI. im zweiten Absatze auch in solchen Fällen, wo die vorgedachten Gegenstände mit anderen Waaren in einem Kollo zusammen verpackt eingehen.

Altenburg, den 4. August 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.
v. Larisch.

Digitized by Google

37. Bekanntmachung der Landesregierung,

den Gebrauch der sogenannten Streichfeuerzeuge betreffend,

vom 25. August 1864.

(Publizirt in Nr. 115 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 13. September 1864.)

Die Fälle haben sich in bedauerlicher Weise vermehrt, daß Brände dadurch entstanden sind, daß Kinder in den Besitz von Streichhölzchen, welche nicht gehörig aufbewahrt gewesen, gelangt sind, damit gespielt, sie angezündet und dann in leicht Feuer fangende Gegenstände geworfen haben. Auf diese Art sind erst wieder in der allerjüngsten Zeit drei Feuersbrünste entstanden. Es sieht sich daher die unterzeichnete Landesregierung veranlaßt, ihre Bekanntmachung, den Gebrauch der sogenannten Streichfeuerzeuge betreffend, vom 28. Oktober 1852 (Ges. Samml. 1852, S. 131), welche also lautet:

> Es ist neuerdings auch im hiesigen Lande wiederholt vorgekommen, daß durch Kinder, welche mit sogenannten Streichzündhölzchen gespielt haben, Brandunglücksfälle herbeigeführt worden sind; Herzogliche Landesregierung sieht sich daher veranlaßt, nicht allein Jedermann die größtmöglichste Vorsicht bei dem Gebrauche der Streichzündhölzchen, des Streichzündschwamms und ähnlicher Präparate, welche durch bloßes Aufstreichen oder Reiben sich entzünden, besonders aber auch Vorsicht in der Wahl der, Kindern soweit möglich ganz unzugänglich zu machenden Aufbewahrungsorte zur dringenden Pflicht zu machen und zugleich die in der die Aufhebung des Verbots des Vertriebs der Streichzündhölzchen betreffenden Verordnung vom 17. April 1845 (Ges. S. v. J. 1845, S. 25 und 26) enthaltenen Vorschriften hierdurch auf das Gemessenste einzuschärfen, sondern hierbei auch zu verordnen, daß Aeltern und andere Personen, denen die Aufsichtsführung über Kinder obliegt, sofern ihnen bei etwaigem feuergefährlichen Verkehr der Letzteren mit Streichzündhölzchen und dergleichen irgend eine Fahrlässigkeit zur Last fällt, dieserhalb, wenn nicht eine härter zu ahndende Verschuldung vorliegt, mit polizeilicher Strafe nach obrigkeitlichem Ermessen zu belegen sind, den Polizeibehörden und der Gensdarmerie aber die strenge Handhabung der im Vorstehenden enthaltenen Vorschriften und bezügliche Ueberwachung zur besondern Pflicht zu machen,

hiermit wieder einzuschärfen und die Polizeibehörden zu einer stracklichen Handhabung derselben anzuweisen.

Altenburg, den 25. August 1864.

Herzoglich Sächsische Landesregierung.
Schönherr.

Digitized by Google

38. Höchste Verordnung

über die Ausbildung und Anstellung der Forstverwaltungsbeamten,

vom 12. September 1864.

Ernst,

von Gottes Gnaden Herzog zu Sachsen, Jülich, Kleve und Berg, auch Engern und Westphalen ꝛc. ꝛc.

Da veränderte Verhältnisse einige Abänderungen der bisherigen Vorschriften wegen Bildung und Prüfung der Bewerber um Forstverwaltungsstellen erforderlich machen, so haben Wir beschlossen, die nachstehenden Bestimmungen vom 1. April 1865 an in Wirksamkeit treten zu lassen:

I.

Allgemeine Erfordernisse zum Eintritt in den Forstdienst.

§. 1.

Der Eintritt in die Försterlehre wird nur Demjenigen gestattet, welcher ein Taufzeugniß beibringt und nachzuweisen vermag:

1) mittelst schul- oder pfarramtlicher Zeugnisse, daß seine zeitherige Aufführung der Aufnahme kein Hinderniß entgegenstellt;

2) mittelst bezirksärztlichen Zeugnisses, daß er einen fehlerfreien, kräftigen Körper habe, vornämlich eine starke Brust, ein gutes Gesicht und scharfes Gehör, überhaupt aber, daß er keine körperlichen Mängel besitze, welche zum Militärdienst untauglich machen;

3) mittelst Schul- bezüglich Prüfungs-Zeugnisses, daß er ein genügendes Maaß allgemeiner wissenschaftlicher Vorbildung besitze (§. 2.).

§. 2.

Als Maaßstab für die erforderliche allgemeine wissenschaftliche Vorbildung gilt die Erlangung des Zeugnisses der Reife beim Abgang von einem Gymnasium oder einer höheren Realschule, vorausgesetzt, daß der Aspirant in dem Gymnasial-Abgangszeugniß mindestens in der Mathematik die Censur gut und in dem Realschul-Abgangszeugniß überhaupt eine der beiden ersten Hauptcensuren und insonderheit wiederum in der Mathematik die Censur gut erlangt hat.

Im Mindesten aber hat der Aspirant durch ein Zeugniß des Lehrercollegii des hiesigen Friedrichs-Gymnasiums zu bekunden, daß er für diese Anstalt den Grad der Reife für Selekta und zwar insonderheit auch in der Mathematik besitzt.

Digitized by Google

§. 3.

Wer die obigen Erfordernisse nachweisen zu können glaubt und in die Forstlehre aufgenommen zu werden wünscht, hat sich mit einem diesfallsigen Gesuche unter Beifügung der erforderlichen Zeugnisse und mit Bezeichnung des Revierförsters, bei welchem er die Lehre anzutreten gedenkt, an das Forstamt des Bezirks, welchem letzterer angehört, zu wenden.

§. 4.

Das Forstamt prüft die Eingaben, sucht sich überhaupt von der Persönlichkeit des Aspiranten ein möglichst genaues Bild zu verschaffen und legt die Zeugnisse Unserem Finanzkollegium berichtlich vor, wobei die etwa obwaltenden besonderen Umstände hervorzuheben sind.

Findet sich kein Bedenken und ist auch gegen die Wahl des Lehrherrn nichts zu erinnern, so ertheilt das Finanzkollegium die Genehmigung zum Eintritt in die Försterlehre durch Vermittelung des betreffenden Forstamts.

II.

A. Forstliche Ausbildung.

§. 5.

Die eigentlich forstliche Ausbildung soll der Regel nach einen Zeitraum von mindestens drei Jahren und während desselben

A) die praktische Vorbereitung in der Försterlehre,
B) die theoretisch-praktische Ausbildung auf einer höheren Forstlehr-Anstalt

umfassen.

§. 6.

Die Försterlehre kann jedesmal nur zu Ostern oder Michaeli und zwar nur bei einem tüchtigen Revierförster, auf einem lehrreichen größeren Forste, nach erfolgter höherer Genehmigung (§. 4.) angetreten werden. Sie soll mindestens ein Jahr dauern.

§. 7.

Der Zweck der Försterlehre ist, daß der Forstzögling sich eine auf eigene Anschauung und Uebung begründete allgemeine Kenntniß vom Forst- und Jagdwesen erwerbe und sich daneben zeitig an die Strapazen des forstlichen Berufs, sowie an Gehorsam, Ordnung, Pünktlichkeit und Fleiß gewöhne.

§. 8.

In der Försterlehre hat sich der Forstzögling hauptsächlich mit folgenden Gegenständen bekannt zu machen, soweit der Lehrforst nur irgend Gelegenheit dazu giebt:

Digitized by Google

1) mit den vorkommenden Gebirgs- und Bodenarten, den verschiedenen Ortslagen und deren Einwirkung auf den Holzwuchs und die Forstbewirthschaftung,

2) mit den wichtigeren Waldgewächsen, sowohl nach ihren botanischen Unterschieden, als auch nach ihren wirthschaftlichen Eigenthümlichkeiten. Insbesondere soll der Zögling von denselben die Knospen, Blätter, Blüthen und Früchte, ferner die Rinde und Beschaffenheit des Holzes, vor Allem aber ihre Wurzel-, Stamm- und Kronenbildung, Blüthezeit und Fruchtreife, das Keimen, die Keimpflanzen selbst, das Reproduktionsvermögen und das Verhalten gegen Frost, Hitze, Ueberschirmung und sonstige Einflüsse näher kennen zu lernen suchen.

Derselbe hat sich ferner bekannt zu machen:

3) mit den wichtigsten Forstunkräutern, ihrem forstlichen Schaden und etwaigen Nutzen,

4) mit dem Wesen der verschiedenen forstlichen Erziehungs- und Verjüngungs-Methoden und den darauf begründeten verschiedenen Waldbetriebsarten, insbesondere also mit dem Hoch-, Mittel-, Nieder- und Plänterwald-Betriebe, mit den Durchforstungen, Vorbereitungs-, Besäumungs-, Licht- und Abtriebs-Schlägen,

5) mit den verschiedenen Anbau-Methoden durch Saat, Pflanzung und Stecklinge,

6) mit der Waldpflege, als: der Anlage von Befriedigungen, Entwässerungen, Uferbefestigungen, Wegebau, Verhütung des Feuer-, Insekten-, Vögel-, Mäuse- und Wild-Schadens, Sicherung der Forstgrenzen u. s. f.,

7) mit den verschiedenen Zweigen der Forstbenutzung, als: der Holzfällung, Aufarbeitung und Sortirung, der Ausmessung und kubischen Berechnung gefällter und stehender Hölzer, ferner mit der Waldstreu-, Waldgras- und Harz-Nutzung, Saamengewinnung, sowie mit dem Betriebe forsttechnischer Nebengewerbe, vorzüglich der Köhlerei und der weitern Zurichtung der Werk-, Bau- und Klein-Nutzhölzer,

8) mit dem Schutze gegen Forstfrevel aller Art,

9) mit dem Jagdwesen, insbesondere:

a) mit den Jagdthieren, deren Natur, Nutzen und Schaden,

b) mit Einrichtung und Gebrauch der Jagdgewehre, Fangapparate u. s. w.

c) mit den Jagdhunden, deren Racen, Behandlung, Wartung u. s. w.,

d) mit der Waidmannssprache,

e) mit der Eintheilung der Jagd und den verschiedenen Jagdmethoden auf jede Wildart,

f) mit dem Abfangen und Abfedern, Aufbrechen und Ausweiden, Streifen und Zerwirken des erlegten Wildes u. s. w.

Daneben hat der Forstzögling aber keineswegs die allgemeinen Vorkenntnisse zu vernachlässigen und sich namentlich durch fleißige Repetitionen und in den mathematischen und Natur-Wissenschaften zu befestigen, auch keine Gelegenheit zu versäumen, sich in der Handschrift, im schriftlichen Ausdruck, sowie im forstlichen Rechnen, Messen und Planzeichnen möglichst zu vervollkommnen.

Digitized by Google

§. 9.

Neben der praktischen Unterweisung und der damit zu verbindenden Unterrichtung (vergl. §. 8.) ist es des Lehrherrn wichtigste Pflicht, den Forstzögling an Fleiß, Gehorsam, Ordnung und Pünktlichkeit zu gewöhnen und vor Allem seinen sittlichen Lebenswandel auf das Strengste zu überwachen.

Ist der Zögling ungelehrig, oder ungehorsam, oder weicht er aus den Schranken der Ordnung und guten Sitte, so ist nach fruchtloser Ermahnung davon dem vorgesetzten Forstamt Anzeige zu machen, welches allzeit ein wachsames Auge auf die Forstzöglinge und auf deren Verhältniß zu den Lehrherren haben soll.

Auf Antrag des vorgesetzten Forstamtes wird der Zögling von Unserem Finanzkollegium nach Befinden ohne Weiteres aus der Lehre gewiesen.

§. 10.

Keine Veränderung in der Försterlehre, sie betreffe nun einen Wechsel des Lehrherrn, Austritt oder die Beendigung der Lehre, darf ohne Vorwissen des betreffenden Forstamts geschehen, welches davon dem Finanzkollegium Anzeige zu machen hat.

§. 11.

Nach beendigter Försterlehre stellt der Lehrherr dem Forstdienst-Aspiranten ein wahrheitsgetreues Zeugniß aus, in welchem er sich auszusprechen hat: über des Letzteren Fortschritte im Allgemeinen, über die bewiesene Liebe und Anstelligkeit zum forstlichen Berufe insbesondere und über dessen sittliches Verhalten, Fleiß und Folgsamkeit. Dieses Zeugniß ist dem vorgesetzten Forstamt zur Beglaubigung des Inhalts desselben vorzulegen. — Eine Abschrift dieses so beglaubigten Zeugnisses ist von dem Forstamt nach Befinden mittelst gutachtlichen Begleitungsberichts an das Finanzkollegium einzusenden.

B. Forstlehr-Anstalt.

§. 12.

Es ist lediglich Sache des Forstdienst-Aspiranten selbst, rechtzeitig seine Aufnahme auf der von ihm gewählten höheren Forstlehranstalt nachzusuchen und zu erwirken.

§. 13.

Während des Besuchs der Forstlehr-Anstalt hat der Aspirant sich den dort bestehenden Gesetzen in jeder Beziehung zu unterwerfen, insonderheit auch den dort eingeführten wiederkehrenden Prüfungen.

§. 14.

Der Besuch der Forstlehranstalt hat einen zweijährigen Kursus zu umfassen.

Digitized by Google

§. 15.

Inwieweit den bedürftigeren Forstdienst-Aspiranten bei guter Befähigung, Strebsamkeit und moralisch guter Führung während ihres Aufenthalts auf einer Forstlehranstalt eine Unterstützung aus Staatsmitteln gewährt werden kann, hängt von den dazu disponiblen Mitteln und der Entschließung Unseres Finanzkollegiums ab.

§. 16.

Nach beendigtem Aufenthalt auf der Lehranstalt hat der Aspirant das Abgangszeugniß dem Finanzkollegium einzureichen.

§. 17.

Bei denjenigen Forstdienst-Aspiranten, welche die Königlich Sächsische Forst-Akademie zu Tharandt besucht haben, genügt zum Erweise der nöthigen Vorbildung für den weiteren Vorbereitungs-Dienst, mit Rücksicht auf die Gleichheit der forstlichen Einrichtungen des Königreichs Sachsen und der diesseitigen, das dortige Zeugniß der Reife, wenn dasselbe bezüglich aller forstlichen Fächer ein unbedingtes ist.

Alle übrigen Forstaspiranten haben sich einem von Unserem Finanzkollegio in jedem Falle anzuordnenden Examen zu unterwerfen, in welchem dieselben Anforderungen zu stellen und dieselben Censurgrade zu ertheilen sind, welche für das Reifezeugniß bei dem Abgang von der Forstakademie zu Tharandt gestellt, bezüglich ertheilt werden.

Die Prüfungs-Kommission wird für jeden einzelnen Fall aus zwei dazu befähigten Forstbeamten und einem oder zweier der Lehrer an den hiesigen Schulanstalten für Mathematik und Naturwissenschaften zusammengesetzt.

Die obere Leitung der Prüfung liegt dem forsttechnischen Mitgliede Unseres Finanzkollegii ob. Dasselbe hat zwar kein eigentliches Stimmrecht, kann aber den Ausspruch der Kommission über das Prüfungs-Resultat der weiteren Entscheidung Unseres Finanzkollegii unterstellen. — Bezüglich der Zuziehung des dritten und bezüglich vierten Kommissionsmitgliedes hat Unser Finanzkollegium sich mit der betreffenden Schulaufsichtsbehörde in das Einvernehmen zu setzen.

Das Prüfungszeugniß ist von der Kommission Unserem Finanzkollegio einzureichen.

III.

Weiterer Vorbereitungsdienst.

§. 18.

Die nach Obigem genügend vorgebildeten Forstdienst-Aspiranten sollen nach vorgängiger Verpflichtung unter Leistung des allgemeinen Staatsdiener-Eides, welche jedoch an sich noch keinen Anspruch auf definitive Anstellung gewährt, zu ihrer weiteren forstlichen Ausbildung und tüchtigen Vorbereitung für den eigentlichen Verwaltungsdienst als Gehülfen der Forstrevierverwalter, als Hülfs-Expedienten in den Forstämtern oder in dem Forsttaxations-Büreau, auch soweit sie die

Digitized by Google

Försterprüfung bestanden haben, als Stellvertreter der Revierförster in Krankheits- oder sonstigen Behinderungsfällen und als Assistenten älterer Revierförster beschäftigt werden.

Die Remunerirung der Forstgehülfen richtet sich nach den bestehenden Etats.

Ihre Stellung ist die widerruflich angestellter Staatsdiener.

§. 19.

Pflicht der Forstgehülfen ist, sich allen ihnen von ihren Vorgesetzten übertragenen Geschäften mit größter Pflichttreue, Pünktlichkeit und Umsicht zu unterziehen, dabei aber auch insonderheit keine Gelegenheit zu versäumen, sich gründlich zu einer künftigen selbstständigen Berufsthätigkeit vorzubereiten. Zu diesem Behuf liegt ihnen vornämlich auch ob, sich mit allen auf das hierländische Forst- und Jagdwesen Bezug habenden Gesetzen, Verordnungen und Instruktionen gehörig bekannt zu machen.

Zur Beförderung der Ausbildung der Forstgehülfen wird, soviel als es das sonstige Dienstinteresse erlaubt, bei ihrer Zuweisung an die Revierverwalter darauf Bedacht genommen werden, daß dieselben nach und nach mit verschiedenartigen Forstverhältnissen und Waldbetriebsarten bekannt werden.

§. 20.

Den Revierförstern und ebenso den Forstamtschefs liegt es ob, sich über das gesammte dienstliche und außerdienstliche Verhalten der Forstgehülfen ihres Reviers, bezüglich Bezirks in fortlaufender Kenntniß zu erhalten, um darüber der vorgesetzten Behörde vorschriftsmäßig genaue Auskunft geben zu können.

Fortgesetzte Nachlässigkeit im Dienste und irgendwie erhebliche Dienstverfehlungen oder anstößiges außerdienstliches Verhalten (vergl. §. 11. al. 1. des Gesetzes vom 8. Oktober 1861) auf Seiten derselben sind der vorgesetzten Behörde unverweilt anzuzeigen.

§. 21.

Obige Vorschriften gelten auch für die den Forstämtern und dem Forst-Revisions-Büreau beigegebenen Forstgehülfen, soweit sie auf diese Dienstverhältnisse anwendbar sind.

IV.

Försterprüfung.

§. 22.

Die Anwartschaft auf Anstellung als Revierförster ist schließlich noch durch das genügende Bestehen des Förster-Examens zu begründen. Dieses soll, je nach Bedürfniß, von Zeit zu Zeit auf besondere Anordnung Unseres Finanzkollegiums abgehalten und zu demselben sollen nur diejenigen Forstdienst-Aspiranten zugelassen werden, welche mindestens vier Jahre im forstlichen Vorbereitungsdienste (III.) zur Zufriedenheit beschäftigt waren. Sie haben sich dazu mit Vorlegung ihrer Zeugnisse durch Vermittelung des betreffenden Forstamts bei dem Finanzkollegium rechtzeitig zu melden.

Digitized by Google

§. 23.

Jeder der zu Prüfenden erhält zuvörderst eine größere forstwissenschaftliche Aufgabe zur selbstständigen eigenen Bearbeitung. Hierzu ist eine von der Examinations-Kommission zu bestimmende Zeit verstattet. Der Examinand darf sich dabei aller Hülfsmittel, welche die Wissenschaft bietet, bedienen, hat jedoch bei Ablieferung der Arbeit einen schriftlichen Revers — an Eidesstatt — beizufügen, daß er solche ohne alle Beihülfe eines Dritten ganz selbstständig gefertigt habe.

Diese Arbeit ist dem Vorsitzenden der Prüfungskommission rechtzeitig einzusenden.

§. 24.

Die Prüfungs-Kommission besteht aus dem Referenten Unseres Finanzkollegiums in Forstsachen und zwei anderen von Unserem Ministerium besonders zu kommittirenden Forstbeamten.

Die Prüfung ist insoweit eine öffentliche, als die Mitglieder des Finanzkollegiums und alle Forstbeamte bis zu den Forstgehülfen, diese eingeschlossen, derselben, soweit es der Raum und die sonstigen Verhältnisse gestatten, beiwohnen dürfen.

Die Prüfung soll sich über das ganze Gebiet der Forstwissenschaft mit ihren Hülfswissenschaften erstrecken, jedoch weniger sich der reinen Theorie, als vielmehr der forstlichen Praxis zuwenden und daneben insbesondere die Eigenthümlichkeiten des inländischen Forstverwaltungsdienstes in das Auge fassen, also z. B. auch die Landesgesetzgebung, soweit sie mit dem Forst- und Jagdwesen in Beziehung steht. Die Prüfung selbst ist schriftlich und mündlich abzuhalten, letztere wo möglich zum Theil im Walde.

§. 25.

Die Prüfungs-Kommission beurtheilt nicht nur die eingelieferte Probearbeit (§. 23.), sondern auch das Ergebniß der schriftlichen und mündlichen Prüfung und stellt auf Grund dessen Censuren mit folgenden Graden:

I. sehr gut,
II. gut,
III. genügend,
IV. a) bedingt genügend,
b) ganz ungenügend.

Zugleich ist in diesen Censuren anzudeuten, was etwa über die weitere dienstliche Verwendung der Geprüften sich aus den Prüfungsarbeiten ergeben haben sollte, z. B. mehr hervortretende Befähigung für die forstliche Praxis oder für schriftliche Arbeiten u. s. w., ob und inwiefern ein weiterer Fortschritt zu hoffen ist u. s. w.

Die Censuren werden von den sämmtlichen Mitgliedern der Prüfungs-Kommission unterzeichnet und alsdann von dem Vorsitzenden nebst den eingelieferten Probearbeiten, den schriftlichen Prüfungsarbeiten und dem während der mündlichen Prüfung geführten Protokolle an Unser Finanzkollegium eingereicht.

Digitized by Google

§. 26.

Nach dem Ausfall der Censuren ergeben sich für die Geprüften drei Klassen:

erste Klasse: unbedingt als Revierförster anstellbar, d. h. für die Uebertragung einer jeden selbstständigen Revierförsterstelle geeignet; dieser Klasse gehören diejenigen Examinaten an, welche die Censur I., II. oder III. erlangt haben;

zweite Klasse: nur bedingt als Revierförster anstellbar, d. h. zunächst und bis zu mehr genügender Bewährung im Dienste oder bis zum Nachweis der Ergänzung der fehlenden Kenntnisse bei Wiederholung des Examens in allen oder in einzelnen Fächern, nur als Unter- und Hülfsförster oder als selbstständiger Verwalter auf kleineren und minder wichtigen Revieren und unter spezieller Leitung eines Forstamtschefs verwendbar. Dieser Klasse gehören Diejenigen an, welche nur die Censur IV. a. erhalten haben. Denselben steht frei, sich nach Ablauf einer von Unserem Finanzkollegium nach Anhörung der Examinations-Kommission zu bestimmenden Frist einer nochmaligen Prüfung zu unterwerfen, um womöglich einen höheren Censurgrad zu erreichen;

dritte Klasse: zur Anstellung als selbstständige Revierverwalter unbefähigt; dieser Klasse fallen alle Diejenigen anheim, die nicht einmal den Censurgrad IV. a. erreicht haben.

§. 27.

Aus der Zahl der geprüften und fähig befundenen Forst-Kandidaten werden, sofern sie sich bis zur Anstellung als Forstgehülfen, Forstactuarien oder sonstige Forsthülfsbeamte weiter bewährt haben, zur Erledigung kommende Revierstellen besetzt.

Dabei ist maaßgebend:

1) zunächst die zeitherige dienstliche und außerdienstliche Führung;
2) die wissenschaftliche Befähigung, begründet durch die Entlassungszeugnisse der betreffenden Forstlehranstalt und durch die Ergebnisse der Försterprüfung;
3) das Dienstalter, beginnend mit dem Tage des Eintritts in den Vorbereitungsdienst (Nr. III. oben);

Letzteres gewährt bei bewiesener gleicher Tüchtigkeit und Brauchbarkeit unter gehöriger Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der vakant werdenden Stelle den Vorzug.

Niedere Forstbedienstete.

§. 28.

Auf welchem Wege sich die kompetenten Behörden bei Besetzung solcher niederen Forstdienststellen, für welche die vorstehenden Vorschriften keine Geltung finden, von der Tüchtigkeit und Brauchbarkeit der Bewerber überzeugen wollen, bleibt lediglich dem eigenen Ermessen derselben überlassen.

Als Voraussetzung gilt jedoch für Aspiranten auf Unterförsterstellen, daß sie mindestens eine zweijährige Lehrzeit bei einem Förster bestanden haben (§. 7—11.)

Höhere Forstverwaltungsstellen.

§. 29.

Ingleichen behalten Wir Uns vor, für diejenigen Forstbeamten, die Wir bei vorkommenden

Digitized by Google

Erledigungen höherer Forstverwaltungsstellen in Rücksicht ziehen zu können glauben, noch eine besondere staatswissenschaftliche und höhere forstwissenschaftliche Prüfung anzuordnen.

Für diese wird die vorausgegangene vollständige Gymnasialbildung und ein mindestens einjähriges Universitätsstudium der Regel nach als Vorbedingung angesehen werden.

Uebergangsbestimmung.

§. 30.

Wegen der während der Uebergangszeit von obigen Bestimmungen etwa zu statuirenden Ausnahmen werden erforderlichen Falles besondere Anordnungen ergehen.

Altenburg, den 12. September 1864.

Ernst, Herzog von Sachsen-Altenburg.

v. Larisch. K. Pierer.

---

39. Ministerial-Bekanntmachung,

die Bestell-, Quittungs- und Scheingebühren für Postsendungen betreffend,

vom 30. September 1864.

Die in der nachersichtlichen Verordnung des Königlich Sächsischen Finanzministeriums vom 17. September laufenden Jahres enthaltenen Bestimmungen über die Bestell-, Quittungs- und Scheingebühren für Postsendungen, welche in Gemäßheit des Artikel 4. des mit der Krone Sachsen wegen zeitweiser Ueberlassung des diesseitigen Postregals abgeschlossenen und durch Patent vom 26. Juni 1847 veröffentlichten Staatsvertrags auch für den Postverkehr im Herzogthume Sachsen-Altenburg Anwendung erleiden und mit dem 1. Oktober laufenden Jahres in Kraft treten, werden nebst dem dazu gehörigen Tarife ihrem ganzen Inhalte nach hiermit zur Kenntnißnahme und Nachachtung öffentlich bekannt gemacht.

Altenburg, den 30. September 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.
v. Larisch.

Digitized by Google

Verordnung,

die Bestell-, Quittungs- und Scheingebühren für Postsendungen betreffend,

vom 17. September 1864.

Das Finanzministerium hat in Verfolg der ständischen Verhandlungen über das Budget auf die gegenwärtige Finanzperiode beschlossen, vom 1. Oktober dieses Jahres an sowohl die postörtlichen, als die Landbestellgebühren für die mit den Posten von weiterher frankirt oder unter portofreiem Rubrum eingehenden Briefpostsendungen, Begleitbriefe und Briefe mit deklarirtem Werthe unter einem Thaler, ohne Unterschied, ob diese Sendungen durch Zutragung bestellt oder von den Adressaten bei der Postanstalt abgeholt werden, aufzuheben, sowie die Bestell- und Quittungsgebühren, soweit solche hiernach noch fortzuerheben sind, ingleichen die Post- und Einzahlungs-Scheingebühren von 6 Pfennigen auf ½ Neugroschen herabzusetzen, endlich die Gebühren an 3 Neugroschen für die Besorgung eines Boten zu Bestellung inländischer Expreßsendungen aufs Land in Wegfall bringen zu lassen.

Hiernach treten von dem bemerkten Zeitpunkte an in Bezug auf die Bestimmungen der Postordnung vom 7. Juni 1859 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1859, Seite 100) und hinsichtlich der einschlagenden Positionen des zugehörigen Tarifs ⊙ nachstehende Aenderungen und Zusätze ein:

§. 1.

(Zu §. 74 der Postordnung.)

Für diejenigen zur Briefpost gehörenden Sendungen, als für

gewöhnliche Briefe,
rekommandirte Briefe,
Briefe mit angehängten Mustern und Waarenproben

und

Kreuzbandsendungen

(§. 56 mit §. 65, 1 der Postordnung und §. 1 des Reglements für den Postvereinsverkehr, Seite 220 des Gesetz- und Verordnungsblattes vom Jahre 1860), ingleichen für

Begleitbriefe zu Fahrpostsendungen

und

Briefe mit deklarirtem Werthe unter einem Thaler
(§. 65. der Postordnung und §. 1 des gedachten Reglements),

welche mit den Posten von weiterher frankirt oder unter portofreiem Rubrum eingehen, ist fernerhin keine Bestell- und Quittungsgebühr zu entrichten.

Digitized by Google

§. 2.

(Zu §. 74 fg. der Postordnung.)

Das Botenlohn für expreß zu bestellende Landbriefe rc. ist zwar auch ferner nach Maßgabe der Entfernung und der dabei sonst in Betracht kommenden Verhältnisse, im Mindestbetrage jedoch mit 3 Neugroschen zu entrichten, wogegen eine besondere Gebühr für Besorgung eines Expreßboten zur Bestellung für inländische Expreß-Postsendungen aufs Land nicht weiter zu erheben ist.

§. 3.

An die Stelle des zeitherigen Postgebührentarifs ⊙ zu §. 50. der Postordnung tritt der hiernach abgeänderte unter ☽ beigefügte Tarif.

Dresden, den 17. September 1864.

Finanz-Ministerium.
Für den Minister:
v. Schimpff.

Schreiner.

☽

Tarif

für die im inneren Verkehre des Königlich Sächsischen Postbezirks bei dem Brief-, Packerei- und Personentransporte, sowie bei dem Zeitungsdebit zu erhebenden Gebühren aller Art, in alphabetischer Reihenfolge.

Position.	Gegenstand der Taxe.	Betrag oder sonstige Festsetzung der Gebühren.	Vergl. Postordnung.
1.	Abgeholte portofreie Offizialsendungen / portopflichtige Briefe rc. } s. Pos. 3 unter c.		
2.	Baare Einzahlungen	. . . .	§. 71.
	das tarifmäßige Briefporto	Pos. 4.	
	das tarifmäßige Werthporto	Pos. 16.	
3.	Bestell- und Quittungsgebühr, beziehendlich Lokalporto	. . . .	§. 74.
	a) bei der Zutragung der mit den Posten von weiterher eingegangenen Sendungen für Bewohner des Postorts:		
	I. unfrankirte Sendungen:		
	für eine Sendung in Briefform, welche weder rekommandirt, noch mit Werthsdeklaration versehen ist, einschließlich der Vorschußbriefe	3 Pf.	

Digitized by Google

Position.	Gegenstand der Taxe.	Betrag oder sonstige Festsetzung der Gebühren.	Vergl. Postordnung.
	für einen Brief mit deklarirtem Werthe unter einem Thaler	3 Pf.	
	für einen rekommandirten Brief . . . . für einen Brief mit Insinuationsdokument (ausschließlich der Insinuationsgebühr) . . . . für einen Brief, auf welchen eine Baareinzahlung erfolgt ist . . . . für einen Brief mit deklarirtem Werthe von 1—300 Thaler . . . . für einen Begleitbrief . . . . für einen Adreßschein über eine Sendung in Briefform von mehr als 1 Pfund Gewicht oder 300 Thlrn. Werth	5 Pf.	
	II. frankirte und portofreie Sendungen:		
	für einen Vorschußbrief	3 Pf.	
	für einen Brief, auf welchen eine Baareinzahlung erfolgt ist . . . . für einen Brief mit deklarirtem Werthe von 1—300 Thaler	5 Pf.	
	wogegen für die übrigen unter a I aufgeführten Sendungen eine Bestell- und Quittungsgebühr nicht zu entrichten ist;		
	b) bei der Zutragung der mit den Posten von weiterher eingegangenen Sendungen für Bewohner des Landbestellbezirks:		
	I. unfrankirte Sendungen:		
	für eine Sendung in Briefform, welche weder rekommandirt, noch mit Werthsdeklaration versehen ist, einschließlich der Vorschußbriefe . . . . für einen Brief mit deklarirtem Werthe unter einem Thaler	5 Pf.	
	für einen rekommandirten Brief . . . . für einen Brief mit Insinuationsdokument (ausschließlich der Insinuationsgebühr) . . . . für einen Brief, auf welchen eine Baareinzahlung erfolgt ist . . . . für einen Brief mit deklarirtem Werthe von 1 bis mit 300 Thaler . . . . für ein Packet bis mit 1 Pfund Gewicht oder 300 Thlr. Werth	8 Pf.	
	für einen Begleitbrief oder Adreßschein zu den von der Bestellung durch die Postanstalt ausgeschlossenen Packet- und beziehendlich Werthsendungen	8 Pf.	
	für eine über 1 Pfund bis 5 Pfund schwere Geld- oder Werthsendung bis mit 300 Thlr. deklarirtem Werthe	13 Pf.	

Digitized by Google

Position.	Gegenstand der Taxe.	Betrag oder sonstige Festsetzung der Gebühren.	Vergl. Postordnung.
	für eine Packetsendung ohne Werthangabe von über 1 bis mit 5 Pfund Gewicht	13 Pf.	
	II. frankirte und portofreie Sendungen:		
	für einen Vorschußbrief	5 Pf.	
	für einen Brief, auf welchen eine Baareinzahlung erfolgt ist	8 Pf.	
	für einen Brief mit deklarirtem Werthe von 1 bis mit 300 Thlr.		
	für 1 Packet bis mit 1 Pfund Gewicht oder 300 Thlr. Werth		
	für eine über 1 Pfund bis mit 5 Pfund schwere Geld= oder Werthsendung bis mit 300 Thlr. Werth	1 Ngr.	
	für eine Packetsendung ohne Werthangabe von über 1 Pfund bis mit 5 Pfund Gewicht		
	wogegen für die übrigen unter b I aufgeführten Sendungen eine Bestell= und Quittungsgebühr nicht zu entrichten ist;		
	c) bei der Abholung der mit den Posten von weiterher eingegangenen Sendungen, ohne Unterschied, ob dieselben nach dem Postorte oder nach Landorten gerichtet sind:		
	I. unfrankirte Sendungen:		
	für eine Sendung in Briefform, welche weder rekommandirt, noch mit Werthsdeklaration versehen ist, einschließlich der Vorschußbriefe	3 Pf.	
	für einen Brief mit deklarirtem Werthe unter einem Thaler		
	für einen rekommandirten Brief	5 Pf.	
	für einen Brief mit Insinuationsdokument (ausschließlich der Insinuationsgebühr)		
	für einen Brief, auf welchen eine Baareinzahlung erfolgt ist		
	für einen Brief mit deklarirtem Werthe von einem Thaler an		
	für einen Begleitbrief sammt der zugehörigen Sendung		
	II. frankirte und portofreie Sendungen:		
	für einen Vorschußbrief	3 Pf.	
	für einen Brief, auf welchen eine Baarzahlung erfolgt ist	5 Pf.	
	für einen Brief mit deklarirtem Werthe von einem Thaler an		
	wogegen für die übrigen unter c I aufgeführten Sendungen eine Bestell= und Quittungsgebühr nicht zu entrichten ist;		
	d) bei der Zutragung oder Abholung von Lokalbriefen oder Lokallandbriefen:		

Digitized by Google

Position.	Gegenstand der Taxe.	Betrag oder sonstige Festsetzung der Gebühren.	Vergl. Postordnung.
	für eine Sendung in Briefform bis 1 Pfund einschließlich	5 Pf.	
	für einen rekommandirten Brief einschließlich der Rekommandationsgebühr	28 Pf.	
	für einen Brief mit Werthsdeklaration bis zum Betrage von 300 Thlrn. und 8 Loth Gewicht an Bestellgebühr	8 Pf.	
	für jedes Hundert Thaler des deklarirten Werthes (wobei für geringere Sendung als 100 Thlr. oder überschießende Beträge über 100 Thlr. der Betrag für das volle Hundert erhoben wird)	5 Pf.	
	für die von einem und demselben Absender bei einer Postanstalt in Partien von 12 Stück und darüber und frankirt aufgegebenen gewöhnlichen (weder rekommandirten, noch mit Werthsdeklaration versehenen) Lokalbriefe und Lokallandbriefe bei gleichzeitiger Aufgabe		
	von 12 bis mit 30 Stück pro Stück	4 Pf.	
	„ 31 „ „ 60 „ „ „	3 „	
	„ mehr als 60 „ „ „	2½ „	
	e) bei Zeitungen:		
	bei deren Austragung im Postorte oder im Landbestellbezirke, für jede Austragung, daher abgesehen von der Zahl der bei jeder Austragung für einen und denselben Zeitungsabonnenten überbrachten Zeitungen		
	bei monatlich 1—3maliger oder wöchentlich 1maliger Ueberbringung	1 Ngr. vierteljährlich.	
	bei wöchentlich 2—3maliger Ueberbringung	2 Ngr. vierteljährlich.	
	bei wöchentlich 4maliger Ueberbringung	3 Ngr. vierteljährlich.	
	bei wöchentlich 5maliger Ueberbringung	4 Ngr. vierteljährlich.	
	bei wöchentlich 6—7maliger Ueberbringung	5 Ngr. vierteljährlich.	
	bei wöchentlich 8—14maliger Ueberbringung	6 Ngr. vierteljährlich.	
	bei wöchentlich 15- und mehrmaliger Ueberbringung . .	7 Ngr. vierteljährlich.	
	f) bei Expreßsendungen aus Orten des Königlich Sächsischen Postbezirks:		
	1) im Postorte:		
	für einen Brief (beziehendlich einschließlich der Quittungsgebühr)	3 Ngr.	
	für ein Packet (einschließlich der Quittungsgebühr) . .	5 Ngr.	
	2) nach Orten des Landbestellbezirks:		
	für einen Brief		
	das nach der Entfernung 2c. zu bemessende Expreß-		

Position.	Gegenstand der Taxe.	Betrag oder sonstige Festsetzung der Gebühren.	Vergl. Postordnung.
	botenlohn (einschließlich der Quittungsgebühr), jedoch im Mindestbetrage von 3 Ngr.		
	für ein Packet das nach der Entfernung ꝛc. zu bemessende Expreßbotenlohn (einschließlich der Quittungsgebühr), jedoch im Mindestbetrage von 5 Ngr.		
	Anmerkung. Im Verkehre mit dem Postvereins- und Auslande werden nur rekommandirte Briefe expreß bestellt und es wird erhoben: bei der Bestellung im Postorte 3 Ngr. (einschließlich der Quittungsgebühr) und bei der Bestellung nach Landorten, neben dem nach der Entfernung ꝛc. zu bemessenden Expreßbotenlohne, eine Gebühr von 3 Ngr. (einschließlich der Quittungsgebühr) für Besorgung des Boten.		
4.	Briefporto	. . . . .	§. 56.
	für den einfachen Brief { bis mit 5 Meilen	½ Ngr.	
	für den einfachen Brief { über 5 Meilen	1 Ngr.	
	für schwere Schriftensendungen, bis das Packereiporto (vgl. Pos. 16) mehr beträgt { bis mit 5 Meilen . .	1 Ngr.	
	für schwere Schriftensendungen ... { über 5 Meilen	2 Ngr.	
5.	Contogebühren	. . . . .	§. 77.
	für das höchstens einmonatliche Kreditiren	5 Prozent der kreditirten Summe oder 1½ Ngr. pro 1 Thlr.	
6.	Einzahlungsscheine, s. Pos. 19.		
7.	Expreßbriefe, s. Pos. 3 unter f.		
8.	Extrapost- und Couriertaxe	. . . . .	§. 79.
	a) an Rittgeld pro 1 Pferd und Postmeile { bei Extraposten	12½ Ngr.	
	a) an Rittgeld pro 1 Pferd und Postmeile { bei Courierposten	17½ Ngr.	
	b) für einen eingestellten Stationswagen pro Postmeile . . .	7½ Ngr.	
	c) an Postillonstrinkgeld bei einer Bespannung mit 2 Pferden, 3—4 Pferden, 6 Pferden, für 1½ Postmeile und darunter: 8 Ngr., 12 Ngr., 20 Ngr. für eine jede Postmeile darüber: 5 „ 7½ „ 12 „ für jede ½ Postmeile mehr: 1 „ 1½ „ 2½ „		
	d) an Schmiergeld und Wagenmeistergebühr:		
	wenn mit Fett geschmiert wird, pro Wagen	5 Ngr.	
	wenn gewöhnliche Schmiere verwendet wird, oder der Reisende das Material dazu hergiebt } pro Wagen	4 Ngr.	
	wenn nicht geschmiert wird	2½ Ngr.	
9.	Gewichtsporto, s. Pos. 16.		
10.	Insinuationsgebühr, vergl. Pos. 3 unter a I und b I . .	2½ Ngr.	§. 74.
11.	Kofferträgergebühren, s. Pos. 17.		

Digitized by Google

Position.	Gegenstand der Taxe.	Betrag oder sonstige Festsetzung der Gebühren.	Vergl. Postordnung.
12.	Kreuzbandsendungen	. . . .	§. 58.
	das Porto für frankirte Kreuzbandsendungen, ohne Unterschied der Entfernungen für jedes Loth exkl.	3 Pf.	
	und zwar so lange, bis die Packereitaxe erreicht wird, welche sodann eintritt (vergl. Pos. 16).		
13.	Lagergebühren für Poststücke	. . . .	§. 76.
	von der zweiten Woche der Lagerung an gerechnet: für ein Poststück ohne deklarirten Werth	1 Ngr. pro Woche.	
	für ein dergleichen mit deklarirtem Werthe	2 Ngr. pro Woche.	
14.	Lokalporto für Lokal-Orts- und Landbriefe, s. Pos. 3 d.		
15.	Muster von Waaren, s. Pos. 28.		
16.	Packereiporto (Gewichts- und beziehendlich Werthsporto) . .	. . . .	§. 65 fg.
	a) die Gewichtstaxe für jedes Pfund auf 5 Meilen ¼ Ngr. . und mindestens das doppelte tarifmäßige Briefporto (vgl. Pos. 4).	1¼ Pf.	
	b) die Werthstaxe für jedes Hundert Thaler deklarirten Werthes . . . bis 15 Meilen . .	½ Ngr.	
	über 15 Meilen . .	1 Ngr.	
17.	Packetträgergebühren	. . . .	§. 75.
	dieselben sind bei jeder Postanstalt besonders festgesetzt und durch Anschlag an Expeditionsstelle bekannt gemacht.		
18.	Personengeld bei den Staatsposten	. . . .	§. 78.
	dasselbe ist für jeden Postkours besonders festgestellt.		
19.	Postscheine	. . . .	§. 68
	für einen Postschein (über Werthsendungen) und . . . . für einen Einzahlungsschein (über Baareinzahlungen) . . .	½ Ngr.	
20.	Proben von Waaren, s. Pos. 28.		
21.	Prokuragebühren	. . .	§. 73.
	die Prokuragebühr für den auf eine Brief- oder Packetsendung entnommenen Postvorschuß,		
	für je Einen Thaler oder Theil eines Thalers	½ Ngr.	
	als Minimalsatz	1 Ngr.	
22.	Quittungsgebühren, s. Pos. 3.		
23.	Rekommandationsgebühr für einen mit den Posten weiter gehenden Brief ohne Unterschied des Gewichts und der Entfernung	2 Ngr.	§. 57.
24.	Dergleichen für einen Lokal-Orts- und Landbrief, s. Pos. 3 d.		
25.	Scheingebühr, s. Pos. 19.		
26.	Staffettentaxe	. . . .	§§. 79, 80.
	1) bei Beförderung einer Staffettensendung mit Postgespann,		
	a) Rittgeld pro 1 Pferd und 1 Postmeile	17 ½ Ngr.	
	b) Expeditionsgebühr für eine Staffettensendung am Abgangsorte zu bezahlen	15 Ngr.	
	c) Bestellgebühr für eine dergleichen am Bestimmungsorte	5 Ngr.	

Digitized by Google

Position.	Gegenstand der Taxe.	Betrag oder sonstige Festsetzung der Gebühren.	Vergl. Postordnung.
	2) bei Beförderung einer Staffettensendung mit Eisenbahnzügen,		
	a) die Expeditionsgebühr	15 Ngr.	
	b) das tarifmäßige Porto für die Sendung nach dem Gewichte,		
	hierüber		
	wenn ein besonderer Postbegleiter zur Sicherung der Sendung hat eingestellt werden müssen,		
	c) das tarifmäßige Personengeld für die Hin- und Rückreise des Begleiters nach der dritten Eisenbahnfahrklasse		
	und		
	d) die Diäten des Begleiters für jeden ganzen oder angefangenen Tag, welcher zur Hinreise des Begleiters und zur Rückreise desselben mit dem nächsten Eisenbahnzuge erforderlich ist, an	15 Ngr.	
27.	Ueberfrachtgebühr für je 1 Pfund auf die nach den Postcoursmeilen zu berechnende Entfernung: bis zu zwei Meilen inkl. . .	1¼ Pf.	§. 70.
	über 2 Meilen für die ganze Entfernung auf je zwei Meilen .	1 Pf.	
28.	Waarenproben und Muster in der im §. 17 unter 14 der Postordnung bezeichneten Beschaffenheit		§. 59.
	bis zum Gewichte von zwei Lothen exkl. bis mit 5 Meilen	½ Ngr.	
	bis zum Gewichte von zwei Lothen exkl. über 5 Meilen	1 Ngr.	
	bei schwereren Sendungen ist das Packereiporto zu erheben.		
29.	Werthsporto, s. Pos. 16.		
30.	Zeitungsprovision		§. 81 fg.
	a) bei politischen Zeitungen:		
	Zuschlag zu dem von dem Verleger gestellten Erlaßpreise	25 Prozent des Ladenpreises.	
	mit		
	dem Maximalbetrage des Zuschlags von	6 Thlrn.	
	dem Minimalbetrage des Zuschlags von	½ Thlr.	
	b) bei nicht politischen Blättern:		
	Zuschlag zu dem Erlaßpreise (ohne Maximal- oder Minimalbetrag des Zuschlags)	25 Prozent des Einkaufspreises.	

Digitized by Google

Herzogl. Sachsen-Altenburgische
Gesetzsammlung.

Stück IX. 1864. Ausgeg. den 3. November 1864.

40. Ministerial-Bekanntmachung,

betreffend die gegenseitige Zulassung zur Ausübung des Gewerbebetriebes zwischen dem Herzogthum Sachsen-Altenburg und dem Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt,

vom 16. September 1864.

(Publizirt in Nr. 127 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 11. Oktober 1864.)

Unter Hinweis auf die Bestimmungen in den §§. 17 und 18 der Gewerbeordnung vom 31. März vorigen Jahres und §. 20 Absatz 4 der Ausführungs-Verordnung dazu und unter Bezugnahme auf die Ministerialbekanntmachung vom 22. Dezember 1863 (Seite 291 ff. der Gesetzsammlung vom Jahre 1863) wird somit nach erfolgtem Austausch von Erklärungen zwischen den beiderseitigen Staatsregierungen zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß

in dem Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt

den diesseitigen Staatsangehörigen eine gleiche Vergünstigung hinsichtlich der gewerblichen Niederlassung, des Verkehrs über die Grenze, des Gewerbebetriebes im Umherziehen und des Hausirhandels gewährt wird, wie sie in den obenangezogenen Gesetzesparagraphen den Ausländern unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit diesseits zugesichert worden ist. Bei Gesuchen Angehöriger des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt um Zulassung zur Ausübung des selbstständigen Gewerbebetriebes im Herzogthum ist daher eine spezielle Nachweisung der bestehenden Gegenseitigkeit nicht erforderlich.

Hierbei sind jedoch folgende besondere Bestimmungen hervorzuheben:

1) Die Zulassung der Angehörigen des gedachten Fürstenthumes zur Ausübung des Gewerbebetriebes, insonderheit des Gewerbebetriebes im Umherziehen und des Hausirhandels im Herzogthum erfolgt selbstverständlich nach Maaßgabe der diesseitigen Gewerbegesetzgebung.

2) Da im Herzogthum Sachsen-Altenburg zu den persönlichen Eigenschaften, durch deren Besitz die Zulassung zum Gewerbebetrieb bedingt ist, gesetzmäßig das Bekenntniß christlicher Religion ge-

Digitized by Google

hört, so können Angehörige des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt jüdischen Glaubensbekenntnisses zum Gewerbebetrieb diesseits nicht zugelassen werden.

3) Bezüglich der Beibringung des Befähigungsnachweises zur Ausübung des Hufbeschlages und zur selbstständigen Ausführung und Leitung von Bauten bestehen im Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt nach §. 18 der dortigen Gewerbeordnung und §. 27 und 28 der Ausführungsverordnung dazu im Wesentlichen ähnliche Vorschriften, wie diesseits nach §. 16 der hierländischen Gewerbeordnung und §. 23 und 24 der Ausführungsverordnung hierzu. Es sollen daher gegenseitig die Angehörigen des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt im hiesigen Herzogthum zur Ausübung des Hufbeschlages und zur selbstständigen Ausführung und Leitung von Bauten, und umgekehrt die diesseitigen Unterthanen zu dem gleichen Gewerbebetriebe im Fürstenthum Schwarzburg-Rudolstadt in soweit als befähigt angesehen werden, als sie in ihrer Heimath hierauf Anspruch haben.

Altenburg, den 16. September 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.
v. Larisch.

---

41. Bekanntmachung des Konsistorii,

die Maturitätsprüfungen betreffend,

vom 4. Oktober 1864.

Nachdem ein neues Regulativ für die Maturitätsprüfungen entworfen und von Seiner Hoheit dem Herzog mittelst Höchsten Reskripts vom 12. September l. J. genehmigt worden ist, so wird dasselbe Höchstem Auftrage zufolge unter Aufhebung der entgegen stehenden Bestimmungen der Gymnasialstatuten vom 4. Februar 1834, insbesondere des ganzen §. 44 derselben, nachstehend zur Nachachtung für die Betheiligten bekannt gemacht, mit dem Bemerken, daß der in §. 26, Ziffer 7 des Regulativs von den Abiturienten verlangte Nachweis ihrer Sicherheit in der Lehre von den Kombinationen, sowie der Kenntniß des binomischen Lehrsatzes erst von der im Jahre 1867 abzuhaltenden Maturitätsprüfung an gefordert werden wird, und daß die im §. 45 der Gymnasialstatuten begründete Verpflichtung für jeden das Gymnasium Verlassenden zur Auswirkung eines von dem Lehrerkollegium auszustellenden Testimonii nach wie vor ihre Gültigkeit behält.

Altenburg, den 4. Oktober 1864.

Herzoglich Sächsisches Konsistorium.
F. Liliencron.

Digitized by Google

Regulativ für die Maturitätsprüfungen.

§. 1.

Alle Altenburgischen Landes-Unterthanen, welche die Universität beziehen wollen, müssen sich bei Verlust jeder Aussicht auf unmittelbare oder mittelbare Anstellung im Staatsdienst und im Kirchendienst (cfr. §. 29. 2.) der nachstehend geordneten Maturitätsprüfung unterziehen.

Dispensationen von dieser Verpflichtung Behufs des Besuches bestimmter Vorlesungen auf der Universität sind besonders nachzusuchen.

§. 2.

Zweck der Maturitätsprüfung ist, zu erforschen, ob der Abiturient den Grad der Schulbildung erlangt hat, welcher erforderlich ist, um sich mit Nutzen und Erfolg dem Studium eines besonderen wissenschaftlichen Faches zu widmen.

§. 3.

Die Maturitätsprüfung findet bis auf Weiteres jährlich einmal in den Wochen Estomihi und Oculi vor einer Prüfungs-Kommission statt, welche besteht

1) aus drei von dem Herzog für jede einzelne Maturitätsprüfung hierzu bestimmt werdenden Mitgliedern des Konsistoriums, von welchen das dem Range nach vorgehende in der Regel den Vorsitz führt,

2) dem Direktor des Gymnasiums und denjenigen übrigen Gymnasiallehrern, welche die einzelnen Prüfungen — schriftliche und mündliche — abhalten, mit Ausnahme des Fachlehrers für den Unterricht im Französischen.

Der Regel nach liegt die Prüfung in den einzelnen Fächern denjenigen Lehrern ob, welche in dem betreffenden Fache in der ersten Klasse des Gymnasiums den Hauptunterricht ertheilen (vergl. §. 10).

Dem Vorsitzenden ist es gestattet, den geistlichen Räthen des Konsistoriums als Mitgliedern der Prüfungskommission bei der mündlichen Prüfung das Examiniren in einzelnen Fächern unter ihrer Zustimmung zu übertragen.

Die Prüfungskommission faßt, den in §. 24 bemerkten Fall ausgenommen, ihre Beschlüsse nach Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt solchenfalls das Votum des Vorsitzenden den Ausschlag.

§. 4.

Die Schüler des Friedrichsgymnasiums zu Altenburg, welche sich der Maturitätsprüfung zu unterziehen wünschen, haben bis zum 15. Januar jeden Jahres beim Direktor der Schule mündlich

Digitized by Google

um Zulassung zur Prüfung nachzusuchen. Andere, welche sich der Prüfung zu unterziehen wünschen, haben bis zu demselben Termine ihre Gesuche unter Beifügung der Zeugnisse ihrer bisherigen Lehrer über ihre Studien und sittliche Führung beim Herzoglichen Konsistorium einzureichen, welches dieselben, wenn es sich nicht veranlaßt findet, das Gesuch sofort zurückzuweisen, der Prüfungskommission zur Wahrnehmung des weiter Erforderlichen zustellt.

In der Regel werden nur Diejenigen zur Prüfung zugelassen, welche mindestens zwei Jahre die oberste Klasse eines Gymnasiums besucht haben.

§. 5.

Das Lehrerkollegium fertigt ein Verzeichniß derjenigen Schüler an, welche sich zur Maturitätsprüfung gemeldet haben. Dasselbe hat in tabellarischer Form zu enthalten: den Geburtstag und Heimathsort der einzelnen Abiturienten, den Stand des Vaters, die Dauer des Aufenthalts auf der Schule im Allgemeinen, in der ersten Klasse im Besonderen, das gewählte Fakultätsstudium oder den sonstigen Lebensberuf, eine genaue Angabe ihrer Leistungen in den einzelnen Hauptfächern, und ein Urtheil über Talent, Fleiß und das sittliche Betragen derselben, sowie Angaben über die Vermögensverhältnisse der Abiturienten und über die von ihnen zu verhoffenden Stipendien.

Dieses Verzeichniß wird vom Direktor des Gymnasiums dem Vorsitzenden der Prüfungskommission zugestellt.

Der Vorsitzende der Prüfungskommission veranlaßt, daß in diesem Verzeichniß bezüglich derjenigen Abiturienten, welche nicht Schüler des Friedrichsgymnasiums gewesen sind, aus deren Zeugnissen und nöthigenfalls nach eingezogenen näheren Nachrichten das Erforderliche hinzugefügt wird.

§. 6.

In einer von dem Vorsitzenden der Prüfungskommission anzuberaumenden Sitzung derselben wird sodann darüber Beschluß gefaßt, welche der Gesuchsteller zur Maturitätsprüfung zuzulassen, oder auf ein Jahr oder gänzlich zurückzuweisen sind. Schülern, welche den Kursus ihres Gymnasiums vollendet haben, kann jedoch die Zulassung zum Examen nicht verweigert werden, wenn sie trotz erhaltener Abmahnung darauf bestehen. Die gefaßten Entschließungen werden den Abiturienten, welche Schüler des Friedrichsgymnasiums sind, durch den Direktor mündlich, etwaigen Auswärtigen dagegen durch eine schriftliche Mittheilung der Prüfungskommission eröffnet.

§ 7.

Die Maturitätsprüfung hat sich zu erstrecken

1) in Sprachen:

auf die deutsche, lateinische, griechische und französische, bei zukünftigen Theologen und Philologen auch auf die hebräische Sprache;

2) in den Wissenschaften:

Digitized by Google

auf die Kenntniß der Lehren der evangelisch-lutherischen Kirche, auf Geschichte verbunden mit Geographie, auf Mathematik und Physik.

§. 8.

Die Maturitätsprüfung zerfällt in eine schriftliche und mündliche.

§. 9.

Das Maturitätsexamen beginnt mit der schriftlichen Prüfung in der Woche Estomihi.

§ 10.

Die schriftliche wie mündliche Prüfung wird der Regel nach und unbeschadet der in §. 3 (vorletztes alinea) dem Vorsitzenden der Prüfungskommission ertheilten Befugniß von den Hauptfachlehrern der Selekta vorgenommen. Nöthigen Falls bestimmt der Vorsitzende der Prüfungskommission, welche Lehrer in den vorgeschriebenen Fächern zu examiniren haben und in Folge des eventuell zur Prüfungskommission hinzutreten (cfr. oben §. 3, Ziffer 2).

Die zu lösenden Aufgaben werden von der Prüfungskommission festgestellt, können aber auch von dem Vorsitzenden derselben bestimmt werden (cfr. §. 12 und §. 22 alin. 2).

§. 11.

Die schriftlichen Prüfungsarbeiten bestehen:

1) in einem prosaischen, in deutscher Sprache abzufassenden Aufsatz, welcher die Gesammtbildung des Examinanden, vorzüglich die Bildung des Verstandes und der Phantasie, sowie auch den Grad der stilistischen Reife in Hinsicht auf Bestimmtheit und Folgerichtigkeit der Gedanken, sowie auf planmäßige Anordnung und Ausführung des Ganzen in einer natürlichen, fehlerfreien, dem Gegenstande angemessenen Schreibart beurkunden soll;

2) in einem lateinischen Extemporale und in der freien lateinischen Bearbeitung eines den Examinanden als hinreichend bekannt anzunehmenden Gegenstandes. Der Zweck dieser Arbeiten ist die Ermittelung der grammatischen Sicherheit des Abiturienten und seiner Fähigkeit, sich lateinisch korrekt und mit Gewandtheit auszudrücken;

3) in der Uebersetzung einer Aufgabe aus dem Deutschen ins Griechische, welche den Zweck hat, Gewißheit darüber zu erlangen, ob die Examinanden mit der griechischen Formenlehre und Syntax genügend bekannt sind;

4) in der Uebersetzung eines Pensums aus dem Deutschen ins Französische;

5) in einer mathematischen Aufgabe, deren Gegenstand die Lösung von mehreren Aufgaben aus dem Gebiete der Geometrie und Arithmetik ist, soweit diese Wissenschaften in den Kreis des Schulunterrichts fallen. Eine Verbindung der geometrischen oder arithmetischen Aufgabe mit Lehrsätzen der Physik ist zulässig und wünschenswerth.

Digitized by Google

§. 12.

Für die freie lateinische, die deutsche und die mathematische Arbeit (§. 11, 1, 2 und 5) sind der Prüfungskommission von den betreffenden Lehrern mehrere Aufgaben zur Auswahl vorzuschlagen. Der Vorsitzende der Prüfungskommission kann jedoch die Aufgaben auch nach eigenem Ermessen bestimmen. Es sind solche Aufgaben zu wählen, welche im Gesichtskreise der Schüler liegen, ohne spezielle Vorstudien gelöst werden können und über welche eine ausreichende Belehrung durch den vorgängigen Gymnasialunterricht vorausgesetzt werden kann. Auch dürfen die gestellten Aufgaben von den Abiturienten nicht schon früher in der Schule bearbeitet worden sein.

Alle Abiturienten erhalten dieselben Aufgaben und jede derselben wird ihnen erst in dem Augenblicke bekannt gemacht, wo die Bearbeitung beginnen soll.

§. 13.

Bei Lösung der schriftlichen Aufgaben sind den Examinanden zuzugestehen:

1) für die lateinische, deutsche und mathematische Arbeit je ein Vormittag von etwa fünf Arbeitsstunden;

2) für das lateinische Extemporale, die griechische und französische Ueberseßung eine Arbeitszeit von etwa je zwei bis höchstens drei Stunden.

Die Bestimmung, an welchen Tagen der Woche die einzelnen Prüfungen vorzunehmen finde bleibt dem Ermessen der Prüfungskommission überlassen.

§. 14.

Die schriftlichen Arbeiten werden in einem Klassenzimmer des Gymnasiums unter beständiger Aufsicht eines Lehrers angefertigt.

Die Aufsicht führenden Lehrer haben darüber zu wachen, daß die Examinanden die Aufgaben lediglich mit Benutzung der Wörterbücher und mathematischen Tafeln fertigen und weder gegenseitige, noch fremde Unterstützung erlangen.

Bei dem lateinischen Extemporale und bei der griechischen und französischen Ueberseßung ist weder Wörterbuch, noch Grammatik zu gestatten.

Es bleibt den betreffenden Lehrern nachgelassen, einzelne Wörter und Redewendungen anzugeben. Es sind aber die gegebenen Phrasen zugleich mit dem deutschen Text den Arbeiten der Abiturienten beizulegen. (§. 19).

§. 15.

Die Examinanden geben ihre Arbeiten nach Vollendung derselben an den Aufsicht führenden Lehrer ab.

Wer nach Ablauf der vorschriftsmäßigen Zeit mit seiner Arbeit nicht fertig ist, muß dieselb, unvollendet abgeben.

Digitized by Google

Die Aufsicht führenden Lehrer haben auf den Arbeiten zu bemerken, zu welcher Zeit dieselben abgegeben resp. abgefordert worden sind.

§. 16.

Wird ein Examinand durch Erkrankung gehindert, zur Maturitätsprüfung sich zu stellen, oder einzelne Arbeiten zu fertigen oder zu vollenden, so werden ihm, wenn einem Gesuche um Zulassung zu einer nachträglichen Prüfung resp. um Vollendung der unterbrochenen Prüfung stattgegeben wird, neue Aufgaben gestellt.

§. 17.

Schüler, welche bei Anfertigung der Prüfungsarbeiten unerlaubte Hilfsmittel benutzen, oder Anderen dazu behülflich sind, werden von dem Aufsicht führenden Lehrer sofort von dem betreffenden Theil der Prüfung ausgeschlossen.

Der Aufsicht führende Lehrer hat sodann der Prüfungskommission eine Anzeige zu machen und diese kann die Schuldigen für diesmal von der Prüfung ausschließen.

Wer sich bei einer wiederholten Prüfung desselben Vergehens schuldig macht, kann für immer von der Maturitätsprüfung ausgeschlossen werden.

§. 18.

Die schriftlichen Arbeiten der Examinanden werden von den betreffenden Lehrern genau durchgesehen, verbessert und mit Angabe ihres Verhältnisses zu dem §. 26 angegebenen Maßstabe, sowie bezüglich zu den gewöhnlichen Leistungen des betreffenden Examinanden ausführlich beurtheilt. Zum Schluß des Urtheils ist ein zusammenfassendes Prädikat über den Werth der Arbeit beizufügen. Es sind dabei lediglich die Prädikate: „ungenügend, genügend, gut, vorzüglich" anzuwenden. Alle weiteren Modifikationen des Gesammturtheils sind unzulässig.

§. 19.

Die so korrigirten und beurtheilten Arbeiten werden mit den nöthigen Beilagen, namentlich mit dem Text zum lateinischen Extemporale, zur griechischen und französischen Uebersetzung, und für die mathematische Arbeit mit dem Wortlaut der gestellten Aufgaben möglichst bald nach Schluß der für jedes einzelne Fach bestimmten Prüfungszeit an den Vorsitzenden der Prüfungskommission abgegeben, welcher sie bei sämmtlichen Mitgliedern derselben in bestimmter Reihefolge in Cirkulation setzt.

§. 20.

Diejenigen Abiturienten, deren schriftliche Arbeiten sämmtlich oder der Mehrzahl nach als ungenügend bezeichnet worden sind, können durch Beschluß der Prüfungskommission vom mündlichen Examen zurückgewiesen werden.

Digitized by Google

§. 21.

Das mündliche Examen findet in der Woche Oculi Donnerstags und Freitags von Vormittags 8 Uhr an vor sämmtlichen Mitgliedern der Prüfungskommission statt.

§. 22.

Gegenstände der mündlichen Prüfung sind das Lateinische, Griechische, Mathematik und Physik, Geschichte mit Geographie, Religion und für die zukünftigen Theologen und Philologen das Hebräische.

Im Lateinischen und Griechischen haben die Examinanden eine oder mehrere von der Prüfungskommission oder auch von dem Vorsitzenden derselben (§. 10) bestimmte und dem betreffenden Lehrer vorher mitzutheilende oder auch dem examinirenden Lehrer selbst zur Auswahl zu überlassende Stellen aus einem in der ersten oder zweiten Klasse des Gymnasiums gelesenen prosaischen Schriftsteller oder Dichter zu übersetzen und zu erklären, um sowohl ihre Fertigkeit und Gewandtheit im Auffassen des Sinnes und in richtigem, dem deutschen Sprachgenius angemessenen Uebersetzen, als auch ihre grammatischen und antiquarischen Kenntnisse zu ermitteln.

Von den Examinanden dürfen dabei nur Ausgaben ohne Anmerkungen benutzt werden. Die Prüfung erfolgt in der Regel in lateinischer Sprache und es haben die Examinatoren den Examinanden Gelegenheit zu geben, sich klar und zusammenhängend auszusprechen, um ihre erlangte Fertigkeit im mündlichen lateinischen Ausdruck zu zeigen.

Die Prüfung in der Mathematik, Physik, Geographie, Geschichte und Religion hat darzuthun, wie weit die Abiturienten den §. 26 gegebenen Anforderungen genügen.

Im Hebräischen haben die zukünftigen Theologen und Philologen eine oder mehrere Stellen aus dem Grundtext des alten Testaments zu übersetzen und zu erklären und dabei ihre Kenntnisse in der hebräischen Grammatik zu zeigen.

§. 23.

Möglichst bald nach beendigter mündlicher Prüfung stellt die Prüfungskommission in einer vom Vorsitzenden zu berufenden Versammlung fest, welche den Grad der Reife bezeichnenden Censuren den einzelnen Abiturienten nach dem Ergebniß der Prüfung unter Berücksichtigung ihrer Leistungen während der Schulzeit zu ertheilen sind.

Das Urtheil der Kommission muß sich in bestimmten Ausdrücken über die in den einzelnen Unterrichtsfächern erlangten Kenntnisse und über das während der Schulzeit bewiesene sittliche Verhalten aussprechen und ist in einem allgemeinen Prädikate zusammen zu fassen. Als solche sind anzuwenden:

Censur 1 (vorzüglich gut),
Censur 2 (gut),
Censur 3 (genügend).

Digitized by Google

Diejenigen Examinanden, welchen nicht wenigstens das Prädikat genügend ertheilt werden kann, sind auf eine spätere Prüfung zu verweisen. Wer auch bei einer zweiten Prüfung nicht mindestens das Prädikat: genügend — erhalten kann, ist für immer von den akademischen Studien zurückzuweisen.

§. 24.

Wenn bei der Schlußfassung (§. 23) diejenigen Mitglieder der Prüfungskommission, welche aus dem Konsistorium hierzu ernannt sind (§. 3, Ziffer 1) übereinstimmend dahin votiren, daß ein Examinirter die erforderliche Reife nicht besitze, so ist dieses Votum für maßgebend zu betrachten dergestalt, daß die hiervon etwa abweichende Mehrheit der Stimmen in der Kommission nicht zur Geltung kommt.

§. 25.

Ueber die Schlußberathung (§. 23) wird ein Protokoll von einem durch den Vorsitzenden beauftragten Mitgliede der Kommission aufgenommen und es ist dasselbe mittelst Bericht an Herzogliches Konsistorium einzusenden.

§. 26.

Als leitende Richtschnur bei den Schlußberathungen der Prüfungskommission dienen folgende Bestimmungen.

Im Allgemeinen soll der Maßstab für die Abiturientenprüfung kein anderer sein, als der, welchen das Klassenziel für Selekta gibt.

Im Besonderen sind folgende Erfordernisse zu beachten:

1) im Deutschen muß der Abiturient gezeigt haben, daß er ein für den Aufsatz in der Muttersprache ihm gegebenes Thema richtig aufzufassen und logisch geordnet und mit Urtheil entwickelt in einer fehlerfreien, deutlichen, dem Gegenstande angemessenen Schreibart darzustellen vermag;

2) im Lateinischen müssen die schriftlichen Arbeiten ohne gröbere Fehler gegen die Grammatik und ohne grobe Germanismen abgefaßt sein und einige Gewandtheit im Ausdruck zeigen.

   Das mündliche Examen muß dargethan haben, daß der Abiturient die weniger schwierigen Reden und philosophischen Schriften Cicero's, die Werke des Sallust und Livius, sowie die Gedichte des Virgilius und Horaz ohne große Schwierigkeit zu verstehen und ins Deutsche zu übersetzen vermag.

3) In der griechischen Sprache müssen die Examinanden ihre Festigkeit in der Formenlehre und den Hauptregeln der Syntax gezeigt und ihre Fähigkeit dargethan haben, die epischen Werke Homers, die Dramen des Sophokles, die historischen Schriften Xenophons und Herodots, sowie die kürzeren und leichteren Dialoge Platons zu verstehen und in deutscher Sprache wiederzugeben.

Digitized by Google

4) Im Französischen muß die schriftliche Arbeit ohne grobe Verstöße gegen die Grammatik sein.

5) Im Hebräischen müssen die zukünftigen Theologen und Philologen eine genügende Bekanntschaft mit der Grammatik der hebräischen Sprache darthun und leichte Stellen aus den historischen und poetischen Büchern des alten Testaments übersetzen können.

6) In der Religion haben die Abiturienten eine wohlbegründete Kenntniß der christlichen Glaubens- und Sittenlehre, verbunden mit einer Uebersicht der Geschichte der christlichen Religion, sowie insbesondere ein Verständniß der Hauptunterscheidungslehren der evangelisch-lutherischen Konfession nachzuweisen.

7) In der Mathematik ist darzuthun die Fertigkeit in den Rechnungen des gemeinen Lebens, wie sie auf die Proportionslehre gegründet sind, Sicherheit in der Lehre von den Potenzen, Wurzeln, Progressionen und Kombinationen, ferner eine Bekanntschaft mit den Elementen der Algebra und Geometrie, sowohl der Planimetrie, als Stereometrie und ebenen Trigonometrie, Gewandtheit in Behandlung der Gleichungen ersten und zweiten Grades und im Gebrauche der Logarithmen und trigonometrischen Tafeln, sowie Kenntniß des binomischen Lehrsatzes.

8) In der Physik ist zu fordern eine klare Einsicht in die Lehre über die allgemeinen Eigenschaften der Körper, die Gesetze des Gleichgewichts und der Bewegung und eine Kenntniß der hauptsächlichsten Lehrsätze über die flüssigen Körper und über Wärme, Licht, Magnetismus, Elektrizität.

9) In der Geschichte und Geographie ist darzuthun, eine allgemeine Bekanntschaft mit den Umrissen der Länder, der Orographie und Hydrographie, sowie mit der politischen Geographie der Gegenwart, und eine deutliche und sichere Uebersicht der allgemeinen Weltgeschichte, sowie der Geschichte des griechischen, römischen und deutschen Volkes im Besonderen.

§. 27.

Auf Grund des in der Schlußberathung aufgenommenen Protokolls werden die Maturitätszeugnisse der einzelnen Abiturienten vom Direktor des Gymnasiums im Konzept ausgefertigt und von sämmtlichen Mitgliedern der Prüfungskommission gezeichnet.

Die Maturitätszeugnisse werden sodann, mit der Unterschrift des Vorsitzenden und dem Siegel der Prüfungskommission versehen, bei der §. 46 der Gymnasialstatuten angeordneten feierlichen Valediktion durch den Direktor des Gymnasiums den Abiturienten ausgehändigt.

§. 28.

Die bei der Prüfungskommission nöthigen Ausfertigungen werden in der Kanzlei des Herzoglichen Konsistoriums besorgt.

§. 29.

Nur diejenigen Abiturienten, welche mit dem Zeugnisse der Reife versehen die Universität beziehen, können

Digitized by Google

1) ohne vorgängige Dispensation (§. 1) auf der Landesuniversität inskribirt werden;

2) zu den Prüfungen Behufs der Anstellung im unmittelbaren oder mittelbaren Staatsdienst oder im Kirchendienst, für welche ein mindestens dreijähriges Universitätsstudium vorgeschrieben ist, zugelassen werden;

3) an den von der Kollatur des Konsistoriums abhängigen Benefizien für Studirende, soweit nicht Privatstiftungen etwas Anderes vorschreiben, partizipiren.

---

42. Bekanntmachung der Landesregierung,

die Eröffnung des Landessiechenhauses (Krankenhauses zweiter Abtheilung) zu Altenburg betreffend,

vom 5. Oktober 1864.

(Publizirt in Nr. 125 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 6. Oktober 1864.)

Nachdem das neuerrichtete Landessiechenhaus (Krankenhaus 2. Abtheilung) zu Altenburg am 4. dieses Monats eröffnet worden ist, so wird über die Bestimmung desselben, ingleichen über die Bedingungen der Aufnahme in diese zu allgemeiner Benutzung bestimmten Landesanstalt, sowie über die darin Statt findende Verpflegung und die dafür zu entrichtenden Verpflegungskosten Folgendes zu öffentlicher Kenntniß gebracht:

1) Die Anstalt ist zur Aufnahme und Verpflegung von Siechen aus dem Herzogthume Sachsen-Altenburg bestimmt. Unter Siechen sind Solche zu verstehen, welche mit einem Uebel behaftet sind, das unheilbar ist, Jahre lang dauert, arbeitsunfähig macht und Pflege und Wartung erfordert. Es sind daher als Sieche namentlich zu betrachten:

1) Gelähmte,
2) Gichtbrüchige,
3) unheilbar Blinde,
4) mit Epilepsie ohne Geistesstörung
5) mit Fußgeschwüren
6) mit Knochenfraß
7) mit Hautausschlägen
8) mit fressenden Flechten

(4–8: Behaftete,)

9) am Krebs der Gebärmutter, der Drüsen, des Gesichts und der Knochen Leidende.

46*

Digitized by Google

2) Die Aufnahme einer Person in die Anstalt verfügt nach eingeholter Genehmigung Herzoglicher Landesregierung der erste Arzt des Krankenhauses zu Altenburg, — gegenwärtig Herr Geheime Medizinalrath Dr. Göpel, zugleich Direktor desselben — an den sich dieserhalb zu wenden ist.

In dem Aufnahmegesuche, welches Behörden oder Privatpersonen an den ersten Anstaltsarzt zu richten haben, ist die Verpflegungsklasse, welcher der Aufzunehmende angehören soll, und die Art und Weise der Deckung der Verpflegungskosten näher zu bezeichnen; es ist ihm insbesondere aber auch regelmäßig ein ärztliches Zeugniß beizufügen, welches, wo irgend möglich, eine umfassende Darstellung des bisherigen Krankheitsverlaufs, unter genauer Berücksichtigung der etwaigen bekannten Ursachen, eine vollständige Schilderung des Zustandes, in welchem der untersuchende Arzt den Kranken gefunden, sowie endlich eine genaue Angabe aller bisher gegen die Krankheit angewendeten, inneren und äußeren Heilmittel enthalten muß.

3) Für die Verpflegung der Siechen in der Anstalt bestehen z. Z. zwei verschiedene Klassen, welche der zweiten und dritten Klasse der bei dem Krankenhause 1. Abtheilung bestehenden drei Verpflegungsklassen entsprechen. In diesen beiden Klassen erfolgt die Verpflegung der Kranken in derselben Weise, wie sie laut der Bekanntmachung Herzoglicher Landesregierung vom 10. August 1857 (vergl. Gesetz-Sammlung vom Jahr 1857, pag. 177) für die zweite und dritte Klasse der Kranken im Krankenhause 1. Abtheilung vorgeschrieben ist. Das tägliche Verpflegungsgeld, welches regelmäßig von Vierteljahr zu Vierteljahr im Voraus an das Herzogliche Steuer- und Rentamt zu Altenburg zu bezahlen ist, beträgt bei Inländern für die dermalige

erste Klasse 9 Ngr.,
zweite Klasse 5 Ngr.

4) Für die Kur- und Arzneikosten steht die Anstalt ein, die Kosten des Transports in die Anstalt aber oder aus derselben, ingleichen die Beerdigungskosten haben die Betheiligten zu tragen.

5) Die unmittelbare Leitung der Anstalt ist dem ersten Anstaltsarzt (dermalen Herrn Geheime Medizinalrath Dr. Göpel als Direktor) und die Vertretung desselben in Abwesenheits- und Behinderungsfällen dem zweiten Anstaltsarzt (dermalen Herrn Leib- und Gerichts-Arzt Dr. Geinitz) anvertraut.

Zur oberen Leitung und Beaufsichtigung der Anstalt ist Herzogliche Landesregierung verfassungsmäßig berufen.

Altenburg, den 5. Oktober 1864.

Herzoglich Sächsische Landesregierung.
Schönherr.

Digitized by Google

43. Verordnung,

die Volkszählung betreffend,

vom 13. Oktober 1864.

(Publizirt in Nr. 130 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 18. Oktober 1864.)

Wir Ernst,

von Gottes Gnaden Herzog zu Sachsen, Jülich, Kleve und Berg, auch Engern und Westphalen ꝛc. ꝛc.

haben zum Theil mit Rücksicht auf neuere Beschlüsse der Zollvereinsregierungen für nöthig befunden, den Volkszählungen, welche, abgesehen von der Förderung wissenschaftlicher Zwecke, der Staatsverwaltung eine genaue Kenntniß von der Zahl und der Beschaffenheit der Bewohner des Landes geben sollen und welche zugleich als Maßstab für die Berechnung des Antheils Unseres Herzogthums an den gemeinschaftlichen Einnahmen des Zollvereins und der sonstigen in Steuer-Gemeinschaft stehenden Staaten dienen, eine veränderte, diesen verschiedenen Zwecken Rechnung tragende Einrichtung geben zu lassen.

Indem Wir daher die auf die Volkszählung bezügliche Verordnung Unserer Landesregierung und Unseres Konsistoriums vom 10. November 1840 nebst der in dieselbe aufgenommenen Konsistorial-Verordnung vom 1. September 1835 (Gesetzsammlung vom Jahre 1840, pag. 98 fl.), ingleichen die in pag. 90 fl. der Gesetzsammlung vom Jahre 1846 publizirte Bekanntmachung Unseres Konsistoriums vom 23. Oktober 1846, soweit solche die Aufnahme der Bevölkerung zum Gegenstande haben, hiermit außer Wirksamkeit setzen, bestimmen Wir Folgendes:

Während die Aufnahme und Zusammenstellung der aus den Kirchenbüchern zu entnehmenden kirchlich-statistischen Nachrichten der ferneren Leitung Unseres Konsistoriums unterstellt bleibt, auch die in dieser Beziehung für die Ephoren und Pfarrer bestehenden Obliegenheiten keine Veränderung erleiden, geht die Leitung der Volkszählungen von dem Konsistorium auf Unsere Landesregierung über, welche Letztere für das Zählgeschäft und für die Aufstellung der betreffenden Listen und Tabellen die Thätigkeit der ihr unterstellten Verwaltungsbehörden in Anspruch nehmen wird dergestalt, daß die Ephoren und Pfarrer bei Aufstellung und Weiterbeförderung dieser Listen und Tabellen ferner nicht mehr amtlich zu konkurriren haben.

Digitized by Google

Ueber die Art und Weise der Zählung und was hierbei im Besonderen zu beobachten ist, über die Auf- und Zusammenstellung der Listen und Tabellen werden Seitens Unserer Landesregierung die benöthigten Instruktionen und Formulare zur Nachachtung für die betreffenden Behörden und beziehentlich für die ländlichen Gemeindevorstände und selbstständigen Ortseinwohner erlassen und herausgegeben werden.

Die erste Volkszählung nach der veränderten Einrichtung findet am 3. Dezember laufenden Jahres Statt.

Ob künftig noch, wie zeither, die Volkszählung alljährlich wiederholt wird oder in längeren Zwischenräumen vorzunehmen ist, bleibt der weiteren Bestimmung vorbehalten. In jedem Falle hat einer erneuerten Vornahme die entsprechende Anordnung Unserer Landesregierung vorauszugehen.

Gegeben Altenburg, am 13. Oktober 1864.

Ernst, Herzog von Sachsen-Altenburg.

v. Larisch. K. Pierer.

Digitized by Google

44. Ministerial-Bekanntmachung,

betreffend die fernere Gültigkeit der zwischen der Königlich Sächsischen und der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Staatsregierung unterm $\frac{\text{23. Mai}}{\text{20. Juni}}$ 1840 über die Leistung gegenseitiger Rechtshülfe abgeschlossenen Konvention,

vom 26. Oktober 1864.

Nachstehende Ministerial-Erklärung wird, nachdem solche gegen eine im Wesentlichen gleichlautende des Königlich Sächsischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten d. d. Dresden den 18. Oktober 1864, ausgewechselt worden ist, hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Altenburg, den 26. Oktober 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.

v. Larisch.

Ministerial-Erklärung,

die fernere Gültigkeit der zwischen der Königlich Sächsischen und der Herzoglich Sachsen-Altenburgischen Staatsregierung unterm $\frac{\text{23. Mai}}{\text{20. Juni}}$ 1840 über die Leistung gegenseitiger Rechtshülfe abgeschlossenen Konvention betreffend,

vom 13. Oktober 1864.

Auf den Grund stattgefundener Verhandlungen haben sich die Königlich Sächsische und die Herzoglich Sachsen-Altenburgische Staatsregierung zu der Erklärung vereinigt, daß die zwischen beiden Staaten wegen Leistung gegenseitiger Rechtshülfe unter dem $\frac{\text{23. Mai}}{\text{20. Juni}}$ 1840 abgeschlossene Kon-

Digitized by Google

vention als annoch in voller Wirksamkeit und Geltung bestehend betrachtet werden und diese Wirksamkeit und Geltung so lange behalten soll, als nicht dieser Vertrag durch eine anderweite Uebereinkunft aufgehoben oder von der einen oder andern Seite gekündigt worden ist, in welchem letzteren Falle die Konvention mit dem Ablaufe des nächsten auf die Kündigung folgenden Kalenderjahres erlischt.

Altenburg, den 13. Oktober 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.

v. Larisch.

(L. S.)

Digitized by Google

Herzogl. Sachsen-Altenburgische

Gesetzsammlung.

Stück X. 1864. Ausgeg. den 10. Dezember 1864.

45. Ministerial-Bekanntmachung,

eine nachträgliche Vereinbarung zu der zwischen dem Herzogthum Sachsen-Altenburg und dem Fürstenthum Reuß j. L. unterm $\frac{\text{22. Juni}}{\text{7. August}}$ 1832 abgeschlossenen Konvention zur Beförderung der Civilrechtspflege betreffend,

vom 12. November 1864.

(Publizirt in Nr. 144 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 19. November 1864.)

Auf Grund stattgefundener Verhandlungen haben sich die Staatsregierungen des Herzogthums Sachsen-Altenburg und des Fürstenthums Reuß jüngerer Linie zu einer Zusatzbestimmung zu der zwischen beiden Staaten bestehenden Convention wegen Beförderung der Civilrechtspflege vom $\frac{\text{22. Juni}}{\text{7. August}}$ 1832 geeinigt, welche folgendermaaßen lautet:

In den Fällen, wenn ein Unterthan des einen Staates in dem Territorium des anderen Staates verstirbt, ist unbeschadet der von dem Gerichte des Nachlaßortes vorzunehmenden ersten Sicherungsmaaßregeln stets die Gerichtsbehörde des Heimathsortes des Verstorbenen zur Regulirung des Nachlasses und eintretenden Falles zur Erhebung der Erbschaftssteuer berechtigt resp. verpflichtet. In gemischten Kirchen- und Schulgemeinden (§§. 7 und 19 des zwischen den beiderseitigen Staatsregierungen resp. Kirchenregimenten über die kirchlichen und Schulverhältnisse abgeschlossenen Rezesses vom 1./17. März 1859) ist völlig unbeschadet der dort geordneten eventuellen Unterstützungs-Verpflichtung der sämmtlichen betreffenden Gemeinden, die Heimathshörigkeit der Wittwe oder Kinder des Geistlichen oder Schullehrers so lange, bis sie anderwärts ein neues Heimathsrecht im landesgesetzlichen Wege ausdrücklich erworben haben, in demjenigen Staate anzunehmen, in dessen Territorium die Amtswohnung gelegen ist.

Solches wird zur Kenntnißnahme und Nachachtung öffentlich bekannt gemacht.

Altenburg, den 12. November 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.
v. Larisch.

Digitized by Google

46. Bekanntmachung der Landesregierung,

betreffend die Ausstellung von Auswanderungsscheinen im Herzogthum Anhalt,

vom 14. November 1864.

(Publizirt in Nr. 145 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 22. November 1864.)

Nach einer Mittheilung des Herzoglich Anhaltischen Staatsministeriums zu Dessau an das Herzogliche hohe Ministerium hier sind, anstatt daß früher in dem vormaligen, nunmehr mit den übrigen Anhaltischen Landen vereinigten Herzogthum Anhalt Bernburg die Herzogliche Regierung, Abtheilung des Innern in Bernburg mit der Ausfertigung der Auswanderungsurkunden beauftragt gewesen ist, neuerdings auch in dem ehemaligen Herzogthum Anhalt Bernburg, gleichwie in den übrigen Anhaltischen Landestheilen, die Herzoglichen Kreisdirektionen in Bernburg, Ballenstedt und Coswig zur Ausfertigung der Auswanderungsscheine ermächtigt worden.

Wir bringen Solches hiermit zu öffentlicher Kenntniß.

Altenburg, den 14. November 1864.

Herzoglich Sächsische Landesregierung.
Schönherr.

---

47. Ministerial-Bekanntmachung,

einen zwischen den Staaten des Zollvereins und den Großherzogthümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz einerseits, und dem Königreiche Siam andererseits abgeschlossenen Freundschafts-, Handels- und Schifffahrts-Vertrag betreffend,

vom 23. November 1864.

Ein zwischen den zum deutschen Zoll- und Handelsverein verbundenen Staaten und den Großherzogthümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz einerseits, und dem Königreiche Siam andererseits zu Bangkok am 7. Februar 1862 durch Bevollmächtigte abgeschlossener Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrag wird, nachdem derselbe auch von Seiner Hoheit dem regierenden Herzoge ratificirt worden ist, und die Auswechselung der Ratifikationen am 23. Mai l. J. ebenfalls zu Bangkok stattgefunden hat, nebst den dabei vereinbarten besonderen Handelsbestimmungen und dem dazu gehörigen Zolltarif in der nachstehend gedruckten deutschen Uebersetzung höchstem Befehle gemäß hiermit zur Nachricht und Nachachtung öffentlich bekannt gemacht.

Altenburg, den 23. November 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.
v. Larisch.

Digitized by Google

Freundschafts-, Handels- und Schifffahrts-Vertrag

zwischen

den Staaten des Zollvereins

und den Großherzogthümern Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz einerseits,

und

dem Königreiche Siam andererseits.

Seine Majestät

der König von Preußen

sowohl für Sich und in Vertretung der Ihrem Zoll- und Steuersystem angeschlossenen souverainen Länder und Landestheile, nämlich:

Luxemburgs, Anhalt-Dessau-Köthens, Anhalt-Bernburgs, Waldecks und Pyrmonts, Lippe's und Meisenheims,

als auch im Namen der übrigen Staaten des Zollvereins, nämlich:

Bayerns, Sachsens, Hannovers, Württembergs, Badens, des Kurfürstenthums Hessen, des Großherzogthums Hessen (einschließlich des Amtes Homburg), der Staaten des Thüringischen Zoll- und Handelsvereins, nämlich: Sachsen-Weimar-Eisenachs, Sachsen-Meiningens, Sachsen-Altenburgs, Sachsen-Koburg-Gothas, Schwarzburg-Rudolstadts, Schwarzburg-Sondershausens, Reuß älterer Linie und Reuß jüngerer Linie, Braunschweigs, Oldenburgs, Nassaus und der freien Stadt Frankfurt,

sowie

die Großherzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz,

einerseits, und

Ihre Majestäten

Phra Bard Somdetsch Phra Paramendr Maha Mongkut, Phra Chom Klau, Chau Ju Hua, der erste König von Siam,

Phra Bard Somdetsch Phra Pawarendr Ramesr Mahiswaresr, Phra Pin Klau Chau Ju Hua, der zweite König von Siam,

andererseits,

von dem aufrichtigen Wunsche beseelt, freundschaftliche Beziehungen zwischen den vorgedachten Staaten und Siam zu begründen, haben beschlossen, solche durch einen gegenseitig vortheilhaften und den Unterthanen der Hohen vertragenden Mächte nützlichen Freundschafts- und Handelsvertrag zu befestigen.

Digitized by Google

Zu dem Ende haben zu Ihren Bevollmächtigten ernannt:

Seine Majestät der König von Preußen:

den Kammerherrn Friedrich Albrecht Grafen zu Eulenburg, Allerhöchstihren Außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Minister, Ritter des Rothen Adler-Ordens dritter Klasse mit der Schleife, Ritter des Johanniter-Ordens u. s. w.

und

Ihre Majestäten der erste und zweite König von Siam:

Seine Königliche Hoheit den Prinzen Krom-ma Lu-ang Wongsa Ti-raat Sen-nit,

Seine Excellenz Tschaupraja Sisuriwong Samuha Prakralahoom, Oberbefehlshaber der Truppen und General-Gouverneur der südwestlichen Provinzen,

Seine Excellenz Tschaupraja Rawiwong Maha Kosatibodi, Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und General-Gouverneur der Ostküste des Golfs von Siam,

Seine Excellenz Tschaupraja Jommerat, Gouverneur der Stadt Bangkok und ihrer Umgebungen,

Seine Excellenz Praja Montri Prakralahoom Fainiie, General-Gouverneur der nördlichen Provinzen,

welche, nachdem sie ihre Vollmachten sich mitgetheilt, und solche in guter und gehöriger Form befunden haben, über nachstehende Artikel übereingekommen sind:

Artikel 1.

Zwischen den contrahirenden Deutschen Staaten einerseits und Ihren Majestäten dem ersten und zweiten Könige von Siam, Ihren Erben und Nachfolgern andererseits, sowie desgleichen zwischen den beiderseitigen Staats-Angehörigen soll dauernder Friede und unwandelbare Freundschaft bestehen.

Die beiderseitigen Unterthanen sollen in den Gebieten des anderen Theils vollständigen Schutz für Person und Eigenthum genießen.

Es soll den Unterthanen und Schiffen der Hohen vertragschließenden Mächte vollkommene Freiheit des Handels und der Schifffahrt in jedem Theile ihrer beiderseitigen Gebiete zustehen, wo immer Handel oder Schifffahrt den Angehörigen oder Schiffen der am meisten begünstigten Nation gegenwärtig gestattet ist, oder künftig gestattet werden möchte.

Artikel 2.

Die Hohen vertragschließenden Theile erkennen sich gegenseitig das Recht zu, in den Häfen und Städten ihrer respectiven Staaten General-Consuln, Consuln, Vice-Consuln und Consular-Agenten zu bestellen, und sollen die erwähnten Beamten dieselben Vorrechte, Freiheiten, Befugnisse und Befreiungen genießen, deren sich die betreffenden Beamten der meistbegünstigten Nation jetzt oder künftig erfreuen möchten. Indessen sollen gedachte Consular-Beamte ihre Functionen nicht eher antreten dürfen, als bis sie das Exequatur der Landes-Regierung erhalten haben. Die Deutschen contrahirenden Staaten werden für jeden Hafen oder jede Stadt nicht mehr als einen Consular-Beamten ernennen. Für diejenigen Orte aber, an welchen sie einen General-Consul oder Consul bestellen, sollen sie berechtigt sein, außerdem noch einen Vice-Consul oder Consular-Agenten zur Vertretung des General-Consuls oder Consuls in Abwesenheits- oder Behinderungsfällen zu ernennen. Vice-Consuln oder Consular-Agenten können auch von den ihnen vorgesetzten General-Consuln oder Consuln ernannt werden.

Digitized by Google

Der Deutsche Consular-Beamte soll die Interessen der in Siam ansässigen oder daselbst ankommenden Unterthanen der contrahirenden Deutschen Staaten unter seinem Schutze, seiner Aufsicht und seiner Controlle haben. Er soll sowohl sich selbst allen Bestimmungen dieses Vertrages gemäß verhalten, als die Beobachtung derselben von Seiten Deutscher Unterthanen erwirken. Desgleichen soll er alle Verordnungen und Vorschriften bekannt machen und gehörig zum Vollzuge bringen, welche zur Nachachtung Deutscher Staatsangehörigen für die Art und Weise ihres Geschäftsbetriebes und für die gehörige Befolgung der Landesgesetze bereits erlassen sind, oder noch erlassen werden möchten.

In Fällen der Abwesenheit eines Consular-Beamten der Deutschen contrahirenden Staaten können Siam besuchende oder daselbst sich aufhaltende Unterthanen dieser Staaten die Vermittelung des Consuls einer befreundeten Nation in Anspruch nehmen, oder auch sich direkt an die Landesbehörden wenden, die dann die nöthigen Vorkehrungen treffen sollen, um den betreffenden Deutschen Angehörigen alle Vortheile des gegenwärtigen Vertrages zu sichern.

Artikel 3.

Den Unterthanen der contrahirenden Deutschen Staaten, welche Siam besuchen oder dort ihren Wohnsitz nehmen, soll die freie Ausübung ihrer Religion gestattet, und sie sollen befugt sein, an solchen geeigneten Orten, wo ihnen hierzu von den Siamesischen Behörden die Erlaubniß gegeben wird, Kirchen zu erbauen. Eine solche Erlaubniß soll nicht versagt werden dürfen, ohne daß hinreichende Gründe dafür angeführt werden.

Artikel 4.

Unterthanen der contrahirenden Deutschen Staaten, die im Königreiche Siam sich aufzuhalten wünschen, müssen sich auf dem Deutschen Consulate einzeichnen lassen, von welcher Einzeichnung den Siamesischen Behörden Abschrift mitzutheilen ist. So oft ein Unterthan eines der contrahirenden Deutschen Staaten sich in einer Sache an die Siamesischen Behörden wenden will, hat er sein Gesuch oder seine Reclamation vorab dem Deutschen Consular-Beamten vorzulegen, und soll dieser die Eingabe, wenn er sie begründet und anständig abgefaßt findet, befördern, anderenfalls aber den Inhalt entsprechend abändern.

Artikel 5.

Unterthanen der contrahirenden Deutschen Staaten, die in Siam ihren Wohnsitz aufschlagen wollen, dürfen dieses vorerst nur in der Stadt Bangkok oder innerhalb eines Bezirkes thun, dessen Grenzen, übereinstimmend mit den Festsetzungen der übrigen zwischen Siam und den fremden Mächten geschlossenen Verträge, folgende sind:

Im Norden: der Bangputsa Canal, von seiner Mündung in den Tschaupja Fluß bis an die alten Mauern der Stadt Lopburi, und eine gerade Linie von dort bis zum Landungsplatze Pragnam am Flusse Passack in der Nähe der Stadt Sarabburi.

Im Osten: Eine gerade Linie vom Landungsplatze Pragnam bis nach dem Zusammenflusse des Klongkut Canals mit dem Flusse Bangpakong, und dieser Fluß bis zu seiner Mündung. Auf dem Küstenstrich zwischen dem Bangpakong und der Insel Simaharadschah soll es Deutschen Unterthanen freistehen, sich an allen Orten niederzulassen, die nicht mehr als vier und zwanzig Stunden von Bangkok entfernt sind.

Digitized by Google

Im Süden: die Insel Simaharadschah, die Sitschang-Inseln und die Mauern von Petschaburi.

Auf der Westseite des Golfs sollen sich Deutsche Unterthanen in Petschaburi, und von dort bis zum Meklong Flusse überall innerhalb einer Entfernung von vier und zwanzig Stunden von Bangkok niederlassen dürfen. Von der Mündung des Meklong an soll dieser die Grenze bilden bis zur Stadt Raatpuri, dann eine gerade Linie von Raatpuri nach Sapannaburi, und von dort nach der Mündung des Bangputsa Canals in den Tschaupja Fluß.

Indessen dürfen Deutsche Angehörige auch außerhalb dieser Grenzen ihren Wohnsitz nehmen, sobald sie hierzu die Erlaubniß der Siamesischen Behörden erhalten.

Allen Unterthanen der contrahirenden Deutschen Staaten steht es frei, im ganzen Königreiche Siam zu reisen, Handel zu treiben und Waaren, die nicht verboten sind, zu kaufen oder zu verkaufen, von wem und an wen sie wollen. Sie sind nicht verpflichtet, von Beamten oder solchen, die im Besitze eines Monopols sind, zu kaufen, oder an dieselben zu verkaufen, und es ist Niemandem gestattet, sie in ihren Handelsgeschäften zu behindern oder zu stören.

Artikel 6.

Die Siamesische Regierung wird Deutschen Staatsangehörigen keinerlei Hindernisse in den Weg legen, Siamesische Unterthanen, in welcher Eigenschaft es auch sei, in Dienst zu nehmen. Wenn jedoch ein Siamesischer Unterthan irgend einem besonderen Herrn angehört oder Dienste schuldet, so darf er sich bei einem Deutschen Angehörigen ohne die Zustimmung seines Herrn nicht verdingen. Hat er es dennoch gethan, so ist das Dienstverhältniß, wenn in dem Dienstvertrage nicht eine noch kürzere Frist verabredet worden ist, oder der Deutsche Angehörige den Siamesischen Diener nicht sogleich entlassen will, als nur auf drei Monate eingegangen anzusehen, und ist der Deutsche Angehörige verpflichtet, während dieser Zeit zwei Drittheile des bedungenen Lohnes nicht an den Siamesischen Diener, sondern an denjenigen zu zahlen, welchem Letzterer angehört oder Dienste schuldet.

Wenn Siamesen, die im Dienste eines Deutschen Unterthanen stehen, die Siamesischen Gesetze übertreten, oder wenn Siamesische Verbrecher oder Flüchtlinge bei einem Deutschen Unterthanen in Siam ihre Zuflucht suchen, so soll, auf erfolgten Nachweis ihrer Schuld oder ihres Fluchtversuches, der Deutsche Consular-Beamte die nöthigen Maßregeln ergreifen, um die Auslieferung derselben an die Siamesischen Behörden zu bewerkstelligen.

Artikel 7.

Unterthanen der contrahirenden Deutschen Staaten sollen nicht wider ihren Willen im Königreiche Siam zurückgehalten werden dürfen, es sei denn, die Siamesischen Behörden könnten dem Deutschen Consular-Beamten darthun, daß rechtmäßige Gründe für ein solches Verfahren vorliegen.

Innerhalb der durch Artikel 5. dieses Vertrages festgestellten Grenzen steht es den Unterthanen der Deutschen contrahirenden Staaten frei, ohne Hinderung oder Aufenthalt irgend welcher Art zu reisen, vorausgesetzt, daß sie im Besitze eines vom Consular-Beamten unterzeichneten Passes sind, der in Siamesischer Sprache Namen, Gewerbe und Personalbeschreibung des Reisenden enthält und von der zuständigen Siamesischen Behörde gegengezeichnet ist.

Sollten sie über die besagten Grenzen hinauszugehen und im Innern des Königreichs Siam

Digitized by Google

zu reisen wünschen, so müssen sie sich einen, auf Ansuchen des Consular-Beamten ihnen zu ertheilenden Paß der Siamesischen Behörden verschaffen, und darf solcher Paß niemals verweigert werden, es sei denn mit Zustimmung des Consular-Beamten der Deutschen contrahirenden Staaten.

Artikel 8.

Unterthanen der Deutschen contrahirenden Staaten dürfen innerhalb der im Artikel 5. bezeichneten Grenzen Ländereien oder Pflanzungen kaufen und verkaufen, pachten oder verpachten, auch Häuser bauen, miethen, kaufen oder vermiethen und verkaufen. Jedoch steht die Befugniß

1) auf dem linken Flußufer innerhalb der eigentlichen Stadt Bangkok und auf dem Terrain, welches zwischen den Stadtmauern und dem Canal Klong-padung-krung-krasem gelegen ist, und

2) auf dem rechten Flußufer zwischen den Punkten, welche der Abzweigung des Canals Klong-padung-krung-krasem vom Fluß und der Wiedereinmündung desselben in den Fluß gegenüberliegen, bis auf eine Entfernung von zwei Englischen Meilen vom Flusse,

Grundbesitz zu erwerben, nur denjenigen zu, welche eine besondere Erlaubniß dazu von der Siamesischen Regierung erhalten haben, oder bereits zehn Jahre in Siam wohnen. Um in den Besitz solchen Grundeigenthums zu gelangen, können die Deutschen Staatsangehörigen durch den Consular-Beamten ein Ansuchen an die Siamesische Regierung richten, worauf diese einen Beamten ernennen wird, der gemeinschaftlich mit den Consular-Beamten den Betrag der Kaufsumme der Billigkeit gemäß bestimmen und festsetzen, und die Grenzen des Grundstücks ziehen und fixiren soll. Die Siamesische Regierung wird dann das Eigenthum an den Deutschen Käufer übertragen. Alles Grundeigenthum Deutscher Unterthanen wird unter dem Schutze des Districts-Gouverneurs und der betreffenden Lokalbehörden stehen, der Eigenthümer aber hat sich in gewöhnlichen Angelegenheiten allen ihm durch dieselben zugehenden ordentlichen Anweisungen zu fügen und ist den nämlichen Steuern unterworfen, als die Unterthanen oder Bürger der meistbegünstigten Nation.

Unterthanen der Deutschen contrahirenden Staaten sollen ferner überall in Siam nach Minen zu schürfen und solche zu eröffnen, die Befugniß haben, und sobald die gehörigen Nachweise geliefert werden, soll der Consular-Beamte in Verbindung mit den Siamesischen Behörden die geeigneten Bedingungen und Bestimmungen festsetzen, damit die Minen bearbeitet werden können. Ebenso sollen, nachdem in gleicher billiger Weise die desfallsigen Bedingungen und Bestimmungen zwischen dem Consular-Beamten und den Siamesischen Behörden verabredet worden sind, Deutsche Unterthanen auch jede Art von Fabrikgeschäft anlegen und betreiben dürfen, welches den Gesetzen nicht zuwiderläuft.

Artikel 9.

Wenn ein im Königreiche Siam dauernd oder vorübergehend sich aufhaltender Unterthan eines der contrahirenden Deutschen Staaten gegen einen Siamesen Grund zu klagen oder irgend einen Anspruch zu machen hat, so soll er seine Beschwerde zunächst dem Deutschen Consular-Beamten vorlegen, und dieser, nach geschehener Prüfung der Sache, dieselbe gütlich auszugleichen suchen. Ebenso soll der Consular-Beamte, wenn ein Siamese eine Klage gegen einen Deutschen Angehörigen hat, dieselbe anhören und ein gütliches Abkommen zu treffen bemüht sein; sollte in solchen Fällen eine gütliche Einigung aber nicht herbeizuführen sein, soll der Consular-Beamte sich an den competenten Siamesischen Beamten wenden, und beide sollen dann, nach gemeinschaftlicher Prüfung der Sache, der Billigkeit gemäß entscheiden.

Digitized by Google

Artikel 10.

In Siam verübte Verbrechen oder Vergehen sollen, wenn der Thäter ein Unterthan eines der contrahirenden Deutschen Staaten ist, durch den Consular-Beamten den betreffenden Deutschen Gesetzen gemäß bestraft, oder der Schuldige soll zur Bestrafung nach Deutschland geschickt werden. Ist der Thäter ein Siamese, so soll er nach den Gesetzen seines Landes von Siamesischen Behörden bestraft werden.

Artikel 11.

Wenn gegen Schiffe eines der contrahirenden Deutschen Staaten an der Küste oder in der Nähe des Königreichs Siam ein Act der Seeräuberei begangen werden sollte, so sollen, auf die Nachricht davon, die Behörden des nächstgelegenen Platzes alle Mittel zur Gefangennahme der Seeräuber und Wiedererlangung des geraubten Gutes aufbieten, und soll sodann das Letztere an den Consular-Beamten behufs Rückerstattung an die Eigenthümer abgeliefert werden. Dasselbe Verfahren soll von den Siamesischen Behörden in allen Fällen von Plünderung und Räuberei, die auf dem Lande gegen das Eigenthum Deutscher Unterthanen begangen werden möchte, eingehalten werden. Die Siamesische Regierung soll nicht verantwortlich gehalten werden für gestohlenes Eigenthum Deutscher Angehörigen, sobald bewiesen ist, daß sie alle in ihrer Macht stehenden Mittel angewandt hat, es wiederzuerlangen, und derselbe Grundsatz soll auf Siamesische Unterthanen, die sich unter dem Schutze eines der contrahirenden Deutschen Staaten befinden, und auf deren Eigenthum zur Anwendung kommen.

Artikel 12.

Die Siamesischen Behörden sollen dem Deutschen Consular-Beamten, auf desfallsiges schriftliches Ansuchen, alle Hülfe und Unterstützung gewähren zur Auffindung und Verhaftung Deutscher Matrosen oder sonstiger Unterthanen, sowie von Personen, die unter dem Schutze einer Deutschen Flagge stehen. Desgleichen soll der Deutsche Consular-Beamte, auf Requisition, von den Siamesischen Behörden jeden erforderlichen Beistand und genügende Mannschaft erhalten, um seiner Autorität über Deutsche Unterthanen gebührende Geltung zu verschaffen und die Disciplin unter der Deutschen Marine in Siam aufrecht zu erhalten. In gleicher Weise haben, wenn ein der Desertion oder eines andern Verbrechens schuldiger Siamese sich in das Haus eines Unterthanen eines der contrahirenden Deutschen Staaten oder an Bord eines Schiffes derselben flüchten sollte, die Localbehörden sich an den Deutschen Consular-Beamten zu wenden, und dieser wird, auf erfolgten Nachweis der Strafbarkeit des Angeklagten, sofort dessen Verhaftung genehmigen. Jede Hehlerei oder Connivenz soll beiderseits auf das Sorgfältigste vermieden werden.

Artikel 13.

Sollte ein Unterthan eines der Deutschen contrahirenden Staaten, der im Königreich Siam ein Geschäft treibt, insolvent werden, so hat der Deutsche Consular-Beamte sein sämmtliches Vermögen in Beschlag zu nehmen, um dasselbe pro rata unter die Gläubiger vertheilen zu können. Von Seiten der Siamesischen Behörden soll dem Consular-Beamten zu dem Ende alle Unterstützung zu Theil werden. Letzterer soll kein Mittel unversucht lassen, um auch solches Vermögen zum Besten der Gläubiger einzuziehen, welches der Fallit in anderen Ländern besitzen möchte. In gleicher Weise sollen in Siam die Behörden des Königreichs das Vermögen derjenigen Siamesischen Unterthanen adjudiciren und vertheilen, welche ihren Geschäfts-Verbindlichkeiten gegen Unterthanen der contrahirenden Deutschen Staaten nicht sollten nachkommen können.

Digitized by Google

Artikel 14.

Sollte ein Siamesischer Unterthan einem Deutschen Staatsangehörigen die Zahlung einer Schuld verweigern oder ihr auszuweichen suchen, so sollen die Siamesischen Behörden dem Gläubiger jede Hülfe und Erleichterung gewähren, damit er zu dem Seinigen komme. In gleicher Weise soll der Deutsche Consular-Beamte Siamesischen Unterthanen allen Beistand leisten, um in den Besitz ihrer etwaigen Forderungen gegen Unterthanen der contrahirenden Deutschen Staaten zu gelangen.

Artikel 15.

Im Falle des Ablebens eines ihrer respectiven Unterthanen in dem Gebiete des einen oder des andern der Hohen vertragenden Theile, soll sein Nachlaß dem Vollstrecker seines letzten Willens, oder in dessen Ermangelung der Familie oder den Geschäftstheilhabern des Verstorbenen übergeben werden. Hat der Verstorbene auch keine Verwandte oder Geschäftstheilhaber, so soll sein Nachlaß in den Staaten der Hohen vertragenden Theile, soweit die Gesetze des Landes es gestatten, dem Gewahrsam der respectiven Consular-Beamten übergeben werden, auf daß diese in üblicher Weise nach den Gesetzen und Gewohnheiten ihres Landes damit verfahren.

Artikel 16.

Kriegsschiffe eines der contrahirenden Deutschen Staaten dürfen in den Fluß einlaufen und bei Paknam Anker werfen; wollen sie aber nach Bangkok hinaufgehen, so müssen sie zuvor die Siamesischen Behörden davon benachrichtigen und sich mit denselben über den Ankerplatz verständigen.

Artikel 17.

Sollte ein Deutsches Schiff einen Siamesischen Hafen in Noth anlaufen, so sollen die Ortsbehörden demselben bei Vornahme der nöthigen Ausbesserungen und Einnahme von frischem Proviant jede Erleichterung gewähren, damit es im Stande ist, die Reise fortzusetzen. Sollte ein Deutsches Schiff an der Küste des Königreichs Siam scheitern, so sollen die Siamesischen Behörden des nächstgelegenen Platzes auf die Nachricht davon sofort der Mannschaft allen möglichen Beistand leisten, ihrem Mangel abhelfen und alle Maßregeln ergreifen, die zur Rettung und Sicherung des Schiffs und der Ladung nothwendig sind. Sie sollen sodann den Deutschen Consular-Beamten von dem, was ihrerseits geschehen, benachrichtigen, damit dieser in Gemeinschaft mit der competenten Siamesischen Behörde die nöthigen Schritte thun kann, um die Mannschaft nach Hause zu senden, und wegen Wrack und Ladung die nöthigen Verfügungen zu treffen.

Artikel 18.

Gegen Zahlung der weiter unten bemerkten Ein- und Ausfuhrzölle sollen die einem der contrahirenden Deutschen Staaten angehörenden Schiffe und deren Ladungen in den Siamesischen Häfen, sowohl beim Eingehen wie beim Ausgehen, von allen Tonnen-, Lootsen- und Ankergeldern oder sonstigen Abgaben irgend welcher Art frei sein. Solche Schiffe sollen alle Privilegien und Freiheiten genießen, welche, sei es den Dschunken und eigenen Fahrzeugen von Siam, sei es den Schiffen der meistbegünstigten Nation, jetzt eingeräumt sind oder künftig eingeräumt werden möchten.

Artikel 19.

Der Zoll auf Waaren, welche in Schiffen, die einem der contrahirenden Deutschen Staaten angehören, in das Königreich Siam eingeführt werden, soll drei Procent vom Werthe nicht übersteigen. Derselbe soll nach Wahl des Importeurs entweder in natura oder in Geld bezahlt werden

Digitized by Google

können. Wenn der Importeur sich mit den Siamesischen Zollbeamten über den Werth einer bestimmten eingeführten Waare nicht einigen kann, so soll eine Berufung an den Consular-Beamten und die zuständige Siamesische Behörde stattfinden, welche, nachdem sie erforderlichen Falls jeder einen oder zwei Kaufleute als beiräthige Sachverständige zugezogen haben, die Sache der Gerechtigkeit gemäß entscheiden sollen.

Nach Entrichtung des genannten Einfuhrzolls von drei Procent kann die Waare, frei von jeder weitern Abgabe und Belastung en gros oder en détail verkauft werden. Sollten Waaren gelandet, aber nicht verkauft und dann wieder zum Export verschifft werden, so ist der gesammte darauf bezahlte Zoll zurückzuzahlen. Ueberhaupt soll kein Zoll von nicht verkauften Ladungen erhoben werden. Auf die einmal eingeführten Waaren aber sollen keine weiteren Zölle, Steuern oder Auflagen gelegt oder von ihnen erhoben werden, sobald dieselben in die Hände Siamesischer Käufer übergegangen sind.

Artikel 20.

Der von Siamesischen Erzeugnissen vor oder bei der Verschiffung zu zahlende Zoll soll nach dem, dem gegenwärtigen Vertrage beigefügten Tarife erhoben werden. Jeder nach diesem Tarife einem Ausfuhrzoll unterliegende Artikel soll im ganzen Königreiche Siam von allen Durchgangs- oder sonstigen Abgaben frei sein, und ebenso sollen alle diejenigen Siamesischen Erzeugnisse, welche bereits einer Durchgangs- oder sonstigen Besteuerung unterlegen haben, vor oder bei der Verschiffung überall nicht weiter, weder nach Maßgabe des angeschlossenen Tarifs, noch in irgend sonstiger Weise besteuert werden dürfen.

Artikel 21.

Gegen Zahlung der oben genannten Zölle, welche künftig nicht erhöht werden dürfen, soll es den Unterthanen der Deutschen contrahirenden Staaten freistehen, von Deutschen und fremden Häfen, in das Königreich Siam einzuführen und ebenso, wohin sie wollen, auszuführen alle und jede Waare, welche nicht am Tage der Unterzeichnung des gegenwärtigen Vertrages der Gegenstand eines förmlichen Verbots oder eines besondern Monopols ist. Indessen behält die Siamesische Regierung sich das Recht vor, die Ausfuhr von Reis zu verbieten, wenn ihrer Meinung nach Grund vorliegt, einen Mangel im Lande zu befürchten. Doch soll ein solches Verbot, welches einen Monat bevor es in Kraft tritt, zu publiciren ist, auf die Erfüllung von Contracten, welche in gutem Glauben vor der Publication desselben abgeschlossen sind, keinen Einfluß üben, und sollen Deutsche Kaufleute die Siamesischen Behörden von jedem Contract in Kenntniß setzen, den sie vor dem Verbote abgeschlossen haben. Auch soll es erlaubt sein, daß Schiffe, welche zur Zeit der Ankündigung des Ausfuhrverbotes bereits in Siam angekommen, oder welche von China und Singapore aus nach Siam unterwegs sind, und die dortigen Häfen eher verlassen haben, als das Ausfuhrverbot daselbst bekannt sein konnte, mit Reis behufs Ausfuhr desselben beladen werden. Sollte die Siamesische Regierung demnächst den Zoll auf irgend welche, in Siamesischen oder anderen Schiffen ein- oder ausgeführte Waaren herabsetzen, so sollen die Vortheile solcher Herabsetzung sofort auch den gleichen Erzeugnissen zu Gute kommen, welche in Schiffen der Deutschen contrahirenden Staaten ein- oder ausgeführt werden.

Artikel 22.

Die Consular-Beamten der contrahirenden Deutschen Staaten haben darauf zu sehen, daß die Deutschen Kaufleute und Schiffer sich den Vorschriften gemäß verhalten, welche dem gegenwärtigen

Digitized by Google

Vertrage beigefügt sind, und die Siamesischen Behörden sollen sie zu diesem Ende unterstützen. Alle durch Uebertretungen des gegenwärtigen Vertrages verwirkten Geldstrafen sollen der Siamesischen Regierung zufallen.

Artikel 23.

Den contrahirenden Deutschen Staaten und ihren Unterthanen wird die freie und gleiche Theilnahme an allen Privilegien zugestanden, welche der Regierung, den Bürgern oder Unterthanen irgend einer andern Nation Seitens der Siamesischen Regierung bisher bewilligt worden sind oder noch bewilligt werden möchten.

Artikel 24.

Nach Ablauf von zwölf Jahren, vom Tage der Ratification dieses Vertrages an gerechnet, können die contrahirenden Staaten eine Revision des gegenwärtigen Vertrages, sowie der unten angehängten Handels-Bestimmungen und des Tarifs beantragen, um diejenigen Abänderungen, Zusätze und Verbesserungen daran vorzunehmen, welche die Erfahrung als wünschenswerth dargethan haben sollte. Ein solcher Antrag muß jedoch mindestens ein Jahr zuvor angekündigt werden.

Artikel 25.

Der gegenwärtige Vertrag ist in Deutscher, Siamesischer und Englischer Sprache vierfach ausgefertigt worden. Alle diese Ausfertigungen haben denselben Sinn und dieselbe Bedeutung, aber der Englische Text wird als der Urtext des Vertrages angesehen werden, dergestalt, daß, wenn eine verschiedene Auslegung des Deutschen und Siamesischen Textes irgendwo stattfinden sollte, die Englische Ausfertigung entscheidend sein soll.

Der Vertrag soll sofort in Kraft treten, und die Ratificationen desselben sollen binnen achtzehn Monaten vom heutigen Tage angerechnet, zu Bangkok ausgetauscht werden.

Dessen zu Urkunde haben die Eingangs genannten Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet und untersiegelt zu Bangkok am siebenten Tage des Monats Februar im Jahre des Herrn Eintausend Achthundert und Zwei und Sechzig, entsprechend dem Siamesischen Datum vom achten Tage des dritten Mondes im Jahre des Hahns, dem dritten des Jahrzehends und dem Elften der gegenwärtigen Regierung, im Jahre Eintausend Zweihundert und Drei und Zwanzig der Siamesischen bürgerlichen Zeitrechnung.

(gez.) **Graf Eulenburg.**
(L. S.)

(gez.) **Krom-ma Lu-ang Wongsa Ti-raat Sen-nit.**
(L. S.)

(gez.) **Tschaupraja Sisuriwong Samuha Prakralahoom.**
(L. S.)

(gez.) **Tschaupraja Rawiwong Maha Kosatibodi.**
(L. S.)

(gez.) **Tschaupraja Jommerat.**
(L. S.)

(gez.) **Praja Montri Prakralahoom Fainiie.**
(L. S.)

Digitized by Google

Handels-Bestimmungen.

1.

Der Capitain eines jeden in Handelszwecken nach Bangkok kommenden Schiffes eines der contrahirenden Deutschen Staaten muß, je nachdem ihm das Eine oder Andere passender erscheint, entweder vor oder nach dem Einlaufen in den Fluß die Ankunft seines Schiffes bei dem Zollhause zu Paknam melden und zugleich die Zahl seiner Mannschaft, der mitgeführten Kanonen, sowie den Hafen, woher er kommt, angeben. Sobald sein Schiff zu Paknam Anker geworfen, hat er alle seine Kanonen und Munition den Zollhausbeamten in Verwahrung zu geben, und ein Zollhausbeamter wird dann dem Schiffe beigegeben werden und mit demselben nach Bangkok gehen.

2.

Jedes Handelsschiff, welches an Paknam vorbeigefahren ist, ohne daselbst seine Kanonen und Munition auszuladen, wie dies vorstehend verordnet ist, wird nach Paknam zurückgeschickt werden, um jener Vorschrift nachzukommen, und hat außerdem eine Geldstrafe bis zu achthundert Ticals verwirkt. Nach Ablieferung seiner Kanonen und Munition wird demselben die Rückkehr nach Bangkok gestattet werden.

3.

Sobald ein Deutsches Schiff zu Bangkok Anker geworfen, hat der Capitain desselben, wofern nicht ein Festtag dazwischen fällt, sich innerhalb vier und zwanzig Stunden nach Ankunft auf das Deutsche Consulat zu begeben und daselbst die Schiffspapiere, Connossemente u. s. w. zugleich mit einem richtigen Manifeste über seine Ladung abzugeben, und, nachdem der Consular-Beamte diese Einzelnheiten dem Zollhause mitgetheilt hat, wird von diesem sofort die Erlaubniß zum Löschen ertheilt werden. Sollte die Zollbehörde mit Ertheilung dieser Erlaubniß länger als vier und zwanzig Stunden zögern, so wird letztere mit gleicher Wirkung, als ob sie von der Zollbehörde ausgegangen wäre, vom Consular-Beamten ertheilt werden.

Unterläßt der Capitain seine Ankunft zu melden oder zeigt derselbe ein falsches Manifest vor, so unterliegt er einer Strafe bis zu vierhundert Ticals, es soll ihm jedoch gestattet sein, etwaige Irrthümer in seinem Manifeste innerhalb vier und zwanzig Stunden nach Ablieferung desselben an den Consular-Beamten noch nachträglich zu berichtigen, ohne Strafe dafür gewärtigen zu müssen.

4.

Ein Deutsches Schiff, welches zu löschen und auszuladen anfängt, ehe es dazu die Erlaubniß erhalten hat, oder welches schmuggelt, sei es im Flusse oder außerhalb der Barre, hat eine Geldstrafe bis zu achthundert Ticals und Confiscation des geschmuggelten oder ausgeladenen Guts zu gewärtigen.

5.

Sobald ein Deutsches Schiff seine Ladung gelöscht und seine neue Fracht wieder eingenommen, alle Abgaben bezahlt und ein richtiges Manifest seiner Ausfuhr-Ladung dem Deutschen Consular-Beamten übergeben hat, soll dem Schiffer ein Siamesischer Clarirungsschein ertheilt werden, und der Consular-Beamte wird dann, wenn nicht sonstige gesetzliche Hindernisse der Abreise des Schiffes

Digitized by Google

entgegenstehen, dem Capitain die Schiffspapiere wieder zustellen und dem Schiffe die Abfahrt gestatten. Ein Zollhaus-Beamter wird das Schiff nach Paknam begleiten; dort wird es von den Zollhaus-Beamten dieser Station inspicirt werden und wird die bei der Ankunft zur Verwahrung abgelieferten Kanonen und Munition zurückerhalten.

6.

Alle Zollhaus-Beamten sollen ein Abzeichen tragen, woran sie als solche erkannt werden können, wenn sie in Ausübung ihres Amtes begriffen sind, und es sollen immer nur zwei Zollhaus-Beamte auf einmal an Bord eines Deutschen Schiffes kommen dürfen, es sei denn, daß eine größere Zahl erforderlich wäre, um Schmuggel-Gut in Beschlag zu nehmen.

(gez.) Graf Eulenburg.
(L. S.)

(gez.) Krom-ma Lu-ang Wongsa Ti-raat Sen-nit.
(L. S.)

(gez.) Tschaupraja Sisuriwong Samuha Prakralahoom.
(L. S.)

(gez.) Tschaupraja Rawiwong Maha Kosatibodi.
(L. S.)

(gez.) Tschaupraja Jommerat.
(L. S.)

(gez.) Praja Montri Prakralahoom Fainiie.
(L. S.)

Digitized by Google

Tarif

der

Einfuhr-, Ausfuhr- und Binnenzölle,

welche von Handels-Artikeln zu erheben sind.

Abschnitt 1.

Der Zoll auf Waaren, welche in Schiffen, die einem der contrahirenden Deutschen Staaten angehören, in das Königreich Siam eingeführt werden, soll drei Prozent vom Werthe nicht übersteigen und nach Wahl des Importeurs entweder in natura oder in Geld bezahlt werden können.

Von nicht verkauften Ladungen soll kein Zoll erhoben werden.

Abschnitt 2.

Die nachverzeichneten Artikel sollen von Binnenzöllen oder anderen auf die Production oder den Transit gelegten Abgaben gänzlich frei sein, und nur den folgenden Ausfuhrzoll bezahlen.

		Ticals.	Salungs.	Tuangs.	Huns.	Per.
1.	Elfenbein	10	0	0	0	picul.
2.	Gummigutt	6	0	0	0	"
3.	Rhinoceros-Hörner	50	0	0	0	"
4.	Cardamom, beste Sorte	14	0	0	0	"
5.	" unächte	6	0	0	0	"
6.	Getrocknete Muscheln	1	0	0	0	"
7.	Pelikanspofen	2	2	0	0	"
8.	Getrocknete Betelnüsse	1	0	0	0	"
9.	Karaki-Holz	0	2	0	0	"
10.	Haifischfinnen, weiße	6	0	0	0	"
11.	" schwarze	3	0	0	0	"
12.	Luck-krabau-Samen	0	2	0	0	"
13.	Pfauenschwänze	10	0	0	0	100
14.	Büffel- und Kuhknochen	0	0	0	3	picul.
15.	Rhinoceros-Häute	0	2	0	0	"
16.	Abschnitzel von Häuten	0	1	0	0	"
17.	Schildkrötenschalen	1	0	0	0	"
18.	" weiche	1	0	0	0	"
19.	Bêche de Mer	3	0	0	0	"
20.	Fischmägen	3	0	0	0	"
21.	Ungereinigte Vogelnester	zwanzig				Procent.
22.	Kingfisher's (Eisvogel-) Federn	6	0	0	0	100
23.	Cutch	0	2	0	0	picul.

Digitized by Google

		Ticals.	Salungs.	Tuangs.	Huns.	Per.
24.	Beychö-Samen	0	2	0	0	picul.
25.	Pungtarei-Samen	0	2	0	0	"
26.	Benzon-Gummi	4	0	0	0	"
27.	Hang-lai Rinde	0	2	0	0	"
28.	Agilla-Holz	2	0	0	0	"
29.	Rochenhäute	3	0	0	0	"
30.	Hirschgeweihe, von ausgewachsenen Thieren	0	1	0	0	"
31.	" weiche oder junge desgleichen	zehn Procent.				
32.	Hirschhäute, feine	8	0	0	0	100
33.	" ordinaire	3	0	0	0	"
34.	Hirschsehnen	4	0	0	0	picul.
35.	Büffel- und Kuhhäute	1	0	0	0	"
36.	Elephantenknochen	1	0	0	0	"
37.	Tigerknochen	5	0	0	0	"
38.	Büffelhörner	0	1	0	0	"
39.	Elephanten-Häute	0	1	0	0	"
40.	Tigerfelle	0	1	0	0	Fell.
41.	Armadillhäute	4	0	0	0	picul.
42.	Stocklack	1	1	0	0	"
43.	Hanf	1	2	0	0	"
44.	Getrocknete Fische (Plabeng)	1	2	0	0	"
45.	Getrocknete Fische (Plasalit)	1	0	0	0	"
46.	Sapanholz	0	2	1	0	"
47.	Salzfleisch	2	0	0	0	"
48.	Mangelbaum-Rinde	0	1	0	0	"
49.	Rosenholz	0	2	0	0	"
50.	Ebenholz	1	1	0	0	"
51.	Reis	4	0	0	0	koyan.
52.	" in Hülsen	2	0	0	0	"

Abschnitt 3.

Alle übrigen Artikel bleiben von Ausfuhrzöllen frei, unterliegen aber Binnen- oder Transitzöllen, deren jetzige Sätze künftig nicht erhöht werden sollen. Diese Binnen- oder Transitzölle betragen für:

weißen Zucker	2 Salungs per picul.
rothen "	1 Salung " "
Baumwolle, reine und ungereinigte	zehn Procent.
Pfeffer	1 Tical per picul.
Salzfisch (Platu)	1 Tical per 10,000.
Bohnen und Erbsen	Ein Zwölftel.
Getrocknete Krabben	Desgleichen.
Teel-Samen	Desgleichen.

Digitized by Google

Seide, rohe	Ein Zwölftel.
Bienenwachs	Ein Fünfzehntel.
Talg	1 Tical per picul.
Salz	6 Tical per koyan.
Taback	1 Tical 2 Salungs per 1000 Bündel.

Abschnitt 4.

Baares Geld, Gold und Silber in Barren, Blattgold, Proviant und persönliche Effecten dürfen zollfrei ein- und ausgeführt werden.

Solche Consular-Beamte der contrahirenden Deutschen Staaten, welchen von ihren Regierungen der Handelsbetrieb untersagt ist, können alle zu ihrem Haushalte erforderlichen Ausstattungs- und Verbrauchs-Gegenstände zollfrei einführen.

Artikel 5.

Opium kann zollfrei eingeführt, darf aber nur an den Opium-Pächter oder dessen Agenten verkauft werden. Ebenso darf Kriegsmunition nur an die Siamesischen Behörden oder mit deren Erlaubniß verkauft werden.

(gez.) **Graf Eulenburg.**
(L. S.)

(gez.) **Krom-ma Lu-ang Wongsa Ti-raat Sen-nit.**
(L. S.)

(gez.) **Tschaupraja Sisuriwong Samuha Prakralahoom.**
(L. S.)

(gez.) **Tschaupraja Rawiwong Maha Kosatibodi.**
(L. S.)

(gez.) **Tschaupraja Jommerat.**
(L. S.)

(gez.) **Praja Montri Prakralahoom Fainiie.**
(L. S.)

Digitized by Google

Herzogl. Sachsen-Altenburgische
Gesetzsammlung.

Stück XI. 1864. Ausgeg. den 31. Dezember 1864.

48. Mandat
über die richterliche Kompetenz bei Gesuchen um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand,

vom 17. Dezember 1864.

Wir Ernst,
von Gottes Gnaden Herzog zu Sachsen, Jülich, Kleve und Berg, auch Engern und Westphalen ꝛc.

verordnen mit Beirath getreuer Landschaft über die richterliche Kompetenz bei Gesuchen um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in Civilstreitigkeiten Folgendes:

§. 1.

Es bewendet bei den Vorschriften in §§. 88 folg. des Mandates vom 7. April 1823, Erläuterungen und Zusätze zu der Prozeß- und Advokatenordnung enthaltend, nach welchen über Gesuche um Restitution gegen Versäumnisse der Advokaten dem Oberrichter die Entscheidung und ebenso die Verhängung der Strafe für den säumigen Sachwalter zusteht, dagegen hat künftig lediglich der Unterrichter das nach §. 73 folg. der Entscheidung vorausgehende Verfahren einzuleiten und vorschriftmäßig zu Ende zu führen. Derselbe hat den im citirten §. 73 vorgeschriebenen Bericht an den Oberrichter erst nach dem Schlusse dieses Verfahrens zu erstatten. Im Uebrigen bleiben die in §. 65 bis 95 des genannten Mandates gegebenen Vorschriften unverändert in Kraft.

§. 2.

Jedes andere, auf Versäumnisse der Advokaten nicht gestützte, Gesuch um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist künftig nur bei dem in der Hauptprozeßsache zuständigen oder zuständig gewesenen erstinstanzlichen Richter anzubringen, von welchem hierauf das Verfahren darüber zu leiten und von welchem sodann auch über dasselbe rechtlich zu erkennen ist.

§. 3.

Gegen dieses Erkenntniß stehen in der Regel (s. §. 4) beiden Streittheilen dieselben, binnen zehntägiger Nothfrist einzuwendenden Rechtsmittel zu, welche und soweit sie in der bezüglichen Hauptprozeßsache nach Maaßgabe des erwähnten Prozeßgesetzes überhaupt zulässig sind. Sie sind

Digitized by Google

jedoch bei der Einwendung sogleich zu rechtfertigen und es ist dann nach §. 43 u. f. des Prozeßgesetzes vom 14. Oktober 1852 weiter zu verhandeln.

§. 4.

Hat jedoch der erstinstanzliche Richter, wenn das bei ihm in der Hauptprozeßsache einzuwendende Rechtsmittel der Appellation oder Oberappellation zugleich wegen der von der Partei selbst versäumten Appellationsformalien mit dem Gesuche um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand verbunden worden ist, über dieses Gesuch nach §. 2 verhandelt und entschieden, so steht beiden Theilen gegen diese Entscheidung zunächst nur das Rechtsmittel der Berufung an denjenigen Oberrichter zu, an welchen das in der Hauptsache eingewendete Rechtsmittel gerichtet ist, und ein weiteres Rechtsmittel gegen die darauf erfolgte oberrichterliche Entscheidung findet nur dann noch statt, wenn überall gegen das Instanzerkenntniß in der Hauptsache ein Rechtsmittel noch zulässig ist und ergriffen wird.

§. 5.

Die Bestimmungen dieses Mandates treten sofort nach dessen Publikation für alle nach diesem Zeitpunkte einzureichende Restitutionsgesuche in Kraft und alle ihnen entgegenstehenden bisherigen Vorschriften werden von demselben Zeitpunkte an hiermit aufgehoben.

Urkundlich haben Wir dieses Mandat eigenhändig vollzogen und demselben Unser Herzogliches Insiegel beidrucken lassen.

Altenburg, den 17. Dezember 1864.

(L. S.) **Ernst, Herzog von Sachsen-Altenburg.**

v. Larisch. K. Pierer.

---

49. Novelle,

die Abänderung einiger Pensionsbestimmungen des Civilstaatsdienstgesetzes vom 8. Oktober 1861 und insonderheit die Erhöhung der Gensdarmeriepensionen betreffend,

vom 17. Dezember 1864.

Ernst,

von Gottes Gnaden Herzog zu Sachsen, Jülich, Kleve und Berg, auch Engern und Westphalen rc. rc.

Zum Behuf der Aufbesserung der Pensionsverhältnisse derjenigen Unserer Diener, welche vor ihrer unwiderruflichen Anstellung widerruflich in Unserem Dienst angestellt gewesen sind, und insbesondere zum Behufe der Erhöhung der den Gensdarmen eintretenden Falles zu gewährenden Pensionen verordnen Wir hiermit unter Beirath und Zustimmung getreuer Landschaft gesetzlich wie folgt:

Digitized by Google

§. 1.

Zu §. 39 des Gesetzes über einige Verhältnisse des Civilstaatsdienstes vom 8. Oktober 1861.

Die Vorschrift im dritten Alinea Zeile 1 und 2 dieses Paragraphen, nach welcher bei vor ihrer unwiderruflichen Anstellung widerruflich angestellt gewesenen Dienern die während des widerruflichen Dienstverhältnisses verbrachten Dienstjahre nur zur Hälfte gerechnet werden sollen, wird aufgehoben, und sollen künftig auch bei Pensionirung von Dienern dieser Kategorie die von ihnen vor ihrer unwiderruflichen Anstellung während ihres widerruflichen Dienstverhältnisses verbrachten Dienstjahre voll gerechnet werden.

§. 2.

Zu demselben §. des Civilstaatsdienstgesetzes.

Der Schlußsatz im vierten Alinea dieses §., welcher lautet:

> Die Dienstzeit der nicht Offiziersrang habenden Militärs wird überdies, wie die eines kündbar angestellten Beamten, nur zur Hälfte angerechnet,

wird aufgehoben.

§. 3.

Es bewendet bei der unbedingt widerruflichen Dienststellung der Gensdarmes (vergl. §. 9 des Reglements für die Gensdarmerie des Herzogthums Sachsen-Altenburg vom 24. Oktober 1840, Seite 39 ff. der Gesetzsammlung für das Jahr 1841), für den Fall aber, daß bei ihrer Dienstentlassung ihnen eine Pension zu gewähren ist, sind bei Berechnung derselben die Vorschriften in §. 38 und §. 39 des Civilstaatsdienstgesetzes unter Beachtung der Abänderungen, welche der letztgedachte Paragraph vorstehend in den Paragraphen 1 und 2 der gegenwärtigen Novelle erlitten hat, zur Anwendung zu bringen.

§. 4.

Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem Tage seiner Publikation in Kraft.

Urkundlich mittelst Unserer eigenhändigen Unterschrift und Unseres beigedruckten Herzoglichen Insiegels.

Altenburg, den 17. Dezember 1864.

(L. S.) **Ernst, Herzog von Sachsen-Altenburg.**

v. Larisch. K. Pierer.

50. Steuer-Ausschreiben
auf die Finanzperiode 1865, 1866 und 1867,
vom 21. Dezember 1864.

(Publizirt in Nr. 159 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 24. Dezember 1864.)

Wir Ernst,
von Gottes Gnaden Herzog zu Sachsen, Jülich, Kleve und Berg, auch Engern und Westphalen ꝛc. ꝛc.

erlassen, nach Maßgabe der mit getreuer Landschaft getroffenen Vereinbarung über die Beschaffung der zur Führung des Finanzhaushalts während der Finanzperiode 1865 bis mit 1867 erforderlichen Mittel gegenwärtiges

Steuer-Ausschreiben

für die Jahre 1865, 1866 und 1867.

In jedem dieser drei Jahre sind zur Bestreitung der Bedürfnisse der Staatsverwaltung soweit dieselben nicht ihre Deckung in den Erträgen des Domanial- und Landes-Vermögens und sonstigen Einnahmequellen finden, folgende Abgaben in Gemäßheit der darüber ergangenen und beziehentlich noch ergehenden Gesetze, Verordnungen, Tarife und Instruktionen zu entrichten:

I. An direkten Steuern:

1.

Fünf ganze Termine von der im Grundsteuergesetz vom 21. Februar 1855 neu regulirten Grundsteuer — den ganzen Termin zu je Einem Pfennig von der Reinertrags-Einheit gerechnet — und zwar

am 1. Februar,
„ 1. April,
„ 1. Juni,
„ 1. Oktober und
„ 1. Dezember

je ein ganzer Termin.

2.

Dreizehn ganze und ein halber Termin Gewerb- und Personalsteuer, und zwar jedesmal ein ganzer Termin zum

1. Januar,
1. Februar,
1. März,
1. April,
15. April,

Digitized by Google

1. Mai,
1. Juni,
1. Juli,
1. August,
1. September,
1. November und
1. Dezember,

anderthalber Termin dagegen zum

1. Oktober.

3.

Die Kollateralgeld- und die Groschen-Abgabe.

4.

Die Weinbau- und die Tabaksbau-Steuer.

II. An indirekten Steuern:

1.

Die Eingangs- und Ausgangs-Zölle nebst den Uebergangs-Abgaben und der Abgabe wegen Bereitung des Runkelrübenzuckers.

2.

Die Steuer vom Branntwein.

3.

Die Steuer von dem zum Bierbrauen verwendeten Getraideschrote nebst der Steuer von der Essigbereitung.

4.

Die Einkünfte aus der Salzregie.

5.

Die Fleischsteuer, und zwar nach Maßgabe der darüber bestehenden Bestimmungen, insonderheit auch Unserer Verordnung vom 23. Dezember 1861.

6.

Die Spielkarten-Stempel-Abgabe.

Das gegenwärtige Steuer-Ausschreiben ist nebst den darauf bezüglichen gesetzlichen und sonstigen Anordnungen sowohl von Unseren Steuerbehörden, als von allen Steuerpflichtigen pünktlich zu beachten. Die Ausführung desselben liegt Unserem Finanzkollegium innerhalb dessen Ressorts ob.

Gegeben Altenburg, den 21. Dezember 1864.

(L. S.) **Ernst, Herzog von Sachsen-Altenburg.**

v. Larisch. R. Pierer.

Digitized by Google

51. Höchste Verordnung,

die Herabsetzung einiger Ansätze der Taxordnung für Grund- und Hypothekensachen betreffend, vom 24. Dezember 1864.

Wir Ernst,

von Gottes Gnaden Herzog zu Sachsen, Jülich, Kleve und Berg, auch Engern und Westphalen ꝛc. ꝛc.

verordnen in Genehmigung eines von Unserer getreuen Landschaft bei Berathung des Voranschlags für die Finanzperiode 1865—1867 gestellten, auf Ermäßigung einiger Sportelsätze, welche in der mit dem Gesetz, die Grund- und Hypothekenbücher und das Hypothekenwesen betreffend, vom 13. Oktober 1852, zur Publikation gelangten „Taxordnung für Grund- und Hypothekensachen" (Seite 176 ff. der Gesetzsammlung von 1852) festgestellt worden sind, gerichteten Antrags hiermit Folgendes:

§. 1.

Zu Nr. 16 der Taxordnung.

a. Die sub Nr. 16 a. für Eintragung eines Erben, Vermächtnißnehmers, auf den Todesfall Beschenkten, Familienfideikommißnachfolgers als neuen Besitzers nebst Besitztitel in das Grund- und Hypothekenbuch festgesetzte Quotengebühr wird auf die Hälfte ihres zeitherigen Betrags herabgesetzt.

b. Die sub Nr. 16 c. für den dort bezeichneten Fall auf ein Achttheil normirte Quotengebühr passirt künftig nur noch mit Einem Sechszehntheil.

§. 2.

Zu Nr. 22 der Taxordnung.

Die für den Eintrag einer durch Privatwillen bestellten Hypothek in das Grund- und Hypothekenbuch sub Nr. 22. III. a. festgestellte Quotengebühr wird auf die Hälfte ermäßigt.

§. 3.

Ueberall, wo in der Taxordnung ein Gebührensatz durch Verweisung auf Nr. 22. III. a. normirt wird, zum Beispiel unter Nr. 22. III. d., insbesondere auch unter Nr. 11. (Cession einer hypothekarischen Forderung) — oder wo die Normirung durch Verweisung auf Nr. 16 erfolgt ist, zum Beispiel Nr. 29, sind unter den Quotengebühren, deren Ansetzung danach vorgeschrieben ist, die Quotengebühren, wie sie vorstehend in §. 1 und 2 festgestellt sind, zu verstehen.

§. 4.

Alle im Vorstehenden nicht erwähnten Vorschriften der Taxordnung für Grund- und Hypothekensachen bleiben auch ferner unverändert in Wirksamkeit.

§. 5.

Gegenwärtige Verordnung tritt den 1. Januar 1865 in Kraft.

Urkundlich mittelst Unserer eigenhändigen Unterschrift und Unseres beigedruckten Herzoglichen Insiegels.

Altenburg, den 24. Dezember 1864.

(L. S.) **Ernst, Herzog von Sachsen-Altenburg.**

v. Larisch. K. Pierer.

Digitized by Google

Herzogl. Sachsen-Altenburgische
Gesetzsammlung.

Stück XII. 1864. Ausgeg. den 22. April 1865.

52. Ministerial-Bekanntmachung,

den jährlichen Wechsel in der Inspektion über das Gesammt-Oberappellationsgericht zu Jena während der nächsten 24 Jahre betreffend,

vom 27. Dezember 1864.

(Publizirt in Nr. 2 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 5. Januar 1865.)

Höchstem Befehle gemäß wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß nach Einverständniß sämmtlicher bei der Inspektion über das Gesammt-Oberappellationsgericht zu Jena betheiligten Staatsregierungen vom künftigen Jahre an für die nächsten 24 Jahre der jährliche Wechsel in der Inspektion in gleicher Weise stattfinden soll, wie dies hinsichtlich des mit dem 31. Dezember dieses Jahres ablaufenden 24jährigen Zeitraums nach Artikel V. des im Jahre 1842 vereinbarten Nachtrages zur provisorischen Oberappellationsgerichts-Ordnung geschehen ist, daß mithin

1865 Weimar,	1873 Weimar,	1881 Weimar,
1866 Meiningen,	1874 Coburg-Gotha,	1882 Altenburg,
1867 Altenburg,	1875 Meiningen,	1883 Coburg-Gotha,
1868 Weimar,	1876 Weimar,	1884 Weimar,
1869 Coburg-Gotha,	1877 Altenburg,	1885 Meiningen,
1870 Meiningen,	1878 Coburg-Gotha,	1886 Altenburg,
1871 Altenburg,	1879 Meiningen,	1887 Coburg-Gotha,
1872 Reuß,	1880 Reuß,	1888 Reuß

die Inspektion über das Gesammt-Oberappellationsgericht zu führen haben werden.

Altenburg, den 27. Dezember 1864.

Herzoglich Sächsisches Ministerium.
v. Larisch.

Digitized by Google

53. Bekanntmachung der Landesregierung,

die Arzeneitaxe für das Jahr 1865 betreffend,

vom 31. Dezember 1864.

(Publizirt in Nr. 3 des Amts- und Nachrichtsblattes vom 7. Januar 1865.)

Unterm 14. Dezember d. J. ist von dem Königl. Preuß. Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten eine neue vom 1. künftigen Monats und Jahres in Kraft tretende Arzeneitaxe veröffentlicht worden, welche auch im Buchhandel (Berlin, Verlag von Rudolph Gärtner) erschienen ist. Solches wird mit dem Bemerken andurch bekannt gemacht, daß auch in allen Apotheken des Herzogthums nach jenen resp. veränderten Königl. Preußischen Bestimmungen, wiewohl mit genauer Beachtung der wegen Reduktion der Pfennigsätze in die Währung des Dezimalfußes unterm 14. Januar 1841 ergangenen Verordnung, die betreffenden Droguen und Arzeneien von nun an zu taxiren und zu verkaufen sind, von den der gedachten Arzeneitaxe vorgedruckten „Allgemeinen Bestimmungen" aber diejenige unter 3 hier zu Lande nicht mit in Kraft tritt, vielmehr was den den Armenkassen, ingleichen den Kassen der Straf- und Korrektions-, Kranken- und Irrenhäuser bei der Lieferung von dispensirten Arzeneien zu bewilligenden Rabatt anlangt, es bei den hierunter landesgesetzlich und herkömmlich bestehenden Bestimmungen und Einrichtungen zu bewenden hat.

Altenburg, den 31. Dezember 1864.

Herzoglich Sächsische Landesregierung.
Schönherr.

Digitized by Google

Repertorium

der

Gesetzsammlung für das Herzogthum Sachsen-Altenburg

vom Jahre 1864.

II. In alphabetischer Ordnung.

Digitized by Google

B.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

G.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Q.

R.

Digitized by Google

S.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

T.

Digitized by Google

Digitized by Google

W.

Digitized by Google

Digitized by Google

Bayerische Staatsbibliothek München

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google